C 21734 D

GEW-Westberlin zurück in den DGB? S. 41

Arbeiterkampf

Jg.7 Nr.140 16.10.78
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 2.-

Ende der Berufsverbote? Viel Lärm um nichts

Mit der „sensationellen" Erklärung, daß der Radikalenerlaß in Hamburg nun endgültig abgeschafft werden soll, sorgte der SPD-Bürgermeister in den letzten Wochen für die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse. Lieber wolle er „20 Kommunisten in den Staatsdienst" einstellen als „200.000 junge Menschen verunsichern". Nun ist diese Ankündigung nicht gerade neu. Schon 1976 erklärte Willy Brandt seinen „Irrtum", woraufhin SPD-Politiker landauf landab eine „Liberalisierung" verkündeten. Hamburgs SPD-Senat ergriff damals die Chance, den Senatserlaß aus dem Jahre 1971 und den Ministerpräsidentenbeschluß von 1972 für erledigt zu erklären - um gleichzeitig ein Gesetz zu verabschieden, mit dem erstmals die generelle Nachfrage beim Verfassungsschutz über dessen Spitzelerkenntnisse zur Pflicht wurde. Ein überzeugender Beweis von „Liberalität"! Das Ergebnis dieser „Abschaffungskampagne" im Jahr 76 war eine weitere qualitative Verschärfung der Berufsverbote.

Den „Radikalenerlaß" will Klose abschaffen - aber natürlich nicht die Berufsverbote. Da läßt er keinen Zweifel aufkommen. Mindestens 75 % der bisherigen Berufsverbotefälle würden, seinen Worten (!) nach, auch nach der „Aufhebung" des Radikalenerlasses zur Entlassung führen. Wieder ein überzeugender Beweis an „Liberalität".

Schützenhilfe bei seinem Betrugsversuch an der demokratischen Bewegung leisten ihm CDU und Springerpresse. „Scharfer Linksdrall im Senat: In Hamburg können Kommunisten Lehrer werden" meldete die „Bild". Mit einer extremen primitiven Verdummungskampagne wollen sie die Menschen glauben machen, die SPD wolle die Berufsverbote abschaffen.

Wieder einmal wird so das alte Spiel mit verteilten Rollen vorgeführt, um den Eindruck zu erwecken, es gäbe zwischen diesen Parteien für demokratisch gesinnte Menschen eine Alternative.

Der Zweck liegt auf der Hand: Die Wahlen in Hamburg und Niedersachsen hatten gezeigt, daß ein nicht geringer Teil der Jugend nicht mehr durch die beiden großen Parteien vertreten wird. Diese sollen nun zurück in den Schoß der SPD geholt werden. Es gibt ein altes Sprichwort, das da heißt: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht ..."

Hessenwahl dämpft Erwartungen der grünen und bunten Listen

In Hessen bleibt alles beim Alten. Das ist das eigentlich Überraschende am Ergebnis der Landtagswahlen vom 8. Oktober. Die CDU (46,0 %) mobilisierte wie schon in den zurückliegenden Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen wieder 1,5 Mio. Wähler. Damit bleibt sie zwar stärkste Partei, ist aber der Eroberung der Macht nicht näher gekommen. Die SPD hat sich nach dem Erdrutsch bei den Kommunalwahlen des letzten Jahres wieder fangen können. Mit 44,3 % hat sie gegenüber der letzten Landtagswahl sogar 1,1 % dazugewonnen. Die FDP (6,6 %) verlor zwar 0,8 Prozentpunkte, wahrt aber dennoch einen nach dem Wahlschock vom 4. Juni in Norddeutschland beruhigenden Sicherheitsabstand von der 5 %-Hürde. Die Grüne Liste Hessen (GLH) konnte die Erwartungen, die nach Hamburg (Bunte Liste 3,5 %) und Niedersachsen (GLU: 3,9 %) in die Grünen und Bunten gesetzt wurden, nicht erfüllen. Sie erreichte auf Landesebene 1,1 % bzw. 37.696 Stimmen. Noch magerer sieht das Ergebnis der rechtsbürgerlichen GAZ aus: O,9 % bzw. 30.738 Stimmen. Die DKP rutschte von 0,9 auf 0,4 %. Der KBW behielt zwar seine 2.700 Stimmen (0,1 %) aus dem Jahr 1974. Damals noch in der Aufbauphase hatte er jedoch noch nicht in allen Wahlkreisen kandidiert. In der Zwischenzeit hatte er es bei der Bundestagswahl schon auf 3.300 und bei der Kommunalwahl auf 5.300 Stimmen gebracht.

Die Hessenwahl, bei der noch im Sommer spektakuläre Veränderungen möglich schienen, hat damit die sozialliberale Koalition in Bund und Länder bestätigt und darüber hinaus

Fortsetzung Seite 7

Eritrea:
EPLF wieder
nach dem Wahlschock vom 4. Juni in Norddeutschland beruhigenden Sicherheitsabstand von der 5 %-Hürde. Die Grüne Liste Hessen (GLH) konnte die Erwartungen, die nach Hamburg (Bunte Liste 3,5 %) und Nieder-
Sommer spektakuläre Veränderungen möglich schienen, hat damit die sozialliberale Koalition in Bund und Länder bestätigt und darüber hinaus
Fortsetzung Seite 7

Eritrea: EPLF wieder im Vormarsch



Die große äthiopische Offensive ist in Eritrea steckengeblieben! Seitdem die EPLF im August vor Keren ihre Abwehrfront aufzog, sind die Truppen des äthiopischen DERG-Regimes kein Stück weiter vorgerückt. Sie mußten im Gegenteil schwere Niederlagen einstecken, obwohl sie sowohl von der Mannschaftsstärke als auch von der Bewaffnung her den Befreiungskämpfern überlegen sein müßten.

Ermias Debesai, Sprecher des EPLF-Büros in Rom, berichtete uns dazu am 11.10.78:

Vor vier Wochen schlug ein großangelegter Versuch der Äthiopier fehl, mit 40.000 Mann aus der von den Befreiungskräften umringten Hauptstadt Asmara in Richtung Keren auszubrechen. Die Schlacht kostete die Äthiopier 7.000 Tote und noch mehr Verwundete, die EPLF-Kämpfer konnten wieder einmal große Mengen an Kriegsmaterial erbeuten. Genosse Debesai betonte, daß — entgegen allen anderslautenden Meldungen in der bürgerlichen Presse — der Ring um Asmara von den Äthiopiern noch kein einziges Mal durchbrochen werden konnte!

Mehr noch: In den Gebieten, die die DERG-Truppen in ihrer August-Offensive zunächst zurückeroberten, befinden sich die Dörfer und Verbindungsstraßen weitgehend wieder in den Händen der Befreiungskräfte. Die Städte sind voll eingekesselt, so z.B. auch Decamhare, was die Äthiopier derzeit nur per Hubschrauber versorgen können! Am 6. Oktober konnte von der EPLF nach heftigen Kämpfen die Stadt Digsa (120 km südlich von Asmara) wieder befreit werden, am 10.10. wurde von den Genoss/inn/en 10 km nördlich Asmara ein MiG-21-Jäger abgeschossen. Die Initiative ist gegenwärtig voll auf der Seite der EPLF.

Genosse Debesai erklärte, zwischen den Truppen der EPLF und der ELF gäbe es nach wie vor keinerlei militärische Zusammenarbeit. Dieser Zustand besteht seit dem überraschenden Rückzug der ELF vor Agordat zu Beginn der äthiopischen Offensive. Die ELF sei militärisch bisher weitgehend erfolglos gewesen, ein Treffen zwischen EPLF und ELF zu diesen Fragen in Khartoum mußte vor einigen Tagen ergebnislos abgebrochen werden (siehe dazu auch AK 136).

Die Bedrängnis, in der sich das äthiopische Militär in Eritrea befindet, ruft international interessante Reaktionen hervor.

In Polen erklärte „Kontinenty" — wichtige Monatszeitschrift für internationale Fragen — die Offensive der Äthiopier für gescheitert, weil die Unterstützung der Kubaner angeblich geringer gewesen sei als erhofft. Ein neuartiger Ton, daß so direkt aus einem Land des Warschauer Pakts die Schwäche des DERG zumindest benannt wird („FR", 3.10.).

Aus Äthiopien wurde nach mehrjähriger Amtszeit der sowjetische Botschafter nach Moskau zurückgerufen („NZZ", 5.10.).

Am 6. Oktober kündigte der EPLF-Generalsekretär, Genosse Ramadan Mohamed Nur, in Khartoum eine „neue Initiative" zu Verhandlungen mit Äthiopien an („Le Monde", 8.10.).

In Äthiopien selbst haben inzwischen sowohl die US- als auch die BRD-Imperialisten wieder einmal deutliche Signale der Unterstützung für den DERG gegeben. Bei einer Unterredung des US-Botschafters Chapin mit dem Junta-Chef Mengistu „auch" über die wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten erklärte Chapin, „*er wolle sein Bestes tun, um freundschaftliche Beziehungen zu fördern*" („SZ", 3.10.). Von der BRD erhielt der DERG einen Kredit über 30 Millionen DM („Spiegel", 9.10.).

Interessant ist auch, daß die deutschsprachigen bürgerlichen Zeitungen — von „Neue Zürcher Zeitung" bis „Spiegel" — die Erfolge der eritreischen Befreiungskämpfer bisher weitgehend verschwiegen oder heruntergespielt haben. So erwähnte z.B. die „FR" (9.10.) ein Interview von Genosse Nur über den Sieg bei Asmara erst vier Wochen nach Bekanntwerden dieser Information über die Nachrichtenagentur Reuter (siehe „Guardian", 2.9. und 9.9.). Der „Spiegel" glänzte gar am 4.9. noch mit der Nachricht, daß die „Separatisten die Schlacht um die eritreischen Städte verloren haben".

3 Monate Knast wegen Strauß-Beleidigung gefordert

Am 10.10. forderte die Staatsanwaltschaft Hamburg in einem Beleidigungsverfahren Strauß gegen Kai Ehlers (Presseverantwortlicher des AK) vor dem Hamburger Amtsgericht 3 Monate Knast auf Bewährung plus 2.000 Mark Spende an einen gemeinnützigen Verein.

F.J. Strauß fühlte sich beleidigt, weil sein Name in einem Artikel des AK 126 "Strauß ungestrafter Terror-Sympathisant" mit "SS" geschrieben worden war. In dem Artikel war berichtet worden, daß die von verschiedenen demokratischen Persönlichkeiten gegen Strauß gestellte Anzeige wegen seiner unverhüllten Sympathieäußerungen für das chilenische Regime vom Gericht abgewiesen worden war. Des weiteren hatte das Gericht gleich noch eine "Nachtragklage" nachgeschoben, weil Strauß im AK 136 in einem Artikel "Strauß – auch Drahtzieher in Zypern", in dem über die intensiven Verbindungen zwischen Strauß und zyprischen faschistischen Gruppen berichtet wurde, ebenfalls wieder mit "SS" geschrieben worden war.

Weder in den beiden Anklagen noch im Prozeß selbst wurde die faschistenfreundliche Gesinnung von Strauß bestritten. Unwidersprochen konnte der Angeklagte, Kai Ehlers, aus früheren Veröffentlichungen des KB zitieren, wonach Strauß "ein Demagoge wie Hitler und Göbbels" sei, wonach die Rezepte von Strauß direkt mit denen Hitlers vergleichbar sind, etwa seine Äußerung in der Sonthofener Rede: *"Wir räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen."* Wen Strauß und die von ihm repräsentierten politischen Kräfte alles zu den "Banditen" rechnen, denen das Maul gestopft werden soll, läßt sich u.a. daran ermessen, daß unter Führung der Strauß-Partei in Bayern bereits SPDler mit Berufsverbot belegt werden. In seinem "Bayernkurier" beschimpft Strauß politische Gegner als **"verdreckte Vietcong-Anhänger, die da öffentlich Geschlechtsverkehr treiben", "Gesindel", entmenschte Vandalenhorden"** usw.

Das alles ist für einen (west-) deutschen Staatsanwalt aber gleichgültig, sein einziges Ziel scheint die formale Säuberung des Namens Strauß von den fatalen "SS" zu sein. Die Forderung nach dreimonatiger Haftstrafe begründet sich ausschließlich auf eine "fahrlässige Vernachlässigung der presserechtlichen Aufsichtspflichten". Was will die Staatsanwaltschaft gegen Strauß-Gegner erst fordern, wenn sie ihnen gegebenenfalls "Vorsätzlichkeit" vorwerfen kann ...?!

Wenn es dagegen gegen Linke oder Demokraten geht, die von den Rechten beschimpft, diffamiert werden (gerade Strauß ist auf diesem Gebiet sehr aktiv), dann haben die Gerichte eine Version parat, um die "Freiheit der Kritik" zu schützen: So mußte sich Heinrich Böll in seinem Prozeß gegen die Verleumdungen von Mathias Walden sagen lassen: **"Wer selbst Meinungsfreiheit beansprucht und in deren Rahmen schwerwiegende Vorwürfe erhebt, der muß dieses Recht grundsätzlich auch anderen zubilligen und die Kritik der Meinungsgegner auf sich nehmen, und zwar unter Umständen auch eine scharfe, abwertende, schonungslose und übersteigerte Kritik."** Dies müßte zweifellos sinngemäß auch für die des F.J. Strauß gelten.

Als aktueller Hintergrund für das Vorgehen der Staatsanwaltschaft muß gesehen werden, daß gegen den KB demnächst zwei schwere Prozesse nach § 90 a ("Staatsverleumdung") geführt werden sollen, zum einen wegen der Berichterstattung zu den Ereignissen von Stammheim Ende – zum anderen wegen der Herausgabe des Buches "Antifaschistische Russell-Reihe Nr.5", zur Gefahr einer neuen GeStaPo. In beiden Prozessen soll – laut Anklage – jeglicher Vergleich der heutigen Verhältnisse mit denen des Faschismus als Staatsverbrechen verboten sein. Mit einer Knast-Forderung im Strauß-Beleidigungsprozeß sollen offenbar Voraussetzungen geschaffen werden, um Knast-Forderungen in den beiden bevorstehenden Prozessen leichter zu rechtfertigen (siehe hierzu auch Interview mit dem Genossen Ehlers in diesem AK).

Terroristen-Jagd in Bielefeld: Karin Aalbers — ein neuer „Fall Poensgen"

Am Abend des 29.9. wurde die Studentin Karin Aalbers in Bielefeld auf offener Straße von einem mit Maschinen-Pistolen bewaffneten Polizei-Sonderkommando verhaftet. In äußerster Eile wurde sie am nächsten Tag per Hubschrauber zum Vorführungstermin beim Bundesgerichtshof nach Karlsruhe transportiert, an dem der Bielefelder Anwalt von Karin wegen der kurzfristigen Festsetzung nicht teilnehmen konnte. Nach dem Verhör wurde Karin nach Stuttgart-Stammheim eingeliefert, wo sie strengster Einzelhaft unterlag und nicht einmal Hofgang erhielt.

Parallel zur Verhaftung von Karin wurden Freitag Nacht mehrere Wohngemeinschaften, das „Umweltzentrum" und ein Informationsbüro des ESG-Arbeitskreises „Umwelt" von der Polizei durchwühlt. Im „Umweltzentrum" hatte sich Karin unmittelbar vor ihrer Verhaftung kurz aufgehalten.

Die Verhaftung von Karin und die Begleitumstände haben unmittelbar nach ihrem Bekanntwerden eine große Betroffenheit und Empörung in der Bielefelder linken und liberalen Öffentlichkeit hervorgerufen. Karin war als aktive Linke, AKW-Gegnerin und Mitarbeiterin von verschiedenen Alternativ-Projekten in der Frauen- und Kinderarbeit seit Jahren bekannt. Erst am 2.10. wurde klar, was Karin angehängt werden soll: Die Generalbundesanwaltschaft teilte mit, daß die Verhaftung wegen des *„Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung"* erfolgt sei („FAZ", 3.10.). In der Wohnung Willy Peter Stolls seien Hinweise gefunden worden, *„deren Entschlüsselung durch Spezialisten des Bundeskriminalamtes auch zu Frau Aalbers geführt hätten"* („FR", 3.10.). Daneben gebe es *„auch noch weitere Hinweise darauf, daß die Frau sich einer Unterstützung der terroristischen Vereinigung 'Rote Armee Fraktion' schuldig gemacht habe"* („FR"). Konkret wird Karin bis jetzt allerdings nur beschuldigt, Willy Peter Stoll am 6.9. nach Düsseldorf gefahren zu haben, dem Tag also, an dem er dort von zwei Polizisten erschossen worden war.

Am 5. Oktober wurde Karin nach Köln-Ossendorf eingeliefert, wo sie speziellen Haftbedingungen unterworfen ist: Trennscheibe; Hofgang in „kleiner Runde", wobei die Überschreitung der dafür aufgezeichneten weißen Markierung zum sofortigen Abbruch des Ausgangs führt; Sicherung der Zellentür durch ein zusätzliches Schloß, das vom normalen Schließdienst nicht geöffnet
zusätzliches Schloß, das vom normalen Schließdienst nicht geöffnet
werden kann etc. Karins Verteidigung hat der Kölner RA Detlef Hartmann übernommen, der seine Mandantin erst am 9.10. zum ersten Mal besuchen konnte und bislang keinerlei Akteneinsicht erhalten hat. Der erste Haftprüfungstermin ist auf den 18.10. festgesetzt worden, also knapp drei Wochen nach Karins Verhaftung.

In welchem Klima diese Verteidigung stattfinden muß, zeigt ein empörender Zwischenfall, der sich am 10.10. um 14.30 Uhr vor der Haftanstalt ereignet hat. Drei Freunde von Karin wollten für sie ein Geburtstagspaket und Wäsche abgeben. Die Annahme dieser Gegenstände wurde verweigert. Nachdem sie eine halbe Stunde auf die Rückgabe ihrer Personalausweise gewartet hatten, tauchten plötzlich Polizisten auf, die die drei wegen des *„Verdachts auf Urkundenfälschung"* (angeblich sollen die Auto-Papiere gefälscht gewesen sein) festnahmen und erst gegen 19.30 Uhr wieder freiließen. Die Freunde waren vor ihrer Festnahme gerade damit beschäftigt, eine Pressekonferenz für Karin vorzubereiten, die am nächsten Morgen stattfinden sollte.

Karin — die Chauffeurin von Stoll?

Der einzige bisher konkretisierte Vorwurf, Karin habe Willy Peter Stoll an seinem Todestag in ihrem Auto nach Düsseldorf gefahren, kann nicht aufrechterhalten werden. Entgegen verschiedenen Pressemeldungen, die von *„mehreren, voneinander unabhängigen Zeugen"* für diese Behauptung sprechen, stützt sich die Generalbundesanwaltschaft offensichtlich nur auf einen einzigen Zeugen, der Karin an diesem Tag zusammen mit Stoll auf der Autobahn gesehen haben will.

Karin ist am 6.9. in der Tat in der Begleitung von zwei Freunden nach Düsseldorf gefahren, um den Prozeß gegen Enno Schwall und Gert Albartus zu besuchen. Für diese Fahrt in Begleitung der Freunde gibt es zahllose Zeugen, ebenso für ihre Teilnahme an dem Prozeß und die gemeinsame Rückfahrt. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat inzwischen gegenüber dem RA von Karin, D. Hartmann, bekanntgegeben, daß Karins Ankunftszeit im Prozeßgebäude auch „amtlich" festgehalten worden ist.

Damit steht einer einzigen Aussage die entlastenden Aussagen eines großen Personenkreises gegenüber. Karin kann Willy Peter Stoll an diesem Tage gar nicht getroffen, geschweige den gefahren haben.

Trotz Alibi weiter in Haft

Diese Tatsachen sind auch den Ermittlungsbehörden bekannt. Karin hat ihre beiden Begleiter bereits am Tage der Vorführung in Karlsruhe als Zeugen benannt. Am 5.10. erfolgte die Befragung der beiden durch den Bundesanwalt Manns. Sie konnten Karins Angaben voll bestätigen und noch weitere Zeugen benennen. Ob der Karin belastende Zeuge auch nach der Gegenüberstellung vom 6.10. mit Karins Begleitern bei seiner Behauptung geblieben ist, Willy Peter Stoll zusammen mit Karin gesehen zu haben, ist noch unbekannt.

Bereits heute kann man aber sagen, daß hier offensichtlich von den Staatsschutzbehörden ein zweiter „Fall Eleonore Poensgen" produziert wurde. Zur Erinnerung: vor einem Jahr war die Studentin Poensgen von der Frau Jürgen Pontos „zweifelsfrei" als an dem Attentat gegen ihren Mann „identifiziert" worden. Erst nach ihrem öffentlichen Aufruf gelang es der Verteidigung, Zeugen ausfindig zu machen, die Eleonores Unschuld bestätigen konnten. Die Zweifel an der Tatbeteiligung von Eleonore konnten die Massenmedien nicht daran hindern, sie in den Tagen nach ihrer Verhaftung als „überführte Terroristin" darzustellen. Erst kürzlich wurde Springers „Bild" in einem erstinstanzlichen Urteil zu einer Schmerzensgeld-Zahlung in Höhe von 50.000 DM an Eleonore verurteilt. Gegen dieses Urteil hat „Bild" Revision eingelegt.

Für „Bild" ist Karin ein „Terror - Mädchen"

Daß Springer nicht bereit ist, von seiner Praxis des Lynchjustiz-Journa-
Daß Springer nicht bereit ist, von seiner Praxis des Lynchjustiz-Journa-
lismus abzurücken, zeigt wenige Tage nach dem Urteil die Notiz der „Bild" über die Verhaftung von Karin Aalbers. Obwohl noch nicht einmal die offizielle Erklärung des Generalbundesanwalts vorlag, schrieb „Bild" unter der Überschrift „Stolls Chauffeurin gefaßt" (am 2.10.): *„Ein neues Terror-Mädchen wurde festgenommen! Es ist Karin A., 24 Jahre alt, Studentin der Sozialpädagogik. Sie mietete (!) Autos für deutsche Terroristen und brachte (!) als Kurier wichtige Nachrichten. Ausserdem war (!) sie Fahrerin von Stoll, der in einem China-Lokal erschossen wurde. Ihre Fingerabdrücke wurden in seiner Wohnung gefunden."*

Nicht weniger verleumderisch und lumpenjournalistisch beteiligte sich die SPD-nahe Bielefelder „Neue-Westfälische" („NW") am Kesseltreiben gegen Karin. Für die „NW" mußte dabei sogar die AKW-Gegnerschaft Karins herhalten, um sie mit „Terrorismus" in Verbindung zu bringen: Karin hatte im Februar 1977 zusammen mit 60 anderen AKW-Gegnern die „NW"-Redaktion besucht, um gegen deren Brokdorf-Berichterstattung zu protestieren.

Die Qualität ihrer „Recherchen" bewies die „NW" auch durch ihre Titelstory am 3.10.: dort wurde „enthüllt", daß gegen Karin bereits früher wegen eines „ungeklärten Raubüberfalls" auf eine Zweigstelle der Bielefelder Sparkasse Ende 1976 ermittelt worden war - gleichzeitig aber verschwiegen, daß dabei jeder Verdacht gegen Karin ausgeräumt werden konnte! Bereits damals war die „NW" gezwungen worden, vorschnelle Behauptungen über eine „Tatbeteiligung" von Karin öffentlich zu wiederrufen und eine Gegendarstellung von Karin abzudrucken.

Breite Solidarität für Karin

Trotz des von der Presse zielstrebig geschürten Klimas der Angst und Einschüchterung konnte in Bielefeld bereits am 2.10. mit einer breit getragenen Öffentlichkeitsarbeit für Karin Aalbers begonnen werden. Vertreter von 23 Bielefelder Iniativen und Freunde von Karin Aalbers beschlossen ein Flugblatt in 15.000-Auflage zu erstellen und als Hauswurfsendung zu verteilen, um so der Pressehetze zu begegnen. In dem Flugblatt heißt es: *„Karin hat sich zu keinem Zeitpunkt vor Polizei und Justiz versteckt oder etwa verstecken müssen".*

Die „Katholische Hochschulgemeinde" („KHG") verfaßte einen Offenen Brief an die „NW", in dem gegen deren „Berichterstattung" protestiert wird: *„Wir wenden uns...entschieden gegen einen Vermutungsjournalismus mit öffentlicher Vorverurteilung von lediglich in Verdacht geratenen Personen. Auch gegenüber einer „Terroristenbraut" sollte gelten: Urteile sprechen Gerichte, nicht Zeitungsredaktionen!"*

Der „Arbeitskreis Kirche und Gesellschaft", ein Zusammenschluß liberaler Bielefelder Pfarrer meldete sich mit einer Stellungnahme zu Wort, die zwar nicht direkt auf die Pressehetze und die Verhaftung von Karin eingeht, aber deutliche Kritik an den Methoden der „Terroristen-Fahndung" formuliert. Der Arbeitskreis fordert Aufklärung von der Bielefelder Polizei über die Gründe der Durchsuchung des „Umweltzentrums" und äußert die Befürchtung, *„daß unter dem Druck des Terrorismus und eines großen Teils der Presse die Staatsgewalt auf Kosten der bürgerlichen Freiheiten unkontrolliert ausgeweitet wird."*

Gegen diesen relativ breiten demokratischen Protest pöbelte und hetzte die sozialdemokratische „NW" am 7. 10., es solle damit versucht werden, *„den Eindruck zu erwecken..., als ob ein breiter Volksprotest im Gange sei. Freiheit für Karin -mancher gibt seine Unterschrift, ohne groß nachzudenken. Dabei sind die Dinge völlig klar (!): Die Polizei hat die Studentin wahrscheinlich nicht aus einer übermütigen Laune auf offener Straße mit vorgehaltener Maschienenpistole festgenommen (...) Soviel Vertrauen... darf man in unseren Rechtsstaat noch haben, daß hier nichts geschieht, was auch nur annähernd an Polizeistaatmethoden erinnert (!), wie sie in totalitären Staaten...üblich sein mögen. Noch haben wir einen demokratischen Staat -wir wollen ihn uns nicht von Chaoten kaputt machen lassen".*

Die richtige Antwort auf diese Unverschämtheit war ein erneutes Flugblatt gegen die Pressehetze, das
Unverschämtheit war ein erneutes Flugblatt gegen die Pressehetze, das
diesmal von 45 Iniativen, Gruppen und politischen Organisationen unterzeichnet wurde, darunter alle vorherigen Unterzeichner. Das Flugblatt wurde am 12.10. als Hauswurfsendung in einer Auflage von 25.000 Exemplaren in Bielefeld verteilt. Die Unterzeichner, unter ihnen die Katholische Hochschulgemeinde, der Liberale Hochschulverband, die Plenen von Frauenhaus und Frauenzentrum, das Aktionskomitee Afrika, der Aktionskreis Leben, der AK Umwelt, der Antifaschistische Arbeitskreis, das Russel-Unterstützerkomitee, die Iniativgruppe Homosexualität Bielefeld, der Buchladen Eulenspiegel, das Arbeiterjugendzentrum, die Uni-Basisgruppen, KB, SB, SHG etc. stellen fest:

„Wir werden trotz dieses unter anderem von der „NW" offenbar bewußt geschürten Klimas der Einschüchterung und Angst weiterhin daran festhalten, daß auch für Karin Aalbers das selbstverständliche Recht der Unschuldsvermutung gilt! Die bisherige Presse-Berichterstattung ist dazu aufs Spiel zu setzten. Dies muß verhindert werden. Wir fordern besonders von der Redaktion der „Neuen Westfälischen", ihre bisherigen unhaltbaren Anschuldigungen gegen Karin Aalbers sofort und öffentlich zurückzunehmen. Nach der gegenwärtigen Informationslage fordern wir die sofortige Freilassung von Karin Aalbers."

Weitere Bestandteile im Rahmen der bisherigen Solidaritätsarbeit, bei der die Bielefelder Linke äußerst positiv und konstruktiv zusammenarbeitet, waren die Verbreitung von 500 Plakaten mit der Aufschrift „Rufmord" im Stadtgebiet, die Erstellung von ausführlichen Dokumentationen für die überregionale Alternativpresse und die bürgerlichen Massenmedien, die Vorbereitung einer nationalen Pressekonferenz in Köln am 16.10., sowie innerhalb von nur einer Woche die Sammlung von 3.000 DM zur Finanzierung der Unterstützungsarbeit für Karin.

Wenn Karin bald freigelassen werden muß, ist das im wesentlichen dieser guten Solidaritätsarbeit zu verdanken, die von allen Seiten ohne Sektierertum und mit dem ausdrücklichen Willen zur breiten Aktionseinheit sofort angegangen wurde. Damit wurde ein auch bundesweit gültiges Zeichen gesetzt, daß selbst schärfsten Angriffen des Staates im Rahmen seiner Terroristen-Hatz mit einer offensiven Gegenwehr begegnet werden kann und die demokratischen Kräfte nicht wie im „Deutschen Herbst" 1977 mit der Distanzierungs-Welle auf breiter Front zurückweichen brauchen, wenn sie sich ihren eingeschränkten Bewegungsspielraum erhalten bzw. ihn erweitern wollen.

Wer die Öffentlichkeitsarbeit für Karin unterstützen will kann Spenden auf folgendes Konto überweisen:

A. Springmeier, Sparkasse Bielefeld, BLZ 480 501 61, Kto.Nummer 43 52 66 98, Kennwort „Karin Aalbers".

Besuchsanträge und Post an:
Karin Aalbers
Generalbundesanwalt
z.Hd. Bundesanwalt Manns beim BGH
Herrenstr. 45 a

Kontaktadressen:
RA Detlef Hartmann
Hauffstr. 1
5000 Köln 30
Tel: 0221/558193

in Bielefeld:
WG Igelweg 22
4803 Steinhagen

Sofortige Freilassung von Karin Aalbers!

KB/Gruppe Bielefeld



Hamburg-Eppendorf: In der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober probten Hamburgs Bereitschaftsbullen und MEKs den Bürgerkrieg. Angeblich um einem „Hinweis aus der Bevölkerung" nachzugehen, wurden ganze Straßenzüge abgeriegelt und „mehrere Kneipen nach Terroristen" durchsucht. Das alles kriegsmäßig, mit MPs etc. Gefunden wurde freilich nichts ...

Neue (Anti-) Terror-Gesetze

Verschärfung des Demonstrationsrechts

Die Willkür der Polizei bei Großdemonstrationen ist seit dem 1.10. gesetzlich abgesegnet: Nach einigem Hin und Her über die Zustimmungsbedürftigkeit des veränderten Versammlungsrechts - die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat verlangte noch weitergehende Einschränkungen — ist jetzt eine erhebliche Verschärfung des Demonstrationsrechts in Kraft.

Zukünftig ist nämlich das "Mitführen von waffenähnlichen Gegenständen" bei Demonstrationen und Kundgebungen gesetzlich verboten. Das Tragen von Fahnen- und Transparentstangen, Helmen, Schutzschilden usw. kann jetzt leicht als Grund für die gewaltsame "Auflösung" einer Demonstration durch die Polizei herhalten. Außerdem droht jedem Demonstranten Festnahme, wenn er solche Gegenstände mitführt.

Ergänzt wirt dieses Gesetz durch das neue einheitliche Polizeigesetz. Danach darf die Polizei auch mit Handgranaten und Maschinenpistolen gegen Demonstranten vorgehen, "wenn das zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben erforderlich ist".

Einheitliche Hotelmeldepflicht

Künftig muß jeder Gast bei Übernachtungen im Hotel handschriftlich einen Meldevordruck ausfüllen. Diese Zettel müssen dann an die zuständige Polizeibehörde weitergeleitet werden. Die CDU/CSU-Mehrheit hatte im Bundesrat dagegen Einspruch erhoben, weil ihr diese Verschärfungen noch nicht ausreichten. Sie forderte, daß Hoteliers auch die Identität der Gäste durch Vorlage des Personalausweises überprüfen und damit quasi polizeiliche Überprüfungsbefugnisse erhalten sollten.

Verschärfung des Personalausweisgesetzes

Nach dem neuen Personalausweisgesetz kann in einen Personalausweis ein Sperrvermerk eingetragen werden, wenn der Reisepaß entzogen wurde. Nach dem Paßgesetz, das schon seit mehreren Jahren rechtskräftig ist, kann ein Paß eingezogen werden, wenn "Tatsachen die Annahme rechtfertigen", daß "die innere oder die äußere Sicherheit oder sonstige erhebliche Belange der BRD oder eines deutschen Landes" gefährdet sind. D.h., wird zukünftig jemandem mit diesen dehnbaren Begriffen der Reisepaß entzogen, dann kann er auch nicht in ein Land reisen, für das an sich ein Personalausweis zum Grenzübertritt ausreicht. Die Betroffenen werden an allen BRD-Grenzen zurückgewiesen.

Diese neuen Bestimmungen führen auch zu einer ständigen Diskriminierung von Betroffenen in der Öffentlichkeit, da heute in der BRD bei jeder Gelegenheit der Personalausweis vorgezeigt werden muß (z.B. bei einer Bewerbung um einen Arbeitsplatz, bei Beantragung eines Kredits usw.).

Antifa - Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Interview mit Kai Ehlers (Presseverantwortlicher des AK)

Arbeiterkampf: Gegen die Presse- und Veröffentlichungstätigkeit des KB sind kürzlich zwei schwere Anklagen erhoben worden. Zum einen geht es um die Stammheim-Berichterstattung im ARBEITERKAMPF und zum zweiten geht es um die Herausgabe des Buches „Antifaschistische Russell-Reihe Nr.5" zur Gefahr einer neuen GeStaPo in der BRD. Kannst du kurz sagen, was die Anklagen beinhalten und was dem KB vorgeworfen wird?

Kai Ehlers: Ja, beide Anklagen werfen dem KB, einmal dem AK und einmal dem Reents-Verlag, eine Verunglimpfung der BRD-Staatsorgane nach §90 a, also Staatsverleumdung, vor. Es sind zwei verschiedene Prozesse gegen zwei unterschiedliche Personen, gegen mich wegen Stammheim, gegen Jürgen Reents wegen des Buches, aber es handelt sich um ein und denselben Zusammenhang: In beiden Fällen geht es nämlich gegen unsere kritische Enthüllungs- bzw. Öffentlichkeitsarbeit während der Schleyer-Entführung, während und nach den Stammheimer Ereignissen. In beiden Fällen ist der Staat selbst auch der Ankläger.

Im ersten Fall, der Stammheim-Anklage, geht es darum, daß wir unseren Zweifel an der staatlichen Version der Ereignisse in und um Stammheim geäußert haben, daß wir gesagt haben: Wir glauben nicht an Selbstmord! Konkret steht der Artikel „Schluß mit den Selbstmorden!" aus AK 117 unter Anklage, in dem wir nach den drei „Selbstmorden" von Stammheim angesichts des neuerlichen „Selbstmordes" von Ingrid Schubert vor einer gefährlichen Eskalation zur Vernichtung der politischen Gefangenen gewarnt haben, davon gesprochen haben, daß es „bei klarem Verstand nicht den geringsten Grund gibt, an Selbstmord der Gefangenen zu glauben", und wo wir darauf hingewiesen haben, daß nach dem Selbstmord an Ingrid Schubert nun auch" das Leben der übrigen politischen Gefangenen in der BRD in höchster Gefahr" sei.

Arbeiterkampf: Die These vom Selbstmord der Gefangenen wurde ja nicht nur von der KB-Presse angezweifelt, sondern namentlich auch bürgerlich-demokratische Zeitungen im Ausland haben sehr offen nicht nur ihre Zweifel geäußert, sondern direkt von Mord gesprochen.

Kai Ehlers: Ja, das ist richtig, mir sind jetzt nur einige Beispiele im Kopf. Beispielsweise hat das dänische „Extrabladet" von „peinlichem Gestank unbeantworteter Fragen" gesprochen. Eine griechische Tageszeitung hörte, glaube ich, anläßlich der Stammheimer Selbstmorde die „Warnglocken eines neuen unmenschlichen bestialischen Faschismus läuten". In ähnlichem Sinne äusserten sich auch andre Blätter. Ich kann das hier nicht im einzelnen ausführen. Nun, es ist eben bezeichnend für die Verhältnisse, die wir heute in der Bundesrepublik haben, daß, wie in unserem Fall, allein der bloße Z w e i f e l an der staatlichen Version dieser Ereignisse bereits als Staatsverbrechen verfolgt wird.

Arbeiterkampf: Geht es der Staatsanwaltschaft bei den Prozessen gegen den KB und seine Pressetätigkeit nur um die Zweifel an den „Selbstmorden" von Stammheim und Stadelheim?

Kai Ehlers: Also, um die Stammheimer Wahrheit selbst kann es kaum noch gehen – nachdem sämtliche Beweise bekanntlich sofort anschließend durch den Umbau pulverisiert wurden. Zunächst geht es deshalb wohl tatsächlich darum, in diesem Staat selbst das menschlichste Grundrecht auf Zweifel abzuschafffen. Darüber hinaus geht es wohl darum, iegliche Diskussion darüber, wohin sich dieser Staat entwickelt, zu unterdrücken, jeden Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit dieser vielgepriesenen „freiheitlich-demokratischen" Verhältnisse bereits als Unterstützung des Terrorismus zu verfolgen, jede warnende Erinnerung an die Schrecken des Faschismus abzuwürgen.

Das zeigt sich besonders auch in der Anklage gegen das Russell-Buch Nr. 5. In diesem Buch haben wir die Enthüllung des Charakters des westdeutschen Staates, die wir in der Stammheim-Berichterstattung punktuell angerissen hatten, auf analytischem und durch Fakten dokumentierten Niveau fortgesetzt. Dort wird dargelegt, daß Stammheim keineswegs ein Betriebsunfall in der ansonsten intakten Demokratie dieses Staates war, sondern verstanden werden muß als das Ergebnis einer systematischen, planmäßigen und langfristigen Aufrüstung, einer kontinuierlichen Etnwicklung seit 1945, und besonders seit Beginn der "Sicherheits"-Politik der SPD/FDP 1968/69. Bekanntlich vertreten wir ja seitens des KB schon seit längerem die These, daß eine planmäßige, schrittweise Faschisierung des Staatsapparats und der Gesellschaft betrieben wird. Und genau der Nachweis dafür ist in dem Buch erbracht – und bezeichnenderweise steht auch genau das unter Anklage: nämlich die gesamte Faschisierungsthese des KB, darüber hinaus aber auch die bloße W a r n u n g vor Verhältnissen wie damals. Gerade an dem von Bundeskanzler Schmidt, Außenminister Genscher und anderen so gelobten „Modellfall" Stammheim-Mogadishu wird in dem Buch nachgewiesen, daß – so ein Zitat, das u.a. auch inkriminiert wird – „in der Hülle des demokratischen Rechtsstaates während dieser Zeit deutlicher als je zuvor faschistische Machtstrukturen, genauer Strukturen, die auf eine faschistische Machtausübung hinauslaufen können, erkennbar geworden sind". Es wird auch nachgewiesen, an welchen Punkten sich das entwickelt: so besonders die Sonderpolizei, die sich völlig unkontrollierbar in Richtung einer neuen geheimen Sicherheitspolizei entwickelt. Da ist zum zweiten die ungeheure Zentralisierung und Computerisierung des Apparats, zum dritten die Tötungspraktiken, die Tötungsgewohnheiten der Polizei.

Gerade der Nachweis der Planmäßigkeit ist bei der Inkriminierung des Buches das eigentliche Angriffsziel. Eine besondere Allergie hat der westdeutsche Staatsschutz darüber hinaus gegenüber dem kritischen Vergleich der heutigen Entwicklung mit den Zeiten des sog. Dritten Reiches, was sich schon in lächerlicher Weise daran zeigt, daß sogar die bloße Aufzählung von Alt-Nazis im Staatsapparat, die nach den Enthüllungen des „Braunbuchs" aus der DDR (aus dem Jahre 1969) eigentlich hierzulande bekannt sind, in der Anklage als Vorwurf aufgeführt ist.

Arbeiterkampf: Ist der KB schon häufiger in der Vergangenheit wegen seiner Hinweise auf die Faschisierung in der Bundesrepublik gerichtlich belangt worden? Du selbst als presserechtlich Verantwortlicher mußtest ja schon mehrfach vor Gericht stehen. Worum ging es dabei? Hat es dabei in letzter Zeit eine neue Entwicklung gegeben?

Kai Ehlers: Das sind so viele Fragen auf einmal. – Also, es ist so, daß wir ähnliche Kritiken, auch im Konkreten, seit Beginn unserer Pressearbeit 1971 vortragen. Es hat auch in der Vergangenheit gerade in dieser Frage bereits des öfteren Angriffe gegeben, jedoch nie so gravierend wie die jetzigen. Grob würde ich zwei Phasen nennen: Zu Beginn der „RAF"-Jagd, als Petra Schelm in Hamburg erschossen wurde, wurde ein Flugblatt der Vorläuferorganisation des heutigen KB beschlagnahmt wegen Verdachts nach § 90a, weil wir darin von politischem Mord gesprochen hatten. Ein Protestflugblatt gegen dies Vorgehen wurde ebenfalls beschlagnahmt, es gab ziemliche Repressalien gegen Flugblattverteiler. Das gesamte Verfahren wurde – nach erfolgreicher Behinderung der Flugblatt-Verteilung – dann eingestellt. Ähnlich endete derzeit ein Anlauf von F.J. Strauß, uns wegen eines Vergleichs seiner Person mit der Nazi-Zeit zu verklagen. Er war mit Nazi-Symbolen auf der Jacke in unserer Presse abgebildet worden. Auch dies Verfahren wurde eingestellt.

Im Zusammenhang mit dem Aufbau der MEK's (1974/75) wurden gegen uns vier oder fünf Verfahren eingeleitet. Höhepunkt war ein Prozeß, in dem unsere Behauptung „MEK, sie werden gedrillt zum Mord" als Beleidigung mit insgesamt, glaube ich, 1800 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Weitere Geldstrafen flankierten diesen Hauptprozeß, eine davon noch im Verlauf 1976. Es hat seitdem eine Reihe von Ermittlungsverfahren der Art gegeben, in einigen Fällen – speziell zu Anfang dieses Jahres – konnten wir aber sogar einige dieser Anklagen loswerden, also Freispruch. Im Einzelnen habe ich das jetzt nicht im Kopf. Die Massivität der früheren Anklagen ist aber nicht vergleichbar mit den jetzigen.

Beispielsweise ist interessant, daß unsere damalige Broschüre zu dem MEK-Prozeß nicht angegriffen wurde, obwohl ihr Titel deutlich ist: „Polizei der BRD – keine staatlichen Mörder? – Justiz legitimiert Todeskommandos der neuen GeStaPo". Ähnliche Ausführungen blieben bisher auch in unserer übrigen Presse unberührt.

Übrigens, darüber hinaus gab es natürlich eine ganze Latte von Beleidigungsprozessen gegen uns, angefangen bei Anklagen von beleidigten Gewerkschaftsfunktionären, aufgehört bei einer ganzen Reihe von Prozessen, die Faschisten wie Frey gegen uns angestrengt haben, um sich weißzuwaschen. Letzte Beispiele dafür sind der Alt-Nazi Rosenbaum oder der Alt-Nazi Ziesel. Das hat z.T. mit bösen Geldstrafen geendet. Einige Klagen konnten auch zurückgewiesen werden.

Generell muß ich an dieser Stelle allerdings sagen,daß die juristischen Angriffe gegen den KB im Vergleich zu anderen kommunistischen Gruppen, vorzugsweise die „KPD/ML", auch die "KPD" und der KBW, doch relativ zurückhaltend waren. Man kann feststellen, daß es der Staatsapparat lange Zeit für opportun gehalten hat, den KB trotz der von uns vorgetragenen Thesen zur Faschisierung und konkreten Nachweisen polizeistaatlicher Methoden u. a. m. nicht in gleichem Maße anzugreifen wie andere Organisationen. Beispielsweise sind gegen die „KPD/ML" bereits in den frühen siebziger Jahren ziemlich schweinische Prozesse nach § 90 a geführt worden, z. B. wegen Routhier, und haben mit ganz enormen Strafen geendet. Gegen alle die genannten Organisationen sind meines Wissens auch bereits Prozesse geführt worden, die mit Haftstrafen geendet haben, jetzt kürzlich erst wieder gegen die KPD.

Arbeiterkampf: Vor wenigen Tagen ist ja auch gegen Dich als presserechtlich Verantwortlichen erstmals Haftstrafe beantragt worden.

Kai Ehlers: Ja, so ist es, das hat mich trotz aller Erwartungen ziemlich geschockt. Es handelt sich um einen Prozeß von Strauß gegen uns, weil wir seinen Namen in zwei AKs in diesem Jahr mit „SS" geschrieben haben. Das ist in der Vergangenheit x-mal gemacht worden, von uns und von anderen, also insofern eigentlich für ihn nichts Neues. Im Grunde ist auch der Vorwurf dieser Schreibweise gegenüber den Angriffen, die wir bezüglich Strauß in unserer Presse ansonsten vorgetragen haben, belanglos, beispielsweise in der Sondernummer des AK „Strauß – ein Demagoge wie Hitler und Göbbels". Ohne Ansehung von Inhalten forderte der Staatsanwalt für die bloße „fahrlässige Vernachlässigung" meiner presserechtlichen Aufsichtspflichten in den beiden Fällen 3 Monate Haft auf Bewährung plus 2000 Mark Geldstrafe mit der Begründung, angesichts meiner Vorstrafen sei es an der Zeit, zu einer empfindlicheren Strafe überzugehen. Hier wird eine offensichtliche Lappalie zum Vorwand genommen. Ich sehe das so, daß hier mit Blick auf die beiden bevorstehenden grossen Prozesse zu Stammheim und auch zu Russell 5 die Voraussetzungen geschaffen werden sollen, um dort voll reinlangen zu können.

Arbeiterkampf: Das heißt, Du rechnest konkret damit, daß das Gericht oder die Staatsanwaltschaft im Falle des Russell-Buches und der Stammheim-Berichterstattung Haftstrafen verhängen will?

Kai Ehlers: Ja, ganz klar. Und zwar zum einen wegen der politischen Bedeutung dieser Anklage. Ich meine daß die Diskussion zu Stammheim, zur neuen GeStaPo usw. mit allen Mitteln verhindert werden soll, ich betone: mit allen Mitteln. Im Gegensatz zu der bisher gegenüber dem KB eingeschlagenen Taktik der sog. Sicherheitsorgane sehe ich in diesen beiden Prozessen den Versuch, nun die Presse des KB zum Schweigen zu bringen. Grund, uns zum Schweigen bringen zu wollen, uns zumindest einen Maulkorb umzubinden, dürfte in den Augen des Staatsschutzes genügend darin liegen, daß es eben vielfach gerade die Presse des KB war und ist, die sehr unbequeme Enthüllungen gebracht hat und heute bringt. Ich denke da auch an das Geheimpapier zum Russell-Tribunal. Offenbar scheint unserem Gegner der Zeitpunkt gekommen, jetzt auch die Bewegungsfreiheit des KB massiv einzuschränken und Fakten für eine mögliche Illegalisierung unserer Presse zu schaffen.

Die Anklageschriften enthalten darüber hinaus eine Reihe konkreter Indizien über die Sachen, die da im Busch sind. So ist beispielsweise in der Stammheim-Anklage bereits vorsorglich mein gesamtes Vorstrafenregister mit aufgeführt. Ebenso vorsorglich ist zu der Hauptanklage gleich noch eine Nachtragklage eingereicht worden, in der unsere Berichterstattung über die erhobene Anklage ebenfalls angeklagt wird – man sieht: Die bloße Berichterstattung über den Versuch der Gesinnungsjustiz wird bereits als Verbrechen hingestellt! – In der Russell 5 -Angelegenheit ist es nicht viel anders. Zwar bin ich dort nicht angeklagt, sondern Jürgen Reents, aber dem Jürgen wird bereits in der Anklageschrift vorgehalten, daß ihm die Strafbarkeit verschiedener Aussagen bekannt war, also es wird ihm von vorneherein „Vorsätzlichkeit" attestiert. Die Massivität der Ankläger – BKA, LKA Hamburg, LKA Westberlin und noch einmal Strauß wegen der bei ihm angeblich so unbeliebten zwei „S" – spricht gleichfalls für sich.

Arbeiterkampf: Die bestehenden Gesetze schreiben vor, daß es für eine Zeitung einen Presseverantwortlichen gibt. Er wird persönlich belangt für die Arbeit und die Auffassung einer ganzen Organisation von hunderten von Genossen. Wie ist dir dabei zumute?

Kai Ehlers: Tja, ich sagte ja schon, daß ich sehr geschockt war von der Haftstrafen-Forderung in diesem Strauß-Fall. Es ist natürlich so, daß ich mich, da ich mich nun schon seit längerem als Presseverantwortlicher des KB betätige, des öfteren bereits mit der Vorstellung von Knaststrafen beschäftigt habe. Es ist ja immer bisher ein recht ungewisses Spielchen gewesen, wenn ein Prozeß begann. Mein Vorstrafenregister ist auch entsprechend lang genug, um jederzeit so argumentieren zu können, wie der Staatsanwalt es jetzt getan hat. Aber trotzdem habe ich im Alltag diesen Gedanken doch immer ein wenig weggeschoben. Ich habe natürlich auch mit ziemlicher Betroffenheit die Strafen gegenüber anderen Organisationen verfolgt, besonders die Haftstrafen, insofern hatte ich da wenig Illusionen. Trotzdem ist die konkrete Aussicht einer Knaststrafe für mich selbst und die Erkenntnis der politischen Tragweite eines solchen Schrittes seitens der Staatsschutzbehörden ein ziemlicher Hammer. Ich habe auch durchaus, um das ganz klar zu sagen, einen ganz gehörigen Schiß davor, in den Knast zu kommen, sei's für kürzere oder längere Zeit, denn aus meiner eigenen politischen Arbeit weiß ich, was Knast in diesem Land bedeutet. Bei Knast fallen mir eben die Stammheimer Verhältnisse ein, politische Isolation, persönliche Isolation. Ich versuche mir zu überlegen, wie man im Knast um die politische und persönliche Identität kämpfen muß und kann. Ich möchte bei dieser Gelegenheit eine grundsätzliche Sache sagen: Es ist eine bittere, aber wichtige Erkenntnis, daß in diesem Land der Einsatz für demokratische, für sozialistische oder auch für kommunistische Ziele auf den rücksichtslosen Willen der Bourgeoisie trifft, jeden Widerstand gegen ihre langfristigen Pläne zu ersticken, auch mit Knast; daß jede Form von Legalität, gerade die Legalität, in der die Kommunisten in letzter Zeit ihre Arbeit entwickeln konnten, gewissermaßen eine Scheinlegalität ist, die nach Opportunitätserwägungen seitens der Bourgeoisie beseitigt werden wird, wann sie es für nötig hält. Es ist eben nur eine Frage, mit welchem Widerstand sie zu rechnen hat.

Arbeiterkampf: Du sprichst damit die wichtige Frage an, wie die Abwehr gegenüber den zu erwartenden Prozessen sein wird. Wie sieht die Solidarität gegenüber diesen Anklagen aus?

Kai Ehlers: Ohne Öffentlichkeit zu den Anklagen werden die Gerichte meiner Meinung nach glatt Knast durchziehen. Mit Herstellung einer breiten demokratischen Öffentlichkeit wird die Sache für sie anders aussehen. Es muß viel dafür getan werden, eine breite Betroffenheit herzustellen und klar zu machen, daß der Angriff, der hier gegen den KB geht, generell gegen jede demokratische Kritik , gegen jede antifaschsitische Kritik zielt. Konkret: Wenn der KB in dieser Sache, sowohl Stammheim als auch Russell 5, verurteilt werden sollte, dann müssen alle anderen Kritiker eines „Überwachungsstaates", einer „Neuen Sicherheitspolizei", u.a.m. damit rechnen, daß sie die nächsten Ziele der Repression sind, so etwa „konkret", „Extra-Dienst".

Andere Prozesse nach 90a, nach 88a usw. wurden bereits durchgezockt, werden geführt oder stehen an, wie z.B. gegen die „UZ", wie gegen den „ED", jetzt ist sogar „Die Neue", vom „ED" vorbereitete Tageszeitung, bereits inkriminiert wegen Weitergabe von Geheimsachen–bevor sie überhaupt richtig auf dem Markt ist.

Allerdings sieht es mit der Solidarität bisher nicht besonders gut aus. Speziell in der Stammheim-Sache ist festzustellen, daß der sog. Stammheim-Schock, der derzeit ja zu einer Reihe unliebsamer Distanzierungen geführt hat, offenbar immer noch soweit wirksam ist, daß dieses Thema in der Linken, ganz zu schweigen von der demokratischen Öffentlichkeit, verdrängt wurde. In der Russell 5-Angelegenheit haben bereits selbst d i e Zeitungen, die ihrerseits die drohende GeStaPo-Entwicklung in der BRD kritisiert haben, bisher zu den Angriffen auf das Buch geschwiegen, und zwar trotz persönlicher Rücksprache unsererseits. Vor diesem Hintergrund sind die Stimmen, die sich bislang in der Sache geäußert haben, besonders positiv einzuschätzen, wie beispielsweise H.M. Broder in der „FR", wo er trotz politischer Differenzen die Notwendigkeit einer gemeinsamen Front aller Demokraten gegen Gesinnungsjustiz betont hat. Ebenso noch das „Dritte Welt Magazin" und noch ein, zwei andere Stimmen.

Arbeiterkampf: Glaubst du, daß es möglich sein wird, eine gemeinsame Front gegen diese Angriffe aufzubauen, und glaubst du, daß dies nur eine Aufgabe der Linken sein wird? Ich möchte vielleicht kurz den Bundestagsabgeordneten Manfred Koppick von der SPD zitieren, der zwar nicht im Falle des § 90a, aber im Falle des § 88a im „Stern" vor gut einem Jahr geschrieben hat, daß schon allein die Ermittlungstätigkeit, die Beschlagnahmungen und die Angst vor einer Verurteilung nach dem § 88a die Meinungsfreiheit in unerträglichem Maße eischränken.

Kai Ehlers: Ich meine, daß die Voraussetzungen in der Linken gegenwärtig nicht besonders rosig sind. Auch in der Linken ist bisher über die Angriffe auf den KB in diesen Fragen kaum berichtet worden. Es ist ja überhaupt in der linken Presse bisher kaum üblich, die Angriffe auf jeweils andere Organisationen zu berücksichtigen. Ich meine, daß die Linke die Notwendigkeit erkennen muß, gemeinsam den Angriffen entgegenzutreten, weil eine Stärke der Gegenseite ja gerade in ihrer Spaltungs-Taktik liegt. Mit Blick auf linke Sozialdemokraten, Liberale usw. muß die Linke, müssen wir selbst auch noch mehr darum kämpfen, daß die aus der Nazi- und Adenauer-Zeit stammenden und durch den „Antiterrorismus" der SPD neu lakkierten Unvereinbarkeitsbeschlüsse zwischen Demokraten und Linken und auch unter den Linken fallen. Auch an Sozialdemokraten und Liberale muß der Appell gerichtet werden, sich daran zu erinnern, daß nach wie vor die geschichtliche Erfahrung gilt, daß die Kommunisten zuerst geschlagen werden – daß man sich aber – wieder einmal zu spät – erst im Knast wiedertreffen könnte.

Arbeiterkampf: Diese Solidarität aufzubauen, setzt natürlich voraus, daß die Organisation, der KB selbst, vollständig mit allen seinen Genossen in dieser Richtung tätig wird. Bist du eigentlich zufrieden mit der Aufmerksamkeit, die innerhalb des KB diesen Anklagen bislang entgegengebracht wird? Du hast dich ja kürzlich dazu schon mal im Arbeiterkampf geäussert.

Kai Ehlers: Ich möchte vielleicht doch erst mal ergänzen, daß es auch Aufgabe der Genossinnen ist, sich an den Dingen zu beteiligen. – Ich würde sagen, daß auch innerhalb unserer Organisation das Bewußtsein von der Situation, in der wir uns befinden, keineswegs so entwickelt ist, wie es wünschenswert wäre, sondern daß gerade dadurch, daß der KB bislang seitens der staatlichen Organe gewissermaßen eine Sonderbehandlung erfahren hat, in unseren Reihen eine gewisse Leichtfertigkeit, eine gewisse Legalitäts-Illusion sich breit machen konnte. Darüber hinaus gilt auch für unsere Organisation eine generelle Erscheinung, daß man sich hierzulande an gewisse Angriffe zu gewöhnen begonnen hat, daß man die Kriminalisierung politischer Aktivitäten, demokratischen Protestes u.a.m. sozusagen als zum Geschäft gehörig betrachtet. Außerdem gibt es eine gewisse Gewöhnung, daß die Mutter Organisation einem selbst die konkrete Auseinandersetzung mit der Kriminalisierung schon abnimmt. Das sind ja auch die Punkte, die ich in meiner persönlichen Erklärung kritisiert hatte. Ich meine, daß sich an diesem Punkt noch Wesentliches tun muß. Ich glaube, nicht jeder Genossin und jedem Genossen ist bisher klar, daß die Angriffe gegen mich jetzt oder gegen Jürgen Reents Angriffe auf sie selbst sind. Ich muß in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß weder ich, noch sonst irgendeine „Stelle" meines Wissens in der Organisation einen Überblick darüber hat, welche juristischen Angriffe gegen uns laufen, die nicht zentral sind, also: regionale Verantwortliche, einzelne Genossinnen oder Genossen. Ich habe allerdings recht große Hoffnungen, daß im Rahmen der gegenwärtig in unserer Organisation geführten Debatte, wie es weitergeht, auch für diese Frage ein wacheres Bewußtsein geschaffen wird, und daß insbesondere angesichts der konkreten Angriffe die demokratische Wut unserer Genossinnen und Genossen sich wieder neu entwickelt.

„Russell-Reihe 5" Schwierigkeiten mit linker Solidarität

Sowohl die vorläufige Beschlagnahmung im Mai dieses Jahres als auch die jetzige Anklage gegen unser Buch **„Antifaschistische Russel-Reihe 5 : ‚Sonderkommandos' in der BRD-zügiger Ausbau der neuen GeStaPo"** werden von der linken und linksdemokratischen Presse bisher weitgehend verschwiegen. Das ist umso unglaublicher, als verschiedene linke Organe nahezu wegen derselben „Verleumdungen" (neue GeStaPo) unter Beschuß geraten sind.

„konkret" schrieb in ihrer Ausgabe Juli 78: **„Im Schutz einer desinteressierten Bürgerpresse und eines schlafenden Parlaments entsteht in der Bundesrepublik eine geheime Staatspolizei"**. Daraufhin verlangte das BKA eine Gegendarstellung in 10 Punkten, die „konkret" wie folgt kommentierte: *„Wir haben diesem Verlangen stattgegeben, freilich mit der Bemerkung, daß wir Herolds Gegendarstellung für eine ‚Pflichtübung' halten, mit der er die rechtswidrigen Aktivitäten seines Amtes kaschieren will. Daraufhin hat Herold von „konkret" eine Unterlassungserklärung gefordert: Wir sollten uns verpflichten, die aufgestellten Behauptungen, die in der Gegendarstellung zitiert sind, nicht zu wiederholen. Auch diese Erklärung hat „konkret" abgegeben, in der Erwägung, daß wir auch bei günstigster Beweislage vor Richtern, die einem Präsidenten des Bundeskriminalamtes nur mit zusammengeschlagenen Hakken begegnen, doch keine Chancen hätten als die, mit unerträglichen Prozesskosten überzogen zu werden. Wir werden uns deshalb bei der Richtigstellung von Herolds Gegendarstellung auf Quellen berufen, die bislang von Herold nicht dementiert wurden - entweder weil politische Rücksichten es verboten oder weil der Gegner (etwa der ‚Stern') sich einen Prozess mit umfangreicher Beweiserhebung und Zeugenladung geradezu gewünscht hätte"*. - Man darf annehmen, „konkret" weiß, was auf dem Spiel steht, wenn der Reents-Verlag wegen „Staatsverleumdung" angeklagt wird. Hinzuge-

darf annehmen, „konkret" weiß, was auf dem Spiel steht, wenn der Reents-Verlag wegen „Staatsverleumdung" angeklagt wird. Hinzuge-

fügt werden muß, daß „konkret" von seiten des KB d i r e k t und persönlich informiert wurde, und zwar sowohl nach der vorläufigen Beschlagnahmung als auch nach Erhebung der Anklage.

Nicht besser verhält es sich mit dem Westberliner „Extra-Dienst". Der „ED" erhielt inzwischen auch eine Anzeige wegen § 90 a („Staatsverleumdung"), nur weil er eine bezahlte Anzeige für das „Russel-Buch 5" gebracht hatte. Der „Extra-Dienst" distanzierte sich formal: *„In einer ersten Verteidigungsschrift wies Guggomos die Staatsanwaltschaft darauf hin, daß die Nicht-Zensur von Anzeigen, mit deren Inhalt man nicht übereinstimmt, im Rahmen der Informationspflicht eines Blattes wie des „Extra-Dienstes" gesehen werden muß"* (28.7.). - Bereits einige Wochen vorher (7.7.) hatte der „Extra-Dienst" über die staatlichen Schnüffelpraktiken geschrieben: *„Eine ganze Generation ist verdächtig - Haben die Geheimdienste also doch Gestapo-Rechte?* und :*„Den Verfassungsschutzbeamten ist jede exekutive Gewalt ausdrücklich entzogen, um das Wiederentstehen einer ‚geheimen Staatspolizei' (GeStaPo) zu unterbinden. Wie alle bekanntgewordenen Affairen der beiden letzten Jahre zeigen, wird dieses politisch grundlegende Gebot einfach durch Tricks umgangen - die Geheimdienste fordern ‚Amtshilfe' von Exekutivbehörden an und werden dadurch zu Herren exekutiver Akte".*

- Trotz direkter Information ihres Hamburger Korrespondenten hat der „Extra-Dienst" bisher noch nicht einmal ein Notizchen zu den Angriffen gegen das „Russel Buch 5" gebracht. Es ist zu hoffen, das es sich dabei tatsächlich nur um redaktionelle Schlampereien, nicht aber eine bewußte Politik handelt...

Schon traditionell ist das Schweigen des DKP-Orgens „UZ" und der DKP-nahen Zeitungen „die tat" und „Deutsche Volkszeitung" (DVZ).

Anläßlich der Anklage gegen den Chefredakteur der „UZ", Georg Polikeit, (nach § 90 a wegen der Enthüllung der psychologischen Kriegsführung der Bundeswehr durch die „UZ") bemühten wir uns - trotz aller bisherigen negativen Erfahrungen mit der DKP - erneut um eine gemeinsame Front gegen die drohende Welle von „Staatsverleumdungs"-Prozessen. Wir schrieben in einem Brief an G. Polikeit (12.8.78) u.a.:

„Wir solidarisieren uns mit Ihrem Protest gegen eine solche Gesinnungsjustiz und sind bereit, Sie im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen. Eine Möglichkeit der Unterstützung sehen wir darin, auch in unserer Presse über den evtl. Verlauf des Prozesses zu berichten. Eine weitere Möglichkeit dürfte u.E. darin bestehen, der demokratischen Öffentlichkeit den gesamten Umfang dieser Angriffe auf die demokratische Presse und den demokratischen Literatur-Vertrieb vor Augen zu führen, indem über alle derartigen Versuche berichtet wird. Trotz politischer Meinungsverschiedenheiten ist doch schließlich der Kampf gegen eine solche Gesinnungsjustiz am besten durch solidarisches Zusammenwirken der davon Betroffenen zu führen - diese Justiz macht ja schließlich auch keinen Unterschied zwischen der Aufdeckung militaristischer oder polizeistaatlicher Praktiken in diesem Land, seien sie nun von der "UZ", dem „Arbeiterkampf" oder einem kritischen Literaten enthüllt worden".

Ähnlich lautende Schreiben gingen an die „tat" und die „DVZ" - eine Antwort blieb bis heute aus.

Auch in der linkssozialdemokratischen und linksliberalen Szene scheint es schwer zu fallen, über die Angriffe auf die KB-Enthüllung zu berichten, selbst wenn man ähnliche Kritik an der Entwicklung des Staatsapparates hat. Von uns angesprochene Sachverständige dieser Szene, deren Urteil in der öffentlichen Debatte

Kritik an der Entwicklung des Staatsapparates hat. Von uns angesprochene Sachverständige dieser Szene, deren Urteil in der öffentlichen Debatte

sowie auch vor Gericht Gewicht hätte, verschanzen sich hinter angeblichen „wissenschaftlichen Schwächen" der Dokumentation. - Mag sein, aber seit wann schließt das eine (kritische) Solidarität gegen Angriffe der politischen Justiz aus?

Dies Verhalten der linken und linksdemokratischen Öffentlichkeit muß vor dem Hintergrund der differenzierten Taktik des Staates gegen die unterschiedlichsten „GeStaPo"-Kritikern gesehen werden.

Am deutlichsten wird dies am Beispiel „Stern", der ja in seiner Serie „Freiheit 78" ebenfalls vor der Entwicklung einer „neuen GeStaPo" gewarnt hatte. BKA-Chef Herold hatte daraufhin eine Gegendarstellung sowohl für „Stern" als auch für „konkret" verfaßt. Innenminister Baum verweigerte aber die Zustimmung für das Vorgehen gegen den „Stern". Stattdessen sollte ein „Stern"-Interview mit Herold gemacht werden, das aber auch unterblieb. Ebenso scheint der „Staatsschutz" auch gegen das „Stern"-Buch „SOS - Freiheit in Deutschland" (nach anfänglichen Schwankungen) nicht juristisch vorgehen zu wollen...

Am Reents-Verlag hingegen möchte man ein Exempel statuiren, in dem Kalkül, daß die antikommunistische Abgrenzungsangst und die politischen Differenzen zwischen den linken Gruppen größer sind als die Solidarität. Wir möchten dringend davor warnen, auf diese „Differenzierungs" Taktik hereinzufallen. Dieser Prozeß soll zwar am KB geführt werden, g e m e i n t aber ist die g e s a m t e wachsende Kritik an der immer offensichtlicher werdenden antidemokratischen Entwicklung in der BRD!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

"Vrij Nederland" zur Anklage gegen das Russell-Buch 5:

„... eine neue Phase im Prozeß der politischen Sittenverwilderung..."

Wir geben im Folgenden die vollständige Übersetzung eines Artikels aus „Vrij Nederland" vom 14.10.78 wieder, der sich mit der Beschlagnahme und Anklage gegen den Band 5 der Antifaschistischen Russell-Reihe „Nach Schleyer: ‚Sonderkommandos' in der BRD – Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo" auseinandersetzt.

„Vrij Nederland' ist eine (im besten Sinne des Wortes) liberale Wochenzeitung mit der für die Niederlande hohen Auflage von 120.000 Exemplaren (dies würde einer Auflage von 600.000 in der BRD entsprechen). Gäbe es nicht wesentliche Unterschiede in der demokratischen Haltung eines überwiegenden Teiles der niederländischen Presse gegenüber der westdeutschen, so könnte man „Vrij Nederland" hierzulande noch am ehesten mit der „Zeit" vergleichen. „Vrij Nederland" entstand übrigens 1940 nach der faschistischen Besetzung der Niederlande als Zeitung der emigrierten Niederländer und des Widerstands im Lande: Eine Tradition, der sich diese Zeitung auch heute noch verpflichtet weiß.

Ein gerichtlicher Anschlag auf den liberalen Rechtsstaat von Martin van Amerongen

Een justitiële aanslag op de liberale rechtsstaat

M. van Amerongen

Neen, zo'n boek als Nach Schleyer: Sonderkommandos in der BRD – Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo is geen werk om des avonds voor het slapen gaan genoeglijk mee tussen de lakens te schurken. Het is geschreven in het vreselijkste Duits dat na Immanuel Kant op papier is geworpen, de toon is van een olifanteske botheid en de humor is die van degenen die nimmer zullen nalaten om Strauss als StraußS te betitelen.

Laat men alle vulgarismen en grove scherts terzijde, dan resteert een belangrijk boek dat op overtuigende en uitputtende wijze het feit documenteert dat geheime diensten, militaire eenheden en ... militaire eenheden in de B...



Nein, so ein Buch wie *Nach Schleyer: 'Sonderkommandos' in der BRD – Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo* ist nicht geeignet, um sich abends vor dem Schlafen behaglich damit auf dem Laken zu strecken. Es ist in dem fürchterlichsten Deutsch geschrieben, das nach Immanuel Kant zu Papier gebracht wurde; der Ton ist von einer elefantesken Grobheit und der Humor ist derer, die nimmer nachlassen werden, Strauß als StrauSS zu betiteln.

Läßt man alle Vulgarismen und groben Scherz beiseite, dann bleibt ein wichtiges Buch, das in überzeugender und erschöpfender Weise die Tatsache dokumentiert, daß Geheimdienste, militärische Einheiten und paramilitärische Verbände in der Bundesrepublik von heute einen beunruhigend großen Einfluß auf das gesellschaftliche Geschehen erworben haben. Das läßt die Vermutung aufkommen, daß das Buch nicht so sehr wegen seines kriminellen Deutsches als wegen seines explosiven Inhalts beschlagnahmt worden ist. Das ist eine neue Phase im Prozeß der politischen Sittenverwilde-

Deutsches als wegen seines explosiven Inhalts beschlagnahmt worden ist. Das ist eine neue Phase im Prozeß der politischen Sittenverwilde-

rung, der sich in Westdeutschland vollzieht. Nicht, daß dies das erste Buch ist, nach dem die Justiz ihre geschäftigen Finger ausstreckt. Es ist, wie bekannt, vor anderthalb Jahren ein spezielles Gesetz entworfen worden (Artikel 88 a), um einen Damm vor den schriftlichen Äußerungen der Sympathie für terroristische Aktivitäten zu errichten. Dies Gesetz hat dazu geführt, daß manch linker Buchhändler bei Nacht und Nebel die Polizisten im Hausflur hatte, auf der Suche nach explosivem Druckwerk.

Aber die Gründe, weshalb man dem betreffenden Buch einen staatsfeindlichen Status anzukreiden trachtet, sind selbst in dem zu-nichts-zu-tollen bundesrepublikanischen Klima beispielhaft. Der zentrale Vorwurf ist – wir zitieren aus der schriftlichen Begründung der Beschlagnahme – daß das Druckwerk *"den Staat in ein schlechtes Licht stellt."* Denn: *"Bei der Gesamtschau des Inhalts der Druckschrift entsteht vor den Augen eines unbefangenen aber sorgfältigen Durchschnittslesers ein Bild der Bundesrepublik Deutschland als ein Staat, der allgemeine Mißachtung verdient".* Dieses (mehr metaphysische als kriminelle) Vergehen wird im folgenden in zwanzig Punkten spezifiziert, wovon eine Anzahl gehörig nach dem Scheiterhaufen riechen.

Wir nennen ein paar. Auf dem Umschlag *"ist ein roter Elefant abgebildet, der ein Hakenkreuz zerstampft."* Inkriminiertes Zitat: *"Politiker aller Fraktionen überbieten sich gegenseitig mit patriotisch aufgemachter polizeistaatlicher Hetze."* Noch ein inkriminiertes Zitat: *"Unter dem Deckmantel der 'Reform der Inneren Sicherheit' betreibt die SPD/FDP-Regierung gegenwärtig (...) einen fieberhaften Ausbau von Sonderpolizei, vor allem von sogenannten 'Sonderkommandos'* " (1). Noch ein inkriminiertes Zitat: *"Bereits seit Dezember 1977 wird gegen den presserechtlich Verantwortlichen des ARBEITERKAMPF wegen des Artikels 'Schluß mit den Selbstmorden' ermittelt* "(2).

Wenn die westdeutsche Justiz ihren Willen bekommt, dann ist es binnen kurzem nicht nur strafbar, vor der Paramilitarisierung der Bundesrepublik zu warnen, und es ist nicht nur strafbar, kritisch über die epidemische Welle von Selbstmorden in Stuttgart-Stammheim zu schreiben; sondern es ist sogar strafbar, zu berichten, daß die Justiz gegen diese Berichterstattung gerichtliche Schritte unternommen hat.

Das Gift sitzt im Schwanz, sowohl bei dem beschlagnahmten Buch wie in der schriftlichen Begründung der Beschlagnahme. Das letzte Kapitel des Buches enthält eine dokumentarische Aufzählung von führenden *Ex-Nazis* in Kanzleien, *Geheimdiensten, Polizeiorganen und Heereseinheiten.* Diese Aufzählung ist der zwanzigste und letzte Punkt der "Anklageschrift", worauf die Beschlag-

zwanzigste und letzte Punkt der "Anklageschrift", worauf die Beschlag-

nahme fußt: " *'Nazis führend beim Geheimdienst und in der Polizei' – Diese Liste enthält eine Auswahl von Alt-Nazis in Führungsstellen des staatlichen Gewaltapparates."* Da steht es schwarz auf weiß: Wenn es an der Justiz liegt, wird es in Westdeutschland in Zukunft verboten sein, einen Nazi im Staatsdienst als einen solchen zu bezeichnen, weil eine solche Feststellung den Staat *„in Mißkredit"* bringt.

„Mit so einer Verurteilung", so konstatiert der *Arbeiterkampf* (Herausgeber des Buches, selbst Zweiwochenzeitung des halb-maoistischen *Kommunistischen Bundes*), "würde jede ernsthafte antifaschistische Gesellschaftskritik kriminalisiert – ganz zu schweigen von revolutionärer Propaganda."

Man braucht kein Liebhaber der genannten revolutionären Propaganda zu sein und man braucht kein Freund des *Kommunistischen Bundes* zu sein (der dennoch unter den sogenannten K-Gruppen die vernünftigste und nuancierteste ist), und man braucht kein Liebhaber des Betonflechter-Jargons des *Arbeiterkampf* zu sein, um sich nicht tief besorgt zu zeigen über diesen neuen Anschlag auf die letzten Reste des liberalen Rechtsstaates, der die Bundesrepublik zu sein beansprucht.

Anm. d. Übers.:
(1) Diese Zitate stammen aus der Anklageschrift gegen Jürgen Reents als Herausgeber des Buches "Nach Schleyer ..."
(2) Dieses Zitat stammt aus der Anklageschrift gegen Kai Ehlers wegen der Stammheim-Berichterstattung im ARBEITERKAMPF

Einleitung und Übersetzung:
Niederlande-Kommission

Einleitung und Übersetzung:
Niederlande-Kommission



Amtsgericht Hamburg,
Sievekingplatz 3,
Strafjustizgebäude,
2000 HAMBURG 36.

amsterdam, den 13.Oktober 1978 ref. MvA/bl

Sehr geehrte Damen und Herrn,

Die Redaktion der Wochenzeitung "Vrij Nederland" spricht ihre Ablehnung aus über die Beschlagname und Anklage gegen des Buches "Nach Schleyer..." unsz. und fordert die Westdeutsche Justiz nachdrücklich auf jede Massnahme gegen die Beschneidung der Meinungsfreiheit zu unterlassen.

Hochachtungsfoll,

Redaktion "Vrij Nederland",

M.van Amerongen, Redakteur

Neue schwere Vorwürfe gegen den Arbeiterkampf

Im Zusammenhang mit den schweren Geschützen, die in letzter Zeit von Seiten der Staatsanwaltschaft gegen unsere Presse aufgefahren wurden – Stammheim-Berichterstattung im Fall Ingrid Schubert und Russell-Buch 5 – legte ein Westberliner Ermittlungsrichter einen weiteren Zahn zu, was unsere Einschätzung nur unterstreicht, daß versucht wird, an zwei wesentlichen Punkten unserer Kritik am westdeutschen Staatsapparat, diesmal einen Prozeß durchzuziehen, der die **Inhalte unserer Politik zentral angreift** und daß es offen darauf angelegt sein könnte, einen oder mehrere Genossen in den **Knast** zu bringen.

Ein Westberliner Gefangener schrieb uns, mit welchen Begründungen die Nr. 138 des ARBEITERKAMPF nicht an ihn weitergeleitet wurde: Nachdem eine der bekannten Leerformeln – Gefährdung der Ordnung der Anstalt, *„weil der Inhalt der Drucksache durch verzerrende Agitation Aggressionen Inhaftierter auch gegen das Anstaltspersonal auslösen kann"* (Zitat des Gefangenen aus dem Beschluß) – gebracht war, kommt der Beschluß zum Inhalt und deren Strafbarkeit. Da wird an der Ausgabe 138 vom 18.9. beanstandet:

„Auf Seite 1 heißt es z.B., in der Bundesrepublik Deutschland könnten Faschisten nicht nur rechtmäßig öffentlich auftreten, sondern erhielten sogar 'den vollen Schutz des Apparats'",

auf Seite 3 wird uns zur Last gelegt, wir würden Hinweisgeber bei der Terroristenfahndung als Denunzanten verunglimpfen, *„die aus persönlichen unmoralischen Beweggründen andere anzeigen"*.

Diese Denunziantenmentalität der Nazizeit würde *„mit technischen Möglichkeiten, von denen die GeStaPo nicht einmal zu träumen gewagt habe, auf allen 'bürgerlichen Kanälen' propagiert."*

Dies begründe *„jedenfalls einen ausreichenden Anfangsverdacht nach den §§ 90a, 90b, 185, 200 StGB"*. Das sind „Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole" (90a), „Verunglimpfung von Organen des Staates" (90b), „Beleidigung" (185) und Verpflichtung, die Tatsache der Verurteilung wegen Beleidigung in der Presse bekanntzumachen (200). In der Anklage gegen uns wegen der Stammheim-Berichterstattung waren bisher § 90b, § 185 und 200 nicht enthalten.

Des weiteren wird in dem richterlichen Beschluß angegriffen, daß wir über die Anklage des Russell-Buches 5 öffentlich berichtet und aus der Anklageschrift zitiert haben. Das sei strafbar nach § 353d (Veröffentlichung der Anklageschrift, bevor sie öffentlich verhandelt wurde), ja, **daß wir aufgefordert haben, den Anklagegegenstand (das Russell-Buch) zu verbreiten, zu lesen und öffentlich zu diskutieren.** Die Tatsache, daß der Richter sich nicht mit der eingangs zitierten Leerformel begüngt hat – was gängige Praxis ist – sondern sich die Mühe gemacht hat, den AK gründlich zu lesen und auf Strafbarkeit zu prüfen, deutet auf ein koordiniertes Vorgehen hin!

Freispruch für ein „Bunte Liste/ Wehrt Euch"-Flugblatt:

Überlegungen zur Prozeßführung in Staatsverleumdungsprozessen

„Der zweite Bereich, den ich anspreche, ist aus einem ganz anderen Grunde hervorzuheben – deshalb nämlich, weil sich in ihm eine besorgniserregende Entwicklung abzeichnet. Ich meine die zunehmende Einengung der Meinungsfreiheit mit der Hilfe des Strafrechts. Es ist eine Banalität, daß zu einer freiheitlichen Demokratie die Freiheit der Kritik an Akten der Staatsgewalt und der Kritik an den politischen Verhältnissen im Staat gehört, daß solche Kritik für die Demokratie lebenswichtig ist. In letzter Zeit aber sind mehrere Gerichtsentscheidungen ergangen, die eben diese Kritik für strafbar erklären, wenn sie 'maßlos' ist – d.h., wenn sie von jemandem vorgetragen wird, dessen Gesinnung die Richter als 'dem Staat feindselig' beurteilen. Es sind Entscheidungen zu §90a StGB, dem Tatbestand der Verunglimpfung des Staates."

(Prof. Gerald Grünwald in dem Artikel *„Liberale Prinzipien sind heute in der Defensive"*, „FR", 4.10.78)

„Schließlich haben wir es mit 'Ehrverletzungsdelikten' zu tun, im Wesentlichen mit solchen nach §90a StGB – Beschimpfung der Bundesrepublik Deutschland. Sie werden ausnahmslos als Presseinhaltsdelikte begangen. Die Verfolgung dieser Straftaten macht das Gros unserer gegenwärtigen Tätigkeit aus, und sie ist mit etwa 100 bis 120 Strafbefehlen bzw.

wärtigen Tätigkeit aus, und sie ist mit etwa 100 bis 120 Strafbefehlen bzw.

Anklagen jährlich auch weitaus am ergiebigsten. Hier gibt es kaum Beweisschwierigkeiten, da sich die Straftat ja 'schwarz auf weiß' aus der inkriminierten Publikation ergibt ...

Bei der rechtlichen Subsumtion (Zuordnung des Vergehens zu den Gesetzesparagraphen – Anm. AK) *ziehen wir Vergehen nach §90a StGB vor, da hier bekanntlich die Einholung von Strafanträgen nicht erforderlich ist und die Rechtsprechung über die 'mittelbare Beschimpfung' nach §90a StGB im gewissen Rahmen die Möglichkeit gibt, auch Ehrenkränkungen von Regierungen staatlichen Institutionen und Parteien zu erfassen. Ergiebig ist die Strafverfolgung dieser Delikte schließlich auch deshalb, weil man mit den zu verfolgenden presserechtlich Verantwortlichen – die Verfasser der inkriminierten Publikationen sind nie zu ermitteln – doch meist Spitzenkader zu fassen bekommt ..."*

So unverhüllt über das Instrument des politischen Strafrechts zur Ausschaltung oppositioneller Kritik äußerte sich im August 1975 der heutige Bundesanwalt Dr. Morrè, Ankläger im Strafprozeß gegen Rechtsanwalt Kurt Gorenewold, damals Staatsanwalt in Dortmund.

Mit dem Paragraphen 90a StGB verfolgte in Hamburg der Staatsschutz den Sprecher der Jugendinitiativen im „Bunte Liste/Wehrt Euch"-Bündnis, Volker Marks, als presserechtlich Verantwortlichen eines Flugblatts vom 11.3.1978 mit der Überschrift *„Der Senat, der Nazis schützt, läßt 'Wehrt Euch'-Kabarett zusammenprügeln"* noch während des Hamburger Wahlkampfes. Die Überschrift faßte zusammen, was der Text des Flugblattes ausführte und gegenüberstellte: Polizeischutz für die „Bauernschaft für Freiheit und Gerechtigkeit" des Thies Christophersen und die faschistische Hoffmann-Bande am 26.2.78 in Hamburg-Lurup einerseits – brutaler Polizeieinsatz gegen Jugendliche einer Veranstaltung des Wahlbündnisses auf der Mönckebergstraße am 11.3.78 andererseits. Verantwortlich für die staatliche Unterstützung für rechts und den Überfall auf links: der Hamburger Senat, dessen Handlanger – der Staatsschutz – einen Anlaß sah, das oppositionelle Wahlbündnis strafrechtlich zu verfolgen. Der politische Staatsanwalt Dr. Gerhard ließ zwei Jugendliche, bei denen das Flugblatt bei einer Durchsuchung in einer Hamburger Kneipe gefunden worden war, in Westfalen, ihrem Wohnort, von der Polizei vernehmen, um Verteiler zu ermitteln und beantragte am 18.5.78 – zehn Tage nach Beginn des Hamburger Antifaschisten-Prozesses – einen Strafbefehl in Höhe von 1.200 DM gegen Volker Marks mit der Begründung: *„Schon in der Überschrift des Flugblattes wird behauptet, daß der Senat Nazis schütze und politisch anders Denkende durch die Polizei zusammenprügeln lasse. Durch diese Behauptung wird inzidenter* (nebenbei anfallend – Anm. AK) *die Regierung der Freien und Hansestadt Hamburg zu einem Nazi-Regime und zugleich das Bundesland Hamburg zu einem Unrechtsstaat abqualifiziert."*

Der Krampf, der in diesen Formulierungen liegt, verrät das Problem, das trotz der von Bundesanwalt Dr. Morrè gepriesenen Praktikabilität in der Munition des §90a StGB liegt. In der Hand von Kapazitäten wie dem Staatsanwalt Dr. Gerhard gerät sie gelegentlich zu Rohrkrepierern. Der Staat muß *„verunglimpft"* oder *„böswillig verächtlich gemacht"* worden sein. Der Staat ist jedoch nicht durch Angriffe auf Staatsorgane „ohne weiteres" beleidigt, wie der Bundesgerichtshof (BGH) entschieden hat. Andererseits hat der BGH aber bei der Kommunistenverfolgung nach dem Verbot der KPD diese Waffe gegen die (radikale) Opposition in der BRD geschärft, indem er Nachforschungen darüber für geboten hielt, ob *„der Angeklagte nicht aus einer grundsätzlichen staats- oder verfassungsfeindlichen Einstellung handelte"* (Urteil vom 2.10.1957, BGH).

Der Paragraph 90a StGB und seine Auslegung durch die Obergerichte sind daher so etwas wie der Radikalenerlaß des Strafrechts: ausufernd

sind daher so etwas wie der Radikalenerlaß des Strafrechts: ausufernd

und mit voller Schärfe gegen linke Kritik an staatlichen Akten; nicht angewandt gegen Faschisten. Das Oberlandesgericht Hamm z.B. sprach den Verantwortlichen eines Flugblatts der „Jungen Nationaldemokraten" am 2.2.77 von der Anklage des §90a StGB frei. Die inkriminierte Äußerung lautete: *„Wir Jungen Nationaldemokraten kämpfen unnachgiebig gegen den Sumpf der 'stinkenden Bonner Kloake', in der sich die Reaktionäre aller Schattierungen tummeln!"* Massenhaft dagegen und teilweise zu Freiheitsstrafen sind z.B. Verfasser und Verteiler von Flugblättern verurteilt worden, die von einem *„Polizeimord"* an dem Duisburger Arbeiter Günther Routhier sprachen, nach den politischen Gründen des damaligen brutalen Vorgehens im Arbeitsgericht fragten und in diesem Zusammenhang *„Ausbeuter- und Unterdrückerstaat"* schrieben.



Rechtsanwalt Uwe Maeffert

Derselbe Staatsanwalt Dr. Gerhard, der Volker Marks anklagte, stellte 1976 ein Ermittlungsverfahren gegen den Faschisten Michael Borchardt ein, der Herausgeber von *„Der Aufmarsch – Reichsorgan der Faschistischen Front"* ist und in Altona an Hauswänden gemalt hatte: *„Deutschland braucht Faschismus"*, *„Faschistische Front"*, *„Rotfront verrecke"* (siehe Dokumentation „Hamburg – Herz für Faschisten", Seite 24).

Volker Marks ist nach zweitätiger Verhandlung gegen den Antrag des Staatsanwaltes freigesprochen worden. Die Beweisaufnahme verlief für den Hamburger Senat und Staatsschutz peinlich, denn es war nicht schwierig, den Wahrheitsbeweis für die inkriminierte Äußerung anzutreten. In seiner Zeitung hatte Thies Christophersen selbst zu den Luruper Vorgängen geschrieben: *„Als Hauptredner sollte der Führer der Nürnberger Wehrsportgruppe, Karl-Heinz Hoffmann, sprechen ... Ich war sehr überrascht, als der Hauptkommissar Kollex der Hamburger Polizei am Vorabend bei mir anrief und mir mitteilte, daß er den Schutz dieser Veranstaltung mit 2 Hundertschaften übernehmen werde."*

Volker Marks ist juristisch aber freigesprochen worden, weil das ganze Flugblatt keinen einzigen Satz über das Land Hamburg oder die BRD enthielt. Der Amtsrichter versuchte es noch, die Anklage zu retten, indem er Volker Marks fragte: *„Meinen Sie nicht, daß, wer der Regierung einen solchen Vorwurf wie in der Überschrift des Flugblattes macht, den Staat, in dem dies möglich erscheint, für ein Unrechtssystem hält?"*. In amtsrichterlicher Treue zum Bundesgerichtshof also die Frage nach der Einstellung zum Staat und politischer Gesinnung. Die Auslegung entlarvt den §90a StGB als Sondergesetz gegen das Gundrecht der freien Meinungsäußerung (Art.5). Zur Zeit geht die politische Staatsanwaltschaft in Hamburg, die neun Antifaschisten vor der großen Strafkammer des Landgerichts angeklagt hat, gegen unerwünschte politische Kritik in die Offensive und schmiedet dafür weiter an der Waffe des §90a StGB. So klagt sie Kai Ehlers als presserechtlich Verantwortlichen des ARBEITERKAMPF an wegen Flugblätter, die die „Selbstmordthese" von Stammheim in Zweifel gezogen haben; Mitglieder eines Fachschaftsrates an der Hamburger Universität we-

ben; Mitglieder eines Fachschaftsrates an der Hamburger Universität we-

gen Abdrucks des sogenannten „Buback-Nachrufes"; den presserechtlich Verantwortlichen einer Studentenzeitung an der Fachschule für Sozialpädagogik wegen des Begriffs „Stammheim-Deutschland".

Dieser Offensive muß breiter, demokratischer Widerstand entgegengesetzt werden. Dazu muß das Bewußtsein über Charakter und Anwendung des §90a StGB geschaffen und geschärft werden. Anklagen wegen §90a StGB ist außerhalb des Prozesses und in der Verhandlung zu allererst die Forderung nach Einstellung des Verfahrens entgegenzuhalten. Es ist darzustellen, daß die Strafverfolgung von politischer Kritik am Staat und seinen Institutionen mit Demokratie unvereinbar ist. Der Rechtswissenschaftler Hans Copic hat in seinem Buch *„Grundgesetz und politisches Strafrecht neuer Art"* geschrieben: *„Die Erzeugung demokratischer Gesinnung läßt sich mit vielfältigen Mitteln bewerkstelligen, nur ein Mittel ist völlig untauglich, das Strafrecht ... Schlimmer noch ist eine andere fehlerhafte Annahme. Es ist dies die Auffassung, politische Kritik ließe sich frei von subjektiven Einschlägen differenzieren in solche, die beleidigt, beschimpft, verächtlich macht, verunglimpft oder das Ansehen des Staates gefährdet und solche, die in 'sachlicher Form' geäußert wird ..."* (S. 250).

Es ist darzustellen, daß der §90a StGB kein „allgemeines Gesetz" ist, sondern ein Sondergesetz und damit gegen die Verfassung verstößt (dazu auch Hans Copic, S.253). In seinem Inhalt und in seinen Formulierungen entspricht der §90a StGB fast wörtich dem §134a StGB in der Fassung der Notverordnung vom 19.12.1932. Den politischen Staatsanwälten, die faschistische Propaganda dulden und gleichzeitig mit halsbrecherischen juristischen Konstruktionen Anklage gegen demokratische und kommunistische Kritiker dieses Staates erheben, ist im Prozeß die Legitimation zu bestreiten, insbesondere wenn Kritik strafrechtlich verfolgt wird, die zum Gegenstand gerade Duldung, Schutz und Förderung faschistischen Treibens hat. Rechtliche Grundlage für eine solche Ablehnung des Staatsanwaltes kann §160 Abs.2 StPO sein: *„Die Staatsanwaltschaft hat nicht bloß die zur Belastung, sondern auch die zur Entlastung dienenden Umstände zu ermitteln"*.

Weiter: Kern der Prozeßführung ist schließlich die Beweisführung zur Wahrheit der inkriminierten Äußerungen.

Ersatzlose Streichung des §90a STGB!
Kein Politisches Gesinnungsstrafrecht!
Weg mit dem §90a!

Uwe Maeffert

Wackernagel und Schneider an die

Wackernagel und Schneider an die BRD ausgeliefert

Ungeachtet des Versprechens der niederländischen Justiz, Christoph Wackernagel, Gerd Schneider und Knut Folkerts nicht an die BRD auszuliefern, bevor über die von den RAF-Genossen angestrengte Berufung gegen ihre Auslieferung entschieden worden ist, wurden Christoph und Gerd am Abend des 13.10. überraschend in die BRD ausgeflogen.

Wir führten hierzu mit Willem van Bennekom, Mitglied des vierköpfigen Verteidigerkollektivs der Gefangenen, am 15.10. ein Telefon-Interview (der Text ist von van Bennekom in der vorliegenden Form für die Veröffentlichung im ARBEITERKAMPF autorisiert).

Arbeiterkampf: Wie ist es zu dieser plötzlichen Auslieferung gekommen?

Van Bennekom: Die Auslieferung wird von Frau Haars, der Staatssekretärin des Justizministeriums, damit begründet, daß Christoph Wackernagel und Gerd Schneider am Freitagmorgen in den Hungerstreik getreten sind. Sie wollten sich damit gegen die Isolationshaft zur Wehr setzen.

Frau Haars hatte am Donnerstagabend dem Parlamentsausschuß für Jusitz in einer geheimen Sitzung berichtet, daß am selben Tag bei einer Zellendurchsuchung eine Presseerklärung gefunden worden sei, in der dieser Hungerstreik angekündigt wird. Deshalb sollten die Gefangenen sofort ausgeliefert werden. Der Parlamentsausschuß hat sich in seiner Geheimsitzung nicht dagegen ausgesprochen; hauptsächlich deshalb nicht, weil Frau Haars sagte, sie habe im März mit den RAF-Gefangenen eine Verabredung gemacht, daß die Gefangenen in den Niederlanden bleiben könnten, bis über ihre Berufung gegen die Auslieferung an die BRD endgültig entschieden sei. Dies aber nur unter der Bedingung, daß sie nicht erneut in Hungerstreik treten würden. Aber, hat Frau Haars gesagt, die RAF-Gefangenen haben diese Verabredung verletzt, deshalb bin ich auch nicht mehr gehalten, meine eigene Versprechung zu halten.

Arbeiterkampf: Hat es eine solche Verabredung überhaupt gegeben?

Van Bennekom: Niemals. Alles was es gegeben hat, das ist eine einseitige Mitteilung von Frau Haars, nachdem der erste Hungerstreik schon abgebrochen war, daß sie diese Bedingung stelle. Aber weder die Gefangenen noch die Anwälte haben das akzeptiert. Es wäre ja auch absurd, das Recht auf Hungerstreik zum Gegenstand einer solchen Absprache zu machen.

Arbeiterkampf: Wieweit hat sich denn Frau Haars selbst an ihre Versprechen, etwa die Isolierung der Gefangenen zu beenden, gehalten?

Van Bennekom: Sie hat ihrerseits ihre Versprechen nicht gehalten, wirft aber jetzt den Gefangenen vor, Verabredungen gebrochen zu haben, die es niemals gegeben hat.

Merkwürdig ist übrigens auch, daß der Parlamentsausschuß diese falschen Angaben nicht nur akzeptiert hat, sondern sogar der Öffentlichkeit verschwiegen hat, daß es innerhalb kurzer Zeit zur Auslieferung kommen würde.

Arbeiterkampf: Wie sehen Sie die Lage von Christoph Wackernagel und Gerd Schneider jetzt in der BRD?

Van Bennekom: Ich weiß nicht, wo sie jetzt sind, wahrscheinlich in Köln-Ossendorf, aber es ist nicht so wichtig, an welchem Ort sie genau sind, sie sind in der Bundesrepublik! Und, das ist bekannt, es ist ein großes Risiko für einen RAF-Gefangenen, in einem westdeutschen Gefängnis zu leben ...

Arbeiterkampf: ... und am Leben zu bleiben!

Van Bennekom: Es ist ein tödliches Risiko – die Chance, daß ein RAF-Gefangener aus einem Knast in der BRD lebendig herauskommt, ist sehr klein und wird kleiner in jedem Jahr.

Am Samstagnachmittag ist auch Knut Folkerts in den Hungerstreik getreten. Angesichts des aufgekommenen Protestes gegen die Auslieferung von Christoph und Gerd scheint Knut Folkerts jedoch (vorläufig) noch in den Niederlanden bleiben zu sollen. – Das Anwaltskollektiv hat für Dienstag, 17.10., ein Schnellverfahren gegen die Auslieferung von Knut durchgesetzt.

Niederlande-Kommission

Die „Hansa"-Bande sinnt auf „Rache"

»Dich machen wir fertig« – »Verschwinde hier vom Bahnhof« und »wenn Tibor hier wäre, würde er sich freuen« (gemeint ist Tibor Schwarz, einer der bekanntesten »Hansa«-Schläger): Mit diesen und ähnlichen Sprüchen bedrängten zwei Mitglieder der »Hansa«-Bande am Abend des 15.10.78 einen von ihnen zufällig angetroffenen Antifaschisten und verfolgten ihn in die S-Bahn hinein.

Dort trieben sie ihre Provokationen weiter, bis der Antifaschist an einer belebten Station den Zug verließ, verfolgt von einem Faschisten. Dieser ließ von der Verfolgung ab, als der Antifaschist anfing, die Passanten über diese Schläger aufzuklären.

Derartige feige Überfälle aus dem Hinterhalt heraus – das scheint die Art zu sein, wie diese Bande ihre »Rache« für die in der Öffentlichkeit erlittenen Niederlagen nehmen will.

Gründungsversammlung der „Alternativen Liste" Westberlin

Am 5. Oktober beschlossen rund 3.000 Teilnehmer einer Gründungsveranstaltung die Kandidatur einer „Alternativen Liste Westberlin". Dabei wurde eine Gründungserklärung verabschiedet, in der die Kandidatur in Abgrenzung zu den etablierten Parteien erläutert wird. **„Wir beteiligen uns an den Wahlen, um all denen, die ihre Interessen von den etablierten Parteien CDU, SPD und FDP nicht oder nicht mehr vertreten sehen, die Möglichkeit zu geben, ihre Forderungen nach einer grundsätzlichen Alternative auch durch ihre Wählerstimme zu unterstützen"** – heißt es in der Gründungserklärung. Thematische Schwerpunkte der „Alternativen Liste" (AL) sind der Umweltschutz, die Energiepolitik, Gesundheit, der Arbeitsplatzabbau und die Arbeitslosigkeit, die Stadtsanierung, die volle Gleichberechtigung der Frauen und der Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte.

Nicht behandelt wurde die künftige Struktur und Organisation der AL; dennoch ist auch hier faktisch eine Vorentscheidung gefallen, die auf dem Prinzip der Einzelmitgliedschaft beruht. Initiativen und Organisationen können der AL nicht angehören.

Am Vorabend der Gründung: Pläne für einen Unvereinbarkeitsbeschluß

In den Tagen vor der Gründungsversammlung der AL wurde hinter den Kulissen ein Gerangel um einen Unvereinbarkeitsbeschluß (zunächst gegen die „KPD") veranstaltet, das noch auf der Versammlung selbst fortgesetzt wurde.

Zunächst hatte der Kreis um Rechtsanwalt Schily als Zusatzantrag zur Gründungserklärung der AL einen Text formuliert („*Unsere Wählergemeinschaft hat mit der KPD nichts am Hut!*"), in dem **„eine Zusammenarbeit mit der KPD in der alternativen Liste für a u s g e s c h l o s s e n"** erklärt wurde. In diesem Text waren Elemente einer Kritik an den vaterländischen, proimperialistischen Positionen der „KPD" verbunden mit antikommunistischen Klischees. So hieß es dort:

„Vertreter der KPD gehen nicht als Individuen in die Initiativen ... Sondern im Gegenteil: sie kommen quasi als Abgeordnete ihrer Partei auf Weisung der Führungsspitze mit dem erklärten Ziel, unsere Bürgerinitiativen politisch zu dirigieren, d.h. Machtpolitik zu betreiben, bestehende Beschlüsse zu mißachten usw...".

Ebenso ohne das geringste k o n k r e t e Argument wurde der

de Beschlüsse zu mißachten usw...".
Ebenso ohne das geringste k o n k r e t e Argument wurde der

„KPD" in dem Text vorgeworfen, *„politische Kleinarbeit... , langwierige Auseinandersetzungen mit Behörden und Politikern"* usw. seien ihr *„ein Greuel"*. Etwa gleichzeitig bastelte auch das SB an einem Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die „KPD": In einer vom SB entworfenen Resolution hieß es, die Träger der AL hätten *„mit allen im Abgeordnetenhaus vertretenen (operierenden) Parteien schlechte Erfahrungen gemacht"*. Und dann weiter: **„Dies trifft auch auf die Parteien SEW, KPD, KBW zu. Inhalt und Form ihrer Politik ebenso wie ihre Organisationsstruktur sind zu verschieden von unserem Demokratieverständnis, als daß wir mit ihnen ein Bündnis eingehen könnten".**

In diese Intrigen mischten sich dann auch die WUB (traditionelle bezirkliche Wählergemeinschaften, mit denen noch um eine Mitarbeit in der AL verhandelt wurde), die Springer-Presse und sogar Gruhls GAZ ein. Am 2.10. war in der „Welt" zu lesen, daß *„die Antwort auf die 'Kommunistenfrage' entscheiden (soll), ob die WUB bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus mitmacht. Ihr Sprecher Walter Grunwald gestern zur „WELT": 'Wir sind der Meinung, daß kommunistische Parteimitglieder in einer alternativen Liste nichts zu suchen haben'* ".
Und am 5.10. (also genau am Tag der Gründungsversammlung) stand in der "Welt": *„Gruhl will nicht ausschließen, bei den Wahlen im März mit der 'Alternativen Liste' zusammenzugehen. 'Wenn gesichert ist, daß dort keine Kommunisten mitmachen, würde ich einen Zusammenschluß für sinnvoll halten', sagte Gruhl".*

Damit war allzu offensichtlich ein Köder für die eher reformistischen Kräfte in der AL ausgelegt, auf der Gründungsversammlung für einen antikommunistischen Unvereinbarkeitsbeschluß einzutreten.

Indessen hatte diese plumpe Intervention von Springer-Presse und Gruhl-Verein auf die massive Mehrheit der AL-Unterstützer (auch auf große Teile derjenigen, die vorher noch für einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die „KPD" eingetreten waren) den gegenteiligen Effekt. Mit d i e s e n Bundesgenossen wollte kaum jemand gemeinsam marschieren.

Jämmerliches Zwischenspiel des KB

Die „Rote Fahne" der „KPD" schrieb am 4.10.: *„Die Initiatoren des Ausschlußantrages gegen die KPD benutzten den KB als 'nützliche Idioten'..."*. So beschämend es ist, aber das traf den Nagel tatsächlich voll auf den Kopf!

Westberliner Genossen, unterstützt von Genossen der ZRK (die ZRK leitet die Arbeit der Ortsgruppen des KB an), hatten sich tief in die Schiebereien um einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die „KPD" verstrickt, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Schily-Kreis sich auf die vaterländischen Positionen der „KPD" als Begründung seines UVB-Antrags beschränken würde. Aber selbst als das Schily-Papier in seiner endgültigen Fassung (mit den antikommunistischen Klischees) vorlag, herrschte noch Unklarheit, inwieweit man – zwar nicht offen, aber auf Umwegen – das Spiel vielleicht doch noch weiter mitspielen könnte.

Dies wurde für eine ganz besonders pfiffige Taktik gehalten, um über die Ausbootung der „KPD"

Dies wurde für eine ganz besonders pfiffige Taktik gehalten, um über die Ausbootung der „KPD"

die schwankenden reformistischen Kräfte (wie etwa den Schily-Kreis) in der AL zu halten.

Wie naiv und geradezu schizophren dabei vorgegangen wurde, zeigt die Meinung mancher Genossen, der Schily-Text sei gar kein Unvereinbarkeitsbeschluß, denn er richte sich ja nur gegen die „KPD". Die Kräfte um Schily und andere seien „keine Verfechter von Unvereinbarkeitsbeschlüssen".

Eine Kurswende wurde herbeigeführt, indem sich das LG (Leitendes Gremium) des KB einschaltete und scharf die bisher betriebenen Machenschaften kritisierte. Dabei wurde vom LG festgestellt:

1. Es entspricht unseren seit langem erklärten Grundsätzen, daß die „KPD" als eine pro-imperialistische Kraft in demokratischen Bündnissen fehl am Platze ist. Ebenso entspricht es aber auch unseren erklärten Grundsätzen, diese Erkenntnis in der demokratischen Bewegung durch politische Überzeugungsarbeit durchzusetzen. Deshalb kann es nicht unser Ziel sein, die „KPD" durch taktische Schiebereien mit reformistischen oder gar antikommunistischen Kräften aus Bündnissen etc. hinauszumanövrieren.

Um es ganz klar zu sagen: Es geht n i c h t darum, in Wahlbündnissen etc. möglichst rasch Mehrheiten zusammenzubringen, um die „KPD" auszubooten, sondern es geht um l a n g f r i s t i g e und b r e i t e politische Überzeugungsarbeit, bis ins Umfeld der „KPD" hinein. An dieser Stelle sei daran erinnert, daß nicht einmal in der Bunten Liste Hamburg, wo das von den Mehrheitsverhältnissen her leicht möglich wäre und wo es auch schon formale Anlässe genug gegeben hätte, der KB auf den Ausschluß der „KPD" hingearbeitet hat.

2. In dem Unvereinbarkeitsantrag des Schily-Kreises lag der Verdacht nahe, daß die unkonkret gehaltenen antikommunistischen Klischees (s.o.) bei passender Gelegenheit auch gegen den KB selbst gewendet werden könnten.

Leider hat der KB durch seine Beteiligung an den UVB-Schiebereien und andere taktische Saltos in Westberlin wenig politische Glaubwürdigkeit gewonnen. So wirkte es verständlicherweise kaum überzeugend, als der KB plötzlich auf der Gründungsversammlung der AL am 5.10. eine an sich gute Resolution vorlegte, die sich klar gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse aussprach: Für diese Resolution stimmten nur ein paar Hundert der 3.000 Anwesenden. Auch die „KPD" ließ ihre Anhänger g e g e n diese Resolution stimmen – sie hatte sich nämlich inzwischen anderweitig arrangiert!

Hilft Weizsäcker der FDP in Berlin?

SPD-FDP-CDU? NEIN DANKE

Der Abend

KPD siegte letzte Nacht in der ‚Neuen Welt'

Die Roten eroberten Berlins Bunte Partei

„Olympische" Urkunde für Mercedes

Über Jahre arbeitslos

Der Kompromiß – ein halber UVB?

Noch am Abend vor der Gründungsversammlung der AL hatte die „KPD" im Wahlausschuß einen Kompromiß ausgehandelt. So kam im Wahlausschuß nahezu einstimmig (bei einer Enthaltung) folgender Kompromißantrag zustande, der dann am nächsten Tag der Gründungsversammlung vorgelegt wurde: *„Unvereinbarkeitsbeschlüsse lehnen wir ab. Die Alternative Liste wird von ihren Mitgliedern getragen. Parteien oder parteiähnliche Organisationen als solche (z.B. KPD, KBW, KB, SB, KPD/ML, SEW) können nicht Träger oder Mitglied der Alternativen Liste sein".*

SB, KPD/ML, SEW) können nicht Träger oder Mitglied der Alternativen Liste sein".

Die „Rote Fahne" vom 11.10. behauptet, die „KPD" habe diesen Kompromiß-Antrag unterstützt, *„weil wir an der Breite des Zusammenschlusses und der Einheit interessiert sind"*; gleichzeitig räumt die „KPD" aber auch ein, daß dieser Kompromiß **„allerdings bis an die äußerste Grenze gegangen"** sei – wobei sie besonders ärgert, dort mit der „sozialfaschistischen" SEW in einem Atemzug genannt worden zu sein. Im Übrigen macht die „Rote Fahne" das bemerkenswerte Eingeständnis, daß d i e „ K P D " es war, die dafür gesorgt hat, daß auch KB und SB in die Liste der Organisationen aufgenommen wurden, die laut Kompromiß-Antrag nicht Mitglied oder Träger der AL sein können. Sie habe nämlich, so argumentiert die „Rote Fahne", verhindern müssen, ***„daß hier ... durch eine bestimmte Auswahl die Stoßrichtung eindeutig gegen die KPD gerichtet ist"***.

Auf der Gründungsversammlung erhielt der Kompromiß-Antrag mit 1.500 Stimmen eine eindeutige Mehrheit der noch Anwesenden. 700 Stimmen bekam ein Alternativ-Antrag von Roland Vogts (Mitglied des Bundesvorstands des BBU), der einen Versuch unternahm, den UVB-Betreibern (WUB, Schily-Kreis u.a.) entgegenzukommen. In Vogts Antrag hieß es u.a.: *„ ...stellen wir fest, daß die Alternative Liste inhaltlich und in ihrer Struktur ihre Eigenständigkeit gegenüber Parteien und parteiähnlichen Gruppen jeder Couleur zu wahren weiß".*

Obwohl diese Resolution von der Gründungsversammlung deutlich abgewiesen wurde, spielte man der „KPD" nachträglich doch noch einen Streich: Der Presseausschuß der AL gab eine Presseerklärung ab, in der sich wörtlich die Formulierung des abgelehnten Antrags von R. Vogts wiederfindet, bereichert sogar noch um einen ausdrücklichen Seitenhieb gegen die „KPD" – *„daß die AL inhaltlich und in ihrer Struktur ihre Eigenständigkeit gegenüber Parteien und parteiähnlichen Gruppierungen jeglicher Couleur, i n s b e s o n d e r e der KPD, zu wahren weiß"* (zit. n. „Tagesspiegel", 10.10.).

Anscheinend hatte man diese allen demokratischen Gepflogenheiten spottende Distanzierung für sinnvoll gehalten, nachdem beispielsweise die Westberliner Tageszeitung „Der Abend" am 6.10. mit der Schlagzeile erschienen war: *„Die Roten erobern Berlins Bunte Partei – KPD siegte letzte Nacht in der 'Neuen Welt'* " (die Versammlungshalle), und nachdem ausgerechnet anfängliche UVB-Betreiber wie Vogts auf der Gründungsversammlung eine i n h a l t l i c h e Auseinandersetzung mit der „KPD" hektisch abgewürgt hatten.

Einige steigen aus

Die WUB-nahen Kräfte unternahmen auf der Gründungsversammlung noch einen kläglichen Versuch, einen Unvereinbarkeitsbeschluß durchzusetzen. Ihr Antrag (gestellt von Gerd Schneider, BI Britz) lautete in der entscheidenden Passage: *„Wir stellen fest, daß wir uns in Programm und Struktur von den im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien SPD, FDP, CDU sowohl, als auch von den Parteien KPD, KBW, SEW und anderen Splittergruppen abgrenzen".* Dieser Antrag erhielt nur rund 50 Stimmen!

Für die WUB erklärte daraufhin Walter Grunwald (laut „Abend", 6.10.): **„Eine Zusammenarbeit der WUB-Zehlendorf mit der Liste, wie sie sich hier präsentiert hat, ist ausgeschlossen".** (Die WUB-Zehlendorf hatte bei den letzten Wahlen zum Bezirksparlament Zehlendorf 13 % der Stimmen bekommen und galt daher als besonders interessanter Verhandlungspartner für die AL). Um die WUB wirbt nun mit einigen Erfolgschancen Gruhls GAZ.

Seinen Ausstieg aus der AL verkündete auch Rechtsanwalt Schily. Laut „Abend" vom 6.10. soll Schily gesagt haben: **„Ich habe den Eindruck, daß hier ein Parteitag der KPD stattgefunden hat. Mit dieser Liste habe ich nichts mehr zu tun".** Daß Schily die AL verlassen würde, falls sein geplanter Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die „KPD" abgeschmettert werden würde, war schon Tage vor der Gründungsversammlung klar. Daß er seinen Antrag dann allerdings nicht einmal mehr zur

Tage vor der Gründungsversammlung klar. Daß er seinen Antrag dann allerdings nicht einmal mehr zur

Diskussion stellte, dokumentiert die Schwäche seiner Position innerhalb des Wahlbündnisses.

Daß die nunmehr öffentlich vollzogene Spaltung die Chancen a l l e r Seiten für parlamentarische Erfolge bei den Westberliner Wahlen erheblich mindert (am ehesten kann sich wohl noch die WUB für die Bezirksparlamente etwas ausrechnen), liegt auf der Hand. Vermeidbar war diese Spaltung allerdings nicht, da bei der relativen Stärke der „KPD" in Westberlin zweifelsfrei auch das Verlangen von Schily-Kreis und WUB (UVB zumindest gegen die „KPD") zur Spaltung geführt hätte.

Die „KPD" als Biedermann

Die „KPD" hat sich zwar kräftig in den Funktionen der AL festgesetzt und dominierte mit ihrer vollmobilisierten Anhängerschaft die Gründungsversammlung derart, daß sie beispielsweise Redner des KB einfach niedergröhlte. Ansonsten gibt sie sich aber vorzugsweise als bündnis-loyaler Biedermann. Scheinheilig verkündet sie: *„Wo parteiähnliche Zustände herbeigeführt werden, wie durch den KB in Hamburg, geht die Liste, ihr ganzer Anspruch flöten".* Ganz in diesem Sinn setzt sich die „KPD" beispielsweise dafür ein, daß der ehemalige Kandidat der Hamburger Bunten Liste, Holger Strohm (der inzwischen in den bürgerlichen Zeitungen als Kronzeuge gegen die „kommunistische Unterwanderung" alternativer Listen herumgereicht wird), als Redner für die AL nach Westberlin geholt wird. Die „KPD" behauptet auch treuherzig: **„Unsere Politik kann nicht von der AL vertreten werden, deshalb ist es unmöglich, die AL als ‚Vehikel für Parteipolitik' zu benutzen – es sei denn, die AL soll auseinandergesprengt werden".** (Zitate aus einer Stellungnahme der „KPD" für die Zeitung „radikal", nach der Gründungsversammlung der AL). Abgesehen davon, daß dieser Satz keineswegs logisch ist, widerspricht er auch der vom „KPD"-Vorsitzenden Christian Semler höchstpersönlich verkündeten Auffassung, daß die Haltung der „KPD" zu alternativen Wahlbündnissen **„letztlich von dieser langfristigen Perspektive** (Herstellung eines „demokratisch-antihegemonistischen Blocks" – Anm. AK) **bestimmt ist und ein Schritt auf dem Weg dahin werden (kann)"** („Rote Fahne", 26.7.78). Semler führt dort aus, daß es der „KPD" zwar derzeit praktisch unmöglich sei, in den Wahlbündnissen sogenannte „antihegemonistische" Elemente (Vaterlandsverteidigung etc.) durchzusetzen (Semler: *„Dazu ist der Einfluß vor allem revisionistischer Ideologie unter vielen beteiligten Kräften noch zu wirksam"*), daß aber dennoch genau d i e s das langfristige Ziel der „KPD" in den Wahlbündnissen sein müsse. Soll heißen: Die „KPD" m ö c h t e schon gern die Wahlbündnisse zum ‚Vehikel' ihrer „antisozialimperialistischen" Politik machen, sie k a n n es aber heute noch nicht und kehrt darum erst einmal den Biedermann heraus.

Die „KPD" behauptet (mit einigem Erfolg bisher, wie sich leider zeigt), daß Diskussionen über ihre tatsächlichen politischen Ziele (etwa am Beispiel der „Lissabonner Konferenz"!), sofern es dabei nicht u n m i t t e l b a r um Programm-Fragen der AL geht, im Wahlbündnis nichts zu suchen haben und nur stören würden. In der schon zitierten Erklärung der „KPD" heißt es dazu: ***„In der AL geht es um Einheit im Vorgehen gegen die bürgerlichen Parteien, im Kampf für Umweltschutz und Demokratie und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung, nicht aber um S t r a t e g i e".*** Das ist wieder eine der bekannten Treuherzigkeiten der „KPD", da sie, wie wir schon sahen, den alternativen Wahlbündnissen geradezu einen z e n t r a l e n Stellenwert in ihrer „antihegemonistischen" S t r a t e g i e gibt. Ein weiterer Grund, der es unbedingt erforderlich macht, die tatsächlichen ‚strategischen' Ziele der „KPD" kritisch zu hinterfragen, ergibt sich aus der folgenden Aussage des „KPD"-Vorsitzenden Semler in dem schon zitierten Artikel (RF, 26.7.): „Genossen und Sympathisanten unserer Partei, die auf alternativen Listen kandidieren, werden das Programm dieser Listen vertreten. Daß sie darüber hinaus als Kommunisten weiter denken und handeln, ist selbstverständ-

Listen vertreten. Daß sie darüber hinaus als Kommunisten weiter denken und handeln, ist selbstverständ-

lich...". Semler bestätigt damit, was eigentlich ohnehin klar sein müßte: Daß nämlich „KPD"-Abgeordnete, sollten sie über eine alternative Liste auf einen Parlamentssitz gehievt werden, „weitergehende" Politik im Sinne der „KPD" machen würden. Daß es dann beispielsweise zu bestimmten „antihegemonistischen Bündnissen" mit der CDU (gerade in „Berlin-Fragen"!) kommen könnte, ist ein sehr naheliegender Verdacht.

Immer noch Zündstoff in der AL

Die Situation in der AL scheint auch nach dem Kompromiß der Gründungsversammlung noch nicht geklärt und konfliktfrei. Insbesondere drei Punkte scheinen uns in diesem Zusammenhang erwähnenswert:

1. Für die meisten anfänglichen Betreiber eines Abrenzungs-oder Unvereinbarkeitsbeschlusses gegen die „KPD" ist zugleich kennzeichnend, daß sie der i n h a l t l i c h e n Auseinandersetzung mit der „KPD" auszuweichen versuchen und diese auch von der Gründungsversammlung fern halten wollten. Dahinter steht in erster Linie wohl die Überlegung, die AL nicht durch öffentlich ausgetragene Konflikte zu diskreditieren. Insofern gehen diese Kräfte dann wieder mit der „KPD" zusammen, die sich sehr seriös als Wahrerin der „Einheit" aufspielt und gleichfalls bemüht ist, inhaltliche Konflikte kleinzuhalten.

Das Beipiel der zitierten Erklärung des Presse-Ausschusses zeigt aber, daß in manchen Kreisen durchaus noch ein Interesse daran besteht, der „KPD" hintenherum eins auszuwischen und sie auf jeden Fall innerhalb des Wahlbündnisses zurückzudrängen. Das könnte e i n Reibungspunkt werden.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 6

2. Es deutet sich an, daß sich SEW- und SPD-nahe Kräfte inhaltlich auf die „KPD" einschießen, wobei deren tatsächlich pro-imperialistische ‚strategische' Linie ausgenutzt werden könnte, um der AL potentielle Wähler abspenstig zu machen. Schon aus diesem Grund hätten wir es begrüßt, wenn auf der Gründungsversammlung eine inhaltliche Abgrenzung von der „KPD" diskutiert und beschlossen worden wäre. Ein entsprechender Antrag des KB wurde allerdings von der Versammlungsleitung gar nicht erst zur Abstimmung gestellt. So, wie die Dinge jetzt liegen, wird es für die AL sehr schwer oder unmöglich sein, einen Einbruch in traditionelle Bündnisbereiche der SEW zu erzielen. Es ist zu begrüßen, daß sich E. Altvater (SB) inzwischen innerhalb der AL dafür eingesetzt hat, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den ‚strategischen' Positionen der „KPD" aufzunehmen.
3. Noch ungeklärt ist bisher innerhalb der AL die„Berlin-Frage" und die Haltung zur SEW. Die „KPD" möchte unter dem Punkt „Berlin-Frage" zumindest andeutungsweise ein paar „antihegemonistische" Läuse in den Pelz der AL setzen, und sie möchte einen faktischen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die SEW erreichen. Die Auseinandersetzung um diese Fragen hat man sich aber wohlweislich für die Zeit nach der Gründungsversammlung aufgehoben und einen entsprechenden Passus in die Gründungserklärung eingebaut:„*Im künftigen Programm der alternativen Liste werden wirStellung nehmen zu den besonderen Problemen West-Berlins, sowie zu allen sich zur Wahl stellenden sogenannten ‚Alternativen', die für uns keine sind (z.B. SEW)*".

Die Genossen des KB unternahmen auf der Gründungsversammlung den sicher gut gemeinten, aber nicht richtig durchdachten Versuch, einen Antrag auf ersatzlose Streichung dieses Passus zu stellen. Dieser Antrag wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt, zumal auch Roland Vogts (BBU) sehr scharf gegen diesen Antrag sprach.

Da der Antrag nur die ersatzlose Streichung, aber keine inhaltliche Alternative enthielt, konnte er so interpretiert werden, als wolle der KB von vornherein eine programmatische Meinungsbildung der AL zur „Berlin-Frage" abwürgen. Leider ist auch selbstkritisch anzumerken, daß die Westberliner Genossen bisher kaum eigene Untersuchungen und konstruktive

berliner Genossen bisher kaum eigene Untersuchungen und konstruktive

Vorschläge zur „Berlin-Frage" in die AL eingebracht haben (obwohl seit langem klar ist, daß gerade dies das Steckenpferd der „KPD" ist!). Und mit leeren Händen kann man manchmal ganz schön alt aussehen.

Die deutliche Abweisung dieses Antrags durch die Gründungsversammlung bedeutet aber sicher nicht, daß die „KPD" in den Fragen „Berlin" und SEW inhaltlich schon einen Sieg errungen hätte, auch wenn dies dem arglosen Leser der „Roten Fahne" wohl so erscheinen muß. Die inhaltliche Auseinandersetzung um diese Themen steht der AL noch bevor.

Leider ist festzustellen, daß einige Genossen in Westberlin immer noch nicht von der Vorstellung geheilt sind, sie müßten (und könnten!) hinter den Kulissen den großen Politiker spielen, mit den verschiedenen Kräften innerhalb und außerhalb der AL herumjonglieren, „Widersprüche zuspitzen", in Geheim-Verhandlungen „die 'KPD' isolieren" usw. Ein „Rundbrief", in dem immer noch Vorstellungen und konkrete Pläne in diese Richtung entwickelt werden, kursiert in der Westberliner Ortsgruppe (datiert vom 11.10.). Vor dem Hintergrund der Schwäche unserer Westberliner Ortsgruppe sind solche Vorstellungen und Pläne besonders makaber.

Wer in diese Richtung arbeiten will, hat dafür nicht die Zustimmung des LG und der ZRK. Im Gegenteil. Jetzt kommt es darauf an, mit eigenen konstruktiven Vorschlägen in die programmatischen Diskussionen der AL einzugreifen, insbesondere auf die anstehenden Auseinandersetzungen um die „Berlin-Frage" sich inhaltlich vorzubereiten, also nicht bloß negativ einzelne vaterländische Sprüche der „KPD" anzugreifen, sondern zu den konkreten programmatischen Vorschlägen der „KPD" Stellung zu nehmen und selbst Vorschläge zu entwickeln. Im übrigen sollte nicht vergessen werden, daß gerade in der „Berlin-Frage" schräge Positionen nicht nur von der „KPD" zu erwarten sind.

LG des KB

Hessenwahl dämpft Erwartungen der grünen und bunten Listen

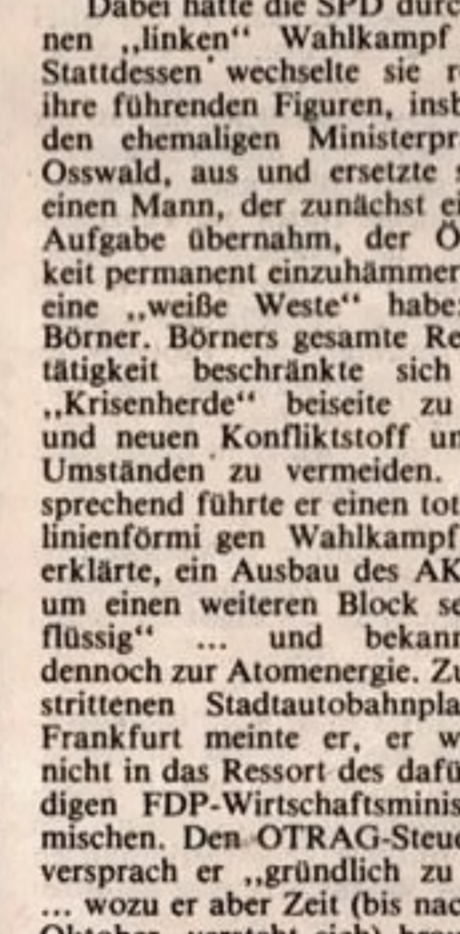
Fortsetzung von Seite 1

das bestehende Parteiengefüge stabilisiert. Eine Erklärung für das Ergebnis liegt darin, daß diese Wahl in vieler Hinsicht einer Bundestagswahl ähnelte. Wäre die FDP z.B. ein weiteres Mal aus einem Landesparlament ausgeschieden, so hätte das beinahe sicher das „Aus" für diese Partei bedeutet. Ein Machtantritt Dreggers in Wiesbaden hätte der CDU die 2/3-Mehrheit im Bundesrat und damit die



Szenen aus Biblis (1.10)





Möglichkeit gebracht, alle Gesetzesvorhaben der Koalition zu blockieren. Dies hätte die Aussichten der Union auf einen Regierungswechsel in Bonn erheblich verbessert. Dregger selbst, der ganz richtig einschätzte, daß diese Perspektive SPD/FDP-Wähler mobilisieren würde, bemühte sich zwar, einen ganz auf Landespolitik abgestellten Wahlkampf zu führen. Dennoch konnte er nicht verhindern, daß die Hessenwahl von seinen Konkurrenten immer stärker zu einer Abstimmung über die Regierung Schmidt/Genscher gemacht wurde. Auch der von den etablierten Parteien betriebene Wahlkampf war ähnlich aufwendig und kostspielig wie bei einer Bundestagswahl. Schließlich lag auch die hohe Wahlbeteiligung (87,9 %9 nur wenig unter der Beteiligung bei den Bundestagswahlen 1976 (91,9 %).

Besonders das Ergebnis für die FDP läßt sich wohl nur unter diesem Aspekt interpretieren. Man kann sich noch so sehr den Kopf zerbrechen: Es findet sich praktisch nichts, was die hessische FDP für irgendwelche Wählerschichten „attraktiv" machen würde. Die hessische FDP hat weder ein liberales Profil, noch tun sich ihre Führungskräfte durch Intelligenz, Erfindungsgeist oder Popularität hervor. Das übliche Argument der FDP, „Korrektiv gegen sozialistische Experimente der SPD" zu sein, entbehrte in Hessen weitgehend einer realen Grundlage. Denn dafür konnte sich ja schon ein Börner glaubhaft als Garant empfehlen, der den „Genossen" das „Ende der Fahnenstange" befohlen hatte. Was der FDP dennoch erstaunliche 6,6 % bescherte, war der direkte Hilferuf, ohne Genscher könne Schmidt nicht weiterregieren. Die FDP sprach von einer „*Schicksalswahl*", beschwor einen „*schwarzen Sonntag*" für Hessen und Bonn und appellierte besonders in der Schlußphase des Wahlkampfs an SPD-Wähler, ihr über die 5 %-Hürde zu helfen. Diese Argumentation verfing sogar bis in die Reihen des Sozialistischen Büros hinein, wo Andreas Buro eine Wahlempfehlung des SB zugunsten der FDP (allerdings erfolglos) zur Diskussion gestellt hatte. Analysen des Wahlverhaltens haben ergeben, daß die FDP ihre Verluste an die CDU mit sozialdemokratischen „Leihstimmen" wettmachen konnte. Dagegen seien nur 45 % der FDP-Stimmen „Stammwähler" dieser Partei. Dies allein hätte für die 5 %-Hürde bei weitem nicht gereicht.

Die FDP hatte noch im Sommer mit dem Gedanken gespielt, ohne eine eindeutige Koalitionsaussage in den Wahlkampf zu gehen. Dies wurde von einem Drittel der Delegierten auf dem entsprechenden Parteitag befürwortet. Diese Delegierten kamen nicht zufällig aus Orten, in denen die FDP in den Kommunalverwaltungen mit der CDU zusammenarbeitet. Sie können mit einiger Sicherheit als Anhänger einer Koalition mit der CDU gelten. Hätte sich diese Linie durchgesetzt, wäre die FDP wohl im hohen Bogen aus dem Landtag geflogen. Die GLH hätte es dann zweifellos einfacher gehabt. So aber rettete die FDP mit einem inständigen Bekenntnis zur sozialliberalen Koalition ihre Haut. Dies signalisiert freilich auch den vorläufigen Schlußpunkt der Genscher'schen „Auflokkerungsstrategie". Diese sollte darin bestehen, daß die FDP — unabhängig von der Bonner Koalition — in den Ländern unterschiedliche Koalitionen eingeht, kurz: mehr Bündnisse mit der CDU. Die „Bestrafung" der niedersächsischen FDP und die „Belohnung" der hessischen FDP lassen jedoch darauf schließen, daß diese Partei auf absehbare Zeit nur als SPD-Partner lebensfähig ist.

Dies wiederum stellt die CDU/CSU vor die Notwendigkeit, sich etwas Neues einfallen zu lassen. Ebenso wie in Hessen reicht es ihr auch auf Bundesebene nicht zur absoluten Mehrheit; aus eigener Kraft ist der „Machtwechsel" also nicht zu bewerkstelligen. Die FDP andererseits richtet sich durch Umfallen selbst zugrunde. Es ist klar, daß bei dieser Lage der Dinge die Befürworter der Vierten Partei in der Union mehr und mehr Oberwasser erhalten.

Das „kleinere Übel" setzt sich durch

Auch der SPD kam natürlich der „Schmidt-Bonus" und die Tatsache zugute, daß die Bundesregierung derzeit relativ „krisenfrei" regiert. Auch sie warb mit der Parole, dem Kanzler „*den Rücken frei*" zu halten. Dennoch verblüfft es, wie schadlos die SPD innerhalb von nur zwei Jahren aus ihrem hessichen „Tief" herausgekommen ist. Filzokratie, bürgerfeindliche Gebietsreform, Umweltzerstörung, Korruption usw. — dies waren immerhin Stichwarte, die noch vor kurzem nicht nur Unmut, sondern regelrechten Bürgerzorn auslösten, wenn von der SPD die Rede war. Bei den letzten Wahlen, die in Hessen stattfanden (Kommunalwahlen 1977), blieben runde 10 % der SPD-Wähler aus Protest zuhause (Wahlbeteiligung insgesamt nur 79,5 %). Die CDU errang dadurch spektakuläre Erfolge, u.a. eine absolute Mehrheit in Frankfurt, was zuvor fast für unmöglich gehalten wurde. Die Annahme jedoch, diese enttäuschten SPD-Anhänger wären für die GLH zu mobilisieren, erwies sich als Irrtum. Tatsächlich kehrten sie zumeist zur SPD zurück.

Dabei hatte die SPD durchaus keinen „linken" Wahlkampf geführt. Stattdessen wechselte sie rechtzeitig ihre führenden Figuren, insbesondere den ehemaligen Ministerpräsidenten Osswald, aus und ersetzte sie durch einen Mann, der zunächst einmal die Aufgabe übernahm, der Öffentlichkeit permanent einzuhämmern, daß er eine „weiße Weste" habe: Holger Börner. Börners gesamte Regierungstätigkeit beschränkte sich darauf, „Krisenherde" beiseite zu räumen und neuen Konfliktstoff unter allen Umständen zu vermeiden. Dementsprechend führte er einen total stromlinienförmi gen Wahlkampf. Börner erklärte, ein Ausbau des AKW Biblis um einen weiteren Block sei „überflüssig" ... und bekannte sich dennoch zur Atomenergie. Zu der umstrittenen Stadtautobahnplanung in Frankfurt meinte er, er wolle sich nicht in das Ressort des dafür zuständigen FDP-Wirtschaftsministers einmischen. Den OTRAG-Steuerskandal versprach er „gründlich zu prüfen" ... wozu er aber Zeit (bis nach dem 8. Oktober, versteht sich) brauche. Ein von der örtlichen Bevölkerung heftig abgelehntes „Freizeitpark"-Projekt stoppte er kurzerhand gegen den eigenen SPD-Bürgermeister. Für die kritischen SPD-Wähler vertraute er voll und ganz auf die Mobilisierung des Anti-Dregger-Effekts. Mit Erfolg. Reihenweise empfahlen namhafte „Linke" die Wahl des „kleineren Übels" und malten für den Fall eines Dregger-Siegs den leibhaftigen Faschismus an die Wand. Kurioserweise sind das oftmals die gleichen „Genossen", die normalerweise schon den Gedanken an eine mögliche Faschisierung in der BRD weit von sich weisen.

Allein am Vortag der Wahl erschienen in der „FR" (7.10.) drei Anzeigen, in denen solch hanebüchender Unsinn verbreitet wurde, wie z.B. daß

schienen in der „FR" (7.10.) drei Anzeigen, in denen solch hanebüchender Unsinn verbreitet wurde, wie z.B. daß

man gegen Gesinnungsschnüffelei, Disziplinierungsversuche und Diffamierung SPD und Holger Börner wählen müsse („*An alle Nichtwähler und an die Bürger, die in Hessen grün wählen wollen*"; unterschrieben von A. Eggebrecht, I. Fetscher, W. Jens, Ch. Poth, L. Rinser u.a.). Oder daß es „*wieder einen Grund (gebe), an unserer Demokratie nicht zu verzweifeln: die Aufhebung des Radikalenerlasses in Hamburg*" (!), unterschrieben von sechs fortschrittlichen Pastoren. Oder einfach: „*Wer Dregger im Weg steht, hat (leider) nur eine Wahl: SPD*" von Klaus Traube, Jürgen Roth u.a. Auf diese Weise gelang es der SPD, linke Wählerstimmen für sich zu gewinnen, ohne der Linken irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Im Gegenteil. Mit Blick auf die Jusos erklärte Börner: **„Gebt denen möglichst viel Leim in die Hand, dann kommen sie nicht auf dumme Gedanken..."** (zit. nach „Spiegel", 2.10.). Irgendein Aufmucken der Jusos gegen diese Behandlung ist bis heute nicht bekannt geworden.

Insgesamt waren alle drei etablierten Parteien auf die Wahlbeteiligung der Grünen wesentlich besser vorbereitet als in Hamburg oder Niedersachsen. Man übertraf sich gegenseitig in Versicherungen, den Umweltschutz „ernst" zu nehmen und möglichst viel dafür tun zu wollen. Dregger engagierte sich vehement gegen die Giftmülldeponie Herfa-Neurode, und Börner — das ist wirklich wahr — versprach, dafür zu sorgen, daß man 1980 wieder im Main baden könne. Umwelt-Programme wurde in Massen verteilt, und die Presse berichtete täglich davon, wie sich Verwaltungen und Politiker der verschiedensten Umweltprobleme in Hessen annahmen. Als sich in der letzten Woche vor der Wahl, also nach der erfolgreichen Biblis-Demonstration (BIs, GLH, GLU, BUND, Jusos u.a.) mit ca. 6.000 Teilnehmern, Dregger und Börner in einer Fernsehdiskussion gegenübersaßen, war kaum mehr auszumachen, wer von beiden eindringlicher vor einer weiteren „Konzentration von Atomkraftwerken an einem Ort" (Bau von Block C) warnte. Bei aktiven AKW-Gegnern erzeugte dies sicher nicht mehr als Heiterkeit. Bei dem sehr viel größeren Potential derjenigen, die in Umfragen das Auftreten der grünen Listen erstmal als positiv bezeichneten, dürfte jedoch der Eindruck verfangen haben, es werde jetzt mehr für den Umweltschutz getan. Die Haltung der traditionellen Umwelt- und Naturschutzverbände tat ein Übriges. Sie bescheinigten den etablierten Parteien „gestiegenes Umweltbewußtsein" und grenzten sich von den Grünen ab.

Auch die Presse war, zumindest was die GLH angeht, bestens instruiert. Alles, was der GLH zum Schaden gereichen konnte, wurde genüßlich breitgetreten, so z.B. das Thema: „Zerstrittenheit der Grünen". Erfolge der GLH, z.B. die Biblis-Demonstration, wurden besonders in der „FR" fast völlig verschwiegen. In der Schlußphase des Wahlkampfs wurde der Name „GLH" in der „FR" gar nicht mehr gebraucht, sondern höchstens noch von „den Grünen" gesprochen, wenn es um die GLH ging. (Der GAZ freilich wurde eine solche Behandlung nicht zuteil). Noch nach der Wahl erlaubte sich die „FR" ein für ihre Berichterstattung typisches Ganovenstück. Alexander Schubart (Kandidat der GLH auf der Landesliste) habe am Abend des 8. Oktober depriemiert bei seinen ehemaligen SPD-Parteigenossen „Trost gesucht". Als Schubart, der in Wirklichkeit eine sehr kämpferische Stellungnahme im Fernsehen abgegeben hatte, wütend von der „FR" ein Dementi verlangte, brachte diese zwar eine Richtigstellung, nun aber unter der Überschrift: „*Schubart trostlos*"!! Trostlos ist in der Tat diese miese Stimmungsmache in einem Blatt mit dem erklärten Aushängeschild: „liberal" ...

Das Abschneiden der GLH

Das mäßige Ergebnis auf Landesebene konnte die GLH im Großraum Frankfurt/Darmstadt ein bißchen wettmachen. In Frankfurt erhielt die GLH mit 7.909 Stimmen 2,2 % (GAZ: 1,2 %), in Darmstadt 2,3 % (GAZ: 1,7 %), in Offenbach 1,6 % und Neu-Isenburg 1,8 % (GAZ jeweils unter 1 %), in Königstein 2,1 % (GAZ: 1,3 %), in Hanau 1,6 % (GAZ: 0,7 %).

Auch die ländlichen Wahlkreise im Großraum Rhein-Main (Nr. 31, 40 und 46) schnitten mit 1,4 %, 1,2 % und 1,6 % bei jeweils über 1.000

und 46) schnitten mit 1,4 %, 1,2 % und 1,6 % bei jeweils über 1.000

Stimmen überdurchschnittlich gut ab. Dieses gesamte Ballungsgebiet ist mit rund 2 % die eigentliche „Bastion" der GLH. In diesem Raum wurden die höchsten Ergebnisse offensichtlich dort erzielt, wo die Probleme der Stadtzerstörung am weitesten fortgeschritten sind: Im Frankfurter Nordend errang die GLH beachtliche 5 %; dort ist eine Stadtautobahn mit einer Tunnelführung geplant, die den Stadtteil total zerreißen würde. Das Westend — ein Viertel, das als erstes den Spekulanten zum Opfer fiel, und wo seinerzeit spektakuläre Kämpfe gegen den Abriß von Wohnhäusern stattfanden — blieb mit 4,57 % nur wenig darunter. In Bockenheim(Universitätsviertel) dürfte die „Neue Linke" die dort erzielten 3,9 % bewirkt haben. Auch in Darmstadt haben wohl in erster Linie Stadtautobahn-Planungen zu dem überdurchschnittlich hohen Anteil der GLH geführt.

Enttäuschend ist das Abschneiden der GLH in Kassel mit 1,3 % (GAZ: 1,4 %, Marburg mit 1,6 % (GAZ: 1,8 %) und Wiesbaden mit 0,9 % (GAZ: 1,0 %), wo sie jeweils von der GAZ geschlagen werden konnte. Auch Gießen (1,4 % gegenüber 1 % der GAZ) sieht nicht viel besser aus. Allerdings hatten es die GLH-Gruppen dort auch schwerer. In Marburg (traditioneller DKP-Einfluß an der Uni!) erzielte die DKP, die dort im Stadtparlament vertreten ist, ihr mit Abstand bestes Ergebnis dieser Wahl (2,9 Prozent), wobei sie nur 1,5 % gegenüber 1974 verlor.

In Wiesbaden stand die GLH unter dem Dauerbeschuß von Wahlboykottlern, die dort (und nur dort) eine relativ starke Position in der Linken haben. Diese Fraktion, die vor allem in der Anti-AKW-Bewegung arbeitet und politisch dem Hamburger AK Ökologie (gibt's den eigentlich noch?) vergleichbar ist, ging in ihrer sektiererischen Bekämpfung der GLH so weit, daß sie sogar eine Beteiligung an der Biblis-Demonstration scharf ablehnte.

Ungefähr jeder zweite Wähler der GLH gehört in die Altergruppe der 18

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 7

bis unter 25jährigen (bei der GAZ ist es jeder vierte). Dennoch gelang der GLH bei weitem nicht die Mobilisierung von Jungwählern, wie es die Bunte Liste Hamburg schaffte. (Während angeblich in Hamburg jeder vierte Jungwähler für die Bunten stimmte, waren es in Hessen nur 4,5 %, die GLH wählten. Dafür brachte es die SPD unter den hessischen Jungwählern auf 49 %).

Zweifellos hat die GLH mehr Sympathien, als es in den 1,1 % zum Ausdruck kommt; viele Menschen, die „eigentlich" mehr mit der GLH übereinstimmen, haben „zähneknirschend" SPD gewählt. Gerade die berühmten Magenschmerzen aber sind es, die in der BRD seit Jahrzehnten wirksam die Herausbildung einer linken Alternative behindern.

Sind die Grünen am Ende?

Nachdem das Wahlergebnis bekannt war, äußerte Genscher, die Grünen hätten ihre Zukunft bereits verloren. Schmidt gab einer Partei links von der SPD keine Chance, und Strauß meinte, die Grünen hätten ihren Höhepunkt überschritten. Die „FAZ" (12.10.) fragte, ob der *„grüne Mohr seine Schuldigkeit getan"* habe, und führte das schlechte Abschneiden auf die *„sachlichen Erfolge der Grünen"* zurück: Die Grünen hätten die etablierten Parteien aus ihrem *„Dornröschenschlaf"* in punkto Umweltschutz geweckt; dies sei ihr Verdienst, *„das freilich gleichzeitig ihren Tod bedeutet."*

Andererseits gibt es bei SPD und FDP auch vorsichtige Stimmen, die vor einer Unterschätzung der Grünen warnen. Sie befürchten, daß die Empörung der Bürger umso größer sein könnte, wenn demnächst weitere Stadtautobahnen und Atomkraftwerke gebaut werden.

Ganz sicher ist natürlich auch Wunschdenken dabei, wenn jetzt die grünen und bunten Listen eilig totgesagt werden. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß ein so rascher Rückschlag bedenklich ist für eine Gruppierung, die sich erst zum zweiten bzw. dritten Mal einem Wahlgang stellt. Dies gilt für a l l e Grünen, vielleicht sogar verstärkt für die Konservativen unter ihnen. So hat der hessische Landesvorsitzende der GAZ, Hees, bereits angekündigt, daß er sein Amt in Kürze niederlegen werde. Er hält es inzwischen für *„nahezu unmöglich"*, gegen die großen Parteien anzutreten. Mit ihrem Maulheldentum („wir schaffen 8 %), ihren Kabinettstückchen („Nominierung" von Heinz Brandt gegen dessen Willen auf der GAZ-Landesliste; gefälschte Wahlanzeigen, in denen z.B. R. Jungk als Unterstützer der GAZ aufgeführt wurde) und mit ihren undemokratischen Praktiken, die inzwischen auf Widerspruch in den eigenen Reihen gestoßen sind (Austritt einer GAZ-Kandidatin, öffentliche Kritik eines Vorstandsmitglieds gegen den Rechtskurs), steht die GAZ jetzt ziemlich im Hemd da. Eine weitere Niederlage dieser Art würde sie kaum verkraften. Insgesamt stellt d i e s e GAZ, der sozusagen auf den ersten Blick anzumerken ist, daß sie an den Rockschößen der CDU hängt, eine besonders dumme und ungeschickte Variante einer bürgerlichen Umweltschutzpartei dar. Da hilft auch das beträchtliche Geld, das unbekannte Gruhl-Fans der GAZ wohlmeinend zugesteckt haben, nicht weiter. Man sollte sich aber nicht darauf verlassen, daß alle weiteren Vierte Partei-Experimente ähnlich impotent verlaufen.

Die GLH reagierte relativ gelassen auf ihre 1 %. Natürlich hatten die meisten Mitglieder sich mehr versprochen, wenn auch keiner damit rechnete, das Hamburger Ergebnis wiederholen zu können oder gar an die 5 % heranzukommen. Die relativ guten Einzelergebnisse in Frankfurt und Darmstadt lindern jedoch die Enttäuschung. Außerdem hat die GLH durch einzelne überraschende Erfolge im Wahlkampf — z.B. die Biblis-Demonstration oder das gute Echo bei der Frankfurter BI „gegen den Moloch Autobahn" — mehr Selbstbewußtsein gewonnen, das über den 8.10. hinaus gerettet wurde. An diese Erfolge anknüpfend soll mit der GLH weitergemacht werden. Die Wiederbelebung der Anti-AKW-Arbeit, die Mitarbeit in BI's, in denen man bisher nicht vertreten war, und eventuell der Aufbau neuer BI's und Initiativen (etwa gegen die anstehende Fahrpreiserhöhung in Frankfurt) könnten Schwerpunkte in der nächsten Zeit sein. Dabei soll die GLH dazu dienen, außerparlamentarische Protestbewegungen zusammenzufassen und wirkungsvoller in die hessische Landespolitik einzubringen. Von Resignation ist wenig zu spüren.

Ohne eine endgültige Bewertung jetzt schon vornehmen zu können, schälen sich doch einige Schlußfolgerungen heraus:

1. Die GLH schnitt dort überdurchschnittlich gut ab, wo es ihr gelang, an realen Problemen der Bevölkerung anzusetzen, und wo durch die Arbeit (intakter) Bürgerinitiativen überhaupt Voraussetzungen dafür bestanden.

Dabei handelte es sich zweifellos um Fragen der Umweltzerstörung. Ein völliger Irrtum wäre es jedoch, daraus zu schließen, die GLH wäre aufgrund „ökologischer Theorien" gewählt worden, für die sich ein Teil ihrer Mitgliedschaft vehement eingesetzt hatte („Ökologie vor Ökonomie" u.ä.). Umgekehrt war es eher ein Manko, daß die GLH nicht dazu in der Lage war, zu anderen Problemen ebenso intensiv einzugreifen, z.B. zu Ausbildung/Schule/Jugendzentren oder zu den Berufsverboten, die in der Endphase des Wahlkampfs eine wichtige Rolle spielten. Deshalb wäre es der größte Fehler, die GLH auf ein nur-ökologisches Super-Grün zurechtzustutzen. Stattdessen sollte das „bunte Element", wo immer dies auf der Basis existierender Initiativen möglich ist, entwickelt werden.

2. Die Zersplitterung der Grünen hat das Stimmenergebnis stark gedrückt.

Im Bewußtsein der Wähler standen sich GLH und GAZ keinerwegs als klare Alternativen gegenüber. Sondern es läßt sich fast durchweg beobachten, daß dort, wo die GLH gut abschnitt, auch die GAZ über ihrem Durchschnitt lag und umgekehrt. Dies deutet darauf hin, daß beide — trotz des objektiv vorhandenen schrfen Widerspruchs — zu einem Gutteil aus dem gleichen Potential schöpften. Was aber das Wichtigste ist: Beiden wurde aufgrund der Zersplitterung keine reale Chance zugebilligt, in den Landtag zu kommen; das Argument der „verlorenen Stimmen" tat seine Wirkung.

3. Angesichts der Aussichtslosigkeit, über 5 % zu kommen, kam die Ideologie des „kleineren Übels" voll zur Geltung.

Anders als in Hamburg und Niedersachsen, wo eigentlich jedermann klar war, daß es bei den bisherigen Landesregierungen bleiben würde, setzte sich in Hessen die Propaganda der bürgerlichen Parteien durch, daß es ein „Kopf-an-Kopf-Rennen" gäbe, und daß es daher auf jede einzelne Stimme ankäme. Gegen die irrationale Angst mache der SPD vor Dregger war die GLH machtlos. Hierin spiegelt sich die Stabilität des Drei-Parteien-Systems und vor allem der immense Einfluß der sozialdemokratischen Ideologie, wenn's darauf ankommt, wider. Für die Linke hat sich erneut bestätigt, wie langsam sich in diesem Land Veränderungen vollziehen. Diese Ideologie des „kleineren Übels" wird wohl so lange erfolgreich sein, bis eine Gruppierung wirklich stark genug ist, über 5 % zu kommen.

4. Gerade Hessen, das nun wirklich nicht gerade arm an Bürgerprotesten war und ist, zeigt anschaulich, daß lediglich s p o n t a n e Empörung, und sei sie noch so radikal, nur wieder zur Unterordnung unter das „kleinere Übel" führt.

Hausbesetzungen, militante Straßenkämpfe oder Streiks können revolutionäre Organisationen eben nicht ersetzen. In Hessen aber huldigen die maßgeblichen Linken (SB und Spontis) geradezu der Spontaneität und Organisationsfeindlichkeit. Dies aber öffnet dem Sozialdemokratismus Tür und Tor.

Beim SB dürfte dieser Zusammenhang weitgehend bekannt sein. Hier diente dem Arbeitsausschuß eine scheinradikale Abgrenzung von der GLH (Warnung vor „parlamentarischen Illusionen") dazu, dem SB eine Diskussion darüber zu ersparen, warum man wieder SPD wählt (diese Kritik bezieht sich natürlich nicht auf diejenigen SB-Genossen, die — zwar wenig an der Zahl, aber doch sehr aktiv — in der GLH mitgemacht haben). Aber wen ist schon bekannt, daß es auch „Spontis" gibt, die die SPD in der Not nicht im Stich lassen? ... Dies wäre einmal eine genauere Untersuchung wert.

Jedenfalls sollte im Vergleich zu Hamburg auch berücksichtigt werden, daß die geringere Anfälligkeit der Hamburger Linken gegenüber dem „kleineren Übel" a u c h mit der jahrelangen Arbeit starker linker und kommunistischer Organisationen in Hamburg zu tun hat, wo der Spontaneismus nie wirklich Bedeutung gewinnen konnte.

5. Die GLH kann zwar ebenfalls eine revolutionäre Organisation nicht ersetzen und soll es auch nicht (bloß nicht!). **Gemessen an dem schier unüberwindlichen Opportunismus des SB und dem Rückzug der Spontis ins Private bringt sie jedoch neuen Wind in die hessische Szene.** Die Tatsache, daß die allermeisten GLH-Mitglieder weitermachen wollen, scheint darin begründet zu sein, daß sie das folgenlose Debattieren im SB ebenso satt haben wie das Bock-Prinzip der Spontis oder gar die „Doppelstrategie" der Jusos, und daß sie eine neue politische Heimat suchen. Die GLH könnte die Chance eröffnen, verkrustete und überholte Strukturen in der hessischen Linken aufzubrechen, vorausgesetzt, sie gerät nicht in sektiererisches Fahrwasser. Auch deshalb war die Wahlbeteiligung „gut für Hessen".

6. Kaum jemand wird jetzt schon ernsthaft eine Prognose über die Zukunft der grünen und bunten Listen wagen wollen. Allerdings täte die Linke gut daran, den spontanen Eifer, mit dem nach der Hamburg- und Niedersachsenwahl an den Aufbau alternativer Listen herangegangen wurde, zugunsten kritischerer Einschätzungen abzubremsen. Dies gilt auch für den KB. Die politische Konstellation in der BRD — SPD/FDP und CDU/CSU stehen sich fast gleich stark gegenüber — führt zwangsläufig dazu, daß besonders die Bundestagswahl, aber auch weitere Landtagswahlen ähnlich verlaufen dürften wie in Hessen. „Kopf-an-Kopf-Rennen" wird es sicherlich auch in Schleswig-Holstein, wo die CDU nur ein Mandat Mehrheit hat, und bei den Landtagswahlen in NRW geben, wo die „traditionelle Vorentscheidung" der Bundestagswahlen stattfindet. In den Stadtstaaten freilich, wo die Linke erheblich stärker ist, wird nach anderen Regeln gespielt. Hinzu kommt, daß die Hessenwahl (ebenso wie das Hamburger Ergebnis) eine Beteiligung an Kommunalwahlen wärmstens zu empfehlen scheint.

Eins jedoch scheint klar zu sein: Einen Rückzug in jungfräuliche Abstinenz, mit der die Basisbewegung der Wahlfrage noch bis vor kurzem hilflos gegenüberstand, sollte es auf keinen Fall geben.

Ein Mitglied des Wahlausschusses der hessischen KB-Gruppen

Es ist 5 Minuten vor zwölf.



Prof. Dr. B. Grzimek



Prof. Dr. R. Jungk



H. Haas



Prof. Dr. Eibl-Eibesfeldt

Luis Trenker



Prof. H. Kaminski

„Wir rufen zur Besinnung auf."

Alle Politiker der etablierten Parteien versichern treuherzig vor jeder Wahl, sich [illegible] Heimat [illegible]ndheit, unsere [illegible]welt und [illegible] Daher entsch[illegible] Sie sich für [illegible] cherte Zukunft. Wählen Sie:

Grüne Aktion Zukunft

Gebt acht: Wählt am 8. Liste 8.

Gefälschte Wahlwerbung der GAZ mit Namen und Bild von R. Jungk. Jungk dazu: „Ein absoluter Wahlbetrug!" Er habe die Grüne Liste-Idee in Hessen nicht für richtig gehalten und schon gar nicht die GAZ...

DKP: Total verkalkt und lernunfähig

Die DKP blieb ihrem Trend der Wahlen von Hamburg und Niedersachsen treu: Sie verlor gegenüber den hessischen Landtagswahlen 1974 die Hälfte ihrer Stimmen — von 28700 (0,9%) auf 14500 (0,4%). Es nützte ihr offensichtlich wenig, daß sie vor der Wahl in gewohnter Arroganz behauptet hatte: *»Es muß deutlich gesagt werden: weggeworfene Stimmen sind auch die Stimmen für die ‚Grünen'. Um in Wiesbaden* (Hessens Landeshauptstadt — Anm. AK) *und in Bonn Eindruck mit Protestwählerstimmen zu erreichen, gibt es n u r e i n e Möglichkeit: DKP zu wählen«.* („UZ", 5.10.78). Überschrift: *»Der Weg, die Stimme nicht zu verschenken«.*

Die Stellungnahme des Bezirksvorstands der DKP Hessen nach der Wahl enthält nichts als leeres Geschwätz: *»Es hat sich auch im Wahlkampf gezeigt, daß die DKP und ihre politischen Alternativen vom Großkapital und seinen Repräsentanten sehr ernst genommen werden. ... Der DKP ist es trotz großer Anstrengungen noch nicht gelungen, sich größeren Teilen der Arbeiter als einzige wählbare Alternative darzustellen«.* (Schade, da ist das Großkapital einfach weiter als die Arbeiter ... !). Die DKP werde *»die Schlußfolgerungen, die sich aus den Wahlergebnissen von Hamburg und Niedersachsen ergeben haben, weiter und nachdrücklich beachten«,* nämlich das bekannte *»Ringen« um »Erweiterung unseres Einflusses unter den Arbeitern, vor allem der Großbetriebe, und der jungen Generation«.* („UZ", 10.10.78). Eine ungewöhnlich geistreiche, weitblickende Schlußfolgerung!

Im bayerischen Wahlkampf setzte die DKP die bewährte großkotzige Linie fort: Unter der Überschrift *»Die Stimme, die a m m e i s t e n bewirkt«* (bewirkt !!) behauptete der nordbayerische Bezirksvorsitzende Herbert Stiefvater, *»daß jede Stimme für die DKP starkes politisches Gewicht hat. ... Wer am 15. Oktober DKP wählt, kann sicher sein, mit seiner Entscheidung nicht in der Sackgasse schmalspuriger perspektivloser Konzeptionen von ‚Grünen' oder maoistischen und anarchistischen Propheten zu landen. Es hat schon seinen guten Grund, daß CDU und CSU in der DKP ihren w i r k l i c h e n Gegner sehen«* („UZ", 12.10.78).

Auffallend ist, daß die DKP — anders als früher — gar nicht erst den absurden Versuch unternimmt, sich als aussichtsreicher Bewerber um parlamentarische Ämter darzustellen, sondern sich gleich als, angeblich wirkungsvollste und fürs Großkapital furchterregendste, »Protestpartei« präsentiert: *»Viele wollen gegen den Parteienschwindel der Landtagsparteien protestieren ... gegen Steuermanipulation, Umweltvernichtung und Rentenbetrug, gegen Arbeitslosigkeit und Bildungsmisere, Berufsverbote und Bespitzelung. Sie a l l e sollten nicht zögern, die DKP zu wählen«.* (ebenda).

Und an anderer Stelle wurde von der DKP mit dem Slogan geworben: *»Auch wenn man nicht mit allen Aussagen der DKP einverstanden ist: Diese Partei ist im Oktober die einzige Alternative«* („UZ", 5.10.78).

Dies eben ist der entscheidende Punkt: Warum sollte denn im Ernst jemand, dem es erst einmal »nur« um soziale Mißstände und demokratische Rechte geht, seine »Proteststimme« ausgerechnet einer Partei geben, die in der BRD gesellschaftliche Zustände durchsetzen will (nach dem Vorbild der DDR, Sowjetunion etc.), die von 99,95% der Bevölkerung abgelehnt werden, eine Partei, die Berufsverbote, staatliche Repression usw. vehement v e r t e i d i g t, sobald sich diese im »realen Sozialismus« abspielen ... ?

Es liegt auf der Hand: Auch im neuen modischen Kostüm der Protestpartei sind die Chancen der DKP gleich Null-Komma-Wenig!

Bayern-Wahl: Alles beim Alten

Auch in Bayern setzte sich der Trend der letzten Landtagswahlen fort: Nur geringe Verschiebungen der Stimmverhältnisse zwischen den etablierten Parteien, bei leichten Verlusten von CDU und CSU zugunsten der Koalitionsparteien in Bonn, SPD und FDP. Die CDU verlor nach ersten Hochrechnungen mit 59,4 % Stimmenanteil 2,7 % der Stimmen, die SPD (31,4 %) gewinnt 1,2 %, die FDP kann sogar einen Prozentpunkt gewinnen und hat jetzt 6,2 %, nachdem sie noch vor der Hessenwahl um ihre weitere Existenz fürchten mußte. SPD und FDP haben in ersten Stellungnahmen auch hier die Wahl als eine Bestätigung der Bonner Koalition gewertet. Beide Parteien hatten einen Wahlkampf gegen die „Übermacht" der CSU im Lande geführt.

Auch in Bayern konnten die „Grünen" (ein Wahlbündnis zwischen AUD und GAZ) keine größeren Erfolge erringen. Obwohl für die bayrischen Landtagswahl viel weniger auf dem Spiel stand als in Hessen und obwohl hier nur eine „Grüne Liste" angetreten war, erreichten sie nur 1,7 Prozent, d. h. erheblich weniger als die Bunten und Grünen bei den Landtagswahlen in Hamburg und Niedersachsen und sogar weniger Stimmen als GLH und GAZ zusammen in Hessen (in Bayern hatte die Bürger- und Basisinitiativen auf eine eigene Kandidatur verzichtet, weil ihnen der kurzfristige Aufbau einer alternativen Liste nicht möglich schien). Alle anderen kandidierenden Parteien verloren auch zugunsten der Landtagsparteien, so die NPD (0,6 statt 1,1 %) oder die Bayernpartei (0,3 statt 0,8 %).

Richtigstellung

Im letzten AK haben wir einen Kommentar zu einem Artikel über Grüne und Bunte Listen in der September-Ausgabe von „konkret" geschrieben (Seite 5: "Eigentlich sind wir Besseres gewohnt"). In diesem Kommentar heißt es zum Schluß über den Autor: *"Hartmut Schulze versteht die Welt nicht mehr — oder will er nicht, weil er DKP-Mitglied ist?"* Uns wurde inzwischen mitgeteilt, daß diese Information nicht zutrifft.

AK-Redaktion



Nachrichten vom Widerstand



Die Grohnde-Prozesse laufen und laufen und . . .

Ja, sie laufen immer noch! Augenblicklich gegen Karl Winter und Wolfgang Giessler. Als letztes Verfahren wird der Prozeß gegen Matthias Künzel am 23.10. in Hameln wieder aufgenommen, der einige Monate ausgesetzt war.

Nur einige Besonderheiten unterscheiden die noch laufenden Prozesse von den bereits abgeschlossenen. Dazu hier einige Informationen:

Prozeß gegen Karl

Karl wurde vor wenigen Tagen endlich aus der Haft entlassen! Er war festgenommen worden, weil er zu seinem ersten Termin nicht erschien, um sich der Willkür einer Verurteilung zu entziehen. Dies aus verständlichem Grund: wegen eines anderen Verfahrens hatte er bereits 2 1/2 Jahre im Gefängnis, davon 14 Monate in Isolationshaft gesessen, die für ihn in der Gefängnispsychiatrie endete.

Die Vorwürfe gegen Karl stützen sich, ebenso wie in anderen Fällen, auf widersprüchliche Polizeiaussagen, die der Aussage eines AKW-Gegners, der mit Karl zur Demonstration gefahren war, total entgegenstehen.

Der Polizist behauptet, Karl hätte mit einer Säge 2 mal nach einer zurückweichenden Polizeikette geworfen und mit dieser auch bei seiner Verhaftung noch um sich geschlagen. Dagegen die Darstellung des AKW-Gegners: *"Plötzlich stürmte die Polizeikette unter wilden Schreien, indem sie mit ihren Knüppeln auf die Schilder trommelte, auf uns los. In panischem Schrecken rannten wir davon. Dann sah ich eine Pferdestaffel mitten unter die Demonstranten reiten. Ich drehte mich nach Karl um und sah ihn am Boden liegen und Polizisten auf ihn einschlagen.*

Da ich in Grohnde immer mit Karl zusammen war, kann ich eindeutig bezeugen, daß Karl nie mit einer Säge geworfen hat."

Diese Darstellung trifft genau das, was viele in Grohnde erlebt haben. Trotzdem lautet die Anklage wie üblich: schwerer Landfriedenbruch, schwere Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Außerdem reichten die wackligen Vorwürfe dazu aus, um Karl fast 6 Monate in Hannover einzusperren, die überwiegende Zeit ohne jeglichen Kontakt zu anderen Häftligen in einer Einzelzelle. Richter Taeglichsbeck hob zu Beginn des Prozesses den Haftbefehl gegen Karl auf, da Karl sich jetzt wohl nicht mehr "entziehen" wolle. Eine zynische Begründung, weil Karl durch die isolierte Haft psychisch und körperlich sehr geschwächt war und ist.

Der Entschluß des Richters führte jedoch zu der Zeit noch nicht zu Karl Entlassung, weil aus einem Verfahren von 1972 noch 10 Monate zur Bewährung ausstehen. Vom Landgericht Augsburg wurde aufgrund der ihm jetzt zur Last gelegten Vorwürfe eine Sicherungsverfügung ausgesprochen, in dem diese Vorwürfe bereits als Tatsachen gewertet wurden. Inzwischen hat das Augsburger Gericht diese Verfügung jedoch aufgehoben.

Im Prozeß nutzen Staatsanwalt und Richter Karls augenblickliche Schwäche und Verunsicherung aus, indem sie ihn durch ständige bohrende Fragen offensichtlich zu Widersprüchen in seiner Aussage bringen wollen.

Karl braucht die besondere Unterstützung der Anti-AKW-Bewegung, weil zu befürchten ist, daß er mit der Begründung, er sei ja eh schon wiederholt "straffällig" geworden, zu einer hohen Strafe verdonnert wird.

Prozeß gegen Wolfgang

Das Vorgehen von Wolfgang und seinem Anwalt Galette unterscheidet sich in einigen Punkten von dem in den übrigen Prozessen. (Ich will an dieser Stelle nur versuchen darüber zu informieren. Eine Auseinandersetzung um diese und andere Positionen im Verlauf der Grohnde-Prozesse sollte dringend im AK folgen, um daraus für künftige Verfahren zu lernen).

Wolfgang hatte versucht, in seinem Verfahren die anfängliche Position der Prozeßverweigerung (um die es zu Beginn eder Prozesse heftige Auseinandersetzungen gegeben hatte), weiterzuführen. Er erschien zwar zum Termin, stellte aber in einer ausführlichen persönlichen Erklärung neben seiner Entwicklung zum entschiedenen AKW-Gegner dar, daß er nicht durch irgendein juristisches Vorgehen seinerseits oder seitens seines Anwalts zu seiner Verurteilung beitragen wolle.

Er begann damit, noch bevor Richter Rienhoff (bekannt bereits aus 2 anderen Grohnde-Verfahren) die Sitzung eröffnet hatte, was zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Wolfgang, seinem Anwalt und dem Publikum einerseits, Richter, Staatsanwalt und Polizei andererseits führte und schließlich mit Saalräumung endete. Hierbei griffen dann die "Ordnungshüter" wieder massiv mit Schlagstöcken und chemical mace ein.

Auch der zwischenzeitlich "gelockerte" Sicherheitsterror wurde an den folgenden Prozeßtagen wieder gestrafft.

Das waren aber nicht die einzigen Spuren, die der erste turbulente Verhandlungstag hinterließ. Richter Rienhoff, sichtlich angeschlagen durch das wieder erneute Aufflakkern von Widerstand im Gerichtssaal, hatte sich zum nächsten Termin krank gemeldet!

Ein jüngerer Beisitzer übernahm den Prozeß, der neu eröffnet werden mußte und spielte zunächst den Liberalen, er wollte sogar das Publikum miteinbeziehen usw. Dieser für alle Anwesenden sehr verwirrende Schein trügte jedoch.

Inzwischen bemüht er sich, das Vorgehen von Wolfgang und seinem Anwalt heftig zu stören.

Wolfgang hat sich nun doch zu einer Zeugenbefragung (Teil einer juristischen Verteidigung) entschlossen (wohl wegen der Enthüllung des Polizeivorgehens am 19.3., die bekanntlich sehr wichtig ist). Diese Zeugenbefragung wird nun vom Richter massiv gestört, indem er dem natürlich wirr aussagenden Polizisten ständig Brücken baut bzw. in alter Manier Angeklagtem und Verteidiger ins Wort fällt, das Wort entzieht, Wolfgang sogar schon eine Verwarnung erteilt hat und mit Saalräumung droht bzw. Einzelne rausschmeißt. Damit sind wieder die Verhältnisse klargestellt. Bleibt zu überlegen, ob nicht durch eine andere Taktik das liberale Image, das sich der Richter zu geben versuchte, für Wolfgang besser hätte ausgenutzt werden können, (siehe Prozeß gegen Chr. Matschkus), womit wir wieder bei den alten Fragen und Widersprüchen um die Prozeßführung angelangt wären.

Noch eins: zu Wolfgangs Prozeß kommen wieder viele Besucher, was natürlich auf jeden Fall begrüßenswert ist. Noch besser wäre allerdings, wenn sich dieses Interesse nicht nur auf Wolfgangs Prozeß bezöge, sondern auch z.B. auf den von Karl.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier nicht nur Solidarität eine Rolle spielt, sondern auch Sensationslust und der Versuch, mit dem entschlossen und mutig wirkenden Auftreten Wolfgangs den eigenen Frust zu bekämpfen.

J., KB/Gruppe Hannover



Grohnde-Polizeieinsatz: Keiner zahlt!

Sehr geehrter ...
Am 19.3.1977 ist es anläßlich einer Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerkes Grohnde zu Gewalttätigkeiten gekommen. Dabei sind zahlreiche der zum Schutz der Demonstration und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eingesetzten Beamten der Polizei und des Bundesgrenzschutzes verletzt worden. Außerdem entstand erheblicher Schaden.

An diesen Gewalttätigkeiten haben Sie sich beteiligt. Soweit Sie sich nicht aktiv beteiligt haben, muß ich jedoch auf Grund Ihres Verhaltens davon ausgehen, daß Sie die eingetretenen Personen- und Sachschäden als Mittäter oder Gehilfe zumindest billigend in Kauf genommen haben.

Der gesamte Schaden beträgt 233.926,09 DM
Heilbehandlungskosten 12.888,57 DM
Dienstbezüge der verletzten Beamten während der Dienstunfähigkeit 97.341,89 DM
Beschädigung und Verlust von Polizeimaterial 123.695,62 DM
Für diesen Schaden haften Sie gemäß §§ ... mit den übrigen in Anspruch genommenen Ersatzpflichtigen in vollem Umfang als Gesamtschuldner.
...
Ich fordere Sie auf, umgehend, spätestens aber bis zum 20.10.1978, zunächst einen Teilbetrag in Höhe von 12.995,89 DM, an die Regierungshauptkasse Hannover, Buchhalterei 8a, zu überweisen.
Hochachtungsvoll ...

Das ist der Text der ,,Rechnungen", die letzten Monat von der Bezirksregierung Hannover 18 Grohnde-Demonstranten zugestellt wurde. Bei diesen 18 handelt es sich nicht nur um die Anklagten in den Grohnde-Prozessen — bis auf einen sind alle, egal ob freigesprochen oder verurteilt, dabei — sondern auch um Leute, gegen die das ,,Beweis"material der Polizei nie zu einer Anklage gereicht hat!

Es ist nicht ausgeschlossen, daß diesen Rechnungen weitere folgen werden: nach dem vertraulichen Bericht des Regierungspräsidenten soll am 19.3. nämlich weiterhin folgender Sachschaden entstanden sein:
Schäden am KKW-Bauplatz 80.000 — 100.000 DM
Mehrkosten der Bundesbahn infolge Bahnbesetzung 15.000 DM
Flurschäden 15.000 — 25.000 DM

Selbst damit ist die Bezirksregierung aber nicht zufrieden: Bedauernd fügte ihr Sprecher hinzu, daß leider die Polizeiverordnung, nach der es auch möglich wäre, den Demonstranten die Kosten für den Polizeieinsatz aufzubrummen, erst zu spät, nämlich im Februar 1978, in Kraft getreten sei. Immerhin eine eindeutige Warnung an jeden, der es in Zukunft noch einmal wagen sollte zu demonstrieren!

Da es sich hier um juristisches Neuland handelt, ist eine Einschätzung der rechtlichen Situation schwierig und auch bei den Anwälten uneinheitlich. Die Bezirksregierung stellt sich das jedenfalls so vor, daß sie die 18, sofern sie nicht freiwillig zahlen, verklagen wird, um dann das Geld per Gerichtsvollzieher eintreiben zu lassen. Gesamtschuldnerische Haftung bedeutet dabei, daß jeder für die v o l l e summe haftet! D.h., wenn einer nicht zahlen kann, müssen die anderen seien Anteil mit übernehmen! Verjähren soll das Ganze erst nach 30 Jahren.

Man muß sich die ganze Dimension dieses neuen Angriffs klar machen, um zu begreifen, wie überaus nötig gemeinsame Aktionen gegen diese Rechnungen sind — Aktionen, die weit über die Anti-AKW-Bewegung hinausgehen müssen:

Zum ersten: Ein solcher Angriff kann j e d e n treffen. Dabeisein genügt, und auch ein Freispruch, also die richterliche Bestätigung, daß man keinerlei strafbare Handlungen begangen hat, stellt keinen Schutz dar. Denn hier geht es nicht um eine persönliche Haftung für Schäden, die einer möglicherweise selbst angerichtet hat, sondern um die oben beschriebene gesamtschuldnerische Haftung.

Wer will ausschließen, daß es nicht bei einer Demonstration, an der er teilnimmt, zu einem Polizeieinsatz kommt? Und daß nicht gerade er von der Polizei aus der Menge herausgegriffen oder auch nur fotografiert wird? Die Voraussetzungen für eine ,,Rechnung" sind damit erfüllt.

Zum zweiten: Mit solchen Rechnungen können Demonstranten existentiell ruiniert werden. Schon die Gerichtskosten und die jetzt zugestellten Rechnungen — sofern sie nicht erhöht werden — bedeuten für einen AKW-Gegner mit einem Netto-Lohn von 1.200 DM eine vierjährige Fronarbeit während der ihm nur das amtliche Existenzminium von 600 DM im Monat zur Verfügung steht!

Mit der neuen Polizeiverordnung, mit der Abwälzung der Polizeieinsatzkosten können ganz andere Größenordnungen erreicht werden, Größenordnungen, die tatsächlich lebenslange Fronarbeit bedeuten.

Zum Dritten — und das ist der bedrohlichste Punkt, weil er fundamentale Rechtsprinzipien auf den Kopf stellt: Mit diesen Rechnungen hat sich der Staat ein Mittel geschaffen, die Gerichte zu umgehen und selbst, in eigener Machtvollkommenheit zu bestrafen. Albrecht wird es in Zukunft nicht mehr nötig haben, die Gerichte zu harten Strafen für ,,diese Verbrecher" aufzufordern — er kann jetzt, ohne einen Schuldvorwurf, ohne Gerichtsverfahren, ,,auf dem Verwaltungsweg" selbst strafen, kann Leute zu vieljähriger Fronarbeit verurteilen — und wer will behaupten, daß das weniger schlimm sei als die in den Grohnde-Prozessen ausgesprochenen Gefängnisstrafen?

Sollten diese ,,Rechnungen" tatsächlich für rechtens erkannt werden, dann ist staatlicher Willkür endgültig Tür und Tor geöffnet: Egal wie friedlich ein Demonstrant sich verhält — einen Schutz vor derartigen Rechnungen gäbe es nur noch, wenn man keine Demonstrationen mehr besucht.

Daß das als eigentliches Ziel hinter diesen Rechnungen steckt, ist wohl nicht schwer zu erkennen: Demonstrationen verhindern, ohne sie verbieten zu müssen.

Angesichts dieser grundlegenden Bedeutung der jetzt zugestellten Rechnungen haben sich die 18 Betroffenen zunächst darauf geeinigt, kategorisch zu erklären: Wir zahlen nicht. Daß sie diese Erklärung auch verwirklichen können, das ist Aufgabe von uns allen und jedem einzelnen, der überhaupt noch einmal, egal für welches Ziel, auf der Straße demonstrieren will.

Genossen aus Hannover

Katastrophenschutz in Viereth?

In Viereth bei Bamberg soll laut Standortsicherungsplan einmal ein AKW gebaut werden.

Jetzt haben die BIs der Region (Bamberg, Hof, Münchberg-Helmbrechts, Bayreuth, Kronach, Lichtenfels, Selb und Naila – nur drei traditionelle Umweltschutz-BIs aus Hof waren nicht vertreten) in einer Aktion auf die dort lauernden Gefahren aufmerksam gemacht.

Nach Unterlagen bisher veröffentlichter Katastrophenschutzpläne haben sie einen Fragebogen erarbeitet, der an alle Bürgermeister und Stadträte in Oberfranken verteilt wurde. Sie sollen Stellung dazu beziehen wie sie sich den Schutz ,,ihrer" Bevölkerung vorstellen. Z.B. müßten nach üblichem Katastrophenschutzmuster Teile der Bevölkerung auf DDR-Gebiet evakuiert werden. Es ist doch sehr die Frage, ob die vielen CSU-Bürgermeister dort die Sicherheit vor jegliche politischen Erwägungen stellen werden. Diese Fragebogenaktion wurde öffentlich über Flugblätter gemacht. Unerwartet schnell wurden 700 Unterschriften zur Unterstützung der Fragebogen-Aktion gesammelt.

Diese Aktion verursachte denn auch einigen Wirbel, auf einer Pressekonferenz erschien die gesamte Regionalpresse, der Bayerische Rundfunk mit Radio und Fernsehen. In Kulmbach taten sich aufgrund der Aktion Atomkraftgegner zu einer BI zusammen.

Genossen aus Bamberg

Untersuchung des Bremer Trinkwassers: Krebs aus dem Wasserhahn

Die Anreicherung des Bremer Trinkwassers mit aufbereitetem Weserwasser sowie das starke Versetzen des Trinkwassers mit Chlor zur Desinfizierung führt zu einer regelmäßigen „Versorgung" der Bremer Bevölkerung mit gesundheitsschädlichen, zum Teil kanzerogenen (krebserzeugenden) Stoffen!

Zu diesem alarmierenden Ergebnis kommt eine Arbeit einer Projektgruppe an der Universität Bremen, die bisher nicht veröffentlicht wurde, verschiedenen Stellen und Wissenschaftlern aber bereits zur Stellungnahme und Beurteilung vorliegt. Diese Studie führt bereits jetzt zu einigem Wirbel - man munkelt, daß das Wasserwerk fieberhaft an einer Gegenstudie arbeiten läßt, im „Weser-Kurier" wurde in der letzten Woche mit einem ganzseitigen Artikel über die angebliche Qualität des Bremer Trinkwassers die Gegenoffensive eingeläutet. Die Hektik ist verständlich, kommt die Studie doch zu dem Ergebnis, daß

- das Bremer Trinkwasser sowohl die Richtwerte einer EG-Empfehlung über die Konzentration von organischen Chlorverbindungen als auch den Grenzwert für die Eignung als Rohstoff (!) zur Trinkwassergewinnung überschreitet. (Im Vergleich mit 80 Städten der USA hatte nur ein Trinkwasser annähernd so schlechte Werte wie Bremen.) Bezeichnenderweise gibt es keine gesetzlich bindenden Grenzwerte für diese Verbindungen.
- viele der nachgewiesenen Stoffe so gesundheitsschädlich sind, daß vor „Genuß" des Trinkwassers ein 10-minütiges Abkochen erforderlich ist, für Säuglinge und Kleinkinder ist die Gefährdung noch ungleich höher;
- ein Zusammenhang mit der hohen Krebssterblichkeit in Bremen (ca. 30% über dem Bundesdurchschnitt) auch aufgrund ähnlicher internationaler Untersuchungen als wahrscheinlich erscheint!

Bremen wird seit 1973 zentral mit Trinkwasser versorgt, man entschied sich damals aus „Qualitätsgründen" dazu, das wesentlich salzärmere und weichere Weserwasser zu filtern und aufzubereiten.

Bereits 1934 wurde aus den gleichen Qualitätsgründen der Anteil an Weserwasser herabgesetzt - bis heute auf 18% im Durchschnitt, je nach Verbrauch zu Spitzenzeiten besteht das Trinkwasser zu 40% und mehr aus aufbereitetem Weserwasser.

Es ist kein Geheimnis, daß die Weser immer mehr verdreckt wird, regelmäßig mußte der Fluß in den letzten Jahren mit Sauerstoff „belüftet" werden, um ein „Umkippen" zu verhindern. In den Jahren 1950 bis 73 stiegen die Anteile an Chloriden um 322%, an Nitraten um 237% und Phosphaten sogar um 563%, das sind wiederum Durchschnittswerte, bei geringer Wasserführung steigt die Konzentration enstsprechend an. Es ist ein Skandal, daß aus dieser Kloake immer noch Trinkwasser entnommen wird!

Viele dieser Stoffe (besonders die Chloride, dessen Gehalt am Weserwasser je nach Wasserführung bis zu 3000 mg/l betragen kann) sind durch herkömmliche Aufbereitungsverfahren nicht zu entfernen.

Außerdem hat sich gezeigt, daß durch die starke Chlorung im Wasserwerk noch zusätzliche gefährliche Halogenkohlenwasserstoffe gebildet werden, sodaß durch Chlorung selbst relativ unbelastetes Grundwasser versaut wird.

Im Bremer Trinkwasser wurden folgende Substanzen nachgewiesen:

- Dichlormetan
- Chloroform
- Trichloräthan
- Tetrachlorkohlenstoff
- Trichloräthylen
- Dichlorbrommethan
- Chlordibrommethan
- Tetrachloräthylen und
- Bromoform

Alle Substanzen sind gesundheitsschädlich, zum Teil krebserregend, die bromierten Verbindungen (sie wurden in besonders hohen Mengen nachgewiesen) sind vermutlich noch giftiger als die Chlorverbindungen.

Die Spitze eines Eisbergs

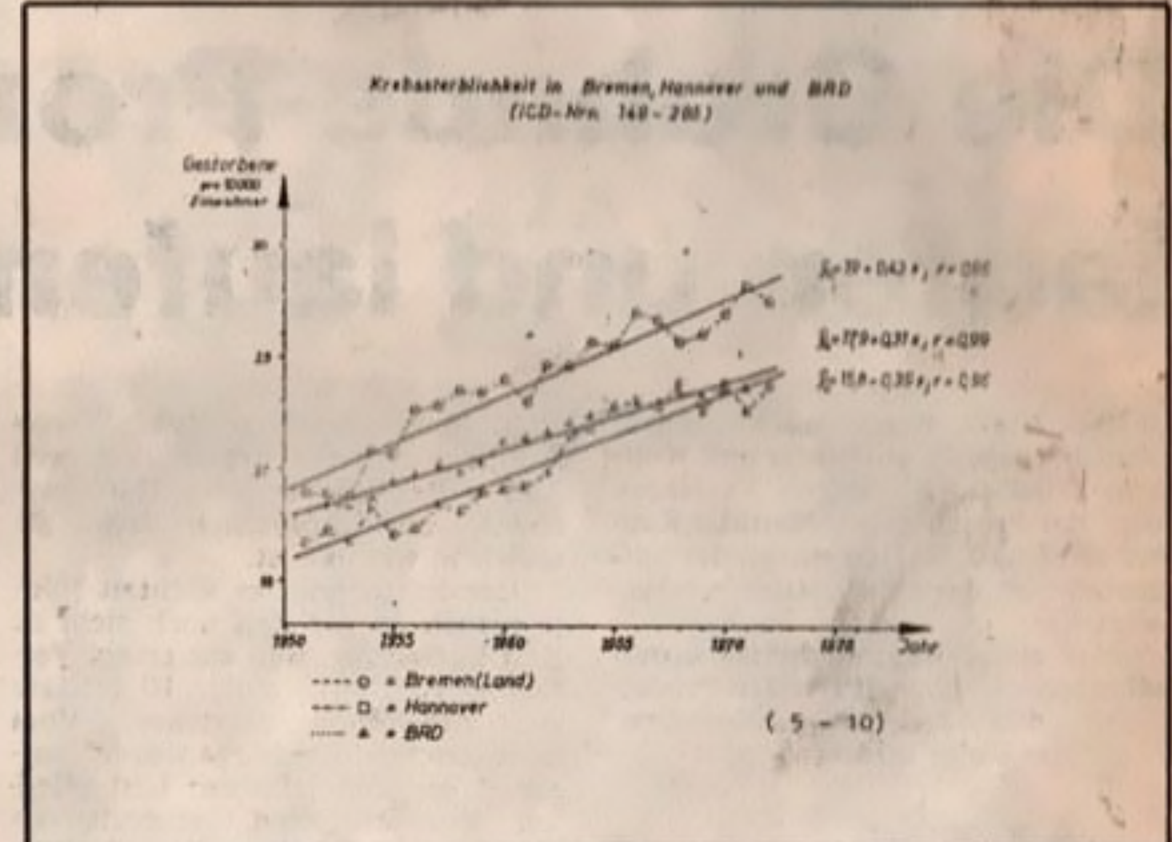
Untersuchungen an Trinkwasser in den USA, das zumindest teilweise aus Oberflächenwasser gewonnen wird, führte zum Nachweis von über 300 Kohlenwasserstoffverbindungen, von denen etliche als vermutlich oder mit Sicherheit krebserzeugend gelten, andererseits ist die Krebssterblichkeitsrate in Gebieten, die mit diesem Wasser versorgt werden, auffällig höher als anderswo, genau das gilt auch für Bremen (s. Tabelle). Nur nachweisen, daß direkt das Trinkwasser verantwortlich war, das kann man natürlich nicht. So können heute noch billigste Ausreden herhalten, warum immer noch Weserwasser als Trinkwasser verwendet wird:

Da muß das unbrauchbare Bremer Grundwasser („schwarzbraune Brühe", zu metallhaltig und zu salzig) herhalten, obwohl das Prinzip der Fernleitungen spätestens seit 1934 bekannt sein dürfte. (Seitdem bezog Bremen Wasser aus dem Harz, inzwischen kommt es aus Brunnen der Bremer Umgebung - Weser-Kurier, 7.10.78).

- Würde man die Flußwassergewinnung einstellen, gingen die in einem Jahrhundert gewonnenen Erfahrungen und praktischen Fertigkeiten verloren (??), so der Leiter des Bremer Wasserwerks Dr. Manfred Eberhardt (ebenda) und überhaupt sei „Trinkwasser ein Naturstoff" (derselbe Doktor) und eben deshalb müsse das Wasser auch gechlort werden (ebenda).

Bleibt zu fragen, warum 18 von 20 Hamburger Wasserwerken, die reines Grundwasser verarbeiten, ohne Chlorung des Trinkwassers auskommen (Tatsächlich kommen die in Bremen nachgewiesenen Verbindungen dort auch nicht vor!) und letztlich, was die Weser noch mit Natur zu tun hat. Tatsächlich scheint die Methode, in Spitzenzeiten Weserwasser ins Bremer Wasserrohrnetz zu kippen, schlicht und einfach die billigste zu sein.

AKW- und Umweltkommission KB-Gruppe Bremen



Deutlich höhere Krebsrate in Bremen durch Wesertrinkwasser?

Demonstration in Esenshamm

Fast 3000 Menschen kamen am 7.10. zu der bisher größten Demonstration gegen das AKW Esenshamm in Rodenkirchen zusammen. Anlaß der Demonstration war die Inbetriebnahme des AKWs, nachdem am 15.9. das Verwaltungsgericht Oldenburg alle restlichen Klagen gegen das AKW abgewiesen hatte. Nach 6-jährigen Prozessen und kleinen Zugeständnissen (geringere Abgabemengen von radioaktiven Stoffen) war für die Gerichte der Spielraum ausgeschöpft. Weitere Prozeßforderungen hätten erhebliche Umbauten erfordert, den Klägern hielt das Gericht vor, zuviel »ungünstige Faktoren« ihren Rechnungen zugrunde gelegt zu haben.

Doch die AKW-Gegner haben sich durch diese Prozeßniederlage nicht entmutigen lassen. Schon morgens vor der Demonstration wurde in zahlreichen Orten der Umgebung mit Büchertischen, Flugblättern und Aktionen agitiert. Nach der Demonstration wurde von den Demonstranten der »Atomfriedhof Esenshamm« eingeweiht, zahlreiche schwarze Kreuze mit Namen von Opfern der »friedlichen Nutzung« wurden aufgestellt. Im Hintergrund der Demonstration waren zahlreiche Polizeikräfte inklusive BGS-Truppen aufgefahren worden, offen traten zahlreiche VS-Fotografen in Aktion. Als von einem Auto mit hydraulischer Hebebühne aus gefilmt wurde, wurde dies mit Flaschen und Steinen beworfen. Anschließend wurde ein Demonstrations-AKW aus Papier verbrannt.

Der Erfolg dieser Demonstration ist wegen der relativ kurzen Vorbereitungszeit von 14 Tagen öffentlicher Mobilisierung umso bedeutender einzuschätzen.

Der Aufruf war von 13 Gruppen der Bremer- und der Bremerhavener BBA und dem »Arbeitsausschuß« der BAK unterzeichnet. Es folgten eine Stellungnahme von 100 Bremer Ärzten, von 80 Pastoren, kirchlichen Mitarbeitern, Lehrern etc., Aufrufe der Jusos Wesermünde und des GLU-Kreisverbandes Cuxhaven.

Pikante Note durch chinesischen Besuch

Nur wenige Stunden vor der Demonstration hatte eine andere Delegation das AKW aufgesucht: Auf eigenen Wunsch besuchte der chinesische stellvertretende Ministerpräsident Fang Ji, der sich mit einer Delegation derzeit auf Einkaufstour in der BRD befindet, das AKW Esenshamm. Weniger stolz als die NWK und die niedersächsische Landesregierung, die nach der Besichtigungstour ein großes Essen veranstalteten, mochte sich die „KPD" zu dem hohen Besuch bekennen. Auf der vorbereitenden Konferenz der BIs wurde eine speziell für Brake (dem Ort des Festessens) ausgerichtet Agitation gegen den AKW-Export beschlossen. KBW- und „KPD"-Vertreter mochten auf dieser Konferenz dann auch nur fordern, daß man sich »nicht gegen die chinesische Delegation« wenden solle.

Jens Scheer blieb es dann vorbehalten, seine »Kritik« in seinem Beitrag auf der Demo zu formulieren, die er ja auch schon in China vorgetragen haben will. Er stellte an den Pranger, daß man den »Gästen« ausgerechnet so eine alte Krücke von AKW präsentiert habe.

Die „KPD/ML", sonst bei Anti-AKW-Aktionen lange nicht gesehen, trat diesmal mit dem Flugblatt in Aktion: »China fällt unserem gerechten Kampf in den Rücken!«



Fang Ji mit der chinesischen Delegation in Esensham

Letzte Meldung: Esenshamm steht still

Wie erst Freitag bekannt wurde, mußte am Sonntag nach der Demonstration der Reaktor schon wieder abgeschaltet werden: Ein Hochspannungsmotor hatte einen Lagerschaden. Obwohl das AKW erst mit einer 30%-igen Auslastung gefahren wird, zeigen sich schon erste Verschleißerscheinungen.

Doch nicht nur dies, auch der erste Schwerverletzte ist schon zu beklagen. Bei der Reparatur stürzte ein Monteur 10 Meter tief ab. Offenbar bemüht man sich in Esenshamm, auf den ersten Platz der Unfallstatistik vorzupreschen. Der erste Platz bei den Stillegungen wäre aber das einzig Richtige.

(Nordsee Zeitung, 14.10.78)

KB/Gruppe Bremerhaven



Demonstration in Esenshamm

Katastrophenplan Esenshamm: „Gegen Bronchitis und Reaktorstörfälle"



„... für alles weitere tragen die Behörden Sorge ..."

Seitdem die Bürgeraktion Küste (BAK) den geheimen Katastrophenplan für das AKW Esenshamm veröffentlicht hat ("Wir erlauben uns, den besonderen Katastrophenabwehrplan für den Landkreis Wesermarsch aus einem öffentlichen Gebäude zu holen,...") ist bekannt, was die Behörde neben der "Absicherung" des Geländes durch Leopard-Panzer als d i e Geheimwaffe gegen "Reaktorstörfälle" auf der Platte haben - Jodtabletten, die von jeweils einem Erwachsenen pro Haushalt trotz strengem Verbot, auf die Straße zu gehen, bei der zuständigen Behörde abgeholt werden sollen. Diese Jodtabletten sollen, in großen Mengen eingenommen, den Körper dermaßen mit Jod vollpumpen, daß das radioaktive Jod aus dem Reaktor daraufhin keinerlei Chance mehr hat, vom Körper aufgenommen zu werden. Ein Photo aus dem "Stern" (42/78) belegt, daß diese Jodtabletten ganz normale Tabletten (DM 2,70 pro Packung) gegen Halsschmerzen sind - womit bewiesen wäre: Ein GAU ist nicht schlimmer als gelegentliches Halskratzen...

...Und wegen der paar anderen radioaktiven Stoffe braucht man sich keine Gedanken zu machen, denn so der Plan:"...für alles übrige tragen die Behörden Sorge...".

AKW-Nein-Kommission

Bürgerinitiative — eine kriminelle Vereinigung?

Rendsburg. In der Nacht vom 11.9. auf den 12.9. wurde ein Mitglied der BUR (Bürgerinitiative Umweltschutz Rendsburg) verhaftet. Der von der Polizei angeführte Grund: auf dem Gelände der „Norla" (Landwirtschaftsausstellung) war ein „Brandsatz" gegen einen Stand der „Schleswag", einem schleswig-holsteinischen Elektrizitätskonzern, gelegt worden. Der „Brandsatz" glich allerdings mehr einem Scherzartikel und war kaum „geeignet", irgendwelchen Schaden anzurichten (ein Benzineimer mit Brett, Lötkolben, Batterie und Wecker).

Offensichtlich ist Ziel der Verhaftung, ein Exempel zu statuieren, um die Bürgerinitiative in den Dunstkreis terroristischer Aktivitäten zu rücken. So enthüllte die BUR in einer Presseerklärung, daß

- seit Monaten die Telefone ihres Büros, des Verhafteten und weiterer BUR- Mitglieder abgehört würden;
- am 11.9. Hausdurchsuchungen bei dem Verhafteten, seiner Freundin sowie bei seinen Eltern und seiner früheren Arbeitsstelle vorgenommen wurden;
- am 12.9. die Wohnungen 5 weiterer BUR- Mitglieder durchsucht, sie selbst bis zu 6 Stunden vernommen und alle erkennungsdienstlich behandelt wurden;
- seit längerem der Verfassungsschutz versucht, die Versammlungen der BUR auszuspionieren!

Das Mitglied der BUR ist inzwischen aus der Haft entlassen worden, die Anklage wird allerdings weiterhin aufrechterhalten. Auf den Prozeß kann man gespannt sein, handelt es sich doch offenbar um eine von langer Hand vorbereitete Aktion gegen die Bürgerinitiative.

KB-Sympathisanten Rendsburg

Abbruch des AKW Niederaichbach genehmigt

„Das größte Experiment in der Geschichte der Kernkraftwerke" (Ministerpräsident Albrecht) soll bald beginnen: Zum erstenmal soll ein ausgewachsenes AKW vollständig abgerissen werden: die Atomruine in Niederaichbach (Bayern), seit 1974 stillgelegt, nachdem sie für 250 Mio. DM gebaut worden und ganze 13 Tage nicht recht gelaufen war. Auf der ganzen Welt gibt es bislang keine Erfahrungen mit dem AKW-Abriß. Noch 1974 begründete der „Spiegel", warum das AKW n i c h t abgerissen werden kann: *„Denn Erfahrungen, wie ausgediente Atommeiler unschädlich zu machen wären, haben die Forscher noch kaum sammeln können. Lediglich kleinere Forschungsreaktoren wurden wieder abgebaut - Demonstrationskraftwerke (wie das von Niederaichbach) stehen auch in den USA als strahlenverseuchte Ruinen auf den Testgeländen. An Abriß wie etwa bei veralteten Öl- und Kohlekraftwerken ist dabei nicht zu denken. Wenn die letzte Uranfüllung verheizt ist, flakkert das atomare Feuer im Reaktorkern und in den meterdicken Abschirmmauern noch jahrzehntelang nach: In Tausenden Tonnen von Metall und Beton haben sich radioaktive Nebenprodukte gebildet, die durch keine denkbare Methode vernichtet, sondern nur gegen die Umwelt abgeschirmt werden können,"* („Spiegel", 12.8.74).

Jetzt soll es plötzlich doch gehen. Daß Albrechts Spruch dabei nicht übertrieben ist, zeigen die anfallenden, völlig ungelösten Probleme:

- Die total verseuchten Innenteile (z.B. der Reaktordruckbehälter, die Dampferzeuger usw.), aber auch die bestrahlten Abschirmmauern können nicht direkt zerlegt werden, weil Arbeiter sofort einer tödlichen Strahlendosis ausgesetzt wären. Die Zerlegungsarbeiten könnten also nur ferngesteuert und unter Wasser durchgeführt werden.
- Beim Zerlegen der strahlenden Teile wird die „sogenannte gefährliche Sekundäraktivität" (Mainpost) frei, durch die weitere Gegenstände verseucht würden.
- Beim „Plasma-Schweißen", das angeblich speziell für das Zerteilen kontaminierter Materialien weiterentwickelt wurde, treten durch die hohen Temperaturen die verschiedensten radioaktiven Gase auf. Wo die bleiben sollen, ist unklar.
- Spätestens beim Zerkleinern der Reaktorkuppel werden große Mengen an Radioaktivität nach außen frei werden.
- Und daß der Abriß besonders problematisch wird, dafür haben die Betreiber z.T. selbst gesorgt: *„Die größten Ungewißheiten bei Stillegungen entständen aus ‚beschönigten Kontaminationszwischenfällen und zugedeckten Kontaminationen, fahrlässigem Betrieb und mangelnde Sorgfalt beim Umgang mit radioaktiven Material sowie einem Mangel an aktualisierten technischen Zeichnungen und Unterlagen über Werksumbauten' "* (aus einem Bericht der OECD, nach FAZ), kurz gesagt: Die permanenten Unfälle und die darauf folgende kriminelle Herumbastelei in den Reaktoren steigern noch die beim Abriß zu erwartenden Gefahren.
- Auf der diesjährigen Reaktortagung des „Deutschen Atomforums" wurde darüberhinaus berichtet, die am stärksten strahlenden Teile eines ausgedienten AKWs von der Größe eines Biblis-Blocks brauchten ca. 1,2 Mio. Jahre zum Abklingen und andere Teile 150 - 2300 Jahre (nach FAZ).
- Daher ist wohl *„das größte Problem (...) die Unterbringung des Materials. Fest steht bisher nur, daß es unterirdisch gelagert werden muß. Schon um keine schlafenden Hunde und neuen Proteste zu wekken, vermeidet Vogl* (vom bayerischen Umweltministerium - d.Red.) *jede Andeutung, wo er sich dieses Depot für die Trümmer von Niederaichbach vorstellt"* (FR).

Ähnlich wie im Fall der Wiederaufbereitung und Entlagerung steht die Atomindustrie bei der AKW-Beseitigung also vor vollkommen ungelösten technischen Problemen.

Sicherheitsgeschrei statt Sicherheit

Weil natürlich auch die Betreiber wissen, daß die ganzen Probleme nicht gelöst sind, haben sie schon vor einigen Monaten mit einer der berüchtigsten Verdummungskampagnen begonnen, in der nach bekannter Manier der Öffentlichkeit alles als „im Prinzip technisch realisierbar" verkauft wurde. „Atomruine wird geschleift" (SZ), „Abbruch der Atomruine" (NZ), „Neue Technik macht Kraftwerk-Abbruch im Isartal möglich" (NN), „AKW-Ruine wird jetzt ‚zersägt' " (LZ), „Atomruine wird wie ein Kuchen zerlegt" (MP) hieß es allerorts, als gäbe es keine Schwierigkeiten. Und es wurde gejubelt: *„Mit den neuen Techniken und der Wende (?) in Niederaichbach ist den Verantwortlichen in München und Bonn ein Stein vom Herzen gefallen (...) Neue Technologien und Schweißverfahren sollen den Abriß möglich machen"* (NZ). *„Wegen extrem kurzer Betriebsdauer wird strahlensicheres Zerlegen bei weitem nicht so schwierig sein wie bei einem Meiler, der Jahrzehnte unter voller Last gefahren wurde"* (Spiegel). Na ja, da können ja beim ‚Zersägen' ruhig ein paar Späne fallen und Unfälle passieren - bei sooo wenig Radioaktivität!

Abbruch-Genehmigung durchgepeitscht

Auf telephonische Anfrage im bayerischen Umweltministerium hin konnte man i m J u l i erfahren, daß sich sämtliche bahnbrechenden *„neuen Schweißtechniken e r s t i n d e r E n t w i c k l u n g"* befänden und noch nicht einmal ein Abbruch-A n t r a g gestellt und alles noch längst nicht soweit sei. Und jetzt, drei Monate später, erfährt man: *„Genehmigung zum Abbruch erteilt"* (AA)! Warum diese Hektik?

Einmal soll das Projekt offenbar in die derzeitige Umwelt-Kampagne der bürgerlichen Parteien eingebaut werden: *„Beim bayerischen Umweltministerium erhofft man sich durch den bevorstehenden Abbruch der Atomruine auch einen positiven Beitrag zur Diskussion um die Gefahren der Kernenergie. Man glaubt daß die risikolose Beseitigung der Kernkraftanlage in der Bevölkerung das Vertrauen in diese Energie und in ihre Sicherheit stärken könnte"* (AA).

Die Hauptursache für die Eile liegt aber wohl darin, daß Regierung und Betreiber s e l b s t dieses Vertrauen verloren zu haben scheinen, denn im nächsten Atemzug meinte der Sprecher des bayerischen Umweltministeriums: *„Wir müssen auf jeden Fall damit rechnen, daß in absehbarer Zeit alle derzeitigen Reaktoren wieder abgeräumt werden müssen (...)"* (AA). Damit hat er wohl recht. Das Problem, mit stillgelegten und funktionsunfähigen Atomanlagen fertig werden zu müssen, brennt Regierung und Atomindustrie immer mehr auf den Nägeln. Nach der Studie einer EG-Kommission in Brüssel werden innerhalb der nächsten 30 Jahre in verschiedenen Ländern 100 AKWs „stillegungsreif".

Da wundern einen die eiligen Abrißpläne nicht mehr, besonders wo sich die Betreiber auch noch dumm und dämlich dran verdienen werden: *„Die Kosten werden mit Sicherheit in die siebenstelligen Zahlen reichen; mindestens (!) einen Teil davon will, weil das ganze als Pilotprojekt gilt, wieder der Staat zahlen"* (FR). Resümee: *„Also hat die Demontage-Branche eine Blütezeit vor sich"* (FAZ). Dieser Wahnsinn hat Methode.

Stillegung aller AKWs - jetzt!

(Zitate aus: Mainpost, 11.7.78, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.8.78, Frankfurter Rundschau, 11.8.78, Süddeutsche Zeitung, 10.6.78, Nürnberger Zeitung, 16.6.78, Nürnberger Nachrichten, 17.6.78, Landshuter Zeitung, 20.6.78, Spiegel, 10.7.78, Augsburger Allgemeine Zeitung, 5.10. 78).

KB/Nürnberg

„Das Uran bleibt drin, Joachim Schnorr muß raus!"

Das war das Motto, unter dem am Samstag, 7.10., knapp 300 AKW-Gegner in Baden-Baden gegen den Uranabbau im Hochschwarzwald und für die Freilassung von Joachim Schnorr, der als Mitglied des „Arbeitskreis Strahlenschutz" an der Aufdeckung dieses Umweltskandals beteiligt war, demonstrierten.

Zur Erninnerung: Seit dem 5. September sitzt J. Schnorr wegen „versuchtem Totschlag" an einem Arbeiter der Uranabbaufirma „Saarberg Interplan" im Knast, obwohl die widersprüchlichen Zeugenaussagen selbst dem Amtsrichter unglaubwürdig erschienen und eine „Fluchtgefahr" nicht besteht (so ist Joachim nach seiner 1. Verhaftung kurzzeitig auf freiem Fuß seiner üblichen Beschäftigung nachgegangen). Die „Fluchtgefahr" wird vom OLG Karlsruhe damit begründet, daß er *„in einem am 2.9. verteilten Flugblatt das ihm zur Last gelegte Verhalten bagatellisiert und angekündigt hat, daß der Kampf weitergehe."* Es müsse *„befürchtet werden, daß der Beschuldigte weitere Taten dieser Art begehe."* Soll heißen: Da zu erwarten ist, daß der AK Strahlenschutz weitere Umweltskandale aufdeckt, nehmen wir am besten seinen Sprecher erstmal in Vorbeugehaft... Und dort soll er bei unzumutbaren hygienischen Verhältnissen (J.S. bekam im Knast Milben, Hautflechten und Pilze) bis zum nächsten Haftprüfungstermin (im März 1979!) oder bis zur Hauptverhandlung festsitzen. Und auch für die ist schon vorgesorgt: Als Zeugen sind nur Arbeiter der „Saarberg" benannt, keineswegs aber E. Klementz als (neben J.S.) unmittelbar Beteiligter!

Solidaritätsaktionen

Neben der Demonstration in Baden-Baden, die u.a. aktiv von der „Aktionsgemeinschaft Umweltschutz" (AGUS) aus dem Markgräferland (Mitglied der bad.-els. BIs), den BIs Freiburg, Grenzbach-Wyhlen, Lörrach und Baden-Baden sowie von GIM und KB unterstützt worden war, werden z.Z. intensiv Unterschriften unter eine auch vom BBU unterzeichnete Erklärung gesammelt und „Offene Briefe" an alle Landtagsabgeordneten geschickt. Diese werden auch von den schweizerischen Initiativen SAG und GAGAK getragen.

Am Wochenende vom 10. November werden voraussichtlich in Freiburg, Basel und im Elsaß Großveranstaltungen zum Uranabbau in diesen 3 Staaten durchgeführt werden.

KB/Freiburg

3.500 Einwendungen gegen Zwischenlager in Ahaus

Am 2.10. konnten in Ahaus dem Kreisbaudirektor 3500 Einwendungen gegen das geplante Brennelementezwischenlager (BEZ) übergeben werden. Der Großteil der Einwendungen kam dabei von Bauern der Umgebung, aber auch in Münster konnte die dortige BI (AKU Münster) 1000 Einsprüche sammeln, Münster ist vor allem direkt vom Transport der Brennelemente nach Ahaus betroffen. Die DWK warf auf der anderen Seite der BI „Manipulation" in großen Zeitungsanzeigen vor, fünfzig Ahäuser Bürger sollen sich in La Hague von Ungefährlichkeit der Lagerung und Wiederaufbereitung überzeugen können. Mit gezielter Einschüchterung wird gegen BEZ-Gegner vorgegangen, im letzten ARBEITERKAMPF berichteten wir über die geplante Nichteinstellung eines Lehrers aus der BI. Als jetzt einige Schüler am Ahauser Gymnasium dagegen protestierten, wurden sie zum Rapport zum Direktor zitiert. Von der Polizei wurden sie wegen fehlendem Impressum geladen, ihre Namen wurden der Schulaufsichtsbehörde mitgeteilt („Ruhrnachrichten", 28.9.78).

Die Betreiber wollen das BEZ unbedingt 1982 fertig haben, damit sie für die Wiederaufbereitung erst einmal Luft bekommen.

„Elbwasser macht schlank"

Mit diesem Titel hat jetzt die Arbeitsgruppe gegen Unterelbeindustrialisierung (AGUI/BUU-Hamburg) eine lesenswerte Broschüre über die Auswirkungen der Industrieansiedlungen in der Unterelberegion erstellt.

Neben der Auflistung der einzelnen Industrieabwässer, deren Auswirkungen auf die Elbe und deren Fischbestand, zeigt die Broschüre die Folgen der Industrieansiedlung auf.

So sollen in dieser Region 12 - 14 Atomkraftwerke entstehen, um die benötigte Energiemenge herbeizuschaffen.

Die Auswirkungen der erlaubten (!) Verklappungen (ins Meer kippen), die bis in die Nordsee bemerkbar sind, beschreibt der Fischer Heinz Oestmann in einem Interview der AGUI gegenüber so: *"Die sind praktisch am lebendigen Leib (die Fische - Anm. AK) verrottet. Am Bauch sind sie offen, da gucken die Därme raus, am Bauch da sind die Schuppen weg, die Bauchdecke ist weg; die sind richtig offen, aber leben so. Schön sieht das nicht aus.*

Ich glaub',wenn Brunsbüttel in Betrieb geht, ist die Elbe tot. Dann geht das Wattengebiet mit kaputt, dann können die Krabbenfischer aufgeben und die Badeorte dichtmachen

Dann haben sie mal wieder 50.000 Arbeitsplätze weggeschafft" (S. 9).

Gerade die Fischer werden mit dem Hinweis *"Das geben sie ja doch nur an die Pressebullen"* über das wahre Ausmaß der Umweltverseuchung im Unklaren gelassen, bzw. an der Nase herumgeführt. So wurden z.B. auf dem VEBA-Erörterungstermin 10 Jahre alte (!) Werte angegeben und dergleichen mehr.

Daß es hierbei nicht darum geht, den technischen Fortschritt aufzuhalten, sondern den Kampf gegen die *"einseitige und nur auf Profit orientierte Form der Nutzung eines Gewässers"* geht, machen die Verfasser im Vorwort deutlich: *"Wir wollen nicht zurück zu der Zeit,als die Wurfnetzfischer fernab der Technik, umgeben von ländlicher Idylle ihre Netze auswarfen. Wir sind allerdings der Meinung, daß Industrialisierung nicht zwangsläufig Raubbau an der Natur bedeuten muß."*

Diese Dokumentation ist zu beziehen über:
BUU - Büro,
Fruchtallee 9,
2 Hamburg 19.

Sind AKW's in Bayern sicherer?

Der Atomunfall vom 18.6.78 in Brunsbüttel zieht seine Kreise. So kam in Bayern ein um die Sicherheit besorgter Landtagsabgeordneter auf die durchaus logische Frage, ob solche skandalösen Vorgänge wie im AKW Brunsbüttel prinzipiell auch in bayrischen Atomkraftwerken möglich sind und stellte im bayrischen Landtag eine entsprechende Anfrage.

Zur Erinnerung: Am 18.6. strömte nach dem Abriß eines Stutzen im AKW Brunsbüttel 3 Stunden lang radioaktiver Dampf aus einer Frischdampfleitung in das Maschinenhaus und von dort ungefiltert ins Freie! Die normalerweise nach 5 Minuten erfolgende automatische Schnellabschaltung wurde verhindert, indem durch den Schichtleiter kurzerhand ein Teil des dafür notwendigen Reaktorschutzsystems abgeschaltet wurde, was eigentlich illegal ist.

Das bayrische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen - zuständige Behörde für die Genehmigung und Überwachung von Atomanlagen - beantwortete die Anfrage dahingehend, daß solche sicherheitsgefährdenden Eingriffe in das Reaktorschutzsystem in bayrischen AKW's n i c h t möglich seien. Am Beispiel des AKW Isar (Ohu) wird in der Antwort dargelegt:

"Im KKI...befinden sich die Einrichtungen des Reaktorschutzsystems in Stahlschränken, die durch Knebelschloß und Sicherheitsschloß gesichert sind. Auf Grund der vorhandenen drei parallelen redundanten Reaktorschutzkanäle wäre ein Eingriff in mindestens 2 Schränke, die in getrennten Räumen aufgestellt sind, vorzunehmen. Eine Überprüfung ...ergab, daß innerhalb der im Reaktorschutz des KKI eingestellten Verzögerungszeiten zwischen dem ersten Anstehen eines Reaktorschutzsignals und der Reaktorschutzanregung keine "Manipulation" möglich ist."

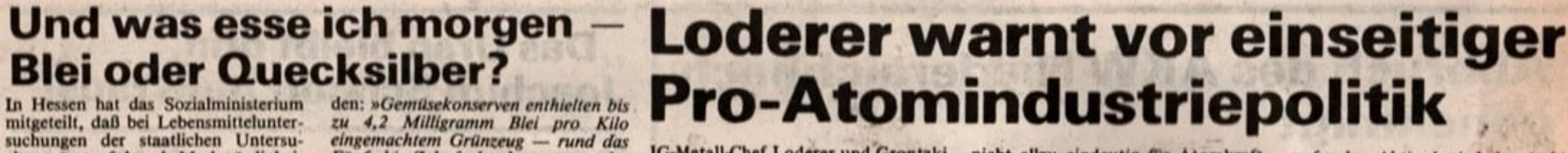
Nach den Beschreibungen des Ministeriums ist das Reaktorschutzsystem KKI (Stahlschränke, Knebelschloß, getrennte Räume pipapo...) allerdings fast identisch mit der entsprechenden Anordnung im AKW Brunsbüttel. D a s kann also kein Hinderungsgrund sein. Andererseits wird vorgebracht, daß die Zeit, um solche Eingriffe vorzunehmen, wohl recht knapp ist. Wie kurz diese Zeit denn nun g e n a u ist, darüber schweigt sich das Ministerium allerdings aus. Nach unseren Informationen dürfte diese Zeit im KKI drei Minuten betragen. Zu kurz? Für ein geübtes Team sicherlich nicht ! In Brunsbüttel brauchten die "Manipulateure" jedenfalls auch nicht länger als 3 Minuten.

Und denn gibt es ja in Bayern auch noch etwas ältere Klamotten, die noch nicht über so "moderne" Möglichkeiten zur Abschaltung des Reaktorschutzsystems mittels "Knopfdruck" verfügen,nämlich die AKW's Gundremmingen I und das Versuchsatomkraftwerk Kahl (VAK). Hier muß noch ganz „altmodisch" eine Verdrahtungsänderung "mit Lötkolben und Werkzeug" vorgenommen werden. *"Dies"*, so meint das Umweltministerium, *„ist ebenfalls nicht innerhalb der dort eingestellten Verzögerungszeiten zu bewerkstelligen."*

Überzeugend ist das auch nicht, denn zunächst einmal gehören solch wichtige Werkzeuge wie "Lötkolben" etc. ohnehin zur Standardausrüstung eines Elektrikers und weiterhin ist die Geschwindigkeit desselben eher eine Frage der Geschicklichkeit und der Übung. Und außerdem - wer garantiert denn, daß das Reaktorschutzsystem erst im Fall eines Störfalles lahmgelegt wird? Um die Stromversorgung "besorgte" Betriebsleitungen könnten doch - sozusagen präventiv - das Reaktorschutzsystem außer Kraft setzen, o h n e daß hierzu ein aktueller Anlaß vorhanden ist. Auch in Brunsbüttel hat es seit der Inbetriebnahme über hundert solcher Eingriffe gegeben, ohne daß jeweils ein Störfall die Ursache dafür war. Dies wurde durch das Auffinden eines "Simulierbuches", in dem jede "Manipulation" fein säuberlich eingetragen wurde, bekannt.

Vielleicht sollte man einmal in Bayern nach der Existenz solcher "Simulierbücher" in den dortigen AKW's fahnden. Die Wahrscheinlichkeit, fündig zu werden, ist groß.

AKW-Nein-Kommission



Und was esse ich morgen — Blei oder Quecksilber?

In Hessen hat das Sozialministerium mitgeteilt, daß bei Lebensmitteluntersuchungen der staatlichen Untersuchungsämter folgende Merkwürdigkeiten aufgedeckt wurden: *»Als ,Brotzusatz' seien beispielsweise Tierzähne, Fliegen, Raupen, Schädlinge, Papier, Folien und Bindfäden festgestellt worden. Als „Zugabe" zu Marzipan, Nougat und Schokolade hätten die Untersuchungen Motten, Maden, Spinnen, Exkremente sowie ,Verunzierungen durch Fraßstellen' an den Tag gebracht. In Konserven seien unter anderem Drahtklammern und Glassplitter, Schnecken und Steine gefunden worden«* (FAZ, 2.9.78). Diese Verunreinigungen sind noch relativ harmlos gegenüber anderen Sachen, die bei uns auf den Teller oder in die Tasse kommen.

»Gefährlicher sei dagegen gewesen, daß Desinfektionsmittel und Reinigungslaugen in Saft- und Limonadenflaschen aufgespürt worden seien.« »In relativ vielen Konserven, heißt es weiter, sei ein überhöhter Zinkanteil festgestellt worden und in der Milch hätten die Prüfer in vielen Fällen einen verbotenen Zusatz von Wasserstoffsuperoxyd festgestellt« (FAZ, 2.9.78).

Schädliche Chemikalien begegnen uns in jedem Essen: *»In Lebensmitteln, als Konservierungs-, Farb- und als Geschmacksstoffe; in Textilien als synthetische Fasern, Färbe- und Flammschutzmittel; in Kosmetika als Cremes, Puder oder Wimperntusche. Ob wir die Zähne putzen, die Haare waschen oder Deosprays benutzen, ob wir im Supermarkt in Styropor oder PVC-Folie verpackte Lebensmittel kaufen ... — alltäglicher Umgang mit der Chemie.«*

»Die meisten Produkte freilich, ..., sind noch kaum oder gar nicht darauf geprüft, ob sie Gesundheit und Leben der Konsumenten gefährden können. Denn noch immer gilt hierzulande der Brauch, ein chemisches Erzeugnis erst einmal in den Handel zu bringen und abzuwarten, was passiert« (Stern 38/14.9.78).

Viele unserer Lebensmittel sind mit Vinylchlorid (VC) eingepackt. VC erzeugt Leberkrebs. Solche Giftstoffe nehmen unsere Körper mit der Nahrung auf, *»Spuren jeweils nur, die wir nicht sehen, nicht riechen, nicht schmecken. Das Gift sammelt sich im Körper an, und eines Tages kann die Toleranzgrenze, bis zu der diese Schadstoffe ohne schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesundheit bleiben, überschritten sein«* (Stern 39/21.9.78).

Schwermetalle

Außer diesen Chemikalien ist unsere Nahrung noch mit einigen Schwermetallen angereichert, wie Blei, Quecksilber und Kadmium.

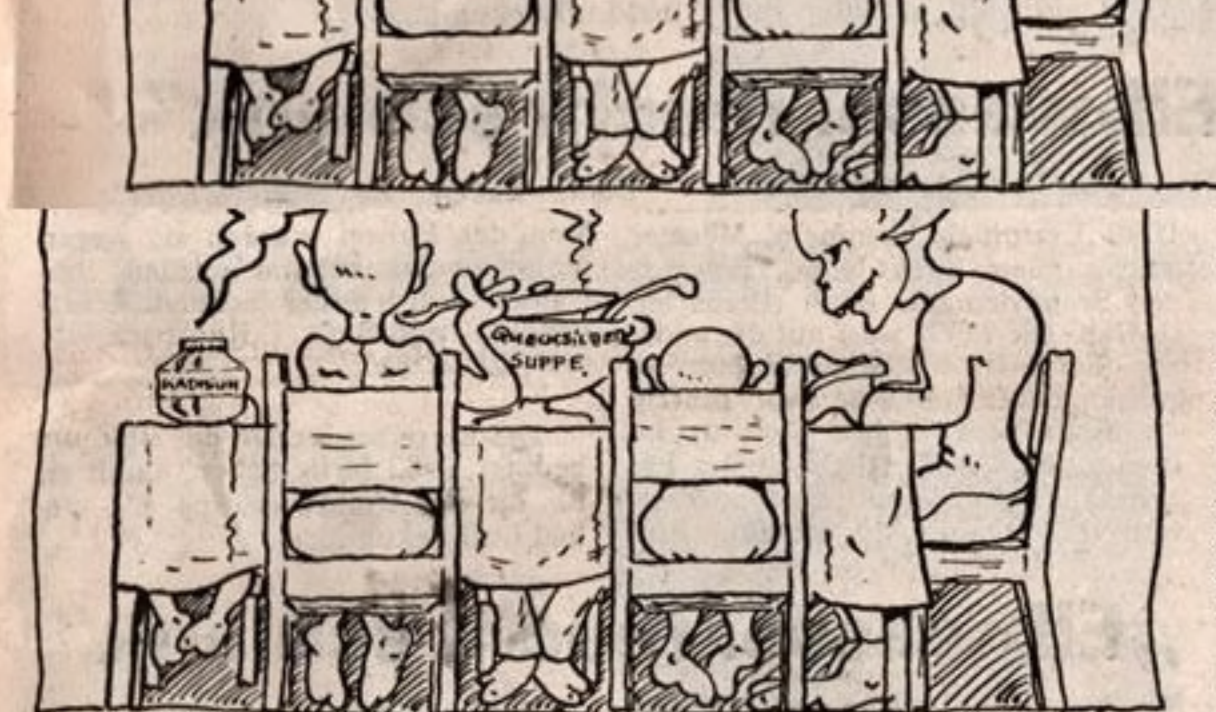
In der Gemeinde Gressenich bei Stolberg erblindeten Kühe, nachdem sie im Frühjahr auf die Weide getrieben wurden. Nach einiger Zeit konnten sie nicht mehr laufen, verendeten oder mußten notgeschlachtet werden. Dieses Viehsterben wiederholte sich mehrere Jahre, bis Veterinärmediziner die Ursache erkannten: ein Hüttenwerk der Preussag, das durch chronische Bleibelastung der Umwelt das Gras verseuchte, wodurch die Kühe umgebracht wurden.

Bleivergiftungen haben folgende Symptome: *»Appetitlosigkeit und Müdigkeit, Verdauungsstörungen, Blutarmut, besonders aber Gehirn- und Nervenschäden. ... In Stolberg wie in Nordenham stellten die Ärzte bei Kindern unter sechs Jahren die höchsten Bleiwerte im Blut fest. Typische Symptome chronischer Bleivergiftungen traten auf: Bauchschmerzen, ,Bleibänder' in den Wachstumszonen der Röhrenknochen, ,Bleisaum' an den Zahnhälsen, Veränderungen im Blutbild«* (Stern 39).

Bei Untersuchungen der Lebensmittel sind schon wahre Horrorwerte von den Wissenschaftlern festgestellt worden: *»Gemüsekonserven enthielten bis zu 4,2 Milligramm Blei pro Kilo eingemachtem Grünzeug — rund das Fünf- bis Zehnfache dessen, was das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit noch für vertretbar hält. Der Präsident des Bundesgesundheitsamtes, Professor Georges Fülgraff, geht davon aus, daß allein wegen ihres Bleigehalts, etwa fünf Prozent der heute in der Bundesrepublik gehandelten Lebensmittel vermutlich vom Verkehr auszuschließen wären'.«*

Schwermetalle reichern sich besonders in Lebern und Nieren der Schlachttiere an. Professor Hapke vom Pharmakologischen Institut der Tierärztlichen Hochschule Hannover stellte fest, daß der Höchstwert, der in der »Verordnung über Höchstmengen von Schadstoffen in von Tieren stammenden Lebensmitteln« zum Beispiel bei Kadmium festgelegt ist, weit überschritten ist. Hapke wirft die Frage auf, ob eine Lebensmittelproduktion in Industriegebieten überhaupt gestattet sein soll.

Jährlich werden 83 Tonnen Kadmium über der BRD in die Luft gepumpt. Kadmium erzeugt wahrscheinlich Krebs und löst Erbschäden aus. In Japan stellte ein Landarzt fest, daß sich durch Kadmium *»Kalzium aus den Knochen löste, daß sich dadurch die Knochen verformten und mürbe wurden. Schon leichte Erschütterungen etwa bei Husten führten zu Rippenbrüchen. Viele Patienten starben qualvoll, weil die Nieren versagten, oder sie erlagen banalen Infektionen, weil ihre Abwehrkraft geschwächt war«* (Stern 39). Von diesem Schwermetall nehmen wir, wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) feststellte, mit der Nahrung täglich bis zu 68 Mikrogramm



auf. Es läßt sich mit Sicherheit sagen, daß jeder hundertste Mensch über 50 durch Kadmium zu Nierenschäden kommt.

Noch gefährlicher scheint Quecksilber zu sein. *»Taubheitsgefühle in Armen und Beinen, dadurch unkoordinierte Bewegungen; verwirrte unverständliche Sprache; leichte Erregbarkeit, später dann Lethargie. ... Geschädigt war, so ergab eine Untersuchung zwischen 1955 und 1959, nahezu jedes dritte Neugeborene«* (Stern 39). Dies ist ein Bericht aus Japan. Aber wie dicht die BRD an derartige Zustände herangekommen ist, entdeckten BRD-Forscher im Schlamm der Donau. In den Fischen wurden *»fünfmal größere Quecksilbermengen gefunden, als das Lebensmittelgesetz erlaubt. Im Rhein (wurden) ... bis zu 110 Milligramm Quecksilber in einem Kilogramm Schlamm (gefunden) — alles Folgen unkontrolliert in den Fluß gelenkter Industrieabwässer«* (Stern 39).

Trotzdem — wir sind selber schuld an unseren Krankheiten !!!

»Die Fehlernährung, die falsche Auswahl von im Überfluß vorhandenen Nährstoffen richtet für die Volksgesundheit (!) *größere Schäden an als die von Zeit zu Zeit durch die Massenmedien ins Rampenlicht gezerrten* (!) *unerwünschten Inhaltsstoffe unserer Nahrung. Wenn der Volkswirtschaft durch ernährungsbedingte Krankheiten — wie Übergewicht, Diabetes, Gicht — laut einer Untersuchung der Deutschen Forschungsgemeinschaft jährlich Kosten von 17 Milliarden Mark entstünden, dann ist die Diskussion um Kalorien vergleichsweise wichtiger als die um Dünger.«* Diesen wissenschaftlich qualifizierten Beitrag leistete sich Professor Wolfram vom Institut für Ernährungswissenschaften auf einer Fachtagung um die Frage Kunst- oder Naturdünger. — Kommentar wohl überflüssig!?

ÖTV-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Loderer warnt vor einseitiger Pro-Atomindustriepolitik

IG-Metall-Chef Loderer und Grontzki vom DGB-Angestelltenmagazin gingen auf behutsame Distanz vom "Aktionskreis Energie der Betriebsräte". Der Aktionskreis (mit dicken Geldern der Industrie im Rücken) hatte schon seinerzeit für die Pro-Energie-Demonstration in Dortmund im letzten Jahr getrommelt und jetzt wieder eine Werbekampagne in DGB-Zeitschriften gestartet. Die DGB-Führer, die gerade in letzter Zeit sich gern etwas grün geben, wollten jetzt mit dem Betriebsrätekreis nichts zu tun haben.

Auf Protestbriefe hin erklärte Grontzki: *"Ich bin es leid, Briefe zu beantworten, die sich gegen Anzeigen wenden, die ich nicht zu vertreten habe und mit deren Inhalt ich nicht einverstanden bin."* Die Verantwortung schob er auf die Anzeigenabteilung, die man bitte doch selbst fragen sollte. Warum sich die Anzeigenabteilung dazu nicht äußern konnte und warum eine zweite Anzeige des Pro-AKW-Kreises neben Grontzkis Stellungnahme prangte, das erklärte er natürlich nicht.

Loderer hingegen warnte davor, daß sich die Gewerkschaftsführer nicht allzu eindeutig für Atomkraftwerke aussprechen dürften. *"In Zukunft seien hierzu allerdings schwerwiegende Entscheidungen zu treffen, wozu es aber einer Geschlossenheit der Interessenvertretung bedürfe, auch im politischen Raum."* (FR, 15. 9.78). *"Isolierte Einzelziele"* zu verfolgen (hier die völlig vorbehaltlose Unterstützung der Atomindustrie gemeint) würde *"unsere politische Durchschlagkraft verringern."* (ebda). Gewerkschaftspolitik im Sinne einer Werbeabteilung der jeweiligen Industrie würde in der Tat — wie es Loderer befürchtet — *"die Geschlossenheit der Arbeitnehmer ... gefährden."*

Verbot von Unterschriften von Gewerkschaftern für den Arbeitskreis Leben

In seinem letzten Info dokumentiert der Arbeitskreis Leben (AKL) die Auseinandersetzungen mit dem dortigen DGB. Dort sah sich der DGB-Ortsverein veranlaßt, sich von dem Gründungsaufruf für den AKL offiziell abzugrenzen. In einem Mitteilungsflugblatt heißt es dazu: *„daß die Unterzeichner des Gründungsaufrufes des ,Aktionkreis Leben in Westberlin' nicht im Auftrage ihrer zuständigen Gewerkschaft gehandelt haben"* (DGB-Berlin, 27.6.78). Wie nicht anders zu erwarten, wurde der AKL-Gruppe auch verwehrt, im Gewerkschaftshaus zu tagen. Ein IGM-Funktionär der Gruppe wurde gar von IGM-Ortskartell verwarnt künftig nicht mehr Namen und Funktion für den AKL zu unterschreiben: *„Du hast neben Deinem Namen in dem verbreiteten Flugblatt auf deine IG-Metall-Mitgliedschaft und Funktion in der Organisation hingewiesen. Die Ortsverwaltung fordert dich auf, um Mißdeutungen auszuschließen, das in der Zukunft zu unterlassen. Du darfst namens unserer Organisation, auch nicht in deiner Eigenschaft als Gewerkschaftsfunktionär Erklärungen abgeben, die nicht im Auftrage unserer Organisation erfolgen"* (IGM, 18.7.78).

Das ist eine erste Verwarnung zu Einschüchterung, die bei Nichtbeachtung erfahrungsgemäß bis zu Ausschlüssen ausgebaut werden kann.

Anti-AKW-Kommission

Wieder Smog im Ruhrgebiet

Einen unfreiwilligen Schnitzer leistete sich die „WAZ" in ihrer Ausgabe vom 4.10. Während NRW-Wirtschaftsminister Riemer (FDP) gegen das „Klischee" vom „Dreckloch Kohlenpott" zu Felde zog, berichtete die „WAZ" zwei Spalten weiter, daß das Ruhrgebiet mal wieder am Rande des Smogalarms stand.

Durch Windstille und damit entstandener Dunstglocke über dem Ruhrgebiet stieg der SO2-Gehalt der Luft bis an die gesetzlich festgelegten Grenzwerte, nach denen Smogalarm ausgelöst werden müßte. Wie bedrohlich die Smogsituation war, zeigt auch das Sinken des Sauerstoffgehalts der Luft: Während das Ruhrgebiet im „Normalzustand" mit 19% Sauerstoff sowieso schon weit unter dem Bundesschnitt (21%) liegt, ist der Sauerstoffgehalt nun auf 17% gesunken. „Vor allem für Herz- und Kreislaufkranke eine gefährliche Situation", meinte die „WAZ"; eine harmlose Umschreibung dafür, daß wieder etliche, vor allem alte Menschen gestorben sein werden, die allerdings in den Statistiken nicht als Smogopfer auftauchen, sondern eben „altersbedingt" gestorben sind.

Anti-AKW-Kommission NRW

VEBA-Herne: Es stinkt zum Himmel!

Das chemische Werk der Veba in Herne entwickelt sich zum Dauerärgernis der Herner Bevölkerung. Waren es die Menschen schon immer „gewohnt", mit dem ständigen Lärm und Gestank leben zu müssen, so wurden sie in letzter Zeit durch eine Reihe von unangenehmen „Vorkommnissen" zusätzlich beunruhigt.

Bereits im Juli dieses Jahres, kurz nach dem Tankerunglück in Spanien, strömte aus einem mit

Anfang September kam es erneut zu einer „Panne", als aus einem defekten Tanklastwagen Propylalkohol ausfloß und Straßen abgesperrt werden mußten. Am 9. September dann stieß der Schornstein des Veba-Werkes dicke, mit giftigen Chemikalien getränkte Qualmwolken aus, die sich auf die dichtbewohnte Herner Innenstadt senkten. Das Schärfste: Der Werkspförtner will nichts, außer einem blauen Himmel, gesehen

auch das Sinken des Sauerstoffge-

VEBA-Herne: Es stinkt zum Himmel!

Das chemische Werk der Veba in Herne entwickelt sich zum Dauerärgernis der Herner Bevölkerung. Waren es die Menschen schon immer „gewohnt", mit dem ständigen Lärm und Gestank leben zu müssen, so wurden sie in letzter Zeit durch eine Reihe von unangenehmen „Vorkommnissen" zusätzlich beunruhigt.

Bereits im Juli dieses Jahres, kurz nach dem Tankerunglück in Spanien, strömte aus einem mit Propylen gefüllten Gaswaggon wegen eines defekten Ventils Gas aus. Neben dem undichten Waggon standen drei weitere Propylenwaggons, alle mit 42,5 Tonnen Gas gefüllt. Wie die Veba mitteilte, hätten „nur" 2,5 kg Gas austreten können, weil ein Sicherheitsventil dem Abfluß vorgeschaltet sei. Aber warum sollte so ein „Sicherheitsventil" nicht auch ausfallen, wo schon das andere Ventil kaputt war. Und was auch die Veba nicht bestreiten konnte: Der undichte Waggon stand ungesichert in der jedermann zugänglichen freien Landschaft herum; der kleinste Funke (verursacht durch spielende Kinder, Zigaretten, oder weiß der Henker was) hätte zur Katastrophe geführt.

Anfang September kam es erneut zu einer „Panne", als aus einem defekten Tanklastwagen Propylalkohol ausfloß und Straßen abgesperrt werden mußten. Am 9. September dann stieß der Schornstein des Veba-Werkes dicke, mit giftigen Chemikalien getränkte Qualmwolken aus, die sich auf die dichtbewohnte Herner Innenstadt senkten. Das Schärfste: Der Werkspförtner will nichts, außer einem blauen Himmel, gesehen haben, auch herbeigerufene Polizisten „konnten nichts feststellen".

Nach „gründlicher Überholung" wurde die defekte Anlage wieder in Betrieb gesetzt.

Einen Tag später meldeten sich erneut empörte Anwohner der Veba: Der Schornstein qualmte wieder! (Nach „WAZ" vom 11. und 12.9.78) Und die Veba will ihre Dauerstinkanlage auch noch erweitern und die neue Anlage soll direkt vor die Haustür eines Krankenhauses!

Es bleibt zu hoffen, daß der vor Jahren existierende Widerstand gegen die Veba-Umweltzerstörung nach den letzten Vorfällen neu erwacht.

Anti-AKW-Kommission NRW

Atom-U-Boote schon in Friedenszeiten strahlentötend?

Seit Inbetriebnahme der Atom-U-Boote gibt es natürlich auch Werften, wo diese repariert und gewartet werden. Auf den Werften in Portsmouth beispielsweise sind allein 5.000 Arbeiter durch solche Reparaturen radioaktiver Strahlung ausgesetzt gewesen. Nach Angaben der Marine soll keiner der Arbeiter mehr als die zugelassene Dosis abbekommen haben. Doch offensichtlich reicht selbst die, vielen den Strahlentod durch Krebs und Leukämie zu bringen.

Ein Arzt fand heraus, daß nicht weniger als 38,4 % aller Werftarbeiter an Krebs gestorben waren (der Durchschnittswert in den USA liegt bei 20 %). Anfangs weigerte sich die Marine, die Strahlungsdossiers der gestorbenen Arbeiter zu veröffentlichen, schließlich ist sie jetzt durch Gericht dazu gezwungen worden, was weiteres ans Tageslicht fördern dürfte. Was bisher bekannt wurde, läßt schlimmstes ahnen: die Fälle von Leukämie liegen auf diesen Werften 450 % höher als im US-Durchschnitt, bei Lymphdrüsenkrebs um 125 %, bei den älteren Arbeitern zwischen 60 und 69 starben ca. 60 % an Krebs!

Diese Zahlen sind auch für die BRD brisant, dort wird derzeit überlegt, ob die Otto Hahn weiterstrahlen soll, oder aber verschrottet wird. Auch dort sickerte durch, daß einigen Besatzungsmitgliedern der Decksboden im wahrsten Sinne des Wortes zu heiß geworden war. Auch bei den Reparaturen geht es heiß her: die Brennstäbe wurden auf der Howaldswerft unter freiem Himmel ausgetausch.

AKW-Nein-Kommission

Prozeß gegen Kalkar-Demonstranten

Gegen zwei Motorradfahrer aus Köln, die auf der Kalkar-Demo am 24.9.77 in Kerken-Rahm (30 km vor Kalkar) versuchten, den durch die Bullensperren total zusammengebrochenen Verkehr zu regeln und den Demonstrationszug zu ordnen, findet am 11. Oktober um 14.45 Uhr in Geldern ein Prozeß statt. Die Anklage lautet auf Widerstand gegen die Staatsgewalt (zwei Zivilbullen wollen von den beiden Motorradfahrern „Aufforderungen zu Gewalt" vernommen haben) und Landfriedensbruch statt.

Zur Unterstützung der Angeklagten soll am 11. Oktober ein Motorradkorso starten.

Spendenkonto:
W. Wetzel, Kreissparkasse Köln
1137 0096 56

Anti-AKW-Kommission NRW

„Der Rhein ist doch keine Kloake"

Daß, wie in AK 133 berichtet („Rheinfische verseucht"), Wissenschaftler vor häufigem Genuß von Rheinfischen warnten, weil sie zumeist höchstgefährliche Quecksilber- und Cadmiumgehalte aufweisen, ist jetzt endgültig als „Panikmache" entlarvt.

NRW-Landwirtschaftsminister Deneke (SPD) hat mit einer ebenso verblüffenden wie unkonventionellen Aktion den Vorwurf, der Salz- und Giftgehalt des Rheins sei „trotz enormer staatlicher Bemühungen" nicht gesunken, entkräftet. Er ließ aus dem Niederrhein Aale fangen und setzte sie einer „Testgruppe" vor!

Ergebnis: *„Minister und Testesser fanden übereinstimmend, daß der gebratene Rheinaal vorzüglich — und ganz und gar nicht jauchig — schmekke"* („WAZ", 2.10.78).

Leider kommt dieser wissenschaftlich fundierte Nachweis zu spät: Die Stadt Duisburg will ihr Trinkwasser wegen „anhaltender Verschlechterung des Rohwassers" und

Aktion den Vorwurf, der Salz- und Giftgehalt des Rheins sei „trotz enormer staatlicher Bemühungen" nicht gesunken, entkräftet. Er ließ aus dem Niederrhein Aale fangen und setzte sie einer „Testgruppe" vor!

Ergebnis: „Minister und Testesser fanden übereinstimmend, daß der gebratene Rheinaal vorzüglich — und ganz und gar nicht jauchig — schmekke" („WAZ", 2.10.78).

Leider kommt dieser wissenschaftlich fundierte Nachweis zu spät: Die Stadt Duisburg will ihr Trinkwasser wegen „anhaltender Verschlechterung des Rohwassers" und

weil „sich die Qualität des Rheinwassers in absehbarer Zeit (nicht) verbessert", nicht mehr wie bisher nur aus dem Rhein beziehen und hatte deshalb Anfang des Jahres mit der Gelsenwasser AG einen Vertrag abgeschlossen, nach dem Duisburg ab 1980 etwa 40% seines Trinkwassers aus dem 50 km entfernten Halterner Stausee bezieht.

Anti-AKW-Kommission NRW

Giftgaswolke über Recklinghausen

Eine Gaswolke bedrohte am 28.9. die Bevölkerung von Recklinghausen-Suderwich. Aus der Kanalisation waren Dämpfe des hochgiftigen Methyl-Akrylat hochgestiegen, das zu schweren Leber- und Nierenschäden führt und in konzentrierter Form hochexplosiv ist. Die Folgen der Gaswolke waren Erbrechen bei Kindern, mehrere Menschen mußten mit Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert werden; und natürlich die unbemerkten Folgen, die sich in einer Verschlimmerung des ohnehin miserablen Gesundheitszustandes der Menschen im Ruhrgebiet äußern.

Die Ursache der Gaswolke: Eine Firma (die Tankwagen der Bundesbahn reinigt) hatte einen Ölabscheider (über den das Reinigungsmittel nach dem Gebrauch läuft) randvoll laufen lassen, das Lösungsmittel trat über und floß in die Kanalisation („Recklinghauser Zeitung", 29. und 30.9.78).

Bereits eine Woche vorher, am 20.9., gab es in Recklinghausen Gasalarm, als nach einem Rohrbruch im VEW-Leitungsnetz aus mehreren Kanalisationsschächten Erdgas ausgeströmt war.

Anti-AKW-Kommission NRW



„Wenn Du zum Arzt gehst, vergiß die Lebensversicherung nicht!" Zum Streit um Professor Hacketal

Kaum ein medizinisches Thema hatte in den letzten Wochen eine so große Bedeutung in der Öffentlichkeit gewonnen wie die Auseinandersetzungen um Professor Julius Hackethal. Einerseits wird er als Michael Kohlhaas der modernen Medizin („Spiegel" vom 2.10.78) vorgestellt, andererseits als gefährlicher Amokläufer, der ständig die Patienten verunsichern wolle („Deutsches Ärzteblatt", 5.10.78). Aktueller Streitpunkt ist die heutige schulmedizinische Behandlung des Vorsteherdrüsen-Krebs (=Prostata-Karzinom) beim Mann und die damit verbundenen Vorsorgeuntersuchungen. In Büchern und Zeitschriftenaufsätzen stellt Hackethal dazu fest, daß ausgerechnet beim Prostatakarzinom in der etablierten Medizin Behandlungsprinzipien herrschen, die bei allen anderen Krebsarten (Brustdrüsenkrebs der Frau, Darmkrebs usw.) als Kunstfehler gelten.

Die geltenden Behandlungsprinzipien lassen sich am Beispiel des Brustdrüsenkrebs besonders gut darstellen. Die medizinischen Wissenschaftler gehen davon aus, daß man vorhandenes Krebsgewebe so wenig wie möglich aus dem Zellverband lösen darf; besteht also der Verdacht auf Brustkrebs, darf nur sehr vorsichtig untersucht werden, weil sonst Krebszellen sich loslösen und in den auf Brustkrebs, darf nur sehr vorsichtig untersucht werden, weil sonst Krebszellen sich loslösen und in den Blut- und Lymphkreislauf streuen (=metastasieren) und Tochtergeschwülste bilden können. Bei fortgeschrittenen Krebserkrankungen verstreuen sich die Krebszellen auch ohne äußeres Zutun, was dann sehr schnell zum Tode führt. Prof. Krokowski hatte das bei Wachstumskurven von 3.000 Krebsgeschwülsten nachgewiesen: Die todbringenden Tochtergeschwülste (Metastasen) seien „*in ganz überwiegender Zahl zu eben dem Zeitpunkt entstanden, als der Krebskranke das erstemal wegen seines Leidens ärztlich behandelt wurde*" („Spiegel", 40/78). „*Im Klartext: Die Tochtergeschwülste beginnen zu wachsen, weil der Arzt am Tumor manipuliert hat*" („Spiegel", 41/78). Um nun dieses Risiko für die Patientin bei Brustkrebs so gering wie möglich zu halten, wird in guten Kliniken der BRD (das ist mit Sicherheit die Minderzahl) während der Operation das verdächtige Gewebe herausgeschnitten und sofort von einem Fachmann (=Pathologe) unterm Mikroskop untersucht. Ist es ein Karzinom, muß die Brust und angrenzende Lympfknoten herausoperiert werden. In seinem Buch ‚Nachoperation' beschreibt Hackethal Patientinnen, die unter fürchterlichen Qualen sterben mußten, weil nicht einmal diese Behandlungsprinzipien eingehalten wurden. Stattdessen wird mit Stanzen wild in verdächtiges Gewebe hineingestochen oder erst einige Tage nach der Entnahme verdächtigen Gewebes der ganze Tumor wegoperiert.

Was sich gute Krankenhäuser in der BRD heute nicht mehr leisten würden, nämlich in einen Darm- oder Brustkrebs hineinzustechen oder daran herumzuquetschen, genau das tun die Ärzte heute grundsätzlich beim Prostatakrebs. Als neueste Entwicklung wird auch ein Stich mit einer Nadel durch den Enddarm angepriesen, bei dem die Prostata auch noch künstlich entzündlich erkranken kann. Hackethal dazu: „Scheiß-Feinnadelbiopsie!" („Spiegel" 40/78). Übrigens wird beim Gebärmutterkrebs der Frau an karzinomverdächtigen Stellen ebenfalls herumgequetscht und Tumorzellen ausgestreut.

Während sich in den USA immer mehr Wissenschaftler mit dieser Krebsproblematik auseinandersetzten, ist H. in der BRD einer der wenigen, der gegenüber der etablierten Ärzteschaft mit aller Entschlossenheit die Auseinandersetzung um diese Behandlungsmethoden sucht. Ein Höhepunkt dieser Auseinandersetzung war ein Spiegel-Streitgespräch zwischen Hackethal und dem Schulmediziner Prof. Rothauge, in dem Hackethal als Schreibtischmörder und Medizinverbrecher bezeichnet wurde (40/78). Dieser aktuelle Konflikt ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, daß Hackethal bereits seit einer Auseinandersetzung 1963 mit seinem Chefarzt Prof. Hegemann in Erlangen („*Vermute verbrecherisches Vorgehen bei Prof. Hegemann*", *zit.* nach „Spiegel" 40/78) gegen ärztliche Kunstfehler kämpft.

In der Berichterstattung der Massenmedien gehen die Journalisten teilweise bewußt am Kernproblem vorbei. Mit seiner fundamentalen Ärztekritik versucht Hackethal ein zunehmend kritisches Bewußtsein bei den Patienten zu wecken. Folgerichtig fordert er auch, daß Patienten über alle Risiken und Nebenwirkungen ärztlichen Handelns aufgeklärt werden müssen. Um die Patienten mündig zu machen, führt Hackethal darüber auch eine bewußt öffentliche Diskussion und warnt ausdrücklich vor der gesamten Ärzteschaft als einer Berufsgruppe, bei der die Patienten nicht mißtrauisch genug sein können: „*Man muß den Patienten sagen, in welche Gefahr sie sich begeben, wenn sie zu einem Arzt gehen.*" und „*Ich bin der festen Überzeugung, daß die Medizin mehr krank macht als gesund.*"

Um den unbequemen Kritiker Hackethal loszuwerden, haben sich die Ärztefunktionäre bisher schon einiges einfallen lassen: 1977 sollte ihm die Zulassung als Facharzt für Chirurgie entzogen werden; Ärzte aus Lauenburg verklagten ihn auf eine Million Schadensersatz; durch anonyme Drohbriefe wurde Hackethals Operationspfleger in den Selbstmord getrieben; seine Wiederzulassung als Kassenarzt wurde von den Standesfunktionären abgelehnt usw. („Spiegel" 40/78). Endgültig mundtot gemacht werden soll Hackethal jetzt in einer Art konzertierter Aktion: Sozusagen auf höchster Ebene hat sich Dr. med. Mildred Scheel eingeschaltet als Vertreterin der westdeutschen Krebshilfe, die durch Spenden versucht wettzumachen, was die Ärzte und der Staat in der Krebsforschung eh schon seit Jahren versäumt haben. In Interviews in der „Morgenpost", in den Tagesthemen der ARD und in Meldungen der Tageszeitungen unterstellt sie Hackthal, „*bewußt das Risiko einzugehen, Menschenleben zu gefährden*" („WAZ", 9.10.). Im Spiegel-Gespräch wirft sie ihm vor, er „*treibe ein verantwortungsloses Spiel mit der Angst*" (41/78). Auf Hackethals Äußerung, „*es gebe Ärzte, die professionelle Mörder seien*", verbot das „*Landgericht Frankfurt auf Antrag des Urologenverbandes Hackethal die Äußerung*" mit einer einstweiligen Verfügung („WAZ", 10.10.78). Hackethal seinerseits forderte konsequent „*den Rücktritt von Frau Dr. Mildred Scheel von ihrem Amt als Vorstandsmitglied der deutschen Krebshilfe*" („WAZ", 10.10.).



Professor Hackethal im Streitgespräch mit „Schulmediziner" Rothauge (r.)



Was steckt nun hinter diesen Auseinandersetzungen um die Krebsbehandlung in der BRD?

Selbst wenn Hackethal in einigen Kritikpunkten unrecht haben sollte, ist es doch unbestreitbar sein Verdienst, eine lebhafte Diskussion um die Praktiken in der „modernen Medizin" überhaupt in Gang gebracht zu haben. Eine ernsthafte Auseinandersetzung, die ja letztlich im Interesse der betroffenen Patienten wäre, wird von der etablierten Ärzteschaft nicht geführt. Diese fordert blinden Kadavergehorsam von „ihren" Patienten(innen). So erklärt Kuhlendahl, Neuro- (und Psycho-?) Chirurg der Uni Düsseldorf, daß die „*ärztliche Tätigkeit ohne Vertrauensbasis einfach unmöglich*" sei. „*Vertrauen beinhaltet aber ein (unbewußtes) Aufsichnehmen von Risiko*". Vertrauen sei ein „*Problem der riskanten Vorleistung*" (Zitate aus „Deutsches Ärzteblatt", 7.9.78). Weil sich die „Herren über Leben und Tod" in ihren weißen Kitteln jeglicher Kritik entziehen wollen, fordern sogar Juristen (zuletzt auf dem Juristentag '78) seit langer Zeit eine verstärkte Aufklärungs- und Haftungspflicht. Dagegen Originalton „Ärzteblatt": „*Mit der Übersteigerung der Aufklärungslast begünstigt die Rechtsprechung den Vertrauensabbau in der ‚Patienten-Arzt'-Beziehung*". Und wer immer noch nicht dran glauben will: „*Vertrauen beinhaltet nun eben etwas Irrationales.*"

Mit derartigen Beschwörungen wollen die Ärztefunktionäre auch davon ablenken, daß der ganze Wirbel um die Krebsvorsorge Krebserkrankungen gar nicht verhindern und verhüten soll, sondern die Behandlung bereits aufgetretener Karzinome soll rationeller werden, wobei die Ärzte sich noch eine goldene Nase verdienen können. Tatsache ist außerdem: Krankheitshäufigkeit und Sterblichkeit bei bösartigen Krebserkrankungen können nur dann wirklich gesenkt werden, wenn die krebserzeugende Umweltbelastung insbesondere für die arbeitenden Menschen verändert wird. Jedes Jahr kommen z.B. „*10.000 neue chemische Substanzen auf den Markt, ohne daß überhaupt geprüft ist, ob sie nicht krebsauslösend wirken*" („Spiegel" 41/78). „*Etwa 1,2 Millionen Menschen in der Bundesrepublik werden Krebsopfer, weil sie an ihren Arbeitsplätzen mit krebserregenden Stoffen in Berührung kommen. Jeder fünfte Mann und jede 20. Frau, die an Krebs leiden, seien durch ‚berufliche Einwirkungen' erkrankt*" („Die Neue", Beilage zum „Extra -Dienst" 6.10.78).

Wenn man oder frau auch noch an die Krebserkrankungen denken, die allein durch den Normalbetrieb von Atomkraftwerken zusätzlich erzeugt werden, können wir nur noch Prof. Huster zustimmen, der in einem Offenen Brief an die Scheel gesagt hat: Wenn das Atomprogramm der Bundesregierung in dieser Weise durchgesetzt wird, könne sie mit ihrer popeligen Krebshilfe einpacken!

Zwei Genossinnen und ein Genosse aus Castrop Rauxel



Statt Blinddarmentzündung Magen- und Darminfektion diagnostiziert

Der Direktor der chirurgischen Universitätsklinik in Marburg, Prof. Dr. Maroske, muß sich vor Gericht wegen „grob fahrlässiger Tötung" verantworten. Er hatte im Juli 1976 bei einem 14jährigen Jungen eine falsche Diagnose gestellt, die den Tod zur Folge hatte. Der Hausarzt des Schülers hatte bei ihm eine Blinddarmentzündung, mit Anzeichen auf Blinddarmdurchbruch festgestellt und ihn als Notfall in die Klinik eingewiesen. Statt Blinddarmentzündung diagnostizierten ein Assistenzarzt und Dr. Maroske eine Magen- und Darminfektion, verordneten Tee und Zwieback und schickten den Jungen wieder nach Hause. Er sollte erst am nächsten Morgen wiederkommen.

Der Patient starb am nächsten Tag schon auf dem Weg in den OP an durchbrochenem Blinddarm.

Die Mutter des Jungen erhob gegen Maroske, der als Dr. Mabuse weit über Marburg hinaus bekannt ist, schwere Vorwürfe: Er habe nur oberflächlich untersucht, sich die Vorgeschichte der Krankheit nicht berichten lassen und keine Rektaluntersuchung (= Untersuchung des Unterleibs durch den After) durchgeführt.

Um sein Image zu wahren, hatte Maroske eine einstweilige Verfügung erwirkt, die dem ehemaligen Präsidenten des Deutschen Patientenschutzbundes, Prof. Dr. Keil, untersagte, in der Öffentlichkeit die Fehldiagnose als solche bekanntzumachen. Auch im Falle dieser einstweiligen Verfügung wird Maroske von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, er habe diese durch eine falsche eidesstattliche Versicherung erschlichen. Dieser Prozeß – nicht der erste gegen den Klinikchef „Dr. Mabuse" – hat in der Öffentlichkeit einiges Aufsehen erregt.



„*In einer Demonstration vor dem Gerichtsgebäude in Marburg hatte der in Marburg ansässige 'Allgemeine Patientenschutzverband' auf Plakaten gefordert, daß keine 'Gefälligkeitsgutachten' für Ärzte gestellt werden sollten. Die Patienten seien kein 'Freiwild' und Ärzte nicht unfehlbar*" („FR", 12.10.78).

ÖTV-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Göttingen

Zu einem erfreulichen Ergebnis kam am Abend des 29.9. die 3. Kammer des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg: In zweiter Instanz wurde die Beschwerde der NPD gegen das Verbot ihrer für den 30.9. geplanten Landesaktion in Göttingen verworfen.

Die Göttinger Stadtverwaltung hatte das Verbot im wesentlichen auf das „Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung" gestützt, weil die NPD für ihre Landesaktion am 30.9. denselben Versammlungsleiter bestellt hatte wie bei einer früheren Kundgebung am 15.April: Adolf Dammann. Dieser habe am 15.4. *„Äußerungen getan, die eine provozierende Absicht erkennen ließen"*. Außerdem habe Dammann *„in übelster Weise die gewachsene innenpolitische Ordnung der BRD diskreditiert und die Tätigkeit des Bundes- und Landesministers in die Nähe verfassungswidrigen Treibens gerückt sowie Rassenhaß geschürt"*. Ob damals Straftatbestände erfüllt worden sind, *„hat das Gericht allerdings dahingestellt sein lassen"*. Es wertet die Äußerungen
das Gericht allerdings dahingestellt sein lassen". Es wertet die Äußerungen
aber zumindest als *„Provokation der Bevölkerung"* und die sei *„in einer Universitätsstadt wie Göttingen leichter erregbar"* („Göttinger Tageblatt", 28.9.78).

Göttingen war in diesem Jahr schon zweimal Schauplatz faschistischer Provokationen.

11.2.78: Antifaschisten verhindern eine NPD-Kundgebung; am Nachmittag ziehen JN-Schlägerbanden durch die Innenstadt und überfallen wahllos mutmaßliche Linke.

15.4.78: Ein massives Polizeiaufgebot ermöglicht der NPD eine Hetzkundgebung, auf der insgesamt 4 Redner (u.a. A. Dammann) rassistische, antisemitische und antidemokratische Hetztiraden ablassen.

Diese Reden waren sowohl für den Fachschaftsrat Theologie wie für die Stadt Göttingen Grund für Strafanzeigen. Die Behandlung der Anzeigen allerdings ist ein einziger Skandal: Bis heute ist keine vor Gericht verhandelt worden. Ein von der Polizei angefertigter Bandmitschnitt der NPD-Kundgebung stellte sich – merkwürdig, merkwürdig! – als „unbrauchbar" heraus und der Mitschnitt des Fachschaftsrats Theologie mußte angeblich erst auf seine Echtheit geprüft werden.

Die Vorgänge vom April hatten vielfältige Kräfte veranlaßt, nun praktische Schritte gegen die für den 30. 9. geplante Landesaktion zu unternehmen. Neben KB, SB, AStA, Homosexueller Aktion Göttingen und der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden hatte u.a. auch der DGB (und in seinem Gefolge Jusos, VVN, und DKP) eine Kundgebung angekündigt.

Das Urteil von Lüneburg enthält einige Aspekte, die es in erfreulicher Art von anderen Verboten unterscheiden. Nahezu alle uns bekannten Verbotsbegründungen gegen NPD-Kundgebungen stützen sich im wesentlichen darauf, daß die Polizei in der besonderen Situation nicht ausreichend gerüstet sei, den antifaschistischen Protest im Zaum zu halten.

Uns ist aus der jüngsten Zeit allein der Fall der DVU bekannt (August 77 – München – und Herbst 77 – Heilbronn), wo Verbote von Nazi-Versammlungen damit begründet wurden, daß auf diesen Versammlungen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Straftatbestände verübt würden und d e s h a l b ein Verbot auszusprechen sei.

In diesem Sinne ist die jetzt vom Oberverwaltungsgericht bestätigte Verbotsbegründung der NPD-Landesaktion durchaus ein Fortschritt.

D i e s e n Aspekt kann die antifaschistische Bewegung für sich nutzbar machen, indem sie öffentlich die Beweise für den kriminellen Charakter der NPD zusammenträgt.

Kampf für Verbot und Auflösung der NPD und aller anderen Nazi-Organisationen, das war das Ziel eines antifaschistischen Aktionstages, zu dem der Arbeitskreis Antifaschismus zusammen mit KB, AStA Uni, Homosexueller Aktion Göttingen, der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden und dem SB aufgerufen hatten. Jusos, VVN und DKP beteiligten sich nicht an diesem Aktionstag und beschränkten sich – nachdem der DGB seine Kundgebung gleich nach Bekanntwerden des Verbotes hatte fallen lassen – auf einige Infostände. An einer Demonstration und Kundgebung in der Innenstadt zum Abschluß des antifaschistischen Aktionstages nahmen etwa 500 Personen teil.

Antifa-Kommissionen KB/Hamburg und Göttingen

• • •

• • •

Frankfurt

Die zentrale Wahlkampfveranstaltung der NPD in Frankfurt am 4. Oktober wurde nach kleiner Mobilisierung von ca. 120 Antifaschisten behindert.

Groß war das Aufgebot der Polizei, die schon zwei Stunden vor Beginn der Naziversammlung mit zwei Hundertschaften und zwei Wasserwerfern präsent war. Zum Teil wurden die Nazis unter Bullenbegleitung in den Tagungsort geleitet. Später drängten die Bullen die Gegen-Demonstranten mit ihren Schildern und unter Androhung, Knüppel einzusetzen, vom Eingang fort. So konnten sich etwa 60 Nazis versammeln.

Daß die NPD durchaus aber noch aus Reserven schöpfen kann, zeigt u.a. das Wahlergebnis vom 8.10.: 2.071 Rechte (= 0.6%) gaben in Frankfurt für diese Partei ihre Stimme ab.

Dies sollten diejenigen sehen, die das Wort „mickrig" stets schnell bei Anlässen wie dem beschriebenen gebrauchen.

KB/Gruppe Frankfurt

• • •

Würzburg

Die Würzburger Behörden haben der Kette der Begünstigungen von Nazi-Umtrieben ein neues Glied hinzugefügt: Einen Antrag der VVN auf Verbot der Kundgebung ignorierend, gestatteten sie erneut einen Auftritt der NPD auf dem Marktplatz. Unter massivem Polizeischutz konnten 50 Nazis ihre Kundgebung durchführen. Etwa 300 Antifaschisten waren dem Aufruf des Antifa-Komitees und der Antifa-Aktionseinheit (KABD, SOdZDL, „KPD/ML", SB, KB) gefolgt und brachten durch Sprechchöre und Trillerpfeifen ihren Protest zum Ausdruck. Unter den Augen der Polizei konnten sich ein paar Nazis auf Antifaschisten stürzen und dabei ein Mädchen zu Boden schlagen. Erst nach langem Drängen wurden die Nazi-Schläger festgenommen. Der zuständige Beamte weigerte sich zunächst sogar, die Anzeige gegen die Nazis entgegenzunehmen. Nach Abschluß der Nazi-Kundgebung führten etwa 200 Antifaschisten einen von der VVN angemeldeten Schweigemarsch in der Innenstadt durch und brachten am Rathaus eine Mahntafel für die Opfer des Faschismus an.

Hatte sich die VVN im letzten Jahr bei ähnlichem Anlaß noch an einer breiten Aktionseinheit beteiligt, so strebte sie diesmal von vornherein eine reine Revi-Aktionseinheit an (VVN, DKP, MSB, SDAJ, DFU, DFI) Fortschrittliche Organisationen (SB, KABD, KB) und Initiativen (Frauengruppe, Anti-AKW-Gruppe, SOdZDL) wurden erst gar nicht zur Aktionseinheit eingeladen.

Auch die Aktivitäten der Linken (uns eingeschlossen) blieben hinter ihren Möglichkeiten zurück. Naiverweise warteten sie lange darauf, daß die VVN die Initiative ergreift und entschlossen sich erst sehr spät, selbst zur Aktionseinheit einzuladen. Darunter mußte die Mobilisierung leiden. Erfreulich war trotzdem die für Würzburg hohe Beteiligung von Jugendlichen (Schüler).

Bericht aus Würzburg

• • •

Darmstadt

Weil er die „öffentliche Sicherheit und Ordnung" gefährdet sehe, verbot Darmstadts Oberbürgermeister Sabais (SPD) eine NPD-Wahlkundgebung am 23.9.

Ca. 250 Antifaschisten sorgten dann dafür, daß das Verbot auch eingehalten wurde: Sie versammelten sich (eine Aktionseinheit aus GLH, KB, „KPD/ML" u.a.) am geplanten Kundgebungsort der NPD, vertrieben einen einzelnen Faschisten und agitierten die Bevölkerung. Das städtische Verbot der NPD-Kundgebung wurde übrigens erst während der antifaschistischen Aktion vom Gericht bestätigt.

Am 3.10.78 allerdings war die „öffnetliche Sicherheit und Ordnung" dann nicht mehr gestört: Ein massives Polizeiaufgebot schützte eine NPD-Kundgebung auf dem Marktplatz. Diese NPD-Kundgebung konnte zwar nicht verhindert werden, doch sorgten mehrere Hundert Antifaschisten dafür, daß das kleine Häufchen Nazis unter sich blieb.

• • •

Bei der NPD stinkt's

... das dachten sich wohl einige Bochumer Bürger, als sie am 18.August an der Geschäftsstelle der NPD in Bochum Wattenscheid vorbeikamen.

Antifaschisten – vorwiegend SDAJ-Mitglieder – hatten dort mit 4 Kubikmetern Mist den Eingang zugeschüttet.

Uelzen

Am 29.9. war von der „Hilfsgemeinschaft ‚Freiheit für Rudolf Heß' " eine Veranstaltung in Uelzen angekündigt worden, auf der Vorstandsmitglied A.Hänsler einen Vortrag halten wollte. Daraufhin rief der Arbeitskreis „Uelzen ohne Braun" mit einem Flugblatt, das mit Unterstützung des Jugendzentrums gedruckt worden war, zu einer Gegenveranstaltung auf, die mit ca. 90 Teilnehmern recht gut besucht war (an der Faschisten-Veranstaltung nahmen etwa 30 Leute teil).

Die Aktion der Antifaschisten war für die „Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide" ein Anlaß, eine Attacke gegen das Uelzener Jugendzentrum zu reiten, die – angefangen von Kommunistenhetze in bewährter Manier – bis zu der Anschuldigung reichte, die für das Jugendzentrum zuständigen Zellen würden Mittel für „politische Aktivitäten" zur Verfügung stellen. Auch die CDU fand wieder mal den Angriffspunkt, gegen das Jugendzentrum und liberale Jugendarbeit zu Felde zu ziehen: Der Jugendpfleger habe von dem Druck des Antifa-Flugblattes im Jugendzentrum gewußt und damit seine Kompetenzen überschritten!



Bei der „Film-Veranstaltung" in Kiel: Nazis Teuffert (links) und Stolp (Mitte). Wer kennt den dritten?

Kiel

Einige hundert Bullen riegelten am Sonntag, dem 8.10., 5 Stunden lang, von 8 bis 13 Uhr, eine der Hauptverkehrsstraßen in Kiel ab und leiteten den gesamten Verkehr um, damit die Kieler Neonazis gegen den Protest von über 400 Antifaschisten ihre Veranstaltung mit einem Film aus Goeb-
von über 400 Antifaschisten ihre Veranstaltung mit einem Film aus Goeb-
bels Propagandaküche durchziehen konnten. Zu dieser „Filmmatinee für die ganze Familie" hatte der **„Freundeskreis Filmfreunde e.V. Hamburg"** eingeladen. Hinter dieser harmlos klingenden Fassade verbirgt sich ein Kreis von Neonazis, der in Hamburg seit Jahren solche Veranstaltungen durchgeführt.

Unterzeichner des Einladungsschreibens zum 8.10. war der Kieler **Dietmar Munier**, ehemals Kreisvorsitzender und stellvertretender Landesvorsitzender der JN. Inzwischen hielt es der örtliche NPD-Funktionär Nieten für ratsam, sich öffentlich von ihm zu distanzieren: Er sei „zu radikal geworden". Bis mindestens 1977 hat Munier den „Wehrwolf" als Zeitung des Kieler BVJ **(Bund Volkstreuer Jugend)** herausgegeben. Jetzt unterhält Munier den „Sturmwind" – Buchladen, u.a.für rechtsradikale Literatur.

Zu den Gästen der „Filmmatinee" am 8.10. zählten neben einem Haufen alter Opas und noch unbekannten Jungnazis auch einige alte Bekannte. Bei einer ersten Durchsicht der Fotos wurden identifiziert:

Jobit Stolp, früher JN-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein, jetzt als Nachfolger des in U-Haft sitzenden Frank Stubbemann, ANS-Landesbeauftragter von Schleswig-Hol-
den Frank Stubbemann, ANS-Landesbeauftragter von Schleswig-Hol-
stein.

Peter Teuffert, früher Mitglied der JN und des BVJ, bekannt von vielen Zusammenrottungen der „Hansa"-Bande und gerade erst aus der U-Haft entlassen. In der Woche vor der Filmveranstaltung war es den Kieler Antifaschisten gelungen, die sorgsam gehüteten Pläne der Nazis ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen. SPD-MdL Gerd Börnsen und SPD-Stadtpräsident Rolf Johanning protestierten gegen die Nazi-Veranstaltung und forderten den Kinomonopolisten Szcepanik öffentlich auf, seinen Vertrag mit den Nazis aufzukündigen. Die Kieler SPD soll sogar Strafanzeige erstattet haben. Die Kieler Linke beschloß, zu einer Protestkundgebung am Sonntagvormittag vor dem Kino aufzurufen. So kam es dazu, daß über 400 Antifaschisten, von der „KPD/ML" über diverse Spontis bis hin zu SPDlern, darunter auch MdL Börnsen, erschienen waren.

Leider muß auf eine unerfreuliche Erscheinung aufmerksam gemacht werden: Beim Treffen am Freitag konnten sich zeitweilig zwei Nazi-Spitzel ungehindert aufhalten, weil sie einigen Antifaschisten von Besuchen bei Terminen der „BI gegen Atomanlagen" bekannt waren und ihnen somit als unverdächtig erschienen. Am Sonntag nahmen diese zwei dann die Einlaßkontrollen an
zwei dann die Einlaßkontrollen an
der Bullensperre vor.

Hinderte der angekündigte Film „U-Boote westwärts" den Kinomonopolisten Szcepanik keineswegs daran, mit dem dubiosen „Freundeskreis" einen Vertrag abzuschließen, obwohl der Film wegen seines kriegsverherrlichenden Charakters immer noch einem Aufführungsverbot der Alliierten unterliegt, so machte er sich später, nachdem ihn Antifaschisten auf die Identität der Veranstalter aufmerksam gemacht hatten, die Argumentation der Nazis zu eigen: Geplant sei eine reine Kulturveranstaltung, mit Politik habe das nichts zu tun ...

So mußten dann die Bullen her, um die „Kulturveranstaltung" zu schützen. Antifaschisten vor dem Kino wurden mit Gummiknüppeln vor die Absperrung getrieben. Bei einer Rangelei mit einem Nazi wurde ein Antifaschist vorläufig festgenommen, der Nazi blieb unbehelligt.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Kiel

Kurzmeldungen

Das rechtsradikale **„Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes"(DKEG)** veranstaltet am 20.10. in Planegg bei München seine „Tage deuscher Kultur"; am 21.10. soll die Mitgliederhauptversammlung des DKEG stattfinden.

Eingeladen zu diesem Treffen hat DKEG-Präsident **Karl Stempel**, immer noch Richter am obersten Bayerischen Landesgericht. Stempel ist außerdem Landesvorsitzender der CSU-nahen **„Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft"** in Bayern sowie Vorstandsmitglied der **„Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit"**, die ebenfalls zu den Tarn- und Hilfsorganisationen der CSU/CDU zählt.

Das DKEG ist eine der zentralen Schaltstellen des Rechstradikalismus, eng liiert mit dem **„Arbeitskreis Volkstreuer Verbände"** und dem **„Bund Heimattreuer Jugend"**.

Heute arbeitet das DKEG in ca. 60 „Pflegstätten" und hat ca. 2000 Einzelmitglieder.

JN-Bundeskongreß in Fürth geplant

Am 28./29.10. will die JN, Jugendorganisation der NPD, in Fürth einen Bundeskongreß abhalten. Tagungsort soll der „Geismann-Saal" sein. Vor dem Kongreß, auf dem u.a. NPD-Vorsitzender Martin Mußgnug sprechen soll, wollen die Jung-Nazis eine „Demonstration durch Fürth mit anschließender Kundgebung" durchführen.
(„tat", 6.10.78)

Presseerklärung der Antifaschistischen Gruppe Dortmund

Am Samstag, den 2.9.78 informierte die Antifaschistische Gruppe Dortmund durch einen polizeilich genehmigten Stand über Aktivitäten Dortmund. Auf einer der Stellwände wurde auf den öffentlichen Verkauf von Nazi-Emblemen durch Dortmunder Antiquitätenhändler aufmerksam gemacht. Im Laufe des Tages erschien mehrmals der Besitzer des Ladens „Antiques" (Kleppingstr.), zuletzt in Begleitung mehrerer Personen, riß Fotos von der Stellwand, zerstörte sie und drohte damit, den nächsten Informationsstand der Gruppe zerschlagen zu lassen.

Die Mitglieder der Antifaschistischen Gruppe Dortmund haben Strafanzeige wegen Sachbeschädigung, Nötigung, Bedrohung und weiterhin wegen „Verbreitung und Verwendung von Propagandamitteln und Kennzeichen nazistischer Organisationen" gestellt.

Bundesforschungsanstalt veröffentlicht bei Nazi-Christophersen

In Braunschweig, Bundesallee 50, gibt es ein „Institut für Pflanzenbau und Saatgutforschung der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft". Leiter dieses – wohl aus Steuergeldern bezahlten – Instituts ist Prof. M. Dambroth. Nach seinen Worten will das Institut „genetisch wichtiges Pflanzenmaterial" sichern, zu Züchtungszwecken und fordert auf, Samen, Knollen usw. aus dem „eigenen Garten" einzuschicken.

Soweit ist dagegen natürlich nichts einzuwenden. Daß Prof. Dambroth vom Braunschweiger Institut der Bundesforschungsanstalt seinen Aufruf aber auch in der „Bauernschaft" (3/78, S.28) des hinlänglich berüchtigten Nazi-Propagandisten Thies Christophersen („Auschwitz-Lüge"!) abdrucken läßt, geht aber wohl doch zu weit.

Christophersen, daran sei hier erinnert, hat sich seine Vorliebe für Pflanzenzucht u.a. im KZ Auschwitz erworben, wo er als SS-Mann tätig war.

6 Monate Knast für NPD-Schläger

Ein ungewöhnliches Urteil fällte am 8.10. das Amtsgericht Göttingen im Prozeß gegen den 22jährigen NPDler Udo Wiora aus Bochum: wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilte ihn das Gericht zu 6 Monaten Freiheitsstrafe auf 3 Jahre Bewährung. Außerdem muß Wiora 300 DM Schmerzensgeld zahlen.

Die Vorgeschichte:
Für den 15.4.78 hatte die NPD „Rache" für den 11.2. in Göttingen angekündigt: Am 11.2.78 konnten Antifaschisten durch das Außerkraftsetzen der Lautsprecheranlage die Verbreitung der Nazi-Propaganda verhindern.

Am 15.4. wurde dann ca. 1 1/2 Stunden vor Kundgebungsbeginn eine Gruppe von Arbeitern in der Göttinger Innenstadt von mehreren NPDlern mit „Bolschewistenschwein" und „Rotfront verrecke" angepöbelt. Sie versuchten daraufhin, wegzulaufen, wurden aber von den Nazis verfolgt. Einer der Arbeiter wurde von hinten niedergeschlagen und mit Fußtritten traktiert (die Faschisten hatten z.T. eisenbeschlagene Stiefel an), bis herbeigeeilte Passanten eingreifen konnten. Die Nazi-Schläger ergriffen die Flucht.

Mehrere Zeugen haben später eindeutig Wiora als einen der Täter wiedererkannt. Er wurde noch während der NPD-Kundgebung von der Polizei vernommen. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage, der zusammengeschlagene Arbeiter trat als Nebenkläger auf.

Der Prozeß begann am 3.10. Wiora stritt die Tat ab, zwei seiner Kumpane „bezeugten", daß Wiora gar nicht am Tatort gewesen sein könne:
- **Heinrich Gerlach**, JN-Vorsitzender von Nordrheinwestfalen und
- **Wolfgang Henning**, auch bei NPD-Schlägereien am 23.9. in Hamburg dabei (s.AK 139).

Gerlach war der Versuch, seinen Gesinnungsfreund herauszupauken, sogar einen Meineid wert. Er verstrickte sich jedoch derartig in Widersprüche, daß der Staatsanwalt ankündigte, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Die Mindeststrafe für Meineid ist 1 Jahr Gefängnis!


Nazi-Schläger Wiora (links, mit Helm)

Durch Fragen wie „Sind Sie politisch engagiert oder organisiert, z.B. in einer kommunistischen Partei?" und „Sind Sie Gegner der NPD?" versuchte Verteidiger Behr (ein bekannter NPD-Anwalt aus Stade) die Zeugen der Anklage unglaubwürdig zu machen. Richter Stier erklärte diese Fragen ausdrücklich für zulässig.

Daß die Anklage gegen Wiora nicht erschüttert werden konnte, ist nicht zuletzt der guten Ermittlungsarbeit der Antifaschisten zu verdanken! Durch eindeutiges Fotomaterial konnte Bewiesen werden, daß Wiora am Tatort gewesen sein muß.

Schließlich gestand Wiora – und ersparte so seinen Partei„kameraden" weitere Meineide.

Seine Versuche, die Sache nun so zu drehen, daß er und seine „Kameraden" zuerst beschimpft worden seien, überzeugten den Staatsanwalt nicht mehr. Er sah den Tatbestand der schweren Körperverletzung mit gefährlichem Werkzeug (die eisenbeschlagenen Stiefel) als erwiesen an. Eine Geldstrafe allein hielt er nicht für ausreichend, da Wiora offensichtlich häufiger an NPD-Kundgebungen teilnehme, die nicht immer gewaltfrei verliefen. Deshalb forderte er 6 Monate Freiehitsstrafe auf 3 Jahre Bewährung.

Gemessen an bisherigen Erfahrungen aus ähnlichen Prozessen ist das Urteil und das Strafmaß sicherlich bemerkenswert und ein Erfolg der antifaschistischen Arbeit.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Göttingen

Geheime „Strategie-Papiere" der Nazis aus dem Knast entdeckt

Gleich zwei interne „Strategie-Papiere" für den Aufbau einer neuen „NSDAP", die von Nazis im Knast verfaßt wurden, sind uns bekannt geworden.

Im ersten Fall handelt es sich um ein Papier, das der - inzwischen angeblich wieder auf freien Fuß gesetzte - „Hansa"-Terrorist **Frank Stubbemann** aus dem Untersuchungsgefängnis Kiel an einen Komplizen schicken wollte, das aber den Empfänger nicht erreichte.

Die Begleitumstände des zweiten Papiers sind noch bemerkenswerter: Der in der JVA Glasmoor einsitzende **Reinhard Becker** hat für sein Papier nach Aussagen von Häftlingen **die anstaltseigene Vervielfältigungsmaschine benutzen und das Papier an Häftlinge verteilen können. Dieser Reinhard Becker** soll bis vor kurzem als Assistent eines Diakon Schwöbel eine Freizeitgruppe geleitet haben. Von diesem Diakon Schwöbel wird in einer Beschwerde eines Gefangenen der Satz zitiert „...ich lasse meine Kinder lieber von einem Nazi unterrichten als von einem Linken".

Es wird berichtet, daß Becker im Knast eine ganze Nazi-Gruppe gebildet haben soll.

Das „Stubbemann-Papier" umfaßt insgesamt 19 Seiten und enthält als Hauptteil: **„Strategie und Propaganda der nationalsozialistischen Befreiungsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland".**
Darin heißt es u.a.:

„Unsere Strategie muß insgesamt von zwei Grundvoraussetzungen ausgehen; einmal der Zersplitterung der illegalen NS-Untergrundgruppen, wie sie jetzt existieren, zum zweiten vom Zustand der politisch, propagandistisch und ideologisch meist ungeschulten Mitglieder... Der Weg zu eier solchen (Kaderpartei) wird nur über den Zusammenschluß verschiedener Verbände zu erreichen sein...

Einerseits muß jetzt die alte Kaderpartei zügig ausgebaut werden, sodaß sie regional und personell den gesamten Staat umfaßt... Andererseits muß bereits jetzt die Forderung nach der Aufhebung des NS-Verbots in der Öffentlichkeit durch einen legalen Verband erhoben werden... Dieser Verband muß also quasi Parteicharakter besitzen und wird daher voraussichtlich auch als Deckpartei nach dem Vorbild der ANS (1977/78) in Hamburg auftreten...

Abschließend wären beide Organisationen, Deckpartei und Kaderpartei, zu einer neuen ‚NSDAP' wieder zu fusionieren. Als Zeitbedarf zur Verwirklichung des Plans ist mit ca. 20 Jahren zu rechnen....".

Zielgruppe: Die „aggressivsten Jugendlichen"

„Wenn wir schon nicht die Möglichkeiten haben, in ausreichendem Umfang aufklärend-informative Propaganda den Massenmedien entgegenzusetzen, so müssen wir zwangsläufig provokative, dem System gegenüber alternative Werbung herausbringen, die in verstärktem Maße zielgruppenorientiert ist, und dabei besonders bei der Zielgruppe ‚Jugendliche' deren verstärkte Aggressionsbereitschaft anspricht.

Die einzige ständig wiederholte Information muß dabei das NS-Verbot und seine Folgen sein...

Zum Thema revolutionäre Propaganda oder alternative, ist schon genügend gesagt worden, hier nur noch einige Themenvorschläge:
‚Gastarbeiter und Arbeitslosigkeit - Abgeordneten-Diäten und Multis - NS-Verbote und Prozesse - Kampf gegen Kommunismus - Verbindungen SPD/FDP zu Roten - Kampf gegen roten Terrorismus etc.".

Antisemitische Hetze

Ergänzt wird dieses Machwerk aus dem Knast durch antisemitische Lieder, die Stubbemann offensichtlich selbst verfaßt hat. Da heißt es u.a.:

„...Mit Tritt und Tritt und Schuß um Schuß
Zieh'n wir gen Judas Tore -
Zieh'n wir gen Judas Tore -
sein Kopf jetzt endlich rollen muß;
gebt Feuer - alle Rohre...
...zermalmen wir der Juden Wahn
und schlagen ihre Horden...
...Wir treten in den grauen Staub
der Juden spottend Hohn -
Wir holen uns wieder ihren Raub
und ihren Kopf zum Lohn".

Allein wegen dieses Papiers gehört Stubbemann in den Knast!

Das „Becker - Papier"

Das **„Becker-Papier"** enthält ein **„Programm der Nationalsozialistischen Partei Deutschlands" (NSPD)**, in dem es heißt:

„Unser Ziel ist die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Volkes zu einem Staat aus den Teilen der Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik, Republik Österreich und Südtirol unter dem Namen Deutsches Reich".

„Ziel nationalsozialistischer Politik muß ein freies, vereintes Europa mit einem freien, vereinten Deutschland in der Mitte als stärkster Machtfaktor der Welt sein".

Die einzelnen „Programmpunkte" sind teilweise direkt bei der NSDAP abgeschrieben bzw. entstammen dem üblichen faschistischen Sumpf.

Interessant, wie sich das „Becker-Papier" den „Weg zur Macht" vorstellt: Die NSPD soll zum 1.1.79 in Westberlin gegründet werden und sich später in enger Zusammenarbeit mit Strauß und den um ihn gruppierten Kräften zu einer „Aktionsgemeinschaft" zusammenschließen. Die NPD soll dabei aufgelöst und in diese NSPD überführt werden.
Diese „NSPD" hat bereits außerhalb der JVA Glasmoor von sich reden gemacht! Anfang 1978 erschienen zweimal Anzeigen in der „Mainzer Allgemeinen Zeitung", in denen ein Günther Siebeneich Mitgründer für diese Partei suchte.

Gegründet wurde sie dann am 28.1.78 in Oberwesel/Rhein. Den allzu verräterischen Namen „NSPD" wollte man dann doch nicht verwenden und einigte sich schlicht auf „Neue Partei".

Egal, ob Becker direkte Kontakte zu dieser „NSPD" hat oder nicht - ungehindert kann er im Knast die einschlägigen Nazi-Zeitungen beziehen wie „Deutsche Wochenzeitung" und „Deutsche Nationalzeitung". Und ganz offen kann er in der JVA Glasmoor unter den Gefangenen Nazi-Propaganda betreiben, angeblich sogar mit Unterstützung des Diakons, mit Zugang zur anstaltseigenen Kopiermaschine etc.

Wir werden derartigen Vorgängen in Zukunft mehr Beachtung schenken müssen und fordern alle Leser auf, neonazistische Umtriebe in den Knästen bekanntzumachen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg


„Hansa"-Terrorist Stobbemann

Als Empfänger seines „Strategie-Papiers" hatte Nazi Stubbemann folgende Adresse angegeben: **Volker Hebbel, 2 Hamburg, Warnestr. 28.** Eine Warnestraße gibt es jedoch in Hamburg nicht. Unsere Frage: Wo gibt es eine Straße dieses Namens, wo weiß man vielleicht sogar Näheres über den Empfänger?

Frankfurter Buchmesse: Schluß mit der Nazi-Propaganda!

Die Frankfurter Buchmesse 1978 soll – wie alle Jahre zuvor – von rechtsradikalen und nazistischen Verlagen, aber auch von „normalen" bürgerlichen Verlagen, die sich gern mal was Faschistisches leisten, genutzt werden, um ihr „Schrifttum" anzubieten. Die rechtsradikale **„Gesellschaft für freie Publizistik"** hat anläßlich der Buchmesse für den 20.10. eine Vortragsveranstaltung angekündigt: Starredner soll der Nazi-„Experte" David Irving sein. (Siehe dazu AK 139: „Verbrechen des Faschismus: Die Fälschungswelle rollt").

Zahlreiche Ankündigungen von Neuerscheinungen liegen bereits vor: Angefangen von **Irvings** Rommel-Buch (im ansonsten eher respektablen **Hoffmann und Campe Verlag**) über die Neuauflage des Lügen-Klassikers von **P.Rassinier**, der *„die weltweit verbreitete Behauptung, im Zweiten Weltkrieg seien von deutscher Seite sechs Millionen Juden vergast worden"*, als einer der ersten geleugnet hat. Der einschlägige **Druffel-Verlag** bietet das Machwerk als Herbst-Hit an. Der gleichfalls seit Jahrzehnten tätige **Grabert-Verlag** bietet Neustes über „Hitler und den spanischen Bürgerkrieg", geschrieben vom ehemaligen Goebbels-Sekretär **v.Oven** (heute u.a. ständiger Mitarbeiter der „National-Zeitung"), sowie einen „authentischen Bericht" der Nazi-Reichsfrauenführerin **Gertrud Scholtz-Klink**: „Die Frau im Dritten Reich".

Solche – und die Unzahl ähnlicher – Bücher sollen in Frankfurt präsentiert werden dürfen, obgleich längst klar ist, was die betreffenden Verlage seit Jahren und Jahrzehnten treiben. Allein der letztjährige Katalog des **„Buchdienstes Nation Europa" („Bücher-Suchlicht")** genügt als Beispiel. (Dieser „Bücherdienst" ist eine Zweigunternehmung der Coburger Zeitschrift „Nation Europa", ein zentrales Verbindungs-Organ der alten und neuen braunen Szene). Da heißt es: *„Suchlicht war auch diesmal für Sie auf der Frankfurter Buchmesse und hat eine gründliche Auswahl getroffen".* Und was für eine! Nämlich: *„Keiner der darin angezeigten Titel gehört jener Dekadenz- und Umerziehungsliteratur an, wie sie in den Schaufenstern vieler Buchhandlungen und in den Besprechungs-Spalten der großen Zeitungen so aufdringlich angepriesen wird. Jedes der empfohlenen Bücher ist in seiner Art wichtig, lesenswert und ein Geschenk, das mit Gewißheit Freude macht".*

Freude machen, laut „Nation Europa"-Buchdienst: Die ganze Reihe von Judenmord-Lügnern, wie **Butz** („Der Jahrhundertbetrug"), **Harwood** („Starben wirklich sechs Millionen Juden?") usw.; Beifall finden Hitler-Gedächtniswerke, wie die von **G. Sudholt** herausgegebenen **„Adolf Hitlers drei Testamente" (Druffel Verlag)**, „Ein anderer Hitler" (von Hitlers Architekten **Giesler**, ebenfalls bei Druffel); – dazu gehören auch Werke von und über Goebbels, Heydrich, Bormann. Originale Nazi-Propaganda (wie die Nachdrucke der NS-Zeitschrift „Signal") wird ergänzt durch eine wahre Flut an SS-Verherrlichungen, sei es zu Hitlers SS-Leibstandarte, zu einzelnen SS-Divisionen, sei es zu Nazi-Militärs wie Peiper oder Rudel. Kriegs- und Waffenbücher aller Art werden notdürftig als „authentische Berichte" kaschiert. Die Autoren umfassen das gesamte Spektrum der neonazistischen Szenerie: von **Thadden, Sündermann, Wintzek, Härtle, Walendy, Kern(mayr) . . .**; dazu Altnazis vom Schlag des Rassenideologen **H.F.K. Günther**; dazu Autoren aus dem reaktionär-konservativen Umfeld: **Wördemann, Mehnert, Christa Mewes, Konrad Lorenz . . .**

„Nation Europa" und ihr „Bücherdienst" – ein, wenn auch besonders wichtiges, Beispiel für viele! – ist der sichtbare Ausdruck der Verfilzung des gesamten rechtsradikalen Presse- und Verlagswesens. Organisiert durch solche Gruppierungen wie das **„Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes"** und vor allem die **„Gesellschaft für freie Publizistik"**, in denen sich Verleger und Autoren der braunen Szene koordinieren, wird auf diese Weise Jahr für Jahr massiv die Tradition des Nazismus gepflegt und faschistische und militaristische Propaganda betrieben. Daß solche „Bücherdienste", Verlage, Schreiber usw. freien Zugang zur Frankfurter Buchmesse haben, ist insbesondere gegenüber den Opfern und Gegnern des Faschismus, die auf der gleichen Messe an die Verbrechen der Nazi-Herrschaft erinnern, eine unerträgliche Zumutung. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie ernst es etwa mit den verschiedenen Äußerungen von Justizminister Vogel aus jüngster Zeit ist, wonach er eine „Eindämmung von Nazischrifttum" fordert. Laut Strafgesetzbuch (§§ 86, 86a), Grundgesetz (Art. 139) und Völkerrecht (z.B. Potsdamer Abkommen) ist Nazi-Propaganda, in welcher Form auch immer verboten. Das Potsdamer Abkommen (Gesetz Nr. 8, Art. VII) legt beispielsweise fest: **„Schriftlich, mündlich oder anderweitig betriebene Propaganda oder Agitation, die darauf abzielt, militaristischen oder nationalsozialistischen Geist oder derartige Einrichtungen zu erhalten, wieder ins Leben zu rufen oder zu fördern oder die die Verherrlichung des Krieges zum Gegenstand hat, ist verboten".**

Wann erfolgt also endlich das Verbot des gesamten neonazistischen Plunders?

Die Organisatoren der Frankfurter Buchmesse, der „Börsenverein", überhaupt alle demokratischen Verlage, Buchhandlungen usw. sollten (unabhängig davon, was die Justiz tut) das Auftreten neonazistischer Verlage, die Verbreitung faschistischer und militaristischer Propaganda nicht hinnehmen. In diese Richtung geht eine Forderung der „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler", der Börsenverein solle eine Gesetzesinitiative gegen die Verbreitung von Nazi-Literatur unterstützen; im „Börsenblatt" dürfe solche Literatur nicht mehr angezeigt und besprochen werden. Für diese Forderung sind bislang 11000 Unterschriften gesammelt worden.
(„UZ", 6.7.78)

Ausweislich des letztjährigen „Nation Europa" - Katalogs zur Buchmesse verbreiten folgende Verlage etc. einschlägiges Schrifttum (vollständig ist die Liste sicher nicht). Ihr Auftreten auf der Messe sollte unterbunden werden:

Nation Europa - Verlag GmbH
Verlag K. W. Schütz KG
Druffel-Verlag
Türmer-Verlag
Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung
Klosterhaus-Verlag
Bodzun-Pallas-Verlag
Leopold Stocker-Verlag
Motorbuch-Verlag
Hohenstaufen-Verlag
Orion-Heimreiter-Verlag
Gesellschaft der Freunde und Förderer der Erwin von Steinbach Stiftung e.V.
Schild-Verlag
Sinus-Verlag
Vohwinckel-Verlag
VAP-Verlag
ASKANIA-Verlagsgesellschaft mbH
Arndt-Verlag
Verlag IK Presse
Grabert-Verlag
Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V., Hamburg
Alma-Druck und Verlag
Alfred Manke, Bassum
J.F. Lehmanns Verlag

Antifa-Kommissioh
KB/Gruppe Hamburg

Antifaschisten vor Gericht

Tübingen

Zu je 6 Monaten Gefängnis auf Bewährung wurden in Tübingen die beiden Antifaschisten H. Bonk und H. Luther verurteilt, weil sie am 11.11. 76 eine Veranstaltung des rechtsradikalen „Hochschulrings Tübinger Studenten" zum Thema „Südwestafrika – Helft unsere Heimat zu verteidigen" verhindern halfen.

Damals hatten ca. 100 Antifaschisten den Zugang zu dem Gebäude der Uni abgesperrt und die Univerwaltung gezwungen, die Raumzusage an den HTS rückgängig zu machen.

Wegen „gemeinschaftlicher Nötigung" wurden jetzt diese beiden Urteile gefällt. Ihre einzige „Schuld" besteht darin, daß sie in einer Sperrkette gestanden haben sollen!

4 Wochen später hatte der HTS für eine Veranstaltung am 4.12.76 die kriminelle Hoffmann-Bande eingeladen. Mit Hoffmann an der Spitze prügelte diese Schlägerbande mit Schlaghölzern, Eisenstangen etc. auf ca. 250 Antifaschisten ein, die auch diese Veranstaltung verhindern wollten.

In dem Prozeß, der diesem Nazi-Überfall folgte, wurden drei Antifaschisten zu Haftstrafen von 5 Monaten (mit Bewährung) verurteilt, während die prügelnden Nazis meist mit Geldstrafen davonkamen.

Hauptzeuge der Anklage im Prozeß wegen der Vorfälle vom 11.11.76 war der HTS-Vorsitzende Heinzmann. Insgesamt rühmt sich Heinzmann, über 100 Personen namentlich angezeigt zu haben – in bester Zusammenarbeit mit der Polizei, versteht sich.

Schon im Wahlkampf 1976 hatte sich Heinzmann durch einen Überfall auf einen Antifaschisten hervorgetan. Gleich nach der Wahl gründete er einen „CSU-Kreisverband Tübingen", nachdem F.J. Strauß in Kreuth etwas überhastet den Startschuß zur bundesweiten CSU geben wollte.

Heinzmann und der HTS haben in Tübingen die Rolle von Denunzianten und Spitzeln für den „Verfassungsschutz". Sie ergänzen sich dabei offensichtlich sehr gut mit der Univerwaltung; so ist bekannt geworden, daß zwei hohe Beamte der Univerwaltung im Auftrag des Uni-Präsidenten ASTA-Veranstaltungen besuchen, um „Aktenvermerke" über demokratische Studenten anzulegen, die zu Verurteilungen und Berufsverbot führen können.

So sind in Tübingen außer den Prozessen wegen des 11.11. und 4. 12.76 auch mehrere andere Prozesse mit haarsträubenden Urteilen ge-
12.76 auch mehrere andere Prozesse mit haarsträubenden Urteilen ge-
laufen:

– **5 Studenten zu je 4-6 Monaten auf Bewährung, weil sie in einer Vorlesung über „Freiheit" die Freiheit der Diskussion gefordert hatten;**
– **2 Studenten zu 3.600 DM, weil sie ein Plakat zum Kontaktsperregesetz geklebt hatten;**
– **200 DM Geldstrafe für eine Studentin, die durch Klopfen auf die Bank (!) eine Vorlesung „gestört" hatte.**

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Hannover

Am 11.9.78 fand vor dem Amtsgericht Hannover der erste Verhandlungstag gegen den Antifaschisten Christian T. statt. Dieser hatte gegen einen Strafbefehl in Höhe von 225 Mark Einspruch erhoben.

In diesem Strafbefehl (und jetzt auch in der Anklage) wird Christian T. beschuldigt, am 8.4.78 mit einem Knüppel bewaffnet festgenommen worden zu sein. Christian hatte an einer Protestaktion gegen eine Kundgebung von NPD/JN und „Kampfbund Freiheit für Rudolf Heß" (Hannoveraner Ableger der kriminellen „Hansa"-Bande) teilnehmen wollen.

In der Verhandlung am 11.9. weigerte sich der Richter hartnäckig, Einlassungen des Angeklagten überhaupt zuzuhören, in denen dieser den nazistischen Charakter der NPD darlegte. Der Richter weigerte sich auch, zur Kenntnis zu nehmen, daß der Angeklagte schon im August 77 von Joachim Nowald (Mitglied der Hannoveraner Nazi-Bande) verfolgt und bedroht wurde. Einziges „Argument" des Richters: Die Nazi-Kundgebung vom 8.4. sei genehmigt gewesen.

Der Polizeizeuge verwickelte sich vor Gericht in Widersprüche: Er konnte sich z.B. „nicht daran erinnern", ob Nazi-Lieder abgespielt wurden, ob er also gegen die Nazis hätte einschreiten müssen. Er habe „gehört", daß die Demonstranten Steine aufgesammelt hätten, konnte aber nichts dazu sagen, ob bei den festgenommenen Antifaschisten überhaupt Steine gefunden wurden. Es war auch behauptet worden, der Angeklagte sei mit dem Knüppel in einer Gruppe von Demonstranten „gesehen" worden, während der Polizeizeuge den Angeklagten tatsächlich erst n a c h der Festnahme gesehen hatte. Widersprüche über Widersprüche.

Als Rechtsanwalt Klawitter dann den Antrag stellte, einen Film als Beweismaterial vorführen zu können und den Nachweis bringen wollte, daß die Polizei den Neonazis Einsicht in die Personalien der festgenom-
daß die Polizei den Neonazis Einsicht in die Personalien der festgenom-
menen Antifaschisten gewährt hatte, wurde die Verhandlung unterbrochen.

Zu der Fortsetzung der Verhandlung kam es dann nicht mehr. 4 Zivilbeamte – von den ca. 30 Zuschauern zuerst als Nazis eingeschätzt – drängten in die Menge und stürzten sich auf einen Prozeßbesucher (gegen diesen bestand – wie sich später herausstellte, ein Haftbefehl wegen Diebstahls). Gleichzeitig prügelten sie willkürlich auf die umstehenden Personen ein. Die Hauptentlastungszeugin für Christian T. wurde an den Haaren zu Boden gezerrt und getreten. Gleichzeitig wurde die „chemische Keule" eingesetzt, teilweise aus einer Entfernung von 10 Zentimetern. **Und dies, obwohl der Einsatz von Chemical Mace in geschlossenen Räumen verboten ist!**

Christian T. und die Prozeßbesucher bekamen wegen des CM-Gases keine Luft mehr und es wurde eine Scheibe eingeschlagen, weil kein Fenster sich öffnen ließ. 5 Verletzte mußten nach diesem Überfall in ambulante Behandlung.

An dem Polizei-Überfall beteiligte sich u.a. auch der Zeuge der Staatsanwaltschaft KM Meyer.

Der Prozeß gegen Christian T. wurde danach wegen Verhandlungsunfähigkeit ausgesetzt.

Nach dem Bericht einer KB-Genossin aus Hannover

Braunschweig

Unter dem Motto: „Zerschlagt Rotfront! Für die Wiedereinführung der Todesstrafe!" hatte im November letzten Jahres und im Februar dieses Jahres die NPD/JN versucht, in Braunschweig „Kundgebungen" abzuhalten.

Demokratische und antifaschistische Organisationen hatten daraufhin zu Gegenkundgebungen aufgerufen, zu denen insgesamt 2800 Menschen kamen. Ein massives Aufgebot von Polizei und BGS war zum Schutz der Faschisten aufmarschiert. Während der Kundgebung kam es zu zahlreichen Polizeiüberfällen und Verhaftungen. (AK 118 und 124). Inzwischen laufen mehrere Prozesse gegen Antifaschisten, die damals gegen die NPD protestiert hatten.

Mindestens zwölf Anklagen sind erhoben worden. Die Vorwürfe gehen von „Werfen mit Tomaten" über „Mitführen von Waffen" bis zum „Widerstand gegen die Staatsgewalt" und „Verunglimpfung des Staates" (§90a).

Hier die bisher gelaufenen drei Prozesse:
Hier die bisher gelaufenen drei Prozesse:

– Im ersten Prozeß wurde ein Antifaschist zu 400 DM Geldstrafe verurteilt, da er einem Polizisten angeblich mit einem „Karatesprung" gegen das Schienbein getreten haben soll.

– 2. Prozeß:
Jutta H. soll angeblich ein Plakat des KBW zur Antifa-Kundgebung verklebt haben und ist deswegen angeklagt – wegen „Verunglimpfung des Staates" und Beleidigung.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Aufruf zur Gegenkundgebung gegen die Kundgebung der NPD-Faschisten Sa.25.2.78, Braunschweig, ab 10.00 Uhr Burgplatz

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!
Nieder mit Imperialismus und Reaktion!
Für Demokratie und Sozialismus!

KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland

Weil sie dieses Plakat geklebt hatte, wurde eine KBW'lerin zu 1100 Mark Geldstrafe wegen „Verunglimpfung des Staates" verurteilt.

Auf dem Plakat ist auf der oberen Hälfte ein Panzer mit den Fahrern Strauß, Kohl, Genscher und Schmidt abgebildet, worauf sich die Anklage nach § 90a stützt. Der untere Teil zeigt zwei Polizisten und SPD-MdB Kühbacher, wie sie schützend bei den Faschisten stehen (Anklage wegen Beleidigung).

Der Staatsanwalt begründete die Anklage wegen „Verunglimpfung des Staates" damit, daß höhere Staatsrepräsentanten in Verbindung mit Krieg, Faschismus etc. gebracht worden seien. In diesem Fall müßten auch der Freiheit der Kunst Grenzen
den seien. In diesem Fall müßten auch der Freiheit der Kunst Grenzen
gesetzt werden. Die Polizei hätte lediglich ihren „Verfassungsauftrag" ausgeführt und für den Schutz der NPD gesorgt. Wenn, wie auf dem Plakat die Polizei und Kühnbacher derartig in Verbindung gesetzt werden mit den Faschisten, so sei das eine „Ungeheuerlichkeit". Der Staatsanwalt forderte 2550 Mark Geldstrafe. Das Urteil lautete dann auf 11000 Mark.

– Im dritten Verfahren lautet die Anklage gegen A.B. „Vorsätzliche und gemeinschaftliche Körperverletzung":

Im Februar waren einige NPD-Stände zu Bruch gegangen, wobei sich einige Faschisten auch blutige Nasen geholt hatten.

Einer von den Nazis, Hans-Joachim Tschunkert (19), Am Haselbusch 31, 3 Hannover 91, behauptet, dabei A.B. erkannt zu haben und hatte Anzeige gegen ihn gestellt. Dazu führte A.B. aus, daß er die ihm zu Last gelegten zwei Schläge ins Gesicht des Nazis nicht ausgeführt haben k o n n t e, da er zur „Tatzeit" über Megaphon eine Rede gehalten habe. Diese Aussage wurde durch drei Entlastungszeugen bekräftigt. Tschunkert war mit zwei Gesinnungsfreunden zum Prozeß erschienen. Für den Staatsanwalt stand schließlich trotz krasser Widersprüche in den Aussagen der Nazi-Zeugen fest, daß A.B. Tschunkert zweimal geschlagen hatte.

A.B. wurde wegen „erwiesener vorsätzlicher Körperverletzung" zu 30 Tagessätzen a' 50,- verurteilt.
A.B. wurde wegen „erwiesener vorsätzlicher Körperverletzung" zu

Mittlerweile hat sich eine Aktionseinheit auf Grund dieser Prozesse gebildet, die allerdings außer langen Grundsatzdebatten noch nicht viel zustande gebracht hat. Unserer Meinung nach kommt es darauf an, vor allen Dingen eine breite Öffentlichkeitsarbeit zu diesen Prozessen zu entwickeln, als Grundlage für ein breites Bündnis, wie es de facto während der Antifakundgebungen bestanden hatte.

KB Braunschweig

„Anti-Strauß-Komitee" dementiert

Als „Gegendarstellung" deklariert, schickte uns das Anti-Strauß-Komitee einen Text und „verlangte" dessen Abdruck. Obwohl dieser Text, selbst für Laien erkennbar, mit einer formalen Gegendarstellung im presserechtlichen Sinn nicht viel gemeinsam hat, drucken wir ihn im Folgenden ab:

„Gegendarstellung"

Ich beziehe mich auf folgenden Absatz im „Arbeiterkampf" Nr. 134 vom 24.Juli 1978, Seite 7, im Artikel: „Zweiter Wahlkongreß in Bayern":

„Mitglieder aus Antifaschistischen Initiativen hatten sich mit den Anti-Strauß-Komitees getroffen, die teilweise dem um München angesiedelten Arbeiterbund sehr nahe stehen. Bei diesem Treffen wurde über eine weitere Zusammenarbeit der Initiativen und ihre Möglichkeit, inhaltlich in den Wahlkampf einzugreifen, beraten".

Es trifft nicht zu, daß die Anti-Strauß-Komitees teilweise dem Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD nahestehen. Vielmehr haben es die Anti-Strauß-Komitees seit ihrer Gründung vor fünf Jahren als ihre Aufgabe verstanden, Strauß-Gegner unterschiedlicher politischer Überzeugung zu vereinen. Unser Ziel ist es, klarzumachen, daß Strauß der Mann ist, auf den die Großindustrie mehr und mehr setzt, um zur 'Rettung der Demokratie' diese beseitigen zu lassen, und für den Kampf gegen Strauß die Aktionseinheit herzustellen. So haben wir erst in jüngster Zeit gemeinsam mit Organisationen wie den Jusos, Nürnberg; dem Landesvorstand der Jungdemokraten Bayern; dem Landesvorstand der DFG/VK Bayern; der Humanistischen Union; den Landesvorständen des Bundes Demokratischer Wissenschaftler und des Verbands Demokratischer Juristen und weiteren Organisationen eine Broschüre über Straussens Innenminister Seidl und das Polizeiaufgabengesetz herausgebracht.

Wir haben allerdings auch immer verteidigt, daß die Aktionseinheit die Kommunisten einschließt, daß in unserem Komitee Kommunisten ebenso wie andere Strauß-Gegner ihren Platz haben. Wenn Ihr deswegen unser Komitee mit einer kommunistischen Organisation gleichsetzt, blast Ihr in das selbe Horn wie diejenigen, die die Kommunisten aus Aktionseinheiten ausschließen wollen.

Es trifft auch nicht zu, daß sich die Anti-Strauß-Komitees an dem 'Wahlkongreß' beteiligt haben, wie der Artikel den Anschein erweckt. Der Vertreter des Anti-Strauß-Komitees hat klatgestellt, daß das Treffen der Antifaschistischen Komitees unabhängig von diesem Kongreß dem Austausch von Informationen und der Organisierung einer weiteren Zusammenarbeit diente.

Ich verlange, daß diese Darstellung demnächst im Arbeiterkampf erscheint.

Kommentar der AK-Redaktion

Im AK 134 wurde keineswegs das Regensburger Anti-Strauß-Komitee mit dem Münchner „Arbeiterbund" **gleichgesetzt**, sondern lediglich behauptet, daß die örtlichen Anti-Strauß-Komitees (es gibt nämlich mehrere) **teilweise** dem „Arbeiterbund" **„sehr nahestehen"**. Über die Richtigkeit dieser Behauptung möge sich jeder Kenner der verschiedenen Anti-Strauß-Komitees selbst ein Bild machen. Absurd ist allerdings der Vorwurf, wir würden mit einer solchen Einordnung von T e i l e n dieser Komitees *„ins selbe Horn (blasen) wie diejenigen, die die Komministen aus Aktionseinheiten ausschließen wollen"*.

Was den zweiten Punkt der „Gegendarstellung" angeht: Der Artikel in AK 134 könnte tatsächlich den Findruck erwecken, als hätten sich die Anti-Strauß-Komitees an dem bayerischen „Wahlkongreß" (zwecks Bildung einer Bunten Liste in Bayern) beteiligt, auch wenn das im Artikel nicht ausdrücklich behauptet wurde. Tatsächlich haben es die „Anti-Strauß-Komitees" abgelehnt, sich an den Wahl-Diskussionen der Linken zu beteiligen. Der „Arbeiterbund" München, dem zumindest das Regensburger „Anti-Strauß-Komitee" nicht nahestehen will, hat sich scharf auf die „grünen" und „bunten" Alternativlisten eingeschossen und ruft in Bayern zur Wahl der SPD auf.

NS-Prozesse

Schleswig-Holstein: Prozesse werden verschleppt!

Sechs Ermittlungsverfahren und ein Prozeß gegen NS-Verbrecher laufen gegenwärtig bei den Staatsanwaltschaften bzw. Gerichten in Kiel, Lübeck und Itzehoe. Fast alle Verfahren wurden jahrelang verschleppt und verzögert:

Der Verwaltungsrichter im Ruhestand, Ernst Boje Ehlers, der verantwortlich „für massenhafte Judendeportationen mit folgender KZ-Tötung aus Belgien und Frankreich" sein soll, bewegt sich noch immer auf freiem Fuß! Dies, obwohl schon über ein Jahrzehnt „ermittelt" wird. Als die Staatsanwaltschaft endlich Anklage erhob, lehnte es das Landgericht Flensburg im Januar '76 ab,



Angeklagt in Bielefeld: Johanna Zelle und Wilhelm Westerheide. Beide können sich an nichts mehr erinnern...

das Hauptverfahren zu eröffnen. Ein Jahr später hob das Schleswiger Oberlandesgericht den Beschluß auf, entzog den Flensburger Richtern das Verfahren und teilte es dem Kieler Schwurgericht zu. Dagegen erhob der Verteidiger von Ehlers Verfassungsbeschwerde, über die bisher nicht entschieden wurde.

Gegen den SS-Oberscharführer Max Schmidt wird „seit vielen Jahren ermittelt". Schmidt soll 1945 Häftlinge in einem Nebenlager des Konzentrationslagers Auschwitz ermordet haben. Jetzt muß vom Kieler Landgericht entschieden werden, ob dem Antrag der Staatsanwaltschaft, den SS-Mann außer Verfolgung zu setzen, stattgegeben wird.

Der frühere KZ-Aufseher August Schmuck aus Kiel wird verdächtigt, 40 Häftlinge im KZ Lublin ermordet zu haben. Zwar wurde von der Kieler Staatsanwaltschaft im Dezember '76 Anklage erhoben, das Gericht eröffnete das Verfahren jedoch erst ein halbes Jahr später. **Bis heute hat noch kein Termin vor Gericht stattgefunden!**

Der frühere SS-Oberscharführer Werner Hahn aus Mölln wird beschuldigt, 1943 in Zwangsarbeitslagern von Lehmburg und Janowska Juden ermordet zu haben. Die Erste Strafkammer des Landgerichts Lübeck stellte das Verfahren wegen „Verhandlungsunfähigkeit" des Angeklagten „vorläufig" ein. Die Beschwerde der Staatsanwaltschaft wurde noch nicht entschieden.

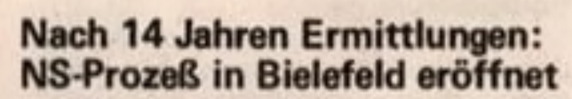
„Die Staatsanwaltschaft in Itzehoe ermittelt ... gegen einen ehemaligen Angehörigen der GeStapo wegen Mordes und Beihilfe zum Mord" („Flensburger Tageblatt", 14.9.78).

Gegen Erich Koch, ehemaliger Gauleiter in Ostpreußen, wurde das Ermittlungsverfahren wegen Mordes vorläufig eingestellt, weil nicht damit zu rechnen ist, daß er in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehren wird. Er soll in einem polnischen Gefängnis einsitzen (laut Darstellung des Justizministeriums).

Arwids Bajars, früherer Angehöriger der Sicherheitspolizei in Lettland, steht seit dem 26.9. in Lübeck vor Gericht, weil er bei der Erschießung von 140 jüdischen Einwohnern mitgewirkt haben soll. Außerdem wird ihm vorgeworfen, an der Erschießung von etwa 30 lettischen Kommunisten aktiv beteiligt gewesen zu sein. Bevor es zu dem Prozeß kam, hatte die Erste Große Strafkammer des Landgerichts Lübeck schon versucht, das Verfahren „wegen Verjährung" einzustellen. –

Was nicht ist, kann ja noch werden: Am siebenten Tag bescheinigte der Amtsarzt Dr. Klevenhausen dem Nazi-Mörder Bajars jetzt eine „Verhandlungsunfähigkeit". Das Gericht beschloß daraufhin, das Verfahren „vorläufig" (d.h. auf unbestimmte Zeit) einzustellen.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Flensburg



Nach 14 Jahren Ermittlungen: NS-Prozeß in Bielefeld eröffnet

Am 18.9. wurde vor dem Schwurgericht Bielefeld der Prozeß gegen Wilhelm Westerheide (70) und Johanna Zelle (59) eröffnet.

Der Prozeß geht zurück auf eine Anzeige der VVN von 1961. Mit den Ermittlungen wurde 1964 begonnen und erst jetzt – 14 Jahre später – kommt es zur Verhandlung.

Den Angeklagten wird vorgeworfen, *„an Vernichtungsaktionen gegen mehrere tausend Juden aus dem Getto von Wladimir-Wolynsk (West-Ukraine) im September und November 1942 beteiligt gewesen zu sein, und zwar Westerheide an 9.000 und Zelle an 7.000 Erschießungen. Während der mehrere Tage dauernden Vernichtungsaktion wurden die Juden aus ihren Häusern geholt, auf LKWs nach Piatydny gebracht und dort vor Gruben, die sie vorher selber ausgehoben hatten, erschossen. Westerheide soll als Gebietskommissar die Räumung des Gettos, die Ausschachtungsarbeiten und den Transport geleitet und darüber hinaus sechs namentlich genannte Juden selbst erschossen haben. Die Angeklagte Zelle, damals Sekretärin des Gebietskommissars, soll die zur Erschießung bestimmten Juden mit einer Reitpeitsche zusammengetrieben haben. Darüber hinaus werden ihr drei weitere Einzelmorde vorgeworfen"* („NW", 31.8.).

Für den Prozeß sind 67 Zeugen aus der BRD, Israel, Kanada, den USA und der Sowjetunion aufgeboten worden. Die Aktenbände umfassen 15.000 Blätter. Diese deutsche Gründlichkeit brachte den Angeklagten 14 Jahre Straffreiheit!

In den bisher vier Verhandlungstagen sind lediglich die Angeklagten selbst und ehemalige Angehörige der NS-Besatzungsmacht vernommen worden (u.a. der frühere NRW-Landeswirtschaftsminister Dr. Josef Effertz, damals Hauptabteilungsleiter für Ernährung und Landwirtschaft im Generalbezirk der Provinz Wolhynien/Polen).

Westerheide hat vor Gericht große „Erinnerungslücken": Weder an seine genauen Aufgaben, noch an die Verhältnisse im Getto selbst und schon gar nicht an seine Beteiligung an Vernichtungsaktionen kann er sich erinnern. Dagegen kann er Einzelheiten wie Personenbeschreibungen, Uniformen, Kilometerzahlen etc. sehr genau berichten, als wärs gestern gewesen.

Von den SS/SD-Vernichtungsaktionen hat er angeblich kaum etwas mitbekommen. Die Mord-Trupps seien über Nacht gekommen und hätten ihn, den Chef der Gebietsverwaltung, gar nicht in die Aktionen einbezogen. Er habe nur gesehen, wie die jüdische Getto-Bevölkerung auf LKWs abtransportiert wurde. Im Grunde hat er nur herumgesessen und sich durch gelegentliche Ausritte die Zeit vertrieben...

Was die „Gedächtnislücken" angeht, gilt für die Angeklagte Zelle ähnliches.

Der Prozeß hat erfreulicherweise eine große Öffentlichkeit: Die Zuschauerbänke sind immer voll besetzt, viele können gar nicht mehr hinein. Es erscheinen regelmäßig genaue Prozeß-Berichte in der Lokalpresse. Überregional findet der Prozeß bisher aber kaum Beachtung.

Zumindest während der ersten beiden Verhandlungstage waren Bielefelder Jungnazis da, die gegenüber einem älteren Kameraden der VVN schwer gegen den Prozeß vom Leder zogen. Nachdem sie daraufhin von Mitgliedern des „Antifaschistischen Arbeitskreises Bielefeld" zur Rede gestellt wurde, sind in den folgenden Verhandlungstagen zumindest keine weiteren Nazis mehr aufgefallen.

KB/Gruppe Bielefeld

Aufruf zur Berichterstattung über NS-Prozesse

Derzeit finden eine Reihe von wichtigen NS-Prozessen statt. Für die Befürworter einer Verjährung von NS-Verbrechen oder sogar einer Amnestie dienen diese Prozesse als Beweis für die Sinnlosigkeit solcher Verfahren in der heutigen Zeit (Alter und Erinnerungsvermögen von Angeklagten und Zeugen). Für die Gegner der Verjährungsforderung bieten die noch stattfindenden NS-Prozesse nicht zu unterschätzende Möglichkeiten (und Verpflichtung!) antifaschistischer Aufklärungsarbeit. Angesichts einer Welle von Verharmlosungen und Leugnungen der Verbrechen des Faschismus ist diese Arbeit umso notwendiger.

Wir möchten die örtlichen Antifa-Kommissionen, Ermittlungsausschüsse, Arbeitskreise und einzelne Antifaschisten auffordern, eine Aufklärungs- und Enthüllungsarbeit mit diesen Prozessen zu betreiben, in jedem Falle aber an den AK Berichte schicken, damit wir einen Überblick herstellen können.

Dazu gehören auch Berichte über laufende Ermittlungsverfahren, die Gefahr laufen, eingestellt zu werden.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Verjährungsdebatte: Pro und Contra

Pro:

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnick hat sich in einem Rundfunkinterview gegen eine Verlängerung der Verjährungsfrist für Nazi-Verbrecher (die 1979 ablaufen soll) ausgesprochen. Nach diesem Zeitpunkt würde sich ohnehin niemand mehr für die KZ-Verbrechen interessieren. („UZ", 19.8.).

•

„Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich einmütig gegen eine Verlängerung der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen über das Jahr 1979 hinaus gewandt.
Oppositionsführer Kohl erklärte gestern vor der Fraktion, 35 Jahre nach den Ereignissen falle es schwer, sie objektiv und durch Zeugenaussagen gestützt nachzuvollziehen." („Welt", 20.9.).

•

Die Gründung einer Arbeitsgruppe „amnesty national" hat in München die NPD-Studentenorganisation NHB bekanntgegeben. Die Arbeitsgruppe soll u.a. für die Freilassung deutscher Kriegsverbrecher in Italien und Holland sowie von Rudolf Heß („Stellvertreter des Führers") eintreten. „Amnesty national" plant außerdem gemeinsam mit anderen neonazistischen Organisationen Aktionen zur Unterstützung der kroatischen Faschisten, deren Auslieferung Jugoslawien fordert („FR", 20.9.). Was die letzte Forderung betrifft, hat ja die Bundesregierung inzwischen entscheidend mitgeholfen.

Contra (Inland):

„Für eine Aufhebung der Verjährungsfristen für Nazi-Verbrecher hat sich der linke Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Waltemathe ausgesprochen. In einem Gespräch mit dem Parlamentarisch-Politischen Pressedienst (PPP) erklärte er, er halte es für geboten, daß angesichts der zunehmenden neonazistischen Aktivitäten ... diese Frage erneut von den Fraktionen des Bundestages erörtert werde" („ED", 4.8.).

•

Gerhard Schröder, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, hat die SPD davor gewarnt, *„sich für eine Nichtverlängerung herzugeben, als auch vor allem davor, diese Diskussion (‚die geht uns ganz ungeheuer an') ohne die Jungsozialisten führen zu wollen. Da gebe es sonst einen ganz massiven Krach"* („SZ", 20.9.).

•

Die „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste" hat sich gegen eine Verjährung von NS-Verbrechen ausgesprochen. Die Organisation richtete an die Bundesregierung die „dringende Bitte", die Verjährungsfrist am 1. Januar 1980 nicht in Kraft treten zu lassen („Welt", 2.10.). Die „Aktion Sühnezeichen" fordert die Bundesregierung auf, *„baldmöglichst die UNO-Konvention über die Nichtanwendbarkeit gesetzlicher Verjährungsfristen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu unterzeichnen"* („SZ"' 3.10.).

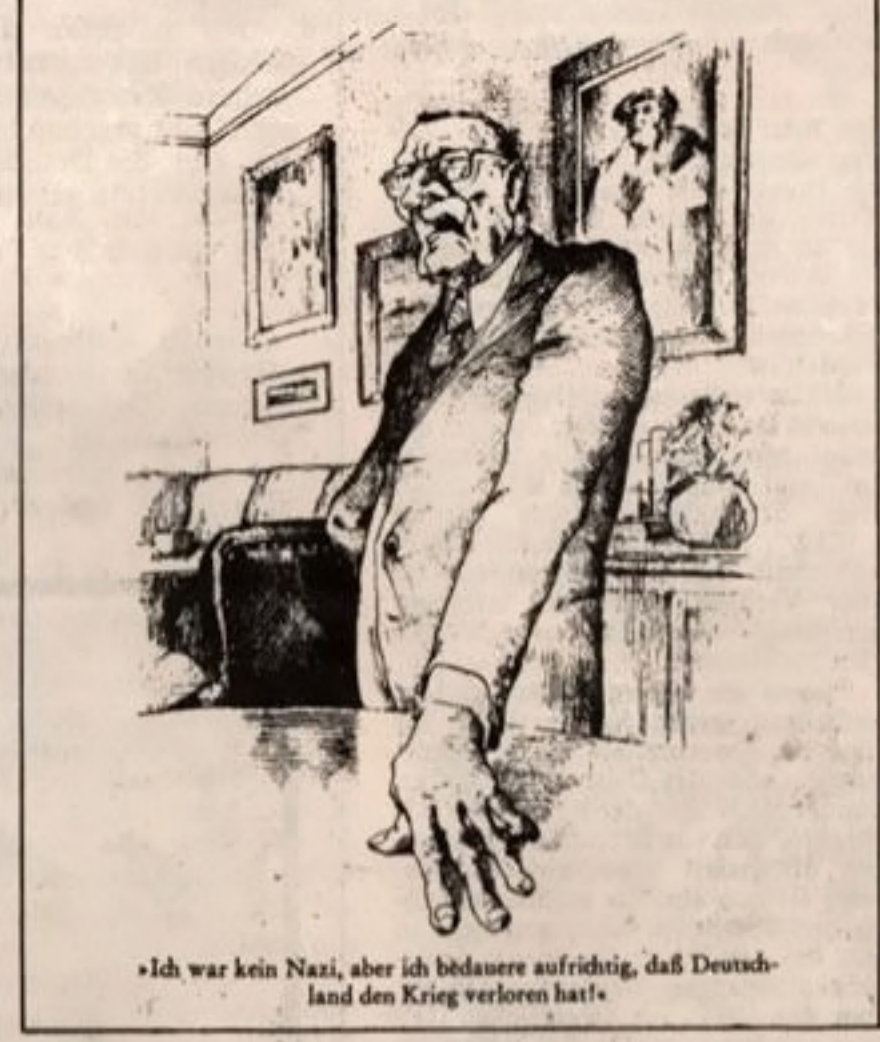
•

Der Bundesvorstand der Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ) wendet sich gegen die Verjährung von Nazi-Mordverbrechen. Sie *„fordert die Bundesregierung auf, den Beitritt der Bundesrepublik zur UNO-Konvention vom 26.11.68 zu erklären und das Ratifikationsverfahren einzuleiten. Das Strafrecht ist durch die Aufnahme einer Unverjährbarkeitsklausel für derartige Verbrechen anzupassen"*. („die Tat", 6.10.). Katharina Christiansen-Leber, Tochter des von den Nazis ermordeten SPD-Politikers Julius Leber, nahm im „Stern" (28.9.) gegen die Verjährung von NS-Verbrechen Stellung.

•

Laut Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, *„sei es nicht ohne Peinlichkeiten, wenn der CSU-Vorsitzende F. Strauß eine Generalamnestie für NS-Straftäter verlange, ohne zumindest gleichzeitig die meist immer noch offenen Versorgungsfragen der Opfer dieser NS-Täter regeln zu wollen"* („FR", 17.8.).

»Man muß endlich einmal einen Schlußstrich ziehen und uns nicht immer wieder unsere Vergangenheit vorwerfen...«



»Ich war kein Nazi, aber ich bedauere aufrichtig, daß Deutschland den Krieg verloren hat!«

Contra (Ausland):

Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass meldete: *„... Pressemeldungen zufolge bekleiden auch heute noch 200.000 ehemalige hochgestellte Funktionäre des Hitler-Regimes im Staatsapparat Westdeutschlands verantwortliche Posten. Die demokratische Öffentlichkeit der BRD weist den unverschämten Vorschlag über die Amnestierung der Naziverbrecher zurück."* („Monitordienst", 18.8.).

Auch innerhalb des Europa-Rates soll die Verjährungs-Frage jetzt erörtert werden. Stoffelen, sozialdemokratisches Mitglied des niederländischen Parlaments, wird dem Ministerrat und der Vollversammlung die alsbaldige Unterzeichnung der Europäischen Konvention von 1974 empfehlen. In dieser, bisher nur von Frankreich unterzeichneten Konvention ist festgelegt, daß Kriegsverbrechen nicht verjähren.

•

„Der neue Mahnruf" (Organ des Bundesverbandes Österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus/KZ-Verband) schreibt in seiner September-Ausgabe '78 u.a.: *„Gewiß, die Frage der Verjährung steht in Österreich nicht zur Diskussion, weil hierzulande Kriegs- und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht verjähren. Aber geht uns dieses Problem darum nichts an? Stellen wir uns einmal vor, der SS-Führer Wagner, gebürtiger Österreicher, der zur Zeit in Südamerika in Auslieferungshaft sitzt, wird nach Ablauf der Verjährungsfrist an die BRD ausgeliefert. Der ehemalige KZ-Spieß des Vernichtungslagers Sobibor, dem angelastet wird, an der Ermordung von zehntausenden Menschen mitgewirkt zu haben, könnte dann als ehrsamer Bürger geruhsam seinen Lebensabend beschließen. Und Gustav Wagner wäre nur ein Fall von vielen. Letztlich ist die Frage der Verjährung schon darum keine innere Angelegenheit der BRD, weil sie längst internationalisiert wurde. Die im Einklang mit dem Völkerrecht stehenden, im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher festgelegten Normen, die von der UNO verabschiedete Konvention über die Nichtverjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die 1970 in Kraft getreten ist, sowie die vom Europäischen Parlament in Straßburg verabschiedete Konvention, in der ebenfalls die Nicht-Verjährung der Kriegsverbrechen juristisch und völkerrechtlich untermauert ist, zeugen davon... Diese Verbrechen dürfen niemals vergessen werden, auf daß die Vergangenheit sich nie mehr wiederhole"*. (Nach „Der Widerstandskämpfer" 10/78, Wien).

Henryk M. Broders Buch „Deutschland erwacht"

Seit dem fortwährenden Schrumpfen der NPD-Wahlstimmen, seit dem Ende der „Aktion -Widerstand"- Krawalle ist die rechtsradikale Szene weithin kein ernsthaftes Thema mehr gewesen. Gründliche und umfassende Untersuchungen zur NPD (z.B. die von Kühnl u.a.) und zum gesamten Netz rechtsradikaler Umtriebe (z.B. von Jenke) stammen von Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, sind also längst nicht mehr auf Stand. Die gezielte Schönfärberei staatlicher Stellen, voran die jährlichen VS-Berichte, hat es um so leichter, ihre Melodie vom „schwindenden Rechtsextremismus" abzuspulen.

Diese öffentliche Informationslücke (die dem allgemeinen Klima der Duldung und Förderung rechtsradikaler Umtriebe entspricht) füllt zum guten Teil das neue Buch von Hendryk M. Broder und anderen: „Deutschland erwacht" (siehe auch AK 138). Vielleicht mit Ausnahme von Roths und Kuballas „Faschismus kommt nicht über Nacht" (eine Dokumentation neonazistischer Aktivitäten anhand ausgewählter Pressemeldungen) und abgesehen von dem thematisch eingegrenzteren „Russell Buch 3" zur Schönborn-Christophersen-Roeder-Bande des j-reents-Verlags ist „Deutschland erwacht" der einzige in Buchform vorliegende aktuelle Versuch, ausführlich und stichhaltig die Existenz, den Umfang, die Frechheit und Militanz rechtsradikaler Umtriebe in der BRD darzustellen – und zugleich den öffentlich-staatlichen Hintergrund der Duldung, Deckung und Förderung. Vergleichbares ist ansonsten nur in Broschüren örtlicher Initiativen (so z.B. zur Hoffmann-Bande, Nürnberg; zur „Hansa"-Bande, Hamburg) vorhanden. Der VVN/DKP-nahe Roederberg-Verlag hat zu dem gesamten Fragenkomplex nichts Nennenswertes beizusteuern. Stattdessen hat der ähnlich orientierte „Weltkreis-Verlag" jüngst vorexerziert, wie es nicht sein soll: Sein Buch „Die Neonazis" (angeblich voller „sensationeller Enthüllungen") ist eine unexakte, faktenarme, dokumentarisch nahezu wertlose Räuberpistole im Detektivheft-Stil (siehe AK 137).

Broder dagegen hat auf 70 Seiten die F a k t e n zusammengetragen: Zeitungen der Neonazis (im Faksimile), Flugblätter, Anzeigen und die Nichtbehandlung durch Staatsanwälte, Fotos. Die Auswahl ist notwendigerweise exemplarisch, kann nicht lückenlos sein: Es gibt zu viel braunen Dreck! Immerhin: Die nackte Präsentation, Dokument an Dokument, ist breit genug.

Die Verzahnung der faschistischen Gruppen wird sichtbar, die „Einzelgänger"-These wird widerlegt, die angebliche Trennung von „gemäßigten Nationalen" (a'la NPD, JN, „Mut" u.ä.) und offenen Nazi-Propagandisten als Zwecklüge entlarvt. (Die besondere Rolle der NPD – immerhin die traditionelle Zentrale der braunen Szene–, die Bedingungen und Auswirkungen ihres gegenwärtigen Siechtums – diese Fragen werden in dem Buch nicht beantwortet, auch nicht
tums – diese Fragen werden in dem Buch nicht beantwortet, auch nicht
genügend herausgestellt). Alles in allem: *„Es soll, bitte schön"*, so Broder in seinem einleitenden Aufsatz, *„in dreißig Jahren niemand sagen, er sei lieber in den inneren Widerstand gegangen"*.

Außer Broders Einleitung („Deutschland erwacht") enthält das Buch Beiträge des „Stern"- und „konkret"- Journalisten Warner J. Poelchau, der exakt und konkret die derzeitige Hamburger Nazi-Szene („Hansa"-Bande/ANS) umreißt; einen Artikel des Journalisten Heiner Lichtenstein (Redakteur im WDR) zum skandalösen Verlauf des Majdanek-Prozesses; und einen kurzen Abriß der „verpaßten Chance", d.h. der nicht durchgeführten Entnazifizierung Westdeutschlands nach 1945, von Klaus Thüsing. Thüsing gehört mit Karl-Heinz Hansen zu der winzigen Gruppe linker SPD-Abgeordneter im Bundestag, die wegen ihrer Haltung gegen Polizeistaatsentwicklung und Faschisten-Duldung massivem Druck ausgesetzt sind. Eine umfangreichere Analyse der BRD-Entwicklung seit 1945 von Ossip K. Flechtheim (Politik-Professor, Russell-Unterstützer, AKW-Gegner) ergänzt den Textteil.

Das Buch Broders (er selbst ist freier Journalist, schreibt u.a. in der „Frankfurter Rundschau" und in „konkret"; Broder ist Jude) ist zugleich ein praktischer Beleg dafür, daß in der derzeitigen Situation die Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte, von Liberalen, linken Sozialdemokraten, Radikaldemokraten bis zu Kommunisten möglich und nützlich ist.

Broder faßt das „Erwachen Deutschlands" zusammen: *„Es gibt ein spürbares Sympathisanten-Umfeld. Wer das mit Wahlergebnissen zu widerlegen versucht, betreibt Augenwischerei, weil die Zahl der Wähler, die auf ein Angebot reagieren, noch nichts aussagt über das Potential, das aktiviert werden kann. Sicher ist, daß die Neigung zu NS-Gedankengut über den Kreis der Organisierten und Aktiven hinausgeht. Und auch die wären – für sich genommen – keine Gefahr. Die Gefahr geht von jenen aus, die den Neonazismus nicht zur Kenntnis nehmen wollen, ihn verharmlosen, bagatellisieren und dadurch – fahrlässig oder bewußt – fördern"*.

Thüsing zeigt, anhand vieler Beispiele geduldeter Nazi-„Traditionspflege", breiter Nazi-„Nostalgie" und Behinderung antifaschistischer Aktionen, wie ein Teil dieses „Sympathisanten-Umfelds" aussieht.

Flechtheim bringt dazu die Darstellung der historischen Entwicklung und des gegenwärtigen Zustands von Staat und Gesellschaft der BRD: *„Das Jahr 1945 markiert zwar einen tiefen Einschnitt in die Staatsform und Politik Deutschlands, doch setzten sich in der Gesellschaft und Bürokratie gewisse alte Trends durch; andere Tendenzen, Institutionen und Verhaltensweisen wurden bald wiederhergestellt. Man kann daher auch von Kontinuität und Restauration sprechen"*.

Dieses Buch mußte Ärgernis in reaktionären Kreisen erregen. „Die Neonazis und ihre öffentlichen Sympathisanten" lautet das Thema eines Vortrags, den Broder für den 31.10. und 2.11.78 bei der Volkshochschule (VHS) in Kamen/Bönen ankündigte; er will dort über sein Buch berichten. Die „öffentlichen Sympathisanten" waren gleich nach der ersten Ankündigung dieses Vortrags zur Stelle. Die Kamener CDU, ortsansässige Juristen und der Nordrhein-Westfälische Richterbund protestierten und schickten sich an, den VHS-Direktor, der Broders Ankündigung veröffentlicht hatte, wegen Beleidigung zu verklagen. Auch Kamens SPD stimmte diesen Protesten zu!

Diffamiert fühlte man sich besonders durch Broders Ankündigungs-Text: *„Im Umgang mit Alt- und Jung-Nazis aller Art legen deutsche Gerichte viel Geduld und Nachsicht an den Tag. Die wohlwollende Behandlung der NS-Aktivisten durch die Gerichte der BRD macht aus den Strafverfolgern Paragraphen-Tiger, mit Samtklauen, die nicht gefürchtet, nicht einmal ernst genommen werden"*. Für Kamens CDU-Chef (und Richter) Hülsmann war das eine *„Verhöhnung und Verächtlichmachung unserer rechtsstattlichen Ordnung"*. Inzwischen forderte der Deutsche Richterbund Nordrhein-Westfalens, mit ausdrücklichem Hinweis darauf, daß die VHS-Verantwortlichen „öffentliche Bedienstete" seien, vom NRW-Justizministerium „rechtliche Schritte". Broder äußerte sich zu den Vorwürfen in einem Leserbrief in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (8.8.78): Er bittet u.a. die aufgebrachten Juristen, *„in einer x-beliebigen Verhandlungspause einmal kurz darüber zu reflektieren, daß sie eine ‚Firma' vertreten, die u.a. auch einen Herrn Freisler hervorgebracht hat* (Freisler war Präsident des Nazi-„Volksgerichtshofs" – Anm. AK); *und daß diese ‚Firma' es auch geschafft hat, nach dem Ende der NS-Zeit keinen einzigen Richter oder Staatsanwalt zur Verantwortung zu ziehen"*. Der Deutsche Richterbund sah sich daraufhin zu folgenden Sätzen veranlaßt („WAZ", 12.8.): *„Was würde Broder wohl antworten, wenn*
zen veranlaßt („WAZ", 12.8.): „Was würde Broder wohl antworten, wenn
man ihm mit gleicher Münze heimzahlte und vorhielte, er habe wohl verdrängt, daß er als Journalist aus einer Firma komme, die einen Goebbels in ihren Reihen gehabt habe?"

Broders Antwort in einem Offenen Brief an den Richterbund: **„Zur Vervollständigung Ihres Wissens will ich Ihnen doch sagen, aus welcher ‚Firma' ich komme: Es ist die Firma, die unter stillschweigender Duldung bis aktiver Unterstützung durch die deutsche Justiz im Dritten Reich der bekannten ‚Endlösung' zugeführt worden ist".**

Mittlerweile hatte NRW-Justizministerin Donnepp erklärt, Broders Behauptungen seien „völlig unberechtigt" und „unwahr", die Möglichkeit einer Strafanzeige werde geprüft („WAZ", 15.8.); die Generalstaatsanwaltschaft Hamm ließ prüfen, ob „der Verdacht auf eine strafbare handlung" begründet sei („WAZ", 22.8.).

Genau an diesem Punkt, als das Verfahren gegen Broder/VHS ins Haus stand, verbreitete Walter Kühne, Vorsitzender des Deutschen Richterbundes NRW, daß der Kamener VHS-Direktor sich von Broders Behauptungen distanziert habe; eine Strafanzeige sei nun also gar nicht mehr nötig und überhaupt sei es gar nicht so sehr um den Inhalt der Broder-Äußerungen gegangen, als darum, daß sie, über den VHS, mit öffentlichen Geldern publiziert wurden. Schnurstracks verzichtete auch das NRW-Justizministerium auf einen Strafantrag („WAZ", 24.8.). Tatsache ist, daß sich VHS-Direktor Kurrasch k e i n e s w e g s von Broder distanziert hat. Tatsache ist auch, daß Richter-Chef Kühne es inzwischen abgelehnt hat, sich den Broder-Vortrag auch nur anzuhören und darüber zu diskutieren, denn mit Broder könne man sowieso nicht reden.

Soweit die ersten Folgen, die das Buch (noch vor Erscheinen!) bewirkt hat. Daß Antifaschisten sich das Buch besorgen sollten, versteht sich von selbst.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Fahndungsfieber / Fahndungsterror

„Polizei stürmte Terroristenwohnung", hieß es vor ein paar Tagen einmal wieder („Hamb. Abendblatt", 12.10.78) über einen MEK-Fahndungseinsatz, diesmal in Hannover. Ein Mann und eine Frau wurden festgenommen.

Der Mann berichtete, er habe am Schreibtisch gearbeitet, als ohne Vorwarnung das Schloß an seiner Wohnungstür gesprengt worden sei. *„Er habe zuerst an eine Gasexplosion im Haus gedacht. Seine Rufe ins Treppenhaus seien ohne Antwort geblieben. Er sei ans Fenster gelaufen und habe auf der Straße eine große Zahl bewaffneter Zivilisten gesehen. Er habe ihnen zugerufen und gefragt, was los sei. Doch niemand habe geantwortet. Durch die geschlossenen Oberlichter der Fenster seien dann Tränengasbomben in die Wohnung geschossen worden. Danach erst habe er auf seine Rufe die Antwort bekommen, er solle mit hochgehobenen Armen das Haus verlassen. Er habe das sofort getan, allerdings Mühe gehabt, die durch die Sprengung beschädigte Wohnungstür zu öffnen"*.

Als seine Freundin kurz darauf von einer Autofahrt zurückkam, wurde sie noch auf der Straße festgenommen und in Handschellen abtransportiert.

Am nächsten Tag kamen die beiden völlig 'unschuldigen' Studenten zurück in eine verwüstete Wohnung. - Polizei und Bundesanwaltschaft hatten sich wieder einmal „geirrt", die Wohnung des Studenten war kein „Unterschlupf" der angeblichen Terroristin Elisabeth van Dyck. Obwohl sich das sehr schnell herausstellte, hatte es noch einige Stunden gedauert, bis die Studenten entlassen worden waren.

Und es vergingen fast 24 Stunden, bis die Polizei der Presse ihren „Irrtum" mitteilte.
Und was ist die Entschädigung der Opfer? Wahrscheinlich, wie üblich, kein Pfennig?!

• • •

In der Nacht des 7. Oktober wurde der Hamburger Stadtteil Eppendorf unter dem Vorwand der Großfahndung nach „Terroristen" von der Polizei abgeriegelt.

„Alle wichtigen Ausfallstraßen und Kreuzungen wurden besetzt, um eine Flucht unmöglich zu machen" („Hamb. Morgenpost", 9.10.78). Durchsucht wurden dann nur die Kneipen im Schrammsweg. „Mit entsicherten MPis stürmten die vermummten Polizisten die Lokale. Gäste wurden an die Wand gestellt und nach Waffen durchsucht" (ebenda).

Wie uns inzwischen bekannt wurde, soll es in derselben Nacht auch zu Hausdurchsuchungen in Altona gekommen sein. In eine Wohnung drangen MP-bewaffnete Polizisten mit einem bereits drei Tage alten
drangen MP-bewaffnete Polizisten mit einem bereits drei Tage alten
Durchsuchungsbefehl ein, der auf „unerlaubten Waffenbesitz" ausgestellt war.

Wir möchten unsere Leser auffordern, uns mitzuteilen, wo es noch weitere Hausdurchsuchungen in dieser Nacht gegeben hat und ob es Zeugen gibt, die Details über die Eppendorfer Aktion geben können.

• • •

Große Aufregung gab es Anfang Oktober im Norder Ortsteil Westermarsch (Ostfriesland). Einem Gast einer Gaststätte war ein Mercedes mit zwei verschiedenen Kennzeichen aufgefallen und er vermutete natürlich sofort Terroristen. Die alarmierten Bullen rückten prompt mit zwei Wagen an. Indes, hinter den vermuteten „Terroristen" verbarg sich lediglich ein Silberhochzeitspaar, das auf der Flucht vor der Verwandtschaft war. Tja, da schmunzelt der Sympathisant!...

• • •

Von einer gezielten Provokation, die beim besten Willen nicht mehr als „Fahndungsirrtum" gesehen werden kann, berichtet der „Rote Morgen" („KPD/ML") vom 13. Oktober: Gernot Schubert, bekanntes Führungs-
mitglied der „KPD/ML", wurde un-
mitglied der „KPD/ML", wurde unter dem Verdacht der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" festgenommen (leider gibt der „Rote Morgen" das genaue Datum nicht an). Wir zitieren aus dem „Roten Morgen":

„Am Montag gegen sieben Uhr morgens drangen ca. acht Polizisten einer Sonderkommission in Zivilkleidung in die Wohnung des Genossen Gernot Schubert in Bochum-Langendreer ein. Begleitet wurden sie von einem Oberstaatsanwalt der Generalbundesanwaltschaft. Die Polizisten durchwühlten die ganze Wohnung. Sie nahmen dann Gernot Schubert ... fest.

Begründung: Er solle auf Schußwunden hin untersucht werden, denn er stehe im Verdacht, der entkommene dritte Beteiligte an der Schießerei vom 24. September im Randgebiet Dortmunds zu sein (Bei der die „Terroristen" Knoll und Speitel festgenommen wurden) ... *Er stehe ferner im Verdacht, Angelika Speitel und ihre Gruppe durch die Lieferung von Waffen unterstützt zu haben. Dem Genossen wurde bekanntgegeben, daß seitens der Generalbundesanwaltschaft gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen 'Unterstützung einer terroristischen Vereinigung' läuft..."*.

Erst einige Stunden später wurde G. Schubert, nach „erkennungsdienstlicher Behandlung" wieder freigelassen.

CILIP

newsletter
on civil liberties
and police development

Vol.: 1, No.: 1 – August/September 1978

IN DEM NEWSLETTER WERDEN INFORMATIONEN, NACHRICHTEN, DATEN UND ANALYSEN ZU FOLGENDEN THEMENBEREICHEN PUBLIZIERT:

I METHODISCHE PROBLEME DER POLIZEIFORSCHUNG
II STRUKTURDATEN ZUR POLIZEIENTWICKLUNG IN WESTEUROPA
III RECHTSENTWICKLUNG
IV POLIZEI IN AKTION
V POLIZEI IN EUROPA
VI POLIZEIHILFE FÜR DIE DRITTE WELT
VII ÖFFENTLICHE KONTROLLE DER POLIZEI
VIII SCHAFFUNG EINER KRITISCHEN ÖFFENTLICHKEIT
IX FALLSTUDIEN
X ANFRAGEN, KOOPERATIONSMÖGLICHKEITEN, KONTAKTE

Seit März 1978 erscheint in Westberlin ein wissenschaftlicher, kritischer Informationsdienst zum Themenkomplex „Bürgerrechte und Polizeientwicklung" (civil liberties and police developement = CILIP). Diesen „newsletter" kann man abonnieren bei

Redaktion CILIP
c/o Berghofstiftung für Konfliktforschung
Winklerstraße 4a
1000 Westberlin 33

Preis: Jahresabo (3 Hefte) DM 20,-

Berichtigung zu AK 139

Die für Antifa-Spezialisten nicht ganz unwichtige Meldung, daß der niederländische Kriegsverbrecher Siert Bruins aus Breckerfeld bei Hagen von der bundesdeutschen Justiz wieder losgelassen ist, hat im AK 139 irgendein ganz Kluger in die Niederlande-Rubrik (S. 42) gepflanzt. Wo sie ja nun gewiß nicht hingehört!

Niederlande-Kommission



RUSSELL-REIHE

VORANKÜNDIGUNG: RUSSELL-BUCH 4:

"Jeder kann der nächste sein" Dokumentation der polizeilichen Todesschüsse seit 1971 und ihre Legitimierung

Die westdeutsche Polizei ist bemüht, sich als "demokratisch" und "bürgernah" darzustellen.

In über 140 Fällen dokumentiert das Buch in einer ausführlichen Fallsammlung, wie die "Bürgernähe" im westdeutschen Alltag aussieht. Über 150 Menschen starben seit 1971 durch unmittelbare Gewalteinwirkung von seiten der Polizei, entweder durch Schußwaffen oder durch sonstige Gewaltanwendung. In keinem der Fälle wurden die Todesschützen tatsächlich zur Verantwortung gezogen. Die Dokumentation läßt erkennen, wie die Todesschützen oder Totschläger der Polizei durch ihre übergeordneten Stellen gedeckt wurden, wie sie durch die Gerichte legitimiert wurden. Soweit es möglich ist, wird auch versucht, zu dokumentieren, daß die bloße Kritik an diesem alltäglichen Terror verfolgt, diffamiert, sogar unterdrückt wird.

Daneben enthält das Buch die gesetzlichen Grundlagen (u.a. "Musterentwurf" und "Razziengesetze"), auf denen der tägliche Polizeiterror gedeit.

Für die demokratischen Kräfte im Land ist es ein geeignetes Arbeitsmaterial in der täglichen Agitation sowie eine Aufforderung, den täglichen Polizeiterror stärker als bisher aufzudecken.

Erscheint im
J. Reents-Verlag
Lerchenstr. 75
2000 Hamburg 50



Betrug und Verdummung Zur Kampagne um die Berufsverbote

„Lieber stelle ich 20 Kommunisten ein, als daß ich 200.000 junge Menschen verunsichere" – mit dieser „sensationellen" Erklärung leitete der Hamburgrer Bürgermeister und Rechtssozialdemokrat, Klose, eine neue Kampagne um die Berufsverbote von oben her ein. Er übertraf dabei noch seinen Parteichef Willy Brandt, der sich bei der letzten Kampagne 1976 lediglich zu einem „Irrtum" durchringen konnte.

Seitdem spielen SPD und CDU der Bevölkerung ein abgekartetes Theater mit verteilten Rollen vor. Während die SPD den Eindruck zu erwecken sucht, sie mache sich „Sorgen" um den Bestand der demokratischen Rechte, übernimmt die CDU den Part, der SPD vorzuwerfen, sie wolle *„den Weg für Extremisten in den Staatsdienst"* ebnen. Ziel des Theaters: scheinbare Gegensätze zwischen diesen beiden Parteien des westdeutschen Kapitals werden so hochgespielt, daß sie der arbeitenden und lernenden Bevölkerung wieder als Alternative erscheinen. **Insbesondere soll dabei das Image der SPD als „fortschrittlicher" Part im bürgerlichen Parteienspektrum aufpoliert werden.**

Den Hintergrund für dieses Theater bilden die von Klose selbst angesprochene „Staatsverdrossenheit" bei großen Teilen der Jugend, die wachsende Unzufriedenheit innerhalb der SPD (vor allem von Seiten der Jusos) mit den antidemokratischen Praktiken der SPD-Regierungen und nicht zuletzt die Erkenntnis, daß die Praxis der Berufsverbote nicht die ideologischen Erfolge erreicht hat, die sich die Herrschenden davon versprochen haben.

Die Erfolge der „Grünen Liste" in Niedersachsen und vor allem der „Bunten Liste" in Hamburg (die den Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte zum Wahlkampfthema machte) haben innerhalb der bürgerlichen Parteien zu Überlegungen geführt, wie dieser Teil wieder zu integrieren ist. Daß diese Aufgabe allein die SPD übernehmen kann, liegt auf der Hand, verfügt doch allein sie über M a s s e n einfluß innerhalb der „abdriftenden" Jugend.

Deshalb ist es auch absolut k e i n Zufall, daß Kloses Vorstoß ausgerechnet vor den Hessenwahlen erfolgte. Wenn die SPD-Führung dagegen den Eindruck zu erwecken versuchte, daß ihr der Zeitpunkt „unangenehm" sei, so wurde auch hiermit nur ein Spiel mit verteilten Rollen vorbereitet. Während so Börner weiterhin die Möglichkeit hatte, die Berufsverbotepraxis zu verteidigen, um keine Stimmen an die CDU zu verlieren, wurde gleichzeitig den Jusos der „Trumpf" in die Hand gespielt, endlich mit einer „fortschrittlichen" SPD auf Stimmenfang zu gehen. Dies hatten diese auch bitter in der Auseinandersetzung mit der GLH nötig, der sie bis dahin nichts weiter als die Demagogie von den „Dregger-Helfern" entgegensetzen konnte.

Für wie dumm hält die SPD eigentlich die Menschen, wenn sie sie tatsächlich glauben machen will, daß ausgerechnet ein Mann wie Klose, der für die besten Beziehungen zu Schmidt und Brandt bekannt ist, ohne Absprache mit der Parteispitze diesen Vorstoß unternommen haben soll? – Und damit sind wir auch beim eigentlichen Kernpunkt der Kampagne: zu keinem Zeitpunkt ging es Klose um eine Aufhebung, nicht einmal um eine „Liberalisierung" der Berufsverbotepraxis. Dies hat er wiederholt öffentlich deutlich gemacht. Z.B. äußerte er, daß mindestens 75% der bisherigen Berufsverbote auch bei der „neuen Regelung" ausgesprochen werden würden. Von einem Gespräch mit dem ehemaligen Hamburger Bürgermeister Weichmann berichtet dieser in der „Hamburger Morgenpost" (7.10.): *„Ich habe mit Freude seine Versicherung entgegengenommen, daß er nicht anders als ich erkennbare verfassungsfeindliche Elemente aus dem Staatsdienst fernhalten will."* Weichmann berichtet dann über verschiedene Meinungen, wie dies am besten durchzuführen sei, um dann festzustellen: *„Wir schieden in der gemeinsamen Überzeugung,* **daß jeder auf seine Weise diesem unseren Staat dienen wolle."** Was könnte das alte Spiel mit verteilten Rollen deutlicher machen? Jeder dient dem Staat auf seine Weise, aber gezogen wird an e i n e m Strick.

Insofern ist es auch überhaupt kein Widerspruch, wenn Holger Börner im hessischen Wahlkampf s t o l z zwei weitere Berufsverbote verkündet und andererseits die „Liberalisierung" propagiert wird. Denn leider reicht den Jusos heute allein schon ein Wort Kloses, ein mildes Lächeln von Willy Brandt oder ein zustimmendes Stirnrunzeln Helmut Schmidts, um dahinzuschmelzen wie Butter in der Sonne und vom Ende der Berufsverbote zu sprechen.

Mit welchem Zynismus dieses Spiel getrieben wird, zeigen zwei Beispiele aus Hamburg und Westberlin. Gerade hatte Klose von den „großen Gefahren" durch die Berufsverbote geschwätzt, als im SPD-regierten Westberlin ein seit zehn Jahren verbeamteter Lehrer allein wegen seiner SEW-Mitgliedschaft entlassen wurde. Noch brutaler holte die Hamburger SPD selbst alle Träumer auf den Boden der Tatsachen zurück. Dem SHB- und SPD-Mitglied Michael Jung (SHB – ehemaliger Studentenverband der SPD, der von dieser abgestoßen wurde) wurde durch das SPD-Mitglied und ehemaligen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hermsdorf, die Anstellung in der Landeszentralbank verweigert, weil er durch seine SHB-Mitgliedschaft für *„verfassungswidrige Ziele eintrete"*.

Das sind die Tatsachen. Hingewiesen werden muß in diesem Zusammenhang auch darauf, daß bisher alle Diskussionen über die Berufsverbote zu einer Verschärfung der Praxis geführt haben. Seit 1976, also seit dem bekannten „Irrtum" Willy Brandts, hat es nur eine Tendenz gegeben: die Verschärfung. Anderes zu glauben hieße, auf den Betrugsversuch der SPD hineinzufallen.

CDU betreibt Verdummung

„Scharfer Linksdrall im Senat: In Hamburg können Kommunisten Lehrer werden" – mit dieser Schlagzeile wartete die „Bild" am 9.9. auf. In diesem Sinne verlief dann die gesamte Kampagne der Springerpresse und der CDU. Mit einer primitiven Kampagne, die an die niedersten antikommunistischen Instinkte der Bevölkerung ansetzt, versucht sie weiszumachen, die SPD wolle den Staatsdienst für Kommunisten und andere „Extremisten" öffnen, wolle die Kinder der „kommunistischen Indoktrination" aussetzen usw. Einerseits versucht sie damit, die antikommunistische Hysterie weiter anzufachen, andererseits gibt sie der SPD damit die notwendige Schützenhilfe, um diese bei fortschrittlichen Menschen glaubhaft erscheinen zu lassen.

Zugleich wird damit das Thema der angeblichen „kommunistischen Indoktrination" angeheizt, was dann wiederum von der SPD begierig aufgegriffen wird.

Schon jetzt kann man, ohne Hellseher zu sein, prophezeien, daß sich auch in dieser Frage die Bälle soweit zugespielt worden sind, daß mit einer erheblichen Verschärfung der Überwachung des Unterrichts in den Schulen zu rechnen ist.

Nicht umsonst wurde gerade dies von Klose als Kernpunkt der „neuen Regelung" herausgekehrt.

Resümee dieser „Auseinandersetzung" zwischen CDU und SPD ist: die CDU setzt auf die Verdummung der Menschen, um die antikommunistische Stimmung weiter anzuheizen, während die SPD die Rolle des Betrügers übernimmt, um die real bestehende Gefahr des Abdriftens eines erheblichen Teils der Jugend aus dem bürgerlichen Parteienspektrum zu verhindern.

Es gibt kein „kleineres Übel"

Dieser Betrugsversuch der SPD kann nur dann Erfolg haben, wenn wiederum die linken Teile der SPD den Part übernehmen, ihn als eine „reale Wandlung" der SPD zu verkaufen. Die SPD konnte trotz ihres
„reale Wandlung" der SPD zu verkaufen. Die SPD konnte trotz ihres
antidemokratischen Kurses nur deshalb so großen Einfluß auf die fortschrittlichen Menschen in diesem Land gewinnen, weil sie von linken Teilen als das „kleinere Übel" verkauft wurde. Dieser Einfluß lebt von der völlig irrigen Illusion, daß die SPD sich unter dem Druck der demokratischen Bewegung doch noch zu einer Partei entwickeln kann, die nicht die Interessen der Kapitalisten, sondern die der unterdrückten Menschen vertritt.

Auch jetzt haben sich wieder einige Stimmen erhoben, die Kloses Betrug als „Wandlung der SPD" verkaufen wollen. So der Bundesvorsitzende der Jusos, der die Lage so beschreibt: *„Man kann davon ausgehen, daß die Vorstöße der SPD-Führung kein Theaterdonner sind. Die Bedrohung der politischen Demokratie durch Berufsverbote ist mehr und mehr erkannt worden. Die Bereitschaft, dagegen zu arbeiten, wächst.* **Sie ist ehrlich gemeint, also kein taktischer Winkelzug mit Rücksicht auf bevorstehende Landtagswahlen"** („Die Neue", Nullnummer der Tageszeitung des „extradienstes").

Es ist bezeichnend für den Zustand der Jusos, daß sie schon soweit gekommen sind, daß sie jeden Furz als Erfolg ihrer Doppelstrategie verkaufen müssen. Andererseits dient dies Betrugsmanöver ja auch gerade dazu, den Jusos innerhalb der demokratischen Bewegung den Rücken frei zu schaufeln. Wollen sie ihre Orientierung auf die SPD weiterhin begründen, sind sie „gezwungen" dieses Betrugsmanöver mitzumachen. Den Grad der politischen Verkommenheit, der dabei erreicht ist, zeigt die Tatsache, daß Gerhard Schröder nicht einmal eine „kritische Distanz" bewahrt, sondern im Brustton der „Überzeugung" behauptet, die SPD-Führung habe die „Gefahr für die politische Demokratie" erkannt, ohne auch nur die Ergebnisse dieser Kampagne abzuwarten. Dies ist in höchstem Maße unverantwortlich gegenüber der demokratischen Bewegung, die auf ganz andere Erfahrungen mit der SPD zurückblicken muß.

Wer heute den Beteuerungen von Klose Glauben schenkt, der wird auch keine Skrupel haben im nächsten Wahlkampf Börner, Schmidt und Willy Brandt als die „Wahrer der Demokratie" herauszuputzen.

Im Interesse des Kampfes gegen die Berufsverbote muß gesagt werden, daß diejenigen, die heute den Betrug der SPD-Führung decken, ebenfalls zu den Betrügern gezählt werden müssen. Der demokratischen Bewegung täte es gut, wenn in diesem Sinn ein klares Wort gesprochen wird.



Hannover: 3.000 Menschen demonstrierten am 7.10. gegen die Berufsverbote. Sie folgten damit einem Aufruf, der von 126 Sekretären, Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleute als Anzeige in zwei hannoverschen Tageszeitungen aufgegeben wurde.

So hätten sie es gern: Schüler bespitzeln Lehrer — Lehrer bespitzeln Schüler

Während die SPD eifrigst bemüht ist, der „verunsicherten" Jugend das Vertrauen in diesen Staat zurückzugeben, überschlagen sich gleichzeitig immer neue Meldungen über skandalöseste Praktiken in der Überprüfung und Beschnüffelung der Bevölkerung durch den Verfassungsschutz: Zusammenarbeit mit Geschäftsleitungen bei Einstellungen, Bespitzelung und Überwachung von Kindern und Jugendlichen an Schulen und als vorerst letzter Skandal: Bespitzelung und Überprüfung von Gärtnerlehrlingen in Rheinland-Pfalz.

Durch eine Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Rudolf Scharping kam ans Licht der Öffentlichkeit, daß auf Anordnung des Innenministers von Rheinland-Pfalz (der hatte noch nicht mal Schwierigkeiten, das offen zuzugeben) *„von Einstellungsbehörden auch mögliche Erkenntnisse über Auszubildende im öffentlichen Dienst beim Innenministerium nachgefragt werden"* und *„daß auch alle Auszubildenden ohne Altersgrenze und unabhängig vom Ausbildungsberuf zur Überprüfung beim Innenministerium gemeldet werden müssen"*.

Nachdem die CDU in dieser Frage erst einmal die Hosen heruntergelassen hatte, hatte sie auch keine Mühe mehr, auf die weitere Anfrage von Scharping, *„ob nicht doch bereits in den Schulen Material gesammelt wird"*, in die Vollen zu gehen. Des Innenministers Böckmann intimster Wunsch (so jedenfalls äußerte er sich im Ältestenausschuß des Landtages) ist es offensichtlich – ähnlich wie Kloses auch – den Verfassungsschutz wieder seinen „eigentlichen Aufgaben" zuzuführen, indem er es gerne sähe, wenn alle Lehrer von Rheinland-Pfalz in den Dienstversammlungen auf ihre im rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzgesetz vorgeschriebene freiwillige Amtshilfe verwiesen würden. Die Lehrer sollten dann ohne Aufforderung von sich aus Aktivitäten von Schülern melden, die ihnen verfassungsfeindlich erscheinen.

Schöne Zeiten würden da für den Verfassungsschutz hereinbrechen: Die Schüler bespitzeln die Lehrer (ganz im Sinne von Klose und „Bild"-Zeitung: jeder Versuch von „Indoktrination" ist zu melden), die Lehrer bespitzeln die Schüler, und über allem wacht der Verfassungsschutz.

Doch noch ist es nicht ganz so weit: z.Z. muß der Verfassungsschutz das dreckige Geschäft schon noch selber machen. So wurde er gleich wieder losgehetzt, als der DGB in Mainz zu diesen skandalösen Vorfällen eine Pressekonferenz einberief. Dort tauchte als ungebetener Gast ein enger Mitarbeiter des Innenministeriums auf und schrieb sich als solcher auch in die Journalistenliste ein. Immerhin, Julius Lehlbach, DGB-Landesvorsitzender setzte diesen miesen Gast an die Luft. Ob er dafür den Beifall seines Vorstandskollegen von der ÖTV, zuständig für den VS, bekommt?

Übrigens: In Rheinland-Pfalz wurden in den vergangenen 5 Jahren mehr als 60 000 Bewerber für den Öffentlichen Dienst überprüft, in 505 Fällen gab es „Erkenntnisse", und 71 Bewerber wurden abgelehnt. Das dürfte u.a. ein Licht darauf werfen, was die Sozialdemokraten meinen, wenn sie davon reden, die Berufsverbotepraxis „effektiver" zu machen.

Berufsverbotekommission KB/Gruppe Hamburg

Großveranstaltung gegen Berufsverbote

Unter dem Thema „Für die Verteidigung demokratischer Verfassungsprinzipien" fand eine Veranstaltung in der Deutschlandhalle statt, die von knapp 10.000 Menschen besucht wurde. Im Mittelpunkt stand die Solidarität mit Hans Apel, der wegen seiner SEW-Mitgliedschaft, vom Berliner Oberverwaltungsgericht entschieden, aus dem Schuldienst entlassen wird (s. AK 139).

Die Veranstaltung und die am 19.10.78 folgende Demonstration wird unterstützt von Bischof Kurt Scharf, Pfarrer Heinrich Albertz, GEW Westberlin, GEW im DGB, F.D.P. Tiergarten, HU (Landesverband Westberlin), Jusos (Landesvorstand Westberlin), Kirche in der Verantwortung, VVN, Initiative für Einhaltung der Verfassung – gegen Berufsverbote (SEW-nahe), und dem Russell-Unterstützungsplenum Westberlin.

In der Veranstaltung kaum in Erwähnung gebracht wurde ein ähnliches Urteil gegen Barbara K., der eine Kandidatur für den KBW vor drei Jahren vorgeworfen wird; außerdem sind noch fast ein Dutzend ähnlich gelagerter Fälle vor dem Westberliner OVG anhängig.

Die Solidarität mit Hans Apel indes ist doch sehr groß: So sind bisher 159 Resolutionen aus dem In- und Ausland eingetroffen, so gab es 12 Resolutionen von ÖTV-Gruppen, 7 von der DruPa, 6 von der SPD und Jusos und drei von der F.D.P.

Die Hauptstoßrichtung der Redner auf der Veranstaltung war, für eine „Liberalisierung" der Berufsverbote einzutreten, wie folgende Zusammenfassung zeigt:

„ ...rief der ehemalige Regierende Bürgermeister und jetzige Pfarrer Heinrich Albertz auf, keine Ruhe mehr zu geben, bis Schluß gemacht werde mit dem Mißtrauen gegen alles, was links sei. Die Feinde der Demokratie stünden in aller Regel rechts. Albertz kritisierte die Praxis des Radikalenerlasses, weil unter Berufung auf den Fall Apel nicht mehr entschieden werde, was ein Angehöriger des Öffentlichen Dienstes tue oder nicht, sondern nach formalen Kriterien. **Unter Beifall forderte Albertz den Berliner Senat auf, dem Beispiel des Hamburger Regierenden Bürgermeisters Klose zu folgen** *und nur noch Routinefragen und Treueprüfungen im sicherheitsempfindlichen Bereich und in der Justiz vorzunehmen. Ohne eine schnelle Änderung der Praxis des Radikalenerlasses könne man sich nicht mehr länger glaubhaft über die DDR-Fälle Havemann und Bahro aufregen."*
(TSP, 11.10.78)

Unabhängig von dieser politischen Einschätzung von den SPD-Versprechen und deren Heuchelei über eine Liberalisierung der Berufsverbote-Praxis ist die Solidarität mit Hans Apel ein herausragendes Ergebnis, insbesondere das Verhalten „seiner" Schüler: diese führten drei Tage lang einen Streik durch, schrieben in der Nacht 450 Flugblätter mit der Hand (!!!) – beharren die Schüler seit der Entlassung Hans Apels auf dessen Wiedereinstellung: *„Bisher haben wir geglaubt, in Berlin gibt es eine Demokratie – das scheint nicht der Fall zu sein, sonst könnte der Senat unseren Lehrer nicht einfach mit der Begründung entlassen, er sei in der SEW. Wo doch jeder weiß, daß die SEW eine erlaubte Partei ist, die für die Verfassung eintritt."* (Die Schülersprecherin der Pommernoberschule).

KB/Gruppe Westberlin

Ist Hamburg Bayern? — Oder was haben Strauß und Klose gemeinsam

Während es in Bayern ja fast schon zum braunen Berufsverbotealltag gehört, neben Kommunisten, Antifaschisten, Demokraten und linken Christen auch SPD-Mitglieder ihres Berufes zu berauben, ist das im sozialdemokratisch regierten Hamburg immerhin doch ein pikantes Novum.

Der Versuch Edgar Voegels, dessen Fall aufgrund seines Bekenntnisses zum Orientierungsrahmen 85 der SPD auch international Aufsehen erregt hatte, per Antrag auf einstweilige Anordnung zur sofortigen Einstellung ins Referendariat doch noch sein Recht durchzusetzen, wurde vom Münchener Verwaltungsgericht abgeschmettert. Zur Findung dieses Urteils wurde offenbar (nach Aussage des SHB-Bundesvorstandes) im Verwaltungsgericht ein besonderer Coup gelandet: Der Richter Wittmann, aus früheren Zeiten als Vorsitzender der fünften Kammer des Münchener Verwaltungsgerichts landesweit für seine Berufsverbote Urteile bekannt, wurde eigens für den Fall Voegel in seine alte Position zurückversetzt und wurde prompt fündig. Wittmann war es auch, der am 4. April dieses Jahres befand, daß symbolische Judenverbrennungen durch Bundeswehrsoldaten kein Grund für strafrechtliche Verfolgungen seien und auch nicht als verfassungswidrig eingestuft werden könnten.

So weit Bayern.

In Hamburg nicht viel anders: Dort wühlen Sozialdemokraten inzwischen in ihren eigenen Reihen, nach dem Motto: Wer uns in der Partei nicht paßt, darf auch nicht in den Staatsdienst.

Der ehemalige Staatssekretär Hans Hermsdorf (SPD-Mitglied und Vorsitzender der Hamburger Landeszentralbank– belegt das SPD-Mitglied Michael J. (Dipl.-Volkswirt und ehemaliger Hamburger Asta–Vorsitzender) mit Berufs- und Ausbildungsverbot, und das 3 Tage nach Ausgang der Hamburger Wahl.

Der Vorgang: M.J. hatte sich für den Vorbereitungsdienst zum Höheren Bankdienst bei der Landeszentralbank beworben. Nach Prüfung der fachlichen Eignung erhielt er nach längerer Wartezeit *„einen ausschließlich politischen Ablehnungsbescheid"* (SHB-Bundesvorstand). Neben dem Vorwurf, SHB-Mitglied zu sein und damit mit dessen **„verfassungswidrigen"** Zielen übereinzustimmen, was **„staatsgefährdend und verwerflich"** sei, werden ihm auch seine Tätigkeiten in Selbstverwaltungsgremien der Studentenschaft vorgehalten.

Ein besonderer Hammer bei der Einordnung des SHB ist dabei der Verweis auf den Parteiausschluß der SHB-Bundesvorsitzenden Mechthild Jansen, womit die Landeszentralbank innerparteiliche Auseinandersetzun-



gen für die Begründung eines Berufsverbotes heranzieht.

Ob der Protest der Jusos bei Willy Brandt und ausgerechnet bei einem der rechtesten SPD-ler überhaupt, Oswalt Paulig, gut aufgehoben ist, werden wir erleben. Jedenfalls versaut dieses Berufsverbot der SPD etwas ihr Bild und sollte wohl auch noch den letzten Träumer von besseren Berufsverbotezeiten aus seinem Schlaf reißen.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Die saubere Weste des Herrn Koschnik

Bremen war ja immer schon was Besonderes; Bremen hatte immer schon die „fortschrittlichste" Radikalenregelung; Koschnick hatte immer eine saubere Weste; das brachte ihm jüngst die unzweifelbare Ehre ein, den Anstreicher der SPD in Sachen „Radikalen"regelung machen zu dürfen. Nun hat ihn allerdings der smarte Klose ja schon um Längen überholt.

Bremerhaven gehört bekanntlich zu Bremen und fällt damit unter dessen „fortschrittliche" Verfahrensregelung. Doch Bremerhaven will trotzdem noch lange nicht jeden Lehrer einstellen. Die Referendarin Regina C. wurde bei ihrer Bewerbung um Einstellung in den Bremerhavener Schuldienst abgewiesen, obwohl sie bereits in Niedersachsen (allerdings ja von der CDU regiert) Berufsverbot bekommen hatte (oder sollte man lieber sagen: „weil ..."?) und obwohl sie ihre Referendarzeit in Bremerhaven mit 2 abgeschlossen hatte.

Der für die Berufsverbieter in bremischen Landen ausreichende Grund für ihre Ablehnung ist die Tatsache, daß R.C. sich nach ihrem Studium in Oldenburg beworben hatte und dort abgelehnt worden war, weil sie angeblich MSB-Mitglied gewesen sein soll. Ihren gegen dieses Berufsverbot angestrengten Prozeß gewann sie, doch das Land Niedersachsen ging in die Berufung, obwohl R.C. nur auf Aufhebung des Berufsverbotes geklagt hatte und nicht auf Einstellung in den niedersächsischen Schuldienst, da sie ja inzwischen in Bremerhaven Referendarin war.

Allein die Tatsache, daß dieses Berufungsverfahren noch läuft, nimmt das Land Bremen jetzt zum Anlaß, R.C. nicht einzustellen. In feinster Hanseatenmanier fällt Herrn Koschnick dazu ein: *„Wie ich zwischenzeitlich erfahren habe, hat der Magistrat der Stadt Bremerhaven nicht, wie Sie annehmen, Ihre Einstellung auf Grund der 'Richtlinien' abgelehnt, sondern aufgrund einer von Bremerhaven ständig geübten Verwaltungspraxis, einen Bewerber nicht einzustellen, wenn in einem anderen Bundesland oder bei einem anderen öffentlichen Dienstherrn ein Gerichtsverfahren schwebt".*

Tja, wenn die so fortschrittlichen Richtlinien nicht mehr ausreichen, gibt es ja immer noch die Verwaltung. Jedoch in den Richtlinien heißt es:

2.1.„*Der Dienstherr bzw. der Arbeitgeber geht von der Vermutung aus, daß der einzelne Bewerber die Gewähr der Verfassungstreue bietet".*

und

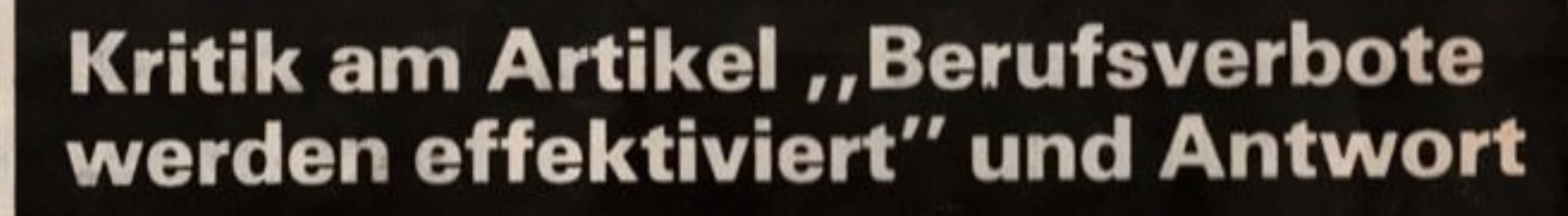
2.2.„...*Die Beschäftigungs- und Einstellungsbehörden stellen keine eigenen Nachforschungen an,*

und

2.4.„*Eine Anfrage beim Senator für Inneres wird weiterhin bei solchen Bewerbern um eine Stelle als Lehrer, Sozialpädagoge, Erzieher und Sozialarbeiter gestellt, die keinen Vorbereitungsdienst oder keine Praktikantenzeit im bremischen Öffentlichen Dienst abgeleistet haben".* Mit anderen Worten: Bei Leuten, die ihre Vorbereitungszeit zu einem der genannten Berufe in Bremen gemacht haben, darf nicht beim Innensenator angefragt werden.

Regina C. hat ihren Vorbereitungsdienst in Bremen abgeleistet. Also gibt es doch wohl den viel zitierten Widerspruch zwischen Politik und „Apparat", an dem ja demnächst auch die Hamburger Spitzenpolitiker Klose und Grolle scheitern sollen, wie man aus gut unterrichteten Kreisen hört. So leicht sollten sich die SPD-Führer jedoch nicht aus der Affäre ziehen können.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg



Kritik am Artikel „Berufsverbote werden effektiviert" und Antwort

Der Artikel über die von Klose angekündigte neue Berufsverbotepraxis enthält zwar meines Erachtens keine falschen Aussagen, aber er wird der Sache auch nicht gerecht. Zwei Punkte scheinen mir in dem Artikel zu fehlen:

– der Artikel geht nicht darauf ein, warum die Sozialdemokraten gerade jetzt dieses Manöver starten (nachdem, was in dem Artikel steht, hätten sie das gleiche auch schon früher machen können),
– der Artikel geht nicht darauf ein, daß mit dieser neuen Taktik auch Risiken verbunden sind und damit auch Chancen für uns.

Kloses neue Radikalenpraxis ist von ihm selbst begründet worden mit dem Ergebnis der letzten Bürgerschaftswahlen. In dem Interview mit dem „Hamburger Abendblatt" spricht er davon, daß bei dieser Wahl 20% der jungen Wähler ihre Stimme nichtdemokratischen Parteien gegeben hätten. Gemeint ist hier offensichtlich die „Bunte Liste". In der Regierungserklärung vom 12.7. sagte Klose, die Gefahr bestünde, daß immer mehr junge Menschen für diese Demokratie verloren gingen.

Man kann also durchaus sagen, daß die radikaldemokratische Protestbewegung doch so stark geworden ist,

die radikaldemokratische Protestbewegung doch so stark geworden ist,

daß sie die SPD zu einem Taktikwechsel veranlaßt (zu mehr zweifellos nicht!). Gerade die SPD sieht hier längerfristig eine ernstzunehmende Gefahr für ihr Wählerpotential. Will sie aber ernstlich das „kritische junge Potential" wieder aufsaugen, muß sie natürlich mehr bieten als nur Kosmetik. Sie wird daher tatsächlich meiner Einschätzung nach den ein oder anderen „Kommunisten" einstellen. Darauf deuten auch das Einstellen des Berufsverboteverfahrens gegen Elke Leppin (seit 1973 anhängig) und die Kassierung der Disziplinarverfahren gegen Gohl und Dreckmann hin (alles 3 DKP-Mitglieder). Klose selbst hat aber gesagt, daß dies seine Grenze hat. So schreibt er in der „Welt" vom 5.10., daß von 80 Hamburger Fällen in der Vergangenheit auch 60 noch heute Berufsverbot bekämen. Für den Zeitpunkt der Neuregelung ist es natürlich besonders günstig, daß der hauptsächlich betroffene Bereich Schule auf absehbare Zeit kaum Einstellungschancen bietet. Während in der Zeit des „Senatserlasses" (1971 - 1978) etwa 5000 bis 6000 Lehrer in den Hamburger Schuldienst eingestellt wurden, sehen die Haushaltsplanungen bis etwa 1985 nur noch rund 600 Einstellungen vor. Demnach kann man die neue Regelung auch so zusammenfassen: „Wenn wir eh keine Lehrer einstellen, dann können darunter ruhig ein paar Kommunisten sein".

Nun zu den Risiken. Die Polemik rechter bürgerlicher Zeitungen gegen Kloses Neuregelung dient nicht nur der Aufwertung dieser Sozialdemokratischen Finte – auch objektiv nicht. Was die Bourgeoisie nämlich hier gefährdet, ist eine ihrer wichtigsten Waffen, den Antikommunismus. Sicher sind Kommunisten auch weiter Verfassungsfeinde usw. aber sie werden eben offiziell, wenn auch zu einem kleinen Teil, geduldet. F.K. Fromme beschreibt das auf seine Weise im Leitartikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 7.10. 78: *„Die DKP zielt auf den Anpassungseffekt, den zum Beispiel ein DKP-Lehrer in einer Schule hervorruft, weil ihn die Kollegen 'ganz vernünftig' finden, und sie denkt an die Eltern, die gezwungen sind, zu einem DKP-Lehrer oder -Rektor zu gehen und über die Schulchancen ihres Kindes zu sprechen. Solche Eltern verlassen das Schulhaus anders, als sie hineingegangen sind".*

Sicher, DKP-Lehrer gab es bisher auch – aber eben nicht offiziell, und das macht ideologisch schon einen Unterschied aus. Wie sehr der SPD ihre Integrationsstrategie am Herzen liegt, zeigt, daß sie diesen ideologischen Nachteil – zumindest eine Zeitlang – in Kauf zu nehmen bereit ist.

Ein weiteres Risiko liegt in der Neuregelung selbst. Der AK schreibt richtig, daß ,sie eine Ausweitung der Überwachung bedeutet, eine stärkere Kontrolle z.B. der Unterrichtsmaterialien usw. Koschnik als SPD-Fachmann für Berufsverbote drückte das im Mai so aus, daß auch ein sozialdemokratisches Parteibuch in Zukunft nicht mehr vor Berufsverbot schützen dürfe, wenn der betreffende Lehrer indoktriniere.

Es wird also mehr geschnüffelt werden und das nicht nur gegen organisierte Lehrer, sondern bei jedem demokratischen Kollegen. Das aber stößt mit Sicherheit auch auf Widerstand. Das demokratische Engagement vieler Kollegen kann zunehmen und damit kann letztlich der gegenteilige Effekt von dem eintreten, was Klose beabsichtigt. Ursula Koppe, Vorsitzende der rechten GEW-Abspaltung „Alternative" befürchtet denn auch dies: *„Die Erklärung (Kloses), daß man Indoktrination künftig nicht dulden wolle, sofern Vorwürfe gegen den Lehrer belegt werden, gefährdet meines Erachtens nun tatsächlich den Schulfrieden".* (Leserbrief im „Hamburger Abendblatt" vom 5.10.).

Genau an diesem Punkt liegen natürlich auch unsere Chancen, politischen Widerstand zu wecken und zu stärken. Während von der bisherigen „Radikalenregelung" in Hamburg fast ausschließlich organisierte Kollegen erfaßt wurden, ist in Zukunft tatsächlich jeder Demokrat, jeder Sponti (und die gibt es reichlich unter den Lehrern) dran.

Ein Genosse des Lehrerkomitees
KB/Gruppe Hamburg

Antwort des Verfassers

Zunächst scheint es so, als stelle der Genosse lediglich Versäumnisse an dem Artikel fest, die er dann im wei-

Genosse lediglich Versäumnisse an dem Artikel fest, die er dann im wei-

teren ausführt. Ich stimme mit dem Genossen soweit überein, daß die angesprochenen Aspekte zum Verständnis der gesamten SPD-Kampagne notwendig sind.

Jedoch kritisiert er dies nicht als Versäumnis, sondern er hält diese von ihm genannten Aspekte offensichtlich für die w e s e n t l i c h e n. Das schließe ich aus seiner Aussage, der Artikel enthalte zwar keine falschen Aussagen, werde der Sache aber nicht gerecht. Mit anderen Worten: Es wurde sich an Nebenfragen aufgehalten, ohne die Hauptsache zu treffen. Kurz zusammengefaßt umfaßt seine Hauptlinie: Weshalb veranstaltet die SPD die Kampagne zum jetzigen Zeitpunkt, welche Gefahren erwachsen daraus für die Bourgeoisie und welche Möglichkeiten ergeben sich daraus für uns?

D i e s halte ich n i c h t für die wesentlichen Aspekte, die von den Kommunisten zum gegenwärtigen Zeitpunkt herausgearbeitet werden müssen. Gemeinsam können wir wohl davon ausgehen, daß ein Grund für die gegenwärtige Kampagne die „Staatsverdrossenheit" von Teilen der Jugend und die Unzufriedenheit vieler Jusos mit der SPD ist. Diese Teile sollen wieder in das bürgerliche Parteienspektrum einbezogen werden. Die SPD soll diesen Teilen wiederum als eine fortschrittliche Alternative gegenüber der CDU erscheinen; auf diesen Aspekt habe ich zum Abschluß des Artikels hingewiesen.

Die Grundlage für den Erfolg eines solchen Integrationsversuchs ist die weitverbreitete Illusion in die SPD, die immer noch als das „kleinere Übel" angesehen wird. Mehr noch: Die Jusos leben allein von der Hoffnung, daß es innerhalb der SPD doch noch möglich ist, einen fortschrittlichen Kurs durchzusetzen. Es entspricht geradezu der Mentalität der dort organisierten fortschrittlichen Kleinbürger, trotz tagtäglicher Repression durch die SPD-Führung bzw. durch die SPD-Regierung sich an diese Hoffnung zu klammern wie der Ertrinkende an den Strohhalm. Um dieser Hoffnung immer wieder Nahrung zu geben, streut die SPD-Führung von Zeit zu Zeit das Gerücht aus, sie habe sich „geirrt" und jetzt sei wirklich die Zeit angebrochen, in der „mehr Demokratie" gewagt werden könne.

Gleichzeitig brauchen die Jusos und sonstige Parteigänger der SPD gegenüber ihren linken Kritikern auch Beweise, daß es sich tatsächlich lohnt, innerhalb der SPD zu arbeiten. Dies ist der zweite Grund für die Ausstreuung von Gerüchten, die SPD wolle sich wandeln.

Für die Kommunisten stellt sich innerhalb der P r o p a g a n d a die Aufgabe, diese Illusionen zu zerstören, indem nachgewiesen wird, daß an eine „Liberalisierung" von Seiten der SPD zu keinem Zeitpunkt gedacht wird, daß sie einen solchen Kurs auch gar nicht einschlagen „kann", da sie sich nicht den Menschen verpflichtet fühlt, die sie gewählt haben, sondern durch und durch eine Partei der Interessen des BRD-Imperialismus ist. Gerade deshalb habe ich im Artikel auch die Vergleiche bei ähnlichen Kampagnen aus der Geschichte der BRD aufgenommen.

Die Jusos verbreiten immer wieder die Illusion, daß die SPD sich wandeln werde, wenn nur die demokratische Bewegung außerhalb der SPD stark genug sei (Doppelstrategie). Hiermit begründen sie auch, daß sie trotz vollständiger Knebelung immer noch in der SPD arbeiten.

Diese Illusion wird m.E. von dem Genossen unterstützt, wenn er als wesentlichen Aspekt hervorhebt, daß die SPD den Taktikwechsel vollzogen habe, wobei sich dies wohl n u r auf die Worte beziehen kann), weil die radikaldemokratische Protestbewegung erstarkt sei und dann weiter schreibt: „Will sie aber ernstlich das 'kritische junge Potential' aufsaugen, muß sie natürlich mehr bieten als Kosmetik". Genau in diesem Punkt bin ich gänzlich anderer Meinung. Die SPD wird eben nur Kosmetik bieten, um die alten Ziele mit neuen Sprüchen durchzusetzen. D i es ist jedenfalls die Lehre, die ich aus der Geschichte der SPD ziehe.

Wenn der Genosse prognostiziert, daß die SPD in Zukunft einige „Kommunisten" einstellen wird, so mag er durchaus Recht haben, genauso wie bisher auch nicht alle Kommunisten aus dem Staatsdienst entfernt wurden. Jedoch wäre es eine gefährliche Illusion, wenn er glauben sollte, daß dies auch nur mehr sein wird als eine

Illusion, wenn er glauben sollte, daß dies auch nur mehr sein wird als eine

Geste. Er selbst weist ja schon darauf hin, daß Klose die bisher ausgesprochenen Berufsverbote für völlig berechtigt hält – was er nur bemägelt, ist, daß die ideologische Verankerung nicht in dem Maße gelungen ist, wie sich dies Bourgeoisie und Staatsapparat vorgestellt haben.

Der Genosse weist weiterhin auf die Gefahr hin, die für die Herrschenden durch die Ausweitung der Berufsverbote auf den Bereich „Indoktrination" entsteht. Dies ist eine Aussage, die so allgemein wie richtig ist, da jede neue Unterdrückungsmaßnahme neben den „Vorteilen" auch immer die Gefahr von mehr Widerstand beinhaltet. Auch die Bourgeoisie ist nicht in der Lage, diesen Faktor vorauszubestimmen (wie sich z.B. bei den Berufsverboten zeigt). Dies hat jedoch gerade die BRD-Imperialisten niemals daran gehindert, diesen Kurs trotzdem zu fahren.

Wir können weiterhin feststellen, daß a l l e Diskussionen in den 70er Jahren „ über mehr Demokratie " letztlich zum Abbau von demokratischen Rechten geführt haben.
Auch die Diskussion 1976 um die Berufsverbote wurde mit diesem Ergebnis abgeschlossen. N i c h t s spricht bisher dafür, daß es diesmal anders aussehen sollte – außer man glaubt tatsächlich daran, daß die SPD aufgrund des Drucks eine Wandlung beginnt!

Abschließend möchte ich feststellen, daß ich vom Standpunkt der A g i t a t i o n durchaus mit dem Genossen übereinstimme, daß unsere Möglichkeiten besser werden. Allerdings auch hier nur soweit, daß sich die Möglichkeiten, den Menschen den Widerspruch zwischen bürgerlicher Ideologie (Freiheitsversprechungen) und der Wirklichkeit aufzuzeigen und sie für die Forderung nach „mehr Demokratie" zu mobilisieren, verbessern. Um uns hierbei jedoch nicht die Köpfe einzurennen, ist es zu allererst notwendig, sich Klarheit über die Ziele der SPD-Kampagne zu verschaffen. Dies ist ebenso die Voraussetzung, den fortschrittlichen Menschen in solchen Mobilisierungen die Illusionen über die SPD zu nehmen.

Radikalen-Erlaß gegen KINDERHAUS

Seit zwei Jahren besteht das KINDERHAUS Heinrichstraße, Hamburg. In Eigeninitiative schufen Eltern, Erzieher und viele Freunde das KINDERHAUS für 77 Kinder. Gleichberechtigung und individuelle Förderung, Selbständigkeit und solidarisches Verhalten bestimmen die alternative Erziehung im Kinderhaus. Anstatt diese vorbildliche und beispielhafte Einrichtung zu fördern, verweigert die Behörde seit zwei Jahren mit zweifelhaften Bedarfsberechnungen jegliche Unterstützung. Ein politischer Hintergrund für diese Verweigerung wird in Parlament und Öffentlichkeit von ihr stets dementiert. Nur dank der großen Hilfsbereitschaft und Solidarität aus allen Kreisen der Bevölkerung konnte das KINDERHAUS bis heute überleben und sich sogar vergrößern.

Nun hat das Verwaltungs-Gericht nach langer Wartezeit in einem vom KINDERHAUS e.V. gegen die Behörde angestrengten Verfahren ein Urteil gesprochen, das uns betroffen macht, weil es die Existenz des KINDERHAUSES und die Praxis demokratischer Prinzipien gleichermaßen gefährdet. Zwar hält jetzt auch das Gericht die Bedarfsberechnungen der Behörde für wenig überzeugend. Dennoch bekommt das KINDERHAUS die Förderung von jährlich ca. 200000 DM immer noch nicht. Statt dessen äußert das Gericht „Zweifel, ob das KINDERHAUS die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit bietet" und legt fest, Förderung dürfe nur erhalten, wer „positiv im Sinne der obersten Grundsätze der freiheitlichen Demokratie wirkt".

Nachdem der Versuch fehlgeschlagen ist, das KINDERHAUS mit nicht-haltbaren Bedarfsberechnungen zur Aufgabe zu zwingen, werden jetzt doch politische Bedenken geäußert. Erstmalig in diesem Land soll der Radikalen-Erlaß auch gegen eine Kinder- und Elterninitiative angewendet werden.

Sind das die Konsequenzen aus den Beteuerungen führender Politiker, daß der Radikalen-Erlaß „ein Fehler" war (Willy Brandt), „der auf den Misthaufen gehöre" (Egon Bahr) und damit „ein für allemal Schluß sein muß" (Bürgermeister Kose)?

Wir protestieren, daß durch den Radikalen-Erlaß Tagesplätze von 77 Kindern gefährdet werden, generell Initiativen im sozialen und pädagogischen Bereich in ihrer Existenz bedroht und neue Wege in der Erziehung verhindert werden.

Wir fordern, den Eltern und Kindern des KINDERHAUS die ihnen gesetzlich zustehende Unterstützung endlich zu gewähren.

Gerd Baltus, Schauspieler
Brigitte Baltus-Rohkohl, Rundfunkmoderatorin
Karl W. Bauer, Wiss. Ass.
Wolf Biermann
Monika Bleibtreu, Schauspielerin
Arnold von Bosse, Rechtsanwalt
Claus Brandt, stellv. Bundesvors. der Judos
Ekkehard v. Braunmühl, Antipädagoge
Dieter Brumm, freier Autor
Peter O. Chotjewitz, Schriftsteller
Dr. H. Comes, Rechtsanwalt
Andreas Conradi, Journalist
Prof. Dr. Malte Dahrendorf
Michael Dornieden, Rechtsanwalt
Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin
Ada Verena Gass, Autorin
Jörg Giesen, Pastor
Frank Göhre, Schriftsteller
H. G. Haakshorst, Rechtsanwalt
Hans Häußler, Autor
Heinrich Hannover, Rechtsanwalt und Autor
Ulrich Hentschel, Pastor
Wolfgang Henze, Betriebsrat
Donata Höffer, Schauspielerin
Dr. Luc Jochimsen, Journalistin
Helga Karrenbrock, Studienreferendarin
Ilona Klene, Betriebsrätin u. Bez'abg. der BL
Ursula Kirchberg, Kinderbuchautorin
Hans-Peter Korff, Schauspieler
Ulla Küspert, Journalistin
Christina Kukielka, Bezirksabgeordn. der BI
Dietmar Kurzeja, Dipl.-Sozialwiss.
Klaus-Peter Lehmann, Pastor
Michael Lemke, Rechtsanwalt
Prof. Dr. Manfred Liebel
Elke Leuschner, Pastorin
Till Meyer-Bruns, Verlagskaufmann
Ilse Nichaelis, Dipl.-Bibliothekarin
Bernt M. Niese, Rechtsanwalt
Michael Nitschke, Rechtsanwalt
Hans-Georg Noack, Schriftsteller
Heidrun Oldenburg, Sozialpädagogin

Dieter Pflanz, Autor
Dieter Pietruck, Zahnarzt
Bettina Radke, Lehrerin
Claus Reichelt, Kinderbuchautor
Annette Rethemeier, Sozialarbeiterin
Prof. Dr. Dieter Richter
Peter Rühmkorf, Schriftsteller
Prof. Klaus Scherpe
Jan Schlichting, stellv. Betriebsratsvorsitz.
Wilhelm Schlote, Autor
Volker Schmidt, Pastor
Jan Schniebel, Illustrator
Andreas Schultheiß, Pastor
Dietrich Segebrecht, Journalist
Uwe Siercke, Arzt
Jochen Sievers, Pastoral-Assistent
Margret Steenfatt, Jugendbuchautorin
Prof. Dr. Dorothee Sölle
Prof. Dr. Fulbert Steffensky
Wolfgang Steller, Psychotherapeut
Rüdiger Stoye, Kinderbuchautor
Irmgard v. Studnitz, Fachberaterin
Gerhard Strate, Rechtsanwalt
Brita Subklew, Schauspielerin
Christine Teelen-Venske, Schauspielerin
Rainer Trampert, Betriebsrat
Sabine Marie Unger, Öffentlichkeitsarbeiterin
Henning Venske, Autor und Schauspieler
Hermann Vinke, Journalist
Wolfgang Vogt, Pastor
F. K. Waechter, Grafiker und Schriftsteller
Sönke Wandschneider, Pastor
Jens Waubke, Öffentlichkeitsreferent
Gerhard Weber, Generalsekretär
Gisela Wiese, Kindergärtnerin
Babygruppe „Koppel"
Kleinkindergarten Finkenau e. V.
Till Eulenspiegel-Kette e. V., Kinder-Elterngruppe
Deutsche Jungdemokraten, LV Hamburg
Redaktion der Zeitschrift „konkret"
Redaktion „DIE NEUE"

Verantwortlich für den Inhalt: Beirat des KINDERHAUS, Heinrichstraße 14a, 2000 HH 50, U. Hentschel, Hauptstraße 27, 2084 Rellingen

Ekkehard v. Braunmühl, Antipädagoge
Dieter Brumm, freier Autor
Peter O. Chotjewitz, Schriftsteller
Dr. H. Comes, Rechtsanwalt
Andreas Conradi, Journalist
Prof. Dr. Malte Dahrendorf
Michael Dornieden, Rechtsanwalt
Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin
Ada Verena Gass, Autorin
Jörg Giesen, Pastor
Frank Göhre, Schriftsteller
H. G. Haakshorst, Rechtsanwalt
Hans Häußler, Autor
Heinrich Hannover, Rechtsanwalt und Autor
Ulrich Hentschel, Pastor
Wolfgang Henze, Betriebsrat
Donata Höffer, Schauspielerin
Dr. Luc Jochimsen, Journalistin
Helga Karrenbrock, Studienreferendarin
Ilona Klene, Betriebsrätin u. Bez'abg. der BL
Ursula Kirchberg, Kinderbuchautorin
Hans-Peter Korff, Schauspieler
Ulla Küspert, Journalistin
Christina Kukielka, Bezirksabgeordn. der BI
Dietmar Kurzeja, Dipl.-Sozialwiss.
Klaus-Peter Lehmann, Pastor
Michael Lemke, Rechtsanwalt
Prof. Dr. Manfred Liebel
Elke Leuschner, Pastorin
Till Meyer-Bruns, Verlagskaufmann
Ilse Nichaelis, Dipl.-Bibliothekarin
Bernt M. Niese, Rechtsanwalt
Michael Nitschke, Rechtsanwalt
Hans-Georg Noack, Schriftsteller
Heidrun Oldenburg, Sozialpädagogin

Prof. Klaus Scherpe
Jan Schlichting, stellv. Betriebsratsvorsitz.
Wilhelm Schlote, Autor
Volker Schmidt, Pastor
Jan Schniebel, Illustrator
Andreas Schultheiß, Pastor
Dietrich Segebrecht, Journalist
Uwe Siercke, Arzt
Jochen Sievers, Pastoral-Assistent
Margret Steenfatt, Jugendbuchautorin
Prof. Dr. Dorothee Sölle
Prof. Dr. Fulbert Steffensky
Wolfgang Steller, Psychotherapeut
Rüdiger Stoye, Kinderbuchautor
Irmgard v. Studnitz, Fachberaterin
Gerhard Strate, Rechtsanwalt
Brita Subklew, Schauspielerin
Christine Teelen-Venske, Schauspielerin
Rainer Trampert, Betriebsrat
Sabine Marie Unger, Öffentlichkeitsarbeiterin
Henning Venske, Autor und Schauspieler
Hermann Vinke, Journalist
Wolfgang Vogt, Pastor
F. K. Waechter, Grafiker und Schriftsteller
Sönke Wandschneider, Pastor
Jens Waubke, Öffentlichkeitsreferent
Gerhard Weber, Generalsekretär
Gisela Wiese, Kindergärtnerin
Babygruppe „Koppel"
Kleinkindergarten Finkenau e. V.
Till Eulenspiegel-Kette e. V., Kinder-Elterngruppe
Deutsche Jungdemokraten, LV Hamburg
Redaktion der Zeitschrift „konkret"
Redaktion „DIE NEUE"

Verantwortlich für den Inhalt: Beirat des KINDERHAUS, Heinrichstraße 14a, 2000 HH 50, U. Hentschel, Hauptstraße 27, 2084 Rellingen

Wie auch im AK berichtet (Nr. 137, S. 1) ist im Fall des Hamburger ‚Kinderhaus in der Heinrichstraße' der Radikalenerlaß ins Spiel gebracht worden – wahrscheinlich der erste Fall, wo dieser Erlaß („ ... keine Gewähr, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten ... ") gegen eine Kinder- Initiative angewendet werden soll. Auf Initiative des Kinderhaus- Beirats wurde hiergegen eine Unterschriftensammlung organisiert und ein Protst-Text als Anzeige im „Hamburger Abendblatt" veröffentlicht. Wir drucken hier die Anzeige nach und schließen uns der Erklärung an.

AK-Redaktion

Arbeitsversammlung der GEW-Hamburg: 7 Jahre Senatserlaß

Am 12.10. fand eine Arbeitsversammlung der GEW-Hamburg zum Thema Berufsverbote statt. Erschienen waren 200 interessierte Lehrer. Im Mittelpunkt stand die Debatte um die angebliche Liberalisierung des Radikalenerlasses.

Interessant war für uns vor allem die Reaktion der Sozialdemokraten und der Revisionisten (DKP,DFU). Schon am 2.10.78 hatte der GEW-Landesvorstand eine Presseerklärung herausgegeben, in der er sein Wohlwollen über die Aktion des 1. Bürgermeisters Klose in Bezug auf den „Radikalenerlaß" ausdrückt und gleichzeitig die Kritik der CDU hierzu verurteilt.

In ähnlicher Weise mehr oder weniger optimistisch zeigten sich auch die Vertreter des Vorstandes auf der Veranstaltung. So behauptete Horst Bethge (Mitglied der DKP-nahen DFU und des Landeskomitees gegen Berufsverbote), daß mit einer Umsetzung von Kloses Vorschlägen ca. 95% der bisherigen Berufsverbotefälle keine Fälle mehr seien. Man müsse zwar den Kampf auch gegen die verbleibenden 5% und vor allem gegen eine Verschärfung der Dienstaufsicht weiterführen, insgesamt sei jedoch die gegenwärtige Diskussion ein Erfolg der Bewegung gegen die Berufsverbote im In- und Ausland.

Die anwesenden DKP-Berufsverboteopfer stimmten voll hiermit überein. Ihnen lag vor allem der Wegfall des Kriteriums der Mitgliedschaft in der DKP am Herzen, womit für sie das Problem weitgehend gelöst zu sein scheint. Bestätigt in ihren Vorstellungen sehen sie sich dadurch, daß die Disziplinarmaßnahmen gegen die DKP-Lehrer Grohl und Dreckmann bis zur Neuregelung des Radikalenproblems eingestellt wurden.

Interessant war auch die Aussage des GEW-Vorstandsmitglieds Dr. D. Wunder, der auch im Bundesvorstand der GEW sitzt und der mit Frister die Stellungnahme der Bundes-GEW zur Neuregelung des Radikalenerlasses vorbereitet hat. Wunder stellte fest, daß die Berufsverbote letztlich alle mit Hilfe des Beamtengesetzes begründet werden (besondere Treuepflicht des Beamten, Gewährbieteformel). Da Wunder das gegenwärtige Kräfteverhältnis für zu schlecht hält, meint er jedoch, daß eine Forderung nach Abschaffung des undemokratischen Beamtengesetzes falsch sei, da sie zur Zeit nicht verwirklicht werden könne. Stattdessen orientiert er auf die Möglichkeit einer „demokratischen Auslegung" des Beamtengesetzes unter Hinweis auf die „demokratische Tradition" des Beamtengesetzes in der Weimarer Zeit.

Die Kritik und Skepsis an all diesen Einschätzungen war auf der Versammlung überwiegend. Es wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß die GEW durch die Begrüßung des Klose-Vorschlags der SPD den Weg bereitet für einen neuen Kurs, der letztlich in der Ausführung eine Verschärfung bedeuten könne (verschärfte Dienstaufsicht, Verschärfung des Disziplinarrechts).

Es wurde ebenfalls noch einmal auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse im DGB hingewiesen, deren Beseitigung Voraussetzung für eine glaubwürdige Position der Gewerkschaften zu den Berufsverboten sei.

Einige Kollegen äußerten auch die Befürchtung, daß durch den Taktikwechsel die Berufsverbotebewegung gespalten werden könnte und ein Teil in die SPD-Politik reintegriert werden solle. Die jüngsten Berufsverbote von Sabine D. (Hamburg) und Hans Apel (Westberlin) zeigen, daß Leute wie Klose gar nicht daran denken, die Berufsverbote abzuschaffen.

Illusionen verbreiten über den gegenwärtigen Taktikwechsel der Sozialdemokratie heißt, die Kräfte im Kampf gegen die Berufsverbote zu schwächen – es gilt dagegen, die Aufmerksamkeit aller Demokraten gegenüber einer verfeinerten Taktik zu wecken, um einer Verschärfung entgegenzutreten.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Klassenjustiz



Die Forderung wird immer dringlicher:
Werner Hoppe muß umgehend freigelassen werden!

Obwohl Werner in letzter Zeit nicht mehr abgenommen hat, geht es ihm seit Anfang Oktober wieder schlechter als zuvor. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, daß sein Zustand eine Folge der Haft ist, und er nun schon eine Weile in der Ungewissheit lebt, was mit ihm passieren wird; wenn man bedenkt, daß die 18. Etage des Altonaer Krankenhauses, in der er sich befindet, von einer Menge schwerbewaffneter Polizisten wimmelt; wenn man bedenkt, daß erst vor wenigen Tagen unter der Regie des Vollzugsleiters Ludwig das Krankenzimmer von Werner durchsucht wurde – was ihn sehr massiv an die

weiträumige Polizeiaktion statt, bei der Verhaftungen großen Stils geübt werden sollten: die "Aktion Kora". Angeblich wurde damals nach RAF-Mitgliedern gefahndet. Angeblich waren irgendwelche RAF-Mitglieder mit einem BMW gesehen worden, oder es wurde behauptet, BMW's würden von der RAF gerade bevorzugt. Jedenfalls wurden in einer Reihe von Straßen in Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holsteins insbesondere BMW-Fahrzeuge von schwerbewaffneten Polizisten kontrolliert, während offen in der Zeitung geschrieben wurde, d a ß nach RAF-BMWs gesucht würde. In eine solche Kon-

Die Forderung wird immer dringlicher:

Werner Hoppe muß umgehend freigelassen werden!

Obwohl Werner in letzter Zeit nicht mehr abgenommen hat, geht es ihm seit Anfang Oktober wieder schlechter als zuvor. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, daß sein Zustand eine Folge der Haft ist, und er nun schon eine Weile in der Ungewissheit lebt, was mit ihm passieren wird; wenn man bedenkt, daß die 18. Etage des Altonaer Krankenhauses, in der er sich befindet, von einer Menge schwerbewaffneter Polizisten wimmelt; wenn man bedenkt, daß erst vor wenigen Tagen unter der Regie des Vollzugsleiters Ludwig das Krankenzimmer von Werner durchsucht wurde – was ihn sehr massiv an die Zellendurchsuchungen im Knast erinnern mußte, und die Furcht, dorthin zurückverlegt zu werden, noch gesteigert haben muß.

Nachdem Werner in den letzten Wochen von mehreren Internisten und Psychosomatikern untersucht worden ist, hat nun das Gericht dem Antrag zugestimmt, den bekannten Berliner Psychiatrie-Professor Rasch als Gutachter zu bestellen. Rasch gehört zu den bekanntesten Sachverständigen auf diesem Gebiet und hat schon eine Reihe von Gefangenen begutachtet, wobei er stets die negativen Folgen von Isolation benannt hat. Prof. Rasch hat Werner inzwischen auch untersucht.

Werner hat von allen noch lebenden politischen Gefangenen die längste Isolationshaft hinter sich: seit dem 15.7.71!

- Bis Oktober 1974 befand er sich zunächst in Totalisolation;
- bis April 1975 befand er sich zusammen mit Helmut Pohl in Kleingruppenisolation;
- bis Oktober 1975 war er wiederum in Totalisolation;
- bis Mai 1976 wieder Kleingruppenisolation, diesmal zusammen mit Bernd Geburtig;
- bis Juni 1976 Totalisolation;
- bis Juli 1977 wieder Kleingruppenisolation;
- dann kam er bis August 1977 nach Stammheim;
- von August bis November 1977 unterlag Werner der K o n t a k t - s p e r r e ;
- seitdem – bis zu seiner Einlieferung ins Allgemeine Krankenhaus Altona – erneut Kleingruppenisolation.

Die Haft wurde zeitweise noch besonders verschärft, indem ihm z.B. Sprechverbot auferlegt worden war. Wegen Verstoßes gegen dieses Sprechverbot erhielt er insgesamt 60 Tage Arrest ! Insgesamt 2 1/2 Jahre durfte Werner nur gefesselt aus seiner Zelle geführt werden!

Am 15.7.71 fand in Hamburg eine weiträumige Polizeiaktion statt, bei der Verhaftungen großen Stils geübt werden sollten: die "Aktion Kora". Angeblich wurde damals nach RAF-Mitgliedern gefahndet. Angeblich waren irgendwelche RAF-Mitglieder mit einem BMW gesehen worden, oder es wurde behauptet, BMW's würden von der RAF gerade bevorzugt. Jedenfalls wurden in einer Reihe von Straßen in Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holsteins insbesondere BMW-Fahrzeuge von schwerbewaffneten Polizisten kontrolliert, während offen in der Zeitung geschrieben wurde, d a ß nach RAF-BMWs gesucht würde. In eine solche Kontrolle gerieten Werner Hoppe und Petra Schelm: Petra wurde dabei erschossen.

Ein Jahr später wurde Werner wegen der Schüsse, die er bei seiner Verhaftung abgegeben haben soll, der Prozeß gemacht. Der Prozeß unter Leitung von Richter Schmidt, der auch den gerade laufenden Antifaschisten-Prozeß in Hamburg leitet, wurde zu einer der ersten großen politischen Prozeßfarcen seit der Studentenbewegung Ende der 60ger Jahre. Werner wurde zu skandalösen 10 Jahren verurteilt – wegen "dreifachen Mordversuchs". Und das, obwohl sich die Polizeizeugen massenhaft in Widersprüche verstrickt hatten:

- ein Polizist wollte, als Werner angeblich auf ihn schoß (bei hellichtem Tage!) das Mündungsfeuer gesehen haben;
- andererseits sagte er aus, daß er kein Hochschnellen der Waffe gesehen habe, was er allerdings im Gegensatz zum Mündungsfeuer hätte sehen müssen – wenn seine Zeugenaussage nach normalem Sachverstand glaubwürdig sein soll.

Der Staatsanwalt Gammelin beantragte schließlich, Werner wegen "einfachen Mordversuchs" zu verurteilen, weil in seiner Waffe e i n e Patrone fehlte. Richter Schmidt hingegen verurteilte Werner wegen "dreifachen Mordversuchs", obwohl Sachverständigen-Gutachten die Behauptung von mehr als einem, maximal zwei Schüssen aus Werners Pistole als völlig unhaltbar nachwiesen. Richter Schmidt erfand bei der Urteilsverkündung schlicht ein zweites Magazin,das Werner angeblich leergeschossen und dann fortgeworfen habe.Doch keiner hat das gesehen und keiner hat trotz intensivster Suche (mit Metallsonden!) ein solches Magazin je gefunden. Deswegen sitzt Werner seit nunmehr sieben Jahren in Isolation!

Werner muß sofort entlassen werden!

IKAH

Freiheit für Astrid Proll

Wenn dieser AK erscheint, wird vermutlich gerade vom zuständigen Gericht entschieden, ob Astrid Proll freigelassen wird oder nicht. Angesichts der äußerst dürftigen Beweislage könnten allerdings die westdeutschen Behörden eine Terminverschiebung beantragen, um noch irgendetwas zurechtzuzimmern. Wie schon im letzten AK geschrieben, wurde bereits 1974 öffentlich angezweifelt, ob es bei der damaligen Beweislage zu einer Verurteilung kommen werde. Nach vier Jahren hat sich das sicherlich nicht zugunsten der Anklage verbessert.

Solidarität in England

Gleich nach der Verhaftung haben Freunde von Astrid in England ein Komitee gegründet, das sich für ihre Freilassung einsetzt: die "Friends of Astrid Proll" (Freunde von Astrid Proll) haben folgende Ziele:
- Kampf gegen die Auslieferung,
- Kampf für politisches Asyl,
- Verbesserung ihrer Haftbedingungen im Gefängnis Brixton,
- Enthüllung der Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD und
- ihr weiterhin zu helfen, zu überleben und an eine Zukunft zu glauben.

In seinen Flugblättern weist das Komitee auch ausdrücklich auf die Bedingungen hin, unter denen Astrid von 1971 bis 1974 inhaftiert war: 4 1/2 Monate sensorischer Deprivation im "stillen Flügel" bzw. toten Trakt von Köln-Osssendorf, 2 1/2 Jahre Einzelhaft in Frankfurt/Preungesheim. *"Bedingungen, die vollkommenen Verlust der Identität, ständige Panikausbrüche, Unfähigkeit zu denken und eine schwere Schädigung ihres Kreislaufes bewirkten."* Das Komitee zitiert auch aus Berichten von Ulrike Meinhof, wie sie die Isolation erlebt hat. Um die Forderung nach politischem Asyl zu unterstreichen, zählt es noch einmal die politischen Gefangenen auf, die im vergangenen Herbst in westdeutschen Gefängnissen den Tod gefunden haben.

Einen Tag nach Astrids Verhaftung fand in London ein Kongreß der "Frauen in handwerklichen Berufen" (women in manual trades) statt, zu deren Einschüchterung eine Menge Bullen angerückt waren. Der Kongreß verabschiedete eine Resolution, in der es heißt:

"Die Konferenz drückt ihre Erschrockenheit und ihre Betroffenheit über die Verhaftung von Anna Puttnick aus, die als Monteurin und Autoschlosserin in "woman in manual trades" gearbeitet hat (...) Diejenigen von uns, die sie kannten, mögen sie gern und achten sie. Wir widersetzen uns energisch jedem Versuch, sie in westdeutsche Gefängnisse auszuliefern, wo es eine hohe Todesrate von als Terroristen Verdächtigten gibt und wir um ihr Leben fürchten müssen."



„Freunde von Astrid Proll" fordern „Keine Auslieferung"! (Foto: Socialist Worker)



Wandzeitung am Gericht, das die Verhaftung verfügt hat

Schreibt Astrid Proll und dem englischen Unterstützungskomitee:

Astrid Proll
B 221 88
Brixton Prison
Jebb Avenue
GB – SW2 5 XF London

"Friends of Astrid"
109 Back Church Lane
Whitechapel
GB – London E1

IKAH

Verteidigerbehinderung in England — fast wie in der BRD

Zusätzlich zu ihrem Londoner Verteidiger Larry Grant hat Astrid Proll ihren ehemaligen Bremer Anwalt Prof. Ulrich Preuß hinzugezogen.

Die Bedingungen, unter denen die Verteidigergespräche stattfinden, erinnern stark an bundesdeutsche Verhältnisse während der Kontaktsperre. Larry Grant protestierte gegen diese Bedingungen inzwischen beim Innenministerium. Es ging um den Besuch von RA Preuß am 6.10., der – wie Merlyn Rees vom Innenministerium angeordnet hatte – in Sicht- und Hörweite von Gefängnispersonal stattfinden sollte. Außerdem wurde verlangt, das Gespräch in englischer Sprache zu führen. Rees rechtfertigte die Anordnung damit, daß Astrid zur Kategorie A von Gefangenen gehöre, bei denen diese Besuchsbedingungen üblich seien. Außer Astrid befinden sich im Männerknast Brixton, der der sicherste Londons sein soll, noch zwei Frauen. Das "National Council for Civil Liberties" (Nationale Vereinigung für bürgerliche Freiheiten) protestierte ebenfalls gegen die Verteidigerbehinderung. Generalsekretärin Patricia Hewett betonte, das Innenministerium verstoße damit gegen Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention und klagte Merlyn Rees an, sich als Marionette der westdeutschen Behörden gebrauchen zu lassen.

Freiheit für Astrid Proll!

IKAH

Solidarität mit Kristina Bester! Keine Auslieferung!

Weniger bekannt als Astrid Proll,aber in ähnlicher Situation ist in den USA Kristina Bester: Sie sitzt in Albany in Haft in Erwartung ihres Auslieferungsprozesses.

Kristina war am 16. Juli dieses Jahres im nordamerikanischen Staat Vermont verhaftet worden, als sie die kanadisch-amerikanische Grenze zu überqueren versuchte. Sie wird von den amerikanischen Paßbehörden wegen Verletzung der Einwanderungsbestimmungen in 7 Punkten angeklagt, weil sie einen iranischen Paß und kein US-Visa bei sich trug.

Ihre Verhaftung war für die Presse natürlich Anlaß für diverse Vermutungen und Hirngespinste: So sollte sie sich angeblich in Begleitung von 2 oder gar 3 Personen befunden haben. Laut „Spiegel" vom 24.7.78 mutmaßten FBI und amerikanisches Justizminsterium, daß es sich womöglich um Bommi Baumann und Angelika Speitel (!!) gehandelt habe, was einmal politisch (von der Zusammenstellung der Personen her) völlig schwachsinnig ist, und zweitens inzwischen auch durch die Niederschießung und Verhaftung Angelikas in der BRD wiederlegt ist. Letztlich ist dies nur ein Beweis mehr, daß Polizeisprecher und Presse keine Skrupel haben, jedwede Story zu erfinden. Ihr Ziel hatten sie jedenfalls erreicht: die totale Vorverurteilung Kristinas durch die amerikanische Presse, die sich dabei ständig auf anonyme FBI- Sprecher oder einfach nicht näher benannte „Quellen" beriefen:„*2 westdeutsche Terroristen in den USA vermutet (Titel)... eine dritte wird in Haft gehalten..*" („Washington Post", 21.7.78).
„*3 gesucht wegen Hilfe für eine deutsche Terroristin - Frau mit Verbindungen zur Baader-Meinhof- Bande beim Eintritt in die USA verhaftet*" („New York-times", 22.7.78).
„*Terror-Verdächtige in den USA angeklagt*"(„IHT", 28.7.).
„*die staatlichen Stellen sind sicher, daß die beiden anderen Personen, von denen geglaubt wird, daß sie in den USA seien, Mitglieder der „Bande" sind, wie aus Quellen (!) verlautet... ein Sprecher des FBI sagte, die staatlichen Stellen hätten keine Vermutung über Bestimmung oder Auftrag der Gruppe (!)... es seien höchste Anstrengungen eingeleitet worden, die beiden Verdächtigen in den USA und Kanada zu finden.*" Etc. etc. Selbst in Frankreich schrieb der „France-Soir" auf der Titelseite (22.7.78): „*Terroristin der Baader-Meinhof-Bande in den USA verhaftet*".

Während so – vor allem mit der Story um die angeblichen Begleiter – in der amerikanischen Öffentlichkeit der Eindruck erweckt werden sollte, als handle es sich bei Kristina um ein Mitglied der RAF, die mit weiteren Begleitern die USA zu Terrorzwecken „infiltrieren"wolle, und die Haftkaution zunächst auf 500.000 Dollar (= mehr als 1 Mio. DM) festgelegt worden war, sahen die konkreten Anschuldigungen doch ganz anders aus. Beiläufigmußte die Presse selber zugeben, daß
- gegen Kristina lediglich ein Haftbefehl vom März 73 (!) vorliegt, der ihr Sprengstoffgebrauch und Urkundenfälschung vorwirft sowie Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung.
- daß eine Überprüfung von dpa in Hamburg ergeben hätte, daß sie nicht als „Baader-Meinhof-Mitglied bekannt war.
- daß sie im übrigen keine Waffe bei sich gehabt habe. Der Spiegel vom 24.7. und International Herald Tribune (IHT) vom 28.8. sprachen „nur" von „*mutmaßlicher (!) Sprengstoffbastlerin im einstigen Heidelberger Patienten Kollektiv*", und laut New-York-Times vom 22.7. gab ein offizieller Sprecher der westdeutschen Botschaft in Washington zu, daß sie kein Mitglied dieser linken („left wing") Organisation (gemeint: RAF) sei, bezeichnete Kristina aber gleichzeitig als „Terroristin". Als am 24.7. schließlich ein Auslieferungsersuchen der BRD an die USA gestellt wurde, führte die Bundesanwaltschaft schließlich (lt. „New York-Times", 25.7.) als Begründung „*kriminelle Vereinigung, Urkundenfälschung und Annahme von Diebesgut*" an.

Bei soviel verschiedenen Versionen muß ja nun mindestens eine stimmen? Schließlich wurden anscheinend auch die „*laut ‚Quellen' sicheren deutschen Baader-Meinhof-Mitglieder*" gefunden: lt. SZ vom 18.9. wurden von einem US-Gericht 3 US-Bürger (!!) wegen „*Unterstützung der mutmaßlichen Terroristin Kristina Bester*" unter Anklage gestellt.

Daß die Anschuldigungen gegen Kristina wenig Haltbares beinhalten, wurde im Grunde auch daran deutlich, daß die Kaution inzwischen auf 100.000 Dollar herabgesetzt wurde.

Man muß sich die ganze Konstruktion noch einmal vor Augen führen: Die Vermutung der „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" stützt sich auf das frühere SPK (Sozialistischen Patientenkollektiv Heidelberg). Das SPK, eine fortschrittliche Antipsychiatriegruppe, war in den Jahren 71/72 in einer beispiellosen Kampagne von Presse- und Polizeiübergriffen kriminalisiert und in bester „Sippenhaft" angeklagt worden. Aus der Tatsache, daß dann später eine Reihe ehemaliger SPK-Mitglieder zur RAF gingen, wird flugs das SPK zur „Vorläuferorganisation" der RAF deklariert (Wash. Post, New York Times), womit man sich weitere „Beweise" spart.
Schließlich werden sogar noch Dritte (die Leute, die Kristina über die Grenze helfen wollten) als „Terroristenhelfer" angeklagt, obwohl gegen Kristina noch absolut n i c h t s bewiesen ist und nach den spärlichen Informationen in der Presse zu urteilen, noch nicht einmal eine k o n k r e t e Anklage erhoben wurde.

Kristina selbst wußte zumindest bis Ende August nicht, was ihr von Seiten der BRD-Behörden überhaupt vorgeworfen wurde. Nach ihren eigenen Aussagen war sie aufgrund ihrer Teilnahme an der Organisierung eines teach-ins (!) an der Heidelberger Universität 1972 wegen „Teilnahme an einer kriminellen Vereinigung" angeklagt worden. (Es wird sich wohl um die damals vom Heidelberger SPK organisierte Veranstaltung zur eigenen Verteidigung sowie zur Haftsituation der politischen Gefangenen in der BRD handeln). Als Kristina 1973 ihren Namen auf einer Fahndungsliste sah, verließ sie Westdeutschland, hat an keinen politischen Aktivitäten mehr teilgenommen, sondern in einem Land der Dritten Welt in einem ärztlichen Versorgungslager gearbeitet (alle Informationen aus „Rutland Daily Herald", 24.8.78).

In den USA hat sich inzwischen ein „Defense-Komitee" gebildet, um ihre Auslieferung zu verhindern und politisches Asyl zu erreichen. Unter der Überschrift „*Kristina Berster: O p f e r – nicht kriminell*" wird auf die Situation in der BRD eingegangen, auf die Repressionsmaßnahmen und den Abbau demokratischer Rechte, die Kristina 73 dazu brachten, die BRD zu verlassen, da sie auf Grund der vagen Beschuldigung "Mitgliedschaft zu einer kriminellen Vereinigung" angeklagt war, ohne daß sie je an terroristischen Aktivitäten teilgenommen habe. Das Komitee, an dem auch mehrere Rechtsanwälte teilnehmen, informiert mit Flugblättern und Pressearbeit über die Zustände in der BRD und versucht eine breite Öffentlichkeit zum Prozeß zu mobilisieren, da auf Grund der Vorverurteilung in der Presse kein fairer Prozeß zu erwarten ist.

Die Entfernung zu den USA und das wenige Aufsehen, das dieses Verfahren bisher erregt hat, sollte nur ein Grund mehr sein, den Prozeß aufmerksam zu verfolgen und. Kristina jede mögliche Unterstützung zukommen zu lassen:

Defence Comittee Box 144, Vinooski Vermont 05404, USA

Eine Genossin aus Frankreich

Kurzmeldungen

Stuttgart: Nach 18 Monaten Untersuchungshaft ist Uwe Folkerts nun – mit Auflagen – entlassen worden.

Er war am 4.5.77 zusammen mit Johannes Thimme verhaftet worden. Er wurde angeklagt, Mitglied der sog. "Haag-Mayer-Bande" zu sein. Inzwischen wird er "nur" noch verdächtigt, eine terroristische Vereinigung u n t e r s t ü t z t zu haben.

Noch Anfang August wurde er als so "gefährlich" angesehen, daß ihm der vorsitzende Richter am OLG Stuttgart untersagte, zur Beerdigung seiner Mutter zu gehen. Mitte August begann sein Prozeß im Stammheimer "Mehrzweckgebäude". Ihm wurde vorgeworfen, für die "Haag-Mayer-Bande" Ausweise, Autos und Wohnungen beschafft zu haben. Anfang Oktober hatte dann das Stuttgarter Gericht seine bedingte Freilassung (wöchentlich auf der Wache melden und die BRD nicht verlassen!) verfügt. Nach einem Tag Freiheit entschied der Bundesgerichtsfhof auf Antrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart, daß er wieder in den Knast müsse. Drei Tage später hob der BGH seine Entscheidung wieder auf und ließ Uwe Folkerts frei.

Karlsruhe: Ein Mediziner-Ehepaar ist vom Landgericht Karlsruhe wegen "Unterstützung der RAF" verurteilt worden. Sie sollen 1972/73 in Mannheim mehrere RAF-Mitglieder beherbergt haben. Die Frau erhielt 10 Monate Gefängnis mit Bewährung und eine Geldstrafe von DM 1.000; gegen ihren Mann wurde das Verfahren unter Zahlung einer Geldbuße von DM 5.000 eingestellt.

Stuttgart-Stammheim: Am 4.10. wurde im Prozeß gegen Siegfried Haag, Roland Mayer und Sabine Schmitz die Anklageschrift verlesen. Wie schon im letzten AK erwähnt, wird Haag vor allem die Planung des Überfalls auf die BRD-Botschaft in Stockholm vorgeworfen. Interessant an der Anklageschrift ist noch, daß nicht versäumt wurde, ihm – wie schon Kurt Groenwold und Klaus Croissant – den Aufbau eines Informationssystems zwischen den Gefangenen und den noch in Freiheit befindlichen Teilen der RAF vorzuwerfen. Bis zu seinem Untertauchen war Siegfried Haag als Anwalt tätig gewesen. Einen Prozeßtag zuvor waren alle Angeklagten vom Verfahren ausgeschlossen worden, weil sie angeblich das Gericht beleidigt hatten.

Münster: Seit dem 2.10. läuft in 2. Instanz ein Zivilprozeß gegen Andreas M.-W.. Andreas hatte 1974 an einer Demonstration anläßlich des Todes von Günter Routhier teilgenommen. Während des Polizeieinsatzes gegen die Demonstration hatte sich der Einsatzleiter Zinn ein "blaues Auge" geholt. Andreas war deswegen zu 10 Monaten mit Bewährung verurteilt worden. Nun verlangt das Land NRW von Andreas, für Schmerzensgeld, eine vorzeitige Versetzung des Einsatzleiters in den Ruhestand (DM 51.255,75 plus 4 % Zinsen!) und alle Folgekosten aufzukommen (lt."Roter Morgen"Nr.40/78).

Karlsruhe: Verena Becker ist jetzt „rechtskräftig" zu lebenslanger Haft wegen Mordversuchs an zwei Polizisten verurteilt worden. Der 3. Strafsenat des BGH hat die Revision verworfen. Verena ist 26 Jahre alt.

Burlington/US-Bundesstaat Vermont): Mit Demonstrationen und großem Polizeiaufgebot hat der Prozeß gegen Christina Berster begonnen. Sie war beim Grenzübertritt aus Kanada festgenommen worden. Angeklagt wurde sie in den USA wegen Paßvergehens. Ihr Anwalt gab bekannt, sie wolle in den USA politisches Asyl beantragen, um ihr Leben zu retten. Weil Christina zum Kreis des "Sozialistischen Patienten-Kollektivs" gehört habe, wird sie von den deutschen Behörden des Terrorismus verdächtigt.

•

Der Bundesgerichtshof hat den Revisionsantrag der Hamburger Staatsanwaltschaft gegen das Urteil im Wulf/Geburtig-Prozeß zurückgewiesen: Zwei Personen können keine "kriminelle Vereinigung" bilden! Die Hamburger Staatsanwaltschaft wollte offenbar in dieser Frage eine Vorreiterrolle übernehmen und den alten Rechtsgrundsatz, daß zu jeder Vereinigung immer mindestens drei Personen gehören müssen, im Fall Borwin Wulf und Bernd Geburtig umkippen. Im Frühjahr 1977 waren sie zu 5 1/2 bzw. 5 Jahren Knast verurteilt worden, wobei Borwin z.B. ein angeblich von ihm verfaßtes Rechtfertigungsschreiben zu den Bombenanschlägen auf den ehemaligen Hamburger Justizsenator Klug und den Knastarzt Dr. Maisoe angelastet wurde. Über den Revisionsantrag der Verteidigung muß erst noch entschieden werden.

Borwin wurde aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes, der wesentlich eine Folge der Isolation war, bis zur Rechtskraft des Urteils freigelassen, während Bernd noch immer in Hamburg inhaftiert ist.

Zu den Haftbedingungen von Karl-Heinz Dellwo

Nachfolgend drucken wir Auszüge aus einer Pressemitteilung der Rechtsanwälte Heinz Funke und Rainer Koch zu den Haftbedingungen von Karl-Heinz Dellwo ab:

Pressemitteilung

Als Verteidiger des Gefangenen Karl-Heinz Dellwo teilen wir mit, daß sich dieser in der Justiz-Vollzugsanstalt Köln-Ossendorf seit dem 21.9.1978 im Hunger- und Durststreik befindet.

Er fordert

entweder vollständige Integration in den Regelvollzug und Gleichbehandlung mit den anderen Gefangenen oder Zusammenlegung mit politischen Gefangenen.

Der Zustand unseres Mandanten, der mittlerweile zwangsweise intravenös ernährt wird, ist sehr ernst. Wir sehen uns veranlaßt, folgendes zu den Hintergründen und den Ursachen des Hunger- und Durststreiks von Karl-Heinz Dellwo mitzuteilen:

Am 21.9.1978 wurde Karl-Heinz Dellwo nach zweieinhalb Monaten Aufenthalt in Haus V erneut in eine andere Abteilung verlegt. Diese Verlegung war der Auslöser des jetzigen Streiks. Hierzu schreibt Karl-Heinz Dellwo:

„Ich bin nicht bereit, mich alle zwei Monate aus den Zusammenhängen reißen zu lassen und jedesmal mit neuen Gefangenen zusammengebracht zu werden, die zudem noch extrem eingeschüchtert werden, sich ja von mir fernzuhalten, wo ich von vornherein die Perspektive habe, alsbaldigst wieder verlegt zu werden. Dieser Sadismus ist die Linie, mich langfristig fertig zu machen. Dazu korrespondieren auch die wieder angewandten Methoden über Kontaktverbote mit Typen, mit denen ich mich seit Jahren schreibe, die letzten bestehenden kontinuierlichen Kontakte zu zerstören. Nachdem es ihnen nicht gelungen ist, die Gefangenen dazu zu bringen, daß sie mich aus Angst vor Racheaktionen des Vollzugs isolieren - das demonstrative Aufschreiben beim Hofgang von jedem, der mit mir gesprochen hat und der lauten Verkündung, daß das für die Anstaltsakten und fürs Bundeskriminalamt gemacht wird; die subtilen Hinweise gegenüber Gefangenen in den Zellen wie „ich denk, sie wollen 2/3 haben. Aha, sie sind ja nun auch Sympathisant geworden" usw.; die
2/3 haben. Aha, sie sind ja nun auch Sympathisant geworden" usw.; die
unmittelbare Verlegung von anderen Gefangenen, die öfters mit mir gesprochen haben; der Besuch durch das Landeskriminalamt und Bundeskriminalamt bei Gefangenen, um sie über den Inhalt unserer Gespräche zu vernehmen und nachdem die nichts sagen wollten, ihre Bestrafung durch sofortige Verlegung. Die ganzen Schikanen, die alle die mitmachen müssen, die mit mir gesprochen haben, wie bei Besuchen, die sofort einsetzenden totalen Zellenfilzungen usw. ... zudem hat ohnehin angestanden, etwas gegen die Haftbedingungen zu unternehmen, wo bis auf eine Stunde Hofgang täglich alles gestrichen ist - nach drei Jahren Einzel- und Zweierisolation und nun diese Sorte Verlegungsvollzug."

Am 22.9.1978 wurde als Antwort der Anstaltsleitung „Einzelhofgang" verordnet. Obwohl der Gefangene hierbei also keinerlei Kontakte mit anderen Gefangenen haben kann, soll er sich trotzdem vor und nach dem Hofgang der entwürdigenden Prozedur des vollständigen Auskleidens vor Justizbeamten unterziehen. Über den weiteren Verlauf berichtet Karl-Heinz Dellwo:

„Eben bin ich hier von ca. 8 Mann überfallen worden. Zuerst: Heute morgen werde ich nicht zur Freistunde rausgeholt. Die Station in dem neuen Haus, in dem ich liege, läuft alleine. Mir wird nichts mitgeteilt. Nachmittags um halbdrei kommen die Wärter von der für uns zuständigen Sondertruppe, Hemmers und Schäfer und sagen „Freistunde". Erst als ich nachfrage, sagen sie „Einzelfreistunde". Frage ich wer und mit welcher Begründung das angeordnet hat, worauf sie die Antwort verweigern. Hab ich verlangt, daß sie mir die Maßnahme eröffnen. Hemmers erklärt, ich wäre in Strafhaft, mir brauchten sie gar nichts eröffnen. Ich habe mich erstens geweigert, zur Einzelfreistunde zu gehen und zweitens, mich auch noch dazu umzukleiden. Sind sie verschwunden. Eine halbe Stunde etwa später kommen sie gleich mit ca. 8 Mann an, wollen die Zellenkontrolle durchführen und verlangen, daß ich mich nun ganz umkleide. Habe ich abgelehnt und da läuft auch in Zukunft nichts. Reine Schikane, nachdem sie mich nicht rauslassen, meine Sachen zu kontrollieren, ohne daß ich mit irgendeinem Kontakt haben kann. Sind sie gleich auf mich losgesprungen, haben mich zu Boden gerissen und unter Schlägen und Tritten zur Nachbarzelle geschleift. Einer steckt seine zwei Finger in meine Nasenlöcher und reißt, während sie mich rübertreten, meinen Kopf ganz nach hinten. Dort haben sie mich dann auf den Boden geschmissen, einer läßt sich mit seinem Knie auf meinen Kopf fallen, zwei andere halten die Arme, einer kniet auf der Brust und der Rest reißt, zerrt und hält woanders. Sie haben dann die Klamotten runtergerissen, die fast alle kaputtgegangen sind, weil ich mich auch gewehrt habe. Als sie dann alle runter haben, holt einer noch mit seinem Fuß ganz weit aus und haut mir mit den Schuhspitzen in die Rippen rein."



Karl Heinz Dellwo

Karl Heinz Dellwo

Am 23.9.1978 wiederholt sich zum 3. Male ein Vorgang, der dem mittelalterlichen Strafvollzug in nichts nachsteht und nur noch als offene Folter, die durch keinerlei rechtliche Grundlage gedeckt ist, bezeichnet werden kann. Hierüber berichtet die Rechtsanwältin Frederking, die Karl-Heinz Dellwo am 25.9.1978 besucht hat, wie folgt:

„Karl-Heinz Dellwo wurde von mehreren Beamten bis aufs Unterhemd und Unterhose ausgezogen und in den sog. Bunker geschleppt. Hierbei handelt es sich um eine besondere Zelle, die sich im Keller der Anstalt befindet. Der Keller hat keine Fenster, wird mit einer Fernsehkamera überwacht; Karl-Heinz Dellwo wurde dann auf eine auf dem Betonboden liegende Matte gelegt und mit den Händen an zwei im Boden verankerte Eisenringe gefesselt. Einer der Beamten tat sich bei dieser entwürdigenden Prozedur noch besonders hervor, indem er sich mit seinen Knien auf den Kopf und die Schultern von Karl-Heinz Dellwo fallenließ. In dieser Lage mußte Dellwo bis um 9.00 Uhr morgens am 25.9.1978 - also insgesamt 49 Stunden - verbringen. Obwohl Karl-Heinz Dellwo sich ja im Hunger- und Durststreik befand und befindet, war lediglich am Sonntag mittag ein Arzt in die Zelle gekommen, um seinen Puls zu fühlen. Der Arzt stellt Karl-Heinz Dellwo keinerlei Fragen zu seinem Gesundheitszustand. Als Dellwo am 25.9.78 gegen 9.00 Uhr aus der Zelle herausgeholt wurde, bekam er kaum noch Luft. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Zelle kaum entlüftet wird und Karl-Heinz Dellwo während der 49 Stunden gezwungen war, dreimal Wasser zu lassen. Auch das war ihm nur möglich, indem er sich, soweit es ging, auf die Seite drehte, um nicht in seinem eigenen Urin liegen zu bleiben. Als man Karl-Heinz Dellwo nach 49 Stunden schließlich aus der Zelle herausholte, stank die ganze Zelle nach Urin und sein Kopf war bereits blaurot angelaufen."...

Juristentag:
Unternehmer-Mafia stimmt alles nieder

Vom 19.-22. September fand in Wiesbaden der 52. Deutsche Juristentag statt. Mit ca. 2500 Teilnehmern war dies die größte derartige Veranstaltung der letzten Jahre. Der Juristentag hat über verschiedene aktuelle rechtspolitische Fragen, wie z.B. aus dem Gebiet des Umweltschutzes, des Arbeitsrechts und des Arztrechts diskutiert und „Empfehlungen" verabschiedet.

In der wichtigsten Abteilung (Arbeitsrecht) wurde von der mobilisierten Unternehmer-Mehrheit jeder Antrag massiv niedergestimmt, der auf eine Verstärkung des Schutzes der Arbeitnehmer abzielte.

Was ist der „Juristentag"?

In der Bundesrepublik findet alle zwei Jahre der „Deutsche Juristentag" statt. Zu dieser Tagung hat jeder Jurist Zutritt, wenn er Mitglied in dem Verein wird. Eintreten kann jeder Jurist, also Angehörige aller Berufe, die eine entsprechende Ausbildung haben.

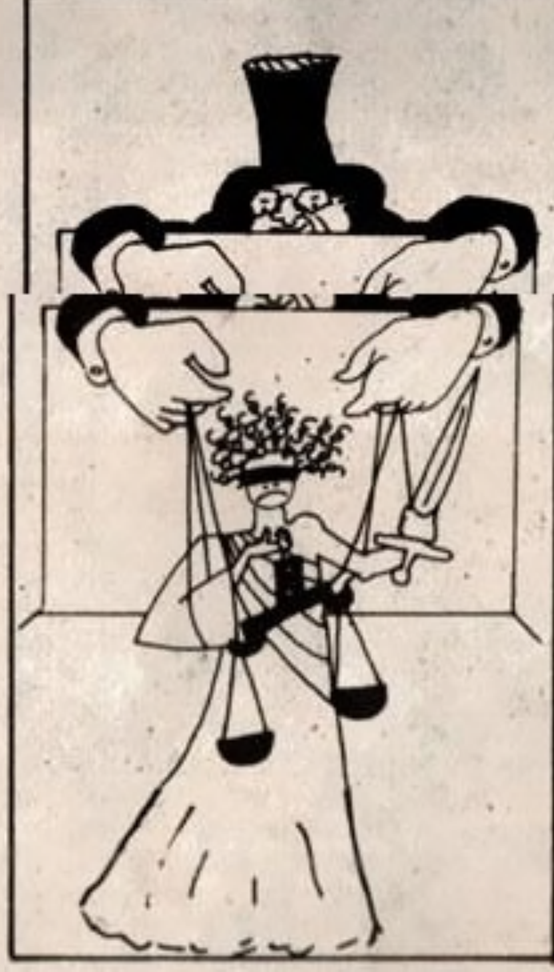
In der Vergangenheit verfügte der „Juristentag" (DJT) über hohes fachliches Ansehen, da dort die Meinung „der Juristen" repräsentiert schien.

Der DJT verabschiedete deshalb bisher als Ergebnis seiner Beratungen stets „Empfehlungen", die die Meinung der Anwesenden widergab.

Diese „Empfehlungen" sind für niemanden bindend. Sie wurden und werden jedoch bei Gesetzesreformen und in der Rechtssprechung als „meinungsbildend" berücksichtigt. Insoweit kommt ihnen doch eine erhebliche Bedeutung zu.

Hofjuristen aller Unternehmen vereinigt

Schon vor dem DJT war die organisierte Mobilisierung der Unternehmer zur arbeitsrechtlichen Abteilung offenkundig. Es existierten Rundschreiben der Verbände, in denen die Mitgliedsfirmen aufgefordert wurden, ihre Juristen nach Wiesbaden zu schicken.



Dabei wiesen die Kapitalisten ausdrücklich auf die Bedeutung der „Empfehlungen" des DJT und die Tatsache hin, daß Beschlüsse dort *„mit den Stimmen der Mehrheit der anwesenden Mitglieder"* gefaßt würden

Das Ergebnis der Mobilisierung war dann auch in wahrsten Sinne des Wortes überwältigend. In der offiziellen Teilnehmerliste fanden sich so wichtige Repräsentanten der „freien Wirtschaft" wie:

- Adrian, Dr.Joachim, Vorstandsmitglied der Investitions- und Handeslbank
- Baedorf,Peter, Prokurist (Gerling-Konzern)
- Bumm,Dr.Karl-Ernst, Versicherungsdirektor
- Cramer, Dr.Robert,Investitions- und Handelsbank
- Dickel,Hans,Investitions - und Handelsbank
- Dreyer,Dr.Joachim, Chefjurist BAT-Zigarettenfabriken
- Hahn,Dr.von,Helmuth, Justiziar Farbwerke Hoechst AG
- Hansen,Kurt,Direktor,Vorstand der IDUNA-Bausparkasse AG
- Kalwar,Hans, Vorsitzender der Vorstände der Alte Leipziger Versicherungsgruppe
- Knoll, Dr.Reinhold, Chefsyndikus AEG-Telefunken
- Lamprecht, Siegfried, Direktor der Gothaer Allgemeine Versicherung AG
- Müller,Frank, Geschäftsführer Arbeitgeberverband d. badischen Eisen - u. Metallindustrie
- Müller, Dr. Wolfgang, Vorstandsmitglied Allianz-Versicherung
- Reinecke,Dr.Horst, Geschäftsführer, Arbeitgeberverband Eisen- u. Stahlindustrie
- Spiegel, Freiherr von, Dr. Raban, Vorstandsmitglied Commerzbank
- Schaub, Dr.Dieter, Vorstandsmitglied der Bayer AG
- Stein, Karl-Felix, Rechtsanwalt Mannesmann AG
- Thieme, Achim, Prokurist (Hamburg-Mannheimer)
- Traege, Dr.jur.Lothar, Vorstandsmitglied Neue Rechtsschutzversicherung AG
- Oesterreich, Jörg, Wirtschaftsjurist, c/o Robert Bosch GmbH
- Steiner, Fr. Wirtschaftsjurist, c/o Merck, Finck& Co.,München

Insgesamt konnten wir allein aufgrund der ausgewiesenen Berufsbezeichnungen 488 offen auftretende Interessenvertreter der Kapitalisten identifizieren (Justiziare, Syndici, „Juristen", Geschäftsführer usw.). Hinzu kommen alle diejenigen, die als „Rechtsanwälte" geführt wurden, wie z.B. Herr Meineke vom Hamburger Arbeitgeberverband, Herr Woriescheck, der bei der Fa. Daimler-Benz AG angestellt ist. Herr Pawlikowski und viele andere mehr.

Im Brennpunkt: Arbeitsrecht

Obwohl mit Sicherheit niemand von ihnen arbeitslos ist, hat dem Juristen-Establishment diesmal das Schicksal der Arbeitslosen besonders am Herzen gelegen. Das läßt aufhorchen.

Die arbeitsrechtliche Abteilung stand nämlich unter dem Thema: *„Sind im Interesse einer gerechteren Verteilung der Arbeitsplätze Begründung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses neu zu regeln?"* Schon die Frage mutet seltsam an: zum einen sollen die Arbeitsplätze nicht *gerecht*, sondern *gerechter* verteilt werden; zum anderen fragt man/frau sich, was eine Kündigung mit der *Verteilung* von Arbeitsplätzen zu tun hat.

Ein westberliner Professor hat dies allen Ernstes folgendermaßen begründet: eine Verschlechterung des Kündigungsschutzes sei im Interesse der Arbeitslosen notwendig. Denn diejenigen, die Arbeit haben, die sog.
Arbeitslosen notwendig. Denn diejenigen, die Arbeit haben, die sog.
„Arbeitsplatzbesitzer", würden den Arbeitslosen die Arbeit wegnehmen. Und damit die Arbeitslosen auch mal drankommen, müsse die Kündigung der Arbeitenden erleichtert werden. Im vornehmen Juristendeutsch liest sich das so: *„Allerdings wird die Auffassung vertreten, daß sich Erleichterungen gegenüber dem geltenden Recht* (für den Unternehmer, Anm. AK) *hinsichtlich Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern einstellungsfördernd auswirken würden"* (aus dem Gutachten von Prof.Zöllner, S.51).

Hinter diesem ideologischen Nebel spiegelte sich aber dennoch einiges an realem Klassenkampf wieder: ein zentraler Diskussionspunkt war der Weiterbeschäftigungsanspruch eines gekündigten Kollegen während eines Arbeitsgerichtsprozesses.

In dieser Frage konnte in den vergangenen Jahren einiges für die Arbeiter herausgeholt werden. Die Kapitalisten wollten nunmehr – im Verein mit dem Bundesarbeitsgericht – den DJT dazu benutzen, diesen Fortschritt zunichte zu machen.

Die „Einladung" dazu kam vom Bundesarbeitsgericht selber: es hatte die Verhandlung in einer Weiterbeschäftigungsklage zweier oppositioneller Hamburger Betriebsräte bis nach dem DJT verschoben, um dessen Stellungnahme abzuwarten.

Diesen Wink haben die Unternehmer und ihre Hofjuristen dankbar aufgenommen.

„Schluß mit der Privilegierung der abhängigen Arbeit"

Die auftretenden Personalleiter hatten meist nicht mehr zu bieten als Beschwörungen, daß „unsere" Betriebe und „unsere" Wirtschaft die „Kostenlast weiterer Sozialleistungen" nicht tragen könnten.

Juristisch hat von diesen Herrn keiner argumentiert; man mußte den Eindruck haben, nicht auf einem Juristen-, sondern auf einem REFA-Kongreß zu sein.

So vertrat ein gewisser Rechtsanwalt Dr. Peter Meisel doch allen Ernstes (?) den Standpunkt, es müsse endlich Schluß gemacht werden mit der „Privilegierung der abhängigen Arbeit"; es müßten wieder mehr Erleichterungen für selbständige Tätigkeit geschaffen werden.

Ein anderer Scherzkeks trug zum Thema der besonders hohen Frauenarbeitslosigkeit den originellen Gedanken bei, man dürfe den Frauen die Entscheidung für die Existenz als Hausfrau nicht durch gesetzliche Regelungen erschweren.

Schließlich hielt es Herr Pawlikowski noch für angezeigt, auf die Notwendigkeit einer „Umfahrung" des Kündigungsschutzgesetzes im Interesse der Erhaltung der Betriebe hinzuweisen.

So etwa verlief die Diskussion ganze anderthalbe Tage lang.

Die Abstimmungen

Fast alle Anträge bzw. Beschlußvorlagen, die auf eine Verbesserung des sozialen Schutzes der Arbeiter hinausliefen, wurden eiskalt niedergestimmt.

Das galt beispielsweise für den Antrag *„Jugendlichen ist ein erster Arbeitsplatz zu garantieren"* (abgelehnt mit ca. 120:520 Stimmen), ebenso wie für die Empfehlung *„Es ist gesetzlich zu bestimmen, daß der Arbeitnehmer im Streitfall zumindest solange weiterzubeschäftigen ist, bis die erste Instanz über die Kündigung entschieden hat. Für Ausnahmefälle ist vorzusehen, daß das Arbeitsgericht diese Verpflichtung einschränken oder den Arbeitgeber von ihr befreien kann"* (ähnliches Abstimmungsergebnis).

„Entwertung der Beschlüsse"??

Als die Machtpolitik der Kapitalisten offenkundig wurde, wurde die Kritik an dieser Praxis in relativ offener Weise geäußert. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) und der DGB verteilten Presseerklärungen, in denen sie gegen das Stimmen-Aufgebot der Kapitalitsten Stellung nahmen.

Der Präsident des Juristentages, Generalstaatsanwalt Weinmann und der Vorsitzende der arbeitsrechtlichen Abteilung, Professor Zeuner kritisierten auf der Abschlußveranstaltung die Meinungsmache der Kapis.
pis.

Zeuner sagte: *„Ich habe den Eindruck, Zeuge einer abgesprochenen, massiven Demonstration der Arbeitgeberseite gegen einen weiteren Ausbau des derzeitigen Arbeitsrechts geworden zu sein"* („SZ", 23.9.78). Professor Zeuner warf die Frage auf, ob Stimmen nicht mehr gewogen anstatt gezählt werden sollten.

Selbst die konservative Presse wie die FAZ sprach von der „Mißbrauchbarkeit des Juristentages" („FAZ", 25.9.78); in der FR und der Süddeutschen Zeitung waren Artikel gegen die Unternehmer-Abstimmungsmaschine abgedruckt. Wenn in diesen Stellungnahmen allerdings von einer „Entwertung" der Beschlüsse gesprochen wurde, weil über „Interessenstandpunkte" (so die ASJ) abgestimmt wird,so ist dies keine konsequente Kritik.

Über *Interessen* wird *immer* abgestimmt, und man kann diese auch nicht mit dem Hinweis auf die fachliche Neutralität und Autorität" des DJT wegdiskutieren.

Die Frage ist schlicht: w e s s e n Interessen z.B. beim Arbeitsrecht ausschlaggebend sein sollen. Der DJT hat sich in seiner übergroßen Mehrheit eindeutig f ü r die Unternehmerwillkür und g e g e n deren Opfer entschieden. Diese so offen liegende Tatsache dürfte es allerdings auch dem Bundesarbeitsgericht erschweren, sich ungeschminkt auf die „Meinung" des DJT zu beziehen.

Ein Rechtsanwalt, der am DJT teilgenommen hat

(+) Anmerkung als Fußnote:
Es liegt uns fern, mit der Bezeichnung „Mafia" irgendeinen oder alle Kapitalisten zu beleidigen. Wir sehen uns zu der Verwendung dieser Bezeichnung allerdings durch ein Urteil des Landgerichts Bochum berechtigt das die Verwendung dieser Vokabel nicht nur für eine vorwiegend im süditalienischen und US-amerikanischen Raum tätige kriminelle Vereinigung, sondern für jede „Personenvereinigung, die partikuläre Interessen vertritt", zuließ. Letzteres dürfte für Arbeitgeberverbände u.ä. mit Sicherheit zutreffen.

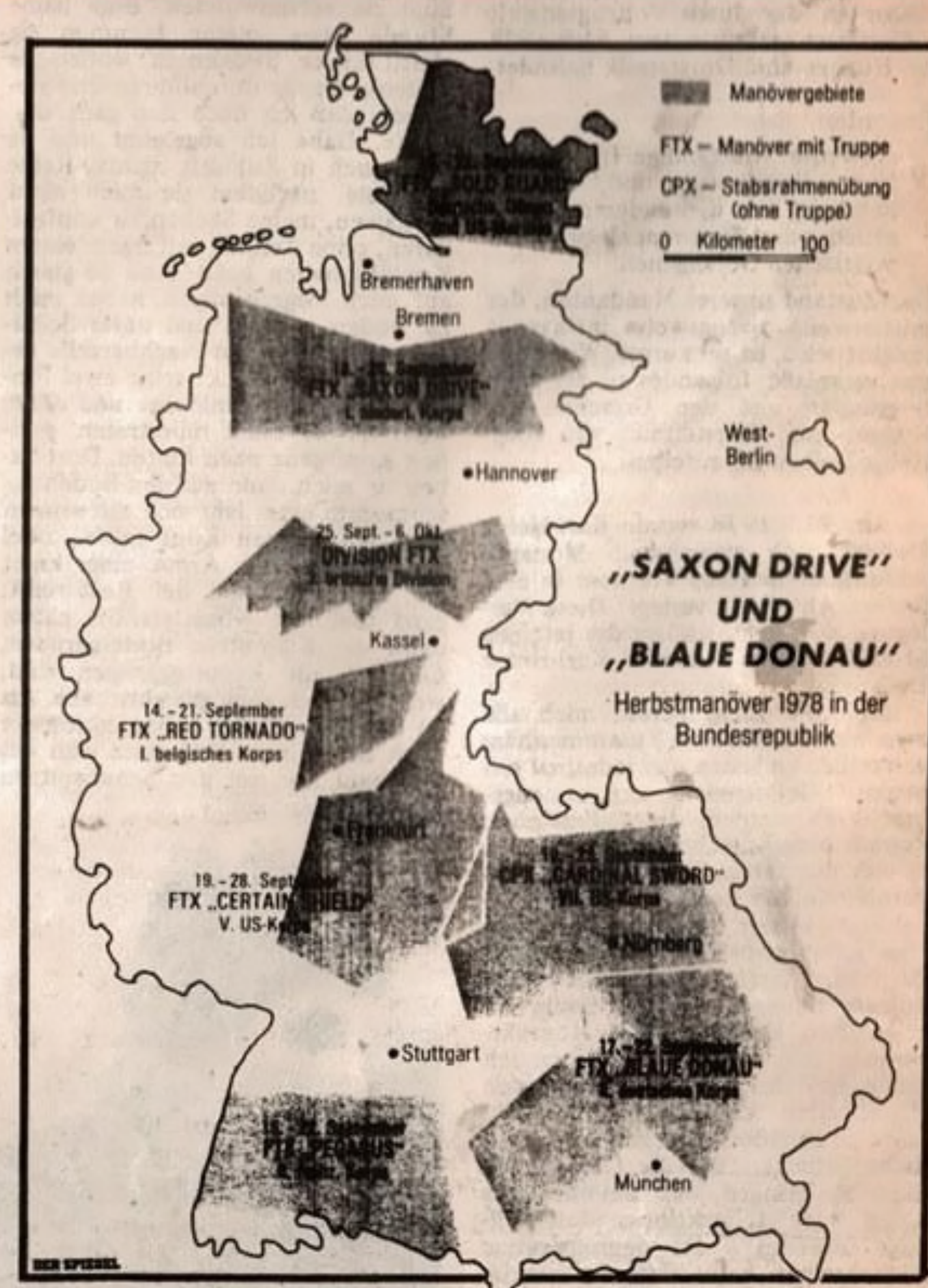


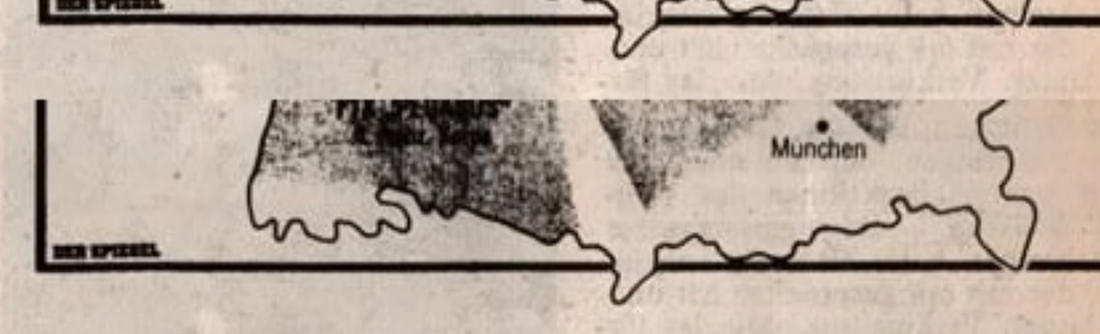
Militarismus Antimilitarismus



„Killer als Ehrentitel“

oder einige Anmerkungen zum Herbstmanöver „Autumn Forge“





Die Nato beendete inzwischen ihr Herbstmanöver „Autumn Forge“ (Herbstschmiede). Dieses seit Bestehen der Nato mit 30 Einzelübungen größte Manöver, das vom Norpol bis zum Mittelmeer eine Front quer durch Europa erkennen ließ, war Ausdruck der in den letzten Jahren enorm verstärkten konventionellen militärischen Stärke der Nato-Imperialisten in Europa. Besonders die USA demonstrierten ihren Willen, „ihr Europa“ stärker als bisher zu berücksichtigen. Erstmals wurden starke US-Eliteverbände, u.a. die an allen „Brennpunkten“ am weitesten vorn präsenten „Ledernacken“ zur „Unterstützung“ in die europäischen Länder verlegt. Allein in der BRD trainierten über 200.000 Nato-Soldaten in sechs großen Übungen die „Vorne“- oder auch „Vorwärtsverteidigung“.

Die Manöverpropaganda

Da (naturgemäß) keine brauchbaren Informationen über die für dieses Manöver ausgearbeiteten militärischen und politischen Pläne öffentlich wurden, scheint es müßig, über die von den Militärs bekanntgegebenen „Kampfphasen“ der Einzelmanöver ausführlicher zu berichten. Wie üblich wurde der „böse rot angreifende Feind“, nachdem er anfangs ein wenig erobern durfte, von den „guten blauen Truppen der Freiheit“ gebremst und schließlich zurückgeschlagen. Derartige Manöverabläufe werden offenbar hauptsächlich ausgegeben, damit die „beobachtenden“ Medien wenigstens ein paar Fakten zur Sache bringen können, wenn sie ihrem Publikum den ganzen alten Propagandabrei über die Gefahr aus dem Osten und den allzu schwachen Kräften des Westens auftischen, wie es seit Jahr und Tag anläßlich der Manöver Praxis ist. Die Feindmalerei der Presse überraschte den Leser aber auch mit Neuigkeiten: Aus „entspannungspolitischer Rücksicht“ wurden die Angreifer von den Nato-Stäben nicht mehr mit „Rot“, sondern einheitlich mit „Orange“ gekennzeichnet, wußte Springers „Welt“ zu berichten. War das der SPD-eigenen „Hamburger Morgenpost“ entgangen? Jedenfalls hatte man dort seinen Sprachgebrauch nach wie vor ausschließlich auf „ROTE“ eingestellt. Peinlich....

Wie üblich wußten die Medien-Redaktionen während der Manöver über neueste Schreckensmeldungen von der „Gefahr aus dem Osten“ zu berichten. Der belgische General Close, bekannt durch seine Behauptung, daß „die Roten“ innerhalb von 48 Stunden Westeuropa durchqueren könnten, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen, trat jetzt mit der Meldung hervor, daß die belgische Armee „*nie zum Einsatz verfügbar*“ sei („FR“, 8.9.78. Die „Süddeutsche Zeitung (21.7.78) brachte einen Bericht über das Buch des britischen Generals Hackett über den 3. Weltkrieg 1985: Die roten Truppen würden zwar anfangs durch ganz Westeuropa marschieren, aber weil der Westen doch noch rechtzeitig seine Verteidigungsanstrengungen erheblich verstärkt hätte, kann der Krieg schließlich gewonnen werden.

Besonders komikerhaft „bewies“ Weinstein in der „Frankfurter Allgemeinen“ (23.8.) die Angriffsabsichten des Gegners: Unter der Überschrift „*Der Osten denkt offensiv*“ werden dann besonders „handfeste“ Beweise geliefert: Zwar sei das letzte große Landmanöver der DDR von West nach Ost verlaufen und damit erst einmal der Eindruck entstanden, daß das Interesse an westlichen Gefilden schwach sei. Aber das kann Weinstein nicht täuschen: „*Wohin zielte ihr Angriff? ... Man braucht die Stoßrichtung der Übungstruppen nur zu spiegeln*“.

Der „Spiegel“ veröffentlichte jüngst (9.10.) eine Einschätzung zur „Die Russen werden immer stärker“-Propaganda, die einige „Freunde“ aus dem hart „vaterländischen“ Lager aufhorchen lassen sollte: Nato-General Haig „*ließ ... in den Sommermonaten ... Woche für Woche neue Bedrohungsmeldungen streuen ... Abgeordnete, Lobbyisten und Journalisten wurden zudem von Haigs Hauptquartier regelmäßig mit vertraulichem Material über neue sowjetische Waffen gespickt. Folge: Die Öffentlichkeit beschäftigte sich, so eine vertrauliche Bonner Nachrichten-Analyse, in der Ferienzeit fast ausschließlich mit russischen Panzern, Flugzeugen und Doktrinen, kaum aber mit dem Programm zur Stärkung der Nato und den Vorschlägen des Westens zur Abrüstung.*“ Anlaß für diese kritische Bemerkung des „Spiegels“, der ansonsten wohl kaum als faul im Ausmalen der sowjetischen Bedrohung gelten kann, war eine während des Manövers ausgetragene Kontroverse zwischen der BRD und den USA. Es ging dabei vordergründig um die Frage, ob die von Haig und einigen anderen Spitzenmilitärs betriebene „klotzige“ Stimmungsmache dem Westen mehr schadet als nütze, ob sie nicht gerade in „entspannungspolitischer Hinsicht“ gefährlich sei. Vorgeschickt wurde der Bonner Staatssekretär Bülow, der, deutlich an die USA gerichtet, kundtat, daß die Planung des Manövers „*sicher nicht optimal geglückt*“ sei. Es seien zuviele „*Elemente der Selbstdarstellung und der politischen Demonstration gegenüber dem Osten*“ enthalten („FAZ“, 8.9. und „SZ“, 15.9.). Kriegsminister Apel will, so der „Spiegel“ (9.10.) „*beim nächsten Treffen der Verteidigungsminister ... das ... allzu selbstherrliche Auftreten der Nato-Spitzenmilitärs ... zur Sprache bringen*“. Apel: „*Es kann nicht angehen, daß für die Nato nur die Militärs das Wort ergreifen. Hier muß politische Führung demonstriert werden*“ (ebenda). Es geht also um mehr Mitsprache der (Bonner) Politiker in Fragen der Nato. Wenn Bülow also sagt, übrigens aufgrund einer „Studie“ der Bundeswehr-Spitzengenerale (siehe „SZ“, 15.9.), die Planung des Manövers sei „*sicher nicht optimal [!] geglückt*“, dürfte dies bedeuten, daß die BRD nicht oder nur wenig an der Planung beteiligt wurde und man diesen Zustand ändern möchte.

Breit wird auch auf die Manöverschäden eingegangen. Um erst gar nicht allzu große Kritik an der hemmungslosen Umweltzerstörung aufkommen zu lassen — die gesamten Schäden werden auf 100 Mio. DM geschätzt — konzentriert sich auch hier die Presse auf Geschichtchen am Rande. Da wird zum Beispiel land und breit darüber spekuliert, ob die Fehlbeburt einer Kuh auf den Lärm eines Düsenjägers zurückzuführen war, oder, ob einzelne Bauern kleinere selbstverursachte Flurschäden mit auf die Schadensliste setzten etc. („HA“, 21.9.). Es findet sich jedoch kein detaillierter Bericht, der sich mit den Ursachen der auch diesmal wieder zahlreichen tödlichen Unfälle auseinandersetzt. **Wohlgemerkt: Es starben 26 Menschen infolge des Manövers!**



Die Ledernacken kommen!

Neben der allgemeinen Kriegsübung durch ein Manöver („nach zehn Manövertagen würden die Soldaten selbstsicherer, die Einheiten effizienter, die Kommandeure kompetenter, und die Allianz stärker sein“) galten die Herbstmanöver vor allem als Übung, schnell weitere Nato-Truppen auf den Kriegsschauplatz einzufliegen und deren gemeinsamen Einsatz mit den in der BRD stationierten Truppen zu übern: „*Insgesamt gelte es, den amerikanischen Willen zur Verteidigung Europas zu beweisen*“ („FAZ“, 14.9.78). Auch das wird in Geschichtchen dann dem Zeitungsleser nahegebracht:

„*Ohne Kaugummi geht es nicht*“, mit dieser Überschrift kündigte das „Hamburger Abendblatt“ (6.9.) die Ankunft von 16.000 „Ledernacken“ an. Mit „*Goulasch und Potatoes*“ empfing sie die „Hamburger Morgenpost“ (16.9.). Und dann wurde von dieser Killertruppe, die überall auf Kriegsschauplätzen präsent ist, geschwärmt: „*Angst, ... kennen sie nicht*“ (ebenda), nur die vor den Manövervorschriften des „Waldhüters“. „*Wir sind Marines, keine üblichen Soldaten*“. „*Wenn sie mal Schwierigkeiten haben und uns zu Hilfe rufen, dann kann ich ihnen dreierlei versprechen. Erstens: Wir werden kommen. Zweitens: Wir werden bereit sein. Drittens: Wir werden kämpfen.*“ So der Ledernacken-General Gray am 21.9. in der „Welt“. Diese wußte drei Tage später noch besonders hervorzuheben, daß Gray der letzte US-Soldat war, der „*das verlorene Vietnam*“ verlassen hatte... Den offenbar auch nicht durch den „verlorenen“ Vietnamkrieg bescheidener gewordenen, leicht größenwahnsinnigen Tonfall der „Ledernacken“ übernahm begeistert die BRD-Presse. Was „*die absoluten Stars*“ zeigten, war von „*erstklassigem Kampfwert*“. „*Wenn die ... ‚Marines‘ kommen, möchte man nicht gern auf der falschen Seite stehen*“. So die „Welt“ (21.9.), die bei den Marines eine „*echt amerikanische Mischung aus Bescheidenheit (‚Wir sind neu hier‘) und Selbstvertrauen (‚...aber nur hier!‘)*“ entdeckt. Dann gerät die „Welt“ vollends aus dem Häuschen: Die Besetzung der Insel Fehmarn sei „*die professionelle Reklamearbeit* (!!!) *des US-Generals und seiner Marineinfanteristen*“ gewesen. „*Vor den Augen von Ministerpräsident Stoltenberg*“ (der durfte einfach nicht fehlen!)... „*butterten ... sie ihren Gegner ... unter*“. Gegner der „Ledernacken waren in dieser Übung übrigens die holländischen Marine-Infanteristen („*auch in Deutschland bestens bekannt, seit sie am 11.6.77 einen von Molukkern okkupierten Zug erstürmten*“ [„Welt“, 24.9.]), die den „Orange“-Part zu spielen hatten.

Die BRD als Zentrum des Kriegsschauplatzes Europa

„*Selbst zu Zeiten Kaiser Wilhelm II. waren so große Manöver im Deutschen Reich nicht im Gange*“, schwärmte der Bundeswehrgeneral Franz-Josef Schulze, derzeit als ranghöchster BW-General Nato-Oberbefehlshaber Europa-Mitte („SZ“, 15.9.). Aufgeboten wurden neben den drei Heereskorps der Bundeswehr die beide Korps der USA, die britische Rheinarmee und die nationalen Armeekorps der Holländer und der Belgier, um auf dem Boden der BRD Stärke zu demonstrieren. Mit dem Aufmarsch der wichtigsten Heereseinheiten wurde deutlich, daß nicht nur die enorm hochgeschraubte Rüstung, sondern auch eine sich verändernde Strategie der Nato dieses massive Aufgebot zusammenkommen ließ. Der Aufmarsch der USA an den strategisch wichtigen Grenzen der BRD war insofern kein einmaliges Gastspiel, um einmal die „Elitetruppen“ zur Schau zu stellen. Der Einsatz von Einheiten wie etwa der „Ledernacken“ oder der „Special Forces“ soll in Zukunft regelmäßig erfolgen, damit diese „Eingreiftruppen“ ihre „weltweiten Auf-

---

Bundeswehr nach Afrika?

Kriegsminister Apel:
„Afrika ist der Kontinent, mit dem wir am direktesten verbunden sind. Und nicht nur z.B. von der Bundesrepublik, sondern viele Milliarden gehen über die Europäische Gemeinschaft nach Afrika. Wir haben hier also moralische, ökonomische, politische Interessen, die wir wahrzunehmen haben (...) und da können auch Aktionen notwendig werden.“
(Apel in der „Information für die Truppe“ 9/78, zit. nach „KVZ“ vom 9.10.78)

gaben" perfekt eingeübt auch in Europa erfüllen können.

Kernstück sowohl der veränderten Strategie der Nato für ihren Einsatz in Europa, als auch der jetzigen Übung „Autumn Forge" ist (war) die Verstärkungsübung „Reforger". Mit diesem Begriff wird die Verlegung der für den Krisenfall vorgesehenen US-Truppen nach Europa beschrieben. Das auf der Nato-Frühjahrstagung '78 im Rahmen des Programms zur langfristigen Stärkung der Nato gesteckten Endziel ist die Verdoppelung der fest in Europa stationierten US-Einheiten binnen zehn Tagen. Die Kräfte der US-Luftwaffe will man binnen sieben Tagen sogar verdreifachen. Bereits 1982 soll die Vorbereitung auf ein entsprechendes „100 %-Reforger" abgeschlossen sein. Ähnlich wie die USA bereitet sich auch die britische Rheinarmee auf die Verdoppelung ihrer fest in der BRD stationierten Truppen für den „Krisenfall" vor.

Beim „100 %-Reforger" wird es sich nach den Plänen der Imperialisten um die „*größte überseeische Truppenverlagerung der Geschichte handeln. Noch nie zuvor wurden 100.000 Soldaten einsatzfähig binnen zehn Tagen über 5.500 Kilometer und über einen Ozean hinweg von Kontinent zu Kontinent verlegt. Weder im zweiten Weltkrieg noch im Koreakrieg oder im Vietnamkrieg organisierten die Amerikaner Truppenverstärkungen dieses Ausmaßes und in so kurzer Zeit.*" ... „*Mit diesem Vorhaben gehen die Vereinigten Staaten, wie der Nato-Beauftragte des amerikanischen Verteidigungsministers, Botschafter Robert Komer formulierte,* **,vom Mobilmachungskonzept nach Kriegsbeginn zum Soforteinsatz von Eingreifkräften vor (!) Kriegsbeginn über'.**" („SZ", 15.9.78.).

Eine verräterische Sprache: Wer vor Kriegsbeginn s o f o r t e i n g r e i f e n will, der plant doch nichts geringeres als einen A n g r i f f ! Der bisher übliche Begriff der „Vorne"- oder auch „Vorwärtsverteidigung" klingt da doch um einiges vornehmer.

Sowohl dieser Teil der langfristigen Planung der Nato, als auch ihre jetzige Herbstübung, die größte in ihrer Geschichte, verdeutlichen, daß Europa zunehmend zum Zentrum eines möglichen dritten Weltkrieges ausgebaut wird, ohne jedoch andere Kontinente wie z.B. Afrika zu vernachlässigen. Da ist zum Beispiel die 82. Luftlandedivision der USA. Freiwillige, die ihre „Qualitäten" im Vietnamkrieg teilweise schon unter Beweis stellen durften, und die sich noch heute als die „*Soldaten des Jahres*" rühmen. Als im Frühjahr des Jahres die „Freiheit" in Zaire „bedroht" war, wurden sie als Alarmbrigade sofort kampfbereit gemacht. Wenige Stunden später lagen sie auf den Abflug wartend auf ihren „bemalten" Jeeps: „*Let's go and kill the Cubans*", war dort zu lesen! Über Sinn und Zweck des Zaire-Einsatzes befragt, erklärte der General des Korps, Warner: „*Wir haben nicht zu fragen. Wir sind Vollstrecker, keine Planer oder tiefsinnige Denker*" („Spiegel", 17.7.78). Nach Zaire flogen die „Vollstrecker" dann doch nicht. Fremdenlegionäre aus Frankreich und belgische Fallschirmjäger „vollstreckten" allein.

Auch die „Green Barets" („grünen Teufel") der Special Forces trainierten, um „*ihre Dschungel-Erfahrungen auf europäische Verhältnisse zu übertragen. Statt Bambushütten jagen sie Betonburgen in die Luft. Sie kampieren wochenlang in Wäldern, ernähren sich von Ratten, lassen Autos und Brücken mit selbstgefertigten Molotow-Cocktails hochgehen, springen sich schreiend an die Gurgel und lernen lautlos zu töten: Du oder ich. In 30 Sekunden muß der Feind erledigt sein. Wer das nicht schafft, muß das grüne Baret zurückgeben.*" ... Sie „*werden so gedrillt und geschunden, daß sich die Sammlung des deutschen Wehrbeauftragten über rüde Ausbildungsmethoden in der Bundeswehr wie der Bericht aus einem katholischen Pfadfinderlager liest. Im Ernstfall sollen diese Männer, die das Wort Killer als Ehrentitel betrachten, hinter den feindlichen Linien abspringen, Hauptquartiere und Nachschublager zerstören und eine Partisanenbewegung organisieren. Jeder muß eine Fremdsprache sprechen.*" ... „*Sogar Flugblätter werden in den Übungen der Special Forces schon entworfen. Textbeispiel in deutsch: ,Menschenrecht-Freiheit-Eure Rechte in einem freien und souveränen Schwaben.'* " Einer von ihnen, Grimaldo Urlich möchte „in Deutschland eingesetzt werden" und sagt auch warum: „*Wenn Krieg war fertig, Vater kam zu Köln. Alles kaputt. Vater zu Südamerika. Vater sehr gut. Vater Waffen-SS*" („Spiegel", 17.7.78). Derartige „Soldatentugenden" sind offenbar auch in der BRD wieder gefragt. Für einen weiteren Ritt nach Osten!

Antifaschist aus der Bundeswehr entlassen

Drei Wochen vor Ablauf seiner 15monatigen Wehrpflichtzeit wurde der Stabsarzt Bremberger am 7.9. vorzeitig aus der Bundeswehr entlassen. Vorausgegangen war am 30.8. ein Dienstverbot, verbunden mit der Auflage, keine Uniform mehr zu tragen. Verfügt wurde letzteres vom Befehlshaber im Wehrbereich 6, Oberst Finke: „*Sie sind für eine weitere Verwendung deshalb untragbar, weil Sie durch Ihr Verhalten Anlaß gegeben haben, begründeteZweifel an der Erfüllung Ihrer soldatischen Pflichten zu hegen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes anzuerkennen und durch Ihr gesamtes Verhalten für deren Einhaltung einzutreten* (§ 8 *Soldatengesetz*)." Die vorzeitige Entlassung wurde mit dem § 29 Abs. 1 Nr. 6 des Wehrpflichtgesetzes „begründet": „*Nach Ihrem bisherigen Verhalten würde ein Verbleiben in der Bundeswehr die militärische Ordnung und die Sicherheit der Truppe ernstlich gefährden.*" Der Stabsarzt bekam zudem am 30.8. eine 21tägige Arreststrafe aufgebrummt! In der Entlassungsbegründung teilt das Bundeswehr-Personalstammamt genauer mit, was nach seiner Meinung die „fdGO" sowie „Sicherheit und Ordnung der Truppe" so immens in Gefahr brachte.



Stabsarzt Bremberger

In der „Deutschen Volkszeitung" und in der „Westfälischen Rundschau" hätte er Leserbriefe veröffentlichen lassen, in denen „*über den MAD verunglimpfende Behauptungen, wie z.B.: der MAD sei ,auf dem rechten Auge blind'* " aufgestellt wurden. Diese „*konnten ... zu falschen Bewertungen des MAD ... führen*".

In der „Unsere Zeit" der DKP habe er anhand von konkreten Beispielen (Liedgut, Wappen und Symbole) „*wahrheitswidrig verallgemeinernd behauptet, in der Bundeswehr seien neonazistische und revanchistische Tendenzen verbreitet*".

Weiter wird ihm die Teilnahme als Redner an der Münchner Demonstration gegen das Wettrüsten und die Neutronenbombe im Mai '78 vorgeworfen, wo er angekündigt habe, „*die Soldaten werden in der Bundeswehr eine Diskussion über die Neutronenbombe erzwingen*". Die letzten beiden „Verbrechen" rechtfertigten bereits früher eine zehntägige Arreststrafe gegen den Stabsarzt.

Wohl am schlimmsten empfand die Bundeswehrführung ein Interview, das der Stabsarzt Bremberger am 17.8. vor der Sanität-Akademie der Bundeswehr gegeben hatte, und welches später im DDR-Fernsehen ausgestrahlt wurde. In der Entlassungsbegründung wird natürlich nicht erwähnt, daß Bremberger einem schwedischen Kamerateam dieses Interview gab. Des weiteren wird unterstellt, daß „*diese Sendung auch Soldaten der BW bekannt geworden*" sei.

Letzteres ist wichtig, denn nur daraus läßt sich eine strafbare „Einwirkung" auf Soldaten ableiten. Ähnlich konstruiert sind auch die übrigen Vorwürfe im Zusammenhang des gegebenen Interviews: Er hätte durch seine sachlich unbestreitbaren Antworten (Nazi-Umtriebe der letzten Zeit) „*auf tendenziös gestellte Fragen ... dem Zuschauer ein falsches Bild der Bundeswehr vermittelt, welche dadurch als revanchistisch und neonazistisch erscheint*". Das Gericht, das über Brembergers Entlassung zu urteilen hat, wird wohl klären müssen, ob nun die „*tendenziösen Fragen*" des schwedischen Teams, oder die sachlich unbestreitbaren, derzeit in allen Tageszeitungen veröffentlichten Fakten, die Bremberger benannte, ein, nach Meinung der BW-Führung „*falsches Bild der Bundeswehr vermittelt(en)*".

Am Schluß der Entlassungsbegründung wird dann freiweg, ohne dies vorher stichhaltig belegt zu haben, behauptet: „*Durch Ihre ständigen Verleumdungen der Bundeswehr, die Sie trotz mehrfacher Pflichtmahnungen fortsetzten, haben Sie unter Ausnutzung Ihres militärischen Ranges auf Soldaten eingewirkt, mit dem Ziel, sie zu verunsichern, sie in ihrem Pflichtbewußtsein wankend zu machen, die notwendige Vertrauensgrundlage zwischen Untergebenen und Vorgesetzten zu stören und das Ansehen der BW in der Öffentlichkeit zu schädigen.*"

Auffällig am Fall Bremberger ist neben der kühn konstruierten Entlassungsbegründung natürlich auch, daß seine Darstellungen neonazistischer und revanchistischer Umtriebe in der Bundeswehr „Ordnung und Sicherheit" gefährden. Die Umtriebe selbst jedoch nach wie vor geduldet und gefördert werden. So befinden sich die Münchner Offiziere, die eine „symbolische Judenverbrennung" durchführten, wieder in den Diensten der Bundeswehr. Zwei Soldaten, die mit Nazi-Gruß und „*Sieg-Heil*"-Rufen ihre Gesinnung bekundeten, wurden zwar verurteilt, von einer Bestrafung wollte die 3. Große Strafkammer des Landgerichts Münster jedoch absehen, weil die Schuld der beiden Soldaten „nur gering" sei. Derartige Beispiele könnten hier Seiten füllen.

Nach dem Bericht des Genossen P. aus Landshut

Verurteilt wegen „verfassungswidrigem Einwirken auf die Bundeswehr"

Am 25.9. und 3.10. fand in Bamberg vor der Staatsschutzkammer der Prozeß gegen Doris Rüb statt. Sie war angeklagt als „Verantwortliche im Sinne des Presserechts" für den Inhalt mehrerer Militärzeitungen (MZ) des Soldaten- und Reservistenkomitees (KBW) (s. auch AK 138, S. 17). „*Planmäßig*" und „*absichtlich*" habe sie sich für „*Bestrebungen gegen die Sicherheit*" der BRD eingesetzt, außerdem habe sie gegen „*Verfassungsgrundsätze*" verstoßen.

Scharfe Sicherheitsvorkehrungen kennzeichneten den Prozeß. Wie bei RAF-Prozessen wurden Körper-Untersuchungen vorgenommen, Kennzeichen von Autos und Pässe wurden notiert. Erst durch ein Polizeispalier mit Hunden gelangte man in den Gerichtssaal, der mit 25 Plätzen viel zu klein war. Außerdem waren unter den Zuhörern uniformierte Polizisten bunt verteilt; u.a. war auch der Chef der politischen Polizei, Judas, dabei. Der Antrag auf einen größeren Raum und die Einstellung der Schikanen wurde glatt abgelehnt. Bei den Zeugen der Bundeswehr kam einiges Unrechtmäßiges zutage: Ein Offizier ließ die verteilten MZ einziehen, angeblich weil er selbst gern ein Exemplar zum Lesen haben wollte. Ein weiterer Offizier verstrickte sich immer in Widersprüche, wenn er seine schriftlichen Unterlagen nicht zuhilfe nahm. Ein Polizeibeamter behauptet, daß unter den Verteilern eine Frau mit der Größe der Angeklagten gewesen sei. Genaueres konnte er allerdings nicht angeben. Der Staatsanwalt forderte deshalb eine Freiheitsstrafe von 8 Monaten auf 3 Jahre Bewährung sowie, weil eine „Besserung" erfahrungsgemäß bei politisch Aktiven fraglich sei, eine Geldstrafe von 1.500 DM.

Die Verteidigung forderte Freispruch, zumal ein Entlastungszeuge bestätigen konnte, daß Doris Rüb nur hilfsweise presserechtlich verantwortlich gezeichnet habe. Daraufhin wurde der Prozeß erst einmal vertagt. Beim 2. Verhandlungstag fuhr dann der Staatsanwalt plötzlich mit einer offensichtlich vom Verfassungsschutz zusammengestellten Liste über Doris Rübs politische Tätigkeit auf. Dem hielt der Rechtsanwalt entgegen, daß eine Verurteilung nach dem Pressegesetz nicht infrage komme, da insbesondere der Herausgeber und Verleger verantwortlich sei.

Zum Tatbestand des § 89 StGB (Verfassungswidriges Einwirken auf die Bundeswehr) führte der RA ein Urteil des LG Braunschweig an, wonach eine Verurteilung nicht infrage käme (es ging dort auch um eine Schrift des SRK), weil, wenn die Aussagen in der MZ nicht der Wahrheit entsprechen, die Soldaten dies selbst merken, da sie ja die wahren Verhältnisse kennen würden und somit auch kein Schaden an ihrem „Wehrwillen" entstehen könne. Treffen die Aussagen in der MZ aber zu, so sind die Zustände in der Bundeswehr verfassungswidrig und ihre Veröffentlichung daher rechtmäßig.

Verurteilt wurde Doris Rüb am 3.10.78 zu einer Strafe von 90 Tagessätzen a 15 DM. Sie hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Die Beweisaufnahme sei zwar immer zu ihren Gunsten verlaufen, meinte der Richter, a b e r D. sei für den Inhalt der Militärzeitungen verantwortlich zu machen, denn man müsse aus ihrer KBW-Zugehörigkeit und aus der Tatsache, daß sie ihren Namen als presserechtlich Verantwortliche nicht zurückgezogen habe, ableiten, daß sie den Inhalt gebilligt habe. Da ihr auch bekannt sein dürfte, wie die MZen verteilt würden, treffe sie auch eine Mitschuld am Verteilen der MZen vor den Bundeswehrkasernen.

Genossen aus Bamberg

Folterpraktiken der US-Armee

Am 2. Oktober verklagte der ehemalige Soldat J. Thornwell die amerikanische Regierung auf 10 Mill. Dollar Schadenersatz. Die Armee hatte vor kurzem zugegeben, ihm vor 17 Jahren ohne sein Wissen LSD gegeben zu haben. Das sei, nach Armee-Aussagen, im Rahmen einer Untersuchung über den Diebstahl von Geheimdokumenten 1961 in Frankreich geschehen. Thornwell sagt jetzt in der Anklagebegründung, er sei damals „*ständig einer brutalen und ungesetzlichen Verhörtechnik unterworfen worden*"

Während seiner Haft sei er ständig „*starken Formen physischer und sensorischer Deprivation sowie Prügel und Beschimpfungen*" ausgesetzt gewesen. Die gesamte Zeit „*hätte er in einer kleinen Zelle zugebracht, die Isolation nur unterbrochen durch die Verhöre*". Die Isolation in der Zelle wurde noch verstärkt durch den Entzug von Zeitschriften, Büchern und Schreibmaterial. Für längere Zeit wurde ihm sogar Essen, Trinken und Schlaf entzogen.

Die Verhöre dauerten oft bis zu 70 Stunden. Um ihn dabei wachzuhalten, wurde er immer wieder geschlagen und mit Wasser begossen. Während dieser Zeit wurde er ständig in übelster rassistischer Manier angepöbelt (Thornwell ist Schwarzer).

Das LSD, das er bekommen hatte, wurde im Rahmen des Programms „Third Chance" (Dritte Möglichkeit) eingesetzt. Der Sinn dabei war, die zu Verhörenden während des „Trips" oder hinterher zum Reden zu bringen. Im Rahmen dieses Programms, so gab die Armee zu, wurden noch 16 weitere Leute mit LSD verhört.

Thornwell sagt, daß er seit diesen Verhören „*ein sozialer und emotionaler Krüppel geworden sei, chronisch und schmerzhaft isoliert von normalem Leben*" („International Herald Tribune", 4.10.78).

USA-Kommission

20 Jahre Brisen-Kaserne — 20 Jahre Druck und Drill!

Am 10. September feierte die Brisen-Kaserne in Flensburg-Weiche ihr 20jähriges Bestehen. Mit einem groß angelegten Werbefeldzug in der örtlichen Presse, auf Plakaten etc. sollte vor allem der Jugend das vermeintliche Heldenleben bei der Bundeswehr schmackhaft gemacht werden. Tatsächlich kamen 18.000 Besucher (ab 14 Jahre durfte scharf geschossen werden)! Schon vorab hatte die Kommandatur der Kaserne einen schwarz-rot-gold gefaßten Handzettel drucken lassen, der von Soldaten massenhaft verteilt werden mußte. Darin hieß es u.a.: „*Einige Leute versuchen, uns bei der Bevölkerung schlecht zu machen. Wir finden es unfair, gerade die zu provozieren, unter deren Schutz man überhaupt die Möglichkeiten hat, zu demonstrieren.*"

Wie das mit dem Schutz aussah, bekamen dann einige Flugblattverteiler der SOdZDL-Flensburg zu spüren, die Flugblätter gegen diese Militärschau vor dem Kasernentor an Besucher verteilten. Es fing schon damit an, daß die SOler(innen) beim Betreten der Kaserne am Morgen eine gezielte Taschenkontrolle durch Feldjäger über sich ergehen lassen mußten, die erfolglos blieb. Am Nachmittag kam's dann dicker. Zunächst wurden Flugblätter, die unter die Scheibenwischer parkender Autos geklemmt waren, von Feldjäger außerhalb (!) der Kaserne wieder abgerissen. Es wurde sogar einem Verteiler die Verhaftung durch Feldjäger angedroht, ebenfalls außerhalb der Kaserne. Nachdem die gewünschte Wirkung auf die Verteiler ausblieb, forderte man Besucher an der Wache dazu auf, die Flugblätter wegzuschmeißen (!), da sie sich gegen die Bundeswehr richteten. Um das Maß voll zu machen, wurden die Verteiler schließlich von zwei Seiten durch den Militärischen Abschirmdienst fotografiert, was zur Anzeige gegen einen dieser Typen (Schulterhalfter, mit Pistole unter der Windjacke) auf Herausgabe des Films führte.

Die Anwesenheit vieler Passanten und Besucher hat zu diesem Zeitpunkt sicher Schlimmeres verhindert.

Trotz allem kam die Aktion besser an als gedacht, etliche tausend Flugblätter, die zusammen mit mehreren Soldaten der Kaserne erstellt worden waren, wurden verteilt. Zudem hatten Unbekannte in der Nacht zuvor auf dem Kasernengelände u.a. die Parole **„20 Jahre Brisen-Kaserne – 20 Jahre Druck und Drill"** gesprüht, was offensichtlich einige Aufregung in der Kaserne verursachte.

Versalzen wir den Militaristen die Suppe!

Ein Genosse aus Flensburg, der dabei war

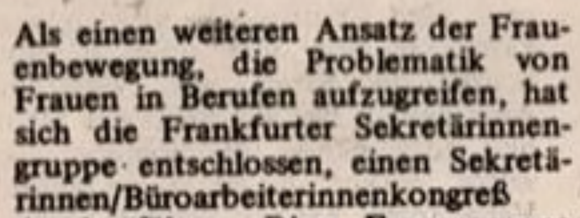
Das Ding mit den „Agenten" — hüben wie drüben

Der Kriegsdienstverweigerer Nico Hübner war am 7.7.78 zu fünf Jahren Knast in der DDR verurteilt worden. Dies Skandal-Urteil wurde natürlich auch besonders von der Springer-Presse und anderen reaktionären Kräften dick ausgeschlachtet, die andererseits keine Skrupel bei ähnlichen Vorgängen in der BRD zeigen. Das ist für die „UZ" (vom 15.9.78) Anlaß genug, gegen jede Kritik am Hübner-Urteil draufloszudreschen. Selbstverständlich bestehe in der DDR das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, das sei im Gesetzesblatt der DDR vom soundsovielten nachzulesen. Damit müßte ja eigentlich klar sein, daß Hübner nicht wegen seiner Kriegsdienstverweigerung in den Knast gewandert sein kann.

Mit dieser „Begründung" mochte es die „UZ" aber nicht genug sein lassen, Hübner sei nämlich wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit in den Knast gewandert. „*Tatsache ist, daß Hübner Dokumente seines Wehrkreiskommandos an seine Westberliner Auftraggeber gab, die zur Inszenierung verleumderischer Angriffe gegen die DDR genutzt wurden*". Offensichtlich hat Hübner Dokumente über seinen Fall an die „Gesellschaft für Menschenrechte e.V." in Westberlin gegeben, wodurch der Fall in die BRD-Presse gelangt ist. Das ist natürlich ein „Agentenstück" ersten Ranges, wo ja schon 500 - 600 Beamte von Verteidigungsminister Apel — so weiß die „UZ" zu berichten — auf die Auswertung solcher Berichte lauern. Nun, wen das nicht überzeugt, Agententätigkeit „*wird noch immer bestraft. Auch in der BRD ist das seit Jahr und Tag gang und gäbe.*" Richtig, so wurde der Bundeswehrstabsarzt Bremberger vorzeitig entlassen, u.a. weil ein Interview von ihm auch im DDR-Fernsehen ausgestrahlt worden war (s. Artikel in dieser Ausgabe). Doch das macht Prozesse in der DDR gegen Kriegsdienstverweigerer nicht attraktiver. Bei dieser Praxis kann die „UZ" dann auch „*ohne Prophet zu sein, ...schon heute sagen ... weitere Urteile gegen eingeschleuste oder angeworbene Agenten in der DDR*" werden folgen. Von dieser bestechenden Logik kann selbst die Springer-Presse lernen!



frauen



Frankfurter Sekretärinnen– und Büroarbeiterinnenkongreß vom 27. - 29.10.78 in Frankfurt

Als einen weiteren Ansatz der Frauenbewegung, die Problematik von Frauen in Berufen aufzugreifen, hat sich die Frankfurter Sekretärinnengruppe entschlossen, einen Sekretärinnen/Büroarbeiterinnenkongreß durchzuführen. Diese Frauengruppe veröffentlichte ihre Vorstellungen für diesen Kongreß in der „Courage" (August 78) unter der Überschrift „Büroarbeit verweigern?": „*Es sollen Erfahrungen und Analysen ausgetauscht werden und vor allem Handlungsschritte und Perspektiven besprochen werden. Einige Themenvorschläge liegen bereits vor: Frauenfeindlichkeiten im Beruf, Konkurrenzsituation unter Frauen, Formen und Möglichkeiten von Widerstand, Frauengewerkschaft und Alternativen für Sekretärinnen*" („Courage", August 78).

Für den 15.9. lud die Frankfurter Gruppe zu einem nationalen Vorbereitungstreffen nach Frankfurt ein. Anwesend waren 20 Frauen, davon der größte Teil aus Frankfurt, fünf Frauen aus Hamburg, je eine aus Mainz, Bochum und Essen.

Es wurde das Programm für die drei Tage vorgestellt: Am 27.10. soll der Kongress mit einzelnen Sketchen eröffnet werden. Am Samstag, den 28.10., beginnt es mit einem Plenum; dann erfolgt die Aufteilung in Arbeitsgruppen. Samstagabend gibt es möglicherweise ein Frauenfest. Am Sonntag werden die Arbeitsergebnisse im Plenum zusammengetragen und anschließend soll eine Pressekonferenz stattfinden.

Zur Vorbereitung des Kongresses wollen die Frauen aus Frankfurt eine Broschüre bis Mitte/Ende Oktober erstellen, in der sie die vielen konkreten Erfahrungsberichte, die sie erhalten haben, veröffentlichen.Nach den Vorstellungen der Frankfurter Gruppe soll der Kongreß nicht in
erhalten haben, veröffentlichen.Nach den Vorstellungen der Frankfurter Gruppe soll der Kongreß nicht in
erster Linie dazu dienen, dort persönliche Erfahrungen zu berichten, sondern es soll in den Arbeitsgruppen gezielt über Alternativen, Widerstandsmöglichkeiten und Organisationsformen diskutiert werden, wobei natürlich die individuellen Erfahrungen mit einbezogen werden sollen.

Alternativen?

Einige Frauen auf dem Frankfurter Vorbereitungstreffen waren der Meinung, man müsse den Sekretärinnen berufliche Alternativen aufzeigen, die sie aus der widerwärtigen Sekretärinnenstellung befreien.

Solche Alternativen zu diskutieren und Möglichkeiten herauszuarbeiten, mag individuell eine Lösung sein. Aber für zwei Millionen Frauen an der Schreibmaschine in der BRD kann das nicht die Lösund ihrer Probleme werden. Das Verlangen der Frankfurter Vorbereitungsgruppe, Frauen im Kapitalismus einen Beruf vorzuschlagen, mit dem sie sich positiv identifizieren können, wird unseres Erachtens eine hoffnungslose Scheinperspektive sein. Eine praktische Untersuchung, welche Berufe, welche Jobs den Frauen in dieser Gesellschaft bei welchen Lohnverhältnissen angeboten werden, belegt das sehr schnell.

Es lenkt ab von den Problemen der Masse der Frauen, die als Sekretärinnen und Büroarbeiterinnen arbeiten müssen, wenn wir ihnen nur individuell die Schule oder einen anderen Beruf anbieten, anstatt gemeinsam mit ihnen um die Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen, gegen Rationalisierungen am Arbeitsplatz zu kämpfen und gemeinsam gegen die besonders erniedrigenden Behandlungen anzugehen, denen Frauen meist ausgesetzt sind.

Feministinnen als Vorgesetzte — eine Alternative?

Im Vorbereitungspapier wird von den Frankfurter Frauen die Frage von Feministinnen als Vorgesetzten aufgeworfen. Wir halten diese Ausrichtung für falsch, weil übersehen wird, daß die Beherrscher einer Verwaltung ihre Kriterien, wie eine Vorgesetzte/Vorgesetzter beschaffen sein muß und wie sie/er handeln muß, nicht dadurch ändern werden, daß eine Feministin Vorgesetzte ist.

Endweder sie erfüllt die Aufgaben, dann haben die Frauen auch un-
eine Feministin Vorgesetzte ist.
Endweder sie erfüllt die Aufgaben, dann haben die Frauen auch un-
ter ihr zu leiden, oder sie erfüllt die Bedingungen nicht, weil sie sich mit den Frauen solidarisch erklärt, sie nicht unterdrückt, sie nicht zur Arbeitshetze und Überstunden antreibt usw.; dann ist sie wahrscheinlich die längste Zeit Vorgesetzte gewesen!

Wird die Frau aber als Vorgesetzte vom Kapitalisten oder irgendeinem Großhändler akzeptiert, dann nur deshalb, weil sie seinen Vorstellungen gerecht wird. In diesem Fall wird sich der Kampf der Frauen in den Betrieben auch gegen sie richten müssen.

Dabei wollen wir nicht leugnen, daß es graduelle Unterschiede unter den Vorgesetzen gibt, die sich im Alltag für uns positiv auswirken können; nur es ändert prinzipiell nichts an unserer Situation.

Schüchtert Widerstand ein??

Auf dem Vorbereitungstreffen in Frankfurt berichtete eine Frau aus Hamburg über den Kampf der Frauen bei Texaco. Sie schlug vor, daß Frauen von Texaco ihre Erfahrungen auf dem Kongreß an exponierter Stelle darstellen sollten, da es ja heute noch nicht massenweise solche positiven Erfahrungen gibt; das würde dann doch einen Auftrieb für andere Frauen geben. Von Frauen aus Frankfurt (Vorbereitungsgruppe) wurde dazu gesagt, daß es doch reichen würde, wenn der Bericht über Texaco in ihrer Broschüre abgedruckt wird. Eine Frau meinte, daß so ein Bericht die anderen Frauen einschüchtern würde.

Wir wollen uns hier nicht an Texaco Hamburg festbeißen, gut wäre es z.B. auch, wenn die KLM-Frauen, die auch anderen Frauen durch den Kampf um ihren Betriebsrat ein Beispiel setzen könnten (siehe „Courage" Nr. 8/78), auf dem Kongreß im Plenum berichten würden.

Wir brauchen doch gerade die Erfahrungen solcher Frauen, die verhältnismäßig geschlossen um die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, um gerechte Entlohnung und die Akzeptierung als Frauen im Berufsleben gekämpft haben. Diese Erfahrungen zu ignorieren oder sie gar als hemmend einzustufen, hieße, sich selbst von vornherein einzuschränken.

Frauengewerkschaft — eine Lösung?

Frauengewerkschaft — eine Lösung?

Auf dem Vorbereitungstreffen berichtete eine Frau aus Hamburg über ihre Arbeit in der Gewerkschaft (Frauenausschuß etc.). Daraufhin wurde ihr von einer Frankfurter Frau aus der Vorbereitungsgruppe gesagt, die Frauen hier seien doch zum großen Teil gewerkschaftsgeschädigt.

In der Einschätzung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse in den Gewerkschaften haben wir vermutlich keine grundlegenden Differenzen. Die lohnabhängige Frau steht genauso wie der lohnabhängige Mann heute einer innergewerkschaftlichen Machtstruktur gegenüber, die die Meinung der Massenbasis mißachtet. Häufig ist gemeinsamen gewerkschaftlichen Kampfschritten die Überwindung der abwiegelnden Gewerkschaftsführer vorgeschaltet. Darüber hinaus bilden die Frauenforderungen im gewerkschaftlichen Forderungskatalog das Schlußlicht. Wir erleben keine Tarifrunde, in der die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" an erster Stelle aller Forderungen steht. Es bleibt bei dem verbalen Anspruch.

Dennoch sollte unsere Alternative nicht heißen: Umgehen der gesellschaftlichen Schwierigkeiten, denen wir heute ausgesetzt sind und die sich auch in den gewerkschaftlichen Herrschaftsverhältnissen widerspie-



geln, indem wir uns aus den bestehenden Gewerkschaften entfernen und neue (sicher nur winzige!) „Frauen-Gewerkschaften" bilden.

Was wäre die Folge? Realistisch
und neue (sicher nur winzige!) „Frauen-Gewerkschaften" bilden.
Was wäre die Folge? Realistisch
betrachtet würden sich wahrscheinlich in erster Linie nur Frauen der Frauenbewegung in dieser Frauen-Gewerkschaft zusammenschließen. Die Masse der Frauen aber bliebe in den etablierten Gewerkschaften, bzw. bliebe unorganisiert.

Aber ebensowenig sollte in der Auseinandersetzung übersehen werden, daß wir an vielen Ecken die gleiche Unterdrückung zu spüren bekommen wie die Männer. Wir müssen gleichermaßen unsere Arbeitskraft verkaufen, um existieren zu können. Wir stehen häufig gemeinsam in der Produktion oder in den Verwaltungen vor den gleichen Problemen. Deshalb sollten wir auch gemeinsam einen gewerkschaftlichen Kampf führen und gerade in diesen Kämpfen unsere Positionen als Frauen durchsetzen und behaupten. Um dies zu erreichen ist es notwendig, daß wir uns als Frauen in und außerhalb der Gewerkschaften in Frauengruppen organisieren, um uns gegenseitig zu stärken.

Sollen möglichst viele Frauen nach Frankfurt kommen?

Die Frankfurter Vorbereitungsgruppe rechnet mit 150 bis 200 Frauen auf dem Kongreß. Auf eine kleine Anzeige in der Zeitschrift „Brigitte" bekamen die Kongreßvorbereiterinnen viele Zuschriften von Frauen, die um mehr Information baten. Die Frauen erhielten lediglich eine Karte, in der sie aufgefordert wurden, sich die „Courage" zu besorgen, in der der Kongreß-
gefordert wurden, sich die „Courage" zu besorgen, in der der Kongreß-
aufruf steht. D.h. frau soll erst an die „Courage"-Redaktion schreiben und eine Zeitung anfordern.

Den Frankfurter Frauen sei zugute gehalten, daß sie für die ganze Organisation und Vorbereitung des Kongresses auf relativ wenig Frauen angewiesen sind.

Vielleicht hätte hier doch eine längere Vorbereitungszeit ihr gutes gehabt, z.B. die Möglichkeit, diese Aufgaben auf Vorbereitungsgruppen in anderen Städten zu verteilen?

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Frauen im Kampf: 10 Tage Streik in einer Schokoladenfabrik

Am 26. September traten die Arbeiterinnen der Schokoladenfabrik Stehlin, Allensbach/Konstanz in einen zunächst unbefristeten Streik. Grund: Der Kapitalist Stehlin hatte die industriell schwache Situation am Bodensee ausgenutzt und die 80 Arbeiterinnen seit Jahren unter Tarif bezahlt – von teilweise DM 4,50 pro Stunde bis DM 6,–. Der Tariflohn beträgt z.Z. DM 7,30 – ohne Band- und Leistungszuschläge. Urlaubs- und Weihnachtsgeld gabs natürlich auch nicht.

Jedes Jahr vor Weihnachten entließ Stehlin reihenweise die Frauen, um sie dann nach einigen Wochen wieder einzustellen. Seine Begründung: Er sei ein Schweizer Unternehmer und bräuchte sich an bundesdeutsche Tarife und Gesetze nicht zu halten! Die Frauen arbeiteten wöchentlich 45 Stunden, obwohl in der Süßwarenindustrie die 40-Stunden-Woche gilt. Bei der sogenannten „Hausfrauenschicht" von 17 bis 21 Uhr sparte der Kapitalist dadurch, daß die Bezahlung dieser Schichten unter dem Sozialversicherungslimit lag, auch noch sämtliche Sozialabgaben. Einen Betriebsrat gabs auch nicht.

Als die Frauen dann beschlossen, sich gewerkschaftlich zu organisieren und einen Betriebsrat zu wählen, um den Mißständen besser entgegentreten zu können, verweigerte Stehlin dem zuständigen Gewerkschaftsvertreter den Zugang zu einer Betriebsversammlung. Da Stehlin wohl mittlerweile vermutete, daß da was im Gange war, erhöhte er die Stundenlöhne – um teilweise DM 0,60.

Die Frauen ließen sich jedoch nicht beirren; bei einer Urabstimmung stimmten 95,7% für Streik! Nach zehn Tagen wurden die Streikforderungen – Einhaltung der tariflichen Vereinbarung, Einrichtung eines Betriebsrates – von Stehlin erfüllt. Allerdings ließ sich die Gewerkschaft darauf ein, daß der Kapitalist zwar statt der zunächst angebotenen DM 0,60 nun DM 1,20 Stundenlohn mehr zahlt, jedoch nur in Etappen rückwirkend vom 1.10. bis April '79 entsprechende Lohnsteigerungen vornimmt.

Metallkommission
KB/Gruppe Hamburg



Frauen stehen Streikposten vor der Schokoladenfabrik Stehlin in Allensbach (Bodensee)

Contergan schon vergessen?

Duogynon - Cumorit muß verboten werden!

Das Medikament Duogynon — jetzt mit dem neuen Namen Cumorit — steht in dem dringenden Verdacht, bei Schwangeren schwere Schäden an den ungeborenen Kindern anzurichten.

Duogynon ist seit 28 Jahren auf dem westdeutschen Markt und soll nach Ansicht namhafter internationaler Wissenschaftler verantwortlich sein für Tausende von angeborenen Kindesmißbildungen.

Damit wird die Katastrophe wiederholt, die durch das Schlaf- und Beruhigungsmittel Contergan Anfang der sechziger Jahre ausgelöst worden war.

Duogynon ist ein Hormonpräparat, das bei ausbleibender Menstruation verordnet wird und die Monatsblutung einleitet. Ist eine Frau schwanger, so wirkt das Medikament nicht. Duogynon wurde deshalb als Schwangerschaftstest tausendfach angewendet. In hoher Dosierung soll es abtreibende Wirkung haben. Die Herstellerfirma Schering bestreitet dies.

Das Medikament wirkt auf die Embryonen ein in einer Zeit, in der wichtige Organe ausgebildet werden müßten. Dieses Präparat soll das Ungeborene erheblich schädigen: Wasserköpfe und Gaumenspalten sollen ebenso vorkommen wie Herzmißbildungen, Gliedmaßen-Anomalien in Form von Klumpfüßen und Mißbildungen der Geschlechtsorgane.

„Die Zahl der Kinder, die durch hormonale Schwangerschaftstests geschädigt worden sind, scheint sehr hoch zu sein. Wir wissen bereits, daß sie höher liegt als die Zahl der Contergan-Kinder" (Robin Hayes, Geschäftsführer von ACDHT, dem englischen Interessenverband 'Primodos' (,Duogynon' heißt dort so).

Die Contergan-Katastrophe

„5.000 (fünftausend) Kinder mit Fehlbildungen an den Gliedmaßen und Sinnesbehinderungen sowie Mißbildungen innerer Organe wurden allein in der BRD geboren." Es kamen Kinder auf die Welt, die weder Arme noch Beine hatten! *„Dazu gehören weiterhin schwere Fehlstellungen der Wirbelsäule mit dadurch gestörten Kreislauf- und Atmungsverhältnissen oder Fehlstellungen des Hüftgelenks und ebenso verschiedene Muskelerkrankungen"* (aus: „DAK-Magazin", 3/78, Sept.).

Vor zwei Jahren ist an mehreren contergan-geschädigten Mädchen, die in die Pubertät kamen, festgestellt worden, daß sie keine Vagina und keine Gebärmutter besitzen!

Vier Jahre war Contergan auf dem Markt, von 1958 - 1961.

Im letzten Verkaufsjahr schluckten mehr als eine Million Bundesbürger täglich dieses Gift.

Nirgendwo waren die Auswirkungen so verheerend wie in der Bundesrepublik.

Es steht fest, *„daß Tausende vorwiegend älterer Contergan-Schlucker Nervenschädigungen erlitten haben; jeder vierte von ihnen ist noch immer oder wurde vorübergehend von Lähmungen befallen"* („Spiegel" 49/62).

In der menschenverachtenden Politik der Contergan-Hersteller Grünenthal gibt es mehrere Parallelen zum heutigen Verhalten des Duogynon-Herstellers Schering AG.

Im Mai 1968 begann der Strafprozeß gegen leitende Mitarbeiter des Contergan-Herstellers. Im Dezember 1970 endete der Prozeß ohne Urteil. Nicht zuletzt ist die Begründung des Einstellungsbeschlusses ein Ruhekissen für alle pharmazeutischen Unternehmen.

„Lange bevor das Schlafmittel des Jahrhunderts verdächtigt wurde, Mißbildungen auszulösen, waren den Grünenthal-Wissenschaftlern bedenkliche Eigenschaften ihres Bestsellers bekannt geworden" („Spiegel" 49/62). Im Interesse ihrer horrenden Verkaufszahlen wurden alle Vorzeichen einer Katastrophe verharmlost oder ignoriert:

Mehrere Ärzte schickten Briefe an den Conterganhersteller, in denen sie ihre Beobachtungen mit Contergan-Einnahmen mitteilten.

„Mehrere Klinik-Gäste — allesamt Contergan-Schlucker, wie sich später erwies — litten unter Unruhe und schmerzhaften Wadenkrämpfen. Sie wurden teils am ganzen Körper, teils im Gesicht von nervösen Zuckungen befallen. Ihre Beine schwollen an, Hände und Füße schienen ihnen eingeschlafen zu sein. Manche Patienten ermüdeten rasch beim Gehen und konnten sich nur mühsam aufrichten. ... Einige Patienten litten an Sprachstörungen und konnten sich selbst einfache Dinge nicht mehr merken" („Spiegel" 49/62). Als Zusammenhänge zwischen Nervenentzündungen, Kindesmißbildungen und der Einnahme von Contergan immer deutlicher wurden, verbannte das Werk lediglich das Wort „ungiftig" vom Verpackungsprospekt. Später kam noch der Aufdruck hinzu: „Bei Schwangeren nicht verabreichen". Die Firma regte beim Bundesgesundheitsamt an, das Präparat möge unter Rezeptpflicht gestellt werden. Die einzelnen Bundesländer hatten damals selbst zu entscheiden, ob und wann sie eine Rezeptpflicht einführten. Das wurde sehr unterschiedlich gehandhabt.

Contergan-Opfer wurden von leitenden Grünenthal-Wissenschaftlern aufgesucht und bestochen mit Sanatoriumsaufenthalten und Schweigegeldern in Höhe von 300 bis 20.000 DM, je nach Selbstbewußtsein des Opfers. Erst im letzten Verkaufsjahr schickte Grünenthal Rundschreiben an Ärzte und Apotheker, die das Unternehmen als ,Warnbriefe' verstanden wissen wollte: *„Die relativ seltenen Nebenerscheinungen dürften mit den Vorzügen, die dem Contergan innewohnen, mehr als aufgewogen sein"* („Spiegel" 49/62). Ein Leiter der Firma gab bekannt: *„Die Frage, dieses gute Präparat aus dem Handel zu nehmen, stand für uns nicht zur Debatte".*

... „Eine erdrückende Fülle von Indizien spricht für die Schuld des Contergans. Augenfälligstes Zeichen: Seit Juli, dem achten Monat nach dem Verkaufsstopp, wurden nur noch vereinzelt Kinder mit den charakteristischen Mißbildungen geboren. Ihre Mütter hatten, trotz der Pressewarnungen, Contergan genommen" („Spiegel" 49/62).

Der Prozeß: „Geringes Verschulden..."

Mehrere leitende Mitarbeiter von Chemie Grünenthal wurden wegen Körperverletzung angeklagt. Das Verfahren wurde eingestellt; die Firma sollte 100 Millionen DM an die geschädigten Kinder zahlen.

Aus der Begründung zur Einstellung des Verfahrens wird so manches Unternehmen schon seine Konsequenzen gezogen haben:

„Selbst so schwere Folgen wie Mißbildungen bei zahlreichen Kindern, zum Teil mit tödlichem Ausgang und schweren Nervenschädigungen und schweren Nervenschädigungen Erwachsener, schließen eine Einstellung nach § 153 Strafprozeßordnung nicht von vornherein aus. Es kommt vielmehr wesentlich darauf an, ob die Schuld der Angeklagten als g e r i n g bezeichnet werden kann. Die Schuld ist dabei unter Würdigung aller Umstände des Falles in erster Linie daran zu messen, wie weit die Angeklagten von dem von ihnen zu fordernden Verhalten abgewichen sind." (aus: Schriftlicher Einstellungsbeschluß der Ersten Großen Strafkammer des Landgerichts Aachen im sog. Contergan-Verfahren, Mai 1971).

Das Gericht hatte sich zu der Ansicht durchgerungen, damals sei die Wissenschaft auf einem zu geringen Erkenntnisstand gewesen, um eine Verurteilung der Firma Grünenthal zu rechtfertigen.

„Man könnte zwar angesichts des heutigen Standes der Erkenntnis den Schluß ziehen, daß man doch eigentlich auch schon damals entsprechend hätte verfahren können. Doch wäre das eine strafrechtlich unzulässige Rückbetrachtung, die den damaligen tatsächlichen Gegebenheiten nicht gerecht würde" (dto.).

Daß Medikamente überhaupt Mißbildungen bei Kindern hervorrufen können, sei ein völlig neuer Verdacht gewesen, sozusagen medizinisches Neuland.

Aber es sei auch für die damalige Zeit zu fordern, daß tierexperimentell mißbildende Wirkungen untersucht werden müssen und es müsse in den Gebrauchsanweisungen auf die f e h l e n d e n Erfahrungen im Bereich der Schwangerschaft hingewiesen werden. Beides ist im Fall Contergan nicht geschehen.

Folgen wir noch einmal den juristischen Windungen:

Das Unterlassen von Tierversuchen, um Mißbildungen zu erforschen, sei nur dann strafbar, wenn die Durchführung von Tierversuchen die mißbildende Wirkung des Contergans hätte erkennen lassen.

Das aber erscheine nicht sicher. Motto: Was ich nicht weiß, macht mich nicht schuldig! Macht man erst gar keine Versuche, bzw. verwendet man ungeeignete Versuchstiere, dann ist keine schädliche Wirkung nachzuweisen!

Nach 1961, als das Präparat aus dem Handel war, sind geeignete Versuchstiere getestet worden. An Affen ließen sich die gleichen Mißbildungen wie beim Menschen nachweisen. Nur, vor 1961 war der Affe noch kein übliches Versuchstier.

Als weiterer ,milderner Umstand' wurde gewertet, daß die Angeklagten ja nicht vorsätzlich gehandelt hätten. Es liege insgesamt nur ein ,geringes Verschulden' vor. Denn damals habe es keine Bestimmungen des Arzneimittelgesetzes als verbindliche Orientierungsnormen gegeben, ebensowenig Gerichtsentscheidungen, nach denen man hätte handeln können.

„Auch eine wirksame Kontrolle der Hersteller durch unabhängige Stellen gab es nicht. ... Der Hersteller war somit bei der Suche nach dem für ihn gebotenen Handeln praktisch auf sich allein gestellt" (dto.). Der Hersteller hätte zudem „branchenüblich" gehandelt. Außerdem habe es keine eindeutige Werbung für die Einnahme des Mittels während der Schwangerschaft gegeben.

Duogynon seit elf Jahren verdächtigt!

Bereits 1967 wurde öffentlich bekannt, daß Sexualhormone ungeborene Kinder schädigen.

Der Forschungsbericht der englischen Ärztin Dr. I. Gall stellte fest, daß Mütter, die Primodos (=Duogynon) als Schwangerschaftstest bekommen hatten, häufiger Kinder mit sogenanntem offenen Rücken oder Wasserkopf zur Welt brachten als Mütter, die das Testhormon nicht eingenommen hatten.

Das Schering-Werk in West-Berlin antwortete damals darauf, in der BRD gebe es keine statistisch nachweisbaren Beziehungen zwischen Duogynon-Verkäufen und abnormen Geburten.

Das liegt allerdings wohl eher daran, daß in der BRD Mißbildungen bei Kindern nicht registriert werden. Es wurden dann von Schering verschiedene Tierversuche angeführt, die alle ohne Schädigungen an Neugeborenen ausgegangen sein sollen. Wie sich später herausstellte, hatte Schering gar nicht Duogynon getestet, sondern andere Hormonpräparate!

Wie gefährlich das Medikament wirklich ist, zeigen einige Ergebnisse der Tierversuche, in denen bei Gabe von Duogynon die Embryonen gleich abgestorben sind.

„Auch sorgfältig geplante Tierexperimente gaben den Medizinern bislang keine befriedigende Antwort. Zwar konnte an Ratten und Kaninchen gezeigt werden, daß die Embryonen nach Gabe von Sexualhormonen absterben, doch Mißbildungen waren kaum zu beobachten. ... Es ist aber auch denkbar, daß das Absterben der Embryonen durch die toxische (= giftige) Wirkung ausgelöst wurde" („FR", 19.8.78).

Dazu hieß es aber bereits in der „FR" vom 4.8.78: *„Bei unserer Recherche konnten wir jedoch im Sonderforschungsbereich Embryopharmakologie der Deutschen Forschungsgemeinschaft an der Freien Universität Berlin zahlreiche Aufsätze der internationalen Fachliteratur einsehen, die von mit Sexualhormonen hervorgerufenen Mißbildungen an Föten von Mäusen, Ratten und Kaninchen handelten. In nicht wenigen Fällen lag dabei die Häufigkeit der Anomalien deutlich über der normalen Mißbildungsrate dieser Tiere".*

Eine weitere „Studie" wurde durchgeführt: Langzeitstudie am Menschen! Durchgeführt vom Hauptkonkurrenten Scherings in England, Roussel. Ein vorliegendes Zwischenergebnis bestätigt den Verdacht, daß hormonale Schwangerschaftstests Mißbildungen verursachen. („Zeit", 4.8.78). Ein makabrer Versuch! Auch die westdeutschen Frauen sind praktisch Versuchskaninchen einer Langzeitstudie am Menschen, da das Präparat Duogynon nicht vom Markt genommen wurde, sondern unter dem Namen Cumorit neu aufgelegt wird.

Wie Grünenthal so weist auch Schering darauf hin, daß Mißbildungen verschiedene Ursachen haben könne: „Warum soll es unser Mittel sein?"

Schering hatte im September 1973 „aus Vorsichtsgründen" empfohlen, die Hormondragees nicht mehr zum Schwangerschaftstest zu verordnen. *„Doch die Verkaufszahlen (1977: über 550 000 Packungen allein in der Bundesrepublik) ließen kaum einen Zweifel, daß Duogynon nach wie vor als Schwangerschaftstest verordnet wurde"* („Stern" 36/78). Und welches Mädchen, welche Frau weiß denn schon, ob sie schwanger ist, wenn die Monatsblutung ausbleibt?

Erst im März 1978 verschickte die Schering AG ein Rundschreiben, in dem es schlicht ohne Begründung hieß: *„Nunmehr sind alle Duogynon-Formen zur Diagnose einer Schwangerschaft nicht indiziert (angezeigt)"* („Zeit", 4.8.78). Das Auftreten von Mißbildungen im Zusammenhang mit der Einnahme von Duogynon hält das Vorstandsmitglied Dr. Heinz Hannse aber immer noch für *„ein rein zufälliges Zusammenfallen"* („Stern" 36/78).

„Die Gebrauchsanweisung sieht neuerdings vor, daß sich der Arzt bei Anwendung zur Behebung ausbleibender Regelblutungen vorher zu vergewissern habe, daß keine Schwangerschaft vorliegt" („FR", 4.8.78). Wendet ein Arzt das Präparat trotzdem als Test an, so ist bei Mißbildungen nicht die Herstellerfirma schuld, sondern der Arzt begeht damit einen „Kunstfehler". „Die hohen Duogynon-Umsätze — bundesweit 3.3 Millionen DM — weltweit 15 Millionen DM, wie Hermann Richter von Schering bestätigt, deuten freilich an, daß dieser „Kunstfehler" noch recht häufig begangen wird" („FR", 4.8.78).

Mit dem Argument des „Kunstfehlers" hat sich die Firma in einem ersten Schadensersatzprozeß bereits juristisch abgesichert.

In England ist das Präparat seit Februar 78 vom Markt verschwunden. In Schweden, Finnland, Belgien, Australien und den Niederlanden ist Duogynon seit Jahren nicht mehr im Handel und verboten.

„In England hat sich ein Interessenverband gebildet, dem schon 800 Familien beigetreten sind. Dieser Verband soll Schadenersatzmusterprozesse gegen Schering anstrengen. Wegen der untypischen Mißbildungsformen dürften die Beweisschwierigkeiten jedoch ungleich größer sein als beim Thalidomid (Contergan) mit seinen charakteristischen Verstümmelungen an Armen und Beinen" („FR", 4.8.78).

Auch in der Bundesrepublik hat sich schon eine Gruppe von Eltern zusammengefunden.

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher AGV hat das Verbot des Arzneimittels gefordert.

Die Bundesregierung jedoch unternimmt nichts!

Das von der Sozialdemokratin Antje Huber geführte Gesundheitsamt gab folgendes von sich: *„Auch für die Fälle, in denen Frauen während der Frühschwangerschaft mit Duogynon-Dragees behandelt wurden, ist noch ... kein eindeutig nachgewiesenes Risiko einer Mißbildung Neugeborener gegeben"* („Stern", 36/78).

Das Bundesgesundheitsamt duldet vorerst den weiteren Verkauf: *„Wir werden beobachten, ob die Schering-Warnung durchschlägt und der Verbrauch von Duogynon (Cumorit) entsprechend zurückgeht, und alles ausschöpfen bis hin zum Widerruf der Zulassung, sagt BGA-Sprecher Dr. Claus Rietzschel"* („Stern", 36/78).

Da sich unter den Frauen das Gerücht hält, daß Duogynon auch abtreibende Wirkung haben soll, hatten viele Frauen auch immer ein Fünkchen Hoffnung in dieses Medikament gesetzt, wenn sie ungewollt schwanger waren. Über die tatsächliche Wirksamkeit klärt bis heute kaum ein Arzt auf, daß nämlich das Kind geschädigt sein kann, wenn sie sich nach Einnahme des Präparates doch entschließt, das Kind zu bekommen. Andererseits steht die Frau viel zu spät vor der wirklichen Entscheidung, einen Abbruch machen zu lassen. Denn die eugenische Indikation des § 218 sei bei den vorliegenden Daten zur Mißbildung nicht zu rechtfertigen! (Deutsche Gesellschaft für Endokrinologie, in „Zeit", 4.8.78).

Schädigt oder tötet die Industrie das ungeborene Kind, so ist dies ein „geringes Vergehen". Die gleichen Gerichte sehen es als Verbrechen an, wenn eine Frau eine Abtreibung machen will.

Wir fordern das sofortige Verbot von Cumorit!

Weg mit dem § 218!

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief

Bei der letzten VV in Frankfurt sprachen wir über ,,Arbeiterkampf''-Verkauf. Dabei fiel mir auf, daß ich fast alles im AK lese. Größtenteils aufgrund der Informationen, die man aus den bürgerlichen Zeitungen sowie aus linken Zeitungen nicht oder verfälscht dargestellt bekommt.

Dabei ist mir aber verstärkt aufgefallen, daß ich zu dem Frauen- und Kinderteil keinen persönlichen Bezug finde.

Ich habe den Anspruch, in Artikeln auch etwas über mich selbst zu finden, was mir in meinen Gedanken und Gefühlen zu meiner Person weiterhilft. Zu lesen, wie es anderen Genossinnen geht, wie sie empfinden, um dies mit meiner Situation zu vergleichen und mir dabei auch über meine Empfindungen klarer zu werden. In den Frauenzeitungen, z.B. ,,efa'', sehe ich diesen Anspruch befriedigt, da ich mich wesentlich besser mit den Schreiberinnen identifizieren kann. Ich glaube, das kommt daher, daß die Artikel persönlicher geschrieben sind. Im AK fühle ich meistens eine sehr große Weite zwischen mir und der Schreiberin und fühle mich dadurch sehr unbefriedigt. Ich habe das Gefühl, daß die Verfasserinnen nie den Anspruch haben, über sich selbst zu schreiben, sondern über eine Problematik zu informieren, aber eben nur zu informieren. Aufgrund dieses Eindruckes kann ich mich damit nicht identifizieren.

Ich möchte in diesem Artikel aber nicht nur Kritik am AK üben und an meinem bisherigen Konsumverhalten festhalten, sondern auch Vorschläge machen, wie ich den Frauenteil gerne verändern möchte.

Ich bin in einer Schülerinnen/Frauengruppe, in der wir zur Zeit fast gar keine Arbeit nach außen hin machen, sondern momentan nur über unser eigenes Rollenverhalten diskutieren. Wir sprechen über unsere eigene Sexualität und schizophrenen Verhaltensweisen, zu denen wir durch diese kapitalistische Gesellschaft gezwungen werden, und über die Repressionen, die wir daraus resultierend, ständig zu spüren bekommen. Aufgrund unserer Erziehung wird uns frühzeitig aberzogen, uns mit uns selber und mit/über andere Frauen zu identifizieren, und uns nur über Männer als vollwertig und lebensfähig zu empfinden. Gerade in unserer Situation treten so viele Widersprüche auf, über die wir uns unbedingt klar werden müssen, um dagegen ankämpfen zu können. Ich habe auch angefangen, über mich selbst zu schreiben und festgestellt, daß mir die Analyse meiner Gefühle, Empfindungen und Gedanken sehr viel weiter hilft, um mir über die Widersprüche in meiner Person klarzuwerden und sie nicht nur unbewußt, sondern ganz rational zu begreifen.

Um auf die Frauenzeitungen zurückzukommen, möchte ich sagen, daß mir die dort geschriebenen Artikel ebenfalls Widersprüche aufzeigen und klarmachen. Dies ist mir eben im AK nicht möglich und deshalb kann ich mit den Artikeln nicht arbeiten. Ich möchte gerne, daß auch andere Frauen entweder über ihre eigene Situation oder z.B. über ihre Erfahrungen in ihren Frauengruppen schreiben. Was ich, nebenbei, ganz toll fände: wenn man die Artikel z.B. mit Bildern von Frauen illustrieren würde (in den Fällen, wo das gemacht wurde, fand ich das sehr schön).

Vielleicht gibt es auch Frauen, die Geschichten schreiben, was ich sehr interessant fände, da sie eine Menge über die Frau aussagen.

Für mich ist es aber jetzt schon klar, daß ich demnächst selber Artikel schreiben werde, über Dinge, die mich beschäftigen und interessieren. Zum Abschluß möchte ich sagen, daß Frauen, die bisher Artikel im AK geschrieben haben, sich durch diesen Brief nicht unterdrückt fühlen sollen, da es sicherlich unheimlich viele Frauen gibt, darunter auch mich, die diese Artikel interessierten.
Bis bald ...

Claudia

ANTWORT

Liebe Claudia,
wir haben uns über Deinen Leserbrief sehr gefreut. Teils begreifen wir ihn als Kritik an uns — die wir meistens die Frauenseiten inhaltlich füllen —, teils wird darin ein allgemeineres Problem aufgegriffen, das wir selbst schon mit Bedauern festgestellt haben.

Du schreibst, ,,*daß die Verfasserinnen nie den Anspruch haben, über sich selbst zu schreiben, sondern über eine Problematik zu informieren, aber eben nur zu informieren*''.

Es ist zutreffend, daß die überwiegende Zahl der Frauenartikel sich mehr oder weniger sachlich mit politischen Ereignissen beschäftigt, Einschätzungen bringt und Auseinandersetzungen mit anderen Standpunkten führt. Über die Problematik, die frau (und damit selbstverständlich auch die Artikelschreiberinnen) persönlich hat, wird bis auf wenige Ausnahmen nicht geschrieben.

Wir finden Deine Kritik richtig und haben uns eigentlich vorgenommen, neben den reinen Informationsartikeln auch solche Dinge zum Artikelinhalt zu machen, die man gemeinhin als die ,,persönlichen'' bezeichnet. Daß wir uns selbst mit diesem Problem schon länger herumschlagen, kann man aus zwei Artikeln sehen: ,,Gewalt an Frauen in der Organisation'', und die Stellungnahme einer Genossin zum Thema ,,Mein Freund und das Saubermachen''.

An beiden Ereignissen ist uns aufgefallen, daß wir über Schwierigkeiten in unserem ,,Privatleben'' deshalb lange nichts nach außen dringen ließen, weil wir es als ,,Schande'' empfanden, als Mitglieder der AG Frauen und langjährige Aktive überhaupt Schwierigkeiten zu haben.

Es ist deshalb wohl auch weniger ein ,,Anspruch'', über persönliche Dinge nicht schreiben zu wollen, als mehr die Angst, sich bloßstellen zu können, und das Unvermögen, hinter Einzelproblemen das Allgemeine zu sehen.

Wenn wir dann allerdings wenigstens manchmal die Initiative ergriffen und persönliche Erlebnisse öffentlich zur Diskussion stellten, kam kaum ein Echo. Obwohl wir wußten, daß es viele Fälle von Gemeinheiten und Tätlichkeiten in den Beziehungen der Genossen gibt, hat sich nicht eine Hand zum Schreiben gerührt. Stößt das Thema etwa nicht auf allgemeines Interesse bei frau?

Wir stellen immer wieder fest, daß das nicht stimmt. Es gibt keine Frauengruppe, keine Einheit, in der nicht über die Schwierigkeiten in den persönlichen Beziehungen — ob zwischen Partnern, zwischen Eltern und Kindern oder Freunden — diskutiert wurde. Sogenannte ,,Beziehungsdiskussionen'' haben Urlaubsfahrten gesprengt, ganze Nächte gedauert.

Wir wissen sogar aus vielen Frauengruppen im Bezirk, daß ,,Frauenpolitik'' in erster Linie als Diskussion der persönlichen Probleme begriffen wird.

Wir wollen jetzt nicht diskutieren, wieweit wir das für sinnvoll halten — klar wird daran jedenfalls, daß bei vielen Genossinnen offensichtlich das Bedürfnis besteht, über ihre persönlichen Schwierigkeiten, Verhaltensweisen und Lebensumstände zu reden.

Ich finde daher Deine Absicht gut, demnächst genau solche Artikel zu schreiben.
Bis bald

Anna, AG Frauen Hamburg

Kinder

Leserbrief zu ,Kinder im KB'

Ich möchte Stellung nehmen zum Leserbrief **"Kinder sind auch geliebte Wesen"** im "Arbeiterkampf" 136 und insbesondere zu den dazu gemachten Anmerkungen einer Genossin der Arbeitsgruppe Frauen Hamburg.

Die Genossin kritisiert zunächst an dem "Ersatzeltern"-Modell, von dem Sylvias Mutter in ihrem Leserbrief berichtete, daß sich die Kinder mit so vielen Bezugspersonen nicht auseinandersetzen könnten. (Die Zahlen, mit denen sie argumentiert, stimmen nicht ganz, denn Sylvia hat es nicht mit 12 Erwachsenen und 10 Kindern zu tun, sondern mit ihren Eltern, 2 einzelnen "Ersatzeltern" und einem "Ersatzeltern"-Paar, 5 Kindern und den Erzieher(inne)n in der Babyinitiative). Ihre Ablehnung begründet die Genossin damit, daß wir selber ja auch nicht in der Lage sind, zu so vielen Menschen gleichzeitig ein enges Verhältnis zu haben. Das ist meiner Ansicht nach eine falsche Sichtweise. Denn es ist doch gerade nicht als positiv darzustellen, daß viele von uns große Schwierigkeiten haben, zu mehr als oft nur einem Menschen eine gute und vertrauensvolle Beziehung zu entwickeln. Und das ist ja auch nicht zuletzt ein Ergebnis unserer bürgerlichen Erziehung in der Familie und in staatlichen Kindergärten und Schulen, die uns statt zum offenen, solidarischen Miteinanderumgehen zum ständigen Konkurrenzkampf gegeneinander erzogen hat. Ich bin der Meinung, daß diese Erfahrungen Alternativen notwendig machen, mit denen auch die dauernde gegenseitige Abhängigkeit von Kindern und Eltern in der Kleinfamilie durchbrochen wird. Und für solch einen Ansatz halte ich das in dem Leserbrief dargestellte Modell. Dabei wäre es übrigens sehr unnatürlich, wenn die Kinder nun zu allen anderen Kindern in der Initiative und allen erwachsenen Bezugspersonen eine gleich gute Beziehung entwickeln würden. Aber wichtig ist doch, daß sie überhaupt die Möglichkeit haben, zu mehr als zwei Erwachsenen regelmäßigen Kontakt zu haben.

Schwierig in dem Leserbrief erscheint mir allerdings die Perspektive, daß Sylvia bald selbst bestimmen sollte, wann sie wen besucht. Denn das wird sicherlich nicht möglich sein, ohne Rücksicht auf die Zeitplanung der Erwachsenen. Andererseits müssen natürlich die Wünsche der Kinder genauso einbezogen werden.

Es stimmt nicht, daß Sylvia sich nur zwischen Erwachsenen entscheiden kann, wie die Genossin schreibt. Denn erstens sind bei 2 "Ersatzeltern" auch Kinder und zweitens wird zusätzlich in der Babyinitiative durchaus das gegenseitige Besuchen und Beieinanderschlafen praktiziert.

Ich halte die Babygruppe und die Beziehungen, die sich schon zwischen den Kleinkindern entwickeln, auch für sehr entscheidend. Nur bin ich anderer Meinung als die Genossin der AG Frauen, was die Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen angeht. Sie schrieb dazu: "*Es gibt aber eine ganze Menge Dinge, die ein Kind wegen seines Alters nicht alleine und auch nicht mit anderen Kindern gemeinsam lösen kann. Essen, anziehen, wohnen etc. Hierzu müssen Erwachsene zur Verfügung stehen" ... "Die Erwachsenen werden dann von dem Kind, je nach Alter, nur für Hilfeleistungen gebraucht, und diese sicherlich nicht nur in pflegerischer Art, sondern auch in Fragen wie Ratholen*".

Der autoritären Rolle, die Erwachsene in der bürgerlichen Erziehung ausüben, sollten wir den Versuch von gleichberechtigten Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen gegenüberstellen und nicht den völligen Verzicht auf solche Beziehungen.

Und so stellt sich die Genossin das im Sozialismus vor: "*Revolutionär finde ich es, wenn Kinder überhaupt nur in Kinderkollektiven aufwachsen und leben. Aber das wird sicherlich nur in einer späteren Gesellschaft möglich sein. Da werden wir Kinderhäuser rund um die Uhr haben. Die Eltern sollten dann so eine Rolle übernehmen wie früher bei uns der Besuch bei Oma und Opa. Da hat man die Eltern dann wirklich in guter Erinnerung. Ausgebildete Erzieher müßten sich dann um die Versorgung der Kinder kümmern.*" Ausreichende und gute Kinderhäuser – ja, aber überhaupt nicht revolutionär finde ich die totale Trennung zwischen Kinder- und Erwachsenenleben. Gerade die Kinderghettos, die Kinder auf künstliche Weise aus dem alltäglichen gesellschaftlichen Leben, z.B. der Arbeitswelt, heraushalten, müssen doch im Sozialismus aufgelöst werden, wenn wir erreichen wollen, daß Kinder einmal gleichberechtigte Gesellschaftsmitglieder werden.

Eine "Ersatzmutter" von Sylvia

Anmerkung der AK-Redaktion

Die falschen Angaben über Zahl der "Ersatzeltern" usw., die die Genossin hier rechtigstellt, stammen nicht aus dem Artikel der Genossin der AG Frauen, sondern direkt aus dem Brief von Sylvias Mutter. Zu diesem Thema liegen inzwischen noch zwei weitere Stellungnahmen vor, die aber zu spät eintrafen, um hier noch berücksichtigt zu werden. Sie kommen in den nächsten AK.

Leserbrief zu ,,Wie geht's weiter im KB?''



Vor ein paar Monaten haben wir Kieler Genossinnen uns eine Frauenzelle geschaffen, die sich genauso wie jede andere Zelle in der Organisation regelmäßig trifft und zu a l l e n politischen Themen arbeiten will. Die Ursachen, die zur Gründung unserer Frauenzelle führten, hingen vor allem mit der speziellen Kieler Situation zusammen:

Die Zellen- und Leitungstermine liefen meist ziemlich unbefriedigend ab, d.h. wenig gute politische Diskussion, dafür aber viel organisatorisches Hick-Hack und große Unlust bei Genossen bzw. Genossinnen. Gerade Frauen gingen immer häufiger aus den Zellen raus oder trugen die Arbeit nicht mehr aktiv mit. Die wenigen aktiven Genossinnen wurden meist untergebuttert, Frauenprobleme überhaupt nicht mehr diskutiert. Insgesamt war die Stimmung unter uns Frauen ziemlich resignativ; keine traute sich mehr zu, an diesem Zustand allein viel ändern zu können. Die Folge war ein Treffen mit ausgetretenen und ,,übriggebliebenen'' Genossinnen, auf dem zum erstenmal der Vorschlag einer eigenständigen Frauenzelle diskutiert und dann auch beschlossen wurde.

Unser Ziel sollte nicht nur eine inhaltsvollere Diskussion sein, wir wollten auch ein besseres Klima schaffen, in dem keine strikte Trennung mehr zwischen sogenannten persönlichen und politischen Problemen herrscht, Widersprüche nicht abgewürgt werden, frau sich so auch besser kennenlernt. Durch Gespräche in der Frauengruppe und intensiverem privaten Kontakt schien uns dies unter Frauen leichter zu verwirklichen. Wir wollten uns so den Rücken stärken bei der Auseinandersetzung mit der übrigen Organisation. Ob die Frauenzelle längerfristig erhalten bleibt oder nur eine Übergangslösung ist — darüber sind wir allerdings verschiedener Meinung. Die einen meinen, daß wir wieder zurück in die anderen Zellen sollten, sobald sich die Situation der Frauen in der Organisation geändert hat. D.h. sobald wir wieder auf Vollversammlungen lauter geworden sind, Frauenprobleme von der Örtlichen Leitung und allen Zellen mehr diskutiert werden und wir selbstbewußt genug sind, um uns in den Zellen nicht mehr unterbuttern zu lassen. Die anderen möchten auch längerfristig in der Frauenzelle bleiben, weil sie meinen, daß hier grundsätzlich bessere Diskussionen möglich sind. Einmal, weil die Frauenarbeit zum Praxisbereich aller Frauen gehört und sich andererseits Sympathie und Vertrauen mit zunehmender Zusammenarbeit entwickeln können. Nach ein paar Monaten Erfahrung mit der Frauenzelle können wir zwar nicht behaupten, unser Ziel in allen Bereichen erreicht zu haben. Wir haben aber erstmals wieder organisiert Frauenpolitik diskutiert und angepackt und — im Gegensatz zu anderen Zellen — regelmäßig politische Debatten unter angenehmeren Klima durchgeführt. Einige von uns haben nun nach längerer Zeit wieder Lust bekommen, aktiv zu werden.
Auf, Auf, Frauen!

Frauenzelle/KB Gruppe Kiel

Herzlichen Glückwunsch!

Einen herzlichen Glückwunsch all den ,,*jungen Mädchen mit den komischen Palästinenser-Tüchern.*'' Hamburger Fahrschein-Kontrolleure erklärten sie zum Angstgegner bei Fahrscheinkontrollen: ,,*Derzeit sind es die jungen Mädchen mit den komischen Palästinenser-Tüchern, die drehen einem ja das Wort im Mund um, denen ist man ja kaum gewachsen*'', beichtete ein Hamburger Greifer dem ,,Stern'' (42/78).

Wenn der Gute noch lebend in den Genuß seiner Pension kommen will, wird er sich wohl einen anderen Job suchen müssen: die jungen Mädchen mit den Palästinenser-Tüchern, die den uni(n)formierten Respektspersonen denselben verweigern, werden immer mehr. Und man weiß ja, was eine Respektsperson wird, der man den erwarteten Respekt verweigert: lächerlich.

In diesem Sinne, liebe Mädchen: angenehme Weiterfahrt!

Ein Genosse

Opium ja — aber in Maßen und nicht von jedem!

„Geben Sie kein Geld! Die Sammler machen sich strafbar! Man kann davon ausgehen, daß diese Gruppen nicht im Besitz einer Sondergenehmigung für öffentliche Geldsammlungen sind, wie sie nach Landesrecht vorgeschrieben sind". — *„Behalten Sie Ihre persönlichen Papiere immer bei sich. Wenn Sie Ihren Paß, Personalausweis usw. Dritten übergeben, sind Sie vor Mißbrauch nicht geschützt".* — *„An eine Unterschrift unter einen Vertrag sind Sie im Zweifelsfalle immer gebunden".* —*„Seien Sie vorsichtig mit der Weitergabe von Informationen über andere Personen und auch über Familienmitglieder, da Sie nicht wissen können, ob Sie mit deren Einverständnis handeln".*

Diese eindeutigen Ratschläge stammen nicht vom Bundeskriminalamt aus einer der bekannten bürgernahen Aktionen „Kommissar Bürger ist der beste Fahnder" in Sachen Terrorismus; sie stammen auch nicht von der Verbraucherzentrale, wie man vielleicht meinen könnte. Nein. Hier geht es um den Schutz der westdeutschen Jugend vor der bekanntesten Droge der Geschichte — besser gesagt: vor dem „Mißbrauch" dieser Droge, an dem markterfahrene „Jesus-Dealer" in Konkurrenz zu den alteingesessenen Kirchen, die früher den Markt monopolisierten, in vergangenen Jahren zunehmend verdienen.

Die Hinweise gelten fünf angeblich sehr erfolgreichen „Sekten" oder Jugendreligionen:
„Familie der Liebe"(ehemals *„Kinder Gottes"*), der *„Scientology Church"*, der *„Vereinigungskirche"* (auch bekannt als *„Mun-Sekte"*), der *„Hare-Krishna-Bewegung"* und dem *„Weltplancenter"* (WPC) und *„Transzendentale Meditation"* (TM).

Nachzulesen sind die Warnungen in einer Broschüre, die der ökumenische Jugendrat Hamburg in Zusammenarbeit mit der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche herausgab. Das Amt für Jugendarbeit der Ev.Kirche in Hessen und Nassau gab zum gleichen Thema gleich eine 140 Seiten starke Broschüre mit dem Titel *„Jugendreligionen — Was ist das?, was wollen sie? — Versprechen und Wirklichkeit..."* heraus.

Unterstützt in ihrem Kampf gegen die unliebsame Konkurrenz werden die Kirchen durch den Staat, der die Jugendsekten seit neuestem gleichrangig neben Drogen- und Alkoholabhängigkeit als ernste Jugendgefährdung behandelt:
„Gewinnträchtige Geschäfte mit jungen Menschen — Eltern, Staatsanwalt und Regierung sind oft machtlos" („Welt der Arbeit", 30.3.78), *„Jugendreligionen: Am Ende steht die vollständige Selbstaufgabe"* („Frankfurter Rundschau",11.9.78) oder *„Die falschen Heiligen — die Bundesregierung sagt den Jugendsekten den Kampf an"* („Die Zeit",21.7.78). *„Kirche äußert sich besorgt"* („Frankfurter Rundschau",30.3.78) und *„Kinder Gottes — lieben und betteln für einen Milliardär"* („Bild",22.2.78)

Überirdische Kräfte am Werke... ?

Wo diese Jugendreligionen mit ihren Musikgruppen, Jüngern und Managern in Einkaufsstraßen oder Fußgängerpassagen für ihre Vorstellungen von einer „neuen Gesellschaft" aktiv sind, ist anscheinend der Teufel los, und man tut besser einen riesigen Bogen, denn was einem da alles passieren kann, schildern hübsch-schaurig ein paar Erlebnisberichte ehemaliger Opfer oder besorgter Eltern:

Ein Opfer kam lediglich in der Mittagspause mit den „Kindern Gottes" ins Gespräch. Einer Einladung zum Mittagessen in das Kollektiv folgend, kam sie erst um Mitternacht wieder nach Hause. *„Das war nicht mehr G., so ihre Mutter... Und plötzlich las ihre Tochter, längst aus der Kirche ausgetreten, wieder die Bibel. Bald zog G. ganz zu den 'Kindern Gottes'".* —*„Sie begann ein Studium der Kunstgeschichte und zwar, wie es schien mit Fleiß... Sie lief den Werbern der VK* (Vereinigungskirche, d.Red.) *in die Arme. Kaum vom Schulungszentrum Camberg zurückgekehrt, exmatrikulierte sie sich, gab ihr Studium auf"* (Evangelische Landesjugendinformation „elif" 1/78).

Aufgepeppt sind diese Meldungen noch mit Geschichten über „Gehirnwäsche" oder Entführungen oder Sex, etwa wie dieser:
„'Bist du glücklich?', fragten die beiden jungen Männer die 13jährige Schülerin Claudia Sch. in der Fußgängerzone in Hannover. 'Hast du Kummer mit deinen Eltern? Komm doch zu uns! Wir lieben dich'". Die Sekte, in diesem Falle die „Kinder Gottes" (die in der BRD ca. 600 Mitglieder hat), gibt aber nicht nur *„unverhüllte Aufforderungen zum Sex".* Nein, sie leben, wie auch die anderen Jugendreligionen *„ohne persönlichen Besitz"*, den sie abgeben müssen, *„in dürftig möblierten Räumen"* in *„Kommunen"*, haben *„sexy Leiter"*, werden für ihren Einsatz *„gedrillt"* — und das durch *„Lieben und Betteln"* angeschleppte Geld dürfen sie nicht selbst behalten, sondern müssen es abführen an einen „Milliardär", der sich davon ein *„vergnügliches und wohlhabendes irdisches Leben"* zu verschaffen weiß.

„Jugendsekten" — eine Marktlücke wird erschlossen

Tatsächlich sind die Jugendsekten nichts anderes als eines der vielen Konsumangebote, mit denen Jugendlichen ihr Geld aus der Tasche gezogen werden soll. Angeboten werden Geborgenheit, Ruhe, Zufriedenheit, Glück, befriedigende Sexualität, was Jugendliche heute angesichts von Schulstreß, Jugendarbeitslosigkeit, Sexualunterdrückung etc. vermissen. Wie auf dem Drogenmarkt wird dabei versucht, die eingefangenen Jugendlichen total abhängig zu machen: Sie sollen alle Brücken zu ihrem bisherigen Leben abbrechen. Dabei profitieren die Manager dieser Sekten davon, daß Kindern und Jugendlichen durch bürgerliche Erziehung schon das Rückgrat gebeugt oder angeknackst worden ist und kultivieren dies: gefordert wird die völlige, demütige Einordnung in Regeln und Ideologie der Sekten.

Daß sich darüber allerdings ausgerechnet Kirchen und bürgerlicher Staat empören, ist mehr als scheinheilig. Die eingetragenen Kirchen sind schon seit Jahrhunderten auf diesem Markt tätig und verkaufen den Menschen den Glauben ans Himmelreich als Allheilmittel gegen Armut, Elend und Unterdrückung. Sie haben nach wie vor das staatlich geschützte Recht, Kinder zu manipulieren: durch den Religionsunterricht an den Schulen, Konfirmandenunterricht, Belegen der Kirchen mit Schulkindern an kirchlichen Feiertagen wie dem „Reformationstag".

„'Noch nie sah diese Kirche 2000
„'Noch nie sah diese Kirche 2000
Kinder', jubelt der Stadtpfarrer von St. Urban und ruft ins Mikrofon: 'Zum ersten Mal seit 150 Jahren macht unser Katholikentag für die Kinder ein eigenes Fest!'. Dann läßt der Kaplan anstimmen: ' Lobt den Herren — jetzt mit Klatschen'. Und 2000 Kinder jubeln, klatschen und trampeln in den Kirchenbänken... ' Eine freudige Nachricht breitet sich aus', spielt die Band, und 2000 Kinder singen begeistert mit". (September 1978 — „Kinder-Katholikentag" in Freiburg).

Die Jugendsekten ernten, was hier gesät wird. Kampf der religiösen Indoktrination von Kindern unter dem Schutz des Staates!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Symbol der Children of God

Neue Jugendreligionen und Weltplancenter — Wer sind sie — was wollen sie?

TM

Zeichen der Scientology-Kirche

Sexualkundeunterricht in Bayern — bald verboten?

Im Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1977 wird die Durchführung des Sexualkundeunterrichts zwar als Pflichtfach erklärt, aber Pflichtfach soll nur die *„Vermittlung allgemeiner Kenntnisse über vornehmlich biologische Fakten aus dem Bereich der menschlichen Sexualität"* sein. Die *„individuelle Sexualerziehung"* gehöre *„zum natürlichen Erziehungsrecht der Eltern"* („FR", 15.2.1978). „Falls dieser Unterricht über die bloße Vermittlung biologischer Tatsachen hinausgeht", sollen die Gesetzgeber der einzelnen Länder die Einführung einer schulischen Sexualerziehung regeln.

Schon bald danach, Anfang dieses Jahres, wurde in Bayern vor allem von konservativen Katholiken Protest gegen eine schulische Sexualerziehung laut.

Der Vorstand der Landfrauengruppe im bayerischen Bauernverband forderte die Abschaffung der Sexualerziehung an Grundschulen, *„damit der Schaden an unseren Kindern und das Mißtrauen großer Teile der Elternschaft gegen eine Sexualerziehung nicht noch größer werde"* („SZ", 25.1.78).

Die katholischen Bischöfe Bayerns forderten eine gesetzliche Regelung der Sexualkunde. Dabei fordern sie, *„daß Offenheit für verschiedene Wertungen und Normen auch eine positiv akzentuierte Darstellung der Geschlechts- und Ehemoral der christlichen Kirchen einschließen müsse".*

Den meisten Wirbel löste der zwischen Faschismus und Wahnsinn angesiedelte „Freundeskreis Maria Goretti e.V." aus. Jeden zweiten Freitag versammeln sie sich vor dem Gebäude des Kultusministeriums, lehnen ein großes Kreuz neben die Eingangstür, stellen ein paar Grablichter drumherum und beten den „Bußrosenkranz". In zahlreichen Flugblättern und Leserbriefen beschuldigt dieser Verein KuMi Maier, Bayerns Kinder mit der *„neuheidnisch-sozialistischen Zwangs-Sexualerziehung dem Laster auszuliefern"* und damit letztendlich eine „sozialistisch-marxistische Gesellschaft" in der BRD herbeizuführen. Die Sexualkunde bedeute „Mord an Kinderseelen".

Anfang Mai wurde vom Kultusministerium ein Entwurf zum Sexualkundeunterricht im Landtag eingebracht, der „mit der Erklärung der bayerischen Bischöfe im Einklang steht". Dieser Entwurf ging durch den kulturpolitischen Landtagsausschuß und durch den Rechtsausschuß und wurde mit zwei CSU-Gegenstimmen gebilligt. Sofort erhob sich erneut der Protest. Allen voran, aus der Diözese Regensburg, Bischof Graber und der Theologe Franz Xaver Gaar, der in einem Brief an Strauß „vor den negativen Auswirkungen auf den Ausgang der Landtagswahl" warnt, wenn „das Thema nicht neu durchdacht werde". Gaar spricht der „pluralistischen Schule" die Fähigkeit ab, „christliche Sexualerziehung leisten" zu können. Sexualkunde sei „stimulierend und schamzerstörend".

So sah die CSU-Fraktion zu einer sofortigen parlamentarischen Beschlußfassung plötzlich keine Notwendigkeit mehr. Es habe nämlich „bislang keine ausreichende Möglichkeit zu einer umfassenden und abschließenden Meinungsbildung der Gesamtfraktion" gegeben. Zunächst hieß es, der Entwurf komme auf der Septembersitzung wieder zur Sprache. Doch wurde auch dort der Entwurf nicht angesprochen.

Schon heißt es, daß der derzeitig (noch) praktizierte Sexualkundeunterricht ganz gestrichen werden könne, wenn – mit dem Argument fehlender gesetzlicher Regelung – dagegen gerichtlich vorgegangen würde.

Auch der „Bayerkurier" argumentiert bereits in diese Richtung: *„Ein besonderes Problem für die Gesunderhaltung der Familie stellt die Sexualerziehung dar. Eine angebliche öffentliche Meinung hat mit bislang nicht geprüften wissenschaftlichen Argumenten über die westdeutsche Kultusministerkonferenz die Sexualerziehung zur stoffübergreifenden Unterrichtsaufgabe gemacht. Sachverständige in diesem Bereich ernennen sich in der Regel selber und können für den von ihnen angerichteten Schaden nicht haftbar gemacht werden. Wer hat denn schon öffentlich gefragt, ob das heute so arg mißhandelte Schamgefühl aufgrund einer kulturellen oder eben doch aufgrund einer biologischen Schranke besteht? In Wahrheit tappen wir doch wissenschaftlich noch im Dunkeln darüber, was hier getan werden darf. Wenn schon sexuell gestörte Eltern für die Sexualentwicklung ihrer Kinder von großem Nachteil sind, um wieviel mehr können sexuell gestörte Lehrer diesen Nachteil multiplizieren?"* (7.10.).

KB Nürnberg

Sexualaufklärung wieder häufiger vor Gericht?

Offenbar wird die Klassenjustiz bei ihrem Zugriff gegen angeblich jugendgefährdende Sexualaufklärung aktiver. Wie im AK 138 berichtet, sollen die Verleger, die das Buch „Sexfront" von Günter Amendt neu aufgelegt haben, wegen „Verbreitung jugendgefährdender Schriften" vor den Richtertisch — unseres Wissens der erste Fall einer derartigen Anklage gegen Herausgeber eines Aufklärungsbuches.

Den Gang zum Gericht hinter sich haben mittlerweile zwei Jugendliche aus Memmingen, die im vergangenen Jahr einen Prospekt für die DGB-Jugendzeitschrift „ran" verteilt hatten, in dem auf die in der Zeitschrift abgedruckte Serie *„Auch Fummeln muß man lernen"* hingewiesen wurde.

Der harangezogene Gutachter Helmut Kentler erklärte, daß das, was „ran" abgedruckt hatte, heute in jedem vernünftigen Aufklärungsbuch zu finden sei. Die Darstellung sei vorbildlich und entspreche dem sexualwissenschaftlichen Erkenntnisstand. Allerdings war in dem Prospekt auch von *„Heuchelei"* und *„bürgerlicher Sexualmoral"* die Rede. Und das war wohl — ähnlich wie beim laufenden Verfahren gegen „Sexfront"— der Anlaß für die Anzeige! Es geht gegen Information über Sexualität, die sich auch mit der gesellschaftlichen Funktion von Sexualunterdrückung auseinandersetzt und sich nicht auf brave Gebrauchsanweisungen für den menschlichen Körper beschränkt.

Das Gericht sprach die Angeklagten frei, allerdings lediglich wegen *„fehlenden Unrechtsbewußtseins".* Nach Meinung des Gerichts sei der Prospekt *„schwerwiegend jugendgefährdend"*, den Jugendlichen sei nur nicht bewußt gewesen, daß die Verteilung nicht rechtens sei.

Der Vater eines der beiden Angeklagten, der FDP-Landtagsabgeordnete Winfried Wachter, hatte sich mit seinem Sohn solidarisiert, nachdem gegen diesen Strafanzeige gestellt worden war, indem er selbst den angegriffenen Prospekt verteilen wollte. Er war daran allerdings durch die Polizei gehindert worden und ebenfalls wegen „Verbreitung jegendgefährdender Schriften" angeklagt worden. Die Verhandlung gegen ihn steht noch aus.

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Kurzmeldungen

Nachdem nach dem „deutschen Herbst" 1977 in allen Bundesländern Erlasse herausgekramt bzw. beschlossen wurden, mit denen den Schülern die dritte Strophe des „Deutschlandliedes" als Unterrichtsstoff verordnet wird, bemüht sich die CDU schon seit längerem, diese Praxis auszuweiten. Ginge es nach ihr, sollten alle drei Strophen dieses Liedes Unterrichtsthema werden, also auch *„Deutschland, Deutschland über alles ... Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt..."*. Einzelne Vorstöße in diese Richtung gingen allerdings daneben, da bislang einer solchen Praxis die Regelung entgegensteht, derzufolge bei „offiziellen Anlässen" zurückhaltenderweise nur der etwas weniger chauvinistische Text der dritten Strophe gesungen wird (*„Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland..."*). Deshalb gingen jetzt 30 Landtags- und Bundestagsabgeordnete einen inoffiziellen Weg und versandten an die Schulen und Vereine ihrer Wahlkreise Platten und Texte mit allen drei Strophen des Liedes. Kommentar des CDU-Abgeordneten Böhm: *„Unser Deutschlandlied droht in Vergessenheit zu geraten... Ich kenne kein anderes Land, das seine Hymne derart mißachtet, wie das bei uns geschieht".*
Wir raten: Wo dieses Lied an Schulen auftaucht, sollte man auf keinen Fall *„in Vergessenheit geraten"* lassen, daß für das in diesem Lied beschriebene „Deutschland" zwei Weltkriege angezettelt worden sind!

* * *

Frankfurt. Als im April 1978 mit einer polizeilichen Nacht- und Nebel-Aktion die Kitas in herkömmliche Kindertagesstätten umgewandelt wurden, war eine der fadenscheinigen Begründungen, die Kita-Kinder und Erzieher hätten das Mobiliar ruiniert (wie das nun ja mal nach CDU-Ideologie bei „antiautoritärer Erziehung" passieren muß). Schon damals war Oberbürgermeister Wallmann auf den Bauch gefallen: Als er der erwartungsfrohen bürgerlichen Presse eine „heruntergekommene" Kita zeigen wollte, war alles hübsch ordentlich, heil und aufgeräumt. Stadtrat Mihm (CDU) fügte dieser Komödie jetzt einen neuen Akt hinzu. Für 71.000 DM wurde die Kita 110, jetzt normale Kindertagesstätte, mit neuem Mobiliar ausgestattet, obwohl das alte gar nicht kaputt war! Offenbar hat der Herr Stadtrat seine eigenen Greuelmärchen für bare Münze genommen („FR", 11.9.78).

* * *

Rom. Zu Beginn des neuen Schuljahres forderte der inzwischen zu seinem Chef abberufene Papst Johannes Paul I. die Schüler zu mehr Lerneifer auf. In der ihm eigenen Art berichtete er über die Kinderbuchfigur, Pinochio, der sich nach einem versäumten Tag vorgenommen hatte, immer der erste zu sein. Kommentar eines Schülers, nachdem Johannes Paul seinem übertriebenen Eifer erlegen ist: „Wer anderen eine Grube gräbt...".



6. DEUTSCHER JUGENDHILFETAG KÖLN 1978

9.-11. November 1978 Messegelände Köln-Deutz

Vom 9. bis 11. November 1978 findet in Köln der 6. Deutsche Jugendhilfetag (DJHT) statt. Er wird veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe (AGJ), Dachverband von ca. 60 bundesdeutschen öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe.
Eigentlich ist der kommende DJHT erst der 5., denn die AGJ ließ den für 1974 geplanten 5. Kongreß aufgrund einer befürchteten „totalen Konfrontation" mit einer damals gebildeten linken Opposition („Sozialistische Aktion") kurzerhand platzen.
Dieser Artikel will aufzeigen, wie es dazu gekommen ist und was auf dem 6. DJHT zu erwarten ist. Gleichzeitig ist er eine Aufforderung an alle im und am KB arbeitenden Erzieher, Sozialpädagogen, Sozialarbeiter, aber auch an alle im Jugendbereich arbeitenden Genossinnen und Genossen, sich aktiv am 6. DJHT zu beteiligen.

Die AGJ führt seit 1964 nationale Jugendhilfetage durch, an denen jeweils mehrere Tausend Erzieher(innen), Sozialarbeiter, Sozialpädagogen etc. aus dem Praxis- und Ausbildungsbereich teilnahmen.

Bis 1970 fanden die Jugendhilfetage alle zwei Jahre statt und standen unter folgenden Themen:

1964: Verantwortliche Jugendarbeit heute
1966: Jugendhilfe und Bildungspolitik
1968: Die Mitarbeiter in der Jugendhilfe
1970: Kindheit und Jugend in der Gesellschaft

Jugendhilfetage erschöpften sich zunächst in einer kritiklosen Demonstration staatlicher und verbandlicher Jugendpolitik. Ab 1968 entwickelte sich aber im Zuge der Studentenbewegung und der Kampagne gegen die Notstandsgesetze eine politische Opposition in der Jugend- und Sozialarbeit. Mit der Harmonie auf den Jugendhilfetagen war es vorbei – die tatsächliche Lage der von Kirchen und Staat verwalteten Kinder und Jugendlichen wurde in die Diskussion mit einbezogen. Man kam zu dem Ergebnis, daß der Staat und fast alle sogenannten freien Verbände in ihrer Jugendhilfe total versagt hätten (trotz ständiger Reformversprechungen) und diese Situation nur von den Betroffenen selbst verändert werden könnte.
gen) und diese Situation nur von den Betroffenen selbst verändert werden könnte.

Auf dem 4. DJHT 1970 in Nürnberg kam es dann zur bisher schärfsten Konfrontation zwischen einerseits reformfreudigen, linken Kräften aus dem Bereich der gesamten Jugendhilfe und andererseits jenen Verbänden und Behörden, die für die Misere im Jugendhilfebereich verantwortlich waren und sind (z. B. die katholische Caritas, Landesjugendämter etc.).

Um der Öffentlichkeit endlich einmal ein realistisches Bild des Jugendhilfebereichs zu vermitteln und um von den Verantwortlichen wesentliche Verbesserungen zu verlangen, schlossen sich 1970 erstmalig eine Reihe von Basisinitiativen, „Arbeitskreise kritischer Sozialarbeiter" (AKS) usw. in einer „Sozialistischen Aktion Jugendhilfetag" (SAJ) zusammen.

Die SAJ stellte klar, daß
- im wesentlichen Kinder und Jugendliche der Arbeiterklasse von Maßnahmen der Jugendhilfe betroffen sind,
- die Misere ihre Ursachen in unseren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen hat,
- diese Ursachen durch die Jugendhilfe keineswegs verändert, sondern stabilisiert werden.

Ebenfalls diskutierte man über Möglichkeiten des gemeinsamen Widerstands. Dagegen stand natürlich das offizielle Konzept des Veranstalters. Laut AGJ-Konzept sollten sich Arbeitsgruppen *„geordnet nach Sozialisationsfeldern zusammenfinden und ihre Ergebnisse, Wünsche und Forderungen an den Gesetzgeber herantragen"*. Beschlüsse sollten ausdrücklich nicht gefaßt werden! Grund genug zur Annahme, daß es der AGJ mehr um die Verschleierung der herrschenden Mißstände als um ihre Beseitigung ging.

Unmittelbar nach Beendigung des 4. DJHT's zettelten bürgerlich-reaktionäre Wissenschaftler und Teile derselben Presse eine Hetz- und Diffamierungskampagne gegen die Ziele und Vorgehensweisen der SAJ an, welche bis zum heutigen Tage nicht wieder verstummt ist. Hier einige Kostproben: Die „Sozialistische Aktion" sei eine Ansammlung von „Fanatikern", „Einpeitschern", „Rattenfängern", „Ideologen", „diffus denkenden Köpfen", „Rebellen", gekennzeichnet durch „Fanatismus", „Intoleranz", „Inhumanität", „Emotion", „blinden Eifer", „sturer Penetranz", „Unverfrorenheit" und „Ignoranz". Sie sei auf dem Jugendhilfetag besonders durch ihre „kritiklosen Ideologismen", ihre „radikalen, zum Teil völlig utopischen Maximalforderungen" und ihre „klassenkämpferischen" bzw. „marxistisch-leninistischen Parolen" hervorgetreten (zusammengefaßt von Christian Marzahn in „Erziehung und Klassenkampf").

Diese wutschnaubenden Äußerungen zeigen, daß die SAJ voll ins Braun-Schwarze getroffen hatte.

Während bis 1970 alle zwei Jahre ein Jugendhilfetag durchgeführt wurde, brauchte die AGJ nach der Pleite in Nürnberg bis zum 5. DJHT immerhin eine vierjährige Verschnaufpause, um 1974 in Hamburg einen neuen Versuch zu wagen. Aber selbst diese vier Jahre reichten der AGJ offenbar nicht aus, um ihr Selbstbewußtsein wiederzuerlangen. Denn allein die Tatsache, daß auch zum 5. DJHT eine SAJ angekündigt wurde, genügte der AGJ schon, den 5. DJHT kurzerhand abzublasen und dies mit der kläglichen Begründung, daß es *„zu einer totalen Konfrontation zwischen den die Intention der AGJ unterstützenden Teilnehmern und Vertretern der Sozialistischen Aktion kommen (würde)"*.

Angesichts dieses feigen Rückzugs der AGJ und der darin organisierten Trägerverbände zog die SAJ die einzig richtige Konsequenz und organisierte einige Monate später in Frankfurt einen eigenständigen Kongreß, das „Jugendpolitische Forum"
sierte einige Monate später in Frankfurt einen eigenständigen Kongreß, das „Jugendpolitische Forum"
(JuPoFo). Es kamen 2.500 (!) Teilnehmer und diskutierten über ihre Probleme im Jugendhilfebereich.

Nach immerhin achtjähriger Pause will die AGJ nun den 6. DJHT vom 9. bis 11. November in Köln durchführen.

Dieter Greese, Geschäftsführer der AGJ, hat dafür im Namen der AGJ schon vor einiger Zeit folgende Begründung abgegeben: *„Die Kluft zwischen Berufsnachwuchs, Mitarbeitern in freien Initiativen und Sozialarbeitern mit sozialistischen Perspektiven einerseits und den Vertretern der organisierten und etablierten Jugendhilfe sowie den dort praktizierenden Fachkräften andererseits darf nicht weiterwachsen"*. *„Der Dialog"* müsse *„wieder aufgenommen werden"* (D. Greese in „Blickpunkt" Mai '75). Diese „Kluft" oder auch Spaltung im Jugendhilfebereich existiert zwar, aber nicht dort, wo der Sozialdemokrat Greese diese eigentlich gern sehen möchte. Sie zieht sich quer durch die etablierten Jugendhilfeverbände selbst. Dies hat natürlich nichts damit zu tun, daß es „freie Initiativen und Sozialarbeiter mit sozialistischer Perspektive" gibt. Verantwortlich für diesen Zustand sind einzig und allein die „Etablierten" selbst, denn sie praktizieren seit Jahren eine für Kinder und Jugendliche verhängnisvolle Spar- und Rationalisierungspolitik, führen „Schwarze Listen" über ihnen nicht genehme Erzieher und Sozialarbeiter (siehe hierzu AK Nr. 136) usw. Daß ein Teil der bei den „Etablierten" beschäftigten Mitarbeiter in erheblichen Widerspruch zu dieser Art von Jugendhilfe gerät, liegt wohl auf der Hand und das ist auch gut so.

Wenn Greese nun glaubt, daß er diese „Kluft" mit Hilfe eines „Dialogs" auf dem Jugendhilfetag 1978 wieder verkitten kann, dann läßt sich schon jetzt sagen, daß daraus wohl nichts wird.

Die „freien Initiativen, Sozialarbeiter mit sozialistischer Perspektive" inner- und außerhalb der „etablierten" Verbände haben sich bereits Mitte April dieses Jahres zusammengesetzt und dort klar zum Ausdruck gebracht, was sie unter „Dialog" auf dem 6. DJHT verstehen: *„Das Jugendpolitische Forum* (so nennt sich dieser oppositionelle Zusammenschluß jetzt in Anlehnung an den Erfolg des JuPoFo's 1974) *hat sich nicht als ein Zusammenschluß von Organisationen, sondern als ein Zusammenschluß von Gruppen und Initiativen konstituiert, die sich auf Grund ihrer Alltagserfahrung in der Jugend- und Sozialarbeit mit der Jugendpolitik des bürgerlichen Staates praktisch auseinandersetzen. Die auf diesem Wege gewonnenen Erfahrungen und Forderungen sollen durch das Jugendpolitische Forum in einer gemeinsamen Aktion öffentlich zur Geltung gebracht werden"* (Manfred Kappeler in „päd. extra sozialarbeit" 6/78). Konkret sind vom JuPoFo folgende Aktivitäten in Vorbereitung:

Jugendzentrumsbewegung

Auf ihrem letzten Bundestreffen haben 50 Leute aus Jugendzentren und Jugendzentrumsregionalzusammenschlüssen ihre Beteiligung am Jugendhilfetag diskutiert und beschlossen. Jeden Tag kann sich der Besucher am Stand der JZ-Regionalzusammenschlüsse auf dem „Markt der Jugendhilfe" (Halle 4) informieren. Hier sollen einmal zahlreiche Zeitungen, Kontaktadressen und andere Veröffentlichungen der JZs aus allen Teilen der BRD angeboten werden. Zum anderen wollen die JZs durch Videofilme, Teestube, Siebdruck, Musik, Sketche usw. einen plastischen Einblick in ihre Alltagsarbeit bieten. Auf der Veranstaltung: **„Zur Situation der selbstverwalteten Jugendzentren in der BRD und Westberlin" am Samstag, dem 11.11. von 10 bis 13 Uhr im Großen Auensaal,** die völlig in eigener Verantwortung (also ohne AGJ oder dem Koordinationsbüro Hagen, DKP/SDAJ) der Regionalzusammenschlüsse durchgeführt wird, soll auf die Hauptprobleme im JZ-Kampf aufmerksam gemacht werden: Die beabsichtigte Liquidierung der Selbstverwaltung durch Kommunalisierung des JZs; die zunehmenden staatlichen Schikanen; der besonderen Situation der JZs in der Provinz (die den Hauptteil der JZ-Bewegung heute ausmacht); die bundesweite Organisierung der JZs in Regionalzusammenschlüssen. Aufgelockert wird die Veranstaltung durch zahlreiche kulturelle Beiträge von JZ-Leuten und (wahrscheinlich) von den „Drei Tornados" aus Westberlin.

Höhepunkt und Abschluß für alle JZ-Aktivisten und Interessierten soll eine gemeinsame Fete am Samstagabend werden.

Für alle JZ'ler und solche, die es werden wollen, wird von einem Vorbereitungskreis eine gemeinsame Übernachtung organisiert.

Nähere Informationen und Anmeldungen gibt es über:
Dieter Poschen
Dachverband Heidelberg
Postfach 104520
69 Heidelberg 1
Tel.: 06221/31225

Heimerziehung

Mehrere Heiminitiativen aus der gesamten BRD und Westberlin planen eine Großveranstaltung zur Situation der Heimerziehung. Ausgangspunkt sind dabei die 1969/70 stattgefundene Heimkampagne, ihre Forderungen und Ergebnisse. Ein Ergebnis war z. B., daß sich einige Bundesländer, aufgrund der teilweise massiven Widerstandsbewegung, veranlaßt sahen, Reformversprechungen zu machen. Die Frage wird beantwortet, was aus diesen Versprechungen geworden ist.

Die in den letzten Monaten bekanntgewordenen Skandale:
- Isenbergheim in Bremen
- Don Bosco Heim in Düsseldorf
- Birkenhof in Hannover
- Tempelstraße in Köln
- Jugendgemeinschaftswerk in Büsum
- Agnes-Kinderheim in Wernberg

sprechen in diesem Zusammenhang eine klare Sprache. In diesen Heimen wurden und werden Kinder und Jugendliche hinter Stacheldrahtzäunen und dicken Mauern geschlagen, sie bekommen selten eine vernünftige Schul- oder Berufsausbildung (wir haben in mehreren AKs darüber berichtet!).

Mit Theater, Musik, Sketchen und Wortbeiträgen soll den Besuchern des DJHT sowohl möglichst viel Information geboten werden, aber auch Anregungen, wie man einen gemeinsamen Widerstand gegen den Heimterror aufbauen kann. Heiminitiativen und betroffene Jugendliche schildern ihre Erfahrungen.

Die Großveranstaltung **„Zustand und Veränderungsmöglichkeiten der Heimerziehung" findet statt am Freitag, dem 10.11. von 13 bis 16 Uhr im Großen Rheinsaal.**

Außerdem wird man auch in diesem Falle auf dem sogenannten „Markt der Möglichkeiten" in Halle 4 Erfahrungen austauschen und Kontakte knüpfen können.

Kontaktadresse:
Manfred Rabatsch
Großbeerenstraße 56 a
1 Berlin 61
Tel.: 030/786 15 37

Kindererziehung/Initiativen

In diesem Bereich beteiligen sich mehrere Initiativen des JuPoFo an verschiedenen Veranstaltungen oder organisieren sie selbständig.

Hinzuweisen ist hier auf die Veranstaltung: **„Zur Situation der Gesamtschule", am Donnerstag, dem 9.11.78 von 20 bis 22 Uhr im Kölner Jugendpark. Diese Veranstaltung wird von den Westberliner Kindertagen durchgeführt. Beteiligt ist auch das Kinderhaus Heinrichstraße aus Hamburg.**

Gerade die SPD hat die Gesamtschule als ihr großartiges Schulreformmodell immer wieder angepriesen. Auf dieser Veranstaltung wird sich herausstellen, was wirklich hinter der Fassade stattfindet.

Am Samstag, dem 11.11.78, findet von 10 bis 13 Uhr im Großen Rheinsaal die Veranstaltung: „Familienarbeit als neue Form der Erziehungshilfe" statt.

Hier wird u. a. das **Kinderhaus Heinrichstraße aus Hamburg** seine Erfahrungen in der Elternarbeit einbringen. Genauso soll hier aber auch über den möglichen Radikalenbeschluß gegen das Kinderhaus Heinrichstraße (wir berichteten darüber in AK 137) gesprochen werden.

Näheres über folgende Kontaktadressen:
Westberliner Kindertage
Nachbarschaftsheim Mittelhof
Königstraße 43
1 Berlin 37
Tel.: 030/801 40 31

und

Kinderhaus e.V.
Heinrichstraße 14 a
2 Hamburg 50
Tel.: 040/43 39 49

Den Betroffenen das Wort!

Erhebliche Differenzen hat es um die Eröffnungsveranstaltung des DJHT gegeben. Die AGJ wollte zunächst der Bundesregierung die Möglichkeit geben, ihre Jugendhilfe zu bejubeln und besonders dem anreisenden Fachpublikum ihren „Referentenentwurf eines neuen Jugendhilfegesetzes" schmackhaft zu machen.

Aufgrund eines konsequenten Widerstandes des JuPoFo und auch anderer Organisationen hat die AGJ Abstand von diesem Vorhaben genommen.

Die Forderung des JuPoFo lautet, daß auf der Eröffnungsveranstaltung die konkreten Probleme der praktischen Jugendhilfe von Betroffenen selbst dargestellt werden müssen. Dementsprechend wurde z. B. gefordert, daß auf der Eröffnungsveranstaltung *„dringend die Situation des Kinderhauses e.V., Hamburg, behandelt werden muß"* (Offener Brief des JuPoFo vom 24.9.78 an die AGJ).

Man darf gespannt darauf sein, ob diese Forderung in die „Dialog-Konzeption" der AGJ hineinpaßt. Auf jeden Fall muß sich die fortschrittliche und linke Opposition in diesem Falle wie auch auf dem gesamten DJHT auf spezielle Hackentricks der AGJ vorbereiten.



DAS "EFFEKTIVE" SYSTEM DES HELFENS

Schulfrei und Arbeitsbefreiung beantragen!

Laut Aussagen der AGJ können Schüler sich zum Besuch des Jugendhilfetages vom Unterricht befreien lassen. Bei der Postadresse der AGJ, Haager Weg 44, 5300 Bonn 1, kann das entsprechende Schreiben der Kultusministerkonferenz der Länder angefordert werden.

Arbeitsbefreiung muß beim jeweiligen Arbeitgeber für den gesamten Jugendhilfetag beantragt werden. Das läuft in der Regel über Bildungs- oder Sonderurlaub nach den örtlichen Bestimmungen.

Es ist sicherlich sinnvoll, sich in den verschiedenen Regionen in größeren Gruppen zusammenzutun und gemeinsam mit Bussen etc. nach Köln zu fahren. Schlafgelegenheiten sind zu erfragen bei den jeweiligen Kontaktadressen.

Außerdem wird für die Mobilisierung in den nächsten Tagen vom JuPoFo ein Faltblatt (Auflage 50.000) und ein Plakat (Auflage 10.000) bei den entsprechenden Kontaktadressen vorliegen. Helft mit, es überall zu verteilen und aufzuhängen!

SPENDENKONTO DES JuPoFo:

Stadtsparkasse Berlin/West
Kontonummer: 10 10 18 100
Stichwort: JuPoFo



Warum Nicht!



Filmbesprechung

,,Warum nicht"?! Das habe ich mir auch gesagt, als ich merkte, daß ich im falschen Film saß. Eigentlich wollte ich ,,Aus der Ferne sehe ich dieses Land" sehen, aber nun ... na ja, ,,Warum nicht"?

Kurz zur Handlung: In einem ziemlich verwahrlosten und trotzdem — oder gerade deshalb — netten Haus wohnen zwei Männer und eine Frau. Die drei leben davon, daß ein Mann sich als Nachtclubjazzer verdingt und die Frau irgendwelchen halbtoten reichen Frauen Geschichten vorliest. Die schlafen dabei ein und sterben auch manchmal.

Untereinander haben die drei ein sehr liebevolles Verhältnis, das aber nicht frei von ,,alltäglichen" Spannungen ist. Der Krach liegt immer in der Luft, wird auch offen ausgetragen.

Eine zweite Frau kommt später in das Haus, will aber zum Schluß wieder ausziehen, da die anderen sie nicht ehrlich über ihr bisheriges Leben und ihre — auch sexuellen — Beziehungen unterrichten.

Zwischendurch ein — diesmal wirklich witziger — Bulle, der zuerst daran verzweifelt, einen Zeugen zu finden (für einen Verkehrsunfall) und dann läuft ihm auch noch seine Frau weg (,,Sie nannte mich Eierkopf und ging aus der Tür"). Er wird zum Freund der Wohngemeinschaft.

Halb Schock, halb Überraschung, das war für mich die erste Szene des Films: Zwei Männer streicheln und küssen sich am Küchentisch und gehen ins Bett. Ich hatte so etwas einfach noch nicht im Kino gesehen und war überrascht, daß man das auch so — nämlich als ganz normal — darstellen konnte.

Als ebenso normal erscheint es dann dem Betrachter, daß die beiden Männer eine Beziehung zu der Frau haben, die mit ihnen wohnt. Denn: Die homosexuelle, wie auch die Beziehung der Männer zur Frau, sind offen für alle drei.

Einen Knacks bekommt diese Offenheit erst, als sich der eine Typ in eine Frau verknallt, sie mit ins Haus schleppt, aber nicht über die Verhältnisse dort aufklärt. An diesem Punkt laufen völlig irrationale Auseinandersetzungen zwischen den Leuten ab. Man spürt förmlich, daß sie etwas zu verstecken haben. Eben weil die Karten nicht auf dem Tisch liegen. Die zweite Frau merkt erst, was läuft, als sich ihr Freund eines Nachts zu den anderen beiden runterschleicht!

Noch nie habe ich in einem Film eine so offene und gleichzeitig wirklich gute Darstellung von Beziehungen gesehen. Das fängt damit an, daß gleichgeschlechtliche Beziehungen als das dargestellt werden, was sie sind: Als völlig normal! Das geht weiter damit, daß Beziehungen von zwei Männern zu einer Frau — oder von einer Frau zu zwei Männern — als völlig normal dargestellt werden, solange sie in aller Offenheit und mit ehrlicher Auseinandersetzung gehandhabt werden.

Und das hört damit auf, wo diese Offenheit und Ehrlichkeit fehlt. Und stattdessen geschauspielert wird, um den Schein einer Sache aufrechtzuerhalten (hier Zweierbeziehung), die nicht da ist und darum zu Bruch gehen muß!

Nicht zuletzt ist dieser Film zu empfehlen, weil man da aus dem Schmunzeln und Lachen gar nicht mehr rauskommt.
Das Nachdenken kommt hinterher.

Also ,,Warum nicht"?!

P.S. ,,Aus der Ferne sehe ich dieses Land" ist unheimlich gut. Aber da geht — glaube ich — eh' jeder AK-Leser hin.

Ein Mitglied der Kulturkommission

IMPRESSUM

Herausgeber — Druck — Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 12.500
Erscheinungsweise: 14 tägig
Verkaufspreis: DM 2,00
Jahresabonnement: DM 47,50
Förderabonnement: DM 60,00

Verlagskonten:
Dresdner Bank
451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg
240 595, J. Reents

Diskussion über Filmkritiken im AK

Zu Filmbesprechungen im AK, speziell zu Artikeln über Frauenfilme, sind uns zwei Kritiken zugegangen, die wir hier abdrucken. Damit soll eine Diskussion über dieses Thema eröffnet werden. Für den nächsten AK sind weitere Stellungnahmen angekündigt. Insbesondere die Frauen sind eingeladen, sich einzumischen.

AK-Redaktion

Kritik 1

In AK 138 (S. 270 heißt es über den Film ,,Die Spitzenklopperin": *,,...ein sehenswerter, weil einfach sehr menschlicher Film..."* Wir sind ganz anderer Ansicht.

Betrachtet man/frau die Geschichte oberflächlich, so ist dies Urteil nicht falsch, denn gerade frau kann spätestens von der zweiten Filmhälfte an (sehr schön) die Leiden der Hauptfigur Beatrice mitempfinden, als ihre Beziehung von ihrem Freund Francois beendet wird. Nur, wie sieht diese Beziehung, die als das große Glück von B. geschildert wird, aus?

B. wird als Figur eines sehr sensiblen, stillen und einfachen Mädchens gezeigt. Sie ist dem Zuschauer sofort sympathisch, z.B. mit ihrer mädchenhaften Scham, wenn sie im Urlaubshotel das Radio anstellt, um das Liebesgestöhn aus dem Nachbarzimmer nicht hören zu müssen. Sie wirkt sehr bescheiden, nie meldet sie irgendeinen Anspruch an.

Das genaue Gegenteil ist die Kollegin von B., mit der sie häufiger zusammen ist, deren Sorgen sie sich anhört und mit der sie in Urlaub fährt. Die Figur dieser Kollegin wird regelrecht denunziert; es wird ein Klischeebild von Eitelkeit, Oberflächlichkeit und Geilheit gezeichnet. Als der eine Freund (verheirateter Mann!) sie verläßt, fährt sie in Urlaub und sucht sich krampfhaft einen neuen. Als sie ihn findet, verläßt sie sogar B. Die Kollegin wird dargestellt als eine Person, die offensichtlich nicht fähig ist zu lieben.

Umso mehr sticht die totale Hingabe von B. hervor. Sehr symbolisch ist die Szene des Films, in der Francois Beatrice mit geschlossenen Augen am Rand einer Steilküste am Meer hin- und herdirigiert. Obwohl sie sich erst kurz kennen, hält sie die Augen wirklich geschlossen und vertraut ihm voll und ganz. Die Beziehung der beiden wird als (für B.) ganz große Liebe geschildert. Er studiert und sie kocht, wäscht, kauft ein und bügelt. Sie äussert keine Bedürfnisse und hat es auch nie gelernt, welche zu entwickeln. Solange das gutgeht, ist B. aber vollkommen zufrieden hingestellt.

Hier wird ein reaktionäres, frauenfeindliches Bild von der anspruchslosen, aufopfernden Frauenliebe gezeichnet, wie es schon seit Ewigkeiten existiert.

Erst als F. sich von ihr trennt bzw. sie rausschmeißt, wird sie unglücklich, verliert ihren Lebensinhalt - und Lebenshalt, hört auf zu essen, landet schließlich auf Monate im Sanatorium. Sie hält an ihrer Liebe fest, bleibt darin ganz ,,rein". Weder Mutter, noch Freundin, noch Francois (ansonsten z. T. sehr aufgeschlossene und verständige) Freunde, noch der Arzt im Sanatorium können ihr helfen. Als F. sie besucht und sie ihm zu verstehen gibt, daß sie nichts als ihre Liebe zu ihm hat, versteht er überhaupt nichts. Es ist geradezu tragisch (melodramatisch?) wenn sie ihm dann, als er ihr das in den Mund legt, vorlügt, sie habe nach ihm Männer gehabt und Reisen gemacht.

In der Schlußeinstellung des Films sieht man sie dann in Großaufnahme dastehen, als Märtyrerin ihrer Liebe. Als Märtyrerin setzt sie sich (unbewußt und deshalb so hilflos leidend) für die hingebungsvolle und aufopfernde Liebe ein.

Was in diesem Film - sicher nicht zufällig - völlig fehlt, ist auch nur die Andeutung einer anderen Lösung als der, sich gegen dieses Leiden zu empören und für ,,mehr Liebe und Verständnis" einzusetzen. Es fehlt völlig an Ansätzen für irgendeine eigenständige Handlung von B., für irgendeinen Versuch i h r e r Empörung oder gar Emanzipation von ihrem Leiden (das ja schon in der noch glücklichen Zeit mit F. angelegt ist). In dieser Hinsicht ist es auch bezeichnend für den Film, was am Ende als Zitat eingeblendet wird: *,,Sie gingen die Straße entlang. Er ging neben ihr, doch er sah sie nicht.* Sie war eines jener Wesen, die man sorgfältig ergründen und erforschen muß. ..." (Zitat sinngemäß). Es ist bezeichnend für das völlige Mißverstehen dieses Films, daß gerade dieser 2. Satz in der Einleitung der Filmkritik im letzten AK wegbleibt - der Satz, der genau die passive Rolle von B. angibt.

Daß der Film recht erfolgreich ist, ist sicher nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß dem Zuschauer hier mal wieder eine schöne ,,Gefühlsdusche" verpaßt wird in seinen grauen Alltag, in dem diese hingebungsvolle Liebe selten vorkommt. Ein von der Inszenierung und Darstellung her sehr sorgfältiger Film, der bei kritischer Betrachtung ein Bild von Beziehungen zeigt, wie wir es gerade bekämpfen.

Warum kommt dieser Film aber auch bei vielen Linken und linken Frauen an? Hat sich vielleicht in die ,,Beziehungsdebatte" etwas Falsches eingeschlichen?

Eine Genossin der Kulturkommission und ein Genosse

In einigen Stellungnahmen zur AK-Konzeption wird eine Ausweitung des Kulturteils gefordert, wohl mit der richtigen Vorstellung im Kopf, daß der ideologische Kampf diesen Bereich nicht aussparen darf. Auch im Theater, im Film reflektiert sich der Klassencharakter dieser Gesellschaft.

Jedoch mit einem ,,Mehr" allein scheint es mir nicht getan, vielmehr ist eine qualitative Verbesserung m.E. dringend angebracht. Ich will dies an den ,,Frauenfilm"-Kritiken in den AKs 136, S. 23 und 138, S. 27 sowie der SOLIDARITÄT Nr. 45, S. 23 verdeutlichen. In diesen Artikeln, so meine These, wird bürgerliche Ideologie nicht kritisiert, sondern nur ,,links gewendet" wiedergekäut, hart an der Grenze zur Public Relation.

So ist man gerade noch in der Lage, Helke Sanders ,,Redupers" als dogmatisch, trostlos, entmutigend zu bewerten. So weit, so gut. Was frau/man sich unter einem undogmatischen ermutigenden Film vorzustellen hat, wird dann in den Rezensionen zu Margarete von Trottas ,,Das zweite Erwachen der Christa Klages" dem Leser nahegebracht: eben dieser Film nämlich.

Das Motiv der Christa Klages für ihren Banküberfall, einem finanziell bedrohten Kinderladen unter die Arme zu greifen, sei ein soziales; der Film handele von Christas falschem Verständnis davon, was Stärke ist, wo und wie sie nötig sei. Das ist laut AK das Leitmotiv dieses Films. Man sollte meinen, daß dieser Film dann dem Zuschauer einen Lernprozeß ermöglicht, wie man/frau seine/ihre Stärke einzuschätzen und richtig anzuwenden weiß, ohne sie etwa in sinnlosen Bankräubereien zu vergeuden.

Das wird aber nur ansatzweise klar in dem Film, denn der Kinderladen will das geklaute Geld nicht haben, und Christa wird zum Schluß verhaftet. Aber alles halb so wild; es folgt ja noch ihre wundersame Errettung durch die Bankangestellte Lena Seidlhofer. Jene Frau, die Christa beim Überfall als Geisel nahm und die ihre Bedroherin von damals nicht identifizieren mag. Lena hat nämlich in dem Moment des Überfalls eine Wandlung durchgemacht und fühlt sich zu Christa hingezogen, sucht sie, während diese auf der Flucht ist, spürt ihrem bisherigen Leben nach, versucht sie kennenzulernen.

Doch dies ist nicht die einzige, vielleicht noch glaubwürdigste Veränderung, die das Auftreten der Christa Klages bei diversen Personen auslöst. Ihre alte Schulfreundin und ein junger Landpfarrer, beide machen wundersame Wandlungen durch. *,,All diese Sympathien, bzw. das Parteiergreifen für Christa ist bei ihm* (dem Pfarrer, J.) *wie auch bei Ingrid, einer Freundin Christas, die sie als nächstes aufnimmt, nicht rational begründet"*, meint die Soli 45. Das ist doch stark untertrieben: es ist nicht nur unrational, unlogisch, sondern aufgesetzt und konstruiert.

Ingrid ist die Frau eines Offiziers, lebt in einer teuren Wohnung, macht dort nebenher Kosmetik und Massagen; sie ist eine, wohl typisch gemeinte, Mittelstandsfrau, materiell abgesichert, sozial isoliert, angepaßt und neurotisch. Dann klingelt Christa an der Tür und Ingrid nimmt so mir nichts dir nichts sie und den später erschossenen Werner bei sich auf, obwohl beide öffentlich gesucht werden. Sie beginnt ein Verhältnis mit Werner und ist nach wenigen Tagen bereit, Christa die Flucht nach Portugal zu ermöglichen, trennt sich von ihrem Mann und folgt Christa auf eine Kooperative im Alentejo. So zeichnet der Film *,,ein selten so gelungenes Bild der Wirklichkeit (!)"* (Soli 45).

Christa tritt auf und Ingrid schmeißt ihr Leben mit einem Schlag total um. *,,Dieser Film ... spürt die kleinste Veränderung auf"* (Soli 45). Man soll nicht so bescheiden sein, die Veränderungen sind ganz gewaltig und das Aufspüren erweist sich als Präsentation mit dem Holzhammer.

So verwundert es auch nicht, daß keinem meiner Bekannten durch diesen Film ,,*Mut ... für das eigene Handeln am nächsten Tag*" (Zitat im AK 136) gemacht wurde, sondern alle enttäuscht waren. Gegen die alltägliche Repression stellt der Film das Gute im Menschen, das plötzlich, wie von Geisterhand, die Szene betritt. Das ist nicht die Dramaturgie der Klassenwirklichkeit, nicht die konkrete Utopie, sondern kleinbürgerliches Wunschdenken. Hier ist nicht nur das Ende *,,leider unrealistisch"* (AK 136), sondern der ganze Film. Verlogener wäre wohl treffender. Und er macht auch kein bißchen Mut; nein, er entmutigt, denn ,,sowas gibt es nur im Film". Das ist die Haltung, die der Film mit seinen Unglaubwürdigkeiten reproduziert.

(Margit Czenki, deren Geschichte wohl Ausgangspunkt dieses Films war, ist übrigens wegen ihres Bankraubes eingeknastet worden. Ihre Geschichte zu erzählen, das wäre eine Aufgabe gewesen!).

Der Versuchung, gesellschaftliche Probleme und Widersprüche auf allgemein menschliche Fehlbarkeit bzw. Unfehlbarkeit zu reduzieren, erliegt auch die Filmbesprechung ,,Die Spitzenklöpplerin" in AK 138. Ich kann es mir nicht verkneifen, den wahrscheinlich umwerfenden Schlußabsatz dieser ,,Kritik" vollständig zu zitieren:

,,Meiner Meinung nach ist ,,Die Spitzenklöpplerin" ein sehenswerter, w e i l (!) e i n f a c h s e h r m e n s c h l i c h e r F i l m, der aufzeigt, wie sensible Menschen und gerade Frauen, an einer gescheiterten Beziehung zerbrechen können. Er gibt Denkanstöße, an Menschen verantwortungsbewußter heranzugehen, ihre Probleme ernst zu nehmen und z u v e r s u c h e n, d i e s e z u v e r s t e h e n." Der Film schildert die Beziehung zwischen einer Friseuse und einem bourgeoisen Philosophiestudenten, vom Anfang bis zum Scheitern derselben, und wie die Frau daran zerbricht. Ein Sujet also, wie es in unzähligen Trivialromanen anzutreffen ist. Nur, wo früher die Köchin, die den Grafen von Falkenstein nicht bekam, ins Wasser zu gehen hatte, da landet sie heute in der Psychiatrie. Es ist ein Kennzeichen dieser Trivialromane, daß sie das Scheitern dieser Beziehung eben n i c h t aus den Klassenverhältnissen heraus erklären, sondern als allgemein menschliche Probleme, als gottgewolltes Schicksal mystisch verklären. ,,Die Spitzenklöpplerin" verfährt im Prinzip nicht anders.

Die AK Besprechung erklärt das Scheitern der Beziehung aus der Unfähigkeit der beiden, ,,andere Menschen als gleichwertige Partner zu verstehen", und empfiehlt mehr Verständnis. Offensichtlich ist aber, daß das, was ein Verstehen notwendig voraussetzt, eine gemeinsame Kommunikationsbasis nämlich, gar nicht oder nur rudimentär vorhanden ist. Beide leben in ganz verschiedenen Welten, K l a s s e n, und h i e r ist das Scheitern ihrer Beziehung zu suchen.

Diesen Klassenwiderspruch als allgemein menschlich und damit als quasi unabwendbar darzustellen, wie es der Film tut (und wofür er von der AK-Rezensentin gelobt wird), ist durch und durch reaktionär und braucht den Vergleich mit den Rührstücken der Hedwig Courths-Mahler nicht zu scheuen. Es ist im Grunde auch zutiefst unmenschlich, denn es abstrahiert den Menschen von den gesellschaftlichen Verhältnissen. *,,In seiner Wirklichkeit ist es* (das menschliche Wesen, J.) *das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse"* und, der Rezensentin zugedacht, *,,Der Standpunkt des alten Materialismus ist die bürgerliche Gesellschaft, der Standpunkt der neuen die menschliche Gesellschaft oder die gesellschaftliche Menschheit"* (Thesen über Feuerbach, MEW 3 S. 6 f.). Mensch und Gesellschaft, diese beiden Begriffe sind nach Marx eben n i c h t zu trennen.

Filmkritik in einer kommunistischen Zeitung hat die Aufgabe, die in den Filmen vertretene Ideologie auf ihre materielle Basis hin zu untersuchen, sie vom Kopf auf die Füße zu stellen, ihren Klassencharakter zu e r k l ä r e n. Und dies nicht dogmatisch in dem Sinne zu tun, daß man ständig ,,Panzerkreuzer Potemkin", ,,Kuhle Wampe" oder ,,Das Salz der Erde" einfordert. Ausgehend von einer klassenmäßigen Bestimmung der Filme hat die Kritik zu klären, was wir von solchen, auch von bürgerlichen Filmen lernen können. (ein gutes Beispiel ist z.B. ,,Julia").

Zugegeben ist dies eine schwer zu erfüllende Forderung, weil noch sehr abstrakt bestimmt, nur sind Schwierigkeiten dazu da, sie zu überwinden und sie nicht durch hemmungslose Lobhudeleien zu umgehen.

P.S. Wer nun meint, ich solle mich zuerst an die eigene Nase fassen, ich hätte es ja selbst besser machen können, dem muß ich im Großen und Ganzen recht geben. Und ich verstehe diese ,,Kritik an der Kritik" als ersten Schritt zur Besserung. Als ,,mildernder Umstand" ist noch ins Feld zu führen, daß hier in Göttingen tiefste Kinoprovinz ist und ich z.B. noch nicht in der Lage war, ,,Eine entheiratete Frau" mir anzusehen, einfach, weil er hier noch nicht lief.

Jürgen, KHB Göttingen



PANK

Unterdrücken, das kannst du mich nicht,
auch wenn du es immer die ganze Zeit
versuchst.
Du weißt, daß ich glaub, du bist nicht
ganz dicht.
Mir ist das jetzt zuviel und ich hab
genug
Du willst mich s o, wie alle sind. Nein,
nein, du altes Schwein! Du merkst nicht,
daß ich anders bin...
Hau ab, you fool of crub!

Das laß ich mir nicht länger gefallen:
Die Mädchen sind die sexy-sadies ...
Sie sind die Mutter für den Staub.
Und Katzen haben scharfe Krallen.

Ich wasch nicht deine Käsesocken,
Hosen, T-shirts! Faß mich nicht an!
....Verzicht auf deine Pocken,
Locken, Gonokokken...

Ich schenk dir keine Kinder zum Zeit-
vertreib. Leg mir lieber Puder, Kamm
und Lippenstift bereit. Dann geh ich mit
Frau Holle auf'n Strich. Kurz gesagt:
Du bist mir einfach widerlich!

Ich bin nicht deine Fickmaschine.
Spritz, spritz, das is'n Witz.
Schätzchen, wir müssen auseinander-
gehn ... CIAO, CIAO,
DU ALTE SAU!

Die erste Schallplatte der Nina-Hagen-Band

Nina Hagen gehört zu den Künstlern, die im Gefolge von Biermann vor zwei Jahren die DDR verlassen haben. Dort hatte sie nach einer Gesangsausbildung schon als Schlagersängerin Erfolg, wandte sich dann aber immer mehr der Rock-Musik zu.

Jetzt ist die erste Platte von Nina und ihrer Band auf dem Markt.

Nina selbst ist eigentlich nicht das, was so landläufig als „Rock-Lady" bezeichnet wird. Vom Auftreten und Aussehen her kann man sie wohl eher zu den „Punks" rechnen. Die Musik jedoch ist dort nicht unbedingt einzuordnen. Sie reicht vom (Punk-)Rock (z.B. bei den Stücken „*TV-Glotzer*" und „*Unbeschreiblich weiblich*") über Stücke mit Jazz-Rock-Elementen (z.B. „*Auf'm Bahnhof Zoo*"), einem Stück mit a capella-Gesang im Stil der 20er Jahre („*Fisch im Wasser*"), bis hin zu einem sehr witzigen Stück („*Naturträne*"), das gesanglich an eine Opern-Arie erinnert.

Abgesehen von einigen Stücken, wie z.B. „*Auf'm Bahnhof Zoo*" oder „*Fisch im Wasser*", mit denen ich textlich nicht viel anfangen kann, außer daß sie irgendwie witzig sind, sind es durchweg p o l i t i s c h e Texte und hauptsächlich Frauen-Texte. Sie sind nicht in d e m Sinne politisch, wie beispielsweise die alten „Ton-Steine-Scherben"-Platten, sondern mehr aggressives Herausschreien der miesen Situation (z.B. „TV-Glotzer": „*Die Welt hat mich vergessen, ich hänge rum... Ich schalt die Glotze an, happyness flutsch flutsch, fun fun....*" oder „Unbeschreiblich weiblich": „*Ich war schwanger, mir ging's zum Kotzen, ich wollt's nicht haben, brauchste gar nicht erst zu fragen... Ich hab keine Lust, meine Pflicht zu erfüllen!... Und vor dem ersten Kinderschrei'n muß ich mich erstmal s e l b s t befrei'n*") und Demonstration weiblichen Selbstbewußtseins (z.B. „Rangehn!": „*Der Typ war einfach süß. Da wollt ich ran, wollt' mich mal schnell bemerkbar machen. ... Rangehn, rangehn – wenn du scharf bist, muß'te rangehn! Hingehn, hingehn, dann ist alles gut, ist alles okay*").

Otto und Emma Normalverbraucher wird diese Platte durch ihre brutale Direktheit wahrscheinlich abstoßen, mir hat sie gerade deswegen gefallen. Sie versetzt in eine selbstbewußte, aggressive Stimmung und macht Mut, mal auf die Kacke zu hauen und sich nicht länger alles gefallen zu lassen.

Eine Genossin der Kultur-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Schneewittchen, zerschlag deinen gläsernen Sarg!

Am 21. September war die Hamburger Markthalle mal wieder proppevoll. Überwiegend Frauen, aber auch interessierte Männer waren gekommen, um die Frauen-Musikgruppe „Schneewittchen" nach ihrem ersten erfolgreichen Auftritt im Audimax nun auch in der Markthallte zu genießen. Der Genuß jedoch wurde zunächst reichlich gestört. Schuld daran waren allerdings nicht die Musikerinnen, sondern die schlechte Anlage, die man ihnen hingestellt hatte. Pastor Schultz hatte ihnen nicht erlaubt, ihre eigene Anlage aufzubauen, sondern ihnen die Halle nur unter der Bedingung vermietet, daß sie eine männliche Band samt Technik mit ins Programm übernehmen würden. So paßten die Mikrophone ebenso wenig in das Programm des Abends wie die Band, die im Anschluß an „Schneewittchen" vor drei, vier Leuten die Nacht einläutete.

Es war ganz enorm, wie die Frauen die Misere mit der Anlage durch ihre Ruhe und publikumsnahe Kommunikation überspielten, so daß keiner sauer wurde. Doch es lag nicht nur an ihrer Lockerheit, sondern besonders an ihren Texten und Arrangements, daß der ganze Saal begeistert war, und sie mehrere Zugaben spielen mußten. Wenn auch noch musikalisch nicht ganz ausgereift, und manche Arrangements umstritten – sie spielten schließlich erst sehr kurz zusammen – , kann man sich der Eindringlichkeit und inhaltlichen Aussage ihrer Lieder kaum entziehen. Sehr gut ist z.B. die Ballade von Jonny, der den Druck in der Maloche schlagend auf seine Frau abgibt, bis sie ihn verläßt, um in ein Frauenhaus zu ziehen. Aber auch der Song „Unter dem Pflaster, da liegt der Strand" geht dem Publikum so unter die Haut, daß es gar nicht peinlich anmutet, wenn nachher alle mitsingen. Der Name der Gruppe kommt vom „Schneewittchen-Lied", in dem Schneewittchen, als Prototyp der ängstlich gemachten Frau, schließlich nicht mehr auf ihren Prinzen wartet, sondern ihren gläsernen Sarg zerschlägt.

Das Besondere an dieser Gruppe ist bei aller Unverbissenheit ihre Ernsthaftigkeit, mit der sie ihre Musik darbietet. So erzählen sie auf der Bühne zwischen den einzelnen Liedern ein Stück Wahrheit, das die Frauen betrifft und auch Männer betroffen machen soll. Sie benutzen als Mittel die Ironie, Persiflage, den Traum. Aber auch ein Schuß Sentimentalität ist mit im Spiel. Allerdings besteht bei einigen dieser Teile ihrer Produktion die Gefahr, in den gebrauchten Bildern und Kompositionen etwas ins Schlagerhafte abzurutschen. Wir können ihnen und uns allerdings nur wünschen, daß sie sich in jeder Hinsicht auf dem Weg, den sie eingeschlagen haben, weiterentwickeln und so offen und konsequent bleiben, wie sie angefangen haben.

Eine Genossin der Kulturkommission KB/Gruppe Hamburg

Unter dem Pflaster liegt der Strand (Angi Domdey)

Komm lass dich nicht erweichen
Bleib hart an deinem Kern
Rutsch nicht in ihre Weichen
Treib dich nicht selbst dir fern
Unter dem Pflaster
Ja da liegt der Strand
Komm reiss auch du
Ein Paar Steine aus dem Sand
Komm lass dir nicht erzählen
Was du zu lassen hast
Du kannst doch selber wählen
Nur langsam keine Hast
Zieh die Schuhe aus
Die schon so lang dich drücken
Lieber barfuß lauf
Aber nicht auf ihren Krücken
Dreh dich und tanz
Dann könn' sie dich nicht packen
Verscheuch sie ganz
Mit deinem lauten Lachen
Die größte Kraft
Ist deine Phantasie
Wirf die Ketten weg
Und schmeiss sie gegen die
die mit ihrer Macht
Deine Kräfte brechen wollen
Qui au dessous de pavé est la plage!

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitrag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF -Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein (Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/ Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Bürostunde nur noch
Freitag 16.30 bis 19.00 Uhr
(nicht mehr Mittwochs)

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wilhelmshaven
Samstags in der Marktstraße
AK-Verkauf zwischen
11.00 und 13.00 Uhr

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 19 (Ecke Maybachstr.)
48 Bielefeld
Öffentl. Bürostunden
Fr. von 17 bis 19 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch
von 12 bis 14 Uhr Büchertisch
in der Zentralmensa der
Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Koselstr. 37
6 Frankfurt
Tel.: 0611/599 701

Kassel
R. Gehring
Kirchweg 64
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Tel.: 26 877
Dienstags von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
080845B

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Sallerstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12,30 Uhr
Einkaufszentrum vor Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr/Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi 11 bis 13 Uhr Mensa

Nürnberg
Postlagerkarte
A 038448
8500 Nürnberg 1
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin

Andy Radke
1 Berlin 12
Postlagerkarte 006 129 B



Maulkorbparagraph 353 in Aktion

Ermittlungsverfahren gegen „Die Neue" eingeleitet

Am 28. September, wenige Tage nach Erscheinen der ersten Nullnummer, des vom Westberliner „Extra-Dienst" initiierten Tageszeitungs-Projekts „Die Neue" leitete die Bonner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen den Redakteur Walter Barthel nach Paragraph 353 d des Strafgesetzbuches ein. Danach wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft, wer Mitteilungen oder Meldungen über Gerichtsverhandlungen, die von der Justiz zur Geheimsache erklärt worden sind, veröffentlicht, und wer Gerichtsakten teilweise oder ganz veröffentlicht, b e v o r sie in der öffentlichen Gerichtsverhandlung erörtert werden.

Die „Neue" hatte in ihrer Nullnummer darüber berichtet, daß der

Die „Neue" hatte in ihrer Nullnummer darüber berichtet, daß der vom Staatsschutz initiierte Geheimprozeß gegen den Journalisten Hans-Georg Faust und den VS-Beamten Dirnhofer dazu dienen soll, exemplarisch dafür zu sorgen, daß keine weiteren Einzelheiten über illegale Praktiken des Verfassungsschutzes und der I n t e n s i t ä t der Verfilzung von Staatschutzstellen und Medien bekannt werden.

In diesem Zusammenhang zitierte die „Neue" aus einem Text, den die Bonner Staatsanwaltschaft als Teil der für „geheim" erklärten Anklageschrift identifiziert haben will.

Bemerkenswert schnell haben in diesem Fall die Staatsschutz-Behörden reagiert, verstreichen doch in der Regel einige Wochen bis auch Monate, bis die Justiz-Maschinerie ins Rollen kommt.

Tatsachen, die man sich merken sollte

In diesem Fall gehen die Behörden gegen ein linkssozialdemokratisches Blatt vor unter scheinheiliger Berufung auf den „Schutz der Angeklagten" vor „Vorveröffentlichung" erst zur Verhandlung stehender Gerichtsakten.

„DIE NEUE" hatte kritisiert, daß unter dem Schutz der Geheimhaltung der Faust-Anklageschrift, den Angeklagten es unmöglich gemacht ist, sich gegen die längst stattfindende öffentliche Diskriminierung und Vorverurteilung zur Wehr zu setzen.

Das Eintreten der „Neuen" für die Angeklagten wird vom Staatsschutz zum Anlaß genommen, wieder einmal zu demonstrieren, wie unter korrekter formaler Beachtung eines Gesetzes-Textes – dessen Inhalt „schöpferisch weiterentwickelt" werden kann – vom Paragraphen zum Schutze der Angeklagten zum Maulkorb-Paragraphen gegen die demokratische und linke Presse.

Zur Erinnerung:

Am 9.1.1977 enthüllten die Vertrauens-Anwälte der „selbstgemordeten" Angeklagten des Stammheimer „Jahrhundertprozesses", daß sowohl der damalige Vorsitzende Richter des Prozesses, Prinzing, als auch Albrecht Meyer, Mitglied des 3. Strafsenats (zuständig für politische Prozesse) des Bundesgerichtshofs (BGH) in Karlsruhe, vertrauliche Prozeßunterlagen, die nicht einmal den Verteidigern bekannt waren, *„an den Chefredakteur von Springers ‚Welt', Kremp, geschickt"* haben, *„um dadurch Rechtsanwalt Schily durch eine entsprechende Hetzkampagne in den Springerblättern auszuschalten."* (AK 97, 24.1.77) Meyer und Prinzing wurden lediglich aus dem Stammheim-Verfahren rausgezogen. Ein Verfahren nach 353 d ist uns nicht bekannt.

Schon Wochen vor Beginn des Prozesses gegen den DDR-Spion Guillaume gab SPD-Justizminister Vogel die Anklageschrift *„an von ihm für vertrauenswürdig erachtete Journalisten"* weiter (ED, 3.10.78). Ein Verfahren gegen Vogel wurde nicht eingeleitet.

Während die Staatsorgane sich über den offiziellen Inhalt des § 353d hinwegsetzen, wenn er den eigenen Zielen hinderlich ist, bietet er gleichzeitig die legale Absicherung einer staatlich verordneten Nachrichtensperre in Fällen von politischen Prozessen, deren Verlauf dem Blick der demokratischen Öffentlichkeit entzogen werden soll. Voraussetzung für diesen Schritt ist die „natürlich" gesetzlich abgesicherte Möglichkeit von Justiz und Regierung, solche, ihnen als geeignet erscheinende Prozesse der Geheimhaltung zu unterstellen.



„Der Angeklagte hat das Wort"

Heute richtet sich die Anwendung von § 353 d noch vereinzelt und gezielt gegen die linke und kommunistische Presse.

So wurde gegen Kai Ehlers, den presserechtlich Verantwortlichen des ARBEITERKAMPF nach § 353 d ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, nachdem im AK 101, S. 19 in dem Artikel „Strafverfahren gegen Kurt Groenewold" ein Zitat aus der Anklageschrift abgedruckt war. Eben solche Zitate waren auch in bürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften (Stern) zu finden, die nicht angeklagt wurden. **Gemeinsam ist der „Neuen" und dem AK das Zitieren aus einer Klageschrift vorgeworfen worden. Nach einhelliger Rechtsmeinung ist die Veröffentlichung eines Zitats nicht strafbar. Die Ermittlung verfolgt also einerseits den durchsichtigen Zweck der Einschüchterung und der öffentlichen Diffamierung.**

§ 353 c – ein Maulkorbparagraph in Aktion

Weitgehendere Maßnahmen gegen die Informations- und Pressefreiheit bieten sich den Staatsschutzorganen mit Hilfe des § 353 c (s. vollständigen Wortlaut im Kasten), der die *„Verletzung wichtiger öffentlicher Interessen durch Weitergabe oder Veröffentlichung von Geheimmaterial unter Strafe stellt" (FR, 5.10.78).* **Dieser Paragraph bedroht potentiell jeden Journalisten, der nicht bereit ist, illegale oder gar kriminelle Praktiken von Staatsorganen zu verschweigen, selbst wenn diese von den Staatsorganen selbst als „geheim" eingestuft werden.**

In den USA existiert ein entsprechender Paragraph nicht, wo z.B. die Watergate-Affäre, die schließlich Nixon stürzte, sonst gerichtlich hätte abgeblockt werden können.

1952 hatte der Deutsche Journalisten-Verband eine Verfassungsbeschwerde gegen den von den Faschisten übernommenen § 353 c angestrengt, aber zurückgezogen, nachdem die Bundesregierung versicherte, diesen Paragraphen nicht wieder anzuwenden! (Spiegel 31/78)

Im Zusammenhang mit dem Geheimprozeß gegen Faust, dem vorgeworfen wird, die Informationen über den illegalen Abhörfall gegen den Atomwissenschaftler Traube dem SPIEGEL zugänglich gemacht zu haben, hat sich der Presserat, eine Versammlung der Verleger und Chefredakteure, gegen den § 353 c geäußert. Mit Verweis auf eine entsprechende Erklärung von 1971 beklagte der Presserat, *„daß das Gesetz den Journalisten das Risiko aufbürde, zwischen dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit und der Informationsaufgabe der Presse einerseits und dem ‚unbestimmten Rechtsbegriff' der Gefährdung öffentlicher Interessen abzuwägen. Das Gesetz stelle die Entscheidung über Geheimhaltungsbedürftigkeit und darüber, ob eine Gefährdung wichtiger öffentlicher Interessen vorliege, die die Regierungsermächtigung zur Strafverfolgung rechtfertige, in das Ermessen der Behörden. Dies ist aber gerichtlich nicht nachprüfbar"* (FR, 6.10.78). Deswegen tritt der Presserat für eine Streichung des § 353 c, Absatz 1 ein.

Auf Anfrage der FDP-Bundestagsabgeordneten Matthäus, warum die Bundesregierung die Ermächtigung zu einer Strafverfolgung nach § 353c gegen den Journalisten Faust erhoben hat, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Andreas von Schoeler, daß im Vordergrund gestanden habe, *„die Wege festzustellen, auf denen in einer Reihe von Fällen geheime Akten aus einer Sicherheitsbehörde des Bundes an die Öffentlichkeit gelangt sind"* (FR, 5.10.78).

Zusätzlich soll Faust auch noch nach § 27 StGB („psychische Beihilfe") verknackt werden. Mit diesem Paragraphen soll bestraft werden, wer sich *„als bereitwilliger Abnehmer amtlicher (geheimer) Unterlagen"* anbietet.

Wenn Faust die Weitergabe an den SPIEGEL nicht nachgewiesen werden kann, dann soll zumindest sein „Interesse" gegenüber solchen Praktiken strafbar sein. Dem Staatsschutz geht es mit allen Mitteln darum zu verhindern, daß Faust – ein intimer Kenner der VS-„Szene" – ins Plaudern kommt und dabei Dinge an die Öffentlichkeit geraten, die den demokratischen Kräften in diesem Land Auftrieb geben könnten.

– Ebenso verweigerte die Bundesregierung die Aufnahme eines Strafverfahrens nach 353 c StGB gegen den Bonner Korrespondenten der großbourgeoisen FAZ, Karl Feldmeyer, der immerhin beschuldigt wird, im Dezember letzten Jahres aus einem als geheim eingestuften Gutachten über den Spionagefall Lutze/Wiegel zitiert zu haben (FR, 23.9.78).

Folgenschwerer und weitreichender ist jedoch die Aussicht, daß mit dem Faust-Prozeß wieder ein Pressegesetz p r a k t i z i e r t wird, dessen konsequente Auslegung es den Staatsschutzbehörden ermöglicht, in Zukunft gegen jene Presseorgane vorzugehen, die Kampagnen gegen die Schnüffelpraktiken des Staates gestartet hatten. „Frankfurter Rundschau", „Konkret" und „Stern" bis hin zum Westberliner „Extra-Dienst" und „die Neue" bzw. der „Arbeiterkampf" haben mit ihren Enthüllungen den „sicherheitspolitischen" Nerv der westdeutschen Bourgeoisie getroffen, weil sie eben Anknüpfungspunkte für eine weitere öffentliche Aufklärungsarbeit der Linken bietet.

> (1) Wer, abgesehen von dem Fall des § 353b, unbefugt Gegenstände, namentlich Schriften, Zeichnungen oder Modelle, die von einem Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes oder einem seiner Ausschüsse oder von einer anderen amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung als geheimhaltungsbedürftig gekennzeichnet sind, oder deren wesentlichen Inhalt ganz oder zum Teil einem anderen mitteilt oder öffentlich bekanntmacht und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
> (2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt einen Gegenstand oder eine Nachricht an einen anderen gelangen läßt oder öffentlich bekanntmacht, zu deren Geheimhaltung er auf Grund des Beschlusses eines Gesetzgebungsorgans des Bundes oder eines Landes oder eines seiner Ausschüsse verpflichtet ist oder von einer anderen amtlichen Stelle unter Hinweis auf die Strafbarkeit der Geheimnisverletzung förmlich verpflichtet worden ist, und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet.
> (3) Der Versuch ist strafbar.
> (4) Erfolgt die Geheimhaltung auf Grund des Beschlusses eines Gesetzgebungsorgans oder eines seiner Ausschüsse, so wird die Tat nur mit Ermächtigung des Präsidenten des Gesetzgebungsorgans verfolgt; in anderen Fällen wird sie nur mit Ermächtigung der Bundesregierung verfolgt.

Der stramme Antikommunist Faust plante sein Buch über die Praktiken des VS aus der Sicht des Kritikers einer mangelnden Effizienz: *„Das BfV ist eine Sicherheitsbehörde, die über das Niveau einer aufgeblähten, aber wenig effizienten Auskunftei nicht hinauskommt... Eine durchaus vernünftige und notwendige Einrichtung kann sich nicht entwickeln und ist zur Erfolglosigkeit verurteilt. Warum, werde ich begründen,"* (Spiegel 31/78), so das Vorwort aus Faust geplantem Buch. Die Staatsschutzbehörden versuchen gleichzei-

gel 31/78), so das Vorwort aus
Fausts geplantem Buch. Die Staatsschutzbehörden versuchen gleichzei-

tig, das Loch innerhalb ihrer eigenen Reihen zu stopfen und dafür muß in diesem Fall der ehemalige VS-Beamte Dirnhofer herhalten, dem vorgeworfen wird, er habe das Traube-Material Faust zugespielt. Gegen ihn ist nach § 353 b Anklage erhoben worden, wonach mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft wird, wer *„sein Dienstgeheimnis verletzt."* Eine Verurteilung Fausts soll nicht erfolgen, weil er jahrelang als Informant der rechten Medienmafia zu gelten hat, sondern weil er illegale Praktiken des VS enthüllte, die er im Sinne der von ihm geforderten Effektivierung des VS für überflüssig hält. Von der Bundesregierung hingegen wird die Anwendung des Paragraphen 353 c gefordert um die ‚Lücken' in den Staatsschutz-Stellen damit angeblich zu schließen. So erstattete jüngst die Bundesanwaltschaft im Zusammenhang mit der Spionage-Affaire Anzeige gegen Unbekannt nach § 353 b und c des StGB wegen *„unbefugter Weitergabe geheimer Nachrichten und Verletzung des Dienstgeheimnisses."* (SZ, 4.9.78) Die Anzeige richtete sich direkt gegen die Springer-Presse, den „Deutschen Depeschen Dienst" und das „ZDF-Magazin". Die Bundesregierung hat die Genehmigung auf Strafverfolgung verweigert.

Die Enthüllungen der links-liberalen, linkssozialdemokratischen und humanistischen Medien stehen dem „Vergehen" des Hans-Georg Faust (Aufdeckung illegaler Praktiken des Staatsschutzes) in keiner Weise nach. Gegen diese aber ein Strafverfahren nach § 353 c einzuleiten, ist den Staatsschützern heute p o l i t i s c h zu riskant, j u r i s t i s c h aber schon abgesichert.

Als im Herbst 77 die völlige Nach-
zu riskant, j u r i s t i s c h aber
schon abgesichert.

Als im Herbst 77 die völlige Nachrichtensperre durchgezogen wurde, schickte der Chef des Bundespresseamts, Klaus Bölling, einen Brief an alle Chefredakteure und bat, *„...nichts zu tun, was die Anstrengungen der Sicherheitsorgane des Bundes in irgendeiner Weise beeinträchtigen und dazu beitragen könnte, die Gefahrenlage noch zu verschärfen"* (Schreiben vom 8.9.77, zitiert nach Russell-Buch Nr. 5, Reents-Verlag). Tatsächlich haben sich die Massenmedien insgesamt der Nachrichtensperre gebeugt, mit Ausnahme linker und kommunistischer Zeitungen. Mit der A n w e n d u n g von § 353 c und einer weiteren Palette von Maulkorb- und Zensurparagraphen, wie 353 d, 88a und 90a, ist eine Entwicklung eingetreten, an deren Ende eine Situation geschaffen ist, die aus dem „Ausnahmezustand Nachrichtensperre" einen gesetzlich legitimierten Zustand macht und diejenigen Medien kriminalisiert und illegalisiert, die sich der Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit nicht berauben lassen wollen.

Die Bourgeoisie hat jetzt die schrittweise Illegalisierung und Kriminalisierung der linken und kommunistischen Presse auf die Tagesordnung gesetzt.

Medienkommission

Sippenhaft ?

Am 13.9.78 erhielt die FR-Redakteurin Gabi S. ihre fristlose Kündigung durch FR-Chefredakteur, Werner Holzer, wegen „Unloyalität mit dem Arbeitgeber." Begründet wird diese „Unloyalität" mit ihrer schriftlichen Stellungnahme in dem PROSPEKT TAGESZEITUNG, in der sie u.a. schrieb: *„Ich bekomme Informationen, jeden Tag, die ich vertraulich behandeln soll – und ich halte mich daran. Das alles mal an den Tag zu bringen und in Zusammenhänge zu stellen, das würde mich sehr reizen. Bei der Rundschau ist das nicht drin."* Und weiter: *„Ich habe oft den Eindruck, daß ich, wenn ich in die Rundschau reingehe und unten die Tür zumache, vergessen muß, daß ich eine Frau bin"* (Prospekt).

Seit März 78 ist dieses Gespräch veröffentlicht und sicherlich auch der Chefredaktion bekannt.

Tatsächlich sind die wirklichen Kündigungsgründe noch viel infamer: Gabi S. ist mit E. Bostelmann verheiratet, dem seit Januar 78 in Düsseldorf der Prozeß gemacht wird wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung.

Im Juni 78 beteiligte sich Gabi an der antifaschistischen Gegendemonstration und wurde dabei von der Polizei verprügelt. Eine Anzeige wegen Körperverletzung hat die Deutsche Journalisten-Union mit einem Offenen Brief an den Frankfurter Polizei-Chef Müller unterstützt.

Nachdem dieser Brief in allen drei Frankfurter Tageszeitungen veröffentlicht wurde, kam es am 10.7.78 zwischen Mitgliedern der FR-Redaktionsleitung und dem Polizeipräsidenten zu einem Gespräch, bei dem *„über Gabis Vergangenheit und ihre ‚Familienverhältnisse' geredet"* wurde (Tageszeitung, 22.9.78). Danach erfolgte die Kündigung! Dagegen haben von 120 Redakteuren etwa 70 eine Solidaritätserklärung für Gabi unterschrieben. Ebenso hat sich der Redakteursausschuß gegen die Kündigung ausgesprochen (nach Tageszeitung, 22.9.78).

Medienkommission

Lieb Vaterland, magst ruhig sein ...

In einer Zeit gesteuerter „Rückbesinnung auf unsere deutsche Vergangenheit" und zunehmender Kriegs-Stimmungsmache ist die Fernseh-Sendereihe „Dokumente Deutschen Daseins" so recht am Platze. Produziert hat diese durch und durch patriotische Sendereihe der TV-Bereich des „Stern".

Die Sendereihe begann recht vielversprechend bei den Bauernkriegen, führte über die „Befreiungskriege" gegen das napoleonische Frankreich und die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848/49 inzwischen bis zum 1. Weltkrieg und den Anfängen der Weimarer Republik. Hier, wo es erst so richtig spannend werden könnte, haben die Dokumentierer erst einmal eine Pause eingelegt. In ein paar Monaten soll es weitergehen mit dem deutschen und dann ja unvermeidlich auch großdeutschen Dasein.

Die Machart der Sendereihe ist inhaltlich anspruchslos und formal recht attraktiv. In jeder Folge eine gefilmte Szene über irgendein historisches „Ereignis" (Bismarck hockt mit Wilhelm dem Größenwahnsinnigen im Zug etc.), kommentierte Bilder, zwischendurch geschmackvoll vorgetragene Lieder und Gedichte „aus jener Zeit". Für politischen Tiefgang soll Sebastian Haffner (ein total auf den Hund gekommener Journalist jüdischer Abstammung, ehemals liberal und progressiven Ideen nicht abgeneigt) sorgen, der sich Rededuelle mit einem nicht ganz so farbenprächtigen Partner liefert. Haffner verteidigt nacheinander Napoleon, Metternich und Bismarck - sein Partner behauptet jeweils das Gegenteil. Einig sind sich beide jedenfalls d a r i n , daß die großen Männer die Geschichte bestimmen.

Die Sende-Folgen hatten durchaus positive Aspekte, solange sie sich mit vorwärtsweisenden Ereignissen wie den Bauernkriegen, den anti-napoleonischen „Befreiungskriegen" und der Revolution von 1848/49 beschäftigten. Richtig schlimm wurde es aber bei den Folgen über den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 und über den 1. Weltkrieg.

Da war, immer wieder unterbrochen von nationalistischen und kriegsverherrlichenden Liedern („Lieb Vaterland, magst ruhig sein.... Treu steht und fest die Wacht am Rhein..."), zu hören, mit welcher Begeisterung sich Deutschlands Jugend in das Blutbad stürzte, welch Jubel überall im Volk den Krieg begleitete. Überhaupt sei es ja seitens Deutschlands ein gerechtfertigter, ein gerechter Krieg gewesen. Das hätte sogar der Friedrich Engels gemeint. Und weil es eine pluralistische Sendung ist und eine dokumentarische obendrein, wird auch mal die „Internationale" angespielt, während von der Abschlachtung der Commune-Kämpfer berichtet wird.

Streng dokumentarisch auch die Folge über den 1. Weltkrieg: Wieder die „Wacht am Rhein", Soldaten-Lieder, dazu „Heil dir im Siegerkranz" und zwischendurch „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!...". Und man erfährt: Deutschland sei überhaupt nur durch Österreich in den Krieg „hineingezogen" worden. Nachdem der österreichische Kronprinz in Sarajewo ermordet wurde, „war der Weltkrieg nicht mehr aufzuhalten". Und wozu denn auch? Es herrschte nämlich, so erfährt man weiter, wieder die helle Kriegsbegeisterung im ganzen deutschen Volk. „Kaiser Wilhelm sprach allen aus dem Herzen, als er ausrief: ‚Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!'". Es folgen Haffner und sein Partner, die sich diesmal überraschenderweise v ö l l i g einig sind: Die These von der deutschen Alleinschuld am Krieg sei „unhaltbar" und „historisch falsch". Haffner gibt gleich noch eine Zugabe: Es habe ü b e r h a u p t k e i n e Kriegsschuld von irgendwem gegeben! Denn der Krieg sei damals noch kein international anerkanntes Verbrechen gewesen.

Zwischendurch hat Haffner auch mal einen ganz lichten Moment. Längstvergessenes steigt in ihm auf: „Die Revolution war g u t m ü t i g sagt er, als die Rede auf die deutsche Novemberrevolution und die darauf folgenden Kämpfe kommt, „aber d i e R e v o l u t i o n ä r e wurden ermordet". Das sei nun mal, so Haffner, die historische Wahrheit. Recht hat er, und da kann einem glatt der Spruch vom blinden Huhn einfallen!

Die Sende-Reihe fällt insgesamt weit hinter das zurück, was bürgerliche Wissenschaftler wie Prof. Fischer schon vor vielen Jahren zur „Kriegsschuldfrage" und speziell zu den Interessen des deutschen Imperialismus am Krieg geschrieben haben. Der Krieg erscheint in den „Dokumenten des deutschen Daseins" allenfalls als eine Art Naturkatastrophe, von den Beherrschten eigentlich viel fröhlicher begrüßt als von den Herrschenden. Nicht umsonst wird immer wieder die patriotische Begeisterung der Volksmassen in Kommentar und Lied beschworen. Die Machart der Sende-Reihe entspricht total der Forderung bürgerlicher Politiker, dem Volk und speziell der Jugend „unsere deutsche Geschichte" heute s o nahezubringen, daß man sich wieder mit einigem Stolz zu ihr „bekennen" kann. Die H i n t e r g r ü n d e der Ereignisse - ökonomische Interessen etc. - fallen dabei unter den Tisch.

Wie mag die Sendereihe n a c h der Pause weitergehen? Soll uns dann vielleicht, was nach dem bisherigen Verlauf durchaus zu befürchten ist, streng dokumentarisch das „Horst-Wessel-Lied" vorgeschmettert werden? Soll uns dann Lyrik auf den „Führer" - vorgetragen aus Künstlermund - den Geist „jener Zeiten" näher bringen? Wird Sebastian Haffner, wie schon in seinem jüngst erschienenen Buch, neben den Schattenseiten der Nazi-Tyrannei auch ihre „guten Seiten" lobend hervorheben? Wird er dem Publikum Hitler als konsequenten Sozialisten, womöglich gar Kommunisten präsentieren - wie er es in anderen Veröffentlichungen tatsächlich schon getan hat ?!

Wie gesagt, die Sendereihe ist am rechten Platze.

Schlappe für Springer?

Während des Hessischen Wahlkampfs startete die SPD einen weiteren Versuch mit der Herausgabe der unentgeltlichen „Zeitung am Sonntag" (ZaS). Mit einer Auflage von 1,7 Mio Exemplaren wollte die SPD ihren Wahlkampf abstützen und das Terrain für das Projekt einer von der SPD beeinflußten bundesweiten Sonntagszeitung abklopfen.

Dem Axel-Springer-Verlag war diese Konkurrenz ein Dorn im Auge, denn erste Hinweise deuteten auf einen nicht unerheblichen Verkaufsrückgang der beiden Springer-Sonntagszeitungen hin, die Zas versuchte auch die Springer-Aufmachung getreu zu kopieren. „*Flugs kam denn auch ein Schreiben aus dem Springer-Haus dem ZaS-Herausgeber auf den Tisch. Vorsorglich ließen die Hausjuristen des Presse-Zaren ihn wissen, daß sie die Gerichte bemühen würden, falls ‚sich unsere Befürchtung bestätigt, daß die unentgeltliche massenhafte Verteilung Ihrer Zeitung sich spürbar auf die verkaufte Auflage unserer Sonntagszeitungen auswirkt*" („Vorwärts", 5.10.).

Der Springer-Verlag forderte gerichtlich den Abdruck einer Gegendarstellung zu einer Behauptung aus der ZaS. Dort hieß es wörtlich: „*Schon 1976, als die ZaS erstmals (in Nordrhein-Westfalen) erschien, versuchte der mächtige Verleger, die dortige ZaS-Redaktion zur Aufgabe zu zwingen*" („FR", 4.10.).

Vor dem Frankfurter Landgericht verlor jedoch der Springer-Verlag diesen Prozeß, da es sich nach Ansicht des Richters um eine Formulierung „*hart an der Grenze der Meinungsäußerung*" („FR", 4.10.) handelte. Das Recht auf Gegendarstellung beziehe sich aber nur auf behauptete Tatsachen.

Medienkommission

alismus am Krieg geschrieben haben. Der Krieg erscheint in den „Dokumenten des deutschen Daseins" allen-
daß sie die Gerichte bemühen würden, falls ‚sich unsere Befürchtung bestätigt, daß die unentgeltliche mas-
Tatsachen.
Medienkommission



Martin-Luther-King-Haus wieder geöffnet!

Die hamburger ESG wird am 17.10.78 wieder in ihr Martin-Luther-King-Haus einziehen. Nachdem die ESG am 19. und 20.Juli mit zwei Polizeieinsätzen und 41 Festnahmen gewaltsam aus ihrem Haus vertrieben worden war, hat nun die Nordelbische Synode am 6.10. einer Wiedereröffnung des Hauses unter bestimmten Auflagen zugestimmt. Diese Auflagen (Richtlinien für die Raumvergabe an Gastgruppen, Bildung eines von der Kirchenleitung kontrollierten Beirates für die Arbeit der ESG, vorläufige Besetzung der Pfarrstelle durch die Kirchenleitung) sind in einem ‚Basispapier' zusammengestellt, das von der Kirchenleitung und auch von der ESG selber verabschiedet wurde. Die schwammigen Formulierungen dieses Papieres können, da sie nach allen Seiten interpretierbar zu sein scheinen, leicht als Vorteil für die ESG gewertet werden. Es ist allerdings in diesem Staat und entsprechend in dieser Kirche so, daß dessen Interpretation gilt, der die Macht hat. Z.B.: Räume können nicht an Gruppen vergeben werden, „*deren Selbstverständnis und Praxis das Ziel verfolgt, die Verkündigung des Evangeliums zu beeinträchtigen*". Parallel zur Argumentation mit dem Grundgesetz ist ganz schnell jede linke Gruppe als atheistisch und damit evangeliumsfeindlich erklärt.

Der Polizeieinsatz gegen die ESG am 20.Juli liegt nun offenbar auch den kirchenleitenden Herren zu schwer im Magen – zuviel Kritik und Angriffe haben sie inzwischen einstecken müssen, besonders mit der Argumentation der sonst geschätzten kirchlichen Gewaltlosigkeit. Eine geschickte Wendung, den Festgenommenen nun doch wieder den schwarzen Peter zuzuschieben fand Bischof Hübner in seinem Tätigkeitsbericht vor der Nordelbischen Synode am 6.10. heraus: „*Im Nachhinein läßt es sich leicht feststellen, daß es natürlich viel angemessener und im kirchlichen Sinne auch erfolgversprechender ist, mit den Hausbesetzern zu reden und sie mit Geduld und vernünftiger Argumentation zum Abzug zu bewegen. So sind wir O p f e r der ausgeklügelten Strategie des gewaltfreien Widerstands geworden. Eine Hausbesetzung will dieser Strategie entsprechend nicht nur öffentlich Aufmerksamkeit erregen, sondern die Verantwortlichen herausfordern, Zwang anzuwenden, um sie so ins Unrecht zu setzen*". So wirft er den ESG-Freunden vor, daß sie den duldsamen Weg gegangen sind, der doch eigentlich von der Kirchenführung propagiert wird, besonders wenn es um Widerstand gegen Rassismus in Afrika geht, „*denn im Raum der Kirche sollten w i r ... lieber Gewalt leiden als Gewalt anwenden*" *(aus dem Bericht)*. An dieser und an vielen anderen Stellen seines Berichtes betont der Bischof das gute Verhältnis zu „*unserem Staatswesen*". „*Wir sind Gott dankbar, daß wir im Schutz und Frieden eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates leben dürfen. ... intensiven Gedankenaustausch mit der Landesregierung von Schleswig-Holstein ... gemeinsamen Gottesdienst mit der Landesregierung von Schleswig-Holstein zum Erntedankfest*".

Nach dem Coup von Mogadischu auf Anordnung der Bundesregierung „*fanden sich Demokraten und Christen zusammen in Buß- und Fürbittengottesdiensten , zu denen die Kirchenleitung die Gemeinden aufgerufen ... haben*". „*Mit dem Generalstab der 6. Panzergrenadierdivision wurde intensiv über Fragen der Landesverteidigung (!) sowie der Ethik des militärischen Handelns und den Aufgaben der Militärseelsorge gesprochen*" (aus dem Bericht). Hübner verwahrt sich selbst gegen jede Kritik an solcher Staats- und besonders CDU-Freundlichkeit: „*Wer in solchen Gesprächen nur ein Komplott der ‚Herrschenden' sieht, wie es auch unterstellt worden ist, der schließt nur von sich auf andere*" *(ebenda)*.

Kirchenkommission

250.000 DM vom Weltkirchenrat für die SWAPO

Aus dem Sonderfonds des Weltkirchenrates zur Bekämpfung des Rassismus in der Welt wird 1979 die SWAPO 125.000 Dollar erhalten. Damit bekommt die SWAPO (Namibia) den größten Einzelbetrag, den das zuständige Exekutivkomitee für 1979 zu vergeben hat (insgesamt 435.000 Dollar an 29 Gruppen in zwölf Ländern). Vor ungefähr zehn Jahren ist dieser Sonderfonds des Weltkirchenrates auf massiven Druck vor allem afrikanischer Christen eingerichtet worden; danach werden Befreiungsbewegungen in den Ländern der dritten Welt unterstützt und eine Teilsumme ist nicht an bestimmte Projekte gebunden.

In diesem Jahr wurde durch den Sonderfonds des Weltkirchenrates besonders die „Patriotische Front" in Zimbabwe unterstützt. Dagegen hat sich der Rat der evangelischen Kirche Deutschlands massiv zur Wehr gesetzt, obwohl er den Sonderfond' n i c h t finanziell fördert. „*Gegen eine theologische oder iedologische Rechtfertigung der gegenwärtigen Verhältnisse in Südafrika hat sich der Rat der Evangelischen Kirchen Deutschlands (EKD) ausgesprochen. Ebenso lehnt er jedoch eine theologische Rechtfertigung des bewaffneten Kampfes zur Änderung dieser Zustände ab*" („FR", 22.9.78). Die Möglichkeiten, die der Rat der EKD sieht, sind folgende: „*Der Rat kündigt an ... daß er sich erneut an Unternehmer und Gewerkschaften wenden und sie auffordern werde, konkrete Schritte zur Überwindung der Rassendiskriminierung in ihrem Verantwortungsbereich zu tun*" (ebenda).

Es ist begrüßenswert, daß sich der Weltkirchenrat durch die Pöbeleien der BRD-Kirche nicht beirren läßt in seinem Bemühen, den Rassismus im südlichen Afrika zu bekämpfen. Der Westberliner Theologe Helmut Gollwitzer schreibt in seiner Kritik am Rat der EKD: „*Wo in Afrika weiße Herrschaft besteht, ist sie durch kriegerische Unterwerfung entstanden, aufrechterhalten und ausgedehnt worden. Der Krieg zwischen den weißen Eroberern und den schwarzen Stämmen reicht bis in unser Jahrhundert hinein. Auf der weißen Seite, erst recht in Europa, ist dies aus dem Bewußtsein verdrängt; hier herrschte das ideologische Interesse, der Kolonialherrschaft so rasch wie möglich den moralischen von Römer 13* (jedermann sei untertan der Obrigkeit ... — Anm. AK) *gedeckten Anspruch der Obrigkeit zu verschaffen. Auf der schwarzen Seite aber ist, auch unter der Decke der äußeren Anerkennung der weißen 'Obrigkeit', die Erinnerung an die vergangenen Schlachten gegen die Weißen lebendig, und aus ihr speist sich das Bewußtsein zum Recht des Widerstandes.*

Daraus folgt: Gerade nicht die Kategorie der 'gerechten Auflehnung', sondern durchaus noch die Kategorie des 'gerechten Krieges' ist die zuständige Kategorie für das Gewaltproblem im südlichen Afrika" (nach „Junge Kirche" 9/78).

Kirchenkommission

Bischofskonferenz in Lateinamerika

Im Oktober findet in Puebla in Mexiko die Konferenz aller lateinamerikanischen Bischöfe statt. Die letzte Konferenz 1968 in Medellin vor 10 Jahren erbrachte eine deutliche Stellungnahme der katholischen Kirche für den Kampf gegen Armut und Unterdrückung in Lateinamerika. Es wird befürchtet, daß in diesem Jahr reaktionäre Kräfte für eine Kursänderung sorgen werden. In einem Memorandum warnen bekannte katholische Theologen (Rahner, Metz, Greinacher, Vorgrimler) und christliche Gruppen (Pfadfinderinnen St. Georg, Katholische Landesjugend, katholische Hochschulgemeinde und Arbeitskreis Christen für den Sozialismus) davor, daß sich die Kirche in Lateinamerika „*unter Berufung auf eine angeblich ‚rein geistiche' Sendung des Christentums mit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen arrangiere*" („FR", 12.9.78). Die Kirche dürfe nicht vor der Gefahr zurückschrecken, in die sie durch „*eine radikale Parteinahme für die Unterdrückten gerate*"(FR). In dem Memorandum wird ein „*ursächlicher Zusammenhang zwischen Armut und Unterdrückung in Lateinamerika und dem Wohlstand hierzulande hergestellt*". „*Die Teilung der Welt in Arme und Reiche spiegelt sich in der Kirche wider und wird so zu einem Ärgernis angesichts ihrer Mahlgemeinschaft*" (FR). Von den Hilfswerken „Adveniat" und „Miseror" wird eine entschiedene Parteinahme für den Weg der letzten Bischofskonferenz verlangt. Dieses Memorandum fordert die Katholiken auf, nicht zuzulassen, daß es im Westen eine Religion des „*Wohlstandes und der Sattheit*" gebe und in anderen Teilen der Welt „*eine Volksreligion der Unglücklichen*". Die Katholiken sollen in ihren Aktivitäten dem Thema Armut und Unterdrückung mehr Platz einräumen.

Kurzmeldungen Kurzmeldungen Kurzmeldungen

Tarifverträge mit der Kirche.
Die Nordelbische Synode hat am 7.10.78 die Entscheidung über Tarifverträge für den nordelbischen Raum (Hamburg, Schleswig-Holstein) zwischen Kirche und ÖTV, DAG und VKM (Verband kirchlicher Mitarbeiter) weiter hinausgezögert. „*Die Synode ermächtigt die Kirchleitung über den bisherigen Termin (31.12.78) hinaus zu Verhandlungen mit den Arbeitnehmer-Organisationen*" (evangelischer Pressedienst - epd - Nord 41/78). Offenbar soll damit die ÖTV gänzlich weich gemacht werden, ihre schwächlichen Forderungen – nicht ausdrücklich auf das Streikrecht verzichten zu müssen (zugesichert, daß es keinen Streik geben wird, haben die ÖTV-Führer schon), und bei Erklärung der finanziellen Notlage gefragt zu werden – auch noch aufzugeben.

Die Bischöfe Hübner und Wölber zetern dennoch grundsätzlich gegen tarifrechtliche Regelungen, weil sie darin eine ideologische Aufweichung der göttlichen Hierarchie in der Kirche vermuten. „*Weil die ganze Institution der Kirche nur von ihrem innersten Kern des Evangeliums her lebt, darf auch die Institution Kirche in allen ihren Bezügen ihren Charakter als besondere Dienstgemeinschaft für den einen Herren nicht verleugnen*" (aus Bericht von Bischof Hübner vor der Synode am 7.10.). Der kirchliche Bedienstete aber lebt vom Brot.

* * *

„Bürgerinitiativen – Parlamentarisch-Demokratischer Wildwuchs?"
Unter dieser Fragestellung findet am 15.11.78 ein ‚politisches Forum' der katholischen Akademie in Hamburg statt. Das Programm sieht vor: 1. drei Vorträge von den Professoren Bermbach (Hamburg), Thaysen (Lüneburg) und Kaltefleiter (Kiel). 2. Life-Sendung des III. Fernsehprogramms „Grün und bunt – schon vorbei?" mit einer Vertreterin der BUNTEN LISTE Hamburg, einem Vorsitzenden der GRÜNEN LISTE Schleswig-Holstein und je einem Vertreter von Junge Union, Jungsozialisten und Jungdemokraten. 3. Diskussion. Anmeldung für die Veranstaltung bei der Katholischen Akademie Hamburg, Herrengraben 4, Hamburg 11.



Jagd auf Schwule in Griechenland

Die griechisch. Regierung hat einen Gesetzesentwurf im Athener Parlament eingebracht, der Schwule in den Knast bringen soll. Mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr soll danach jeder bestraft werden,

- *„der sich in Straßen, Plätzen, öffentlichen Orten oder jedem sonstigen anderen Versammlungsort aufhält in der offiziellen Absicht, andere Männer dazu zu bewegen, mit ihnen widernatürliche Handlungen vollbringen zu wollen",*
- *„der den öffentlichen Anstand und die öffentliche Scham durch provokatives oder ungebührliches Benehmen bedroht".*

Damit wird auch jegliches Versammlungsrecht für Schwule aufgehoben! Das Gesetz wird am 30.September im Athener Parlament behandelt. Vertreter der griechischen Schwulenorganisation „Akö" messen dem Regierungsvorhaben „gute Chancen" zu und rufen zu internationalem Protest auf.

Wie gehabt: „Schutz der Volksgemeinschaft"

Wie gehabt: „Schutz der Volksgemeinschaft"

Die Gesetzesvorlage trägt den Titel „Gesetz zum Schutz gegen Geschlechtskrankheiten". Unter dem Vorwand, diese bekämpfen und das griechische Volk vor ihnen schützen zu wollen, werden Homosexualität und auch Prostitution unter Strafe gestellt. Die faschistische Handschrift ist unverkennbar. Der Gesetzesentwurf stammt tatsächlich noch aus der Zeit der Junta, konnte in den Wirren der letzten Monate nicht mehr unter Dach und Fach gebracht werden und wurde Karamanlis als Handlungsauftrag vererbt.

Der Schutz der Bevölkerung vor Homosexuellen – das hatten wir schon!

„Der Nationalsozialismus sieht seine Aufgabe im Schutz der Volksgemeinschaft vor lebensfeindlichen Entarteten und denjenigen, die eine ungesunde Veranlagung offenbaren". 1) Und: **„Der Homosexuelle bedeutet in seiner Betätigung die Negierung der Gemeinschaft, wie sie geartet sein muß, wenn die Rasse nicht zugrundegehen soll. Daher verdient gerade dieses Verhalten der Homosexuellen keine Schonung".** 2)

Der Schutz der „deutschen Volksgemeinschaft" vor „Volksschädlingen", – Schutz der Griechen vor Homosexuellen und Prostituierten, die angeblich Geschlechtskrankheiten übertragen: Ähnlichkeiten sind unverkennbar!

Razzien und Karteien schon heute

Die Vertreter der „Akö" weisen in einem Interview mit der westdeutschen Schwulen-Zeitschrift „him/applaus" darauf hin, daß Schwulenverfolgung schon heute in Griechenland schen Schwulen-Zeitschrift „him/applaus" darauf hin, daß Schwulenverfolgung schon heute in Griechenland an der Tagesordnung ist. Bullen-Razzien in der bekanntesten schwulen Bar Athens, „Mykonos", finden fast täglich statt. Dabei riskiert man als Einheimischer *„eine Nacht oder zumindest einige Stunden auf einer der Athener Polizeiwachen verbringen zu müssen, es sei denn, man gehört zu den besseren Familien der Hauptstadt".* Die Athener Polizei rühmte sich in einem Mordprozeß an einem Homosexuellen, im Besitz einer schwarzen Liste zu sein, die die Namen von 3000 Athener Schwulen enthalte.

Nur scheinbar in Widerspruch dazu steht das Geschäft mit schwulen Touristen, das z.B. auf der Insel Mykonos seine Blüten treibt. Die hier vorhandenen Nacktbadestrände, die selbst in der Zeit der faschistischen Diktatur nie ganz verschwanden, sollen nach einem Plan der Athener Regierung legalisiert werden. Auch in den schwulen Bars hat man als ausländischer Tourist „so gut wie nichts zu befürchten"

Nationale und internationale Solidarität

Die „Akö" ruft in ihrer Zeitschrift „Amphi", die sie nur unter den Ladentischen weniger linker Buchläden Athens verkaufen darf, zum nationalen und internationalen Protest gegen das Gesetzesvorhaben auf:

- 250 prominente Griechen haben in einer Petition gegen den Regierungsplan Stellung genommen.
- Auch in der französischen Öffentlichkeit haben die griechischen Schwulen Unterstützung gefunden. Eine Petition wurde u.a. von Simone de Beauvoir, Jean-Paul Sartre, Roland Barthes, Rene Scherer, Michel Eine Petition wurde u.a. von Simone de Beauvoir, Jean-Paul Sartre, Roland Barthes, Rene Scherer, Michel Foucault, Louis Althusser, Jean Ellenstein, Jules Dassin und Costa Gavras unterzeichnet. Darin heißt es: *„Wir sind der Meinung, daß dies* (das Gesetzesvorhaben –Anm.AK) *dem Artikel zwei der Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen und auch der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die in Helsinki stattgefunden hat, widerspricht. Diese beiden, von der griechischen Regierung anerkannten Dokumente erklären, daß niemand wegen seiner Herkunft, seines Geschlechts, seiner Überzeugungen diskriminiert werden darf".*
- Vertreter verschiedener niederländischer Parteien haben ebenfalls protestiert: van der Spek für die PSP, von de Coppello für die VVD. Das niederländische Außenministerium wurde aufgefordert, bei der griechischen Regierung zu intervenieren, unter Hinweis auf die Menschenrechtscharta und die Schlußakte von Helsinki.
- Der Gesetzesentwurf war auch Thema des „Befreiungstages der Schwulen und Lesben in Stockholm" (siehe AK 138). Die Teilnehmer beschlossen, den Tag der Abstimmung dieses Gesetzes (30.September) zu einem internationalen schwulen Aktionstag zu machen.
- Der Wahlausschuß der „Alternativen Liste Westberlin" hat am 14. 9.78 eine Erklärung verabschiedet, in der er sich hinter diesen Protest stellt.
- Aktionen werden in verschiedenen westdeutschen Städten und in Westberlin am 30.9. durchgeführt. So verteilt die HAH(Hamburg) an diesem Tag Flugblätter auf dem Flohmarkt und protestiert anschließend vor dem griechischen Konsulat.

Es wird aufgefordert, Protestbriefe an das griechische Konsulat, Abteistraße 33, Tel. 44 07 72, zu schicken.

....

1) H. Nicolai, Die rassengesetzliche Rechtslehre, 3.Auflage, München 1932, S. 43
2) H. Frank, Nationalsozialistische Strafrechtspolitik, München 1938, S. 32

Alle weiteren Informationen nach „him/applaus" September 1978

Schwule Genossen der AG Sexualität
KB-Gruppe Hamburg

„Nachtfalken"
Ein Film nicht nur für homosexuelle Lehrer

Der Film beschreibt die Situation eines Lehrers, der durch den Zwang, seine Homosexualität zu verbergen, immer mehr in Konflikte gerät. Sein Leben hat zwei Seiten - die engagierte Arbeit im Beruf und das deprimierende Leben im Privatbereich, das Ghetto der Subkultur.

Es tritt eine entscheidende Wende in seinem Leben ein, als er sich dazu durchringt, ganz offen zu seiner Homosexualität zu stehen und offen darüber in der Schule zu reden. Zwar ist er dadurch von dem Zwang befreit, ein Doppelleben zu führen, jedoch tun sich neue Probleme auf - Verwarnung seitens des Direktors.

Diese lebensnahe Filmgeschichte hat einen konkreten Hintergrund: Vor drei Jahren machte in England - einem Land mit traditionell hohem Anteil von Homosexuellen - der Fall eines Lehrers Schlagzeilen, der sich vor seinen Schülern offen zu seiner Homosexualität bekannt hatte und aus dem Schuldienst entlassen wurde. Englisches Berufsverbot für homosexuellen Lehrer!

Den Filmern Ronald Peck und Paul Hallan ist es sehr gut gelungen, diese Geschichte zu verfilmen. Wenn bei dem jüngst gezeigten Film „Die Konsequenz" mehr die erotische Seite einer homosexuellen Beziehung zum Tragen kam, so sind es hier die alltäglichen Probleme und Schwierigkeiten.

Es bleibt abzuwarten, ob dieser Fernsehfilm genauso wie der Film „Die Konsequenz" nicht im Bayrischen Rundfunk gesendet wird.

Eine Genossin der AG Sexualität

Anmerkung

Die Genossin schreibt, daß in dem Film „Die Konsequenz" *„mehr die erotische Seite einer homosexuellen Beziehung zum Tragen kam".* Diese Darstellung ist meiner Meinung nach falsch. „Die Konsequenz" ist zwar mehr als „Nachtfalken" die Geschichte einer homosexuellen Beziehung, dies ist jedoch keineswegs der Hauptaspekt dieses Films. Vielmehr werden hier die Schwierigkeiten einer homosexuellen Beziehung aufgezeigt, die sich n i c h t aus der Beziehung s e l b s t ergeben, sondern aus den Reaktionen der Umwelt resultieren, die von Wutausbrüchen und Verboten des Vaters bis hin zur Einlieferung des Jungen in ein Erziehungsheim und der dortigen Folterbehandlung reichen.

Eine Genossin der Kultur-Kommission/ KB/Gruppe Hamburg

Überfall auf Schwule

Hamburg. Zwei Schwule wurden vor kurzem nachts (unabhängig voneinander) in einem Hamburger Park, einem bekannten Treffpunkt der „Subkultur" von einer offenbar organisierten Schlägerbande überfallen. Von einem der Überfallenen liegt der „Homosexuellen Aktion Hamburg" ein Bericht vor. Danach bestand die Bande aus 6 bis 7 Typen, zumindest einer von ihnen trug einen Gummiknüppel. Der Überfallene wurde verfolgt, niedergerissen und zu Boden gedrückt. Als er um Hilfe rief, wurde er geknebelt und anschließend an Händen und Füßen an einen Baum gefesselt, getreten und geschlagen. Gleichzeitig wurden seine Sachen nach Geld duchwühlt. Der Ausweis wurde geklaut. Wörtlich: „Den Ausweis nehmen wir mit ... Ach, Student! Was bist du denn noch? Kommunist?! Und schwul auch noch?!" Gleichzeitig wurde er in die Seite und den Bauch getreten, wobei ein Typ ihn mit dem Messer bedrohte. Offensichtlich der Anführer der Bande forderte jenen Typen mit den Worten: „Pack weg, spinnst wohl!" auf, das Messer wegzunehmen. Versuchter Mord? Mit der Begründung „Ich hab' Mitleid mit Euch...Mein Bruder ist selbst schwul" wurde der Überfallene nach einiger Zeit „freigelassen".

Der Betroffene erstattete Anzeige. In der HAH wird nicht ausgeschlossen, daß dieser Überfall von einer faschistischen Gang vorgenommen wurde. Maßnahmen zum Schutz der „Subkultur" vor derlei Überfällen werden diskutiert.

Schwule Genossen der AG Sexualität
KB-Gruppe Hamburg

Seminar von Venstre-Sicialisterne (Dänemark)

Mitte September fand in Kopenhagen ein internes Seminar der dänischen Linkssozialisten (VS) statt, zu dem auch je zwei Aktivist(inn)en aus der Lesbenbewegung, der Schwulenbefreiungsfront (BBF), der Feministinnen (Red Socks) und der Männerbewegung eingeladen worden waren mit der Aufforderung, Redebeiträge vorzutragen.

Beabsichtigt wurden mit diesem Seminar zwei Dinge: Zum einen fühlt sich die VS auf diesen Gebieten ideologisch recht unsicher und erwartete sich von den Referenten/innen Denkanstöße, Kritiken und Vorschläge für die Erarbeitung eines vernünftigen Standpunkts zur Problematik von Geschlechterrollen, Patriarchat und Schwulenfeindlichkeit – und zum anderen wollen die Venstre Socialisterne mit den Vertretern/innen der vier autonomen Bewegungen den Widerspruch zwischen hierarchisch strukturierter, zentralistischer Parteiarbeit einerseits und spontaneistischer Arbeits- und Denkweise in den Basisgruppen andererseits problematisieren. Ziel war, in der VS-Partei Verkrustungen und eingefahrene Denkschemata zu überwinden.

Bemerkenswert ist, daß die Lesben- und Schwulengruppen drei bzw. sechs Vertreter/innen schickten (statt, wie „angefordert", nur je zwei), und daß jede/r von ihnen sich das Recht nahm, einen Redebeitrag zu halten, also 9 Beiträge gehalten worden sind zur Unterdrückung homosexueller Männer und Frauen, statt geplanter 2. Die Schwulen und Lesben begründeten ihr massives Auftreten damit, daß das Problembewußtsein über zwangsheterosexuelle Normalität in der VS fürchterlich unterentwickelt sei. Die BBF-Schwulen blieben (ungeladenerweise) noch einen Tag länger als geplant, um ihre Redebeiträge zu diskutieren. Dies stieß jedoch bei den Seminarteilnehmern nicht nur auf Verständnis, sondern wurde im Nachhinein sogar begrüßt.

Das Seminar wurde durchweg von den Teilnehmern als Erfolg eingeschätzt und war wohl nicht das letzte seiner Art. Die Diskussion in VS läuft.

Ein schwuler Genosse aus Hamburg
(Nach Informationen einer Schwester aus der „Bøssernes Befrielses Front", Kopenhagen)

Wie man/frau die Diktatur der

Wie man/frau die Diktatur der

Normalität n i c h t bekämpfen sollte

Leserbrief an die schwulen Genossen der AG Sexualität

Ihr habt einen Brief von mir – einem von Euch als „Heterosexueller" apostrophierten – an einen schwulen Genossen falsch verwendet , und ich möchte Euch bitten, künftig sorgfältiger mit derartigen Briefen umzugehen.

Im Zusammenhang mit dem von Euch richtig angegriffenen sexuellen „Entweder-Oder" schreibt Ihr: „... *wird die* **Ausgrenzung als Schwuler** *zum permanenten persönlichen Verlust"; „... Fließende Übergänge... d.h. das jeweilige Festmachen der Sexualität an der* **geliebten Person** *und den* **eigenen Bedürfnissen**, *nicht am Geschlecht, wird unter der herrschenden Diktatur der Normalität zum Trauma, zum* **hilflosen**, *lähmenden „Ich weiß nicht, was ich will", das* **alle Bereiche des Lebens** *umfassen kann".*

Dann leitet Ihr den Auszug aus meinem Brief so ein: *„Ein „Heterosexueller" nach einer dreimonatigen freundschaftlichen Beziehung zu einem Schwulen:* **„Deine Ansprüche** *laufen – ungewollt oder nicht – auf eine* **Zweisamkeit** *hinaus, bei der Du mich in* **Deinen Isolationskurs** *miteinbeziehst. Das bedrückt mich und das will ich nicht...ich sehe es auch als Niederlage"* (AK 138,S.29).

Das soll doch wohl heißen, der „Heterosexuelle" zieht sich aus Schiß vor der Diktatur der Normalität zurück!? – oder?

Beim genauen Lesen meines Briefes und dem Fragen nach seiner Vorgeschichte werdet Ihr feststellen,daß ich in dieser Beziehung nicht mehr hinzunehmen bereit war, daß der schwule Genosse meine Vorstellungen und meine Kritik an seinem Verhalten dadurch einfach b l o k k i e r t bzw. nicht zur Kenntnis nimmt, daß er sagte, sie seien „heterostrukturell" gedacht und damit falsch und nicht diskussionswürdig ...

Weiter hatte ich andere Vorstellungen von dieser Beziehung, und seine Ansprüche, die auf einen Isolationsk u r s hinausliefen (– er war z.B. nicht bereit, als es mal „knallte", mit einem Freund von mir zusammen zu diskutieren –), wollte ich nicht mitmachen. Ich finde, das ist ein anderes Paar Schuhe als die vorhandene gesellschaftliche „Minderheitenproduktion".

Auch scheint mir unterstellt zu werden, daß ich davor kneife, *„das jeweilige Festmachen der Sexualität an der geliebten Person und den eigenen Bedürfnissen"* zu praktizieren. Erstens habe ich zu keiner Minute diesen Genossen geliebt und das auch nie gesagt (wenngleich zeitweise eine große Vertrautheit herrschte). Zweitens habe ich mich in bewußter Ablehnung der gesellschaftlichen Repression gegenüber der Homosexualität (Diktatur der Normalität) auch mit Männern um herzlichen, körperlichen Umgang bemüht und versucht, sexuellen Verkehr mit einem (in diesem Fall schwulen) Mann zu praktizieren. Das ist für einen fast Dreißigjährigen mit langjähriger hererosexueller Praxis nicht so ganz leicht. So riet mir der schwule Genosse, als ich ihm von einem Freund erzählte, zu dem ich mich manchmal hingezogen gefühlt hatte, davon ab, das zu verfolgen. Stattdessen schlief ich dann mit dem schwulen Genossen, was mir aber nicht so viel brachte und ich ihm sagte, mit ihm nicht wieder schlafen zu wollen. Hier kann man mir Naivität oder sonst was vorwerfen, aber nicht, daß ich meine „eigenen Bedürfnisse nicht ernst nehme".

Mein Rückzug aus der Beziehung war deshalb notwendig, weil die Haltung des schwulen Genossen, bei jedem unerwünschten Wort (Kritik) und Verhalten von mir den „Schwulenfeindlich"-Hammer zu schwingen, es mir unmöglich machte, die von mir angestrebte freundschaftliche Beziehung zu ihm weiterzuführen. Das sah ich dann allerdings als Niederlage.

Ein Kampf gegen die Diktatur der Normalität wird nicht gelingen, wenn man den „Heterosexuellen" entmündigt und ihm diktiert, was für ihn gut ist.

„Love and Struggle" –
Ein Genosse

Betrieb und Gewerkschaft



Landesarbeitsgericht: Aussperrungen verfassungsgemäß

In zweiter Instanz ist die Welt wieder in Ordnung. Das ist jedenfalls die Meinung des Kapitalisten zum Urteil des Stuttgarter Landesarbeitsgerichts (LAG) über die Rechtmäßigkeit der Aussperrung von 120.000 Metallern im Frühjahr dieses Jahres in Nordwürttemberg/Nordbaden. Nachdem nach einigen erstinstanzlichen Urteilen die IG Metall-Führung schon euphorisch frohlockte und von einem Wendepunkt in der Rechtsprechung geredet hatte, verwarf nun das Stuttgarter LAG die Revision einer Metallkollegin, die in erster Instanz unterlegen war. „Aus grundsätzlichen Erwägungen" ließ das LAG für diesen Fall die Anrufung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in Kassel zu, womit der Weg für eine erneute grundlegende Bestimmung des Arbeitskampfrechtes in der BRD frei wäre.

Im Gegensatz zu den meisten anderen bürgerlichen Verfassungen westeuropäischer Staaten ist das Streikrecht in der BRD kein festgeschriebenes Gesetz, auf das sich die Arbeiter berufen könnten. Bei den Beratungen im Parlamentarischen Rat 1948, die als Ergebnis das Grundgesetz hervorbrachten, wurde die ausdrückliche Festschreibung des Streikrechts vermieden. In den folgenden Jahren entstand mit verschiedenen Entscheidungen des BAG sogenanntes Richterrecht, das aus dem § 9 des Grundgesetzes sowohl das Streikrecht als auch das Recht zur Aussperrung durch die Kapitalisten ableitete. Im Jahre 1955 entschied das BAG nicht nur über die Rechtmäßigkeit der Aussperrung, sondern fand es auch für rechtens, einen streikenden Arbeiter nach Beendigung des Streiks auf die Straße zu setzen. *„Die sachgemäße Verteilung des Risikos des Arbeitskampfes ist nicht nur ein Gebot der Kampfparität, sondern auch staatspolitische Notwendigkeit, um Arbeitskämpfe nicht zu erleichtern. ... Die Kampfmittel beider Seiten dürfen nicht ungleich behandelt werden; das gebietet der Grundsatz der Waffengleichheit, der Kampfparität"* („Zeit", 22.9.). In einem weiteren Grundsatzurteil aus dem Jahre 1971 legte das BAG fest: *„Im Rahmen der Verhältnismäßigkeit sind nicht nur Streiks, sondern als Kampfmaßnahmen der Arbeitgeber Aussperrungen zulässig."* („Spiegel", 4.9.).

Die gesamte Rechtsprechung zu Streitfällen in Arbeitskämpfen basiert bis heute im wesentlichen auf diesen beiden BAG-Urteilen. Durch die massiven Aussperrungen während der Drucker- und Metallerstreiks in diesem Frühjahr waren die Streikkassen der Gewerkschaften arg strapaziert worden. Im Druckbereich



hatten 4.300 Drucker unbefristet und 6.600 befristet gestreikt, dagegen wurden 32.700 Mitglieder der IG Druck ausgesperrt – und damit wurde die Streikkasse der IG Druck mit 15 Mio. DM belastet, davon 81,5 % bedingt durch die Aussperrung.

Ähnliches gilt für die Situation der IG Metall. Im Metall-Tarifbezirk Nordbaden-Nordwürttemberg traten nach den Aussperrungen mehr als 30.000 Mitglieder der IG Metall als Kläger gegen die Kapitalisten auf, um den durch die Aussperrung entgangenen Lohn einzuklagen. Aus dem Druck-Bereich klagen an die 15.000 Mitglieder der IG Druck mit gleicher Stoßrichtung. Hier trat auch die IG Druck als Klägerin gegen die Kapitalisten auf, nachdem sie sich die Lohnansprüche in Höhe von vier bis fünf Millionen DM von den ausgesperrten Mitgliedern hatte übertragen lassen (nach „FAZ", 12.7.).

Natürlich ging es in diesen Arbeitsgerichtsverfahren um die Rechtmäßigkeit der Aussperrungen, denn nur eine Unrechtmäßigkeit der Aussperrungen würde nach dem bürgerlichen Recht auch eine Rückerstattung der Lohnausfälle begründen. Durch diese Klageflut wurde erreicht, daß zunächst viele Arbeitsgerichte und damit auch verschiedene Kammern der Arbeitsgerichte sich mit dieser Frage auseinandersetzen mußten. Bis zu dieser ersten Entscheidung in zweiter Instanz waren von 39 Klagen der IG Metall 34 zugunsten der Kapitalisten entschieden worden („FAZ", 11.10.). Wesentlich mehr Verfahren werden nicht mehr behandelt werden, da sich IG Metall und Kapitalistenverband darauf geeinigt haben, nicht die 30.000 Einzelklagen durchzuziehen, sondern einzelne Fälle in „Pilotverfahren" stellvertretend für alle abzuwickeln. Der überwiegende Teil der Klagen der IG Druck sind ebenfalls zugunsten der Kapitalisten entschieden worden, z.B. hat das Arbeitsgericht Osnabrück 41 Klagen, und das Arbeitsgericht Karlsruhe 25 Klagen abgewiesen („Handelsblatt", 14.9.). Einzelne Arbeitsrichter haben sich jedoch nicht an die „herrschende Lehre" des BAG gehalten, und erkannten die Aussperrungen für unrechtmäßig. So kam das Arbeitsgericht in Lörrach bei einer Klage der IG Druck zu dem Schluß, daß *„die Aussperrung (...) nicht die Gleichheit der Verhandlungschancen her(stellt), sondern vereitelt sie geradezu. Erst durch das Streikrecht wird es der Arbeitnehmerschaft ermöglicht, Tarifverträge gegenüber dem zuständigen Arbeitgeberverband überhaupt durchzusetzen (...). Denn die Arbeitgeberseite befindet sich gegenüber den Arbeitnehmern durch die Verfügungsbefugnisse des Eigentümers von vornherein in einer nicht vergleichbaren Lage. Die wirtschaftliche Macht der Arbeitgeber ergibt sich bereits aus der Einkommens- und Vermögensverteilung. (...) Der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft nimmt immer weiter zu und damit verstärkt sich die Preissetzungsmacht der großen Unternehmen auf dem Markt."* („FR", 7.9.). Desweiteren ist nach dem Urteil dieses Arbeitsgerichtes die *„Beschränkung der Aussperrung auf die organisierten Gewerkschaftsmitglieder"* rechtswidrig (ebenda). Nun ist gegenüber diesen Urteilen Euphorie von Seiten der Gewerkschaften unangebracht, wie jetzt das zweitinstanzliche Urteil des LAG Stuttgart bewiesen hat. Im weiteren werden sich die bürgerlichen Richter höchstens dagegen wenden, nur gewerkschaftlich organisierte Kollegen auszusperren.

Klageweg der Gewerkschaftsführung — eine Sackgasse

Schon während der Arbeitskämpfe in diesem Frühjahr zeigte sich, daß die Gewerkschaftsführungen nicht bereit waren, auf die massiven Aussperrungen mit einer offensiven Mobilisierung der Gewerkschaftsbasis zu antworten. Als Ergebnis des Drucks der Gewerkschaftsbasis blieb in den vergangenen Wochen der Gang vor die Schranken der Arbeitsgerichte und so verharrt die Auseinandersetzung um die „Rechtmäßigkeit" der Aussperrung in einem nach der Logik der Gewerkschaftsführung notwendigen Dilemma: *„Zu den Grundregeln unserer Rechtsordnung gehört es nämlich, daß die Spruchpraxis der obersten Gerichte und hier des BAGs, obgleich sie von den Gewerkschaften, jedenfalls was das Arbeitskampfrecht anbetrifft, oft als einseitige Parteinahme zugunsten der Unternehmer bezeichnet und bekämpft worden ist, gleichwohl akzeptiert wurde. Der gewerkschaftliche Legalismus hat selbst Schadenersatzklagen in Millionenhöhe* (von Seiten der Kapitalisten, Anm. AK) *hingenommen. Die Gewerkschaften haben der Befriedungsfunktion der Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichtes einen hohen eigenständigen Wert zugemessen und haben manchen stattlichen Preis dafür bezahlt. Über eine Urteilsschelte sind sie nie hinausgegangen"* („Welt der Arbeit", 21.9.). Die Forderungen nach Verbot der Aussperrung der Gewerkschaftsführung richten sich an Rechtsprechung und Gesetzgeber – die Antwort muß notwendigerweise eine ähnliche wie in der Vergangenheit sein: ein Aussperrungsverbot wird es nicht geben. Die Gewerkschaftsführung leitet damit ihre Mitglieder wiederum auf einen Weg der Illusionen und Ergebnislosigkeit. Da der Präsident des Stuttgarter LAG alle Arbeitsgerichtsurteile, die die Aussperrung als rechtswidrig qualifizieren, als nicht verfassungskonform bezeichnet, kann es durchaus der Fall sein, daß der Konflikt um ein Verbot der Aussperrung vor den Schranken des Bundesverfassungsgerichtes endet („Zeit", 13.10.). Eine erneute verfassungsmäßige Garantie der Aussperrung liegt damit nahe, und die Verfassung ist bekanntlich mit das Heiligste, das die Gewerkschaftsführung über alles achtet.

Wirtschaftskommission

Eine Zumutung! — Arbeitslos und ohne Rechte

Die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit (BfA) hat einen neuen „Runderlaß" Nr. 230/78 herausgegeben. In diesem Erlaß wird die sogenannte *„zumutbare Beschäftigung"* nach § 103, Abs. 1 des Arbeitsförderungsgesetzes neu geregelt. Im einzelnen sieht der Runderlaß eine Verschärfung der Bestimmungen vor:

- nach einem Stufenplan, beginnend mit einer Arbeitslosigkeitsdauer von sechs Monaten, muß der Arbeitslose in Kauf nehmen, Tätigkeiten anzunehmen, die jeweils eine Qualifikationsstufe niedriger liegen, als es seiner Ausbildung entspricht; so kann aus einem ehemals gut bezahlten Facharbeiter schnell ein schlecht bezahlter Hilfsarbeiter werden.
- „Zumutbar" sei die Zuweisung einer Tätigkeit, die das „Tagespendeln" notwendig macht. Dabei muß eine Entfernung von 50 Kilometern und eine Fahrtzeit von einer Stunde in Kauf genommen werden. *„Liegt die Wohnung des Arbeitslosen in verkehrsmäßig ungünstiger Lage, können Zeiten bis zu eineinhalb Stunden zugemutet werden".*
- Nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit sei auch das „Wochenendpendeln" „zumutbar". D.h.: man muß in Kauf nehmen, in der Woche an einem Ort zu arbeiten, der keine Möglichkeit zur Heimreise an den Wohnort bietet. Bedingung: es muß die Möglichkeit geben, 40 Stunden am Wochenende in der eigenen Wohnung zu verbringen.
- Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit *„ist grundsätzlich auch die Aufnahme einer Dauerbeschäftigung zumutbar, die einen Umzug erfordert"* (aus Runderlaß 230/78, zitiert in „FR", 14.10.).

Wer eine solche Zumutung ablehnt, verliert das Recht auf den Bezug von Arbeitslosengeld. Ein Hohn ist die Begründung der BfA für die verschärfte Praxis: *„Im Interesse einer alsbaldigen Beendigung seiner Arbeitslosigkeit schuldet der Leistungsempfänger der Versichertengemeinschaft eine weitgehende Anpassung seiner Vermittlungswünsche und Vorstellungen an die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts"* („SZ", 10.10.).

Was hier „Bedürfnisse des Arbeitsmarkts" genannt wird, ist die Praxis der Unternehmen, bei Bedarf zu entlassen und zu rationalisieren. Der neue Runderlaß nimmt also dem Arbeitslosen jeglichen Schutz und setzt ihn totaler Willkür aus. In dieses Bild paßt, daß am 11. Oktober das Kasseler Bundessozialgericht ein Urteil fällte, *„daß Arbeitslose nur dann Geldleistungen vom Arbeitsamt beanspruchen können, wenn sie bereit sind, jede zumutbare Beschäftigung anzunehmen, die sie ausüben können".* („FR", 12.10.78).

Die Tatsache, daß heute etwa ein Viertel aller Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne Beschäftigung sind, wobei dieser Anteil immer größer wird, ist Anlaß für diese Maßnahme. Auf diese Weise sollen angebliche „Drückeberger" sich nicht mehr auf Kosten der „Versichertengemeinschaft" durchmogeln können. In Wahrheit entspricht der Runderlaß der BfA lange erhobenen Forderungen der Unternehmer nach jederzeitiger Verfügbarkeit über Arbeitskräfte. Zudem wird damit der Eindruck erweckt, der Arbeitslose selber, nicht aber das System, das diese Lage hervorruft, sei schuld an diesem Zustand.

Heuchelei von SPD- und DGB-Führung

Kaum traten erste Proteste gegen den neuen Runderlaß auf, ließ Arbeitsminister Ehrenberg verkünden, er werde durch eine Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes zukünftig den Begriff der „Zumutbarkeit" eindeutiger regeln. Ehrenberg lehnte aber eine Intervention bei der BfA zur Zurücknahme des Erlasses ab. Verschiedene SPD-Stimmen meldeten „massive Kritik" an. In Wahrheit handelt es sich hier aber um Heuchelei gegenüber der aufkommenden Empörung. Ehrenbergs Ministerium selber hat maßgeblich an der Formulierung des Erlasses mitgewirkt. U.a. aus diesem Grunde traf Ehrenberg mit dem Präsidenten der BfA, Stingl, Ende September zusammen. Dabei wurde ausgehandelt, daß ein Erlaß die „Zumutbarkeit" vorläufig, also bis zur Einbringung einer Gesetzesnovelle, regeln soll („Welt der Arbeit" 5.10.).

Ähnlich unehrlich nehmen sich die jetzt angemeldeten Proteste der DGB-Führung aus, die auf einmal glauben machen will, man habe von alledem nichts gewußt. Tatsache ist, daß bereits am 5.10. das DGB-Organ „Welt der Arbeit" wohlwollend von solchen Bestrebungen berichtete: *„Jetzt sollen die wirklich Arbeitswilligen härter angefaßt und den Arbeits- und Umschulungswilligen gezielter geholfen werden. In eine solche Richtung zielte offensichtlich das Gespräch zwischen Ehrenberg und Stingl. Bonn plant eine Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz. Und hier sollen wahrscheinlich die Vorschriften über die Zumutbarkeit erweitert werden ... Ein ganzer Kranz von Änderungen ist vorgesehen. Hoffentlich hilft es denen, deren Hoffnung immer kleiner geworden ist"* („Welt der Arbeit", 5.10.78).

Außerdem haben die beiden Gewerkschaftsvertreter im Vorstandsausschuß Recht und Verwaltung der BfA, Edwin Duda vom DGB und Karl Lücking von der IG Chemie dem Erlaß zugestimmt („FR", 12.10.). Zwar hat sich die DGB-Führung inzwischen hiervon distanziert (FR, 13.10.) und gefordert, der „unangemessenen Ausdehnung des Zumutbarkeitsbegriffes bei der Arbeitsvermittlung entgegenzutreten" (ebenda), doch bleibt festzuhalten, daß sich hier wiederum gezeigt hat, wie wenig die Werktätigen wirklich davon zu erwarten haben, wenn der DGB eine Mitbestimmung im überbetrieblichen Bereich fordert. Die BfA ist nämlich eine Institution, in deren Verwaltungsgremien Kapitalisten, Gewerkschaftsvertreter und Regierungspolitiker gemeinsam entscheiden.

Die Entstehung des Runderlaß 230/78 zeigt, daß allemal übergeordnete Gesichtspunkte, sprich kapitalistische Logik, die Entscheidungen bestimmen.

Der Runderlaß muß weg – Schluß mit allen Versuchen, die Rechte der Arbeitslosen einzuschränken!

Wirtschaftskommission

Metall

SPD/IGM-Betriebsräte bei HDW-Hamburg: ,,Vertraut unserem sozialdemokratischen Bürgermeister!"

Nach Bekanntgabe der Stillegungspläne der beiden Werke der HDW (Reiherstieg in Hamburg, Dietrichsdorf in Kiel) und der Einstellung des Schiffsneubaus in Hamburg und den daraus resultierenden 2.000 Entlassungen orientierten die IGM-Führung und die führenden Köpfe im Betriebsrat ausschließlich auf (natürlich) ,,harte Verhandlungen".

Die Termine standen schon fest für Verhandlungen mit den verantwortlichen Politikern, mit dem HDW-Vorstand, Wirtschaftssenator Steinert, usw. usf. (siehe auch AK 139).

Die HDW-Kollegen haben zwar nicht das große Vertrauen in die Verhandlungsführung ,,ihres" Betriebsrates, zu bitter sind die Erfahrungen bei der Stillegung des Werks Finkenwerder in Hamburg, sie haben aber der Orientierung auf Verhandlungen gegenwärtig kaum etwas entgegenzusetzen. Der Unmut der Kollegen richtet sich vor allem gegen die ,,verschlossenen Türen bei den Verhandlungen".

Die Kollegen wollen wissen, was los ist

Am 5. Oktober wollten sich dann einige Hamburger HDW-Kollegen selbst informieren, wie der Stand der Verhandlungen über i h r e Lage ist. Rund 40 Kollegen fuhren nach der Arbeit gemeinsam zum Rathaus. Nach einigem Hin und Her stellten sich dann der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete und Hamburger DGB-Chef Saalfeld sowie SPD-Fraktionsgeschäftsführer Busse zur Diskussion.

Nachdem Saalfeld zunächst die Chance ergriff, darzustellen, wie die CDU schon die Einstellung des Schiffsneubaus akzeptiert habe und die SPD dagegen um die Werften ,,kämpfe", mußte er bereits nach den ersten Fragen sehr schwammige und unbestimmte Aussagen machen.

Auf die Frage, ob denn der Senat immer noch eine Fusion mit Blohm + Voss anstrebe, wie damals in der Werftenquete gefordert und vom Senat unterstützt wurde, antwortete er, dazu habe er keine genaueren Informationen, aber er fasse das als Denkanstoß auf, sich genauer darüber zu informieren.

Oder ob mit den Staatssubventionen die Stillegungen (genannt ,,Anpassungsmaßnahmen") finanziert werden? Dazu meinte Saalfeld, die SPD würde sich der Werften ebenso annehmen, wie damals der Zechen (die Kohlenzechen sind mit staatlichen Subventionen stillgelegt worden, hunderttausende Kumpels wurden entlassen).

Ergebnis der Gesprächs: Saalfeld beteuerte, daß er für die Erhaltung der Arbeitsplätze sei, aber leider überhaupt nichts versprechen könne, weil Bürgermeister Klose nicht da sei, und der die Verhandlungen führe. Er wolle sich aber ,,mit allen Kräften" dafür einsetzen, daß die anwesenden und auch weitere Kollegen mit Klose und Steinert in naher Zukunft reden können.

Gerade die Kollegen, die sich von diesem Gespräch einiges versprochen hatten, waren unbefriedigt und sauer darüber, wie Saalfeld sich rausgeredet hatte. Die Tendenz war, noch mehr Kollegen für ein Gespräch mit Klose zu mobilisieren und dort knallhart unsere Fragen auf den Tisch zu packen und eine klare Antwort zu verlangen.

Zu diesem Zeitpunkt wußte noch keiner der anwesenden Kollegen, daß dieses Klose-Gespräch bereits geplant und festgelegt war. Allerdings anders als die Kollegen sich das vorgestellt hatten. Zunächst klang es noch ganz gut: ,,Jeder darf mitfahren und die IGM besorgt Busse". Als am nächsten Tag einige Vertrauensleute ihre Kollegen anmelden wollten, kam der Knall: ,,Nur 90 Kollegen sollen ausgesucht werden, die mitdürfen." Erregte Diskussionen, Telefongespräche mit der Ortsverwaltung und die Werftsekretärin der IG-Metall Hannelore Bethge, pöbelte, wer trotzdem mitfahre, bekomme ein Ausschlußverfahren aus der IGM. IGM-Ortsverwaltungsvorsitzender Müllner erhöhte dann ,,großzügigerweise" die Zahl der ,,Teilnahmegenehmigungen" auf 140. Aber nur unter der Bedingung, daß die Kollegen sich diszipliniert verhalten, auf Zwischenrufe und Wortbeiträge verzichten, keine eigenen Transparente oder Parolen mitbringen. Es dürfe nicht so ,,chaotisch" laufen wie die eigenständige Aktion der Kollegen bei Saalfeld.

Die anwesenden Vertrauensleute waren nicht bereit, sich darauf einzulassen. In zwei Abteilungen wurde dann eine ausführliche Debatte geführt, ob man nun nicht erst recht fahren sollte. Die Argumente dagegen waren: Wenn wir vor dem Rathaus sind, ist das eine verbotene Demonstration in der Bannmeile, vielleicht knüppeln die Bullen dann auch gleich. Außerdem wirkte die Drohung mit dem Gewerkschaftsausschluß.

Der defensive Standpunkt — nicht zu fahren — setzte sich mehrheitlich durch. Auf dieser Grundlage demobilisierten dann auch die aktiven Kräfte im Betrieb.

Die Klose-Show im Rathaus

Die Sozialdemokraten konnten so ungestört vor Funk und Fernsehen mit ihrem Anhang die Klose-Show genau nach Drehbuch durchführen:

1. Die Kollegen ziehen einen sauberen Arbeitsanzug an und setzen ihren Helm auf.
2. Übergabe eines Helms und einer Resolution an Klose.
3. Vorbereitetes Frage- und Antwortspiel (jede Frage war vorformuliert und festgelegt, wer sie vorträgt).
4. Übergabe eines Bildes von einem Stapellauf (damit Klose weiß, wie so etwas aussieht).
5. Kostenloses Bier und Korn
6. Abmarsch; Ausziehen und Abgabe der sauberen Arbeitsanzüge.

Während der BR-Vorsitzende Werner Peters zu Klose sagte: ,,*Herr Bürgermeister, Sie haben uns Mut gemacht*", faßte ein Kollege beim Verlassen des Rathauses die Ansicht vieler zusammen: **,,Ich fühle mich verarscht von diesem Schauspiel. Wenn schon, dann müssen alle HDWler gemeinsam etwas unternehmen, am besten eine Demonstration in der Innenstadt."**

Am Montag darauf erschien dann wieder einmal ein IGM-Mitteilungsblatt ,,Arbeitsplatz Hamburg", fast ausschließlich zur Klose-Show im Rathaus. Einige Zitate daraus:

Klose: ,,*Ich nehme eure Resolution nicht nur entgegen, sondern ich nehme sie sehr ernst. Ich bin in dieser Frage euer Partner. Ich helfe. Ich werde tun, was ich kann.*" Betriebsratsvorsitzender Peters: ,,*Herr Bürgermeister, Sie haben uns Mut gemacht.*"

Die gleichen faden Inhalte enthält auch die übergebene Resolution, die frecherweise mit ,,im Auftrag der Belegschaft" unterschrieben ist. Kein Kollege hat diese Resolution vorher gesehen.

Betriebsrat stimmt Kurzarbeit zu

Der nächste Hammer kam am 9. Oktober in einem Informationsblatt des Betriebsrats. Das Blatt beginnt mit der Erklärung des Betriebsrats, daß er weitere Informationen an die Belegschaft eigentlich für überflüssig hält. ,,*Die IG-Metall hat sich in Anbetracht der besonderen Situation bei uns entschlossen, unsere Belegschaft auch über betriebliche Fragen ständig zu unterrichten. Wir haben daher angenommen, daß eine weitere Information durch uns im Augenblick nicht erforderlich ist. Viele von euch sind da anderer Meinung. ...*"

Und dann folgen die Punkte, die zeigen, wie der Betriebsrat ,,verhandelt". Bereits drei Tage vorher hatte der Betriebsrat Kurzarbeit zugestimmt — 30 % ab 1. November. Damit ist ein erster Schritt zur Durchsetzung des Vorstands-Konzepts zur Rationalisierung gebilligt worden. Als Trostpflaster wird angekündigt, daß die Kurzarbeit ,,gerechter" verteilt wird (dazu soll eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen werden).

Außerdem wird der Betriebsrat das Problem des finanziellen Verlustes der von der Kurzarbeit betroffenen Kollegen diskutieren. Weiterhin berichtet der Betriebsrat vom Stand der Verhandlungen mit dem Vorstand und stellt sich dabei selbst als Krisenmanager dar: ,,*Wir haben dagegen unsere Position so dargestellt, daß diese Konzeption von uns nicht gebilligt werden kann, da sowohl die Einstellung des Schiffsneubaus in Hamburg als auch die vorgesehene Schließung des Werkes Reiherstieg nach unserer Meinung nicht die richtigen Schritte zur Stabilisierung des Unternehmens (!) auf Dauer sein können. In der zweiten Verhandlung, am 29.9.1978, haben wir den Vorstand aufgefordert, eingehend darüber zu informieren, wie hoch tatsächlich die Ersparnis für das Unternehmen (!) sein würde, wenn entweder das Werk Reiherstieg ganz geschlossen oder aber gegebenenfalls Teile des Werkes Reiherstieg stillgelegt werden würden. Außerdem haben wir Auskunft über die Kosten einer nach den Vorstellungen des Vorstands notwendigen Umsetzung der Maschinenfabrik vom Werk Reiherstieg zum Werk Ross verlangt.*"

Und was ist, wenn sich rausstellt, daß tatsächlich Stillegungen und Massenentlassungen eine ,,Ersparnis für das Unternehmen" sind und die Gewinne der Werftindustrie ,,stabilisieren"?

Die geplanten Kampfmaßnahmen

Für wie wichtig die IGM-Führung Kampfmaßnahmen der HDW-Kollegen hält, geht aus der Tagesordnung der letzten Vertrauensleutesitzung hervor: Punkt 1 war ,,die IGM-Beitrags-Aktion". Zum Kampf gegen das Vorstandskonzept forderten Kollegen zunächst vom Betriebsrat, doch das ganze Konzept mal offenzulegen. Der BR-Vorsitzende Peters überschlug sich darauf fast mit radikalen Sprüchen: ,,*Du fällst uns hier in den Rücken, wir lehnen das gesamte Vorstandskonzept ab, während du hier nur einzelne Punkte diskutieren willst*". Offensichtlich gibt es etwas zu verbergen. Inzwischen hat die HDW-Kollegengruppe einige Auszüge aus dem Konzept veröffentlicht, woraus unter anderem deutlich wird, daß neben den direkten Entlassungen und Stillegungen auch die Arbeitshetze erheblich verschärft werden soll (siehe Auszug aus dem Vorstandskonzept).

Zu den geplanten Kampfmaßnahmen wurde auf dieser VK-Sitzung zum wiederholten Male betont, daß es vor allem darauf ankomme, Druck auf die Politiker auszuüben, bundesweit (da und dort mal eine Resolution überreichen).

Einmal sind geplant, Plakataktionen, Postwurfsendungen und Kleber, u.a. mit dem Text ,,Arbeit für die Werften — Arbeit für Hamburg". Aktionen, bei denen die Kollegen mit einbezogen werden sollen, sind: Am 19.10 eine Sitzung aller Hamburger IGM-Vertrauensleute mit den Kollegen der HDW und am 2. November eine Kundgebung in der Hafengegend mit Bürgermeister Klose als Starredner. Die Forderungen der Kollegen nach einer Demonstration durch die Innenstadt wurde mit einer fast lächerlichen Argumentation vom zukünftigen IGM-Werftsekretär Teichmüller abgebügelt: ,,*Da haben die Kollegen nach acht Stunden Arbeit keine Lust mehr zu. In der Innenstadt würden wir auch den ganzen Berufsverkehr behindern, und natürlich wollen wir nicht wieder, wie damals bei MAN, eine Demonstration durch dunkle und menschenleere Gegenden. An den St. Pauli-Landungsbrücken stehen genügend Lampen, dort ist es schön hell*".

Offensichtlich plant man, uns vor allem bei der Landungsbrückenkundgebung wieder mal als Statisten für ,,Die-SPD-sichert Arbeitsplätze"-Parolen einzusetzen.

Machen wir ihnen einen Strich durch diese Rechnung. Wir wissen noch, mit welchen Argumenten die SPD in den Wahlkampf gezogen ist und wieviel Arbeitsplätze inzwischen in Hamburg abgebaut worden sind und was auch weiterhin auf dem Spiel steht.

HDW-Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg

Auszug aus dem HDW-Vorstands-Konzept zur Rationalisierung (Abschrift)

4. Leistungssteigerung

Das Schwergewicht von Maßnahmen zur Leistungssteigerung richtet sich auf eine höhere Produktivität der Fertigungsstunde.
Die zu ergreifenden Maßnahmen bezeihen sich auf folgende Ziele:

- Überprüfung der bei HDW angewandten Lohnsysteme; die Schwächen des Zeitlohn- und Akkordlohnsystems sind wesentliche Ursache für die unzureichenden Leistungen,
- Einführung von Programmlohn in möglichst vielen Fertigungsbereichen,
- Verbesserung der Führungseffizienz und Arbeitsablauforganisation,
- Abforderung von Leistungsverpflichtungen der Mitarbeiter,
- Beseitigung von Mißständen (z.B. Einhaltung der Pausenzeiten der festgelegten Arbeitszeiten etc.).

Resolution an Bürgermeister Klose

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Wir, die Belegschaft der HDW Hamburg, sind in Sorge um unsere Arbeitsplätze und unsere Zukunft.
Wir sind empört über die vorgelegten Pläne des Vorstandes der HDW, nach denen 1500 Kolleginnen und Kollegen bei HDW in Hamburg entlassen werden sollen.
Wir wissen, daß durch die Stillegung des Schiffsneubaus bei HDW Hamburg und die geplanten Reduzierungen in anderen Fertigungsbereichen eine sehr große Anzahl weiterer Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie vernichtet werden. Dadurch werden zusätzlich einige tausend Kolleginnen und Kollegen in diesen Betrieben arbeitslos.
Das wollen wir nicht zulassen.

Wir fordern deshalb gemeinsam mit der IG Metall:

- **Keine Massenentlassungen bei HDW**
- **Weiterhin Schiffsneubau bei HDW in Hamburg**
- **Aufrechterhaltung der Reparaturkapazität und damit des Werkes Reiherstieg**
- **Durch neue Produktionen neue Arbeitsplätze**

Herr Bürgermeister,
wir erwarten von Ihnen, daß Sie uns unterstützen. Wir erwarten, daß Sie nicht zulassen werden, daß wir Arbeitnehmer allein die Lasten der seit Jahren andauernden weltweiten Schiffbaukrise tragen.
Wir wollen nicht stempeln gehen, sondern weiter arbeiten und auf HDW Hamburg Schiffe bauen und reparieren. Wir meinen:
Arbeit für die Werften = Arbeit für Hamburg!

Vertrauenskörperleitung der IG Metall
bei HDW Hamburg
im Auftrag der Belegschaft



IG Metall beschließt weitere Aktionen

Am 3. Oktober 1978 tagten die Ortsverwaltung und der Ausschuß der Vertrauenskörper-Vorsitzenden mit weiteren Vertrauenskörperleitungen Hamburger Großbetriebe. Sie berieten über die weiteren kurzfristigen Aktionen für HDW. Am 10. Oktober 1978 werden die Einzelheiten in der Ortsverwaltung für folgende Maßnahmen festgelegt:

- In der Woche vom 9. bis 13. Oktober 1978 trifft sich erneut die Beratungsrunde aus Vertretern des Betriebsrates, der IG Metall und Wirtschaftssenator Steinert. Es sollen die Maßnahmen des Senats besprochen werden, die zur Unterstützung der Forderungen des Betriebsrates in seinen Verhandlungen mit dem HDW-Vorstand erforderlich sind.
- Schon am 12. Oktober 1978 werden Vertrauenskörperleitungen und Betriebsratsvorsitzende aller Hamburger Metallbetriebe auf einer Versammlung aufgefordert, die IG-Metall-Aktionen mit zu organisieren.
- Am 16. Oktober 1978 wird die Bezirksleitung mit den Betriebsrats- und Vertrauenskörper-Vorsitzenden der HDW-Werke Hamburg und Kiel sowie mit Vertretern beider Verwaltungsstellen das erforderliche koordinierte Vorgehen der Metaller festlegen.
- Am 19. Oktober 1978 treffen sich alle Hamburger IG-Metall-Vertrauenskörper um 17 Uhr mit den Kolleginnen und Kollegen von HDW im Gewerkschaftshaus.
- Ende Oktober/Anfang November wird eine Großveranstaltung der IG Metall im Hafen stattfinden. Dazu werden die IG Metall und alle anderen DGB-Gewerkschaften Hamburgs Arbeitnehmer und Bürger aufrufen. Der genaue Termin und die Einzelheiten werden kurzfristig bekanntgegeben.
- Mitte Oktober läuft eine IG-Metall-Plakataktion in ganz Hamburg an. Darüber hinaus werden Hamburgs Bürger durch eine spezielle Ausgabe unserer Zeitung „Arbeitsplatz Hamburg" zur Solidarität mit den HDW-Kollegen und zur Beteiligung aufgerufen.



Gemeinsame Verantwortung:

Kollege Werner Peters am 6. Oktober 1978 in der Betriebsratssitzung:

„Hiermit erkläre ich für die IG-Metall-Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat:
Wir werden keinem Konzept zustimmen, das nicht vorher von den Betriebsräten akzeptiert wurde."

Weitere Informationen folgen

aus: „Arbeitsplatz Hamburg", Informationen ... Nr. 3 (IGM)

Zwei Tote bei ,,Vulkan"

Bei einem schweren Betriebsunfall sind am 10. Oktober zwei Gerüstbauer auf dem ,,Bremer Vulkan" ums Leben gekommen. Die beiden Kollegen, die als ,,erfahrene Kräfte" galten (,,Weser-Kurier", 11.10.), hatten Arbeitsbühnen über offene Schiffsluken montiert. Dabei passierte es: Aus ,,noch ungeklärter Ursache" (,,WK") rutschte eine Seite des Hängegerüsts von der Auflage an der Lukenkante, die Kollegen konnten sich auf der schrägen Fläche nicht mehr halten und stürzten in die Tiefe. Beide waren sofort tot.

Nach der Mittagspause versammelten sich dann rund 1.000 Kollegen und zogen in einem Schweigemarsch zum Verwaltungsgebäude. Dort angekommen, wurde eine Abordnung hochgeschickt, die die Forderungen der Kollegen nach verbesserten Arbeitsbedingungen — gerade auf Reparaturschiffen — vortrug. Arbeitshetze und Termindruck, das sind die wahren Ursachen dieses ,,noch ungeklärten" Unglücks!

KB/Gruppe Bremen

Aus Angst um den Arbeitsplatz in den Tod getrieben

Durch einen Aushang am Meisterbüro ihrer Abteilung wurde die Kollegen im Siemens Röhrenwerk Westberlin über den Tod einer türkischen Kollegin unterrichtet: ,,*Am 24.8. starb im Alter von 32 Jahren unerwartet Frau Fatma Sevim Ibci. Frau Ibci war seit 1970 im Unternehmensbereich Datentechnik und Bauelemente tätig. Im Werk Röhren des Unternehmensbereichs Bauelemente war sie im Ableiterbau als Handarbeiterin beschäftigt. Wir verlieren in Frau Ibci eine fleißige Mitarbeiterin und angenehme Kollegin. Siemens Aktiengesellschaft.*" Mehr war von ,,offizieller" Seite nicht zu erfahren.

Welche Umstände zu dem Tod der Kollegin Ibci geführt hatten, wußten allerdings ihre türkischen Kolleginnen. Fatma Ibci, Mutter zweier Kinder, war Akkordarbeiterin. Sie hatte an diesem Tag zweite Schicht. Gegen 19 Uhr brach sie plötzlich zusammen. Im Krankenhaus konnte nur noch ihr Tod infolge Herzversagen festgestellt werden.

Die eigentliche Todesursache lag allerdings woanders. Die Kollegin hatte drei Wochen wegen Kreislaufschwäche im Krankenhaus gelegen, eine weitere Woche hatte sie sich zu Hause erholt. Dann hatte sie, obwohl noch nicht gesundgeschrieben, vorzeitig ihre Akkordarbeit wieder aufgenommen, aus Furcht, bei längerer Abwesenheit ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Nach den in der BRD geltenden Gesetzen hat die Kollegin durch die vorzeitige Arbeitsaufnahme ihren Tod selbst ,,verschuldet". Ihre Familie hat weder von Siemens noch von der Berufsgenossenschaft irgend eine Unterstützung zu erwarten. Es wird sich kein Richter finden, der Kapitalisten wie Siemens wegen Entlassungsterror und Arbeitsplatzvernichtung verurteilt - auch dann nicht, wenn dadurch Menschen in den Tod getrieben werden.

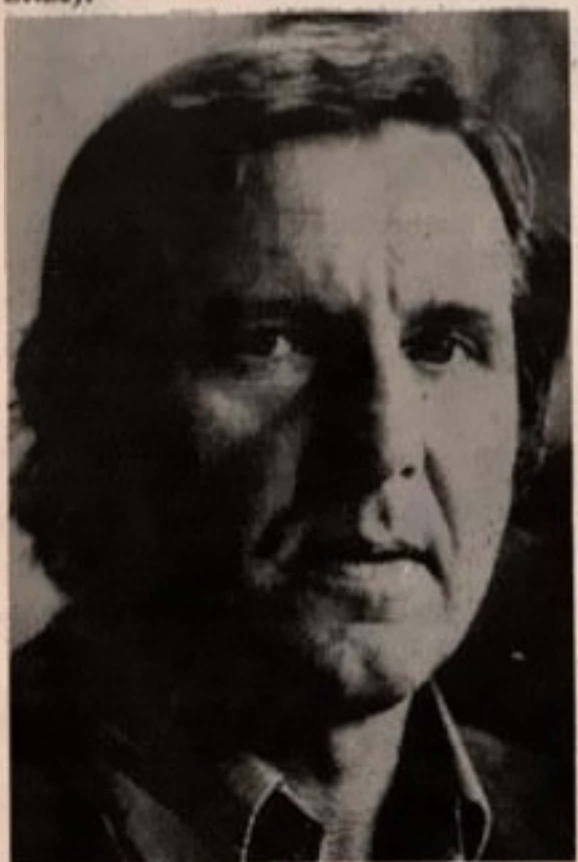
Viele Arten zu töten

,,Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Selbstmord treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur weniges davon ist in unserem Staate verboten."

**B. Brecht, Me-ti/
Buch der Wendungen**

Daimler Benz: Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Gewerkschafter!

Nach dem großen Erfolg der linken Liste Hoss/Mühleisen bei den Betriebsrätewahlen im Stuttgarter Daimler-Benz-Werk heißt eine wichtige Forderung dieser aus der IGM ausgeschlossenen Gruppe, bzw. ihrer vom Ausschluß bedrohten Mitglieder: die Wiederaufnahme in die Gewerkschaft. Nachdem die Wahlen im Frühjahr zugunsten der IGM gefälscht worden waren (siehe u.a. AK 139), hatte die Hoss-Mühleisen-Gruppe bei den Neuwahlen Ende September ihren Stimmenanteil von 18,8 % 1975 auf 39,2 % (4.952 Stimmen) mehr als verdoppeln können. Die IGM verlor gegenüber 1975 über 4.000 Stimmen und erhielt nur noch 51 %. Sie verlor sieben Sitze, die die Hoss/Mühleisen-Gruppe gewann (IGM 15 Sitze, Hoss zwölf Sitze).



Willi Hoss, wiedergewählter linker Betriebsrat beim Daimler

Die Gruppe Hoss/Mühleisen

Die wichtigste Forderung der Gruppe anläßlich der Betriebsrätewahlen 1972 war: demokratische Aufstellung der Kandidaten, Schluß mit der Mauschelpraxis der sozialdemokratischen Betriebsräte. Als sie sich damit nicht durchsetzen konnten, kandidierten drei Kollegen auf einer eigenen Liste und erhielten beachtliche 28 % der Stimmen. Die Reaktion der IG Metall- und Betriebsratsführung war:
— Willi Hoss, zwölf Jahre bei Daimler, davon zehn Jahre IGM-Vertrauensmann, wurde aus der Gewerkschaft
Stimmen. Die Reaktion der IG Metall- und Betriebsratsführung war:
— Willi Hoss, zwölf Jahre bei Daimler, davon zehn Jahre IGM-Vertrauensmann, wurde aus der Gewerkschaft
ausgeschlossen
— Herrmann Mühleisen, 18 Jahre IGM-Vertrauensmann, ebenfalls
— Mario d'Andrea, neun Jahre bei Daimler, etliche Jahre Vertrauensmann, erhielt Funktionsverbot.

Von da ab galt die Gruppe als „gewerkschaftsfeindlich".

Die Betriebsrätewahlen 1975 waren ein gewisser Rückschlag: die mittlerweile neun Kandidaten erhielten 18,8 % der Stimmen. Alle wurden aus der IGM ausgeschlossen.

Die Gruppe arbeitete weiter. Sie arbeitete sehr eng an betriebsbezogenen Themen (u.a. betrieben sie sehr intensive Aufklärung über die Einführung des MTM-Lohnsystems bei Daimler), durchbrachen die herrschende Praxis der Geheimdiplomatie der IGM-Betriebsräte durch ständige Informations- und Öffentlichkeitsarbeit und distanzierten sich durch ihr Auftreten von der vielfältigen Ämterverfilzung der IGM-Betriebsräte (freigestellt mit Sonderrechten, Mitglieder in außerbetrieblichen Ausschüssen, Posten in der Gewerkschaft, der SPD, zum Teil in politischen Gremien). Bei den Wahlen Anfang 1978 machte sich die jahrelange Mühe bezahlt: Die Gruppe erhielt 27 % der Stimmen. In der Folge trug sie dazu bei, die Fälschung der Wahlen zugunsten der IGM aufzudecken (wir berichteten mehrfach darüber im AK). Das Ergebnis der Neuwahlen ist Anerkennung der Arbeit der Gruppe und ein deutliches Mißtrauensvotum gegen die Politik der IGM-Führung im Betrieb. Über all die Jahre ihrer Arbeit betonte die Gruppe, daß sie die Wiederaufnahme in die Gewerkschaft betreibe.

„Demokratie" à la IGM-Führung

Es mutet fast wie ein Hohn an, wenn von Seiten der Gewerkschaftsführung geschrieben wird: *„Während andere bei Daimler-Benz kandidierende Gruppen viel von Demokratie reden, dann aber ihre Kandidatenlisten in kleinen Zirkeln am Stammtisch aushandeln, hat die IG Metall direkte Demokratie praktiziert: Alle IG-Metall-Mitglieder konnten Kandidaten vorschlagen und danach in einer geheimen Persönlichkeitsurwahl selbst die Reihenfolge auf der Liste bestimmen"* („Welt der Arbeit", 7.9.78).

— In der Tat, dies Verfahren war neu 1972 hatte die Hoss-Gruppe es gefordert, was u.a. mit zum Gewerkschaftsausschluß geführt hatte! Was allerdings verschwiegen wird: Anhänger der Hoss-Gruppe konnten nicht auf die Liste. Die Gewerkschaftsführer lehnten eine gemeinsame Liste ab. Es ist daher blanke Demagogie, denjenigen, die gar nicht solche Möglichkeiten gewerkschaftlicher Arbeit haben und dabei sogar noch behindert werden, dies als „undemokratisch" vorzuwerfen. Daß die Gewerkschaftsführung zu diesem Verfahren griff, hatte nichts mit wirklicher Einsicht zu tun, sondern war der Versuch, verlorengegangenes Vertrauen wiederzugewinnen. So waren auch die beiden Betriebsratsführer Aspacher und Weingärtner als Spitzenkandidaten zurückgezogen worden. Doch wiederum waren die Ausländer benachteiligt: Sie hatten nur zwei unter den ersten 29 Kandidaten, obwohl sie 30 % der Arbeiter stellen. Minderheitenschutz war nicht vorgesehen.

Ohne Zweifel hat zur Niederlage der Betriebsrats-Führung beigetragen, daß zu offensichtlich war, daß die Fälschung vom Frühjahr durch sie gedeckt wurde (ohne daß wir behaupten können, daß sie sie begangen hat, wofür allerdings vieles spricht). Ablauf und Durchführung der Wahlen im Frühjahr waren ausschließlich in der Hand von der Betriebsratsmehrheit ergebenen Helfern. Diese stellen auch den Wahlvorstand allein. Die Gruppe Hoss/Mühleisen schrieb über ihre eigenen Recherchen: *„Die nachgedruckten, später gefälschten Stimmzettel, waren im Büro eines namentlich nicht genannten Betriebsrats gelagert, der wie Aspacher nicht dem Wahlvorstand angehörte. Dieser gab an, die Stimmzettel seien spurlos verschwunden, als er für die kurze Zeit sein Büro verlassen habe. Genau dieser Betriebsrat fuhr aber in dem LKW mit, der die Urnen vom Werksteil Esslingen-Mettingen wegtransportierte. Und zwar saß er auf der Ladefläche des LKW, bei den nach Zeugenaussagen unversiegelten Wahlurnen"*. Es war auch für die IGM-Führer unangenehm, daß sie den Wahlvorstand gedeckt hatten: Dieser hatte trotz Bekanntwerden der Fälschung
genaussagen unversiegelten Wahlurnen". Es war auch für die IGM-Führer unangenehm, daß sie den Wahlvorstand gedeckt hatten: Dieser hatte trotz Bekanntwerden der Fälschung
bis zum letzten Augenblick versucht, das Aufdecken zu verhindern. Erst durch ein Arbeitsgerichtsurteil erreichte die Hoss-Gruppe Neuwahlen gegen den Widerstand der Gewerkschaftsführer. Es gehört schon eine ganze Portion Unverfrorenheit dazu, wenn nach all diesen Ereignissen die IGM-Führer den Eindruck zu erwecken versuchten, als sei die Fälschung von Kräften außerhalb der Gewerkschaft begangen worden und sogar den Verdacht auf die Hoss-Gruppe lenken wollte.

Wiederaufnahme? — Um welchen Preis?

Nach der Wahl mußten die IG Metall-Führer ihre Niederlage zugeben. IGM-Bezirksleiter von Baden-Württemberg, Franz Steinkühler, beklagte die *„Entfremdung der Betriebsräte von den Arbeitern"*. Die Betriebsräte seien *„immer mehr in das Krisenmanagement seitens der Unternehmer einbezogen worden"*. Gleichzeitig lehnte Steinkühler aber eine Zusammenarbeit mit der Gruppe Hoss/Mühleisen ab und behauptete dreist, die IGM-Verluste seien *„nur vorübergehend"* („FR", 9.10.78).

Im Gegensatz dazu stehen Äußerungen des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden von Daimler-Benz, Herbert Lucy, der vorschlägt, einen Integrationskurs gegenüber der Gruppe einzuschlagen. Lucy: *„Ich bin derjenige, der darauf drängen wird, daß die Zusammenarbeit in jedem Fall gesucht werden wird, muß, und zwar im Interesse der Sache.... Schwerpunkt wäre für mich eine Zusammenführung der beiden Gruppierungen* (Anm. IGM und Hoss). *Eine Gruppe, die in einer demokratischen Wahl 39 % aller abgegebenen Stimmen erhalten hat, kann man nicht einfach an den Rand drängen wollen"* (Interview in „Zeit", 6.10.).

Für die Gruppe Hoss/Mühleisen bestehen damit reale Chancen, wieder in die Gewerkschaft aufgenommen zu werden. Die Basis dafür ist die erreichte Position der Stärke, mit der die IG Metall-Führung unter Druck gesetzt werden kann. Es wird darauf ankommen, eine mögliche Wiederaufnahme so zu gestalten, daß die in jahrelanger oppositioneller Arbeit erreichte Unabhängigkeit der Gruppe nicht mit einem Schlag dahin ist. Bedingung muß sein, die bisherige Arbeit fortsetzen zu können. Denn obwohl die Gruppe aus der Gewerkschaft ausgeschlossen war, hat sie in all den Jahren effektiver gewerkschaftlich arbeiten können, als dies in der Gewerkschaft in der Regel möglich ist.

Die DKP hetzt mit

Die DKP-Zeitung „UZ", die sich als parteilich auf Seiten der Arbeiter begreift, nimmt gegenüber der Entwicklung bei Daimler ausgesprochen reaktionäre Positionen ein. Die „UZ" unterschlägt ihren Lesern praktisch alle Hintergründe der Auseinandersetzung und hetzt dann gegen die Hoss-Gruppe: *„Gewerkschafter* (Anm.: gemeint sind offensichtlich DKP-Mitglieder) *verweisen darauf, daß sich in diesem Ergebnis die gefährlichen Machenschaften der Unternehmer und ihnen dienender politischer Kräfte niederschlagen, die bald unter christlichem, bald unter pseudolinken Firmenschild auftreten, aber in Wirklichkeit auf die Entsolidarisierung der Arbeiterklasse, die Spaltung der Belegschaft und der Einheitsgewerkschaft abzielen"* („UZ", 3.10.78). Mit derartigen Schablonen übertrifft die DKP sogar noch die Tiraden der Gewerkschaftsführer. Allerdings wollen wir dem AK-Leser zum besseren Verständnis nicht vorenthalten: Hoss und Mühleisen waren beide einmal Mitglieder der DKP. Beide wurden ausgeschlossen, weil sie 1970 nicht bereit waren, die parteioffizielle Version der Ereignisse in der CSSR 1968 zu teilen, sondern Kritik daran übten. Vergessen wir nicht, kritische Köpfe haben in der DKP keinen Platz, für die muß es schon fast ein Lob sein, als „reaktionär" angegriffen zu werden.

Gewerkschaftsführer zerschlagen wieder einmal aktive Jugendgruppen

„Während die IGM-Führer seit der Neugründung der Gewerkschaften nach dem Krieg konsequent und systematisch die Betätigungs- und Einflußmöglichkeiten der ‚einfachen' Mitglieder auf ein Null-Maß zurechtgestutzt haben, leisten sie sich im Jugendbereich eine — eng begrenzte — Spielwiese, auf der sich unter ‚väterlicher Obhut' der Jugendsekretäre junge Kollegen ‚tummeln' können. Ausdruck dieses ‚Freiraums' ist die Existenz einer Reihe von betrieblichen oder örtlichen Jugendgruppen (...).
An die Grenzen ihres Freiraums stoßen die Jugendgruppen allerdings immer dann, wenn sie darangehen, sich praktisch für Forderungen der Jugendlichen im Betrieb einzusetzen und dafür zu mobilisieren, denn damit wird in 99 von 100 Fällen an einen Eckpfeiler offizieller Gewerkschaftspolitik gerührt: die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kapitalisten (...).
Es gibt eine ganze Reihe von Beispielen, die klar belegen, daß die Gewerkschaftsführer nicht die geringsten Skrupel haben, die gesamte, mühsam aufgebaute Arbeit zu zerschlagen, wenn es sich abzeichnet, daß die betreffende Gruppe ernst macht mit dem Kampf um die Interessen der Kollegen" (Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen, J. Reents-Verlag, S. 80 f).

Die Gewerkschafts-Jugendbewegung ist seit September dieses Jahres um zwei Beispiele dieser Art „reicher". Rechtzeitig vor Beginn des gerade laufenden „Jugendmonats" der IG-Metall wurde dem Vorsitzenden der Betriebsjugendgruppe der IGM bei der Süddeutschen Bremsen AG („Südbremse") lapidar mitgeteilt, daß die Gruppe gewerkschaftlich nicht mehr anerkannt werde. Als einzige Begründung führte die Ortsverwaltung in einem Brief an, daß die Gruppe Aktionen mache, die *„nicht im Sinne der Organisation liegen."* Die Mitglieder der Jugendgruppe sind nun am rätseln, welche ihrer Aktionen nicht im Sinne der Organisation war. Der „Kommunistischen Arbeiterzeitung" des „Arbeiterbund" vom 3.10. entnehmen wir eine kurze Übersicht über die bisherigen Aktivitäten der Gruppe:
- *„40 Lehrstellen her oder wir sind nicht mehr zu bremsen" gefordert — (1.Mai77 — es sollten 40 Lehrstellen abgebaut werden).*
- *„Übernahme aller Lehrlinge" gefordert (es sollten nicht alle Auszubildende übernommen werden).*
- *„Facharbeitergehalt für Facharbeiter" verlangt (Man wollte einige als Hilfskräfte übernehmen).*
- *Im Freizeitheim zum Fest Stelltafeln zur Jugendarbeitslosigkeit erstellt.*
- *Im Freizeitheim für die Selbstverwaltung gekämpft.*
- *Auf allen gewerkschaftlichen Demonstrationen mitmarschiert."*

DGB-Regensburg: Aktivität unerwünscht

DGB-Regensburg: Aktivität unerwünscht

„Bei der Jugendgruppe da geht es ja so zu: Tagesordnungspunkt 1,2,3,4, 5... bis 10, bumm, und dann Aktion! — Das ist doch keine gewerkschaftliche Jugendarbeit". Mit diesen Sätzen brachte der DGB-Kreisvorsitzende Kulig auf der Kreisjugendausschußsitzung am 7.9. seine Empörung über das zum Ausdruck, was in der Regensburger DGB-Jugendgruppe an Aktivitäten bisher lief (das Zitat und die weiteren Informationen entnehmen wir der KAZ vom 3.10.).

Am Ende dieser Sitzung beschloß der Kreisjugendausschuß (KJA) knapp mit 7:5 Stimmen die Auflösung der Jugendgruppe — einschließlich der Stimme von Kulig (wieso war der überhaupt stimmberechtigt?), aber auch mit den Stimmen der SdAJ-mitglieder im KJA.

Dieser Beschluß bildet den bisherigen Höhepunkt einer regelrechten Kampagne gegen diese Jugendgruppe. Die Kampagne knüpft direkt an die antikommunistische Ausrichtung der Gewerkschaftsjugendarbeit in Regensburg an, wie sie namentlich 1973 an einem besonders krassen Beispiel bekannt wurde. Damals mußten die jungen Kollegen, die in der IG-Metall-Jugendgruppe mitarbeiten wollten, ein Eintrittsformular unterschreiben, in dem sie sich gleichzeitig von den „Arbeiter-Basisgruppen" (Vorläuferorganisation des heutigen „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD", eine hauptsächlich in Bayern aktive Gruppe, die die „KAZ" herausgibt) distanzieren mußten.

Die jetzt aufgelöste DGB-Jugendgruppe hatte sich u.a. für die erfolgreiche Durchführung der Jugendvertreterwahlen eingesetzt; hatte Aufklärungsaktionen über die Jugendarbeitslosigkeit gemacht; sie beriet Jugendliche aus den Betrieben und setzte sich in Diskussionen und Aktionen mit Neo-Nazis auseinander.

Doch immer wieder bekamen die Jugendlichen Schwierigkeiten mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern. So wird ihnen jetzt vorgeworfen, sie hätten *„Gewerkschaftsbeschlüsse nicht eingehalten."* Im einzelnen geht es darum, daß
- der Gruppenvorsitzende auf einer Veranstaltung „Schützt die bürgerlichen Rechte" mit dem Einverständnis der anderen Kollegen in einer persönlichen Stellungnahme den Stand der Diskussion der Jugendgruppe zum Thema „Abbau demokratischer Rechte — faschistische Gefahr" dargestellt hatte;
- daß die Jugendgruppe zum 1. Mai ein Mobilisierungsflugblatt verteilt hat (dieses Flugblatt war von einem Kollegen privat verantwortet worden, weil der Kreisvorsitzende den Kollegen verboten hatte, ein „offizielles" Gewerkschaftsflugblatt herauszubringen);
- daß die Jugendgruppe gegen eine Zensur der 1. Mai-Parolen protestiert hatte und sich auch nicht daran beteiligte, den Demonstrationszug von nicht genehmigten Parolen zu säubern.

Den letzten Ausschlag für die Gewerkschaftsführer hatten offenbar die Aktivitäten der Jugendgruppe zum diesjährigen Anti-Kriegstag (1. September) gegeben. Trotz eines Verbots des Kreisvorsitzenden Kulig hatte die Jugendgruppe Kontakt zu anderen demokratischen Jugendorganisationen aufgenommen. Zur Sprache kam auch ein Vorgang, der die Gewerkschaftsführer seit dem 1. Mai zu immer schärferen Angriffen auf die Jugendgruppe veranlaßt hatte. Die Tatsache, daß damals in der KAZ mehrfach Berichte über den Stand der 1.Mai-Vorbereitungen sowie die Kreisjugendkonferenz abgedruckt waren, veranlaßte die Bürokraten zu dem messerscharfen Schluß, daß der Verfasser dieser Artikel nur
Stand der 1.Mai-Vorbereitungen sowie die Kreisjugendkonferenz abgedruckt waren, veranlaßte die Bürokraten zu dem messerscharfen Schluß, daß der Verfasser dieser Artikel nur
in der Jugendgruppe zu finden sein könnte. Und da dieser nicht so ohne weiteres aufzuspüren war, verlangte der KJA-Vorsitzende in einem Brief an die Jugendgruppe, daß sich gleich die ganze Gruppe von den KAZ-Artikeln distanzieren sollte, andernfalls würde die Auflösung ins Haus stehen. Diese von den Gewerkschaftsführern häufig angewandte Methode der Kollektiv-Erpressung (immerhin steht dahinter die Drohung des Ausschlusses nach den Unvereinbarkeitsbeschlüssen) ist so einfach wie wirkungsvoll: entweder ein Teil der angegriffenen Gruppe distanziert sich von den betreffenden Artikeln, dann sind die übrigen als „Gewerkschaftsfeinde" „entlarvt". Wenn sich die Gruppe aber solidarisch weigert, auf die Infamie einzugehen, ist dies in den Augen der Gewerkschaftsführer das sichere Zeichen dafür, daß innerhalb der Gruppe die „kommunistische Verseuchung" schon soweit fortgeschritten ist, daß als nächster Schritt für sie die Auflösung der betroffenen Gruppe ansteht. Dabei nehmen sie erfahrungsgemäß keinerlei Rücksicht darauf, ob dabei schon entwickelte Ansätze einer breiteren Gewerkschaftsarbeit liquidiert werden. Genau dies ist in Regensburg geschehen.

Aus diesem immer wiederkehrenden Schema und aus dem nach wie vor gegebenen Kräfteverhältnis in den Gewerkschaften ergibt sich für die Arbeiter-Linke, daß der Handlungsspielraum innerhalb der Gewerkschaften nach wie vor sehr begrenzt ist. Vielfach werden fortschrittliche Arbeitergruppen nicht umhin kommen, sich Arbeitsformen zu schaffen, die nicht der direkten Einflußnahme der Gewerkschaftsführer ausgesetzt sind. Es geht nicht darum, kampflos und freiwillig auch nur eine Position innerhalb der Gewerkschaften zu räumen, ganz im Gegenteil! Andererseits darf „Gewerkschafts-Legalismus" nicht zum Fetisch werden, mit dem der Blick auf andere Formen der Arbeit getrübt wird.

ÖTV

Giftgasunfall im Hamburger Hafen

Während einigen Hafenarbeitern der letzte Chlorgasunfall noch buchstäblich im Hals steckt, gab es am letzten Donnerstag erneut einen folgenschweren Giftgasunfall.

Am Hapag-Lloyd-Schuppen 74 lagerten 60 Fässer Kalziumhydrochlorid (Chlorkalk), alle vorschriftsmäßig beschriftet (entzündend, oxidierend wirkende Stoffe). Die Ladungskontrollfirma Capt. Müller war beauftragt, die Fässer umzumarkieren (= neuer Löschhafen). Die alte Marke wurde mit der Flex abgeschliffen, wodurch natürlich an den Fässern erhebliche Wärme entstand. Dadurch entstanden in den Fässern Gase und es dauerte auch nicht lange, bis zwei der Fässer mit hoher Stichflamme explodierten. Es entwickelte sich sofort ein dickes, graues, beißendes Gas, das sich rasch ausbreitete. Kurz darauf gingen noch weitere Fässer hoch. In der Hilflosigkeit des Augenblicks versuchten noch einige Kollegen mit Feuerlöschern dem Brand zuleibe zu rücken, standen aber schnell in der ätzenden Giftwolke und rannten luftringend davon. Das war kurz nach acht Uhr.

Inzwischen breitete sich noch eine grau-braune Giftwolke aufgrund des Ostwindes über die gesamte Kaizunge 74 – 77 aus, die dann nach HDW-Ross und Schuppen 90/91 weiterzog. Die inzwischen herbeigeholte Feuerwehr ordnete dann zwischen 8.50 und neun Uhr die Räumung der ganzen Anlage an. Mehrere hundert Kollegen räumten die Schuppen. Hierbei traten eklatante Mängel auf. Die im Windschatten von Schuppen 74 liegenden Schuppen 75 – 77 gehören der HHLA (Hamburger Hafen und Lagerhaus AG). Hier bekamen die Kollegen erst durch das Auftauchen der Feuerwehr von dem Unglück etwas mit, die mit Lautsprechern die Kaistraße auf und ab fuhr und Anweisungen zur Räumung gab, die aber kaum jemand verstehen konnte. Mit einem zentralen Anruf bei der Abteilungsleitung hätte man erreicht, daß über die Rufanlagen der Kaischuppen die Kollegen schneller informiert worden wären. Die Angestellten der HHLA, die bei geschlossenen Fenstern weiterarbeiten mußten, hörten erst durch aufgeregte Anrufe von anderen Kaistrecken von dem Unfall.

Inzwischen wurden 31 verletzte Kollegen (davon drei schwer) mit Verätzungen der Atemwege auf verschiedene Hamburger Krankenhäuser verteilt – keines war in der Lage, alle Kollegen auf einmal aufzunehmen. Hier zeigt sich deutlich, wie notwendig die Erhaltung des Hafenkrankenhauses ist.

Kurz vor der Mittagspause um 10.45 Uhr wurden die Anlagen wieder freigegeben, doch das Absaugen des Restgases dauerte noch die gesamte Schicht.

Dieser Unfall zeigt drastisch die Verantwortungslosigkeit, wie mit derartiger Ladung umgegangen wird, denn ca. drei Mio. Tonnen davon jährlich, das sind 15 bis 20 Prozent der umgeschlagenen Stückgüter, gehen durch die Hände der Hafenkollegen. Die Berichte der bürgerlichen Presse sind auf derselben Ebene: große Überschriften und verharmlosender Text.

Das Löschen des Brandherdes erscheint routiniert – schließlich war es ja auch „erst" der dritte große Giftgasunfall in diesem Jahr und erst vor fünf Tagen wurde ein derartiger Unglücksfall an Schuppen 81 geprobt. Nur einen Katastrophenplan, der die Evakuierung einschließt, gibt es nicht.



Das „Tor zur Welt" ist für Giftgasschwaden weit offen.

Hafenzelle
KB/ Gruppe Hamburg

Weitere Rationalisierungen bei Bahn und Post

Bei der Bundesbahn und Bundespost sind weitere umfassende Rationalisierungsbestrebungen im Gange. Der neueste Jahresbericht des Bundesrechnungshofes befaßt sich im wesentlichen mit der Jagd nach „entbehrlichen" Arbeitsplätzen

„Postler wie Eisenbahner klotzen beim Personalaufwand wie beim Materialeinkauf so ungeniert ran, wie es sich wohl kein Privatunternehmen leisten könnte", kommentiert der „Spiegel" (2.10.78) die Ergebnisse des Prüfungsberichtes.

Seit Jahren finden bei der Bahn schon Personalrationalisierungen statt. Schon mit eigenen Betriebsprüfern forstete die Bundesbahndirektion die Dienststellen durch und strich Planstellen. Nach dem neuesten Bericht des Rechnungshofes soll es verschärft weitergehen.

„Bei sieben Dienststellen des Signal- und Fernmeldedienstes erbrachte der Check, daß der Zeitbedarf für Wartungsarbeiten doppelt so hoch wie nötig angesetzt war; die Arbeiter waren mithin erheblich unterbeschäftigt, 14 Dienstposten erwiesen sich als völlig überflüssig. Den Bundesprüfern blieb bei solchen 'Erkenntnissen' schließlich nur die Schlußfolgerung, daß die Einsicht in die Notwendigkeit wirtschaftlicher Haushaltsführung gerade im Personalbereich noch nicht ausreichend durchgesetzt worden ist" („Spiegel", 2.10.78).

Schon vor Jahren hatte der heutige Minister für Verkehr und Post, Gscheidle, eine „Dienstanweisung für die Personalbemessung bei den Ämtern der Deutschen Bundespost" herausgegeben. Dieser sollte den Personalaufwand möglichst gering halten. Die Bundesrechnungsprüfer stellten nun fest, daß dieses Bemessungsverfahren nicht voll angewandt worden ist. *„Bei Fernsprechvermittlungsstellen etwa könnte das neue Bemessungsverfahren, würde es durchgängig praktiziert, nach Schätzung der Prüfer 'zum Wegfall von mehreren tausend Arbeitsposten (!) führen'"* („Spiegel").

Der zuständige Minister Gscheidle wird nach Veröffentlichung dieses Berichtes des Rechnungshofes die Rationalisierungen sicher noch schneller vorantreiben. Für die Kollegen bei Bahn und Post scheint eine noch größere Entlassungswelle bevorzustehen.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Entlassungen bei der EHUG

Wie üblich will die Emder Hafen-Umschlaggesellschaft (EHUG) die ausgelernten Jugendlichen nicht in ein ordentliches Arbeitsverhältnis übernehmen, und sie zum 31.12. entlassen. Durch eine Klage vor dem Arbeitsgericht will die EHUG auch den Jugendvertreter U.H. auf die Straße setzen.

Durch eine Unterschriftenaktion, die in fast allen größeren Emder Betrieben und an der Berufsschule durchgeführt wird, versucht die Jugendvertretung von EHUG gegen die Entlassungen vorzugehen. Wir fordern:
Übernahme aller Kollegen nach der Lehre!
Absetzung des Arbeitsgerichtsprozesses gegen den aktiven Gewerkschafter und Jugendvertreter U.H.!

KB/Gruppe Emden

Druck

Werkschutz bei Springer wird immer weiter ausgebaut

Axel C. Springer in Hamburg hat seit Jahren seinen Werkschutz kontinuierlich weiter ausgebaut. Um diesen Werkschutz aufzubauen, hatte Springer geschickt den Bombenanschlag im Frühjahr 1972, der der Baader-Meinhof-Gruppe zugerechnet wird, genutzt. Auf diesem Nährboden der Terroristenjagd wurden erhebliche sog. Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt, die sogar von vielen Kollegen anfangs begrüßt wurden.

Es gibt seit 1972 einen „Ordnungsdienst", für den Springer in Zeitungsanzeigen vorzugsweise Feldjäger, Polizisten, MAD-Leute etc. sucht. Immer wiederkehrende Gerüchte im Betrieb erzählen, daß dieser Werkschutz bewaffnet ist. Jeder Mitarbeiter bekam einen fälschungssicheren Hausausweis, der bei Betreten des Gebäudes mittels Computer kontrolliert wird. Jeden Abend wird das gesamte Haus von den „Ordnungskräften" abgesucht. Daneben werden alle Ein- und Ausgänge per Fernsehkamera überwacht und alle Vorgänge, z.B. Flugblattverteilung auf Magnetband aufgezeichnet.

Doch diese fast lückenlose Beobachtung der Kollegen scheint Springer immer noch nicht genug zu sein, denn durch einen Plan des neuen Leiters des „Ordnungsdienstes" wurde bekannt, daß bei dem Umbau der Haupteingangshalle „Durchsuchungskabinen für Mitarbeiterkontrollen einzuführen" sind, und „zusätzlich eine geeignete Vorrichtung für eine unbeeinflußbare Anzeige für Kontrollen (Stichproben) bei Mitarbeiter Eingang/Ausgang" zu schaffen sind.

Hatte Springer aufgrund des Bombenanschlags damals die Überwachung ohne Protest der Belegschaft durchgeführt, scheint er hier aber einen Schritt zu weit gegangen zu sein. Auf der Betriebsversammlung Ende September, wo der Betriebsrat die Pläne der Geschäftleitung bekannt gab, kam es zu einer heftigen Diskussion unter der Belegschaft, die eindeutig die Durchsuchungskabinen ablehnte. Die anwesende Geschäftsleitung beteuerte angesichts der heftigen Proteste, daß es sich nur um „ein Gedankenspiel" gehandelt habe. Unglaubwürdig wurde diese Äußerung dadurch, daß der Personalleiter im gleichen Atemzug erwähnte, daß dieses angebliche Planspiel auf Anregung der Innenbehörde des Hamburger Senats zustande gekommen sei. Auch wurde dann bekannt, daß der neue Leiter des „Ordnungsdienstes" ehemaliger (!) hoher MAD-Offizier gewesen sei, der ohne Wissen des Betriebsrates eingestellt worden sei, wobei sich der Verdacht ergibt wieweit auch hier der Hamburger Senat seine Finger im Spiel gehabt hat. Für die Kollegen von Springer sollte dieser „Gedankengang" weiter beobachtet werden, um nicht eines Tages von den Tatsachen überrascht zu sein.

Betriebszelle Springer
KB/Gruppe Hamburg

GEW

SPD-Senat rückt von Gesamtschulen ab

Die Eltern von 21,1 % aller Hamburger Drittklässler des letzten Schuljahres wollen ihre Kinder auf Gesamtschulen schicken. Dies ergab eine Umfrage der Schulbehörde vor den Sommerferien. Laut Hamburger Schulgesetz müßten daher 10 – 15 neue Gesamtschulen eingerichtet werden. Das macht dem Senat einige „Sorgen", denn mit einer solchen Zustimmung hatte die SPD nicht gerechnet. B a u e n will sie die Schulen nicht. Bleibt die Frage, wohin damit?

Die Frage der Standorte ist aber nicht nur für Eltern, sondern auch für viele Kollegien brisant – insbesondere an den Schulen, die im Gespräch sind, Gesamtschulen zu werden.

Was ist eine Gesamtschule ?

In der Bundesrepublik gibt es insgesamt 285 Gesamtschulen, davon sind 157 „integriert" und 128 „kooperativ". Das kooperative System umfaßt 3 Schularten unter einem Dach – es gibt Haupt-, Real- und Gymnasialklassen – die Schüler werden meist nach dem 6. Schuljahr, je nach Abschlußprognose, in eine bestimmte Klasse gesteckt. Hier von einer G e s a m t schule zu sprechen, ist wohl mehr eine Heuchelei, um das Dreiklassenrecht zu vertuschen. Im integrierten System dagegen sind die Auslesemechanismen raffinierter. Je nach ihrer „Fähigkeit" in einem Fach werden die Schüler in obere und untere Kurse eingeteilt („Leistungsdifferenzierung"). Nach dem 10. Schuljahr wird der jeweilige Abschluß „ausgerechnet". Für einen Realschulabschluß sind soundsoviel „gute" Zensuren notwendig etc. Wichtige Merkmale der Gesamtschulen sind:

- Das Fach Arbeitslehre wird in allen Jahrgängen 5 – 10 durchgängig unterrichtet, inclusive mindestens einem Betriebspraktikum (Die Schüler sollen u.a. auch nach 10 Schuljahren wissen, wie man mit einem Hammer oder Schraubenzieher umgeht – keine Selbstverständlichkeit gerade für Gymnasiasten). Es besteht der Anspruch, die Arbeitswelt kritisch in Theorie und Praxis kennenzulernen.
- Der „Wahlpflichtbereich" ist Ausdruck der „Individualisierung des Lernangebots". Ab dem 7. Schuljahr wählen die Schüler zwei zusätzliche Fächer, die bei der Bewertung der Abschlüsse die gleiche Rolle spielen wie herkömmliche Kernfächer (Hauptfächer). Angeboten werden u.a. eine zweite Fremdsprache, musische bzw. naturwissenschaftliche Fächer – aber auch Sport. Dadurch soll die Gleichwertigkeit von Kopf- und Handarbeit betont werden.
- Die „Koordination" von Unterricht spielt bei Gesamtschullehrern eine große Rolle. In Hamburg z.B. bekommt jeder Kollege pro Fach eine halbe Stunde dafür angerechnet, daß er mit den anderen Fachkollegen eines Jahrgangs den Unterricht abspricht. Es gibt also eine institutionalisierte Möglichkeit, über pädagogische Probleme zu diskutieren und die Notwendigkeit, mit anderen Lehrern zusammenzuarbeiten.
- „Tutorenstunden" sind Unterrichtsstunden, die der Tutor oder Klassenlehrer mit seinen Schülern verbringt, ohne daß „Leistung" oder die Erfüllung gewisser Lernziele gefordert oder kontrolliert werden. Die Tutorenstunden sollen dazu dienen, soziales Handeln unter den Schülern zu fördern, Schüler zu beraten, Konflikte zu lösen usw. An Ganztagsschulen hat der Schüler 4, an Halbtagsgesamtschulen 2 Tutorenstunden in der Woche (gilt für Hamburg).

Vor- und Nachteile der Gesamtschulen

In einem Bericht über Gesamtschulversuche in Hamburg stellt der Senat fest:

- Es ist sinnvoll, die Entscheidung über die Schullaufbahn hinauszuschieben. Viele Schüler (bei einer Untersuchung mit 540 Schülern waren es über 30 %) erreichten einen besseren Abschluß, als ihnen Ende der vierten Klasse prognostiziert worden war.
- Die Gesamtschule kann absinkende Leistungen in schwierigen Entwicklungsphasen (sprich Pubertät) besser wieder auffangen, da ja die Möglichkeit der Abschlüsse bis Jahrgang 10 offen ist.
- Schul- und Prüfungsangst sind bei Gesamtschülern geringer als bei Schülern des Regelschulwesens.
- Im Wahlpflichtbereich erreichen die Schüler wesentlich bessere Zensuren als im Pflichtbereich – was die Chancen für gute Abschlüsse erhöht.
- An Gesamtschulen erreichen mehr Schüler bessere Abschlüsse als im Regelschulwesen. Die Quote der Schulabgänger ohne Abschluß liegt bei Gesamtschulen bei 3,3 %, im Regelschulwesen bei 7,6 %.

Nach Ansicht vieler Gesamtschulkollegen sind die unbestreitbaren Erfolge jedoch in erster Linie dem Engagement der Lehrer zuzuschreiben. Denn die Kollegien setzen sich in der Regel aus jüngeren, links orientierten Lehrern zusammen, die im Unterricht eine emanzipatorische Aufgabe sehen. Der Senat muß denn auch konstatieren, daß die Arbeitsbelastung der Gesamtschullehrer höher ist als bei „normalen" Lehrern. Würden die Gesamtschulkollegien dieselbe Zusammensetzung haben wie an Gymnasien oder Hauptschulen üblich, müßten selbst die bescheidenen „Erfolge" in Frage gestellt werden.

Die „neuen" Gesamtschulen

Die Behörde hat Anfang September ein Papier herausgegeben, in dem sie ihre Vorstellungen über die neuen Gesamtschulen darstellte (sogenanntes „Grundmodell"). Das wichtigste ist dabei die Senkung der Klassenfrequenz von 35 auf 30 (GEW-Forderung: 25).

Doch wie die meisten Reformen hat auch diese mehrere Pferdefüße.

Die Frequenzsenkung soll mit Kürzungen von Schüler- und Lehrerstunden „bezahlt" werden. Konkret heißt das:

- Nur noch eine Teilungsstunde in Jahrgang 5 (bisher 4). Diese Stunden sind zur Förderung von schwachen Schülern besonders wichtig.
- Kein Unterricht im Fach Arbeitslehre in den Klassen 7 und 8.
- Reduzierung der Tutorenstunden um teilweise über 50 % (s.o.).
- Kürzung der Koordinationsstunden für Lehrer um 50 % (s.o.).

Also das, was Gesamtschule eigentlich ausmachen soll, wird zugunsten der Frequenzsenkung gestrichen.

Außerdem möchte die Behörde bereits ab 6. Schuljahr eine Leistungsdifferenzierung in Mathematik und Englisch durchführen. Wenn sich das Modell der Behörde durchsetzt,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 39

kann man davon ausgehen, daß der Druck auf Schüler und Lehrer noch weiter zunimmt. Daß die Ergebnisse unter diesen Umständen schlechter werden müssen, steht außer Frage, was wiederum den reaktionär orientierten Gegnern der Gesamtschule in die Hände arbeitet. Dies haben die Eltern, die für ihre Kinder die Gesamtschule gewählt haben, sicherlich nicht gewollt.

Die Standorte

Neue Gesamtschulen werden nicht neu gebaut, sondern in bestehende Schulen „eingelagert". Am 25.9.78 hat die Behörde Vorschläge für die Kreiselternräte gemacht. Danach steht fest, daß, bis auf zwei oder drei Ausnahmen, immer Gymnasien in Verbindung mit benachbarten Haupt- und Realschulen vorgesehen sind. Oft sollen die Gymnasien sogar noch gleichzeitig mit der Einrichtung von Gesamtschulklassen eine eigene gymnasiale Beobachtungsstufe einschulen (z.B. in Bergedorf). Was so ein praktiziertes zweigliedriges Schulsystem unter einem Dach mit Integration des Bildungswesens zu tun hat, möge man den neuen Schulsenator Grolle fragen. Die Rücksicht auf die mächtige Gymnasiallobby läßt ihn wohl wieder „Realpolitik" machen.

Die Rechten formieren sich Am 14.9. hat sich eine „Hamburger Gemeinschaft rettet die Schule" erstmals zu Wort gemeldet

In einem von 70 Elternratsvorsitzenden unterzeichneten Brief appelliert sie an den Bürgermeister Klose, *„Die zuverlässig und erfolgreich arbeitenden Regelschulen vor dem Abwracken zu bewahren"* („Welt", 14.9.78).

Sie erklärt dem Senat für den Fall den „Krieg", daß das neue Schulgesetz nicht eindeutig befolgt wird: *„Eltern und Lehrer - nicht aber die Schulbehörde - haben darüber zu entscheiden, ob und wo Gesamtschulen eingerichtet werden"* („Hamburger Morgenpost", 14.9.78). Dabei spricht sie einen heiklen Punkt an, den sich die SPD selbst zu verdanken hat. Wie soll man den erklärten Elternwillen nach Einrichtung von Gesamtschulen gerecht werden, wenn keine Regelschule darin einwilligt? Gerade an Gymnasien ist der Deutsche Lehrerverband und rechte Elterninitiativen mit Verbindungen zur CDU am ak-

verband und rechte Elterninitiativen mit Verbindungen zur CDU am ak-tivsten. Jeder Windhauch, der den Bestand des Gymnasiums nur im Entferntesten gefährden könnte, wird in den Augen dieser rechten Vögel zum Orkan.

Lehrerleid und Lehrerflucht

„Wer mit der Schule aufhören will, der soll es tun. Er soll es für sich tun und für die Schüler. Es gibt nichts Schlimmeres, als die tausende von lustlosen, frustrierten Lehrern, die sich tagtäglich an den Kindern für ihre eigne Entscheidungsangst rächen".

Zu diesem Resümee kommt in einem Beitrag im „Jahrbuch für Lehrer 1978" der Lehrer Moriz Krüger, der nach dreijähriger Berufstätigkeit den Schuldienst quittiert hat. Er stieg aus, weil er den Widerspruch zwischen seinen Ansprüchen an die Erziehung und der Schulrealität nicht länger ertragen wollte. Wie vielen fortschrittlichen Lehrern ging es ihm darum, ein repressionsfreies, tolerantes Verhältnis zu den Schülern aufzubauen und auf ihre Bedürfnisse einzugehen. So gelang es ihm auch, außerhalb der Schule ein solidarisches Verhältnis zu seinen Schülern aufzubauen, im Unterricht schien es ihm jedoch so, als sei er der unmittelbare Gegner der Schüler:

„Ich kam montags mit den besten Vorsätzen in die Klasse, die Schüler waren freundlich und freuten sich, mich zu sehen, und das war sehr schön. Dann kam langsam die Zeit, ihnen etwas ‚beizubringen', und dann antworteten die Schüler freundlich aber geduldig mit allerlei Formen von Widerstand, die sich bei mir zu einem großen Haufen Unlust verdichteten."

Während Krüger nun versuchte, den Widerstand der Schüler mit allerlei pädagogischen Mätzchen zu überlisten, mußte er doch die Berechtigung ihres Widerstandes anerkennen: *„Sie wehrten sich zu recht, aber ich zwang sie täglich zu etwas, was ich nicht rechtfertigen konnte. Ich wollte ihre Zuneigung und enttäuschte sie täglich wieder. Ich wollte ganz anders sein, als ich sein mußte."*

Was für den Lehrer Krüger der Verrat an seinen politischen Ansprüchen war, wird für andere Lehrer zum existenziellen Problem. Eine hessische Lehrerin beging Selbstmord. In ihrem Abschiedsbrief schrieb sie:

„Die Schule hat mir den letzten Stoß versetzt. Was ich an diesem Ort jeden Vormittag erlebt habe, lähmt mich, es zu schildern. So etwas Grauenvolles, Entwürdigendes, vernichtend im Sinne des Wortes."

Die Unzufriedenheit der Lehrer in der Schule nimmt zu. Die Pädagogik-Zeitschrift „päd. extra" widmet sich in ihrem September-Heft schwerpunktmäßig dem Thema Lehrerflucht.

Dabei vollziehen heute die wenigsten Lehrer den Schritt aus der Schule heraus. Was viele hält, ist die relativ gesicherte Existenz (Lehrerinnen gehören zu den 5% der am besten verdienenden Frauen in der BRD, ein Lehrerpaar kommt auf ein Einkommen, das einem Spitzenmanagergehalt entspricht) und die Möglichkeit, zeitweilig dem Schulalltag zu entfliehen. Nicht zufällig machen gerade Lehrer ausgedehnte und aufwendige Urlaubsreisen. Womit hängt nun der zunehmende Wunsch „auszusteigen" zusammen?

Viele von uns Lehrern haben diesen Beruf nicht so sehr wegen der damit verbundenen privilegierten Stellung ergriffen (aber doch wohl nicht zuletzt deswegen, Anm. AK-Red.), sondern weil sie damit zur Veränderung der Gesellschaft beitragen wollten. Sei es nur, daß sie es besser machen wollten, als ihre eigenen Lehrer oder daß sie dem Erziehungssektor den entscheidenden Beitrag bei der Veränderung dieses Gesellschaftssystems zumaßen. Mit Schlagworten wie dem „Marsch durch die Institutionen" oder der „revolutionären Berufsperspektive" wurden kritische Lehrerstudenten auf ihr späteres Lehrerdasein als politische Praxis eingeschworen. Von fortschrittlichen Pädagogikprofessoren wurde diese Tendenz noch verstärkt. So schrieb der Prof. Hans-Jochen Gamm in seinem Buch „Kritische Erziehung":

„Die Schule treibt die Emanzipation der Gesellschaft voran, wenn sie zuvor genannte Zusammenschluß der Lehrer zu pädagogischen Basisgruppen gelingt und damit das Bewußtsein für die Aufgabe entsteht. Dieses Bewußtsein kann dadurch gekräftigt werden, daß sich die Gruppenmitglieder klarmachen, inwiefern sie mit ihrer Arbeit eine seit der Aufklärungsepoche politisch unterdrückte Tradition der Emazipationsgeschichte wiederaufnehmen, wobei sie sich nur zu vergegenwärtigen brauchen, wie der Obrigkeitsstaat des 19. und 20. Jahrhunderts samt seiner kapitalistischen Lobby die Mündigkeit der Gesamtbevölkerung, insbesondere der ausgebeuteten Unterschichten, zu hintertreiben sucht" (S. 195).

Das ganze Gerede von der Bildungsreform, die ja auch zu einigen fortschrittlichen Ansätzen bei den Richtlinien, der Einführung der Sexualkunde und einigen Modellversuchen führte, bestärkte noch die anpolitisierten Lehrer in den Illusionen über ihre gesellschaftliche Rolle als emanzipatorischer Motor der Gesellschaft.

Inzwischen hat sich das politische Klima an den Schulen gründlich gewandelt, steigender Leistungsdruck und die Perspektive der Jugendarbeitslosigkeit bei den Schülern, Einschüchterung durch die Berufsverbote und die zunehmende Kontrolle der Unterrichtsinhalte bei den Lehrern haben zu einer Desillusionierung über die Möglichkeiten, die diese Schule für fortschrittliche Ansätze läßt, beigetragen. Die Überschätzung der Bedeutung, die der Unterrichtstätigkeit für den Kampf um gesellschaftliche Veränderungen zukommt, ist die Ursache dafür, daß jetzt Resignation unter den Lehrern zunimmt; daß sie zu der Einstellung kommen, man ihre Schwierigkeiten, mit dem Unterricht klarzukommen, zum Mittelpunkt der Debatte machen.

Krassester Ausdruck hiervon ist die „Lehrerflucht", wo die gesellschaftsverändernden Ziele völlig über Bord geworfen werden und das individuelle Wohlbefinden für das eigene Handeln bestimmend wird:

„Eine griechische Insel kann meine Probleme nicht lösen. Trotzdem sehne ich mich danach, eine Zeitlang in Griechenland oder der Türkei zu wohnen. Ich möchte mal unter reduzierten (im positiven Sinne), also vereinfachten Bedingungen leben."

„Zum anderen befürchte ich, daß, wenn ich jetzt in der Schule bleibe, ich mich verändere, daß ich langweilig, schrullig und immer reduzierter (weniger kreativ) werde." (Zitate aus dem Tagebuch einer Lehrerin, die ausstieg; in „päd.extra" 9/78).

Und so wird auch die politische Praxis dieser Kollegen eine Flucht aus ihrem Schulalltag; die Arbeitsbereiche werden beliebig, nur von eigenen zufälligen Interessen her bestimmt:

„Heute morgen ist mir eingefallen, daß ich vielleicht auch Lust hätte, so etwas wie feministische Wissenschaft in Berlin zu studieren."

„Mir erscheint vieles greifbar, aufhören, in der Frauenbewegung mitmachen, nochmals studieren, ich will mich einmischen" (s.o.).

Das „Aussteigen" von Lehrern hängt damit zusammen, daß ihr pädagogisches Engagement häufig auf ihr Klassenzimmer beschränkt blieb und daß eine Bestimmung der Funktion von Schule in dieser Gesellschaft nicht vorgenommen wurde. Da lohnt es, noch einmal Clara Zetkin heranzuziehen, die dazu geschrieben hat:

„Die bürgerliche Ordnung verhält sich feindlich zur Verwirklichung entscheidender pädagogischer Fortschritte. Die Erziehung steht in ihr im Zeichen des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Ihr Ziel ist nicht, Menschen zu bilden, sondern Angehörige verschiedener Klassen zu drillen. Die Schule ist Dressuranstalt, nicht Erziehungsmittel. Der Schulbetrieb, die Bildung und Besoldung der Lehrer, die Lehr- und Lernmittel: alles trägt den Stempel des Klassengegensatzes" (zur Intellektuellenfrage).

Ein Lehrergenosse
KB/Gruppe Hamburg

Aufforderung zur Diskussion

Unseres Erachtens spricht dieser Artikel eines Genossen mehrere wichtige Fragen der Arbeit von fortschrittlichen Lehrern und der Arbeit von Kommunisten unter diesen an. Gerade wegen der Tatsache, daß viele fortschrittliche Lehrer kurz davor stehen, das Handtuch zu werfen (was auch in unseren eigenen Reihen zu verzeichnen ist), halten wir es für notwendig, öffentlich über die Arbeit von linken Lehrern an rechten Schulen zu diskutieren und darüber, weshalb – im Gegensatz zu früher – vielen die Schule nur noch als Greuel erscheint.

Lehrerkomitee,
KB/Gruppe Hamburg

Lehrerflucht – ein Problem auch für die SPD

Und die GEW?

Teile des Landesvorstandes und des Fachgruppenvorstandes tendieren eher dahin, das von Grolle vorgeschlagene Modell zu unterstützen. Eine Diskussion darum, ob angesichts der gravierenden Mängel die Lehrerversorgung um mehr als die vorgesehenen 40,9% erhöht werden muß, damit überhaupt der Name Gesamtschule gerechtfertigt werden kann, wird nicht gewünscht und wenn möglich – vermieden.

Mit der Senkung der Frequenzen auf 30 scheinen sich Teile der GEW die Augen zu verkleistern, damit sie ja nicht die Lücken des Grundmodells zu sehen kriegen.

Auch hegt diese sozialdemokratische Fraktion der GEW eine gewisse Zuneigung für die Gymnasien als Standorte.

Es würde nämlich das Image der neuen Gesamtschulen heben, wenn Gymnasialeltern ihre Kinder nicht ins Gymnasium, sondern in die Gesamtschule schicken. Solche Rücksicht auf diese Eltern dürften in der Praxis den Tod für die Gesamtschule bedeuten. Denn jeder, der auch nur ein bißchen von der Problematik versteht, wird bestätigen, daß der Druck des Vergleichs mit dem dreigliedrigen Schulsystem – insbesondere mit dem Gymnasium – der Entwicklung von Gesamtschulen geschadet hat. Und dieser Druck wird heraufbeschworen, wenn man auf Gymnasialeltern schielt.

Es entsteht der Eindruck, als sei eine neue Gesamtschule in einer Haupt- und Realschule nicht ganz gesellschaftsfähig. Auf wessen Seite steht denn die GEW?

Will sie etwa, wie die Behörde, die Gesamtschule „gymnasialisieren", indem gesamtschulspezifische Merkmale wie Tutorenstunden, Arbeitslehre usw. kaum mehr berücksichtigt werden? Hier ist hoffentlich das letzte Wort noch nicht gesprochen! Zum verlängerten Arm des Schulsenators darf sie sich jedenfalls nicht degradieren!

Lehrerkomitee,
KB/Gruppe Hamburg

Auch die sozialdemokratischen Bildungspolitiker machen sich inzwischen Sorgen um den „Überdruß am Schulalltag". Kein Wunder, gelang es doch im Rahmen der sozialdemokratischen Reformversprechen, nicht unbeträchtliche Teile der Lehrer zu freiwilliger Mehrarbeit und erheblichem Einsatz für den Unterricht zu motivieren. So ist auch z.B. die Tatsache, daß an den Gesamtschulen heute bessere Ausbildungsbedingungen herrschen als an den Regelschulen, wesentlich darauf zurückzuführen, daß sich dort die engagierten Lehrer konzentrieren.

Auf einer Pädagogischen Woche der GEW Anfang Oktober in Cuxhaven kam dieses Thema zur Sprache. Jutta Roitsch, Juso-Mitglied und bildungspolitische Redakteurin der „Frankfurter Rundschau", hielt das einleitende Grundsatzreferat (abgedruckt in der „FR" vom 3.10.78).

Darin stellt sie völlig richtig fest, daß das Wort „Bildungsreform" heute seinen motivierenden Charakter verloren hat:

„Jetzt ist mit einer ‚Reform' meistens die Tatsache verbunden, daß irgend etwas gekürzt oder weggenommen wird: Ich erinnere an Stichworte wie Besoldungsreform, Steuerreform, Gebietsreform, Hochschulreform."

Und sie entwirft die Mär von den Bildungsreformern, die *„eher pragmatisch den Grundgesetzauftrag von Chancengleichheit einlösen wollten, auf Begaben statt Begabung, auf Förderung statt Auslese setzten"* und dabei zwischen *„gesellschaftspolitischen Konflikten und hartnäckigen Privilegienkämpfen"* aufgerieben wurden. Und hier soll denn auch die Aufgabe der Lehrer liegen, die die Unzufriedenheit mit der Schule durch finanzielle Verzichte mindern sollen:

„Das Schlagwort, daß die Bildungsreform eigentlich eine Besoldungsreform war, ist griffig und eingängig. Die Vorbehalte, daß es Lehrern, ihren Verbänden und der Gewerkschaft nur um eine Arbeitsmarkt-Interessen und schlichte Standespolitik geht, sind weit verbreitet. Die Lehrer täten gut, sich mit diesen Vorbehalten endlich ernsthaft auseinanderzusetzen. Sie sollten sich auch keine Illusionen darüber machen, daß die in der GEW verbreitete These vom Streikrecht auf wenig Verständnis stößt. Diese Meinungen, die oft auf tief verwurzelte Abneigungen gegenüber Beamtenprivilegien und -ansprüchen zurückzuführen sind, lassen sich auch nicht durch teure Gutachten zum Streikrecht von Beamten vom Tisch wischen."

Jutta Roitsch erläutert ihre Vorstellung an einem Beispiel: Als der Hessische Kultusminister die Entlastungsstunden für Lehrer zusammenstrich, reagierte die GEW darauf, indem ihre Mitglieder nur noch zu den festgelegten Zeiten Elternsprechstunden und Wandertage machten. Jutta Roitsch meint, daß hier Kinder in einer Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber als Erpressungsinstrument benutzt wurden und schlägt stattdessen vor, daß Kultusminister und Lehrer sich gegenseitig ernst nehmen und als „gleichgewichtige Partner" akzeptieren sollten.

Auf ähnlicher Ebene liegt ihr Vorschlag, um die politische Verunsicherung der Lehrer zu überwinden. Statt politischem Mißtrauen sollte den Lehrern ein „bewußt demokratisch-liberaler Vertrauensvorschub" gewährt werden, wobei das Vertrauen jedoch nicht zu weit gehen darf, denn: **„Die Beamtenurkunde darf kein politisch-ideologischer Freifahrtschein sein."**

Sollte das tatsächlich die linkssozialdemokratische Variante der Berufsverbote sein? So nach dem Motto: Engagement ja – aber nicht zu links!

Sollten diese Vorschläge die Lehrer nicht begeistern, so hat Jutta Roitsch noch bewährt sozialdemokratischer Manier noch das Argument vom größeren Übel parat: *„Resignation aber leistet der ‚Tendenzwende' Vorschub und gibt Kinder und Jugendlichen fast schicksalhaft preis."*

Und falls auch damit die Lehrer nicht für die sozialdemokratische Bildungspolitik zu begeistern sind, hat sie die Schuldigen schon bei der Hand: die Linken:

„Nach ihrem Ansatz ist Schule eine Disziplinierungsanstalt. In ihr wird gedrillt, aber nicht gelernt, jedenfalls nichts Richtiges. Zur Selbstverwirklichung des Menschen, so dieser Ansatz, trägt Bildung und Schule nicht bei, Lernen und Erfahren, Erkennen von gesellschaftlichen Widersprüchen und die Befähigung zur Veränderung seien nur über die Arbeit möglich. Etwas salopp ausgedrückt, verkündet diese Theorie: Vergeßt die Schule und die Lehrer, sie sind eh nicht zu ändern."

Nein, Jutta Roitsch, gerade weil die Schule eine Disziplinierungsanstalt ist, werden wir sie nicht vergessen, sondern auch hier den Kampf für eine gesellschaftliche Veränderung führen.

Lehrerkomitee,
KB/Gruppe Hamburg

Fünf Bochumer Kollegen endgültig ausgeschlossen

Es ist pervers: auf seiner Sitzung am 7.10.78 beschloß der Hauptausschuß der GEW Bund eine Resolution zu den Berufsverboten, in der gefordert wird, daß die Zugehörigkeit zu einer nicht verbotenen Partei keine Rolle mehr bei zukünftigen Entlassungen aus dem Schuldienst spielen soll – auf der gleichen Sitzung bestätigte aber der HA den Ausschluß von fünf Bochumer Kollegen, denen nicht einmal Mitgliedschaft in einer Partei – sondern nur „Unterstützung von KPD, KBW und KPD/ML" vorgeworfen wird. Drei Kollegen wurden wieder aufgenommen. Eingehandelt hatten sich dieses „Delikt" ursprünglich 17 Kollegen durch die Veröffentlichung zweier Texte gegen die Verbotsanträge von K-Gruppen im Info der GEW Bochum Nr. 11/12-1977.

Die Bochumer Ausschlüsse (wir berichteten mehrfach darüber) haben weit über die Landesgrenzen Nordrhein-Westfalens Aufsehen erregt und wegen der „neuen Qualität" (so der Vorsitzende Hamburgs – Lemke) der UVB-Praxis zu massiven Protesten geführt.

So hatten die Bochumer Kollegen aus fast allen größeren Stadtverbänden NRW's und von vier Landesfachgruppen Solidaritätsschreiben erhalten und mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit alle eventuell vorhandenen Illusionen eines 'demokratischen' Landes- und Hauptvorstandes entlarvt. Die 17 Kollegen wurden zum ersten Mal in der Sitzung des Hauptvorstands vom 11.2.78 auseinanderdividiert, der 9 Kollegen ausschloß und die restlichen „Fälle" an die Landesschiedskommission zurück verwies. Die Ausgeschlossenen legten beim Hauptausschuß Berufung ein und wurden hier nun zum zweiten Mal gespalten. Nach welchen Kriterien der HA und der HV in diesen Fällen die „Guten" von den „Schlechten" trennen, ist schleierhaft.

Von einem Grundsatz der Gleichbehandlung scheint die Mehrheit der HA-Mitglieder noch nie etwas gehört zu haben. Die Bochumer Kollegen schickten jedem, der am 7.10. stimmberechtigt war, eine dritte gemeinsame Stellungnahme mit einer Fülle von Material zu. Dennoch konnte sich die Opposition im Hauptausschuß nicht durchsetzen. Mit 18:36 Stimmen wurde ein Antrag abgelehnt, die Bochumer Fälle an den Landesverband zurückzuverweisen. Auf diesen Antrag hatten sich Hamburg, Hessen, Bremen und Niedersachsen geeinigt. Frister hat also selbst in kritischen Fällen eine starke ‚Hausmacht', die mit dieser Praxis der UVB's die freie Meinungsäußerung innerhalb der GEW explizit einschränken will. Was diese Gewerkschaftsführung im Kampf gegen Berufsverbote, Gesinnungsschnüffelei, Denunziantentum ernsthaft ausrichten will, kann man sich an fünf Fingern abzählen. Da Frister einer der vehementesten Unterstützer Kloses ist, wirft dies auch ein bezeichnendes Licht auf die Kampagne der SPD.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Macht die GEW-Westberlin das Unmögliche möglich oder nur eine Illusion in den DGB?

Wie in AK 139 berichtet, laufen derzeit Verhandlungen zwischen der 1976 aus dem DGB ausgeschlossenen GEW Westberlin und der GEW/Bund, die eine Wiederaufnahme des ausgeschlossenen Verbandes möglich erscheinen lassen.

Der Ausschluß wurde und wird von der GEW Westberlin als ungerechtfertigter Willkürakt bezeichnet. Betont wurde auch immer, daß die notwendige Folge, ein Gewerkschaftsverband außerhalb des DGB, keine selbstgewählte sondern eine aufgezwungene Entscheidung ist. Deshalb wurde von diesem Verband die Forderung nach Rücknahme dieses Ausschlusses und die Wiedereingliederung in den DGB gefordert.

Ungeachtet dieser Tatsache hat die GEW Westberlin in der Zwischenzeit jedoch eine Gewerkschaftsarbeit außerhalb des DGB entwickelt und ist trotz des Aufbaus eines Spalterverbandes weiterhin die stärkste Lehrerorganisation in Westberlin. Aus dieser sichtbar gewordenen Möglichkeit einer Gewerkschaftsarbeit außerhalb des DGB stellt sich a u c h die Frage, welche Gründe heute d a f ü r sprechen, in den DGB zurückzukehren.

In der einzig bisher schriftlich vorliegenden Stellungnahme, die von 40 Mitgliedern, teilweise prominenten Vorstandsmitgliedern (u.a. dem 1. Vorsitzenden Gerhard Schmidt), unterzeichnet wurde, sprechen sich diese massiv f ü r einen Übertritt aus. Dagegen ist uns bisher keine Stellungnahme bekannt, die sich ausdrücklich g e g e n den Übertritt ausspricht. Dagegen stehen bisher lediglich Positionen, die auf einen stärkeren Schutz der Mitglieder vor dem Zugriff der Bundesorganisation drängen (vor den UVBs).

Im folgenden soll diese Frage aus einer generelleren Sicht beleuchtet werden, wobei sich im wesentlichen auf die Argumentation der oben genannten Stellungnahme bezogen wird.

Gewerkschaftspolitik von oben- Spaltung und Ausschluß sind die Folge

Im Jahresbericht des Vorstands für die Landesvertreterversammlung (LVV) vom 24./25.4.1978 wird zu den Gründen des Ausschlusses ausgeführt: *„Als eigentlicher Grund für den Ausschluß der GEW BERLIN mit damals rund 13.000 Mitgliedern muß also gesehen werden, daß im Laufe der langjährigen Auseinandersetzungen*

LIN mit damals rund 13.000 Mitgliedern muß also gesehen werden, daß im Laufe der langjährigen Auseinandersetzungen

sichtbar geworden ist, wie stark die linke Mehrheit innerhalb des Berliner Landesverbandes geworden war und daß die Mehrheit der Berliner Delegierten nicht Willens sein würden, elementare Mitgliederrechte aufzugeben" (nach „Berliner Lehrerzeitung", 5/78). Im weiteren wird ausgeführt, daß es Frister darum ging, mit der Unterordnung unter die Bundeszentrale, diese Haltung der GEW Westberlin zu zerstören und einen Verband aufzubauen, der sowohl in der Frage der gewerkschaftlichen Arbeit nach außen, als auch in der Frage der innergewerkschaftlichen Demokratie eine vollständige Unterordnung unter die sozialdemokratische Richtungspolitik des Bundesvorstandes vollzieht.

Als die GEW Westberlin dieser Erpressung nicht nachgab, reagierte Frister mit dem Ausschluß und dem Aufbau eines Spalterverbandes, der GEW im DGB. Dies war jedoch nicht die übergeschnappte Reaktion eines einzelnen DGB-Funktionärs, sondern liegt in der Logik der DGB-Führung begründet. Der DGB beansprucht für sich eine Monopolstellung auf Gewerkschaftspolitik schlechthin, wobei seine Aufgabe vor allem in der Bindung der arbeitenden Bevölkerung an das kapitalistische System der BRD und insbesondere an die SPD liegt. Um diese Linie innerhalb der Gewerkschaften durchsetzen zu können, ist eine vollständige Entrechtung der Mitglieder notwendig. Jede Gewerkschaftspolitik mit einem konsequenten antikapitalistischen Anspruch muß von daher berechtigterweise - von der DGB-Führung als Störfaktor für die Durchsetzung dieser Politik angesehen werden. Gerade deshalb sind neben der GEW Westberlin ebenso Kollegen in anderen Gewerkschaften vom Ausschluß betroffen, die gegen den Kurs der Sozialpartnerschaft angehen. Hierin haben auch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ihre Begründung, da die Kommunisten als konsequentester Störfaktor dieses Kurses angesehen werden.

Hieraus ergibt sich, daß auch Fristers Vorgehen vollständig innerhalb der Logik der DGB-Führung lag. In einem hatte er sich jedoch verrechnet: die GEW Westberlin blieb bestehen und zeigte sich seinem Spalterverband überlegen (so bei den Wahlen zum Personalrat, bei denen die GEW Westberlin die GEW im DGB klar schlagen konnte).

Wenn Frister heute Verhandlungsbereitschaft signalisiert, so kann dies aus dem oben gesagten heraus nur als ein T a k t i kwechsel angesehen werden. Leider wird jedoch in der gesamten Stellungnahme der Befürworter des Übertritts zu dieser Frage überhaupt nicht Stellung genommen. Sie erscheint uns jedoch deshalb so wichtig, weil innerhalb der Diskussion Klarheit darüber herrschen muß, daß auch mit der neuen Taktik dieselben Ziele verfolgt werden wie beim Ausschluß. Dies belegt eindeutig die Entwicklung seit dem Ausschluß 1976:

- noch Ende 1977 erklärte er zur Frage einer möglichen Fusion: *„Die Repräsentanten des früheren Landesverbandes haben es in der Hand. Ändern sie ihre eigenen Vorschriften so, daß sie DGB- und GEW-Satzung annehmen, dann kommt die Fusion. Tun sie es nicht, dann bleiben sie draußen"* („betrifft: erziehung",12/77).
- Im Oktober 1977 bat der Vorstand der GEW Westberlin, auf dem Gewerkschaftstag der GEW zur Frage des Ausschlusses mit Delegierten anwesend sein zu dürfen. Frister schrieb in einem Antwortschreiben, daß die Politik der GEW Westberlin diese *„eindeutig als gegnerische Organisation der GEW und des DGB ausweist"*, weshalb sie nicht erwarten dürfte, daß er ihre Bitte „ernst nehmen" würde. Damit hat er die GEW Westberlin immerhin in die Reihe der „K-Gruppen" eingereiht, gegen deren Mitglieder mit d i e s e r Begründung die UVBs ausgesprochen wurden.
- noch 1978 strengte er einen Prozeß zur Namensaberkennung an, da die GEW Westberlin mit der Unterstützung des Russell-Tribunals dem Ansehen der GEW schade.

Kein ernsthafter Mensch wird wohl annehmen, daß sich diese Ansichten geändert haben.

Diese Frage muß allein schon deshalb vorrangig mitdiskutiert werden, weil sie gleichzeitig die Diskussion enthält, ob und gegebenenfalls wie die gewerkschaftspolitischen Vorstellungen der GEW Westberlin innerhalb des DGB durchzusetzen und abzusichern sind.

Novemberkompromiß - ein Dogma?

Genau diese Diskussion ist bisher nicht geführt worden und wird sogar versucht, abzublocken.

Als entscheidendes Argument wird dabei ins Feld geführt, daß 1976 nach dem Ausschluß mit dem sog. Novemberkompromiß die Bundessatzung übernommen wurde, einschließlich der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, jedoch mit den schon oben genannten Vorbehalten. Damit, so wird weiter argumentiert, habe die Mitgliedschaft einen Konsens artikuliert, der der Wiederaufnahme in den DGB Vorrang einräume und der nur unter der Gefahr einer Spaltung angerührt werden kann. Eine Diskussion über diesen „Konsens" würde danach zur Folge haben: *„Wir meinen, daß damit gerechnet werden muß, daß ein relevanter Teil unserer derzeitigen Mitgliedschaft diese völlige Neuorientierung nicht mitmachen würde und die*

tierung nicht mitmachen würde und die

mutmaßliche Strategie der Bundesorganisation, beim Scheitern der Verhandlungen zumindest Teile unserer Mitgliedschaft zu gewinnen, ... realistisch ist" (aus der Stellungnahme). Dies wären - würde die Argumentation stimmen - sicherlich sehr enrstzunehmende Folgen, die die Existenz des Verbandes aufs Spiel setzen würden und somit nicht zu vertreten wären. Aber die angeführte Argumentation beruht bisher lediglich auf Mutmaßungen, wie die Schreiber selbst zugeben, da *„... der hier angesprochene Mitgliederkreis quantitativ schwer einschätzbar (ist), da er sich augenblicklich selten artikuliert"*.

Einige Tatsachen sprechen allerdings gegen einen Absolutheitsanspruch dieser Argumentation. Der Novemberkompromiß war keine freigewählte Willensbildung der Mitglieder, sondern ein unter dem Druck des Ausschlusses zustande gekommenes Angebot an Frister. Tatsache ist jedenfalls, daß die Mehrheit des Verbandes die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ablehnt. Weiterhin war die vorherrschende Meinung unter den Mitgliedern, daß ein Ausschluß aus dem DGB einer Auflösung des Verbandes gleichkommt, da der Mehrheit eine Gewerkschaftspolitik außerhalb des DGB nicht denkbar bzw. möglich erschien.

Dies war also kein Konsens über die Meinung der Mitgliedschaft, sondern ein mit Druck und Erpressung erzwungener Versuch eines Konsens gegenüber Frister. In der Zwischenzeit hat sich jedoch einiges geändert. Die GEW Westberlin hat praktisch bewiesen, daß sie außerhalb des DGB als Gewerkschaft lebensfähig ist, womit das gewichtigste Argument weitgehend an Überzeugung verliert.

Es käme durchaus auf einen Versuch an, heute in der Praxis, d.h. in der Diskussion der Mitgliedschaft, zu überprüfen, ob dieser „Konsens" in der alten Weise noch besteht. N i c h t gesagt ist damit, daß er nicht mehr besteht oder gar, daß er aufgehoben werden m u ß. Andererseits darf er jedoch auch nicht zum Fetisch erhoben werden, ohne eine weitere Diskussion darüber zu ermöglichen. Wer dies vertritt, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er einen unter äußerst ungünstigen Bedingungen zustande gekommenen Beschluß als Vehikel zum sofortigen Übertritt benutzt.

Gewerkschaftsarbeit nur im DGB?

In dieser Frage herrschen wohl die am weitesten verbreiteten Illusionen vor. Argumentiert wird dabei immer damit, daß im DGB d i e Arbeiter organisiert seien, woraus gleichzeitig geschlußfolgert wird, der DGB sei d i e Organisation der Arbeiterklasse. Weiterhin, daß eine Lehrergewerkschaft nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse Erfolg haben könne - also nur i m DGB. Nach dem Ausschluß wurde diese Position erstmals auch grundsätzlich angekratzt. So schrieb das damalige

lich angekratzt. So schrieb das damalige

Vorstandsmitglied Helmut Horst im Mai 77: *„Was hat denn z.B. der GEW BERLIN das Dach DGB in der Vergangenheit genutzt? Gegenüber einer GEW, die nicht an die sozialdemokratische Leine zu legen war, wahrte der DGB Distanz, wenn er nicht, wie bei der Urabstimmung (für einen Lehrerstreik, Anm. AK), offen gegen die GEW Partei ergriff* ... **Der DGB darf nicht zum Fetisch gemacht werden! Diese Fetischisierung des DGB ist uns in Berlin teuer zu stehen gekommen"** ("BLZ" 5/77). Und schon im April hatte Diethart Kerbs zu dieser Frage geschrieben: *„Na klar stehen die meisten von uns auf der Seite des Proletariats - erst recht, wenn es ein kämpfendes ist.* **Ob aber das Eintreten für das Proletariat zwangsläufig an die Mitgliedschaft im DGB gekoppelt sein muß, ist noch strittig"** („BLZ", 4/77). Dies wurde in einer Zeit ausgesprochen, als die Hoffnungen auf eine baldige Wiederkehr in den DGB gegen Null gesunken waren. Heute dagegen ist es wieder zu einem Tabu geworden, diese Frage auch nur anzusprechen, jedenfalls findet sie nicht den mindesten Eingang in die Stellungnahme der Übertrittsbefürworter. Dies rührt aus der gleichen Haltung her, die den Jusos zwar ein Jahr vor entsprechenden Wahlen eine „radikale" Kritik an der SPD „erlaubt", die jedoch wie Butter in der Sonne schmilzt, wenn der Wahltermin vor der Tür steht. Ob es sich um den Fetisch SPD oder DGB handelt, die Grundhaltung gleicht sich aufs Haar: solange radikale Diskussionen keine Konsequenzen haben, sind sie erlaubt. Bestände aber nur die M ö g l i c h k e i t, daß damit ein Bruch mit diesem Fetisch in Gang gesetzt wird, herrschen sofort wieder die alten Tabus: darüber spricht man nicht (um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: dies ist keine Wertung der oben zitierten Personen, deren augenblickliche Meinung wir gar nicht kennen; es handelt sich lediglich um eine Aussage darüber, daß diese Positionen zwangsläufig in Entscheidungssituationen nicht mehr gestellt werden).

Stattdessen wird die Frage auf das scheinbar „konkrete" verschoben.

In der Stellungnahme wird konstatiert, daß eine vom DGB abgespaltene GEW keine Chance habe, ihre gewerkschaftlichen Ziele durchzusetzen, denn: *„Bei drei Lehrerorganisationen* (GEW Westberlin, GEW im DGB und Lehrerverband, Anm. AK) *in Berlin wäre auf Jahre hinaus keine davon kampf- und streikfähig."*

Dies sei jedoch die Voraussetzung für eine Gewerkschaft. Es wird im weiteren zwar zugegeben, daß bei einer Rückführung in den DGB enorme Schwierigkeiten auftreten werden, es wird dann jedoch als gewichtigstes Argument ins Feld geführt, daß **„die GEW (Bund) ... eine Organisation mit Durchsetzungskraft"** ist. Es wird dann zwar noch zugestanden, daß zwischen Durchsetzungskraft und Durchsetzungswillen ein tiefer Graben liegt. Übersprungen wird dieser jedoch leichtfüßig mit dem Hinweis auf oppositionelle Kräfte in anderen Verbänden und die „Veränderbarkeit"

willen ein tiefer Graben liegt. Übersprungen wird dieser jedoch leichtfüßig mit dem Hinweis auf oppositionelle Kräfte in anderen Verbänden und die „Veränderbarkeit"

dieses Zustands, da die rechte und abwieglerische Gewerkschaftspolitik *„nicht nur Fristers böse Intriganz (ist), sondern auch Ausdruck der gesellschafts-politischen Verhältnisse in der Lehrerschaft"*. Und so kommen sie zu dem Schluß: **„Wir sehen deshalb in der Rücknahme der Kündigung bzw. in der Arbeit in der GEW sowohl die Möglichkeit unmittelbarer gewerkschaftlicher Arbeit mit Erfolgen bei der Verteidigung und Verbesserung der Arbeitssituation wie auch die bessere Möglichkeit einer längerfristigen Perspektive".**

Mit anderen Worten: Wenn sich die Basis radikalisiert, wird sich auch die Gewerkschaftsführung ändern, denn diese besteht ja nicht nur aus „böser Intriganz", sondern ist Ausdruck der Verhältnisse in den Gewerkschaften.

Damit sitzen die Befürworter einer gefährlichen Illusion auf. Denn sie scheinen völlig zu „vergessen", daß Fristers Ideen nicht von der Basis bestimmt werden, sondern von seinem Leben als Gewerkschaftsführer, in völliger Abhängigkeit vom Kapital, von der SPD-Führung und der Regierungsbürokratie. Diese Auffassung wird oftmals als leninistische Agententheorie zu diffamieren versucht. Aber wer kann glaubhaft die Augen davor schließen, daß es heute einen Pakt zwischen den Führern der SPD, dem DGB und den Kapitalistenvertretern gibt, der auf der Grundlage der Sozialpartnerschaftsideologie und der Bestechung mit Posten und Ämtern funktioniert? Damit wird doch die gleiche Illusion zu verbreiten versucht, die die Jusos seit Bestehen mit der Doppelstrategie verfolgen: Immer in der Hoffnung, die Führung lasse sich durch den Druck der Basis zum „Fortschritt" hin bewegen. Hierfür gibt es auch in der GEW keinerlei Belege. Alle Versuche, eine konsequente Gewerkschaftspolitik durchzusetzen, sind nicht vorrangig an den Mitgliedern, sondern an der Führung gescheitert. Das wissen natürlich auch die Befürworter eines Übertritts. Sie versuchen sich allerdings dadurch aus der Affäre zu ziehen, indem sie auf die „gesellschaftspolitischen Verhältnisse der Lehrerschaft" hinweisen. Dies trifft jedoch nur insofern zu, als die große Mehrheit der Mitglieder immer wieder den Kopf voller Illusionen über ihre sozialdemokratischen Führer hat. Verschärfend kommt hinzu, daß es gerade die linken Sozialdemokraten sind, die die SPD- und DGB-Führung decken und mit dem Hinweis auf die „gesellschaftspolitische Lage" die Unmöglichkeit von bestimmten Kampfschritten predigen. Oder wie ist es sonst zu verstehen, wenn der linkssozialdemokratische Vorsitzende der Hamburger GEW, Lemke, nach der Absetzung der Mobilisierung gegen die letzten Besoldungsverschlechterungen durch den Bundesvorstand ausdrücklich ein Verbot ausspricht, dies auf einer Gewerkschaftsversammlung zu kritisieren.

Dies soll gerade für die GEW Westberlin n i c h t den Widerspruch zwischen „reaktionärer" Führung und „fortschrittlicher" Basis aufbauen, aber konsequent darauf hinweisen, daß auch in dieser Gewerkschaft, trotz aller Erfahrungen, die Illusionen in die Wandelbarkeit der Gewerkschaftsführung verbreitet werden.

Wie stark ist die GEW Westberlin?

Wenn die Sprache auf die Wahrung der Mitgliederrechte kommt (insbesondere den Schutz vor den UVBs), wird mit Vorliebe auf die Stärkeposition des Verbandes verwiesen, der die Möglichkeiten des Bundesvorstands beträchtlich einschränke: *„Unseres Erachtens folgt daraus, daß die Anwendung bzw. Nichtanwendung der UVBs wesentlich durch die politische Situation in einem Landesverband bestimmt wird"* (Stellungnahme).

Keineswegs soll hier geleugnet werden, daß eine klare Haltung eines Landesverbandes die Gewerkschaftsführung zu taktischen Zugeständnissen zwingen kann. Doch auch dies gilt wiederum nur für den taktischen Bereich. Grundsätzlich hat gerade die GEW Westberlin entgegengesetzte Erfahrungen machen müssen. Obwohl der Verband anfangs geschlossen hinter einer linken Gewerkschaftspolitik stand, hat Frister den Ausschluß vollzogen. Und obwohl heute in vielen Fällen große Teile der Belegschaft hinter den oppositionellen Betriebsratslisten stehen, werden diese in der Regel ausgeschlossen. Und wie sieht es denn mit der Stärke der GEW Westberlin selbst aus? Unbestreitbar ist, daß sie zwei Jahre eigenständig lebensfähig war — ob das jedoch reicht, um innerhalb des DGB eine Wende herbeizuführen, ist zumindest zweifelhaft.

Denn obwohl 1976 die große Mehrheit gegen Fristers Politik stand, hat sich dennoch eine deutliche Mehrheit für die Bundessatzung und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgesprochen, um in der GEW/Bund zu verbleiben. Es wurden also weitgehende Abstriche von den eigenen gewerkschaftspolitischen Vorstellungen gemacht, weil es scheinbar keine Alternative zu der Erpressung gab.

Heute können wir feststellen, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der scheinbaren Wandlung Fristers erliegt, ohne diese Position grundsätzlich zur Diskussion zu stellen. Wer will denn tatsächlich garantieren, daß es nicht schon bei den ersten Ausschlüssen lediglich bei verbalen Protesten bleibt, die für Frister keinerlei Folgen haben? Es bleibt auch noch die Frage, welche Möglichkeiten sich überhaupt ausgerechnet werden, einer Ausschlußpraxis w i r k u n g s v o l l zu begegnen?

Vor einer Entscheidung: Klarheit schaffen

Vor einer Entscheidung: Klarheit schaffen

Dies alles spricht (noch) nicht gegen die Rückkehr in den DGB. Es spricht jedoch für eine grundsätzliche Debatte in der gesamten Mitgliedschaft über die Vor- und Nachteile eines solchen Schritts. Es spricht d a f ü r, vor solch einem Schritt darüber Klarheit zu verschaffen, daß dies ein R ü c k s c h r i t t für die gewerkschaftspolitische Linie der GEW Westberlin bedeutet. Großer Schaden am gesamten Verband würde gerade dadurch entstehen, wenn der Übertritt in der Illusion erfolgen würde, daß damit innerhalb der GEW/Bund die fortschrittlichen Kräfte wesentlich mehr Einfluß auf die Entscheidungen erhalten würden.

Sollte nach einer solchen Diskussion die Mehrheit den Anschluß wollen, dann aber doch mit der klaren Erkenntnis, daß dies ein Schritt zurück ist, von dem aus zwei Schritte vorwärts e r h o f f t werden.

Allen Beteiligten ist wahrscheinlich klar, daß dies ein entscheidender Schritt für die Existenz der GEW Westberlin ist. Der Ausschluß wurde von der Mehrheit der Mitglieder als ein Unrecht empfunden, das wieder „gut gemacht" werden muß. Heute sollte ebenso klar geworden sein, daß dies mehr als ein Unrecht, nämlich die logische Praxis der DGB-Politik ist. Trotzdem gibt es auch heute wieder, genauso wie 1976, eine Reihe von Kräften, die einen Übertritt ohne eine grundsätzliche Abwägung propagieren, da sie ebensowenig wie die Jusos einsehen w o l l e n, daß SPD- und DGB-Führung nicht umzudrehen sind.

Daß es diese unterschiedlichen Auffassungen gibt, ergibt sich logischerweise aus der Zusammensetzung der GEW Westberlin, die ein Spektrum von Sozialdemokraten bis hin zu „K-Gruppen" enthält. Nach den Erfahrungen des Ausschlusses 1976, bei dem die linken Sozialdemokraten um Kujawa entscheidende Schützenhilfe geleistet haben, sollte diesmal zumindest gewährleistet sein, daß eine sachliche Diskussion um die Perspektiven möglich ist.

WERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT
Deutschen Gewerkschaftsbund

GEW Postfach 180 170 6000 Frankfurt/Main 18

Herrn
Gerhard Schmidt
c/o GEW Berlin (Berliner Verband der Lehrer und Erzieher)
Ahornstraße 5
1000 Berlin 30

2. stellv. Vorsitzende

10. Oktober 1978
V/vA/Ka

Lieber Gerhard Schmidt,

uns liegt eine von Dorothea Härlin unterschriebene, im Namen einer "Kommission für westdeutsche Kontakte der GEW Berlin" herausgegangene Einladung zu einem "Treffen" am 21./22. Oktober 1978 "im Raum Frankfurt" vor, das einem Informationsaustausch zwischen der GEW Berlin und Kollegen aus unseren Landesverbänden dienen soll.

Der Geschäftsführende Vorstand der GEW hat sich auf seiner letzten Sitzung mit diesem Vorgang befaßt. Er hält es für schädlich für die Verhandlungen, derartige Fraktionstreffen durchzuführen und auf die Willensbildung in der GEW Einfluß zu nehmen.

Wenn Ihnen, dem Landesvorstand und der Verhandlungsdelegation an einer sinnvollen Fortführung unserer Gespräche gelegen ist, erscheint uns die Absetzung derartiger Aktivitäten dringend angeraten.

Der Geschäftsführende Vorstand hat den Mitgliedern der GEW gegenüber die Erwartung geäußert, an derartigen Treffen nicht teilzunehmen.

Da wir kein Interesse daran haben, den Konflikt zu eskalieren und die Verhandlungen zu erschweren, haben wir derzeit von allem abgesehen, was diesen Vorgang in eine gewerkschaftsöffentliche oder gar öffentliche Diskussion bringen könnte. Deshalb geht auch dieser Brief an Sie persönlich. Ich verbinde damit allerdings die Erwartung, daß Sie Ihren Einfluß geltend machen, um eine solche Störung und Behinderung unserer Verhandlungen auszuschließen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Siegfried Vergin

F.d.R.:

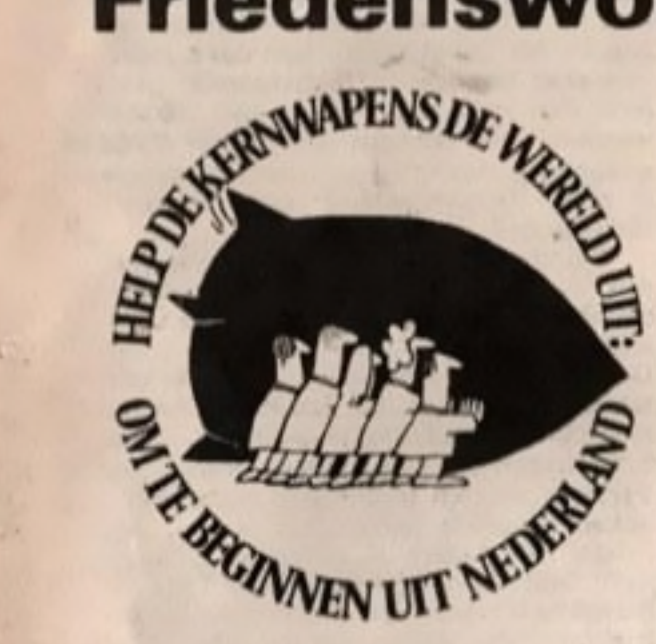
Diesen anmaßenden Brief erhielt der 1. Vorsitzende der GEW Westberlin von seinem Verhandlungspartner aus dem Bundesvorstand. Wenn dies schon der Ton gegenüber einer von der GEW/Bund formal unabhängigen Organisation ist, wie wird dieses Verhältnis dann erst bei einem Übertritt aussehen? Doch diesmal hatten sich Vergin und Frister verrechnet: Auf seiner letzten Vorstandssitzung wurde das im Schreiben angekündigte Treffen ausdrücklich bestätigt, allerdings davon abhängig gemacht, ab eine repräsentative Anzahl von GEW-Mitgliedern erscheint.



Niederlande



Friedenswoche 1978: „Helft den Atomwaffen aus der Welt ..."



Rund 3.000 Menschen demonstrierten am letzten Tag der Friedenswoche 1978 (30. September) in t'Harde gegen Atomwaffen: es waren fast dreimal soviel wie im vorigen Jahr.

Friedenswoche wie Demonstration waren vom Interkirchlichen Friedensrat (IKV) organisiert worden. Im IKV arbeiten neun niederländische Glaubensgemeinschaften, darunter die beiden größten (reformierte und römisch-katholische Gemeinde), offiziell zusammen. Seitdem der IKV im letzten Jahr die Friedenswoche unter die Losung *„Helft den Atomwaffen aus der Welt, um anzufangen: aus den Niederlanden"* gestellt hatte — unter dieser Parole standen die Aktionen auch in diesem Jahr — ist die kirchliche Bewegung gegen Atomwaffen beträchtlich angewachsen. Rund 250 örtliche Gruppen beteiligten sich, teilweise unterstützt von den Pazifisten-Sozialisten (PSP) und der Sozialistischen Partei (SP), mit Informationsständen, Diskussionsabenden, Informationsschriften und kleineren Demonstrationen an der Kampagne. Nicht zuletzt die breite Bewegung gegen die Neutronenbombe (s. AK 117, S. 44 und Nr. 126, S. 41) hatte für eine Zunahme des Interesses auch in kirchlichen Kreisen gesorgt.

Im Zusammenhang der Friedenswoche gab der IKV die *„Vredeskrant"* (Friedenszeitung) heraus, in der ein Überblick gegeben wird über die Diskussionen des letzten Jahres um die Entfernung der Atomwaffen aus den Niederlanden. Der IKV will künftig unter diesen Schwerpunkten arbeiten:

- Aufklärung über die tödlichen Gefahren der Atombewaffnung;
- Aufforderungen an die Kirchengemeinden, die Atomwaffen abzulehnen und nach politischen Mitteln zur Durchsetzung dieser Forderung zu suchen;
- Heranziehung von Bündnispartnern aus der ganzen Gesellschaft, um dafür zu sorgen, *„daß der Lärm um die Atomwaffen nicht mehr verstummt, bis sie verschwunden sind."*

Für *„den Austritt aus der Nato"* hat der IKV allerdings nie plädiert. *„Innerhalb des IKV treffen sich Menschen mit unterschiedlichen Auffassungen, Pazifisten und Menschen, die in einem gewissen Maße militärische Verteidigung akzeptieren. Aber alle sind darüber einig, daß es Grenzen gibt. ... Massenvernichtung ist in jedem Fall unannehmbar. Der Meinungsunterschied zwischen den (radikalen) Pazifisten und den Atompazifisten ist sehr wesentlich. Aber in der Kampagne gegen die Atomwaffen können sie einträchtig nebeneinander arbeiten."*

Ungeachtet des Wachstums der Bewegung sieht der IKV schwierigen Zeiten entgegen. Der IKV konstatiert, daß im ersten Jahr der Kampagne nicht soviel Neues zusammengekommen ist. Die Fragen, die aufgeworfen wurden, waren dieselben wie die der „Bannt die Bombe"-Bewegung der 50er Jahre. Und die sei, vermerkt „de Volkskrant" etwas zu pessimistisch, *„schon lange ausgeblutet"*.

Vom „Ausbluten" einer Bewegung kann allerdings schwerlich gesprochen werden, wenn alleine die Bewegung gegen die Neutronenbombe mittlerweile 1,2 Mio. Unterschriften beisammen gebracht und mit der Demonstration der 50.000 in Amsterdam im März eine gewisse Stärke gezeigt hat. Überdies ist auch die Kampagne des Interkirchlichen Friedensrates, trotz aller offensichtlichen reformistischen Beschränktheit, nicht so ohne weiteres abzuweisen: In den Niederlanden regiert derzeit eine „christlich"-rechtsliberale Koalition. Und die „christliche" dieser Parteien, die CDA, die sich noch weniger Kopfschmerzen mit der Atombewaffnung macht als die Sozialdemokraten, bezieht einen erheblichen Teil ihrer Stimmen gerade aus den Kreisen, in die der IKV mit seiner Kampagne hineinarbeitet (nach „de Volkskrant", 23.9., 25.9., 2.10., 4.10.; „Vredeskrant" des IKV, zit. nach „de Volkskrant", 23.9.).

Niederlande-Kommission



Am 30.9. in t' Harde: 3000 Demonstranten fordern: „Weg mit den Kernwaffen", „Harte Aktionen gegen Atomwaffen"

Atomköpfe in den Niederlanden

Auf verschiedenen Plätzen in den Niederlanden befinden sich geheimnisvolle militärische Objekte, die äußerst streng bewacht werden. Sie sind von zwei Zäunen umgeben. Der äußere Zaun wird gewöhnlich durch niederländische Soldaten bewacht, die einen geheimen Bewachungsauftrag haben. Amerikanische Soldaten kontrollieren gewöhnlich den Eingang des Lagerplatzes und bewachen den inneren Zaun. Dort hängt eine amerikanische Flagge. Manche Typen (von Atomköpfen, Anm. AK) *müssen von amerikanischen Technikern ab und zu nachgestellt werden. Als Lagerplatz werden unter anderem genannt: die Flugplätze Volkel, Gilze Rijen, Twente, Leeuwarden, Soesterberg, Woensdrecht und de Peel. Weiter Havelte, 't Harde, Zuidwolde, Oirschot, Ermelo, Rotterdam und Bergen N.H.*

Um den Feind irrezuführen, werden die Atomköpfe mit getarnten Autos oder Hubschraubern von einem zum anderen Lagerplatz transportiert. Oder es wird so getan, als ob, so daß der Feind nie weiß, wo die Waffen sich wirklich befinden. Ein ziemlich stumpfsinniges militärisches Spielchen, denn wenn der Feind nicht weiß, wo die Dinger Liegen, wird er zur Sicherheit alle Lagerplätze bombardieren.

Hinzu kommt noch, daß die Atomwaffen wohl in den Niederlanden liegen, daß wir aber darüber nichts zu sagen haben. Es wird immer von der NATO oder den Amerikanern beschlossen. Sie bestimmen, ob die Waffen gebraucht werden sollen. Die Niederlande haben selbst kein Vetorecht.

Aber darum geht es nicht. Die Dinger müssen raus aus der Welt und da können wir in den Niederlanden mit anfangen.

Aus: „de tribune", Zwei-Wochen-Zeitung der Socialistiese Partij, Nr. 18/78.

Protest der Arbeitslosen und Invaliden

Die von der christdemokratisch-rechtsliberalen Regierung (CDA/VVD) beabsichtigten „Sparmaßnahmen" auf Kosten der Werktätigen haben mannigfaltigen Protest hervorgerufen. Schon vor der offiziellen Vorlage des Haushaltsplans hatten 70.000 Beamte durch eine Demonstration in Den Haag und mit Streiks in vier Großstädten ihre Ablehnung der Regierungspläne kundgetan (AK 136, S. 28).

Die Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP) erstellte eine „Anti-Sparmaßnahmen-Zeitung" mit der für die Niederlande ganz erheblichen Auflage von 700.000 Stück. Weiter hatte die PSP *„national und örtlich die Initiative ergriffen, um zusammen mit anderen Parteien und Gewerkschaftsabteilungen Komitees gegen die Sparpläne zu bilden"* („Anti-Sparmaßnahmen-Zeitung", 2.9.78). In ihrer üblichen (und schlechten) Praxis wandte sich die PSP jedoch nur an die parlamentarischen Parteien, nicht an die außerparlamentarische Linke und auch nicht an die Gewerkschaften („Klassenstrijd", Nr. 10, 16.9.). Ihre Pläne schmolzen auf die traditionelle Bundesgenossenschaft PSP und Radikaldemokraten (PPR) zusammen. Diese führten dann am 23.9. eine Kundgebung in Amsterdam durch, von der die PSP schreibt, daß diese *„nicht so sehr durch eine hohe Besucheranzahl als durch großes Interesse"* („Bevrijding", Nr. 17, 7.10.78) gekennzeichnet war — so kann man's auch sagen...

Auch die Sozialdemokraten (PvdA) die die CDA nicht mit in die Regierung nehmen mochte, versuchten bei der allgemeinen Empörung über die Sparpläne mitabzustauben. Rund 5.000 Menschen waren am 30.9. zu einer PvdA-Kundgebung in Rotterdam gekommen, um dann Ex-Premier Den Uyl und andere PvdA-Prominentia erzählen zu hören: *„wo weniger zu verteilen ist, müssen die stärksten Schultern die schwersten Lasten tragen"* („de Volkskrant", 2.10.). Na ja, aber am Schluß wurde die „Internationale" gesungen, und Joop den Uyl, kräftig das Fäustchen hoch, tat auch mit...

Die Schwächsten ...

Während die Berufstätigen sich zumindest noch in gewissen Grenzen mit Demonstrationen, Streiks und Betriebsbesetzungen gegen die Angriffe auf ihren Lebensstandard wehren können, sind die Arbeitslosen und Arbeitsinvaliden (beim derzeitigen Stand der Arbeiterbewegung) vollkommen hilflos den Angriffen auf ihren Unterhalt ausgesetzt. In den „Sparplänen" der CDA/VVD-Regierung ist neben den Lohnkürzungen in verschiedener Form u.a. auch enthalten, daß die Kosten für den Hausarzt bis zur Höhe von hundert Gulden (gleich DM) selbst getragen und bei einem Krankenhausaufenthalt zehn Gulden täglich selbst bezahlt werden sollen: Bei dem ohnehin schon geringen Einkommen der Arbeitslosen und Invaliden eine einschneidende Maßnahme, die noch dadurch verschärft wird, daß die invaliden Unterstützungsempfänger häufiger ärztlicher Hilfe bedürfen.

Die Anzahl der Unterstützungsempfänger (Arbeitslose, Arbeitsinvaliden) hat sich in den Niederlanden in den letzten zehn Jahren mehr als verdreifacht: Von 164.000 auf 536.000. Im Vergleich mit der arbeitenden Bevölkerung ist der Organisationsgrad der Unterstützungsempfänger jedoch sehr niedrig. Im Allgemeinen Niederländischen Invaliden-Bund (ANIB) waren vor zehn Jahren 3.000 organisiert, heute sind es erst 27.500. Bei den Gewerkschaften sind 80-100.000 Unterstützungsempfänger organisiert; hierbei handelt es sich jedoch fast ausschließlich um solche, die bei einem niedrigen Beitrag in der Gewerkschaft geblieben sind, in der sie auch schon vor ihrer Arbeitslosigkeit oder Invalidität waren. Während von der arbeitenden Bevölkerung rund 40% gewerkschaftlich organisiert sind, sind von den Unterstützungsempfängern nur knapp ein Viertel dem ANIB oder den Gewerkschaften angeschlossen.

Der niedrige Organisationsgrad — und damit die erhöhte Wehrlosigkeit — der Unterstützungsempfänger hängt jedoch nicht nur damit zusammen, daß es häufig die Angehörigen der minder qualifizierten und am schlechtesten bezahlten Berufe mit einem traditionell niedrigen Organisationsgrad sind, die zuerst aus dem Arbeitsprozeß herausgeschleudert und zum Unterstützungsempfänger gemacht werden. Unterstützungsempfänger, die sich erst nach Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit oder Invalidität gewerkschaftlich organisieren wollen, werden häufig von den Gewerkschaftsbürokraten damit abgewiesen, daß sie nicht von der Gewerkschaft „profitieren" dürften.

... beginnen sich zu wehren

Insofern ist es auch zumindest bemerkenswert, daß die Demonstration der Arbeitslosen und Invaliden in Den Haag am 3.10., vom ANIB und dem Gehandikapten-Rat organisiert, von den drei großen Gewerkschaften unterstützt wurde.

Vor 5.000 Teilnehmern hoben die Sprecher die Bedeutung der Unterstützung von Arbeitslosen und Invaliden durch die ganze Gewerkschaftsbewegung hervor. Wim Kok, Vorsitzender der FNV (Zusammenschluß von sozialdemokratischer und katholischer Gewerkschaft) sprach über die Spaltungsversuche der Regierung: *„Die Regierung Van Agt versucht uns zu kaufen, indem sie den arbeitenden Menschen die Erhaltung der Kaufkraft im Tausch gegen Einbußen bei der sozialen Sicherheit und den Sozialmaßnahmen anbietet. Darauf fallen wir nicht herein."* Kok kündigte an, daß bei den Verhandlungen über die Tarifverträge im nächsten Jahr der Schwerpunkt auf *„mehr Arbeit, angepaßter Arbeit und eine bessere Verteilung der Arbeit"* gelegt werde. Nicht fehlen durfte natürlich auch, daß *„die Regierung Van Agt das Recht auf Gewinn für Unternehmer wichtiger findet als das Recht auf Arbeit für den einfachen Mann"* — wenn Sozialdemokraten in der „Opposition" sind, dann ist verbaler Radikalismus schließlich Pflicht und Kür zugleich für den sozialdemokratischen Gewerkschaftsfürsten!

Nichtsdestotrotz: Wim Kok bekam allerhand Beifall. Gar nicht so gut weg kam dagegen Van der Meulen, Vorsitzender des „wirtschaftsfriedlichen" Christlich-Nationalen Gewerkschaftsverbandes (CNV). Seine Unverschämtheiten, daß eben gespart werden müsse und der CNV mit weniger Lohn zufrieden sei, stießen auf solch starken Protest und Buhrufe der Kundgebungsteilnehmer, daß Van der Meulen seine Rede mehrfach unterbrechen mußte. Doch recht schade, daß einer der invaliden Kollegen diesen Vogel nicht mal an seiner Krücke hat riechen lassen...!

(Soweit nicht anders angegeben, nach „de Volkskrant", 2. und 4.10.78)

Niederlande-Kommission



„Heute ich, morgen du" - 5000 Arbeitslose und Invalide demonstrierten am 3.10. in Den Haag gegen die „Sparpläne" der Regierung und die drohende Beschneidung der Sozialunterstützung

Skandinavien

Dänemark: Neue Streiks und Demonstrationen gegen ,,sozialliberale" Regierung!

Am 3. Oktober fanden in Dänemark erneut Demonstrationen und Streiks gegen die Anfang September gebildete Regierungskoalition der Sozialdemokratie mit der rechten Partei ,,Venstre" statt. Anlaß war die Eröffnungsrede des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Anker Jörgensen im Folketing.

Allein in Kopenhagen streikten an diesem Tag 10.000 Arbeiter, die damit einem Aufruf der Schiffbauer der Großwerft B & W gefolgt waren. Der Streikaufruf war entgegen der Abwiegelei der Gewerkschaftsführung erfolgt.

15.000 Arbeiter demonstrierten durch Kopenhagen zum Regierungssitz Christiansborg, um ihren Protest gegen diese Regierung anzumelden, die gleich zu Anfang weitere ,,Spar"-maßnahmen und Lohnabbau angekündigt hatte. Der Führer der Demonstration, Vertrauensmann der B & W-Belegschaft, bezeichnete die Demonstration als Auftakt für landesweite Demonstrationen gegen die Regierung: *,,Eine Demonstration gegen die Regierung der Zusammenarbeit reicht nicht. Wir werden weiterhin unsere Unzufriedenheit manifestieren... Der Kampf muß an den Arbeitsplätzen weitergeführt werden!"* In vielen Reden wurden diese Ankündigungen bekräftigt, u.a. hieß es: *,,Bisher haben wir nur Unterschriften gegen die Übergriffe auf die Arbeiterinteressen gesammelt. Aber jetzt ist es notwendig, eine Generalmobilisierung aller Gewerkschafter einzuleiten."*

Der Vorsitzende der Maurer-Gewerkschaft von Kopenhagen forderte LO (Dachverband der Einzelgewerkschaften) auf, Kampfmaßnahmen durchführen zu lassen: *,,Wenn wir Arbeiter wollen, können wir die Politik bestimmen, die in diesem Land gemacht wird. Wir müssen darum LO auffordern, nicht nur verbal, sondern auch in der Tat landesweite Aktivitäten an den Arbeitsplätzen einzuleiten."*

Zum Abschluß der Demonstration wurde eine Resolution verabschiedet, in der gefordert wird: Vollbeschäftigung, eine gerechte Steuerreform, soziale Wohnungspolitik, Stop von Spekulationen mit gesellschaftlichem Eigentum, Auszahlung der eingefrorenen Teuerungsraten und die Garantie, daß in Zukunft die Teuerungsraten ausgezahlt werden. Zur Realisierung dieser Forderungen wurde der Rücktritt der Regierung und die Bildung einer ,,Linkskoalition" gefordert (Angaben nach ,,Information", 4.10.).

Skandinavienkommission



Neue Streiks und Demonstrationen gegen ,,sozialliberale" Regierung

Regierungskrise in Schweden

Ministerpräsident Fälldin (Zentrumspartei) ist nach einigem Hin und Her Anfang Oktober zurückgetreten, seine Partei aus der Koalition ausgeschieden. Letzter Anlaß dafür war, daß Fälldin in der Kernenergiefrage nicht noch weiter zurückweichen konnte, als bisher geschehen.

Ola Ullsten, der Vorsitzende der Volkspartei (,,liberal"), die mit den rechten Moderaten und Centern bisher eine Regierungskoalition bildete, wird jetzt eine Minderheiten-Regierung aus den verbleibenden Koalitionspartnern zusammenstellen.

Vor Regierungsantritt im Herbst 1976 war Fälldin mit großen Versprechungen aufgetreten: von den 13 bis 1985 projektierten Atomkraftwerken sollten die 3, die erst in der Planung waren, nicht gebaut werden, die 5 im Bau befindlichen sollten nicht aufgeladen oder erst gar nicht fertiggestellt werden, die 5, die schon im Betrieb waren, sollten nach

wird jetzt eine Minderheiten-Regierung aus den verbleibenden Koalitionspartnern zusammenstellen.
Vor Regierungsantritt im Herbst 1976 war Fälldin mit großen Versprechungen aufgetreten: von den 13 bis 1985 projektierten Atomkraftwerken sollten die 3, die erst in der Planung waren, nicht gebaut werden, die 5 im Bau befindlichen sollten nicht aufgeladen oder erst gar nicht fertiggestellt werden, die 5, die schon im Betrieb waren, sollten nach

und nach stillgelegt werden (NZZ, 4.9.76 und FAZ 9.9.76).

Diesen Versprechungen hatte Fälldin nicht zuletzt seinen Wahlsieg zu verdanken. Und er hatte oft genug erklärt, daß er mit seinem Gewissen nicht handeln lasse... Allerdings gingen die Fälldinschen Kompromisse schon einen Monat nach den Wahlen bei der Regierungserklärung los (DN 8.1o.76): Der 6.Reaktor sollte in Betrieb genommen werden, die Arbeit am 7. bis 11. fortgesetzt werden. Thorbjörn Fälldin verfolgte seitdem die Taktik, vor einem sich ankündigenden Kompromiß stets gewisse ,,Bedingungen" zu stellen, die vor seiner Zustimmung erfüllt sein mußten, Bedingungen, die auf den ersten Blick sehr streng wirkten, die aber mit Hilfe der Kernenergieindustrie schnell ,,erfüllt" werden konnten. So geschehen bei Barsebäck 2, zu dessen geplanter Aufladung eine internationale Großdemonstration im Herbst 77 stattgefunden hatte. Damals sollte das Aufbereitungsproblem gelöst werden. Das ,,klappte" bis Weihnachten 77. Und nach jedem ,,Nachgeben" von Fälldin folgte die nächste Versprechung: nun wird aber überhaupt keine Genehmigung mehr erteilt werden.

Die bisher fertiggestellten Reaktoren 7 - 9 stehen jetzt vor der Aufladung, und Fälldins neue ,,Bedingung" lautete: die Endlagerung müsse gesichert werden. Eine Forderung, die nirgends auf der Welt zufriedenstellend gelöst werden konnte. Aber in Schweden konnte das - zur Zufriedenheit der sozialdemokratischen Opposition und der liberal-konservativen Koalitionsteile-"erledigt" werden. Man fand einen angeblich sicheren Berg aus Urgestein (siehe Kasten ,,Bohrlöcher") (DN 3o.9.78).

Auf die immer stärker werdenden Proteste aus den eigenen Reihen der Zentrumspartei (große Teile des Jugendverbandes CUF und der Frauenorganisation sind AKW-Gegner) trat der Energieminister Johansson auf den Plan. Er, der bisher nur mit wenigen Kompetenzen und einer Alibifunktion ausgestattet war, verlangte ein sorgfältigeres Herangehen an die Endlagerungsuntersuchungen, stellte neue Bedingungen und forderte erwiesene Sicherheit für alle Zeiten. Johanssons Auftritt als der Vertreter der Anti-AKW-Bewegung in der Zentrumspartei signalisierte eine bedrohliche Situation. Nach einigem Hin- und Hertaktieren hielt Fälldin es für angebracht, sich vor seinen Energieminister zu stellen, um ein Zerbrechen der eigenen Partei nicht zu riskieren. Die Vorsitzenden der Liberalen und der Moderaten waren danach nicht mehr bereit, noch irgendwelche Bedingungen in Bezug auf die Endlagerungslösung anzuerkennen.

Sie erhofften sich für die Zeit bis zum Ende der Legislaturperiode im Herbst 79 eine Minderheitenregierung, die in der Kernenergiedebatte ganz sicher auf die Unterstützung der Sozialdemokraten rechnen kann, die das Atomenergieprogramm in Schweden eingeführt hatten.

Skandinavienkommission

Kasten ,,Bohrlöcher") (DN 3o.9.78).
Auf die immer stärker werdenden Proteste aus den eigenen Reihen der Zentrumspartei (große Teile des Jugendverbandes CUF und der Frauenorganisation sind AKW-Gegner) trat der Energieminister Johansson auf den Plan. Er, der bisher nur mit wenigen Kompetenzen und einer Alibifunktion ausgestattet war, verlangte ein sorgfältigeres Herangehen an die Endlagerungsuntersuchungen, stellte neue Bedingungen und forderte er-
gendwelche Bedingungen in Bezug auf die Endlagerungslösung anzuerkennen.
Sie erhofften sich für die Zeit bis zum Ende der Legislaturperiode im Herbst 79 eine Minderheitenregierung, die in der Kernenergiedebatte ganz sicher auf die Unterstützung der Sozialdemokraten rechnen kann, die das Atomenergieprogramm in Schweden eingeführt hatten.
Skandinavienkommission

Drei Bohrlöcher sind nicht genug!

Zum Ausbruch der schwedischen Regierungskrise haben einige Bohrlöcher entscheidend beigetragen.

Die schwedische Gesellschaft KSB, die die Lagerung von Kernbrennstoffen betreibt, gab vor ca. einem Jahr einen Forschungsauftrag an das staatliche geologische Forschungsinstitut SGU, um die Möglichkeiten der ,,gefahrlosen Endlagerung" von Atommüll in einem Berg zu untersuchen. Der Auftrag und die finanziellen Mittel wurden von vorneherein auf ein Jahr begrenzt (DN, 3o.9- 6.1o.78).

Das Material über die Probebohrungen (7 Löcher gebohrt, davon 3 fertiggestellt) diente den KSB-Chefs dann dazu, die Frage nach der Lagerung von hochradioaktiven Atommüll als gelöst zu beantworten - ganz im Sinn von Volkspartei und Moderaten in der Regierungskoalition.

Die forschenden Geologen hatten sich daraufhin in einem Artikel in ,,Dagens-Nyheter" (5.1o.) gegen diese Interpretation gewandt und nachgewiesen, daß zur gesicherten Auskunft wesentlich mehr Probebohrungen nötig wären und, daß sie lediglich die M e t h o d e n zur Bohrung erforscht hätten, noch nicht die Lagerung selbst. Zur endgültigen Lösungsfindung wären mindestens 1oo Löcher nötig (Logisch, daß dieser Berg dann für eine Lagerung nicht mehr in Frage gekommen wäre!). Schon die 7 Probelöcher allerdings hatten gezeigt, daß der erprobte Berg von zahlreichen Rissen und Schotterschichten durchzogen ist. Für die Lagerung von Ölvorräten wurden schon wesentlich sorgfältigere Studien erstellt!

Am 6.1o. (DN) verlangte KSB von den Geologen, daß sie diese Aussagen zurücknehmen (!) sollten. Sie wären nur die ausführenden Forscher gewesen, denen es nicht zustände, die Ergebnisse zu deuten ! Ein Maulkorb von der Kernenergieindustrie verordnet für die staatlichen Forscher!

Dänemark: Sechs Jahre EG-Mitgliedschaft —

Dänemark: Sechs Jahre EG-Mitgliedschaft — kein Grund zum Feiern!

Zum sechsten Mal jährte sich am 2.Oktober der Beitritt Dänemarks zur EG. Während dieser Schritt für die dänische Bevölkerung keine Vorteile brachte, blieb der einzige Nutznießer das dänische Kapital. Antikapitalistische Parolen überwiegen auch in der jährlich von EG-Gegnern organisierten Demostration in Kopenhagen. In diesem Jahr waren es 3.ooo Menschen, die ihren Protest gegen die EG-Mitgliedschaft zum Ausdruck


3000 Teilnehmer bei der jährlich stattfindenden Demonstration gegen den Beitritt Dänemarks in die EG.

brachten. Diese Zahl ist also beträchtlich gesunken, wenn man bedenkt, daß es im Vorjahr noch 2o.ooo Demonstranten waren. Trotz dieses Faktes hat sich nach der letzten Meinungsumfrage die Zahl der EG-Gegner weiter erhöht. Heute würden in Dänemark 43 Prozent der Wahlberechtigten sich gegen eine EG-Mitgliedschaft aussprechen, im Jahre 1972 - beim EG-Beitritt also - waren es nur 33 Prozent. Während bei der Volksabstimmung im Jahre 1972 noch 57 Prozent den Beitritt bejahten, wären es heute nur noch 15 Prozent. Die dänische Bevölkerung hat die Hoffnung auf Verbesserung ihrer Situation, denn das wurde ihr vom Kapital damals geweissagt, teuer bezahlen müssen.

,,Es geht um Tausende von Arbeitsplätzen. . . Die Gemeinschaft - ein glückliches Familienleben. . ." mit diesen Sprüchen versuchten damals die bürgerlichen Parteien, allen voran die Sozialdemokraten, die Menschen für die Pläne des dänischen Kapitals zu fangen. Heute, sechs Jahre nach den großartigen Versprechungen, sieht die Situation folgendermaßen aus:

Gab es 1972 schon 3o.ooo Arbeitslose, so sind es heute über 18o.ooo oder knapp 12 Prozent! Und das harmonische, glückliche Familienleben hat sich als Illusion entpuppt; denn zunehmend versuchen die EG-Großmächte und hier besonders der BRD-Imperialismus Einfluß zu nehmen auf das politische Geschehen in Dänemark. Dänemark ist also in der Situation gehorchen zu müssen, da ansonsten Repressionen seitens der ,,Partner" drohen würden. Sicherlich hat die oben geschilderte Situation dazu beigetragen, die kurz nach dem EG-Beitritt entstandene ,,Volksbewegung gegen die EG" zu verbreitern. Heute zieht die ,,Volksbewegung" in Erwägung, zum Europa-Parlament zu kandidieren. Ziel soll es sein, damit die breite Ablehnung der EG durch die dänische Bevölkerung zu demonstrieren. Zu diesem Zweck haben die gegründeten Komitees 1oo.ooo Unterschriften gesammelt, 62.ooo sind für die Eigenkandidatur notwendig. (nach ,,Information", 3.1o.78)

Belgien

Neue faschistische Provokationen in Antwerpen

Wiederholt berichteten wir über faschistische Umtriebe im flämischen Teil Belgiens. Jetzt haben sie erneut zugeschlagen: Am Morgen des 29.9. wurde im linken Buchladen "Het Rode Boek" in Antwerpen zufällig ein Feuer entdeckt, gerade noch rechtzeitig, um eine Katastrophe – der Laden befindet sich in einer dicht bebauten Straße – zu verhindern. Trotzdem brannte ein Teil des Ladens aus;der Sachschaden beträgt über 1 Mio. bFr. (ca. 60.000 DM). Die Polizei stellte Brandstiftung als Ursache fest. Obwohl bisher der Beweis fehlt, ist der Kreis der Urheber unschwer auszumachen: Am Sonnabend, dem Tag nach dem Brandanschlag, fand eine Demonstration flämischer Faschistengruppen (VMO, Voorpost, Were Di, Vlaams National Partij) zur Unterstützung des rassistischen Apartheid-Regimes in Südafrika statt, was die Antwerpener "Anti-Faschistische-Front" – zu der auch die "Amada" gehört, die den zerstörten Buchladen betreibt, zum Anlaß für eine Gegenmobilisierung nahm.

Bezeichnend für die Haltung der sozial-demokratischen Stadtväter: trotz des Brandanschlags wurde nicht etwa der Faschisten-Aufmarsch verboten, sondern die Gegenkundgebung der Antifaschisten! So konnten 250 Nazis mit Transparenten wie ,,Rood is Moord" (,,Rote sind Mörder") und ,,Kommunisme neen, Apartheid ja" (,,Kommunismus nein, Apartheid ja") unter dem Schutz einer voll ausgerüsteten Truppe von 150 Polizisten durch die Straßen ziehen. Während vier der 250 protestierenden Antifaschisten wegen des Besitzes von Schildern festgenommen und bis abends festgehalten wurden, konnten die Faschisten unbehelligt ihre Knüppel schwingen.

Belgien-Kommission

England

Labour-Parteitag 78

Im Vergleich zum Vorjahr verlief der Labourparteitag Anfang Oktober in Blackpool recht munter. Nachdem zwei Wochen zuvor der Gewerkschaftskongreß unter dem Eindruck des Fordarbeiterstreiks die 5%-Lohnleitlinien der Labour-Regierung abgelehnt hatte, stand diese Frage auch im Mittelpunkt des Parteitages. Gleich am ersten Tag beschloß der Parteitag – obwohl Premier Callaghan mit Rücktritt drohte und der „linke" Michael Foot lamentierte, die Wiederwahl von Labour stehe auf dem Spiel – mit einer 2 : 1 Mehrheit die Ablehnung jeglicher staatlicher Lohnbeschränkung (die Politik von Labour seit vier Jahren!). Begründet wurde das mit den Aussagen, die staatlichen Lohnleitlinien hätten den Arbeitern nur einen sinkenden Lebensstandard eingebracht, die Profite der Unternehmer seien demgegenüber gestiegen. Lohnplanung sei nur in einer sozialistischen Planwirtschaft akzeptabel. Der Parteivorstand wurde darüberhinaus aufgefordert, eine Kampagne gegen Lohnkontrollen und für einen höheren Lebensstandard anzuleiern.

Diese Entscheidung macht deutlich, daß man es für notwenig hält, auf die breiten Arbeitskämpfe (Ford, British Oxygen) gegen die Labour Wirtschaftspolitik zu reagieren. Um nicht in der Arbeiterklasse einer noch größeren Wut und Enttäuschung über das kapitalistische System und seine Parteien Vorschub zu leisten, faßt man solche Vorzeige-Beschlüsse, die die Regierung natürlich in keiner Weise binden. Andererseits aber beweisen sollen, daß das Herz der Labour Party „eigentlich" noch für die Arbeiterklasse schlägt.

Übrigens steht Labour damit nicht allein: der Parteitag der Konservativen, der traditionell kurz nach dem der Labour Party abgehalten wird, beschloß ebenfalls die „Forderung nach freien und verantwortungsbewußten Lohnverhandlungen ohne (!) Einmischung der Regierung" (FR, 12.10.78)! Man muß sich nur noch einmal vor Augen führen, daß es die konservative Heath-Regierung war, die 1974 durch den Streik der Bergarbeiter gegen staatliche Lohnleitlinien gestürzt wurde...

Am zweiten Tag war in Callaghans zentraler Rede von Rücktritt keine Rede mehr, er ließ auch deutlich erkennen, daß er nicht zu Zugeständnissen bereit sei, sondern drohte, daß die Macht der Gewerkschaften, die
Rede mehr, er ließ auch deutlich erkennen, daß er nicht zu Zugeständnissen bereit sei, sondern drohte, daß die Macht der Gewerkschaften, die
das Leben der Nation beeinträchtigen, „in konstruktive Bahnen gelenkt" werden müsse. Da sein Hauptziel die Bekämpfung der Inflation sei, müsse er dieses notfalls mit geldpolitischen Maßnahmen zu erreichen suchen, was 200.000 mehr Arbeitslose bedeuten könne – wenn sich die Gewerkschaften nicht einsichtig zeigten. Er bot den Gewerkschaften Gespräche an, beharrte aber darauf, daß es in jeder Vereinbarung um „die Niedrighaltung der Lohnkosten" ginge. Alternative zum Maßhalten sei der „Einsatz von Mitteln, die unangenehm sein werden."

Die ersten Beratungen zwischen Gewerkschaftsführung und Regierung sollten am 10.10. stattfinden.

Weitere Beschlüsse

Nominierung von Parlamentskandidaten: Die Parteilinken hatten erneut ihren Antrag vom Vorjahr eingebracht, daß sich auch alteingesessene Parlamentsabgeordnete bei jeder Neuwahl wieder automatisch neu um ihre Kandidatur bewerben müssen. Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, Parlamentsabgeordnete, mit denen die Parteibasis nicht zufrieden ist, abzuwählen. Dies hat in der Vergangenheit zu heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen geführt (und zur Abwahl z.B. von Rechtsaußen Reg Frentice, ehemaliger Labour Minister, der seither nicht mehr kandidieren konnte) und schmeckt der Parteibürokratie natürlich überhaupt nicht.

Dieser Antrag kam allerdings wieder nicht durch. Beschlossen wurde ein Kompromiß des Parteivorstandes, danach soll nach 18 bis 36 Monaten Amtszeit jede einzelne Wahlkonferenz darüber befinden, ob ein neues Nominierungsverfahren eingeführt werden soll.

Der weitergehende Antrag der Linken kam deshalb nicht durch, weil sich der Metallgewerkschaftsboss Scanlon nicht an den Auftrag seiner Gewerkschaft hielt, sondern mit seinem Stimmenblock der Abstimmung fernblieb. Angeblich wäre er über das Abstimmungsverfahren verwirrt gewesen und forderte lautstark Wiederholung der Abstimmung. Diese wurde aber nicht gewährt, da man schließlich 'nicht jede Abstimmung wiederholen könnte'...

Verstaatlichung: Gefordert wurde Verstaatlichung des Ackerlandes angesichts des Ausverkaufs ins Ausland und der Abschöpfung der Grundrente durch die Großgrundbesitzer.

Nach der Verstaatlichung des Nordseeöls soll aus den Profiten ein Arbeitsplatzprogramm finanziert werden.

Europäische Gemeinschaft: An die Adresse von Helmut Schmidt richtete sich eine Resolution, in der seine Vorschläge für eine Währungsunion abgelehnt werden. Voraussetzung für die weitere Mitgliedschaft in der EG sei eine grundsätzliche Reform in Richtung auf einen lockeren Zusammenschluß von völlig unabhängigen Staaten. Diese Auffassung soll auch ins künftige Wahlprogramm aufgenommen werden.

Atomwaffen: Die Delegierten waren gegen Entwicklung und Produktion von Atomwaffen aller Art, einschließlich der Neutronenbombe. Die Regierung wurde aufgefordert, internationale Verhandlungen zur Ächtung der Neutronenbombe aufzunehmen.

Sanktionen gegen Rhodesien: Zu den jüngst bekanntgewordenen Verstößen seitens des halbstaatlichen Ölkonzerns BP gegen die internationalen Sanktionen (Lieferstop) gegen die Smith-Regierung wurde ein Untersuchungsausschuß mit dem Ziel der Bestrafung der Verantwortlichen gefordert.

Eine ziemliche Scheinheiligkeit – wenn man bedenkt, daß die Labour-Regierung hier über ihre Leute im halbstaatlichen Konzern direkt oder indirekt ihre Hände im Spiel haben dürfte!!

Antirassismus: Es gab zwar militante Reden gegen rassistische Umtriebe, jedoch wurde eine Resolution zur Abschaffung aller Einwanderungskontrollen, die sich ausschließlich gegen Farbige richten, abgelehnt. Ein weiterer Antrag auf eine verstärkte Kampagne für ein Verbot der National Front und anderer rassistischer Organisationen wurde ohne Abstimmung an den Vorstand überwiesen.

AKW: Ein sehr vorsichtiger Antrag gegen die Erweiterung der Wiederaufbereitungsanlage in Windscale wurde abgelehnt: Hugh Scanlon meinte dagegen, AKWs hätten noch keinen einzigen Toten gefordert, was man mal mit Verkehrsunfällen, Seuchen und Naturkatastrophen vergleichen sollte. Außerdem hätte
keinen einzigen Toten gefordert, was man mal mit Verkehrsunfällen, Seuchen und Naturkatastrophen vergleichen sollte. Außerdem hätte
der Parker-Untersuchungsausschuß zu Windscale ja auch befunden, daß die Lagerung von Atommüll sicher sei. Und darauf könnte sich die Regierung ja wohl verlassen.

Fabrikbesetzungen: Ein Labourgesetz macht seit 1977 Haus- und Fabrikbesetzungen quasi illegal. Ein Antrag forderte die Abschaffung dieser Bestimmungen und *„die Anerkennung der Bedeutung von Besetzungen für die Sicherung der Interessen der Werktätigen"* sowie die Verurteilung des Einsatzes von Polizei und Gerichten zwecks Einschüchterung.

Allan Sapper, Generalsekretär der Gewerkschaft der Kinotechniker, sagte in der Antragsbegründung, daß es *„eine Verbindung gäbe zwischen dem neuen Gesetz und der (MEK-ähnlichen) Special Patrol Group, zwei Regierungsmaßnahmen mit dem Zweck, die Rechte einzuschränken, die wir in vielen Jahren erkämpft haben"*. Er verwies außerdem auf die Bedeutung dieser Gesetze angesichts der bevorstehenden Arbeiterkämpfe auf Grund des technologischen Wandels und der Vernichtung von Arbeitsplätzen. Der Antrag wurde mit einem Stimmenverhältnis von etwa 4:3 abgelehnt.

Law and Order: Doch nicht alle Anträge wurden abgelehnt: Ein Antrag forderte *„Taten zur Bekämpfung von Vandalismus, mutwilliger Zerstörung und sinnloser Gewalt"*, denn es herrsche *„Mord und Totschlag auf unseren Straßen"* und es gäbe *„hinterhältige Angriffe auf unsre Polizisten"*. *„In bestimmten Gegenden unseres Landes wagen sich die Rentner im Dunkeln nicht mehr auf die Straße"*. Es gab auch Stimmen, die meinten, hiermit würde nur den Rechten nach dem Mund geredet und statt härtere Strafen zu fordern, sollte man lieber die Ursachen untersuchen, denn: *„Wen wundert's, daß Jugendliche zu Vandalen werden, wenn sie keine Arbeit finden und in trostlosen Siedlungen wohnen?"* Der Antrag wurde trotzdem mit einem Stimmenverhältnis von eta 9:4 angenommen. Da müssen sich die Tories für ihren Parteitag schon was einfallen lassen, um das zu überbieten, (Informationen aus „Guardian", 2.-7. 10.78).

England-Kommission

57.000 Ford-Arbeiter im Streik!



In der letzten Septemberwoche traten die 57.ooo Fordarbeiter aus Protest gegen die „vierte Phase" und ein entsprechendes 5%-Angebot der Konzernführung in den Streik.

Ihre Forderung: 2o Pfund pro Woche mehr (entspricht Lohnerhöhungen von etwa 25-3o%), 35 Stundenwoche und mehr Urlaub. „Entweder wir gewinnen, oder Jim Callaghan (der solzialdemokratische Premierminister) gewinnt", so beschrieb ein Fordarbeiter die Fronten in diesem Arbeitskampf.

Ein Ford-Arbeiter verdient in einer 4o Stunden-Woche (Schichtarbeit) durchschnittlich 68 Pfund, nach Abzügen bleiben 46 Pfund über, das sind umgerechnet etwa 184 DM in der Woche, bzw. 736 DM im Monat (Zahlen aus der Zeitung des „Ford-Arbeiter-Verbandes", einer Gruppe linker und sozialistischer Ford-Arbeiter, s.u.).

Die letzten 4 Jahre Labour-Lohnleitlinienpolitik haben dazu geführt, daß der Lohn der Ford-Arbeiter in diesem Zeitraum durch die Inflation um ca. 2o% reduziert wurde. Die geschätzten Profite der britischen Fordniederlassung in diesem Jahr belaufen sich demgegenüber auf ca. 3oo Millionen Pfund. (Zahlen aus „Socialist Challenge", 5.1o.78)

Schluß mit den 5% Lohnleitlinien!

In den vergangenen 4 Jahren hatte es die Labour-Regierung weitgehend geschafft, die Lohnerhöhungen durch staatliche Lohnleitlinien in einem Maß zu begrenzen, daß die Löhne
es die Labour-Regierung weitgehend geschafft, die Lohnerhöhungen durch staatliche Lohnleitlinien in einem Maß zu begrenzen, daß die Löhne
und Gehälter weit hinter der Preisentwicklung zurückblieben. Die Führungen der Gewerkschaften hatten das ihre getan, um die Lohnleitlinien durchzusetzen und jeden Protest im Keim zuersticken. Jetzt wurde ab August die sog. „vierte Phase" der Wirtschaftspolitik der Labour Regierung eingeläutet: Lohnerhöhungen sollen auf keinen Fall die 5% Grenze übersteigen, und das bei Preissteigerungen von ca. 10%.

Der aktuelle Fordarbeiterstreik und auch die Ankündigung anderer Teile der englischen Arbeiterklasse (British Oxygen, Fireworkers z.B.), nachzuziehen mit Kampfmaßnahmen, zeigen, daß es mit der relativen Ruhe in den Betrieben vorerst vorbei ist. Der erste breitere Kampf gegen die kapitalistische Lohnpolitik der Labour-Regierung ist in vollem Gange.

Kapitalisten und bürgerliche Parteien registrierten von Anfang an sehr genau, daß es diesmal sehr fraglich war, ob Labour samt Gewerkschaftsführung es noch einmal schaffen würden, dem Kampf die Spitze zu nehmen und Lohnerhöhungen nach dem Geschmack der Unternehmer durchzusetzen. Der liberale „Guardian" schrieb: *„Der Bruch"* (zwischen der Regierung und den Gewerkschaften - Anm.AK) *„kam nicht offiziell und es ist noch Zeit, ihn wieder zu kitten, aber die fast spontane Reaktion der Fordarbeiter gegen die 5%-Lohnleitlinien gibt für die Minister ernsten Anlaß zu Zweifeln, ob diese Politik überleben kann."*

Inzwischen ist man sich klar, daß diese Politik nicht „überleben" wird: Die bürgerlichen Parteien haben die Flucht nach vorn angetreten. Sowohl Labour, als auch die Tories (!) forderten auf ihren jeweiligen Parteitagen lautstark die Abschaffung der 5%-Grenze und die Rückkehr zu „freien" Verhandlungen.

Die Labour-Regierung gibt sich allerdings weiter hart, um den Durchbruch im Interesse der Kapitalisten zumindest in der Größenordnung einzudämmen. Für die Labour-Party kommt es jetzt darauf an, mit verteilten Rollen zu spielen:Einerseits ist die am Interesse der Unternehmer orientierte Politik weiterzuführen. Dies übernimmt Premier Callaghan, auch auf die Gefahr, daß er sich persönlich verschleißt und zu einem späteren Zeitpunkt (nach der Wahl?) als Labour-Politiker mit dem Auftrag, die Arbeiterbewegung im sozialdemokratischen Lager zu halten, nicht mehr tragbar ist. Andererseits darf sich die Labour-Party insgesamt aber nicht verschleißen und allen Vertrauenskredit in der Arbeiterklasse verspielen. Deshalb werden solche Beschlüsse auf dem Parteitag gefaßt, die ja nichts kosten, und von denen Callaghan bereits erklärt hat, daß er sich nicht an sie halten wird (s.Artikel in dieser Ausgabe). Daß die Labour Party immer an der Seite der Arbeiter steht und stand, wird u.a. durch sehr radikale Resolutionen der Parteibasis „unter Beweis gestellt". So verabschiedete z.B. die lokale Labour Party von Southampton, einer Stadt, in der über 4.ooo Arbeiter bei Ford arbeiten, eine Resolution, in der es heißt: *„Wir weisen die Forderung zurück, daß Gewerkschafter der Regierung und ihrer 5%-Politik gegenüber loyal sein müssen, weil das nur die Löhne weiter runterdrückt und dies mit dem Zweck, das kapitalistische System aufzupäppeln"* (nach „Guardian", 3o.9.78). Es ist davon auszugehen, daß die Genossen der Labour Party/Southampton dies sogar subjektiv ehrlich meinen. . . .

Ford-Angebot: mehr als 5% - aber auch mehr Leistung!

Ford-Angebot: mehr als 5% - aber auch mehr Leistung!

Seitens des Ford-Management wurde deutlich gemacht, daß man bereit wäre, Lohnerhöhungen zwischen 12 und 15% (das ist die Hälfte des Geforderten) zuzustimmen, unter der Bedingung, daß die Verhandlungskommission einem sog. Produktivitätsplan zustimmt. Die Verhandlungskommission besteht außer aus Gewerkschaftsvertretern aus 23 Delegierten der 23 Ford-Fabriken. Ein Produktivitätsplan würde bedeuten, daß die Arbeitsleistung weiter hochgetrieben und der Spaltpilz in die Belegschaften hineingetragen werden würde: die Jüngeren und Gesunden würden durch höhere Leistung und schnelleres Arbeiten mehr Geld herausholen, die Älteren und Kranken bleiben zurück usw.

Die große Gefahr für den Fordarbeiterstreik besteht darin, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung einem solchen Angebot zustimmt, mit dem Argument, es sei ein großer Erfolg, die 5%-Grenze durchbrochen zu haben. Mit ein paar Prozent mehr sollen die Arbeiter geködert werden, eine langfristige Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingung und die Erhöhung ihrer Ausbeutung hinzunehmen.

Der „Ford-Arbeiter-Verband"

Neben den offiziellen Gewerkschaftsflugblättern, trägt hauptsächlich die Zeitung der „Ford-Arbeiter-Verbandes" (Ford Workers Combine) zur Organisierung des Streiks bei. „Socialist Challenge" berichtet in ihrer Ausgabe vom 5.1o.78 über die Geschichte und aktuelle Rolle des Verbandes: *„Zwei Gruppen militanter Arbeiter - die Fordarbeiter-Gruppe in Dagenham und das Ford-Langley-Aktionskomitee - trafen sich im April dieses Jahres, mit dem Ziel, dieses Mal früher mit der Organisierung des Kampfes anzufangen und sicher zu stellen, daß eine Forderung aufgestellt wird, für die es sich lohnt zu kämpfen. Auf diesem Treffen wurde beschlossen, den Verband zu gründen und für drei Forderungen zu kämpfen: 2o Pfund mehr für alle, 35 Stunden-Woche und kein Produktivitätsabkommen. Hiermit hatten wir sofort das National Convenors Comitee"* (die offiziellen 23 Delegierten - Anm.AK) *„gegen uns. Diese wollten eine Forderung, die keine genaue Zahl nennt, sondern nur eine „solide Erhöhung" (substantial rise), um jede Konfrontation mit der Lohnpolitik zu vermeiden. Der Verband organisierte daraufhin eine Massenkampagne mit Flugblättern und Resolutionen in den Vertrauensleutekörpern und Gewerkschaftseinheiten. Einen Tag vor der nationalen Vertrauensleutekonferenz, die jedes Jahr die Forderung beschließt, traf sich das Convenors Commitee und beschloß mit 13:12 die Forderung zu unterstützen, die wir hereingetragen hatten und die von verschiedenen Vertrauensleutekörpern verabschiedet worden war. Die nächste Aufgabe des Verbandes bestand darin, eine Kampagne für diese Forderung unter den Fordarbeitern durchzuführen. Wir gaben mehrere Flugblätter in allen britischen Fordfabriken heraus und auch eine Plakette. (. . .) Die Plakette ist zu so etwas wie einem Symbol des Kampfes geworden. Als die Halewood-Arbeiter als erste in den Streik traten, stellten die Nachtschicht-Arbeiter große runde Plakate mit der Vergrößerung der Plakette her. Die Hauptaufgabe des Verbandes besteht jetzt darin, einen Ausverkauf über ein Produktivitätsabkommen zu verhindern.*

Auf einem Treffen der Vertrauensleute in Dagenham am letzten Dienstag wurde der Vorschlag, ein Massenpickit (Streikposten) in Har-
Auf einem Treffen der Vertrauensleute in Dagenham am letzten Dienstag wurde der Vorschlag, ein Massenpickit (Streikposten) in Har-
wich - der wichtigste Hafen für den Import von Fordautos (Granada, Capri und Cortina aus Westdeutschland) - zu veranstalten, abgelehnt zugunsten eines „langsamen offiziellen" Rangehens. Drei Tage später später wurden die Autos immer noch reingelassen. Der Verband organisierte „fliegende Streikposten" aus seinen eigenen geringen Kräften - und machte dem ein Ende. (. . .) Wir haben eine Broschüre mit einer Auflage von 15.000 Stück herausgegeben, in der wir unsere Sache erklären, zeigen, was wir wirklich verdienen und daß wir für alle kämpfen".

Zur Zusammensetzung des Verbandes zitiert „Socialist Challenge" den Sekretär des Verbandes: *„Der Verband besteht aus militanten Arbeitern und Vertrauensleuten aus jeder größeren Ford-Niederlasssung im Land. Da gibt es Labour-Party-Aktivisten wenige Mitglieder der Communist Party, der IWA"* (ist uns unbekannt - Anm. AK) *„der „Socialist Workers Party", der „International Marxist Group" und „Big Flamme". Ich bin Mitglied bei „Big Flamme". Aber der Verband wird durch keine dieser Organisationen dominiert, die meisten Mitglieder sind Unabhängig."* (s.o.)

Solidarität

Der Streik der Fordarbeiter ist auf große Sympathie in anderen Teilen der Arbeiterklasse gestoßen:

Die „National Union of Seamen" (Gewerkschaft der Seeleute) hat sich solidarisch erklärt und mit Boykottmaßnahmen gegen Fordprodukte begonnen.

Die Docker in verschiedenen Häfen weigerten sich, Wagen und Ersatzteile zu verladen.

Die „Civil and Public Services Association" (Gewerkschaft von Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes) rief zur Solidarität auf und forderte die Rücknahme der Lohnleitlinien.

England-Kommission

Schweiz

TAT-Einstellung: Die Redakteure geben sich nicht geschlagen

Der Kampf um die Zürcher Boulevard - Zeitung „Tat" geht weiter: trotz der vom Eigentümer, dem Migros-Konzern, verfügten Einstellung der Zeitung und fristlosen Entlassung sämtlicher Redakteure (siehe letzter AK) als Antwort auf einen einwöchigen Streik der Redaktion machen die streikenden Redakteure weiter. Bis Redaktionsschluß waren vier Ausgaben ihrer Kampfzeitung „Wut" erschienen, die letzte in einer Auflage von 90.000! Eine immer breiter werdende Solidarität und Empörung über den Akt kapitalistischer Willkür unterstützt die Streikenden und macht die Herausgabe der „Wut" möglich. Die „Wut" hat so viel Anteilnahme und Interesse gefunden, daß nun eine Leserumfrage durchgeführt wird, ob daraus eine regelmässig erscheinende Zeitung werden soll, herausgegeben von den „Tat"-Redakteuren.

Eine Kampagne für den Boykott der Migros-Kaufhäuser findet nachhaltiges Echo : auf den Vorschlag der Frauen der Gewerkschaft VPOD zum Migros-Boykott reagierten die SPS (Sozialdemokraten) und der SGB (Schweizerischer Gewerkschaftsbund). In einer Flut von Briefen erklären Verbraucher ihren Boykott bis zur Rücknahme der „Tat-Liquidierung.

Auch mit juristischen Mitteln wird gegen die Entlassung der Redakteure angegangen. Die SJU (Schweizerische Journalisten - Union) und der VDPO (Verband des Personals öffentlicher Dienste) haben Klage beim Amtsgericht Zürich eingereicht. Man werde es sich nicht gefallen lassen, erklärten die Kläger, daß das Streikrecht mit Füßen getreten wird: *„Sollte die heute demonstrierte Praxis des MGB (Migros) Schule machen, wonach legale und legitime Streiks mit der fristlosen Entlassung und sogar mit der Schließung des Betriebes beantwortet werden können, wird den organisierten Arbeitnehmern ihre wichtigste Waffe aus der Hand geschlagen"* („Basellandschaftliche Zeitung", 26.9.78).

Schweiz-Kommission

Nach der erfolgreichen Volksabstimmung:

Kampf für die Unabhängigkeit des

Nach der erfolgreichen Volksabstimmung:

Kampf für die Unabhängigkeit des

ganzen Jura!

Kaum sind alle offiziellen und nichtoffiziellen Erklärungen der Zufriedenheit – quer durch die politischen Fraktionen – über die mit 83%iger Mehrheit des Schweizervolkes beschlossene Gewährung der Unabhängigkeit des Nordjura zum Vollkanton abgegeben, da geht der Ärger mit der jurassischen Unabhängigkeitsbewegung schon wieder los: ohne jede Bescheidenheit verlangen sie die Unabhängigkeit auch für die drei Südbezirke Moutier, Courtelary und La Neuveville, die weiterhin unter Berner Hoheit stehen (siehe auch AK 139). Selbst die konservative deutsch–schweizerische Presse hatte durchgängig positive Kommentare zum JA für den Kanton Jura gebracht, gleichzeitig wurde aber (auch in den Kommentaren der bürgerlichen Parteien) stets darauf hingewiesen, daß die Jurassier das in sie gesetzte Vertrauen nun auch durch volles Respektieren der *„Pflichten eines eidgenössischen Bundesgliedes "* beantworten müßten, einen Schlußstrich unter die über 160jährige Auseinandersetzung um den Jura ziehen und mit dem Erreichten zufrieden sein sollten.

Aber bereits eine Woche nach der siegreichen Abstimmung, beim alljährlichen „Fest des Jurassischen Volkes" in Delsberg, wurde die Forderung nach Unabhängigkeit für den ganzen Jura von über 10.000 Menschen massenhaft und in kämpferischen Stimmung bekräftigt. Die Sprecher des Rassemblement Jurassien (RJ - Jurassische Sammlungsbewegung) erklärten, das RJ werde sich weiterhin und auch im Südjura selbst für dessen Lostrennung von der Hoheit und dem Einfluß des wirtschaftlich wie kulturell beherrschenden Bern einsetzen. *„Der Kampf geht weiter. Es wäre traurig für ein Land, wenn es keine politischen Kämpfe mehr geben würde"* sagte RJ-Vorsitzender Beguelin (Baseler Zeitung , 'BaZ' , 2.10.78). Es fielen aber auch noch deutlichere Worte: die Abstimmung vom 24.September sei eigentlich überflüssig gewesen, der Kampf für die Wiedervereinigung des Jura müsse nun in die zweite Etappe treten (NZZ, 10.10. 78).

Die Reaktion führender bürgerlicher Politiker, die das Selbstbestimmungsrecht für die Hälfte der Jurassier schon als äußerstes Zugeständnis betrachten, war heftig. Als *„Kampfreden"* von *„maßloser Dummheit"* und als *„politisch unverantwortlich"* (NZZ, 10.10.78) empörte sich der schweizerische Bundespräsident Willi Ritschard über die Führer des RJ. Er, der sich für ein *„freudiges Ja zum Kanton Jura"* eingesetzt habe, fühle sich von den „Kampfreden" direkt betroffen: *„Ich fasse sie persönlich als krassen Vertrauensmißbrauch und Verhöhnung mir gegenüber auf"* erklärte Ritschard beleidigt (NZZ, 10.10.78).

Rechtsgerichtete „antiseparatistische" Kräfte aus dem Südjura organisierten daraufhin eine Protestkundgebung gegen das RJ. Unter starkem Beifall der 4.000 Teilnehmer forderten Sprecher der rechtsradikalen Jugendorganisation 'Sangliers' (Wildscheine) „endlich Taten" gegen die Unabhängigkeitsbewegung (die seit Jahrzehnten massiver Repression ausgesetzt war) und drohte , die Gruppe ‚Sanglier' werde die *„ihr angemessen erscheinenden Mittel"* einsetzen, falls niemand in der Lage sei, den *„Rechten des Berner Juras* (d.h. den Antiseparatisten) *den nötigen Respekt zu verschaffen"*. Man werde künftig jedesmal präsent sein, wenn ein Nordjurassier im Süden über die Wiedervereinigung sprechen sollte (NZZ, 10.10.78).

Damit scheint festzustehen, daß rechtsradikale Kräfte ihre in der Vergangenheit vielfach mit physischem Terror und Polizeiunterstützung betriebene Verfolgung der linken Unabhängigkeitsbewegung fortsetzen werden.

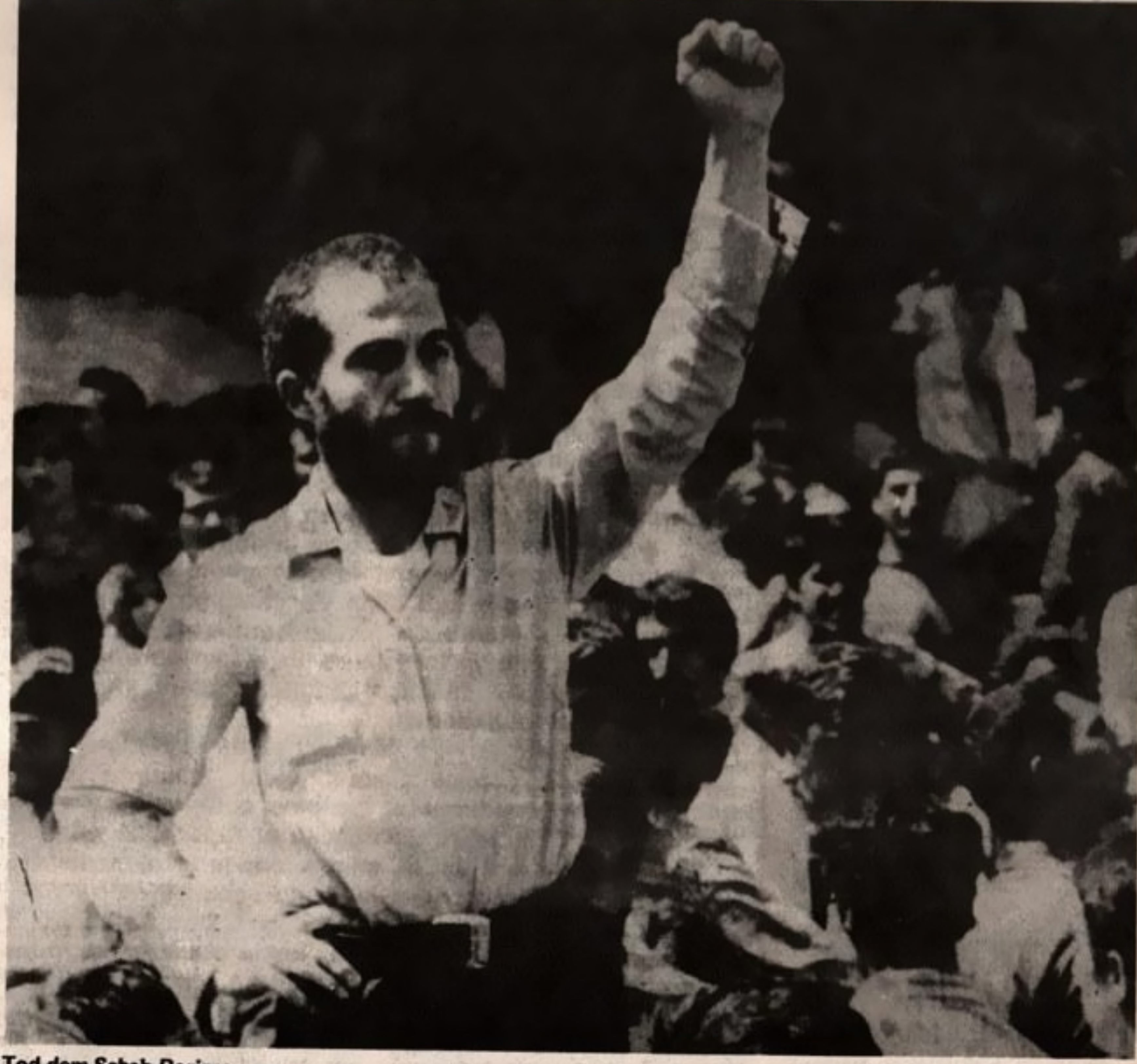
Roland Beguelin, Generalsekretär des „Rassemblement Jurassien", distanzierte sich nicht von Militanten in der Unabhängigkeitsbewegung, als er in einem Interview mit der „BaZ" auf mögliche gewaltsame Auseinandersetzungen angesprochen wurde. Vielmehr sagte er, wenn der Unabhängigkeitsbewegung demokratische Mittel wie Versammlungen und Demonstrationen nicht verwehrt würden, werde „alles gut gehen" (nach BaZ, 7.10.78).

Für einen unabhängigen und fortschrittlichen Gesamt - Jura!

Schweiz-Kommission



Neue Aufstände im Iran



Tod dem Schah-Regime



Tod dem Schah-Regime

Mit der Verhängung des Kriegsrechts über Teheran und elf weitere iranische Städte und einem mörderischen Blutbad unter der trotz Kriegsrecht demonstrierenden Bevölkerung hatte das faschistische Schah-Regime versucht, den massenhaften und grösstenteils spontanen Widerstand der unterdrückten Massen zu brechen.

Das Schah-Regime hatte die Wut und die Entschlossenheit der Massen unterschätzt. Die iranische Bevölkerung läßt sich nicht mehr einschüchtern, sie kämpft weiter für ein Ende des Mordens und des Terrors, für den Sturz des faschistischen Schah-Regimes. Die Lippenbekenntnisse des Schahs und seines neuen Ministerpräsidenten Scharif Emami zur angeblich geplanten „Liberalisierung" und „Demokratisierung" des Regimes glaubt schon lange niemand mehr. Auch die propagandistisch großartig angelegte Anti-Korruptionskampagne verfehlte von Anfang an ihre Wirkung.

Seit Wochen wächst die Streikwelle in allen Bereichen ständig an. In allen Städten, die nicht vom Kriegsrecht betroffen sind, gehen die Kämpfe und Auseinandersetzungen seit dem 1. Oktober, dem Tag des Generalstreiks, weiter, Selbst in den unter Kriegsrecht stehenden Städten werden Streiks durchgeführt, demonstrieren die Menschen wieder gegen das Schah-Regime.

Immer deutlicher zeichnet sich ab, daß der Widerstand gegen das Schah-Regime, der sich bisher vor allem in kämpferischen Massendemonstrationen entlud, zunehmend verschiedene Lebensbereiche erfaßt.

Generalstreik

Aus Protest gegen den Hausarrest, den die irakische Regierung gegen den Schiitenführer und wichtigen Anführer der Opposition gegen das Schah-Regime am 23. September verhängt hatte, hatte die religiöse und bürgerliche Opposition für den 1. Oktober zu einem Generalstreik aufgerufen. Der Generalstreik wurde in Teheran praktisch vollständig befolgt, ebenso in fünf weiteren Städten (Meshed, Täbriz, Isfahan, Shiraz und Qom). Alle diese Städte stehen schon seit über einem Monat unter Kriegsrecht, der Streik wurde trotz Warnung des Militärs durchgeführt („SZ", 2.10., „International Herald Tribune", 3.10.). Gleichzeitig brachen in sieben Städten, die nicht unter Kriegsrecht stehen, erneut blutige Auseinandersetzungen aus. In Kermanshar (im Westen Irans) dauerten die Demonstrationen von sechs Uhr morgens bis elf Uhr abends. Kinos, Banken und Regierungsgebäude wurden angezündet und zerstört. Tagelang gingen die Auseinandersetzungen weiter. 500 Lehrer legten aus Protest gegen die Verhaftung von Schülern die Arbeit nieder, am nächsten Tag wurde in ganz Kermanshar gestreikt, Schulen und Läden blieben geschlossen. Nach offiziellen Zahlen, die bekanntlich immer stark untertrieben sind, kamen 12 Menschen allein in Kermanshar ums Leben („SZ", 3.10., „FAZ" 5.10., „Le Monde"–„LM", 6.10.).

Sehr schnell breitete sich die Aufstandswelle in anderen Städten des Iran aus. In Khorramabad und weiteren Städten gingen Zehntausende auf die Straßen. Zu besonders schweren Auseinandersetzungen kam es in Babol und Amol am Kaspischen Meer. In Babol wurden alle Banken zerstört. In fast allen Städten schossen Polizei und Militär in die Menge, überall gab es Tote („TG", 7.10., „IHT", 9.10.).

Nach einigen Tagen demonstrierten selbst in den unter Kriegsrecht stehenden Städten die Menschen. In Teheran forderten Tausende von Studenten das Ende des Kriegsrechts, Freiheit für alle politischen Gefangenen, Erlaubnis politischer Demonstrationen („LM", 10.10.78). Ebenfalls zu Auseinandersetzungen kam es in Meshed und Täbriz (unter Kriegsrecht) sowie in vielen anderen Städten („LM", 12.10.). Besonders aktiv sind die Schüler und Studenten. Noch immer sind fast alle Universitäten des Landes geschlossen - trotz der feierlichen Eröffnung des Studienjahres an der Universität Teheran in Anwesenheit des Schahs. Fast alle Schulen bleiben entweder geschlossen oder werden bestreikt.

Streiks im ganzen Land

Unmittelbar nach Verhängung des Kriegsrechtes traten in Abadan - ebenfalls unter Kriegsrecht stehend - alle Erdölarbeiter in den Streik. Der Streik wurde für die Freilassung der nach den jüngsten Auseinandersetzungen verhafteten Arbeiter und ihre Wiedereinstellung in die Betriebe geführt. Nach 15 Tagen wurden die Arbeiter durch das Militär gezwungen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie traten in den Bummelstreik („LM", 30.9.). Wie in Abadan streikten in der gesamten Provinz Khuzestan die Erdölarbeiter.

Von der Streikwelle erfaßt wurde das gesamte Post- und Fernmeldewesen, Banken und Versicherungen, fast alle persischen Behörden („SZ", 3., 4. und 7./8. 10.).

Streiks bei der Luftfahrtgesellschaft, beim Rundfunk und Fernsehen schlossen sich an („IHT", 9. 10.). Auf dem Höhepunkt der Unruhen hatte die Streikwelle im Öffentlichen Dienst 40 Städte erfaßt. Gefordert wurde eine 50 %ige Lohnerhöhung sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen („TG", 10.10.).

In vielen Großbetrieben kam es zu Streiks. So traten in Isfahan (unter Kriegsrecht) die 30.000 Arbeiter des Stahlwerks in den Ausstand. Ebenfalls streikten 30.000 Arbeiter und Angestellte der Gruppe Behchar, die 2.000 Arbeiter der Kupfermine von Charchechmeh, 1.700 Arbeiter der Traktorenfabrik in Täbriz und 7.000 Arbeiter der agrotechnischen Fabrik in der Provinz Chusistan („LM", 12.10., „SZ", 11.10.). In Shiraz (unter Kriegsrecht) wurde die elektrische Industrie bestreikt.

Obwohl in der Presse behauptet wird, es handele sich nur um Streiks wegen einer Lohnerhöhung und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, ist anzunehmen, daß die Arbeiter, ebenso wie in Abadan, auch für politische Forderungen streiken. Da die massenhaften Streiks gerade in den Städten durchgeführt werden, die unter Kriegsrecht stehen - Streiks sind im Iran illegal und wurden in der Vergangenheit oft durch Militär blutig zerschlagen - wäre es absurd anzunehmen, daß die relative Schwäche des Regimes nur für die Durchsetzung von Lohnerhöhungen ausgenutzt wird. Mit den Streiks soll - gerade unter Kriegsrecht - der Kampf gegen das Schah-Regime fortgesetzt werden.

Die Pressezensur wird nicht mehr hingenommen

Ein weiteres Beispiel, daß die unterdrückerischen Maßnahmen des Regimes nicht mehr hingenommen werden, ist der derzeit durchgeführte Zeitungsstreik. Vor ein paar Wochen

Fortsetzung Seite 46

Fortsetzung von Seite 45

wurde ein „neuer" Gesetzentwurf veröffentlicht, der Teil der angeblichen „Liberalisierung" sein und der Presse größere Freiheiten einräumen soll. Die „größere" Freiheit besteht darin, daß Zeitungen nur noch nach Gerichtsbeschluß verboten werden können und daß selbstverständlich keine Artikel, die gegen die Grundsätze des Islam verstoßen oder die Monarchie kritisieren (!) abgedruckt werden dürfen. Das heißt, letztendlich bleibt's bei der Pressezensur.

Wie immer in den letzten Monaten folgte auch diesem „Liberalisierungs"-Versprechen eine Verschärfung der tatsächlichen Praxis. In den Redaktionsräumen der beiden großen Zeitungen „Ettelaat" und „Kayan" erschien Militär und verlangte die Kopien von Artikeln, die abgedruckt werden sollten. Damit sollte die unter Kriegsrecht bestehende Pressezensur durchgesetzt werden. Gegen die Einmischung des Militärs in die Zeitungserstellung streikten umgehend alle 4.000 Mitarbeiter der beiden großen Zeitungen landesweit. Einen Tag später schlossen sich 5 weitere Zeitungen dem Streik an („TG", 12.10., „FR", 13.10.).

Schah macht Geschäfte rückgängig

Die seit zehn Monaten dauernden Unruhen und die Streikwelle haben inzwischen zu erheblichen wirtschaftlichen Einbußen geführt. Allein in drei Septemberwochen sind 1 Milliarde Dollar Kapital ins Ausland geworden. Die wirtschaftlichen Einbußen sollen in den letzten zehn Monaten 1,4 Milliarden Dollar betragen haben, das Haushaltsdefizit hat sich auf 10,7 Mrd. Dollar erhöht. Zur Deckung des Defizits wurden jetzt folgende Geschäfte mit dem Ausland rückgängig gemacht: Das Frühwarnsystem aus den USA wird nicht mehr gekauft, gestrichen werden die sechs Unterseeboote und die vier Kernkraftwerke aus der BRD, des weiteren Waffen aus den USA sowie mehrere hundert Panzer aus Großbritannien („TG", 10.10.78). Man kann nur hoffen, daß das Zunehmen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten den Sturz des Schah-Regimes beschleunigen wird.

Bewaffnete Aktionen

Selbst die spärlichen Berichte in der bürgerlichen Presse über bewaffnete Aktionen zeugen davon, daß die Guerillaaktionen zunehmen. Beispielsweise griffen drei uniformierte Kämpfer in Täbriz eine militärische Patrouille an. Sechs Sicherheitsoffiziere wurden dabei getötet („LM", 19.9.). Dreißig Kilometer südlich von Qom wurde ein Anschlag auf die Gaspipeline, die zur Sowjetunion

Qom wurde ein Anschlag auf die Gaspipeline, die zur Sowjetunion

führt, verübt. Bei der Explosion und dem nachfolgenden Brand wurde die Pipeline auf 150 m zerstört („FR", 25.9.). Unmittelbar vor Beginn des Generalstreiks wurden in Meshed ein Offizier und sein Fahrer erschossen. Der Offizier war an der Verhaftung und Folterung dreier Jugendlicher beteiligt gewesen („IHT", 3.10.). Im Anschluß an die Ausweisung Khomeinys aus dem Irak (in dem er bislang Asyl gefunden hatte), wurde in Khorramshar das irakische Konsulat angegriffen, ein iranischer Polizist wurde dabei getötet („SZ", 11.10.). Leider liegen uns von den Guerillaorganisationen immer noch keine Einschätzungen zu den derzeitigen Kämpfen vor.

Die Massen lassen sich nicht mehr einschüchtern

Die Kämpfe der letzten zehn Monate haben gezeigt, daß die iranischen Massen sich nicht mehr einschüchtern lassen. Trotz der brutalsten Unterdrückung, trotz massenhafter Morde während der Demonstrationen hat die Kampfbereitschaft nur zugenommen. Das alles zeigt, daß die Massen entschlossen sind, mit dem faschistischen Schah-Regime Schluß zu machen.

Kurzfristig zeichnet sich jedoch noch keine radikale Alternative zum Schah-Regime ab. Die Linke und vor allem die revolutionäre Linke besitzt nur einen relativ kleinen Einfluß, auch wenn sie während der Kämpfe ihren Einfluß steigern konnte, gibt es keine revolutionäre Kraft, die im Augenblick in der Lage wäre, die Massenbewegung zu führen.

Bei einem Sturz des Schah-Regimes wird es bestenfalls ein bürgerliches Regime geben, wenn die Imperialisten es zur Sicherung ihres Einflusses nicht vorziehen, einen Militärputsch durchzuführen. Vorerst hat Carter dem Schah nach der jüngsten Aufstandswelle erneut seine volle Unterstützung zugesagt.

Nahost-Kommission

Eskalation im Libanon

Nur ein paar Tage nach Abschluß der Camp-David-Abkommen brachen in Beirut und in zwölf Orten in den Bergen die schwersten Kämpfe seit Ende des Bürgerkriegs aus; erneut, wie schon wiederholt im letzten halben Jahr, nach Provokationen seitens der Faschisten, zwischen den syrischen Interventionstruppen und den „christlichen" Milizen.

Mit diesen Kämpfen bestätigte sich einmal mehr, daß die Vereinbarungen von Camp David nicht der erste Schritt zu einem Frieden im Nahen Osten waren, sondern ein weiterer Schritt bei der Durchsetzung der imperialistisch-zionistischen Lösung im Nahen Osten, die alle fortschrittlichen Kräfte in diesem Raum mit weiteren Kriegen bedroht.

Im Libanon versuchen die Imperialisten und Zionisten mit Hilfe der faschistischen Milizen („die Christen", wie sie in der „freien" Presse benannt werden) die Syrer für die amerikanische „Friedens"lösung weichzuklopfen. Vor zwei Jahren hatten die syrischen Truppen unter dem Deckmantel einer arabischen Friedenstruppe den Libanon besetzt, um einen Sieg der fortschrittlichen Kräfte zu verhindern, die eigene Machtposition im Nahen Osten zu stärken und um sich auf dieser Grundlage bessere Voraussetzungen für eine Verhandlungslösung mit dem zionistischen Staat zu schaffen.

Jetzt, nach dem Abkommen zwischen Ägypten und Israel, ist die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Imperialisten im Nahen Osten so weit gediehen, daß die Errichtung eines reaktionären Libanons unter der Herrschaft der Faschisten und in Abhängigkeit von den Zionisten vorangetrieben werden kann. Dazu sind die Syrer im Wege, weil sie mit ihrer fast 30.000 Mann starken Interventionstruppe noch immer in der Lage sind, ein Kräftegleichgewicht zwischen den Faschisten und den fortschrittlichen libanesischen Kräften und den Palästinensern aufrechtzuerhalten.

Für die fortschrittlichen Kräfte bedeuten die Kämpfe zwischen den Syrern und den Faschisten im Augenblick noch eine gewisse Atempause. Immer deutlicher zeichnet sich jedoch ab, daß die Faschisten, mit Zionisten und Imperialisten im Rücken und mit deren tatkräftiger Unterstützung, sich stark genug fühlen, einen Bürgerkrieg zu führen, wenn ihr erstes Ziel, die Syrer zu vertreiben, erreicht ist.

Unversöhnliche Fronten

Unversöhnliche Fronten

Im Bürgerkrieg noch auf derselben Seite gegen die fortschrittlichen Kräfte kämpfend, stehen sich die Faschisten und Syrer unversöhnlicher denn je gegenüber. Mit freiem Rükken zu Ägypten, so hoffen die Faschisten, werden die Zionisten ihren Kampf gegen die syrischen Truppen um so eher unterstützen. Deshalb die ständigen Provokationen der Faschisten, die zu fast zwei Wochen dauernden, schweren Kämpfen führten. Die Syrer schlugen hart zurück, wohl wissend, daß nicht nur die Faschisten, sondern auch die imperialistischen Staaten und Israel eine Internationalisierung des Libanon-Konfliktes vorantreiben. Trotz des Einsatzes sehr großer Truppenkontingente und schwerer Waffen, die eine erhebliche Zerstörung der von den Faschisten kontrollierten Stadtviertel zur Folge hatte, konnten die syrischen Truppen keine durchschlagenden Erfolge erzwingen. Sie konnten zwar die Brükken, die den Ostteil der Stadt mit dem Nordlibanon verbinden, unter ihrer Kontrolle halten, mußten aber insgesamt große Verluste hinnehmen.

Die syrische Regierung hält weiterhin an ihrem Ziel, der Auflösung der faschistischen Milizen, fest. Die Zeitung „Al Baath" schrieb, daß Syrien als *„das Werkzeug der legitimen libanesischen Autorität"* seine Aktionen fortsetzen wird *„bis zur Auflösung der bewaffneten Milizen, die mit dem israelischen Feind verbündet sind"* („Le Monde", 7.10.78). Hinter dieser Äußerung verbirgt sich kaum der unverhohlene Machtanspruch des syrischen Regimes, denn von einer „legitimen libanesischen Autorität" kann nicht die Rede sein, da die libanesische Regierung faktisch keinerlei Macht besitzt.

Die Faschisten ihrerseits drücken immer unverhohlener ihre wirklichen Pläne und Ziele aus, ganz im Aufwind der imperialistischen Offensive im Nahen Osten. So äußerte Camille Chamoun, neben Pierre Gemayel der einflußreichste Faschistenführer, angesichts der schweren Kämpfe: „*Sie* (die Syrer) *wollen ihre Vorherrschaft und Autorität im Libanon errichten, aber sie werden das niemals können. Es gibt für uns keine andere Alternative, als den Krieg weiterzuführen bis zum Abzug des letzten syrischen Soldaten*" („Le Monde" – „LM", 3.10. 1978). Gleichzeitig machte Chamoun deutlich, daß er als „legitime Autorität" keineswegs die derzeitige libanesische Regierung ansieht. Die legitime Autorität sei *„nicht ein Mann, der eingesperrt in vier Mauern, weder in seinen Entscheidungen noch in seinen Äußerungen frei ist"*. Und der Falangisten-Rechtsanwalt Manzer äußerte: *„Wir brauchen die Katastrophe* (gemeint ist ein neuer Nahostkrieg). *Die Syrer sollen nur versuchen, Ostbeirut zu stürmen. Das wird Israel nicht dulden und Syrien ein für allemal in vier Teile zerschlagen. Jedes Teil ist dann nicht stärker als wir und unsere Vormachtstellung im Libanon ist gesichert"*. (Mit dieser Äußerung spielt Manzer auf die religiösen Widersprüche in Syrien an, die ebenso wie im Libanon von sozialen und politischen Widersprüchen überlagert sind. In der Vergangenheit hat es gegen den von der religiösen Minderheit der Alawiten beherrschten Staatsapparat wiederholt Putsche der sunnitischen Mehrheit gegeben). Und Chamoun übergoß Assad mit Spott, wohl einschätzend, was für den syrischen Staatspräsidenten auf dem Spiel steht: *„Ziehen Sie Ihre Armee zurück, und wenn die politische Konjunktur heroische Taten von Ihnen verlangt, dann versuchen sie es auf den* (israelisch besetzten) *Golanhöhen"* („Spiegel", 9.10.78).

Greifen die Zionisten militärisch ein?

Israel hat die syrische Regierung über amerikanische Diplomaten gewarnt, einen „bestimmten" Punkt bei den Angriffen gegen die „Christen" nicht zu übersteigen und auch die Pause in den ägyptisch-israelischen Verhandlungen nicht zu nutzen, um die „Christen" niederzumachen („TG", 6.10.78). Die Drohung mit einem militärischen Eingreifen, das mit Sicherheit die syrischen Truppen in starke Bedrängnis bringen würde, hat Israel denn auch gleich durch die Tat unterstrichen. In der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober griffen israelische Kanonenboote direkt in die Kämpfe zwischen Faschisten und Syrern in Beirut ein. Angeblich handelte es sich hier wieder einmal um einen „Präventivschlag" gegen eine Basis der Al-Fatah, in Wirklichkeit ging es jedoch darum, der syrischen Regierung mit aller Deutlich-

lichkeit ging es jedoch darum, der syrischen Regierung mit aller Deutlich-

keit klarzumachen, daß die Zionisten nicht bereit sind, einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der Faschisten zuzusehen. In diesem Fall, wie bei einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen syrischen Truppen und fortschrittlichen Kräften, würde Israel über die schon übliche Hilfe an die Faschisten hinaus (Versorgung mit Waffen, Munition, Ausbildung von Milizen, Lieferung von Lebensmitteln, Kleidung und Medikamenten) auch militärisch eingreifen („Frankfurter Rundschau" – „FR", 7.10.78). Darüber hinaus stellte eine aus Vertretern des Aussenministeriums und der Knesset bestehende Kommission, die eigens für die Beurteilung der Lage im Libanon eingesetzt wurde, fest, daß weitere punktuelle Operationen der israelischen Armee geplant sind, falls die syrischen Truppen das Feuer auf die „Christen" nicht einstellten oder aber es zumindest verminderten („LM", 8./9.10.78).

Augenblicklich sieht es so aus, als ob die Zionisten für weitere, umfangreichere Aktionen tatsächlich den Abschluß des Friedensvertrages mit Ägypten abwarten wollen. Möglicherweise ist bis dahin die Internationalisierung des Libanon-Konfliktes soweit vorangeschritten, daß Israel zur Durchsetzung seiner Interessen nicht mehr militärisch einzugreifen braucht.

Internationalisierung des Libanon-Konfliktes

Gleich nach Ausbruch der schweren Kämpfe machte der amerikanische Präsident Carter den Vorschlag, eine internationale Konferenz zur Lösung der Libanonkrise einzuberufen.

Inzwischen hat sich auch Frankreich mit einem eigenen Vorschlag eingeschaltet. Danach sollen sich die syrischen Truppen aus den umstrittenen Zonen in Beirut zurückziehen, die dann von libanesischen Regierungstruppen besetzt werden. Dieser Plan ist inzwischen von der libanesischen Regierung als nicht verwirklichbar zurückgewiesen worden. Schließlich verfügt die libanesische Regierung praktisch über keinerlei nennenswerte Truppen („LM", 6.10. 1978).

Bei solchen Vorschlägen scheint es vor allem darum zu gehen, die Forderung nach einem syrischen Rückzug in die Diskussion zu bringen. Syrien weigerte sich bis jetzt, überhaupt irgendwelche Truppen zurückzuziehen mit der Begründung, daß die syrischen Truppen schließlich nicht angegriffen hätten.

Nach der Rückkehr aus Moskau, wo dem syrischen Staatspräsidenten weitere Militärhilfe zugesagt wurde, verhandelte Assad direkt mit seinem libanesischen Amtskollegen Sarkis. Wohl vor allem zur Demonstrierung seiner Macht ordnete Assad anschließend die Feuereinstellung an. Geeinigt hatten sich Assad und Sarkis darauf, im Libanon ein „Kabinett der Nationalen Einheit" zur Wiederherstellung des Machtgleichgewichts zwischen „Christen" und „Moslems" zu bilden. Außerdem wurde eine Konfe-

schen „Christen" und „Moslems" zu bilden. Außerdem wurde eine Konfe-

renz der an der arabischen Friedenstruppe beteiligten Staaten für den 15.10. vorgeschlagen („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 9.10. und 10.10. 1978).

Die Faschisten haben sich von vorneherein gegen eine solche Lösung ausgesprochen, da die Syrer weiter im Spiel bleiben würden. Die Faschisten fordern weiterhin den vollständigen Rückzug der syrischen Truppen und ihre Ersetzung durch französische und amerikanische. Sie versprechen sich von einer Internationalisierung des Konfliktes letztendlich die Beherrschung des Libanons.

Nach den Gesprächen mit Assad reiste Sarkis durch verschiedene arabische Staaten und machte anschließend Vorschläge für eine neue – sicher nicht mit Assad ausgehandelte – Zusammensetzung der arabischen „Friedenstruppe". Danach soll das bisher aus 2.000 Mann bestehende Kontingent saudischer Truppen auf 10.000 erhöht werden. Die saudischen Truppen sollen an den jetzt von Faschisten und Syrern umkämpften Teilen Beiruts eingesetzt werden, während die syrischen Truppen weiterhin Westbeirut, das von fortschrittlichen Kräften kontrolliert wird, besetzen sollen. Dieser Plan, der der erste Schritt zu einem Rückzug der Syrer wäre, wurde von diesen selbstverständlich abgelehnt („SZ", 12.10.78).

Dennoch scheint die syrische Regierung damit zu rechnen, daß sie über kurz oder lang zumindest einem teilweisen Rückzug zustimmen müßte. Jedenfalls sind mehrere hundert bis zweitausend Mann starke Einheiten der Palästinensischen Befreiungsarmee (PLA) aus Syrien in Beirut eingetroffen („FR", 13.10.78). Bei der PLA handelt es sich nur dem Namen nach um eine Palästinensische Widerstandsarmee. Tatsächlich bestehen diese Truppen praktisch vollständig aus syrischen Soldaten, die in andere Uniformen gesteckt wurden. Das syrische Regime hat diese Truppen schon einmal während des libanesischen Bürgerkriegs eingesetzt. Damals hatten sie die Aufgabe, die fortschrittlichen Kräfte zurückzuschlagen, ohne daß Assad sich als Palästinenserschlächter einen Namen zu machen brauchte. Jetzt ist der erneute Einsatz dieser Truppe der erste Schritt Syriens für die Vorbereitung auf einen neuen libanesischen Bürgerkrieg.

Das syrische Regime gerät zunehmend unter Druck

Nicht nur durch die augenscheinlich bald zum Abschluß kommenden „Friedens"verhandlungen zwischen Israel und Ägypten wird die Ausgangslage für eine Verhandlungslösung Syriens immer schwieriger.

Hierzu gehört auch der jüngste Vorschlag der Iraker, eine arabische Gipfelkonferenz nach Bagdad einzuberufen. Ziel dieser Gipfelkonferenz soll sein, das ägyptische Regime wieder von seinen Zusagen in den Camp-David-Abkommen abzubringen, u. a. mit dem Angebot einer Finanzspritze von jährlich 5 Mrd. Dollar. Die irakische Regierung hat nach eigenen Aussagen inzwischen die Zusagen a l l e r

sche Regierung hat nach eigenen Aussagen inzwischen die Zusagen a l l e r

Staaten der „Front der Standfestigkeit und Konfrontation" – also einschließlich des bisher verfeindeten Syriens – und der PLO erhalten, sowie aller reaktionärer Staaten des arabischen Raums. Auch Ägypten signalisiert immer mehr Interesse, vor allem, wenn neben einer „objektiven" Diskussion der Camp-David-Abkommen auch die Libanonfrage auf die Tagesordnung kommt („FR", 10.10., „SZ", 5.10.).

Nahost-Kommission

Tunesien: Terrorurteile gegen Gewerkschafter

Mit regelrechten Terrorurteilen endete der Prozeß gegen 30 Gewerkschaftsführer vor dem tunesischen Staatssicherheitshof. Den Angeklagten war vorgeworfen worden, mit dem Generalstreik vom 26. Januar einen Umsturzversuch organisiert zu haben. In Wirklichkeit war es so, daß Massendemonstrationen während des Generalstreiks durch den Einsatz von Armee und Polizei blutig niedergeschlagen wurde, mindestens 400 Menschen wurden ermordet.

Der Vorsitzende der tunesischen Einheitsgewerkschaft UGTT, der gleichzeitig Vizepräsident des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) ist, Habib Achour, wurde zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt, ebenso Abderazzak Ghorbal, Generalsekretär der Regionalgewerkschaft von Sfax. Zwölf Angeklagte wurden zu Zwangsarbeit zwischen fünf und acht Jahren verurteilt, ein Gewerkschafter zu sechs Monaten, die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen („FR", 11.10., „NZZ", 12.10.78). Für alle 30 Angeklagten hatte die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe gefordert!

Obwohl die Regierung nach den Massenverhaftungen im Januar erklärt hatte, die Gewerkschaftler würden von normalen Gerichten abgeurteilt werden wurde der Prozeß dann doch vor den Staatssicherheitshof gebracht. Die Anklage lautete jetzt: versuchter Staatsstreich, Anstachelung zum Bürgerkrieg, Mord und Plünderung — darauf steht die Todesstrafe.

Der gesamte Prozeß war eine einzige Farce. Weder Angeklagte noch Verteidiger hatten irgendwelche Rechte. Die Verteidiger wurden gleich massenhaft (56) von dem Prozeß ausgeschlossen, als sie dagegen protestierten, daß ihnen keinerlei Akteneinsicht vor dem Prozeß gewährt worden war. Angehörige der Angeklagten, die nicht in den Saal gelassen wurden, wurden Ende September in einem gesonderten Prozeß wegen *„Beteiligung an einem Menschenauflauf auf öffentlichen Wegen und Beamtenbeleidigung"* zu ein- bis mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt („Le Monde", 3.10.78). Im September wurden neun französische Juristen bzw. Gewerkschaftsvertreter des Landes verwiesen, die den Prozeß beobachten wollten. Ein Angeklagter konnte auf Grund seines mirablen Gesundheitszustandes nicht an dem Prozeß teilnehmen; die tunesische Opposition und ausländische Beobachter hatten wiederholt erklärt, daß die Gewerkschafter während der Polizeiverhöre gefoltert worden seien. Ein Gewerkschafter war schon vor einiger Zeit an den Folgen der Folter gestorben.

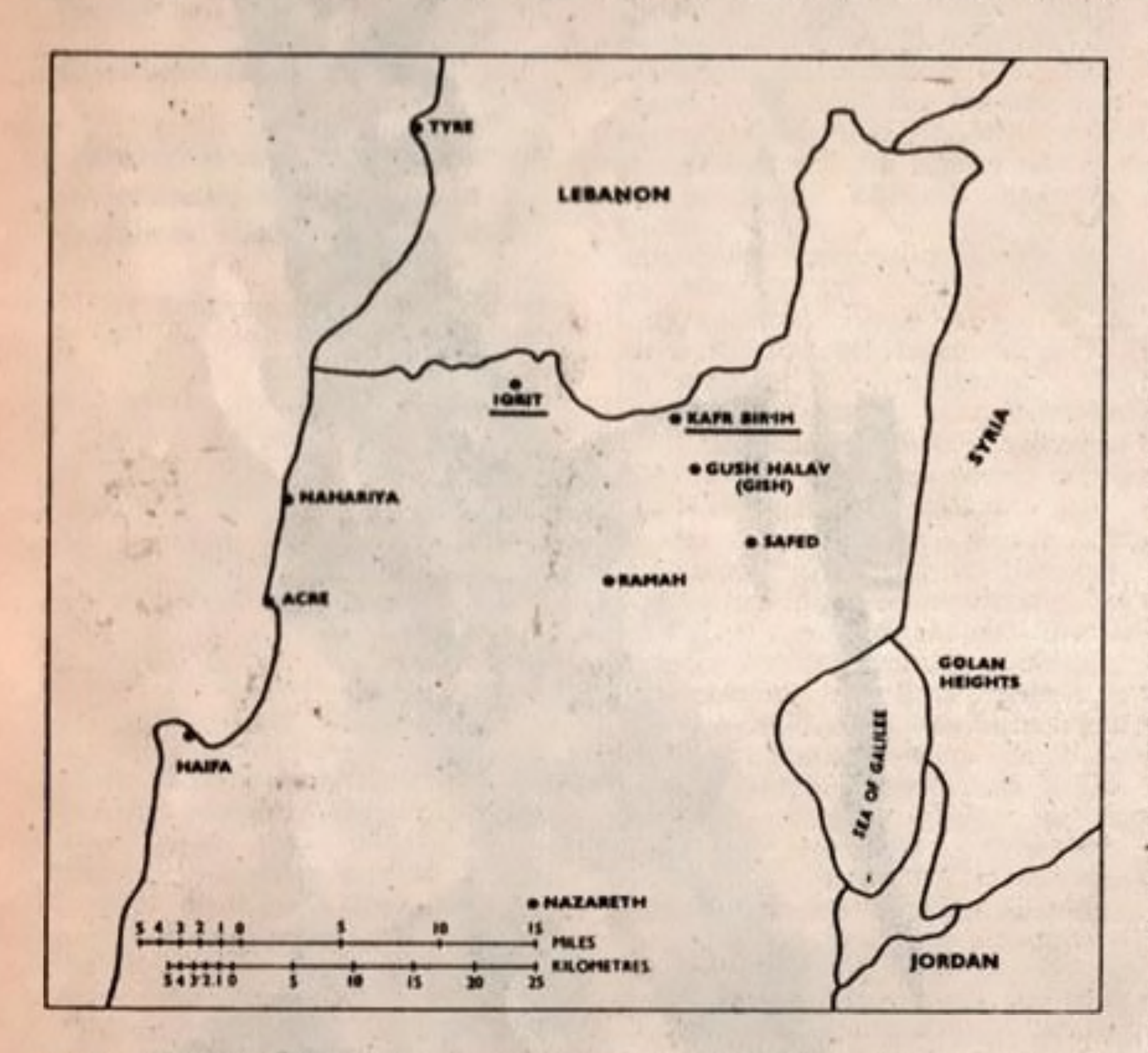
Ganz offensichtlich haben die außerordentlich breiten Proteste in Tunesien selbst und im Ausland bewirkt, daß die Urteile — gemessen an der von der Staatsanwaltschaft geforderten Todesstrafe — relativ „milde" ausfielen. Selbst innerhalb der tunesischen Regime-Presse wurde ausführlich über den Prozeß berichtet; sogar die Plädoyers der Verteidigung wurden fast wörtlich abgedruckt („La Presse", 6.10.). Gegen die Forderung der Todesstrafe hatte es außerdem vor allem Proteste in Frankreich und innerhalb des IBFG gegeben. Sogar das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit drängte darauf, ein Abkommen mit Tunesien über eine deutsche Finanzhilfe von 150 Millionen DM vorläufig nicht zu unterzeichnen („FR", 6.10.78).

Mit der Terrorwelle gegen Gewerkschafter nach dem Generalstreik sollte die Einheitsgewerkschaft UGTT wieder fest in die Hand des tunesischen Regimes gebracht werden. Unmittelbar nach dem Streik, den das Regime im Blut erstickte, wurden Massenverhaftungen durchgeführt, die Gewerkschaften wurden von allen dem Regime kritisch gegenüberstehenden Gewerkschaftern gesäubert und schließlich wurde mit den Terrorurteilen — für die Organisierung eines legalen Streiks — ein Angriff auf das Streikrecht selbst durchgeführt.

Nahost-Kommission

Alte Liebe?

Seit dem Ende des libanesischen Bürgerkrieges unterstützen die Zionisten mehr oder minder offen die Faschisten im Libanon. Zunächst versorgten sie die Milizen des Faschistenführers Haddad im Südlibanon mit Waffen und bildeten die Milizionäre aus — zum Schutz der ,,Christen'' gegen die palästinensichen Terroristen. Dann unterstützten sie immer offener die Milizen der beiden Faschistenführer Gemayel und Chamoun bei ihren Provokationen gegen die syrischen Interventionstruppen. Jetzt war es die Sorge um die Vernichtung der Christen im Libanon — durch die syrischen Truppen, die die Zionisten veranlaßte, die Faschisten tatkräftig zu unterstützen. Die Sorge um das ,,Schicksal'' der libanesischen Christen diente zu nichts anderem, als zu



Nach Vertreibung der maronitischen Christen wurden Biran (Kafr Bir'im) und Ikrit (Iqrit) dem Erdboden gleichgemacht.

verschleiern, daß es den Zionisten um die Errichtung eines reaktionären Libanon geht, in dem die Faschisten die Macht haben. Dafür setzen sie alle Mittel bis zur militärischen Intervention ein.

Da die zionistische Propaganda in non geht, in dem die Faschisten die Macht haben. Dafür setzen sie alle Mittel bis zur militärischen Intervention ein.

Da die zionistische Propaganda in dieser Frage inzwischen immer höhere Wellen schlägt und in der prozionistischen Hetzpresse hierzulande die ,,Hinmordung'' der Christen im Libanon durch die syrischen Truppen mit der Verfolgung der Juden durch Hitler verglichen wird (selbstverständlich fehlt die Anklage gegen das tatenlose Zusehen Europas damals (!) wie heute nicht) (,,FAZ'', 29.9.78), sei hier noch einmal darauf hingewiesen, daß die ,,Liebe'' der Zionisten zu den maronitischen Christen doch recht neu sei.

Das beweist das Schicksal der Einwohner von rund 20 Orten im Norden Israels (Galiläa) unmittelbar in den Jahren nach der Errichtung des zionistischen Staates. Die rund 7.000 Einwohner dieser Orte, fast ausschließlich maronitische Christen und Moslems, wurden damals vertrieben, ihre Dörfer weitgehend zerstört.

Besonders bekannt sind die Beispiele der Einwohner von Biram (Kafr Bir'im) und Ikrit (Iqrit), die auch heute noch um eine Rückkehr in ihre Dörfer kämpfen.

Die Einwohner Birams halfen 1945 den Zionisten, illegale jüdische Einwanderer aus dem Südlibanon nach Palästina einzuschleusen. Während des Krieges 1948 beteiligten sie sich nicht an den Kämpfen. Sie flohen deshalb auch nicht, als die israelische Armee 1948 ihren Ort erreichte; doch schon ein paar Tage später wurden sie zum Verlassen ihres Ortes gezwungen. Begründet wurde dies mit einer zu erwartenden arabischen Gegenoffensive und beruhigt wurden die Einwohner damit, daß sie baldmöglichst zurückkehren könnten. Trotz eines 1953 erreichten Gerichtsbeschlusses, der den Einwohnern von Biram die Rückkehr erlaubte, durften sie nicht zurückkehren. Stattdessen warf die israelische Armee — nur ein paar Tage später und unmittelbar nach einem hohen kirchlichen Fest — Brandbomben auf Biram, nachdem der Ort vorher vermint worden war.

Ähnlich brutal gingen die Zionisten gegen die Einwohner von Ikrit vor, die ebenfalls vertrieben wurden, ihr Recht vor dem Obersten Gerichtshof einklagten (1951) und deren Dorf am darauffolgenden Weihnachtstag von Pionieren der israelischen Armee gesprengt wurde, nachdem Ikrit ebenso wie Biram zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden war.

Hinzuzufügen ist, daß es sich bei diesen ,,Christen'' um israelische Staatsbürger handelt, die in der israelischen Armee und Polizei dienen. Immer wieder wurde den Bewohnern, so z.B. 1973, per Gerichtsbeschluß erlaubt, in ihren Orten zu wohnen, was durch die israelische Armee immer wieder verhindert wurde.

Stattdessen ,,dürfen'' die rechtmäßigen Besitzer auf ihrem eigenen Land, das schon 1951 an zwei jüdische landwirtschaftliche Siedlungen gegeben worden war, tagsüber mit einer Extragenehmigung für andere arbeiten — und sie dürfen ohne Genehmigung die Kirche und den Friedhof besuchen (Informationen aus: ,,Journal of Pa-ben worden war, tagsüber mit einer Extragenehmigung für andere arbeiten — und sie dürfen ohne Genehmigung die Kirche und den Friedhof besuchen (Informationen aus: ,,Journal of Pa-lestine Studies'', Sommer 74)!

Während die Zionisten unter dem Deckmantel, sie schützten die ,,Christen'' im Libanon, die Faschisten dort systematisch hochpäppeln, bekämpfen sie selbstverständlich die fortschrittlichen Christen, die gemeinsam mit fortschrittlichen Moslems, Drusen und den Palästinensern für die Errichtung eines demokratischen Libanon kämpfen.

Zum Vorbild der faschistischen Falange-Partei Pierre Gemayels schrieb der ,,Stern'' (Nr. 41, 29.9.78): ,,*Das Gemayel seine Partei 1936 nach einem offiziellen Besuch bei den Olympischen Spielen und im NSDAP-Hauptquartier gegründet und nach deutschem Vorbild ausgerichtet hat, wird mit Rücksicht auf die israelischen Verbündeten nicht mehr erwähnt.*''

Nahost-Kommission



,,Freiheit, Demokratie und Wohlstand'' für Ägypten?

Unmittelbar nach seiner Rückkehr von den Camp David-Verhandlungen verschärfte Sadat erneut die Repressionsmaßnahmen und ging daran, den Regierungsapparat auch von den leisesten Kritikern der Verhandlungsergebnisse zu säubern. Innerhalb sehr kurzer Zeit wurden in allen ägyptischen Provinzen großangelegte Razzien durchgeführt, die sich vor allem gegen die revolutionäre Linke richteten. Außerdem wurde, nach dem schon erfolgten Rücktritt des ägyptischen Außenministers Kamel, die ägyptische Regierung fast vollständig neu gebildet.

Nach Camp-David — Jagd auf Kommunisten

Nach Angaben der ägyptischen Zeitung ,,Al Ahram'' wurden Anfang Oktober bei einer Razzia in allen ägyptischen Provinzen 85 Mitglieder einer ,,Extremen Linksgruppe'' verhaftet, die maßgeblich daran beteiligt ist, die Opposition gegen die Abkommen von Camp David aufzubauen (,,Guardian'', 9.10.78). Ganz offensichtlich ist mit dieser ,,Extremen Linksgruppe'' die ,,Kommunistische Arbeiterpartei Ägyptens'' gemeint, die schon nach dem Israel-Besuch Sadats sehr breit in Ägypten Flugblätter gegen diesen Verrat verteilt hatte. Gleichzeitig sollen zwei andere kommunistische Organisationen aufgedeckt und eine Menge Schriftmaterial beschlagnahmt worden sein.

Schon am 27. September hatte es eine Verhaftungswelle gegeben (offizielle Angaben sprechen von 40 Verhaftungen), vor allem in Heluan (Industriestadt südlich von Kairo) und in Alexandria. In beiden Städten waren Flugblätter verteilt worden, die die Verhandlungen kritisierten. Unter den Verhafteten sollen auch einige Angehörige der rechtsradikalen Moslem-Bruderschaft sein, die ebenfalls eine Kritik an dem Verhandlungsergebnis haben, sowie der ,,Nationalen Fortschrittspartei''. (Vor den Parlaments-,,wahlen'' 1976 hatte Sadat drei ,,Fraktionen'' der ,,Arabischen Sozialistischen (!) Einheitspartei'' zugelassen, die später zu ,,Parteien'' erklärt wurden. Inzwischen arbeiten in dieser Parteigruppierung Mitglieder der revisionistischen KP mit. Ehemals dem Sadat-Regime als demokratisches Feigenblatt willkommen, ist selbst diese Partei angesichts der Ausverkaufspolitik Sadats und der damit verbundenen Verschärfung der allgemeinen Repression einfach zu unbequem geworden.) Die ,,Nationale Fortschrittspartei'' veröffentlicht ihre Kritik nicht — offensichtlich ist die Zeitung al-Ahali Verschärfung der allgemeinen Repression einfach zu unbequem geworden.) Die ,,Nationale Fortschrittspartei'' veröffentlicht ihre Kritik nicht — offensichtlich ist die Zeitung al-Ahali jetzt endgültig verboten —, sondern läßt ihre Kritik in unveröffentlichten Rundbriefen kursieren. Mit Sicherheit geben die Berichte in ,,Al Ahram'' nur einen winzigen Ausschnitt der tatsächlichen Verfolgungen wider.

Regierungsumbildung

Gerade aus Camp David zurück nannte Sadat — noch vor Abschluß eines Friedensvertrages mit Israel — das bisherige Kriegsministerium demonstrativ in ,,Verteidigungsministerium'' um. Diese Umbenennung ist einhergegangen mit einer Regierungsumbildung am 4. Oktober, bei der von 32 Regierungsposten nur 11 mit bisherigen Kabinettsmitgliedern besetzt worden sind (,,SZ'', 6.10.). Sadat hat ganz offensichtlich Schwierigkeiten, Politiker für sein ,,Friedenskabinett'' zu finden, die bereit sind, den anti-arabischen und pro-imperialistischen Kurs Sadats in der ägyptischen Bevölkerung durchzusetzen.

Ein Außenminister wurde vorerst überhaupt nicht ernannt. Der bisherige Außenminister Kamel war während der Gespräche in Camp David aus Protest zurückgetreten, und bis ein Nachfolger gefunden ist, übernimmt der bisherige Staatsminister Ghali die Geschäftsführung des Ministeriums. Zusammen mit der Säuberung in der Regierung wurde auch die Armeespitze ausgewechselt. Der bisherige Kriegsminister und Oberbefehlshaber der Armee, Gamassi, und der Generalstabschef Fahmi wurden auf militärische Beraterposten abgeschoben (,,Neue Zürcher Zeitung'', NZZ, 5.10.). Neuer Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber der Streitkräfte wurde der bisherige Chef des Geheimdienstes, General Kamal Hassan Ali (,,SZ'', 5.10.). Über die Frage, ob der bisherige Kriegsminister gegen die ,,Friedens''politik von Sadat opponierte, liegen nur vage Spekulationen vor. Fest steht hingegen, daß mit ihm eine Symbolfigur des Kampfes gegen Israel aus der Regierung und der Armeespitze entfernt wurde. General Gamassi galt als der eigentliche ,,Held des Oktoberkrieges'', weil er die Suezkanalüberquerung geplant hatte und ihm der relative Erfolg im Oktoberkrieg zugeschrieben wird (,,International Herald Tribune'', IHT, 4.10.).

Kritik ist erlaubt — wenn sie Sadat gefällt

Zwei Tage vor der Regierungsumbildung erklärte Sadat in einer dreistündigen Rede vor dem Parlament am 2.10. über seinen ,,Friedens''-Kurs, daß innenpolitisch in der nun bevorstehenden ,,*Aufbauperiode*'' drei Ziele zu erreichen seien: ,,*Demokratie, Freiheit und Wohlstand*'' (,,NZZ'', 4.10.). Im Zusammenhang mit der propagierten ,,Freiheit'' und ,,Demokratie'' wies der neue Ministerpräsident Khalil in seiner ersten Pressekonferenz darauf hin, daß das Informationsministerium — bisher zuständig u.a. für die Pressezensur — abgeschafft worden ist, denn, so sagte Khalil, in Zukunft gebe es keine Zensur mehr und die Presse- und Meinungsfreiheit solle nicht mehr von staatlichen Behörden beeinflußt werden (,,SZ'', 6.10.).

Solche Äußerungen sind nichts weiter als blanke Demagogie. Schon zwei Tage vorher hatte Sadat in seiner Rede vor dem ägyptischen Parlament unmißverständlich klargelegt, daß er nicht an die geringste Liberalisierung seines Terror-Regimes denkt. Nachdem Sadat scheinheilig beteuert hatte, daß die Opposition ihre Berechtigung habe und auf den Schutz (!) der Behörden zählen könne, setzte er gleich hinzu, daß es natürlich keinen Raum für eine ,,zerstörerische'' Opposition gebe. Dasselbe gelte für die Presse, und die Journalisten sollten es sich zweimal überlegen, bevor sie Nachrichten veröffentlichten, die sich negativ auswirken könnten (,,NZZ'', 4.10.). Was Sadat unter einer ,,zerstörerischen Opposition'' versteht, machte er noch gleich während der Parlamentsrede sehr deutlich. Aus dem Saal heraus ließ er einen Abgeordneten verhaften, der gegen seine Politik protestierte! Was er von den Journalisten und allen übrigen möglichen Kritikern — auch ohne Informationsministerium — an Selbstzensur verlangen wird, und mit welchen Methoden er dies durchsetzen wird, hat er in der Vergangenheit, verstärkt seit seinem Besuch in Jerusalem im November 1977, immer wieder deutlich gemacht.

„Der Angeklagte Sadat spielt den Richter"

„Der Angeklagte Sadat spielt den Richter"

Sadat hat seinen Friedensschluß mit Israel seit Monaten innenpolitisch vorbereitet. Hierzu gehört vor allem die Unterdrückung jeglicher Kritik eben an dieser Politik. Eine gesetzliche Handhabe verschaffte er sich im Mai durch eine ,,Volksabstimmung'' (nur ein Viertel der ägyptischen Bevölkerung war überhaupt stimmberechtigt), in der über einen Gesetzentwurf abgestimmt wurde, nach dem Bürger, deren politische und religiöse Anschauungen der ägyptischen Regierung widersprechen, in Regierungsämtern, in Gewerkschaften, in öffentlichen Ämtern oder bei den Medien als Journalisten nicht beschäftigt werden dürfen (,,Frankfurter Neue Presse'', 16.5.). Zur Durchführung dieses ,,Radikalenerlasses'' wurde das Amt eines ,,gesellschaftlichen Generalanklägers'' eingerichtet, der seine Arbeit mit der Aufstellung einer Proskriptionsliste von 51 Politikern, Journalisten, Gewerkschaftern, Arbeitern und Angestellten begann. Ihnen wurden alle politischen Rechte abgesprochen, Einzug ihres Vermögens angedroht und verboten, sich öffentlich oder politisch zu betätigen. Der damalige ägyptische Botschafter in Lissabon, General Saad El Shazly, übergab der internationalen Presse im Juni eine öffentliche Anklage gegen die verschärfte Unterdrückungspraxis: ,,*Unter dem Deckmantel zwielichtiger Phrasen wie nationale Einheit und sozialer Frieden wirft Sadat jetzt alle politischen Gegner ins Gefängnis. Jene, die seine Jerusalem-Reise kritisieren, werden nach Sadats Gesetzen als Gefahr für die nationale Einheit beurteilt. Und jene, die seine Wirtschaftspolitik kritisieren, weil sie nicht sozialistisch ist, als Gefahr für den sozialen Frieden...*''(,,Deutsche Volkszeitung'', 29.6.). Shazly wurde auf diese Stellungnahme hin sofort zu einem ,,Disziplinarprozeß'' nach Kairo beordert, wo er natürlich nicht erschien. Stattdessen erklärte er: ,,*Ich bin der Ankläger und Sadat ist der Angeklagte. Warum sollte ich zurückkehren und Sadat — der niemandem gestattet, über ihn zu urteilen — erlauben, über mich zu Gericht zu sitzen!*''(,,IHT'', 21.6.). General Shazly, der heute im Exil in Algerien lebt, gehörte zu den ,,Freien Offizieren'', die 1952 gemeinsam mit Nasser die Monarchie gestürzt haben. Während des Oktoberkrieges war er Generalstabschef, wurde aber noch während des Krieges abgesetzt und zum Botschafter in London ernannt. Als er von London aus die weitere Kriegsführung kritisierte, wurde er zum Botschafter in Portugal abserviert.

Im Juli verurteilte das ägyptische Oberste Militärgericht sechs Angehörige der verbotenen ,,Kommunistischen Arbeiterpartei'' zu 1-5 Jahren Gefängnis wegen Zugehörigkeit zu einer verbotenen Organisation, ,,*die auf den Sturz des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Regimes des Landes abzielt*''. (,,NZZ'', 18.7.). Die Angeklagten waren im Januar 1977 im Zusammenhang mit den Aufständen gegen die unzumutbare Verschlechterung der Lebensbedingungen verhaftet worden. Während gegen sie im März dieses Jahres der Prozeß eröffnet wurde, sind 150 andere bei den Unruhen Verhaftete noch immer ohne Prozeß in Haft (,,Guardian'', 18.7.).

Immer wieder und immer häufiger wurde seit ihrer Gründung im Februar dieses Jahres die Zeitung der ,,linken'' Parlamentspartei ,,Nationale Fortschrittspartei'', ,,al-Ahali'', verboten; so Anfang August wegen der Verteidigung der Rolle der Sowjetunion und Kubas in Äthiopien und Zweifeln an der Richtigkeit der Politik Sadats gegenüber Israel 8,,SZ'', 4.8.); Mitte August wegen einer Kritik an dem ägyptischen Abkommen mit Österreich über die Lagerung von Atommüll in der ägyptischen Wüste (,,Guardian'', 16.8.).

Regierungspartei im neuen Kleid

Ebenfalls im August wurde dem Kolumnisten Mustafa Amin, der zusammen mit seinem Bruder Ali Amin 1976 die rechtsliberalen Zeitungen ,,Al Akhbar'' und „Akhbar El Yom'' gegründet hatte, verboten, politische Artikel zu schreiben. Anlaß war ein Artikel vom 15.8., in dem Amin sich über den hastigen Beitritt regimehöriger Parlamentsabgeordenter zu Sadats ,,neuer'' Partei, der ,,Nationaldemokratischen Partei'' mokiert hatte. Sadat hatte vor dem Nationalen Sicherheitsrat am 1. August erklärt, daß er für ,,*die Liberalisierung und den Wiederaufbau*'' eine neue Partei gründen wolle (,,Guardian'', 3.8.). Die Sadat-heitsrat am 1. August erklärt, daß er für ,,*die Liberalisierung und den Wiederaufbau*'' eine neue Partei gründen wolle (,,Guardian'', 3.8.). Die Sadat-hörigen Abgeordenten der bisher regierenden ,,Misr'' (82% der Sitze, ebenfalls aus der Arabischen Sozialistischen Einheitspartei hervorgegangen) wußten sofort, was die Stunde geschlagen hat: sie traten massenhaft, ohne auch nur das Programm zu kennen (wie Amin in seinem Artikel kritisierte) zur NDP über. Mittlerweile hat der Parteivorstand der Misr-Partei offiziell beschlossen, sich der NDP unter dem Parteivorsitz von Sadat anzuschließen. Durch 23.9.). Durch dieses Manöver werden jetzt Regierungspartei und Staat in Personalunion geleitet. Der eigentliche zweck der Neugründung dürfte aber eine Umstrukturierung der Partei entsprechend den neuen Zielen unter Umgehung einer aufwendigen und aufsehenerregenden Säuberungsaktion sein.

,,Freiheit und Demokratie'' hat die ägyptische Bevölkerung von Sadats ,,Friedens''-Kabinett also nicht zu erwarten. Und wie steht es mit dem dritten Ziel, dem Wohlstand? Welch eine rosige Perspektive: Billiglohnland für zionisitische Industrieprojekte. Begin sagte dazu unmittelbar nach dem Israel-Besuch Sadats: ,,*Die Zusammenarbeit jüdischen Genies mit arabischen Ressourcen könnte die Region in das Paradies auf Erden verwandeln*'' (,,NZZ'', 22.11.77). Die ägyptischen Volksmassen belehrt Sadat, daß diese Art des Friedens der Sinn ihrer Opfer für den Krieg von 1973 gewesen sei: ,,*durch ihn hätten Israel und die internationale Welt erst erkennen gelernt, daß eine auf bloße Gewalt aufgebaute Waffenruhe keinen dauernden Frieden abgeben könne*''(,,NZZ'', 4.10.78).

Alle Bemühungen von Sadat, die Opposition mundtot zu machen, werden an dem Widerspruch scheitern, daß es im Gegensatz zu seinen Versprechungen immer stärkere Repressionen und ein unbeschreibliches Elend gibt. Die relative Ruhe in den Klassenkämpfen seit den Hungeraufständen von 1977 ist trügerisch.

Nahost-Kommission



lateinamerika

Augusto César Sandino

„In Nicaragua, Ihr Herren, da prügelt die Maus die Katze"

Der Unabhängigkeitskampf des nicaraguanischen Volkes gegen den Yankee-Imperialismus hat lange Tradition. Auch der Name „Nationale Sandinistische Befreiungsfront Nicaraguas" (FSLN) knüpft an diese Tradition an. Augusto Cesar Sandino hatte in der Zeit zwischen 1927 und 1933 einen sehr erfolgreichen Guerillakrieg gegen die nordamerikanischen Marines und die von den USA aufgebaute Nationalgarde geführt. Nicaragua war nacheinander von den Spaniern, den Engländern und seit dem Ende des 19. Jahrhunderts von den USA besetzt. Neben der wirtschaftlichen Ausbeutung (Bananen, Kaffee) hatten die Imperialisten vor allem strategische Interessen an dem schmalen Verbindungsstück zwischen Nord- und Südamerika. Die USA erwarben von den Engländern die Konzession für einen Kanal in Nicaragua, um eine Konkurrenz zu dem unter ihrer Kontrolle stehenden Panamakanal zu verhindern, bzw. um gegebenenfalls einen zweiten Kanal durch Mittelamerika unter ihrer Vorherrschaft zu bauen.

Als Antwort auf den zaghaften Widerstand, den es gegen die US-Politik gab, putschte die US-Armee in den 20ger Jahren den rechten General Diaz an die Macht, gegen den von liberalen Kräften ein „konstitutionalistisches" Heer, ein Heer, das verfassungsmäßige Zustände herstellen sollte, aufgestellt wurde. Diesem Heer schloß sich der Arbeiter Sandino (geb. am 18.5. 1895 in Massaya) an. Die ersten Gefechte mit den Marines fanden noch in der traditionellen Kampfweise statt, so daß die Freischärler große Verluste (vor allem durch den Einsatz von Flugzeugen) erlitten. Aber sehr schnell lernten sie es, sich in die Berge zurückzuziehen, wo sie sich genau auskannten und von hier aus blitzartige Überfälle auf Kasernen, Militärtransporte und einzelne Militärposten durchzuführen, ihre momentane Überlegenheit auszunutzen und sich zurückzuziehen, bevor der Feind Verstärkung heranholte. In diesen Kämpfen organisierten sich die „Ban-

Verstärkung heranholte. In diesen
Kämpfen organisierten sich die „Banditen", wie sie von der imperialistischen Propaganda genannt wurden, erbeuteten ihre Waffen, sammelten Kampferfahrungen, eroberten sich das Vertrauen der armen Bevölkerung, vor allem in den Bergen und verunsicherten den Gegner, dessen steigende Verluste zu besorgten Anfragen im amerikanischen Kongreß führten. Die sieggewohnten amerikanischen Marines begannen, sich die Zähne an den Guerilleros auszubeißen.

Inzwischen stellte sich heraus, daß die liberalen Kräfte nur allzu gerne bereit waren, sich mit den USA zu arrangieren, solange ihnen der Imperialismus wenigstens minimale Entfaltungsmöglichkeiten ließ. Eine durchaus aktuelle Fragestellung, denn auch damals fürchtete die nationale Bourgeoisie nichts mehr als eine unabhängige und bewaffnete Arbeiter- und Bauernbewegung. Sandino schrieb dazu: „*Wie gesagt, als ich im Mai 1926 Mexico verließ, um nach Nicaragua zurückzukehren, tat ich dies in dem Glauben, daß der nicaraguanische Liberalismus für die Wiedererlangung unserer nationalen Unabhängikeit kämpfte, die durch den widerrechtlichen Bryan-Chamorro-Pakt, Söhnen der verbrecherischen internationalen Politik der USA, ernsthaft gefährdet war. Dann allerdings, als wir uns schon auf der Bühne der Ereignisse selbst befanden, sahen wir uns vor die Tatsache gestellt, daß die konservativen und liberalen politischen Führer Nicaraguas feige und verräterische Kanaillen waren (...). Wir sind von unseren politischen Führern, die sich mit den Invasoren verbündet haben, im Stich gelassen worden, aber wir Arbeiter und Bauern haben uns selbst unsere Führer geschaffen*" (Aus: „Viva Sandino", Sergio Ramirez S. 57).

Obwohl die liberalen Kräfte den Kampf immer mehr sabotierten, ja offen mit den USA kollaborierten, gelang es dem *„kleinen verrückten Heer"* (diesen Namen hatte es von der chilenischen Dichterin und Nobelpreisträgerin Gabriela Mistral) mit Unterstützung einer starken Solidaritätsbewegung die Marines aus Nicaragua zu vertreiben.

Die USA trugen mit ihrem Truppenabzug der breiten antiimperialistischen Stimmung in Nicaragua, aber auch in den USA selbst Rechnung und vertraten ihre Interessen in verdeckterer Form. Zum Schutz ihrer Interessen hinterließen die USA die Nationalgarde, eine gutausgerüstete Truppe von skupellosen Abenteurern unter direkter Führung der US-Botschaft. Das Kommando hatte ein gewisser Anastasio Somoza, Vater des heutigen Diktators Somoza Debayle. Die Guerilleros gaben nach dem Abzug der Marines wie angekündigt ihre Waffen ab, um friedlich an einer Landreform und dem Aufbau des Landes zu arbeiten. Zusammen mit drei seiner Generäle geriet Sandino am 21. Februar 1934 in einen Hinterhalt von Offizieren der Nationalgarde und wurde auf direkten Befehl von Somoza und nach Rücksprache mit der US-Botschaft zusammen mit seinen Generälen ermordet.


Augusto César Sandino

Somoza ließ sich 1936 zum Präsidenten „wählen" und regierte seitdem mit unbeschreiblichem Terror. In kurzer Zeit eignete sich die Somoza-Familie über 50% des bebaubaren Bodens an und hiermit die Vorherrschaft in Viehzucht und Viehhandel sowie im Anbau von Kaffee und Baumwolle. Als der Sohn und jetzt stark bedrängte Staatschef 1956 nach der Ermordung des Vaters an die Macht kam, machte er aus dem Großgrundbesitz ein multinationales Unternehmen, zu dem nicht nur Fabriken für die Verarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Somozas gehörten, sondern auch internationale Handelskontore, Transportunternehmen zu Land, Wasser und Luft und auch nationale Handelsketten, Banken und internationale Beteiligungen in Nord- und Südamerika. Nach und nach wurde ganz Nicaragua den Interessen des Somozakonzerns unterworfen, in enger Absprache mit den USA.

Seit Oktober 1977 prügelt die Maus wieder die Katze, wie es in einem alten Guerillalied aus der Zeit Sandinos heißt. Im Oktober letzten Jahres begann die Sandinistische Befreiungsfront Nicaraguas (FSLN) eine Offensive gegen die Diktatur mit mehreren Überfällen auf Stellungen der Nationalgarde, die schlagartig deutlich machten, daß der lange totgesagte Widerstand lebt.
(Nach: „Viva Sandino", Sergio Ramirez - Wuppertal 1976)

Lateinamerikakommission HH



„Wir werden die Waffen nicht abliefern"

Im folgenden drucken wir Ausschnitte aus einem Interview mit Miguel Castaneda, Europavertreter der FSLN, das in der spanischen Zeitung „Cuadernos para el Dialogo" (30.9. – 6.10.78) erschien.

Wir drucken den Text ab, weil Stellungnahmen oder Erklärungen der FSLN in der hiesigen Presse nicht zu finden sind.

Frage (F.): Was ist der Vorschlag der Sandinisten, wenn Somoza gestürzt ist?

Castaneda (C.): *Wir bilden eine provisorische Regierung aus den Kräften der breiten Oppositionsfront und geführt von der „Gruppe der 12". Diese Regierung wird die minimalen Programmpunkte erfüllen müssen, welche sind: Die Enteignungen der Besitzungen der Familie Somoza und ihrer Komplizen, die Reorganisation der Nationalversammlung, die völlige Zerschlagung der gegenwärtigen Streitkräfte und den Aufbau eines anderen Heeres, eines Volksheeres, an dem die FSLN teilnimmt.*

F.: Wer sind die „12"?

C.: *Sie sind eine Gruppe von Persönlichkeiten, die der Mittel- und Kleinbourgeoisie entstammen. Im Oktober (77) gaben sie ein Dokument heraus, in dem sie versicherten, daß es keine nationale Lösung ohne die Beteiligung der Frente Sandinista geben könne, auch wenn dies der Secretaria de Estado und Sektoren der Finanzbourgeoisie nicht paßt.*

F.: Was für eine Regierung wird dann die Provisorische Regierung ablösen?

C.: *Eine demokratische Volksregierung, welche Maßnahmen von nationalistischen Charakter ergreifen wird, die aber in sich den Keim der sozialistischen Revolution tragen.*

F.: Oder anders gefragt: welche Bedeutung hat der Nationalismus in Ländern wie Nicaragua?

C.: *In dem Maße, wie Nicaragua ein unterentwickeltes und vom Imperialismus abhängiges. Land ist. Die Somozas haben nicht einmal die mindesten kapitalistischen Aufgaben erfüllt, deshalb müssen wir eine Volksdemokratie durchsetzen, die diese kapitalistischen Maßnahmen zu Ende führt. Der Hauptwiderspruch in unserem Land, in den die Klassenwidersprüche eingebettet sind, ist der zwischen Imperialismus und Nation.*

F.: Wenn einmal die Volksdemokratie errichtet ist, werden die Sandinisten dann die Waffen abliefern?

C.: *Wir werden sie niederlegen, aber nicht abliefern!*

F.: .... Welche Verbindungen gibt es zwischen den Volksmilizen und der Front?

C.: *Während des Prozesses des Aufstandes haben die Volksmassen spontan gewaltsame Kampfformen entwickelt: selbstgebastelte Bomben, Steine, Enteignung von Waffen bei der Guardia National usw. Die Frente konzentrierte diese Kräfte im Umfeld ihrer regulären Einheiten und beauftragte sie mit Aufgaben wie Überfälle und Sabotage.*

F.: Wie ist das Verhältnis von bewaffnetem und politischem Kampf?

C.: *Der bewaffnete Kampf ist die höchste Ausdrucksform der Politik. Wir haben uns leiten lassen von einer Lehre der Vietnamesen, die sagen, daß man die militärischen Aufgaben im Schoße des Volkes und umgekehrt politische Aufgaben im Schoße des Heeres entwickeln muß.*

F.: ... Gibt es Desertionen aus der Nationalgarde, um sich dem Kampf der Sandinisten anzuschließen?

C.: *Außer einzelnen Desertionen haben wir kürzlich mit einer Gruppe von Offizieren eine Übereinkunft erreicht, die zwar zahlenmäßig klein, aber entschlossen ist, sich im geeigneten Augenblick der Somoza-Diktatur entgegenzustellen.*


Widerstandskämpfer der FSLN

5 Jahre Widerstand in Chile: Zur Politik der reformistischen Linken

Nachdem in den ersten Jahren nach dem Putsch in Chile breite und relativ gründliche Kenntnisse über den chilenischen Widerstand und die Widersprüche in der chilenischen Linken bestanden, hat sich dies in den letzten Jahren parallel mit dem Rückgang der Solidaritätsbewegung erheblich reduziert.
Um – angesichts des zunehmenden Volkswiderstandes in Chile – auch und gerade heute einen Beitrag zur gründlicheren Chile-Diskussion zu leisten, haben die Hamburger MIR-Genossen einige Artikel zur Entwicklung des Widerstandes und der politischen Auseinandersetzungen geschrieben.
Den ersten Teil, zur Entwicklung der Politik der reformistischen Strömungen unter Führung der KP, drucken wir hier ab.

Lateinamerika-Kommission

Wie hat sich die Politik der reformistischen Linken in 5 Jahren Diktatur entwickelt?

Der Schwerpunkt des Reformismus basiert auf der Konzeption, die Diktatur sei ein Regime faschistischen Charakters. Dies hat nicht nur eine ideologische Bedeutung, und ist auch nicht nur die Darstellung des Charakters der Unterdrückung in Chile durch den Vergleich der Militärdiktatur mit dem Faschismus in Europa in den 40er Jahren, sondern hat einen direkten Einfluß auf die Entwicklung der Strategie und vor allem der Bündnispolitik der Reformisten. DerReformismus behauptet, daß in Chile die Linke und das Volk nicht die genügende Kraft haben, um eine unabhängige Kampfalternative gegen die Diktatur zu entwikkeln; daß die Linke eine Allianz mit anderen politischen Kräften erreichen muß, die heute in der Opposition gegen die Diktatur sind. Darüberhinaus schlägt er vor, — genauso wie in den Jahren der Regierung Allende — ein Bündnis mit einer angeblich ,,nationalen'' und ,,fortschrittlichen'' Fraktion der chilenischen Bourgeoisie einzugehen, und die Diktatur zu stürzen. Der Reformismus sieht nicht, daß dieser ,,fortschrittliche'' Sektor der Bourgeoisie, der von der PDC (Christdemokratische Partei) vertreten wird, die gleichen Kräfte sind, die den Sturz Allendes aktiv mitunterstützt haben und bei ihm mitgewirkt haben. Der Reformismus versteht nicht, daß diese bürgerliche Fraktion sich nicht in der Opposition befindet, weil sie gegen das diktatorische Regime oder das wirtschaftliche Modell der Diktatur sind, sondern weil sie sich einen besseren Anteil an der Verteilung der Beute der Überausbeutung des Volkes versprochen hatten.

sondern weil sie sich einen besseren Anteil an der Verteilung der Beute der Überausbeutung des Volkes versprochen hatten.

In den ersten Zeiten nach dem Putsch mußte sich die Linke und die Massenbewegung auf die neue Situation einstellen. Mit Ausnahme des MIR, der schon während der Regierung Frei eine Zeit im Untergrund gearbeitet hatte, war die chilenische Linke daran gewöhnt, nur im Rahmen der bürgerlichen Demokratie zu arbeiten. Nach dem Putsch wurde diese bürgerliche Demokratie abgeschafft und die Militärdiktatur setzte den Staatsterrorismus als Mittel durch, um das Organisations- und Bewußtseinsniveau der Arbeiterklasse und des Volkes zu zerschlagen. Parteien, Gewerkschaften und andere Organisationsformen der Linken wurden verboten. Die demokratischen Freiheiten wurden außer Kraft gesetzt. Durch die starke Repression wurde die Massenbewegung zuerst in eine tiefe Phase des Rückgangs gedrängt. Die Führungen der reformistischen Linken gingen ins Exil, was einen hohen Grad an Demoralisierung und Inaktivität in der Basis dieser Parteien zur Folge hatte.

In dieser Zeit konzentrierte sich der Reformismus darauf, die revolutionäre Linke, vor allem den MIR als den Hauptschuldigen am Sturz Allendes darzustellen. So wurde behauptet, die ,,Ultralinke'' sei verantwortlich für die Spaltung des Volkes, d.h. das Bündnis mit der PDC sei nicht erreicht worden, weil der ,,Linksextremismus'' die PDC verschreckt hätte, und weil die Regierung — beeinflußt von den ,,Ultras'' — manchmal zu radikal gehandelt hätte. Ignoriert wurde aber, daß die PDC von anfang an ein Bündnis mit der Unidad Popular abgelehnt hatte, daß die gesamte Bourgeoisie durch den Boykott, den Schwarzmarkt, und durch Aktionen wie den Unternehmerstreik im Oktober 1972 gemeinsam gegen die Regierung der UP vorging; daß alle rechten bürgerlichen Parteien im August 1973 die Regierung Allende im Parlament für verfassungswidrig erklärten und die Militärs aufriefen, die Regierung zu stürzen; und daß durch die Suche nach einem Bündnis mit der Bourgeoisie das Volk sowohl politisch als auch militärisch entwaffnet wurde.

Zwischen September 1973 und Mitte 1975 paßte sich die Massenbewegung langsam der neuen Lage an. Die Arbeiterklasse aktivierte sich gegen die Unterdrückung durch die Militärs und gegen die wachsende Verschlechterung ihres Lebensniveaus. Allerdings setzte sie dafür nur ihre traditionellen Kampfformen ein, die sie während der bürgerlichen Demokratie angewendet hatte. Es war der Streik und der offene Protest. Darauf antwortete das Militär blutig, was zu einem erneuten Rückgang der Massenaktivitäten führte: Der Reformismus arbeitete in der Zeit an seiner Reorganisierung und konzentrierte seine Aktivität auf den legalen Rahmen des politischen Kampfes unter der Obhut der Kirche, und den gewerkschaftlichen Kampf unter der Führung der PDC. Die UP existierte weder in Chile noch im Ausland; sie wurde erst Mitte 1975 unter der Hegemonie der KP im Ausland wiederaufgebaut. Die revolutionäre Linke, vor allem der MIR, die den aktiven Widerstand gegen die Diktatur vorantrieb war in dieser Zeit Hauptziel der Repression.

Das wirtschaftliche Modell der Diktatur zur Errichtung des Monopolstaates und die Umorientierung der Wirtschaft zum Außenhandel führten zu einer Verschärfung der Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie. Die PDC ging als Vertreter der kleinen und mittleren Unternehmen, die durch die Wirtschaftspolitik massenhaft in den Bankrott getrieben wurden, in die Opposition. Ende 1975 veröffentlichte Eduardo Frei ein Buch, in dem die Christdemokratie kritisch gegenüber der Junta Stellung nimmt. Für den Reformismus war damit die Zeit reif, ihre Strategie des Bündnisses mit der PDC wieder stark voranzutreiben, obwohl die PDC in diesem Buch eine Allianz mit der KP deutlich ablehnt.





Streik der Frauen in Chile

Auf der Suche nach einer Allianz mit der PDC verstärkt die KP ihre sektiererische Haltung gegenüber der revolutionären Linken. Sie versuchte den MIR vom Rest der Linken zu isolieren und trieb eine Kampagne von Angriffen und Diffamierungen voran. Im November 1975 veröffentlichte die KP ein Dokument namens *,,Der Linksextremismus, trojanisches Pferd des Imperialismus''*. In diesem Papier wird in übelster Weise nochmal wiederholt, daß der MIR verantwortlich sei für den Sturz Allendes, und in einer Reihe von Lügen und Diffamierungen die alte Geschichte behauptet, die revolutionäre Linke seien *,,Leute im Dienste des CIA''* usw. Damit versuchte die KP-Führung der PDC ihre gemäßigte Haltung als Bündnispartner zu beweisen. Nicht zuletzt geschah das alles in einer Zeit, in der der MIR schwere Schläge von Seiten der Repression erlitten hatte. Das Ergebnis dieser Kampagne entsprach trotzdem nicht den Erwartungen: Diese Kampagne wurde vom Rest der chilenischen Linken abgelehnt und kritisiert.

1976 fing die Massenbewegung, vor allem die Arbeiterklasse, langsam wieder an, sich zu aktivieren. Die Arbeiterklasse hatte aus den Erfahrungen der zwei vergangenen Jahre gelernt, und versucht, langsam neue Kampfformen zu entwickeln. Die verlangsamte Arbeit und die Sabotage in den Betrieben nahmen zu, ebenfalls wuchsen die Widerstandskomitees und andere Untergrundorganisationen. Dieser Prozeß hätte schneller und stärker vorangetrieben werden können, wenn die Linke ihn gemeinsam angegangen wäre.

Der immer wiederkehrende Versuch der KP, sich der PDC als Bündnispartner anzudienen, verhinderte nicht nur die Einheit der Linken, sondern stärkt auch einige Sektoren der Unidad Popular, für die jetzt nicht nur die revolutionäre Linke ein ,,Störfaktor'' für das Bündnis mit der PDC ist, sondern gerade auch die KP diejenige ist, die als ,,unerwünschter'' Partner von der PDC betrachtet wird. Damit stärkt die KP durch ihre sektiererische Haltung gegenüber den Revolutionären die sozialdemokratischen Sektoren innerhalb der chilenischen Linken und unterstützt die PDC in ihrem Versuch, die chilenische Linke zu spalten, um *,,eine gemäßigte Linke''* zu schaffen, mit der sie gemeinsam handeln könnte.

Die klare Stellung und die wiederholte Absage der PDC, gemeinsam mit der UP zu handeln, tragen dazu bei, daß die anderen Parteien der UP eine gemeinsame Arbeit mit dem MIR entwickeln. Mitte 1977 ist die KP immerhin bereit — da sie in Gefahr ist, innerhalb der Linken isoliert zu werden — im Ausland ein gemeinsames Abkommen mit dem MIR und der UP zuzulassen und zu unterschreiben. Dies hat auf die Basis der KP und der anderen Parteien der UP in Chile einen sehr positiven Einfluß, denn dort wird schon gemeinsam mit dem MIR gearbeitet.

Mit dem Hungerstreik der Angehörigen der Verschwundenen im Juni 1977 und vor allem seit dem Streik im Kupferbergwerk El Teniente begann eine Veränderung innerhalb des Klassenkampfes in Chile. Die Massenbewegung verließ allmählich die Etappe des Rückzuges. Die Volkskämpfe wachsen und breiten sich aus. Die Repression schlägt zwar unerbittlich zu, ist aber unfähig diese Reaktivierung zu bremsen. Die Aktivitäten am 1. Mai dieses Jahres und der letzte Hungerstreik der Angehörigen der verschwundenen politischen Gefangenen im Mai 78 verdeutlicht diese Tendenz noch mehr. Aus dem Volk heraus entwickelt sich eine Kampfalternative, die unabhängiger wird von den geduldeten Oppositionskräften, wie vor allem der PDC. Mit besagtem Hungerstreik hat die Linke zum ersten Mal seit dem Militärputsch die politische Initiative ergriffen, die bisher in den Händen der bürgerlichen Opposition und der Diktatur gewesen war (siehe hierzu die Volksabstimmung, zu der von der Diktatur aufgerufen wurde, oder die Versammlung zum 1. Mai, zu der

bürgerlichen Opposition und der Diktatur gewesen war (siehe hierzu die Volksabstimmung, zu der von der Diktatur aufgerufen wurde, oder die Versammlung zum 1. Mai, zu der

zwar die gewerkschaftlichen Führungen der PDC aufgerufen hatten, die aber von der Linken überrollt wurden). Bei dem Hungerstreik blieb die bürgerliche Opposition deutlich am Rande der Aktivitäten, und fing an, ihre führende Rolle in der Massenbewegung zu verlieren, wobei es ihr immerhin aber gelang, über die Einbeziehung der katholischen Kirche den Abbruch des Hungerstreiks durchzusetzen

Dies alles bedeutet aber nicht, daß die Einheit der chilenischen Linken schon eine Wirklichkeit geworden ist. Es sind die ersten Schritte innerhalb eines Prozesses zum Aufbau und zur Stärkung der unabhängigen Kampfalternative des Volkes.

Der Reformismus setzt heute seine Strategie des Bündnisses mit der PDC fort. Er versucht auch weiterhin, die Einheit der Linken zu verhindern oder zumindest zu erschweren. Aber er ist nicht mehr so kräftig wie gestern. Die Aktivitäten der letzten Zeit haben außerdem den wahren Charakter der bürgerlichen Opposition deutlicher denn je gezeigt: Sie ist weder gegen das diktatorische Regime, noch stellt sie eine Alternative zum wirtschaftlichen Modell der Überausbeutung dar. Ihre Widersprüche basieren hauptsächlich auf der Verteilung der Beute bei der Unterdrückung und Überausbeutung des Volkes. Die Massen vom Gegenteil zu überzeugen, wird für den Reformismus eine schwere Aufgabe sein. Die Erfüllung dieser Aufgabe hat ihnen allerdings durch die Unterordnung unter die Bourgeoisie innerhalb seiner Basis erhebliche Kosten verursacht, und wird es hauch weiterhin tun.

MIR Hamburg

asien

2 Jahre Faschismus in Thailand

Am 6. Oktober 1976 stürzten faschistische Militärs mit einem blutigen Putsch die bürgerlich-demokratische thailändische Regierung und errichteten eine grausame Terrorherrschaft. Ein Jahr später, am 6. Oktober 1977, putschten andere Militärs erneut und errichteten eine neue Junta (zu den damaligen Ereignissen siehe auch AK 91, 92, 94). Hatte die erste Militärjunta ein offen terroristisches Ansehen und war international stark isoliert, so konnte die neue Junta unter General Kriangsak die Lobeshymnen nur so einsammeln.

Da wurden *,,sämtliche Spitzenpositionen ... mit fortschrittlichen* (!) *Berufssoldaten''* besetzt (,,FAZ'', 7.10.78), da wurde die *,,Phase des Liberalismus''* — von General Kriangsak eingeführt (,,Aktueller Informationsdienst Asien'' Nr. 9/78) und ein Kenner der Szene, US-Präsident Carter, bestätigte: *,,Die Kriangsak-Regierung hat ein noch* (!) *besseres Klima für die Menschenrechte geschaffen''* (zit. nach ,,AMPO'', Nr. 2/78). Tatsächlich ist Thailand heute nicht mehr und nicht weniger freiheitlich als nach dem faschistischen Militärputsch vom 6.10.1976.

Liberale Politik ?

Die politische Unterdrückung im Land ist total — auch nach dem Machtwechsel letzten Jahres.

1. Nach offiziellen Angaben wurden sofort nach dem Putsch 1976 7.300 Personen inhaftiert. Von diesen wurden offiziell 3.888 inzwischen freigelassen. Die Zahl der heutigen politischen Gefangenen wird offiziell mit 611 angegeben. Es sind also nach offiziellen Angaben mindestens 2.801 Verhaftete ,,verschwunden''. Die untersten Schätzungen für die tatsächlichen Verhaftungen liegen bei 10.000 (nach ,,Political Repression in Thailand'', herausgegeben u.a. vom Thailand Informations- und Solidaritätskomitee). Kurz: einen Vergleich mit Chile oder Argentinien brauchen die thailändischen Faschisten nicht zu fürchten. Dabei läßt sich wie in anderen faschistischen Diktaturen auch die Frage der politischen Gefangenen nur sehr begrenzt beleuchten, da Gefangene nur in den städtischen Zentren gemacht werden. Auf dem Land gilt immer noch die Devise: ,,Nur ein toter Widerstandskämpfer ist ein guter Widerstandskämpfer''!



August 1977: So wie hier an der thailändisch-kambodschanischen Grenze wurden und werden Tausende zwangsdeportiert.

2. Sämtliche Erlasse, mit denen die Junta nach dem Putsch 1976 jede willkürliche Verhaftung legalisierte, sind nach wie vor in Kraft. So insbesondere die Erlasse 22 und 34, die den Faschisten die Möglichkeit geben, *,,jede Person zu inhaftieren, die eine Gefahr für die Gesellschaft darstellt''*. Diese Definition beinhaltet:
,,alle Personen, die
— *stören, belästigen, drohen, illegale Akte durchführen,*
— *vagabundieren, keinen festen Wohnsitz und kein legales Einkommen haben.*
— *agitieren und die Öffentlichkeit zu Aufständen oder Störungen im Land gebrauchen oder unterstützen,*
— *agieren in einer Weise, die den Menschen den Glauben an irgendeine andere Regierungsform als das demokratische System mit dem Monarchen als Staatsoberhaupt* (so die selbstgewählte Bezeichnung der Junta für ihre Herrschaft, Anm. AK) *vermitteln,*
— *illegal mit anderen streiken oder die Arbeit niederlegen''* (,,Political Repression'').

Und der Erlaß Nr. 25 definiert zusätzlich noch, was alles ,kommunistisch' ist — nämlich j e d e Kritik an den bestehenden Zuständen. Beispielsweise gilt die *,,Untergrabung der nationalen Stabilität, der religiösen Institutionen, der Monarchie...''* als kommunistische Propaganda (,,Political Repression''). Die Existenz u n d Handhabung derartig faschistischer Gesetze spricht wohl Bände über die ,,Liberalität'' der ,,demokratisch gesinnten'' Generäle!

3. *,,Alle Streiks und Arbeitsunterbrechungen sind als illegal erklärt. Gewerkschaftsverbände wurden als illegal deklariert und der Dachverband der Gewerkschaften verboten''* (,,Political Repression''). Für die Staatsbetriebe wurde ein prinzipielles Organisierungsverbot erlassen — in diesen Betrieben arbeiten ca. 50% der organisierten Arbeiterschaft.

Obwohl in punkto gewerkschaftliche Organisierung sich einiges änderte (dazu unten mehr), haben die thailändischen Arbeiter keinerlei legale Kampfmöglichkeiten. Denn alle Zusammenkünfte von mehr als fünf Personen bedürfen polizeilicher Genehmigung, irgendwelche eventuell genehmigten gewerkschaftlichen Zusammenkünfte werden von der Polizei überwacht und können jederzeit aufgelöst werden.

Aufgrund der politischen und materiellen Unterdrückung gibt es in Thailand dennoch Streiks — die von wilder Repression begleitet sind. *,,Die ersten Streiks fanden statt in den Seewerften. Andere folgten: 500 Arbeiter der Saeng Fa Batteriefabrik (12 Delegierte verhaftet), Arbeiter der Königlichen Mosaikfabrik (15 Arbeiter verhaftet), 1.500 Arbeiter einer Sackfabrik (10 Führer verhaftet)''* (,,Political Repression''). Das bedeutet, daß bei praktisch jedem Streik (es gibt zahlreiche weitere Beispiele) die aktiven, hervortretenden Arbeiter sofort verhaftet werden — und so jede weiteren spontanen Erhebungen sofort erstickt werden sollen. Daß es dennoch zu immer neuen Streiks kommt, kennzeichnet den Widerstandswillen in den thailändischen Betrieben.

Offenbar direkt abgeguckt von den lateinamerikanischen Faschisten ist die Liquidierung von aktiven Arbeitern durch Mordtrupps. Allein im August 77 wurden mindestens 5 Arbeiterführer durch solche Mordtrupps getötet (,,Political Repression'').

4. Am deutlichsten wird der Charakter der thailändischen Faschisten an dem Terror, mit dem sie die ländlichen Regionen überziehen. Seit dem 6.10.76 wird in den ländlichen Regionen hauptsächlich militärisch gegen die Bevölkerung vorgegangen. Die Methode ist hierbei die massenweise Umsiedlung der Menschen aus den sogenannten *,,gefährdeten Gebieten''* und der gleichzeitige Aufbau von sogenannten Wehrdörfern, sprich Konzentrationslagern. Jnzwischen liegen konkrete Berichte aus den Gebieten vor, wir greifen uns ein Beispiel heraus:

,,Ca. 2.000 Menschen wurden gezwungen, ihre Dörfer zu verlassen. .. Dann wurde zweimal am Tag der Boden durch fünf oder sechs OV 10-Flugzeuge mit 500-Pfund-Bomben bombardiert; nach der Bombardierung

wurden die verlassenen (!) Dörfer mit Maschinengewehrfeuer belegt. Nach Aussagen von Opfern wurde in verschiedenen Fällen Napalm in bewaldeten Gebieten eingesetzt, ebenso Entlaubungsmittel und die berüchtigten Splitterbomben. Nach diesen Bombardierungen folgten Eliteeinheiten der Marine, um letzte Säuberungsaktionen durchzuführen'' (,,Political Repression''). Die oben beschriebene Aktion fand im Februar 1978 statt, nachdem also die ,demokratischen' Militärs an der Macht waren.

Kommandeur Pin Thamasi von der 4. Armee (operiert in Südthailand gemeinsam mit malaysischen Truppen) gibt diese Art ,,Widerstandsbekämpfung'' offen zu: *,,Flugzeuge bombardieren die Gebiete und schwere Artillerie wird eingesetzt''* (,,SWB'',4.7.78). Daß hierbei nicht nur die Methode des US-Imperialisten aus Vietnam nachempfunden wurde, sondern diese direkt daran beteiligt sind, werden wir weiter unten sehen. Ein solcher Krieg wird von der Junta in gut der Hälfte aller thailändischen Provinzen geführt — diese sind zu *,,gefährdeten Gebieten''* oder *,,kommunistisch infizierten (!) Gebieten''* erklärt worden (,,New Asia News'', 9.6.78).

schen Veränderungen in Thailand nach 1976über ISOC/USA liefen! Einer der ISOC-Direktoren, Somchai Rakwijt, steht im direkten Sold der USA als Programmdirektor des US-Verteidigungsministeriums. ISOC entwickelt und leitet als militärische Koordinationszentrale sämtliche Anti-Guerilla-Aktionen, insbesondere die vietnamähnlichen Feldzüge. Nach Informationen der AMPO soll ISOC (und speziell jener US-Söldner) auch den Machtwechsel 1977 vorbereitet haben (,,AMPO'', 2/78). Die direkte Steuerung und Kontrolle der USA über die Anti-Guerilla-Aktionen wird derzeit offenbar verstärkt — nach thailändischen Aussagen sollen die US-Basen dazu genutzt werden. So sollen die US-Satelliten zu Aufklärungszwecken eingesetzt werden.

Die neue Junta — Ausdruck der Carter'schen Menschenrechtspolitik

Das, was sich in Thailand geändert hat, ist das Aussehen der faschistischen Junta. *,,Anstelle von Thanin's repressiver Politik, die die herrschende Elite isolierte von der Presse, Gewerkschaften, Studenten, Politikern und Sektoren des ,Big Business' versprach* meintlichen Liberalisierung des thailändischen Faschismus. Die Widerstandszeitung ,,Liberation Courier'' enthüllte in ihrer September-Ausgabe noch viel weitergehende ,,Liberalisierungs''-Pläne bezüglich der Philippinen. Danach scheint es Überlegungen bei der CIA zu geben, den Oberdiktator Marcos zugunsten einer reaktionären bürgerlich-demokratischen Regierung zu stürzen und einen geordenten Übergang (unter Auschaltung der revolutionären Opposition) vom Faschismus zur ,,Demokratie'' zu gewährleisten (,,Liberation Courier'', 8.9.78).

Der Widerstand

Der antifaschistische und antiimperialistische Widerstand in Thailand ist durch die militärischen Aktionen der Junta keineswegs geschlagen. Auf einer Konferenz der thailändischen Gouverneure wurde festgehalten, daß *,,das Militär die Möglichkeit hat, den heutigen Stand der kommunistischen Operationen unter Kontrolle zu halten''* (,,SWB'', 4.7.78). Die Gouverneure fordern aufgrund der *,,ernsten Situation''* neue, weitere Maßnahmen gegen die Guerilla (,,SWB'', 4.7.78). Zum Stand der bewaffneten Auseinandersetzungen einige Zitate aus einer Erklärung des illegalen Radiosenders ,,Stimme des thailändischen Volkes'': *,,Der bewaffnete Kampf ... unter der Führung der KP Thailands umfaßt nun mehr als 40 Provinzen* (70 Provinzen gibt es, Anm. AK) ... *Nach unvollständigen Berichten wurden zwischen 7.8.77 und Ende Juli dieses Jahres von den Befreiungskräften 810 Gefechte mit dem Feind in verschiedenen Gebieten durchgeführt. 3.762 feindliche Soldaten wurden außer Gefecht gesetzt, 1.354 getötet, 2.300 verwundet und 108 gefangen''* (,,SWB'', 8.8.78). Es folgt eine Aufzählung der erbeuteten Waffen und Geräte. Zu den Angriffszielen der Guerilla gehören derzeit vor allem militärische Außenposten, Operationsbasen der faschistischen Armee — aber auch militärische Propagandaaktionen. Beispielsweise besetzten Widerstandskämpfer eine Messe im Viang Sa Distrikt, führten eine Agitationskampagne durch und setzten den zuständigen Regierungsagenten fest (,,New Asia News'', 9.6.78).

Der Widerstand ist also aktiv und ist ganz offensichtlich in der Lage, die erreichten Positionen zu halten.

Auf der politischen Ebene hat der Widerstand mittlerweile offenbar eine größere Einheit erreicht. Im Oktober 1977 wurde ein ,,Komitee zur Koordination Patriotischer und Demokratischer Kräfte'' (KKPDK) gegründet. Das Komitee umfaßt die KP Thailands, die Sozialistische Partei, die Sozialistische Vereinigte Front, die Thai-Unabhängigkeitsbewegung sowie verschiedene Bauern-, Arbeiter- und Studentenführer. In der Gründungserklärung heißt es u.a.: *,,Angesichts dieser überaus günstigen Lage hat die Versammlung einhellig beschlossen, durch engere Zusammenarbeit auf breiterer Grundlage die Einheit und Zusammenarbeit aller demokratischen und patriotischen Kräfte zu stärken. Deshalb einigte sich die Versammlung darauf, ein Komitee zur Koordinierung Patriotischer und Demokratischer Kräfte ins Leben zu rufen, dessen Rolle und Aufgabe darin besteht, mit politischen Parteien, politisch organisierten Gruppen, Massenorganisationen, Menschen aller verschiedenen Nationalitäten und Glaubensbekenntnisse, Solidaritätsgruppen und patriotischen und demokratischen Personen zu Hause und im Ausland in Kontakt zu treten und sich mit ihnen abzustimmen. Zielrichtung ist dabei die Entwicklung und Ausdehnung der nationalen demokratischen Front...''* (,,Thailand Correspondenz'' 2/3 78).

Heute, nach einem Jahr Existenz, berichtet das Komitee im Sender ,,Stimme des thailändischen Volkes'' über verschiedene Aktivitäten: *,,Im letzten Jahr hat das Komitee zur Koordinierung der Patriotischen und Demokratischen Kräfte konkrete Aktionen unternommen. Es hat Artikel und Stellungsnahmen zu vielen wichtigen Fragen über die ,,Stimme des thailändischen Volkes'' herausgebracht, veröffentlichte die Zeitung ,,Samakkhi Surop''... Es hat verschiedene Treffen zwischen Parteien und Gruppen zur Koordinierung ihrer Aktionen durchgeführt. Zusätzlich hat eine Zahl von Kadern des Komitees zusammen mit den bewaffneten Volkskräften gekämpft, ... um das Wachsen der Nationaldemokratischen Front zu stärken''* (,,SWB'', 30.9.78).

Mit der Gründung dieses Komitees wurden aus der Sicht des thailändischen Widerstandes die politischen und organisatorischen Voraussetzungen zur Koordinierung der verschiedenen Widerstandskämpfe geschaffen. Typisch für die Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen ist die in Indochina bewährte Bereitschaft der teilnehmenden Gruppen, a l l e Bereiche des Widerstandes zu akzeptieren und zu tragen. Eine Abgrenzung von speziellen Widerstandsformen ist nich enthalten (beispielsweise keine Abgrenzung vom bewaffneten, militärischen Widerstand).

Asien-Australien-Kommission

Anmerkung:
,,Thailand Correspondenz'' und die Broschüre ,,Political Repression in Thailand'' werden herausgegeben vom ,,Thailand Informations- und Solidaritätskomitee'' und sind über dieses Komitee zu beziehen (TISK, c/o G. Simon, Ansbacherstr. 5, 8000 München 40).

Kurzmeldung

Söul. Wie die südkoreanische Nachrichtenagentur Haptong meldete, hat das Park Chung Hee Regime am 26. September *,,erfolgreich den Testabschuß eigener Boden-Boden-Raketen durchgeführt, womit es das siebte Land der Welt ist, das solche Geschosse herstellt. Die Mittel- und Langstreckenraketen wurden von heimischen Militärwissenschaftlern entwickelt und gelten denen Nordkoreas als überlegen''* (,,Haptong'', 27.9.78).

Damit dürfte eine neue Qualität in der Aufrüstung des faschistischen Regimes in Söul erreicht worden sein. Unter dem Deckmantel des US-Truppenabzugs wird Südkorea immer mehr zur Waffenkammer ausgebaut, die die umliegenden Staaten (und besonders die Koreanische Volksdemokratische Republik) ständig bedroht.

Asien-Australien-Kommission



6. Oktober 1976: Bangkoks antifaschistische Studenten vom Militär gefangengenommen. Grausame Massaker und für die Überlebenden Gefängnis folgen.



Ohne die CIA läuft nichts

Die Junta rüstet derzeit gigantisch auf. Die Rüstungsausgaben betragen minimal 542 Mio. US-Dollar (25% der öffentlichen Ausgaben); werden hier die Kosten für die ,,Counter-Insurgency'' hinzugerechnet, kommt ein Anteil von 40% des Haushalts zusammen. Das gesamte neue Rüstungsprogramm soll ca. 1 Mrd. US-Dollar verschlingen (,,New Asia News'', 9.6.78). Hierin sind Aufbau von weiteren Anti-Guerilla-Truppen ebenso enthalten wie die Modernisierung der thailändischen Armee mit neuesten US-Waffen (,,New Asia News'', 9.6.78). Klar, daß die thailändischen Faschisten dies gar nicht finanzieren könnten.

Entsprechend sind die imperialistischen Kredite an Thailand n a c h Etablierung der ,,liberalen'' Kriangsak-Junta enorm gestiegen. Japan beispielsweise zahlte 1977 noch 15,4 Mio. US-Dollar — 1978 handelt es sich um 100 Mio. US-Dollar (,,AMPO'', 2/78 und ,,NZZ'', 19.8.77). Die USA leisten trotz Auslaufen des ,,Military Assistance Program'' (MAP) Militärhilfe in Höhe von 29,5 Mio. US-Dollar jährlich. Die gesamte US-Hilfe soll sich 1978 noch um 70% steigern (,,AMPO'' 2/78).

Große Teile des thailändischen Rüstungsprogramms werden durch Kredite der Imperialisten finanziert. So erhält Thailand 16 moderne F5E Kampfflugzeuge aus den USA auf Kreditbasis (,,Horizont'', 24/78)!

Die wesentlichen US-Basen aus der Zeit des Indochina-Krieges befinden sich wieder unter US-Kontrolle (Ramasun-Satellitenstation, Gorka-Kommunikations-Stützpunkt, Doi Intanoud, offenbar Abhörbasis), eine neue Marine-Basis wird in Pataya gebaut (,,AMPO'', 2/78). Das Hauptquartier der ,,Counter Insurgency'', ISOC (früher CSOC), steht unter direkter Kontrolle der USA. Diese Einrichtung wurde 1965 von US-Botschafter Martin persönlich gegründet. Inzwischen ist nachgewiesen, daß die wesentlichen politi-

Kriangsak nationale Aussöhnung'' (,,AMPO'', 2/78). Die neue Junta entwickelte den Versuch einer ,,teile und herrsche''-Politik im Gegensatz zur Nur-Repressionspolitik des Thanin. *,,Kriangsak nutzte den Einsatz von Liberalen und Intellektuellen - einschließlich Gewerkschaftsführern - zur Stabilisierung seiner politischen Basis. Beispielsweise machte er Dr. Krasae Chanawong, Führer der ,New-Froce-Party' zum Berater...''* (,,AMPO'', 2/78). In der neuen Regierung sind 10 Mitglieder ehemalige Führer bürgerlicher Parteien, wie die beiden ehemaligen Premiers Senij und Kukrit Pramjoi (,,AMPO'', 2/78). Kriangsak versprach Wahlen für 1979, erließ eine Amnestie (begrenzt natürlich) und erlaubte die begrenzte und kontrollierte Entwicklung von Gewerkschaftsverbänden (die natürlich keine Rechte haben und ,regierungstreu' sind...). Eine solche Politik ändert zwar nichts an den Zuständen, erreicht aber zumindest die Neutralisierung bürgerlicher Oppositionskräfte (führende Mitglieder der ehemaligen bürgerlichen Parteien). Der Gefahr einer oppositionellen Front unter Einbeziehung auch solcher Kräfte (eine Entwicklung wie in Nicaragua und ansatzweise Iran) wird so vorgebeugt. Gleichzeitig werden Voraussetzungen geschaffen, um außenpolitisch agieren zu können. Es ist durchaus zweifelhaft, ob Thailand seine derzeitige Rolle als Vorreiter in den Beziehungen zur VR China und SR Vietnam unter der völlig blinden, antikommunistischen Thanin-Junta hätte erreichen können. Eine solche Entwicklung ändert nichts am faschistischen Charakter dieser Junta, sondern erreicht lediglich einen größeren Spielraum für die Durchsetzung imperialistischer Ziele.

Eine Entwicklung zweifellos, die geprägt ist durch die relative Schwäche der USA inAsien (Indochina-Niederlage), diktiert durch das Ziel, verlorenen Boden vorerst durch diplomatische Manöver zurückzugewinnen bzw. andere Manöver vorzubereiten. Dies und nichts anderes steckt hinter der ver-



... wird vom ,,Thailand Informations- und Solidaritätskomitee'' herausgegeben. Aus nebenstehender Anzeige wird durch die Inhaltsangabe deutlich, daß die Broschüren allen Interessierten mehr bieten, als ,,nur'' Nachrichten vom Widerstand. Durch das Untersuchen der verschiedenen Hintergrundprobleme (Gewerkschaftsbewegung, Rolle der Monarchie etc) wird es möglich, die politische Situation in Thailand tiefer zu verstehen, als dies durch das Verfolgen der aktuellen Meldungen möglich ist. Daneben bieten Broschüren wie das angekündigte Kinderbuch (,,Thailand Correspondenz'' Nr. 5) u.M. nach gute Möglichkeiten für eine Verbreiterung der Solidaritätsarbeit. (Für unsere Hamburger Leser: die ,,Thailand Correspondenz'' ist auch im Arbeiterbuch zu haben).



Die Frauen können sich nur selbst befreien!

Reisebericht Eritrea, Teil 2:

Die EPLF sieht in der Befreiung der Frau einen grundlegenden Bestandteil der Revolution. Die Frauen der bisherigen eritreischen Gesellschaft gehörten zu den mit am stärksten unterdrückten und erniedrigten Frauen der Erde. Auf unserer Reise durch Eritrea konnten wir jedoch sehr stark spüren, wieviel Entschlossenheit, revolutionäre Energie und Fröhlichkeit von denjenigen Frauen entwickelt wird, die sich jetzt dort befreien. Ihr Kampf ist nicht mehr aufzuhalten!
Die Gegensätze sind sehr krass: Auf der einen Seite steht die elende Situation der Masse von Frauen, die ihre traditionelleRolle noch nicht gesprengt haben. Auf der anderen Seite sind überall dort, wo die EPLF ihren Einfluß festigen konnte, die Frauenvereinigungen der größte und aktivste Teil der Basisorganisationen, aus denen sich die Organe der Volksmacht bilden. Und seit 1975 kämpfen Frauen gleichberechtigt mit den Männern in der Armee der EPLF – heute bereits über 20% der Armee, das bedeutet: Tausende von Kämpferinnen!
Wir konnten in Eritrea eine ganze Reihe von sehr offenen Gesprächen zur Frauenfrage führen – mit einzelnen Frauen, mit Genossinen und Genossen der EPLF, mit Kämpferinnen, mit Frauen aus den Massenorganisationen.

So hatten sich z.B. in Keren, der zweitgrößten Stadt Eritreas, 20 leitende Frauen der sechs Bezirks-Frauenvereinigungen extra für uns Zeit genommen. Es waren Junge und Ältere, bis auf zwei Kämpferinnen alle in der traditionellen Kleidung mit großen weißen Umschlagtüchern. Ein großer Teil der nun folgenden Aussagen stammt aus diesen Gesprächen in Keren.

Zunächst ging es vor allem um die verschiedenen Aspekte der Unterjochung der Frau in der alten Gesellschaft, mit denen die Frauenbewegung in Eritrea aufräumen muß. Die Frauen beschrieben uns diese Unterdrückung nicht als Vergangenheit, sondern als Gegenwart — weil sie nach wie vor dagegen zu kämpfen haben, am schärfsten in den ländlichen Gebieten, wo die meisten Menschen in Eritrea leben.

Verstümmelung

In der alten Gesellschaft ist eine Frau kein Mensch, sondern ein Wesen zwischen Mensch und Haustier. Entsprechend kann sie behandelt und im wahrsten Sinne des Wortes zurechtgestutzt werden.

Bei der Geburt eines Jungen gibt es ein Fest mit vielen Gästen, wenn die Eltern sich das leisten können. Die Geburt eines Mädchens dagegen ist den Eltern eher peinlich. Vor allem auf dem Land noch verbreitet ist der Brauch, den kleinen Mädchen — noch bevor sie drei Jahre alt sind — die Klitoris herauszuschneiden und durch weitere Schnitte die Vagina zu verengen. Nicht wenige sterben an dieser Operation. Wenn sie den Eingriff überstehen, ist er später Quelle vieler Komplikationen: Wiederaufreißen der Narben bei jeder Geburt, langwierige Unterleibsentzündungen — ganz zu schweigen von dem seelischen Schock und der sexuellen Beeinträchtigung. Die Abschaffung dieser Grausamkeit ist ein wichtiger Punkt gerade bei der Frauenarbeit der EPLF, weil die Operation traditionell von den Frauen selbst vorgenommen wird.

Es wäre falsch und unserer Meinung nach rassistisch, diese Verstümmelung der Frauen als ,,afrikanische Besonderheit" zu behandeln — wie es leider noch in weiten Teilen der BRD-Frauenbewegung geschieht. Vielmehr muß der gesellschaftliche Hintergrund gesehen werden: Die brutale Unterdrückung und kulturelle Isolation der Ausgebeuteten in einer feudalen und kolonialen Agrargesellschaft. Vergleichbar ist z.B. das Binden der Füße bei den Frauen im alten China — oder die mörderische Korsettmode im Europa der letzten Jahrhunderte.

Die Geschichte zeigt allerdings — und so sehen es auch die Frauen in der EPLF — daß derartige Auswüchse der Frauenunterdrückung letztendlich nur im Zusammenhang mit der Entwicklung der sozialen Revolution insgesamt, also auch der Entwicklung einer neuen gesellschaftlichen Stellung der Frau, abgeschafft werden können.

Mädchen erhalten in der Regel keine Ausbildung, ,,weil sie sowieso heiraten". Die Schule besuchen sie — wenn überhaupt — meist nur bis zur 4. Klasse. Dazu ist allerdings zu sagen, daß es in Eritrea praktisch keine Frauenarbeitsplätze gibt außer im Haushalt oder auf den Feldern des Ehemannes. So ist bis heute die Heirat für die meisten die einzige Perspektive.

Ehesituation

Den künftigen Ehemann für das Mädchen suchen ihre Eltern für sie aus bzw. ihre Familie. Das Mädchen hat dabei nichts mitzubestimmen, denn die Eheschließung hat in der Regel nichts zu tun mit den Gefühlen der Braut für oder gegen den Bräutigam. Wichtiger sind die wirtschaftlichen Interessen der beteiligten Familien bzw. des künftigen Mannes. In vielen Fällen wird ein Brautpreis bezahlt: Bei den Christen an die Familie des Mannes, bei den Moslems an die der Frau. ,,Begründung" dafür ist, daß im ersteren Fall die Eltern praktisch für die künftige ,,soziale Absicherung" ihrer Tochter zahlen. Bei den Moslems spielt wohl noch offener der Erwerb einer neuen Arbeitssklavin eine Rolle. So wird die Frau auf jeden Fall gehandelt wie eine Ware.

Oft findet die Heirat schon sehr bald nach der ersten Menstruation statt, also im Alter von 13 bis 14 Jahren. Oft ist der ,,Ehemann" auch nicht viel älter als die Braut — oft aber nimmt sich auch ein älterer Mann eine ganz junge Frau: Weil er Moslem ist und bis zu sieben Frauen halten darf, oder weil seine bisherige Frau verbraucht oder gestorben ist — Frauen leben im allgemeinen nicht lange.

Nach der Heirat darf die Braut drei Monate lang nicht das Haus des Bräutigams verlassen. Es ist sogar noch Brauch, daß sie während dieser Zeit den ganzen Tag mit angezogenen Knien in völliger Untätigkeit auf dem Bett sitzen muß — damit sie körperlich so geschwächt wird, daß sie dem Mann möglichst wenig Widerstand entgegensetzt. — Die meisten jungen Frauen werden in diesen drei Monaten Einsperrung erstmal krank. Zur Erholung gehen sie dann sechs Monate lang zu ihren Eltern zurück — erst danach entscheidet der Mann endgültig, ob er sie wirklich behalten will!

Im Licht dieser Tatsachen kann man die besondere Freude der EPLF-Genossen verstehen, mit der sie uns in Decamhare im Büro der Volksversammlung ein frisch verheiratetes Paar vorstellten. Es war eben sehr ungewöhnlich, daß die junge Braut frei herumlief.

Im Falle einer Scheidung hat die Frau in der alten Gesellschaft ebenfalls keinerlei Rechte. Hat der Ehemann die Initiative dazu ergriffen, darf die Frau nur ihre persönliche Habe (Kleidung, Hausrat — soviel sie tragen kann —) mitnehmen. Will die Frau von sich aus gehen, darf sie sogar nur die Kleidung mitnehmen, die sie auf dem Leibe trägt. Alles weitere Eigentum der Eheleute behält der Mann. Der Mann kann seine Frau jederzeit — nach dreimaliger ,,Verwarnung" — verstoßen. Für die Kinder muß die Frau nach der Scheidung sorgen, der Mann hat keinerlei Unterhaltspflicht.

Eine wichtige Grundlage des Kampfes gegen diese Verhältnisse ist für die EPLF das neue Eherecht, das etwa vor einem dreiviertel Jahr verabschiedet wurde:

Es soll nur noch die Einehe erlaubt sein. Der Brautpreis soll abgeschafft werden. Grundlage jeder Eheschließung darf ausschließlich die freie Entscheidung der beiden Partner sein. Der Mann hat die Pflicht zur gerechten Behandlung der Frau, er sollte ihr treu sein. Wird eine dieser Bedingungen nicht erfüllt, kann dies vor allem von der Frau als Scheidungsgrund ins Feld geführt werden. Als materielle Grundlage, damit die Frau sich die Scheidung überhaupt leisten kann, muß bei der Scheidung das gemeinsame Eigentum zu gleichen Teilen geteilt werden, und der Mann muß mit für den Unterhalt der Kinder sorgen.

Man sieht also: in einer Situation wo mangels anderer Existenzgrundlagen die Frau in aller Regel auf einen Ehemann als Ernährer angewiesen ist, orientiert die EPLF mit ihrem neuen Eherecht deutlich auf die Festigung der Einehe und dabei vor allem den Schutz der Frau. War früher die Frau Handelsware, konnte gar als eine von sieben angeschafft werden, steht jetzt das Prinzip der freiwilligen Entscheidung zum Ehepartner im Vordergrund. Zum ersten Mal — seit Jahrhunderten — kann die Frau eine Eheschließung verweigern, kann sich aus einer Ehe lösen, die unter Zwang zustandekam! Dies gilt z.B. für diejenigen, die als junges Mädchen an einen Alten verschachert wurden usw.

Von reaktionärer Seite, vor allem von den Kirchen, kommt starker Widerstand. Man sträubt sich vor allem gegen die Auflösung von Ehen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes geschlossen wurden, mit dem Argument, dies seien alte, also zu respektierende Verträge.

Die EPLF ist vorsichtig mit der Durchsetzung des neuen Rechtes. Wie auf vielen Gebieten, verfährt sie auch hier nach dem Prinzip, daß das Neue nicht von oben durchgeknüppelt werden soll. Vielmehr muß es sich in erster Linie aufgrund des Kampfes der Betroffenen selbst durchsetzen — also vor allem der Frauen und ihrer Organisationen.Dieser Kampf wird natürlich nach Kräften gefördert!

Gesundheitslage

Als wir das Krankenhaus in Keren besuchten, lagen in der Gynäkologie winzige schmale Kindfrauen (15 — 17 Jahre alt) mit Schwangerschaftskomplikationen, andere mit Anämie oder einfach totaler Erschöpfung. Eine alte Frau war im Syphillis-Endstadium mit einem bereits grotesk verfallenen Gesicht. — Die Frauen lagen unter ihren Bettlaken voll angezogen mit ihren bunten Umschlagtüchern und Kleidern und mit Schmuck in Ohren, Haar und Nase. Trotz allem sind diese Frauen privilegiert: Vor dem Befreiungskampf gab es praktisch überhaupt keine Gesundheitsversorgnung außer für die Reichen in der Hauptstadt Asmara. Die meisten hatten nie in ihrem Leben die Chance, sich von einem Arzt untersuchen zu lassen, geschweige denn, sich Medizin zu kaufen.

Die Frauen haben ganz besonders unter dieser Situation zu leiden. Zu den verbreitetsten Krankheiten wie Malaria, TB und den Folgen der Unterernährung kommt für sie noch der ganze Komplex der ,,Frauenkrankheiten" hinzu. Verschärft wird dies dadurch, daß diese Art Krankheiten in der alten Gesellschaft ,,tabu" waren. So litten viele Frauen jahrelang an Unterleibsentzündungen und schweren Blutungen bis zur völligen Auszehrung, bis sie einfach daran verreckten. In der Regel wurden sie nicht viel älter als 30 bis 35 Jahre!

Die EPLF hat in ihren Einflußgebieten mittlerweile ein hervorragend organisiertes Gesundheitswesen aufgebaut mit zahlreichen Krankenhäusern und Ambulanzen, mit tausenden von Männern und Frauen, die in einer medizinischen Kurzausbildung zu ,,Barfußärzten" ausgebildet wurden. Trotzdem ist es natürlich immer noch eine Frage des politischen und kulturellen Kampfes der Frauenbewegung, daß diese Medizin auch von den Frauen genutzt wird!

Bisher sollte eine Frau soviele Kinder wie möglich produzieren - Jahr für Jahr. Zum einen rechnete man damit, daß der größte Teil der Kinder sowieso früh starb, zum anderen hatte eine kinderreiche Familie viele Arbeitskräfte, und man hoffte auch darauf, daß einige der Kinder später die Eltern versorgen würden, falls diese alt werden. Es war nur logisch, daß unter dieser Voraussetzung die Empfängnisverhütung als sündhaft angesehen wurde. So ist es eine wichtige Aufgabe der EPLF-Frauenarbeit, die Frauen über ihren Körper und über Verhütungsmöglichkeiten zu unterrichten. Trotzdem bleibt das sicherlich ein Problem auch für die aufgeklärten Frauen, denn wo sollen z.B. Antibabypillen herkommen in einer Situation, wo es zwar ein gut organisiertes Gesundheitswesen gibt, wo aber die notwendigsten Medikamente fehlen, wie z.B. Narkosemittel und Antibiotika.

In dieser Situation die Abtreibung zu propagieren, wird als unmöglich angesehen angesichts der Schwierigkeiten, mit denen das Gesundheitswesen zu kämpfen hat. Im übrigen steht auch die Haltung dahinter, daß die Ursache für Krankheit und Hunger in Eritrea wie in anderen Ländern der ,,Dritten Welt" gewiß nicht der Kinderreichtum ist (die von imperialistischen ,,Entwicklungshilfe"-Strategen so gern zitierte ,,Überbevölkerung"), sondern daß die Ursachen des Elends in der imperialistischen und kolonialen Ausbeutung des Landes zu suchen sind.

Weil bisher von den Frauen selbstverständlich verlangt wurde, daß sie während einer Schwangerschaft ihre gesamte harte Arbeit weitermachten wie immer, gab es relativ wenig ,,normale" und relativ viele komplizierte Schwangerschaften. Auch Geburtsurlaub war nicht üblich - höchstens für eine Woche nach der Geburt. So war unter den bisherigen Lebensbedingungen fast jede Schwangerschaft für die Frauen eine Frage auf Leben und Tod: Bei dem schlechten Ernährungszustand vor allem der breiten Massen der Landbevölkerung war sie oft Ausgangspunkt für einen Grad an Auszehrung der Frau, der sie dann der nächsten Krankheit zum Opfer fallen ließ.

Die EPLF versucht, die Bedingungen zu schaffen für Arbeitserleichterung und Schonung während der Schwangerschaft, für bessere Geburtshilfe, für Mutterschaftsurlaub.

Arbeitssituation, wirtschaftliche Stellung

Früher gab es in einigen Städten Eritreas noch etwas Industrie, die jedoch von den britischen und danach von den äthiopischen Kolonialherren systematisch stillgelegt wurde. Vor allem in der Hauptstadt Asmara, aber auch auf einigen Plantagen haben sich im Widerstand gegen die äthiopische Durchdringung Eritreas Ende der 50er Jahre Frauen sehr aktiv an Streikkämpfen der Arbeiterklasse beteiligt.

Falls Frauen heute außerhalb des Haushalts und der Landwirtschaft überhaupt einen Arbeitsplatz finden, dann vor allem in Tätigkeiten wie Schreibkraft, Krankenschwester usw. Dabei muß noch gegen die ,,Tradition" gekämpft werden, daß Männer für die gleiche Arbeit dreimal so hoch bezahlt werden wie Frauen. In dieser Situation blieb bisher für viele als einzige Erwerbsmöglichkeit außerhalb der Ehe die Prostitution.

Vor allem auf dem Land hat die Frau in Eritrea in der Regel einen brutalen Arbeitstag.

8 bis 10 Kinder sind keine Seltenheit und müssen versorgt werden. Das Jüngste hat sich die Mutter meistens auf den Rücken gebunden, es wird oft gestillt, bis das nächste Kind da ist. Die Hausarbeit wie: Waschen, Brot- und Essenszubereitung, Holz und Wasser holen, ist körperliche Schwerarbeit.

Für die große Mehrheit der Frauen kommt dazu noch die Arbeit auf dem Acker. So sieht auf dem Land ihr Tagesablauf etwa folgendermaßen aus: Aufstehen früh um vier Uhr als Erste. Getreide mahlen, Brotteig vorbereiten. Um fünf Uhr dem Mann das Frühstück vorlegen. Dann begleitet sie den Mann aufs Feld, wo sie sämtliche Arbeiten mit verrichten muß außer der schwersten Erdarbeiten wie z.B. das Führen des Pfluges. Diese Feldarbeit bedeutet also z.B.: 10 bis 12 Stunden

lang, mit Kind auf dem Rücken, gebückt hinter dem pflügenden Mann herzugehen und mit beiden Händen die vom Pflug umgebrochene Erde zu zerkleinern, Steine beiseitezuwerfen. Am Feierabend geht die Frau 1/2 Stunde eher nach Hause als der Mann - aber nicht, um sich auszuruhen, sondern um das Essen vorzubereiten. Dazu muß sie Holz und Wasser nach Hause bringen. So geht sie nach Hause, bepackt wie ein Lasttier: Das Kind und Wasser auf Rücken und Hüfte, das Holz auf dem Kopf.

Wirtschaftlich waren die Frauen bisher vollständig vom Mann abhängig: Sie hatten kein Recht, Land oder Geld zu besitzen bzw. zu erben. Um jede Medizin, um jedes Kleidungsstück mußte sie ihn bitten.

Diese Situation ändert sich seit kurzem vor allem in den Gebieten, wo die EPLF die Agrarreform durchführen kann: Frauen erben gleichberechtigt und erhalten bei der Landverteilung dieselben Nutzungsrechte bzw. Landstücke wie die Männer, die sie auch bei Scheidung mitnehmen können.

Aufbau der Frauenorganisation

Hierzu sagten uns die Frauen in Keren: Insgesamt gab es früher für die Frauen keine Möglichkeit, sich zusammenzuschließen. Ihre Unterdrückung wurde auch von ihnen selbst als natürlich hingenommen. Als einzige Möglichkeit eines - allerdings individuellen - Protestes blieb ihnen die Scheidung, mit allen früher brutalen Folgen.

Noch heute ist es eine tiefgreifende Entscheidung für eine Frau, zur Frauengruppe zu gehen. Politisiert sich ihr Mann nicht gleichermaßen, riskiert sie zumindest ihre Ehe. Noch heute werden die aktiven Frauen mit dem Gerede unter Druck gesetzt, sie würden ihre Kinder vernachlässigen.

Wie überall im Befreiungskampf, hatte die EPLF auch in Keren bereits vor der Befreiung der Stadt Zellen im Untergrund aufgebaut. Dabei war die Frauenarbeit am weitesten entwickelt. Zum Zeitpunkt unseres Besuches im Juli 1978 hatte die Frauenorganisation - ein Jahr nach der Befreiung - mehr als 2.000 Vollmitglieder und noch mehr auf der Warteliste, die sie noch nicht organiseren konnten. (Keren hat derzeit ca. 25.000Einwohner). In die 6 Stadtteilräte, in denen die Volksmacht in Keren sich bisher organisiert hat, sind jeweils ein Drittel bis ein Viertel Frauen gewählt worden. Genauso hoch ist auch der Anteil an Frauen in den Leitungsausschüssen, die die Stadtteilräte gewählt haben. Zum größten Teil sind es die Delegierten der Frauenorganisation, aber auch aus anderen Massenorganisationen wie z.B. Jugend. Den Frauen ist das zu wenig, eigentlich wollen sie in den Räten die Hälfte der Delegierten stellen. Sie meinten aber, dafür müßten sie eben selbst sorgen, indem sie die noch nicht mobilisierten Frauen der Stadt organisieren.

müßten sie eben selbst sorgen, indem sie die noch nicht mobilisierten Frauen der Stadt organisieren.

Bis zu dem Zeitpunkt unseres Besuches waren in Keren - im Unterschied zu anderen Orten - Frauen noch nicht Bestandteil der Volksmiliz. Es hatte genug Frauen gegeben, die hieran teilnehmen wollten, und harte Debatten wurden um diesen Punkt geführt. Schließlich mußten sie mit ihrer Zurückhaltung vorerst einer besonderen Schwierigkeit der Arbeit in Keren Rechnung tragen: In der Stadt ist traditionell der Einfluß der Kirchen und des Klerus sowie der kleinen Handelsbourgeoisie ungeheuer stark, entsprechend auch der reaktionäre Druck gegen Frauen, die sich organisieren wollen. Bevor nun die Frauen ihre eigene Organisation stark genug gemacht haben, um diesem Druck auf jeden Fall zu trotzen, wollte man den Reaktionären nicht den Vorwand liefern, provoziert durch den Anblick von Frauenmilizen ihre Frauen verstärkt zu Hause einzusperren. Oder anders herum: Die „eingesperrten“ Frauen hätten es zunächst viel schwerer gehabt, herauszukommen. Dies ist ein Beispiel dafür, bis zu welchem Ausmaß die EPLF ihre Arbeit wirklich ausschließlich auf die real vorhandene Kampfkraft der Betroffenen selbst stützt.

Welche Aufgaben stellt sich die Frauenorganisation?

„Organisieren, politisieren, bewaffnen“ ist die Leitparole der EPLF beim Aufbau der Massenorganisationen. Die drei Aufgaben stehen natürlich miteinander im engsten Zusammenhang. O r g a n i s i e r e n - das heißt zunächst: Zusammenschluß der Frauen, um ihre unmittelbarsten Interessen zu wahren: Kampf dem alten Ehe(un)recht samt Klitorisbeschneidung, Kampf für eine bessere Gesundheits-



Frauen im Flüchtlingslager



Viele Frauen und Mädchen nehmen mehrmals in der Woche an politischen Diskussionen und Schulungen teil



Küche im Flüchtlingslager

und Nahrungsmittelversorgung, um Landrechte, überhaupt um den Aufbau von Existenzmöglichkeiten für die Frau unabhängig von der Familie.

So nehmen die Frauen teil am Aufbau von Volksläden, wo die Waren zum Selbstkostenpreis zur Hälfte billiger angeboten werden als auf dem Markt - ein wirksames Mittel zur Kontrolle der Händler und gegen Preisspekulation. Sie arbeiten mit in Kooperativen (gemeinschaftliche Landwirtschaft) und Krankenhäusern. Sie versuchen z.B. in Keren, eigene Arbeitsplätze für Frauen aufzubauen: Gärten, eine Hühnerzucht, Näh-, Stick- und Schneiderwerkstätten (das letztere sind eigentlich traditionell Männerarbeiten). Dazu wollen sie eine Nähschule und eine Erste-Hilfe-Schule aufbauen.

Eine zentrale Rolle spielt auch die Alphabetisierung: Bis zu 90% der Frauen, vor allem auf dem Land, können nicht lesen und schreiben. In den Massenorganisationen wird für alle Unterricht darin angeboten.

Hinzu kommt die Entwicklung einer besseren gegenseitigen Unterstützung der Frauen. Es gibt in Eritrea noch eine sehr lebendige Tradition der Hilfe der Nachbarn, die z.B. einspringen, wenn eine Frau krank ist. Wird jedoch noch zusätzlich Geld benötigt, versuchen die Frauen, dies mit Hilfe des Stadtteilrates zu beschaffen (Die Frauen waren sehr erstaunt und entsetzt, als wir ihnen schilderten, daß sich bei uns die Nachbarn oft gar nicht kennen, daß oft Hunderte in einem einzigen riesigen Haus anonym nebeneinanderleben, daß man Tote manchmal erst bemerkt, wenn der Gestank schon durch die Tür kommt).

Wir fragten: Was tun sie, wenn eine von ihnen große Schwierigkeiten hat mit dem Mann? Dazu erzählten wir, daß bei uns dann öfter die gesamte Frauengruppe hingeht und sich den Mann vorknöpft.

Sie reagierten belustigt: *„Sowas haben wir nicht nötig! Wir bringen solche Männer vor den Gerichtsausschuß der Volksversammlung! Auf diese Art können wir uns verteidigen.“* Tatsächlich erhielt gerade in den Tagen, wo wir in Keren waren, ein Mann von diesem Ausschuß eine öffentliche Verwarnung, weil er seiner Frau verboten hatte, zu Versammlungen zu gehen.

P o l i t i s i e r e n : Es geht darum, das Verständnis für die Voraussetzungen zur Revolution, für die Lage in Eritrea, für die internationale Lage, die Bündnissituation Eritreas usw. zu entwickeln. Die Auseinandersetzung mit der ELF muß geführt werden: Ist es berechtigt, hinter der Aufgabe der nationalen Befreiung Eritreas die Befreiung der unterdrückten Klassen in Eritrea zurückzustellen, wie es die ELF propagiert? Gerade in den vergangenen Monaten war diese Auseinandersetzung und die ganze politische Entwicklungs- und Spaltungsgeschichte des eritreischen Befreiungskampfes ein Schwerpunkt der politischen Schulungen in Keren.

Weiterhin geht es darum, die
kampfes ein Schwerpunkt der politischen Schulungen in Keren.

Weiterhin geht es darum, die langfristigen und die aktuellen Aufgaben der Volksversammlungen zu diskutieren, die Tätigkeit der eigenen Delegierten dort zu kontrollieren und diese eventuell abzuwählen.

Nicht zuletzt geht es um die Kritik und Selbstkritik der Mitglieder der Organisation untereinander. Wie jede Massenorganisation in Eritrea, bestehen auch die Frauenorganisationen aus kleineren Gruppen von 10 bis 20, die sich ihre Leitung selbst wählen.

Mindestens einmal wöchentlich finden die politischen Schulungstermine statt, dazu werden monatliche Seminare abgehalten.

Wie ungeheuer die Umwälzung durch diese Organisierung der Massen in Eritrea gewirkt hat, zeigt die Stellungnahme einer eritreischen Studentin, die wir in Khartoum trafen, als sie gerade ihre Familie in Eritrea besucht hatte. *„Ich war zuletzt vor 2 Jahren da und hatte jetzt das Gefühl, ich bin in ein anderes Land gekommen! Vor allem die älteren Frauen sind nicht wiederzuerkennen - früher waren sie nur im Haus und haben überhaupt nichts gewußt! Jetzt machen sie dreimal die Woche politische Termine, können lesen und schreiben und reden nur noch über Politik! Sie sagen: Wenn unsere Kinder im Kampf für Eritrea ihr Leben einsetzen, ist es egal, ob wir auch sterben. Dann setzen wir auch unser Leben ein.“*

„Feministische Tendenzen“ kritisieren die Frauen in Keren dort, wo Frauen z.B. nur solche Aufgaben wirklich anpacken, die im wesentlichen nur Selbsthilfe für Frauen bedeuten - und demgegenüber weitergehende Aufgaben vernachlässigen, die das Ganze betreffen: wie z.B. die politsche Schulung oder auch die Lieferung von Essen an die Front.

Wir fragten ob - ähnlich wie bei uns - sich oft Frauen von ihren Männern

trennen, wenn sie ein neues Bewußtsein entwickelt haben. Antwort: *,,Das wäre keine Lösung. Um den Mann muß gekämpft werden. Es kommt auch sehr oft vor, daß b e i d e die politische Bewußtwerdung auch als großen Fortschritt für ihre Ehe empfinden. Wenn es aussichtslos ist, kann sich natürlich die Frau auch scheiden lassen. Einige Frauen verlassen auch ihre Familien, indem sie an die Front gehen. Das ist aber etwas anderes als Scheidung.''*

B e w a f f u n g : Mit den Arbeitern und armen Bauern bilden die Frauen überall die Volksmilizen, wenn nicht gerade eine Problemstellung wie in Keren vorliegt. So sind z.B. in der 8.000-Einwohner-Stadt Afabet 15% der Volksmiliz Frauen. Die Milizen verfügen über leichte Bewaffnung und erhalten eine militärische Grundausbildung. Sie organisieren die örtliche Verteidigung - z.B. Luftschutz oder Medelsystem oder Kontrolle der Ortseingänge. Vor allem aber spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Durchsetzung der revolutionären Enteignung. So muß z.B. öfter Anbau und Ernte auf ehemaligem Großgrundbesitzer-Land gegen bewaffnete Überfälle der alten Besitzer geschützt werden.



In den Werkstätten der EPLF arbeiten viele Frauen

Ein wichtiger Faktor ist natürlich auch, daß gerade aus den Frauenorganisationen sich viele entscheiden, Kämpferin zu werden!

P r o b l e m e : Die Frauen in Keren verschwiegen uns nicht, daß sie auch Schwierigkeiten mit manchen Genossen haben: *,,Einige haben so eine Art Überlegenheitskomplex. Und wenn Frau einen Fehler macht, zählt er das doppelte wie bei einem Mann. Wir müssen den Männern in der Praxis beweisen, daß wir mindestens genauso gut sind wie sie! Mehr noch: Wenn sie erstmal ihre Unterdrückung überwunden haben, sind die Frauen in der Massenarbeit die Aktivsten!''*

Sie haben viel zu wenig Geld, um ihre Pläne zu realisieren. Sammlungen können sie kaum durchführen, weil die meisten selbst sehr arm sind.

Vor allem brennt ihnen auch die Kinderfrage unter den Nägeln: Die Arbeit der Frauenorganisation hat bereits einen solchen Umfang angenommen, daß sie an einem sehr kritischen Punkt angelangt sind: Wohin mit den Kindern? Sie selbst wie auch die Kleinen leiden darunter, wenn sie sie notgedrungen wegen der Arbeit vernachlässigen müssen. Dies Problem schreckt noch viele Frauen ab, sich aus vollem Herzen zu beteiligen. Unser Einwurf, daß wir oft ganz bewußt während Frauenterminen die Männer zum Kinderhüten heranziehen, ist für sie ein Anlaß zu Heiterkeit, aber auch zum Nachdenken: *,,Insgesamt haben die Männer was anderes zu tun. Aber eigentlich ist die Idee gar nicht so schlecht, nur neu für uns!''* Natürlich wird aber eine langfristigere Lösung des Problems benötigt. Sie wollen dazu in Keren ein Netz von Kindergärten für mindestens 700 Kinder errichten. Dazu brauchen sie alles von der Puppe bis zu Kinderbetten! Ca. 8.000 äthiopische Dollar (etwa 8.000 DM) hatten sie im Juli dafür bereits gesammelt, 50.000 würden noch benötigt! Man sieht hier, wie eng die Emanzipation der Frau verknüpft ist mit dem Aufbau einer kollektiven Kindererziehung.

Wohl am interessiertesten und hartnäckigsten haben uns von allen Gesprächspartnern in Eritrea die Frauen in Keren über die Situation in der BRD, über die Aufgaben der Kommunisten hier und über die Haltung des KB zur Frauenfrage befragt. Wir mußten genau berichten - von der Frage ,,Was macht die RAF'' über die Repression, die verschiedenen Fraktionen der Linken, den Standpunkten der Feministinnen bei uns, bis zum Alltagsleben der Frauen. Heiterkeit und Kopfschütteln erregten Standpunkte wie: ,,Nur Lesben kämpfen konsequent für die Frauensache'' oder: ,,Alle Männer sollten abgeschafft werden''. Erstaunen und geradezu Grausen rief unsere Beschreibung der Fließband- und Akkordarbeit hervor. Unbekannt ist auch die totale Vermarktung der Frau in der Werbung, die uns von allen Seiten andröhnt. Fast unfaßbar war für sie auch die Tatsache, wie sich bei uns die Familie entwickelt: Daß es keine Großfamilie mehr gibt, die in Eritrea noch häufig ist, daß die Generationen getrennt voneinander leben. Sie fragten nach der Situation der alten Frau in der BRD und fanden es schrecklich, daß die meisten allein leben, unterm Existenzminimum und gesellschaftlich in eine Art Alten-Ghetto abgeschoben sind. Ihre Reaktion: *,,Da haben wir es in Eritrea viel besser, weil wir uns organisieren können, und auch gerade die Alten noch soviel neues und Lesen und Schreiben lernen dürfen!''*

Die Kämpferinnen – die neuen Frauen

Aus der Kämpfer/innen-Organisation hat die EPLF bisher den überwiegenden Teil ihres Kaderstammes rekrutiert. Diese Genossinnen und Genossen haben Aufgaben auf allen Gebieten der Revolution - auf politischem, ökonomischem und sozialem Feld, und natürlich an der Kriegsfront. Sie haben ihr persönliches Eigentum und ihre Familie zurückgelassen und sich voll und ganz zur Verfügung der Organisation gestellt. Männer und Frauen leben - soweit es ihre Aufgaben erlauben - in gemischten Zwölfer-Gruppen zusammen, aus denen sie sich auch ihre Leitung wählen. Besonders innerhalb der Kämpfer/innen-Organisation wird auch die interne theoretsche Monatszeitung der EPLF, ,,Spark'' (Funke) verteilt, worin z.B. unter anderem bisher folgende Themen diskutiert wurden:

- 1.Kongreß der EPLF (dort wurde im Januar 1977 das Programm der EPLF zur ,,national-demokratischen'' Revolution verabschiedet),
- objektive und subjektive Bedingungen für den Ausbruch einer Revolution,
- Untersuchung verschiedener bisheriger Revolutionen in anderen Ländern,
- Rolle des Kaders,
- vorkapitalistische Gesellschaften,
- der Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus,
— Vorbereitung des DERG zur Offensive usw.

Unsere folgenden Aussagen beziehen sich hauptsächlich auf Gespräche mit zwei Kämperinnen im Stützpunktgebiet Fah, sowie Genossinnen, die sich noch im Trainingslager befanden.

Die Kämpferinnen erhalten dasselbe Training wie alle Kämpfer. Zusammen mit den Mitgliedern der Jugendorganisation ,,Vanguard'' werden sie in deren Trainingslager ausgebildet. Viele der Diskussionen führen die Frauen dort jedoch in Extra-Gruppen nur unter Frauen durch, weil es ihnen so leichter fällt, ihre Schüchternheit zu überwinden. Auch ist das überaus harte Konditionstraining für die Frauen allmählicher aufgebaut wegen ihrer schlechteren körperlichen Ausgangsposition. Zum Schluß sind sie aber genauso stark und ausdauernd wie die Genossen.

Im Anfang mußten die meisten Frauen, die zum Training wollten, heimlich von zu Hause abhauen. Es kamen auch viele, die allein lebten (geschieden oder verstoßen oder noch nicht verheiratet). Heute ist es für die Frauen leichter, zur Front zu gehen - es ist eine Ehre, Kämpferin zu sein. Sie können ihre Kinder bei der Familie zurücklassen oder in die ,,Revolutionsschule'' bringen. Außerdem waren sie meistens schon aktiv in einer der Massenorganisationen der EPLF und kennen von daher die Probleme der Front.

Das Training dauert 4 bis 6 Monate und umfaßt Alphabetisierung, politische und militärische Schulung. Am Ende eines jeden Kurses wird in jeder Gruppe ein gründliche Kritik/Selbstkritik-Prozeß organisiert, und jede/r einzelne Teilnehmer/in erhält eine Beurteilung ihrer/seiner besonderen Fähigkeiten und Schwächen mit auf den Weg. Danach werden sie von der Armee zu ihrer neuen Aufgabe kommandiert: An die Front oder zum Aufbau einer Organisation in ihren Heimatort oder woanders hin in Eritrea. Jugendliche unter 18 kommen noch nicht an die Front, sie erhalten eine Facharbeiter-Ausbildung in den Werkstätten der EPLF im Stützpunktgebiet, soweit dies möglich ist. Viele der jungen Frauen unter 18 arbeiten als Monteurin in den zahlreichen Auto-Reparaturwerkstätten im Rahmen des Transportwesens der EPLF.

Eine Genossin im Trainingslager, Studentin und Brillenträgerin, die sich aus Addis Abeba hierhin durchgeschlagen hatte, sagte uns: Was sie hier im Training vorfand, hat ihre Erwartungen weit übertroffen. Sie hatte wesentlich mehr Schwierigkeiten erwartet. Stattdessen bekommen sie hier wirklich alles, was sie brauchen: Hervorragende gesundheitliche Betreuung, Rat und persönliche Zuwendung, Emanzipation.

Es gibt durchaus Auseinandersetzungen innerhalb der Front über die Art der Beteiligung der Frauen. Eine Tendenz ist z. B., zu verlangen, daß die Genossinnen g e n a u dieselben Arbeiten machen sollen wie die Männer, z. B. schwerste Sachen schleppen usw. Dagegen hält die EPLF ihre Linie, grundsätzlich jeden Kämpfer und jede Kämpferin gemäß deren besonderen Fähigkeiten einzusetzen.

Die andere falsche Tendenz ist die eher feministische Richtung: Sie trennt die Entwicklung der Frauenfrage von der Gesamtentwicklung. Von solchen Genoss(inn)en wird die Frauenarbeit als die eigentliche Hauptaufgabe der Frauen angesehen, der sich alles andere unterordnet. Diese Linie wird von opportunistischen Elementen genutzt, um sich vermittels der Frauenfrage eine besondere Basis innerhalb der Organisation zu schaffen. Die EPLF vertritt dageben, daß zwar die Frauen ganz besonders gefördert werden müssen — daß aber ihr Kampf sich nur im Zusammenhang mit dem Kampf aller entwickeln kann.

Verheiratete Kämpfer(innen) stellen keinen Anspruch auf Zusammenleben mit ihren Partnern. Für Schwierigkeiten in den bestehenden Ehen wird eine Beratung organisiert, die versucht, durch Aufzeigen reaktionärer Verhaltensweisen der Partner zueinander die Ehen auf eine neue Grundlage zu stellen. Wenn es nicht anders geht, wird geschieden.

Unverheiratete Kämpfer(innen) verpflichten sich, vorerst zwei bis drei Jahre lang nicht zu heiraten. Es hat erst wenige Heiraten unter Kämpfer(inne)n gegeben, sie finden auch unter anderen Voraussetzungen statt als bisher. Als das wichtigste wird die politische Beziehung der beiden angesehen, nicht wie früher die körperliche Anziehung.

Bumsen außerhalb der Ehe, also auch unter den Kämpfer(inne)n, wird abgelehnt. Sie haben allerdings einen sehr liebevollen Umgang untereinander mit Streicheln, ankuscheln und in den Arm nehmen — in aller Öffentlichkeit!

Wir fragten, ob das nicht gerade ein Problem wäre bei dem engen Zusammenleben der Kämpfer(innen). Antwort: Nein, angesichts der Probleme, die der Versuch zu ,,freien Verhältnissen'' jetzt noch hervorrufen würde, ist die gegenwärtige Regelung wirklich die bessere Lösung. Zum einen muß man dazu den bisherigen gesellschaftlichen Hintergrund sehen, auf dem die Sexualität noch ganz stark verbunden wird mit Repression gegen die Frau und Besitz- und Ausbeutungsverhältniss der Beteiligten zueinander. Starke Auseinandersetzungen um Angst und Eifersucht wären unvermeidbar, ganz abgesehen vom Kinderproblem. Und diese Auseinandersetzungen können und wollen sie sich gegenwärtig nicht leisten. Alle Kräfte der Kämpfer(innen) sind auf die Revolution konzentriert, die auch gerade in der gegenwärtigen mörderischen Situation alle ihre Kräfte kosten!

Wenn man die Genoss(inn)en, mit denen man sehr eng zusammenlebt und -kämpft, neben sich sterben sieht oder zum Krüppel geschossen und selbst der/die Nächste sein kann, wenn man keine andere Alternative hat, als diesen Kampf zu führen, entsteht eine ungeheure Solidarität der Kämpfer(innen) untereinander, die besondere Zuwendungsansprüche an Einzelpersonen auch sehr stark aufhebt.

Afrika-Kommission

Westsahara: Verhandlungslösung geplant?

Nach drei Jahren Krieg in der Westsahara fand der vierte Kongreß der Frente Polisario am 25./26.9.78 unter veränderten Vorzeichen statt. Nach dem Putsch in Mauretanien hatten die mauretanische Regierung, Spanien, Algerien und Frankreich verschiedentlich signalisiert, daß ihnen an einer Verhandlungslösung des Westsaharaproblems gelegen wäre. Die Frente Polisario versucht diese Verhandlungsbereitschaft für ihr Ziel, die Errichtung eines unabhängigen saharauischen Staates auszunutzen, während sie gleichzeitig die militärischen Schläge gegen das marokkanische Regime verstärkt.

Zum ersten Mal war ein Vertreter der spanischen Regierungspartei unter den ausländischen Delegierten vertreten, nachdem die Frente Polisario in Vorgesprächen mit Algerien und Spanien deutlich gemacht hatte, daß sie Spanien als Vermittler in Verhandlungen gewinnen möchte. Dagegen waren Vertreter der MPAIAC, der Befreiungsbewegung für die Unabhängigkeit der Kanarischen Inseln nicht mehr eingeladen.

Die Polisario kündigte außerdem an, acht vor Monaten gefangen genommene kanarische Fischer freizulassen, *,,in der Hoffnung, daß das offizielle Madrid seine Haltung in der Sahara-Frage überprüft''* (,,FAZ'', 27.9.78).

Des weiteren wurde der Waffenstillstand der Polisario mit Mauretanien auf unbestimmte Zeit verlängert. Der Waffenstillstand war ausgerufen worden, nachdem am 10. Juli die mauretanische Regierung durch Militärs gestürzt worden war. Die Polisario forderte allerdings mit der Verlängerung des Waffenstillstandes eine ,,positivere'' Haltung Mauretaniens, d.h. im einzelnen: 1. die Anerkennung der Demokratischen Republik Westsahara, 2. Rückzug der mauretanischen Truppen aus der Westsahara und 3. Rückgabe der Westsahara an die Polisario (,,Le Monde'', 1./2.10.78).

Mauretanien hatte Friedenszusicherungen abgegeben, weil es sich die Weiterführung des Krieges nicht leisten kann (60 % des Budgets werden für militärische Zwecke ausgegeben); weiter hatte Mauretanien sich bereit erklärt, der Polisario den von ihm besetzten Teil der Sahara zurückzugeben, hatte aber keine Schritte unternommen, dies zu verwirklichen. Denn die marokkanische Regierung hatte erklärt, sie dulde niemals an ihrer Südgrenze *,,ein Regime, das ideologisch von Marokko und Mauretanien abweicht''* (,,Le Monde'', 27./28.9.78).

Marokko übt allein durch die faktische Besetzung Mauretaniens (Stationierung von 10.000 Soldaten) einen solchen Druck aus, daß Mauretanien vorläufig keinen Schritt ohne die Zustimmung Marokkos tun kann. Das marokkanische Regime denkt in keinster Weise daran, über die Rückgabe des von ihm besetzten Teils der Westsahara überhaupt in Verhandlungen zu treten. Stattdessen versuchte König Hassan die Poliario zu spalten, indem er ihr mehrere Ministerposten anbot, wenn die Polisario den Krieg gegen Marokko einstelle und friedlich nach Marokko (!) ,,zurückkehre'' (,,Süddeutsche Zeitung'', 2.10.78). Das einzige, was die marokkanische Regierung zugesteht, ist die Einberufung einer ,,Ad-hoc-Kommission'', die von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) im Juli beschlossen worden war, um eine OAU-Konferenz zum Westsahara-Problem vorzubereiten. Dies ist wohl auch nur als taktisches Manöver gegenüber Mauretanien zu verstehen. Marokko möchte seinen Bündnispartner nicht verlieren. Denn schon heute sind die Besatzertruppen auf französische Luftunterstützung angewiesen, um der Polisario Widerstand leisten zu können, und auch die Annektion der Sahara war nur möglich durch die mauretanische Beteiligung.

Diplomatisches Hin und Her

Sämtliche diplomatischen Bemühungen in der letzten Zeit deuten darauf hin, daß unter französischer Obhut eine politische Lösung des Sahara-Problems angestrebt wird, weil der Abnützungskrieg den Imperialisten und Besatzern bisher wirtschaftlich und militärisch nur geschadet hat. Auf Initiative des französischen Präsidenten Giscard d'Estaing und des Präsidenten der Elfenbeinküste, Houphouet-Boigny, fanden vom 9. - 16.9. Verhandlungen zwischen Delegationen Mauretaniens und der Polisario statt. Dort wurde von mauretanischer Seite betont, es sei bereit, die Souveränität der Polisario in dem von Mauretanien besetzten Teil und die Schaffung eines Staates in diesem Gebiet anzuerkennen (,,Afrique-Asie'', 2.10.). Doch die Polisario hält nichts von einem solchen Mini-Staat: *,,Von was soll ein solches Land leben, wenn Marokko die Kontrolle über die Reichtümer des Landes und besonders das Phosphat hat?''* meinte der Informationsminister der Polisario, Ould Salek (,,Le Monde'', 26.9.). Es war ebenfalls Houphouet-Boigny, der mit senegalesischer Unterstützung einen Vermittlungsvorschlag auf den Tisch legte. Danach soll die gesamte Westsahara unter UNO-Verwaltung gestellt werden und nach ,,einiger Zeit'' eine Volksabstimmung über die Frage der Unabhängigkeit durchgeführt werden (siehe dazu AK 139). Die Polisario sagte dazu, es sei nicht notwendig, den gleichen Fehler wie 1975 (Madrider Abkommen über die Aufteilung der Sahara zwischen Marokko und Mauretanien) zu machen, also zu versuchen, eine Regelung des Konflikt ohne das saharauische Volk und die Polisario zu treffen.

Auf der anderen Seite meinte der Generalsekretär der Polisario, *,,der angemessene Rahmen, um die Westsahara zu entkolonisieren, bleibt immer die internationalen Organisationen und besonders die UNO''* (,,Le Monde'', 28.9.). Auch die Polisario scheint eine diplomatische Aktion unter Einbeziehung der UNO, Algeriens, Mauretaniens und Spaniens machen zu wollen, um Marokko zu isolieren. Immerhin haben sie als Trumpf ihre sichere Position an der militärischen Front.

Angesichts der starkten Wirtschaftsinteressen sowohl Frankreichs, der USA als auch Spaniens an Algerien und angesichts der tatsächlichen militärischen Situation in der Sahara scheinen die ehemals wichtigsten Verbündeten Marokkos nicht mehr unbedingt auf einen militärischen Sieg Marokkos zu setzen, sondern eher eine ,,saubere'' Lösung mit ihrer Beteiligung durchführen zu wollen.

Angesichts dieser Entwicklung stößt die marokkanische Regierung nach allen Seiten Drohungen aus: Mauretanien wurde erklärt, daß Marokko keinen mauretanischen Alleingang dulde (siehe oben). Nachdem ein spanischer Vertreter am Kongreß der Polisario teilgenommen hatte, protestierte Marokko sofort in Spanien und sprach von ,,schwerwiegenden Folgen'' für die bisher ausgezeichneten Beziehungen; der marokkanische Außenminister Boucetta erklärte in den USA, die territoriale Integrität Marokkos sei erst dann hergestellt, wenn die beiden in spanischen Besitz befindlichen Küstenstädte Ceuta und Melilla wieder Teil der Nation seien. Diesen Streit läßt Marokko immer dann wieder aufleben, wenn es Druck auf Spanien ausüben will.

Nach langer Zeit gab es auch wieder offene Drohungen gegen Algerien. Die marokkanische Regierung behauptete, reguläre algerische Truppen hätten marokkanische Einheiten am 27.8. in der Provinz Tata und am 29. und 30.9. in der Nähe von Hassi und Telemsi (5 - 15 km von der Grenze in der Region Tindouf) angegriffen. Bisher hatte Marokko immer nur von ,,algerischen Söldnern'' gesprochen, wenn die Polisario gemeint war.

Hassan drohte dem algerischen Präsidenten Boumedienne, er könne sich angesichts der Vorgänge zu Entscheidungen genötigt sehen, die kein *,,gewissenhafter Staatsmann leichten Herzens ergreife''*. Wie in früheren Fällen auch, konnte die marokkanische Behauptung nicht durch die Vorführung eines angeblichen Algeriens oder algerischen Kriegsmaterials bewiesen werden. Algerien dementierte, daß jemals algerische Soldaten die Grenze überschritten hätten und wies die marokkanische Regierung darauf hin, daß jeder feststellen könne, daß die Angriffe der Saharauis auf marokkanisches Gebiet sich seit dem Waffenstillstand gegenüber Mauretanien natürlich verstärkt hätten. Boumedienne lehnte es ab, mit dem marokkanischen König Gespräche über eine Lösung des Konflikts aufzunehmen, und begründete seine Weigerung mit der indirekten Billigung der Abkommen von Camp David durch die marrokanische Regierung und aller damit verbundenen Konsequenzen für das palästinensische Volk und die arabische Nation (nach ,,Neue Zürcher Zeitung'', 7.10.78).

Nahost-Kommission

„KPD/ML" schwenkt um auf „Massenlinie"

Wieder einmal kündigt eine der berühmt-berüchtigten Reden des Vorsitzenden Aust eine Kehrtwendung der „KPD/ML" an. Gehalten wurde die Rede angeblich *„auf dem 5. Plenum des ZK der KPD/ML"*. Abgedruckt ist sie im „Roten Morgen" vom 29. September. Titel und Thema: **„ ‚Propaganda' – oder Kampfpartei? – Kampf dem ultralinken Sektierertum!"**.

Aust konfrontiert in dieser Rede seine Partei mit der ebenso sensationellen wie selbstkritischen These, *„daß der allgemeine Einfluß der Partei unter den Massen noch recht gering ist"*. Schuld daran sei, so fuhr Aust fort, **„das ultralinke Sektierertum"**; dieses stelle *„derzeit immer noch die Hauptgefahr in der Partei dar"*.

Im Einzelnen nannte Aust folgende Punkte:

1. Eine **„einseitige"** Auffassung von der Partei als P r o p a g a n d a p a r t e i . Gemeint ist damit eine Überschätzung der bloßen Propaganda (Flugblätter im Stil von „Vorwärts mit der KPD/ML") und eine Unterschätzung oder sogar Ablehnung des Eingreifens in Massenkämpfe.
2. *„Die Unterschätzung der Wichtigkeit der parteilosen Massenorganisationen als Transmissionsriemen, als Hilfsorgane, die die Partei mit der Klasse, mit den Massen verbinden"*. In diesem Teil seiner Rede plädiert Aust dafür, daß die von der „KPD/ML" abhängigen „Massen"organisationen (wie „Rote Hilfe" oder „RGO") ruhig etwas lockerer geführt werden könnten. Es sei nicht nötig, die Führung dieser „Massen"organisationen durch „die Partei" und Ziele wie die Diktatur des Proletariats förmlich in den Statuten und Programmen solcher „Massen"organisationen festzuschreiben.
3. Anstelle der politisch - ideologischen Führungsrolle der „Partei" habe man sich zusehr darauf gespitzt, *„daß die Partei nach außen hin auch ja mit Namen und Zeichen in Erscheinung tritt, im Vordergrund steht"*. Dies sei eine *„formale, oberflächliche, von kleinbürgerlichem Geltungsbedürfnis geprägte Vorstellung"*.
4. *„Der Kampf um Reformen wurde*

bzw. wird als nebensächlich betrachtet. als ‚ökonomistisch' abge-

bzw. wird als nebensächlich betrachtet, als ‚ökonomistisch' abgelehnt oder gar als ‚reformistisch' bezeichnet". Es sei im „Roten Morgen" sogar *„praktisch jeder Versuch in dieser Richtung* (Kampf um Reformen und Verbesserungen im Rahmen des bestehenden Systems – Anm.AK) *zeitweilig als rechtsopportunistisch abqualifiziert"* worden. Als Beispiel nennt Aust die erst vor kurzer Zeit eingestellte Polemik der „KPD/ML" gegen die Forderung nach 35-Stunden-Woche.

Abschließend kommt Aust zur Frage nach den U r s a c h e n dieser *„linken Fehler und Abweichungen"*: *„Es ist der früher starke, heute weniger starke, aber immer noch vorhandene Einfluß kleinbürgerlicher Intellektueller auf die Partei"*. Eine weitere Ursache sei **„der Einfluß der vom Marxismus-Leninismus abweichenden Auffassungen Mao-Tse-tungs auf unsere Partei"**. Ja, da staunt der Maoist!

Und damit auch ja keiner auf falsche Gedanken kommt, behauptet Aust ganz steif und fest: *„Worüber wir hier gesprochen haben, ist keine neue Linie der Partei. Sie hatte stets ihre korrekte marxistisch - leninistische Linie* (verkörpert in der Person des Ernst Aust - Anm AK) ... *Was wir getan haben und tun müssen, ist, die Fehler und falschen Tendenzen, die innerhalb unserer Linie*(der stets korrekten – Anm. AK) *zutage traten, zu analysieren ... Was uns passiert ist: unser Schiff ist etwas außer Kurs geraten, nach ‚links' abgedriftet. Wir müssen das Ruder fester packen und es wieder auf Kurs bringen ..."*.

Wie ist diese „Kurskorrektur" einzuschätzen? Hierzu ein paar Hinweise:

1. Was Aust heute seinem ZK und seiner „Partei" mit erhobenem Zeigefinger mitteilt, war insgesamt schon 1970/71 (!) Gegenstand der von SALZ und KAB (später KB) gegen die „KPD/ML" vorgelegten Kritik. Man vergleiche z.B. unsere Broschüre „Was sind die Super-‚Linken' " (1971) und die Artikel der KAB-AZ zu diesem Thema! Hieraus ergibt sich daß es absolut lächerlich ist, wenn Aust es so darstellt, als habe es und sogar „stets" eine „korrekte Linie" der „KPD/ML" in diesen Fragen gegeben, von der sich nur ein paar „Abweichungen" ereignet hätten. Das „ultralinke Sektierertum" ist d a s wesentliche Merkmal der Politik der „KPD/ML", das durch alle sonstigen Zickzacks und Saltos hindurch beibehalten wurde.
2. Daher ist es nicht einmal mehr witzig, wenn Aust (Vorsitzender der „KPD/ML" seit deren Gründung 1968!) wieder einmal irgendwelche „kleinbürgerliche Intellektuelle" für den ganzen Mist verantwortlich machen will. Ebenso witzig ist es, wenn Aust z e h n Jahre nach Gründung der „KPD/ML" zum Kampf gegen das "ultralinke Sektierertum" aufruft und dies mit dem Satz verbindet, die „KPD/ML" sei eben, im Gegensatz zu „den Zirkeln" durchaus in der Lage, aus ihren Fehlern zu lernen.
3. Aust hat schon oft diesen oder jenen Linienschwenk angekündigt, aus dem dann nichts wurde oder den er selbst ein paar Monate später offiziell widerrief (Natürlich, ohne jemals deswegen Selbstkritik zu üben). Insofern ist noch keineswegs klar, ob die neue „Linienkorrektur" Bestand haben wird, oder ob sie nicht vielleicht schon in ein paar Monaten von Aust selbst in einer neuen Rede schärfstens als üble rechte Abweichung gegeisselt werden wird, für die kleinbürgerliche Intellektuelle und Mao Tse-tung verantwortlich seien.

Gewissheit also hat man
Tse-tung verantwortlich seien.

G e w i s s h e i t also hat man nicht, was aus der neuen „Linien-Korrektur" werden soll. Vermuten läßt sich aber schon einiges: Es scheint, daß die „KPD/ML"-Führung um Aust sich dazu durchgerungen hat, von den positiven Erfahrungen ihrer portugiesischen Bruderpartei, der PCP(r), zu lernen. Die PCP(r) ist die e i n z i g e Organisation der pro-albanischen „ML"-Internationale, die es tatsächlich verstanden hat, einen relativ großen „Massen"einfluß zu gewinnen – vor allem durch die sehr kluge Politik ihrer „Massen"organisation UDP. Daß dieses Vorbild der „KPD/ML" nacheifernswert erscheinen könnte, läßt sich denken. Daß die „KPD/ML" , f a l l s sie diesen Sprung über ihren eigenen Schatten schafft, in die bisherige Anhängerschaft der vaterländischen Gruppen KBW und „KPD" vorstoßen könnte, läßt sich gleichfalls denken.

Und doch, große Hindernisse türmen sich da noch auf. **Bisher ist keinesfalls zu erkennen, daß die „KPD/ML" wirklich daran denkt, mit ihrem „ultralinken Sektierertum" auch ihren Größenwahn, ihre dümmliche Selbstbeweihräucherung, die peinlichen Ergüsse ihres Vorsitzenden, ihre Ablehnung von Bündnissen und Aktionseinheiten usw. usf. über Bord gehen zu lassen.** W ü r d e sie tatsächlich auch auf d i e s e n Gebieten Veränderungen herbeiführen, so würde sie – ebenso wie die PCP(r) in Portugal – im selben Zug gerade die t y p i s c h e n „ML"-Eigentümlichkeiten ablegen und sich mehr in Richtung einer kommunistischen Organisation bewegen.

Indessen, die Voraussetzungen sind andere als in Portugal . Die PCP(r) konnte darauf aufbauen, daß sie links von der pro-sowjetischen PCP im Grunde keine nennenswerte Konkurrenz bei der Entwicklung einer Massenpolitik hatte. Im Gegensatz dazu findet die „KPD/ML" diesen Platz schon besetzt und steht gerade d e s h a l b auch weiterhin vor der Notwendigkeit, sich beispielsweise vom KB durch idiotische Polemiken „abgrenzen" zu müssen, sich selbst penetrant herauszuputzen und hochzuspielen, jede Bündnispolitik zu blockieren.

Trotzdem: Schritte nach vorn sollte man unterstützen. Insofern könnten Gespräche zwischen KB und „KPD/ML" auf Leitungsebene durchaus sinnvoll sein. Wir sind bereit.



Ansichten eines „KPD"-Führers

Genossen unserer Organisation hatten kürzlich Gelegenheit, mit einem Leitungsmitglied der „KPD" (Name ist der AK-Redaktion wohlbekannt) über einige Fragen in Zusammenhang mit der obskuren „Lissabonner Konferenz" (ein internationales Treffen zwischen „ML"ern und rechtsbürgerlichen Politikern, Ende Mai dieses Jahres) zu diskutieren. Die interessantesten Punkte dieser Diskussion:

Der „KPD"-Führer behauptete, ihr Vertreter Willi Jasper (Leiter des Redaktionskollektivs der „Roten Fahne") habe an der „Lissabonner Konferenz" **nur als Beobachter** teilgenommen. Das sei von der „KPD" auch so veröffentlicht worden. Daß die „KPD" sich an der „Lissabonner Konferenz" nur mit einem „Beobachter" beteiligt habe, möge man doch bitte als Ausdruck einer gewissen Distanz der „KPD" zu diesem Unternehmen werten! Wir haben das natürlich nachgeprüft und folgendes festgestellt: In der „Roten Fahne" (Nr. 22/1978, S. 3) wurde Willi Jasper mehrmals als T e i l n e h m e r der Konferenz bezeichnet. Weder dort noch anderswo haben wir bisher einen s c h r i f t l i c h e n Hinweis der „KPD" gefunden, daß Willi Jasper in Lissabon nur „Beobachter"-Status hatte.

Daß Willi Jasper die Konferenz vorzeitig verließ (**Was allerdings nicht in der „Roten Fahne" Nr.22/1978 mitgeteilt wurde, sondern erst in der „Roten Fahne" Nr. 28/ 1978!**) deutet tatsächlich auf eine gewisse Distanz, wenn nicht zum Projekt der Konferenz als solchem, so doch zu deren konkretem Verlauf hin. Umso bezeichnender ist es, daß die „KPD" diese Distanz nicht öffentlich austragen will und stattdessen n a c h t r ä g l i c h ihren Vertreter Willi Jasper zum „Beobachter" herunterzuspielen versucht und selbst das nur im Privatgespräch.

Ein weiterer Punkt der Diskussion mit diesem Leitungsmitglied der „KPD" betraf die „PCP/ML", die portugiesische Bruderpartei der „KPD". Es wurde danach gefragt, wie die „KPD" die Bündnispolitik der „PCP/ML" mit rechtsbürgerlichen Kreisen einschätzt.

Der „KPD"-Führer meinte dazu: Die „PCP/ML" sei gar keine Bruderpartei der „KPD", das mit den Bruderparteien sei sowieso eine Erfindung des KB. Die „KPD" habe andere bündnispolitische Vorstellungen als die „PCP/ML" und kritisiere diese deshalb auch. Hierzu machte er keine weiteren Ausführungen. Er beschränkte sich auf den Hinweis, daß die „KPD" der Meinung sei, daß in Portugal seit dem 25.November 1975 (Rechtsputsch) der Hauptwiderspruch der zwischen Proletariat und Bourgeoisie sei, während die „PCP/ML" davon ausgeht, daß der Hauptwiderspruch immer noch der zum „Sozialimperialismus" sei. Die „KPD" wolle allerdings die Meinungsverschiedenheiten mit der „PCP/ML" nicht öffentlich austragen, sondern darüber i n t e r n mit der PCP/ML diskutieren.

Auch diese Meinungsäusserungen und Behauptungen des „KPD"-Führers haben wir nachgeprüft und dabei festgestellt: Tatsächlich benutzt die „KPD" den Begriff Bruderpartei offiziell überhaupt nicht, sondern spricht „nur" von **„brüderlichen Beziehungen"**. Sie hat seit Jahren solche Beziehungen zur „PCP/ML" und hat in der „Roten Fahne" lange Zeit die Einschätzungen und Äusserungen der „PCP/ML" zur Lage weitgehend übernommen und zitiert. Das galt zumindest bis 1977. Auch wenn inzwischen erkennbar ist, daß die „KPD" einige Dinge anders sieht als die „PCP/ML" (die z.B. offen für Atomkraftwerke eintritt), wurde dazu in der „Roten Fahne" noch kein Wort veröffentlicht. Festzuhalten bleibt außerdem, daß die „KPD" in den entscheidenden Fragen des 25.November (Unterstützung des Rechtsputsches, Forderung nach noch schärferem Vorgehen gegen die PCP und die revolutionäre Linke) und der folgenden Phase bürgerlicher Reaktion (Unterstützung der Präsidentschaftskandidatur von Eanes, Unterstützung der Bildung einer großen Koalition zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten) vollständig die Position der „PCP/ML" unterstützt hat.

Was die aktuellen Beziehungen zwischen „PCP/ML" und „KPD" angeht, so ist an folgendes zu erinnern: Der „KPD"-Vorsitzende Christian Semler machte im Januar dieses Jahres eine kleine Rundreise bei einigen Parteien, die - wie man nun weiß - selbstverständlich keine Bruderparteien der „KPD" sind: Vom 5.-7.1. bei der „PCP/ML", vom 8.-11.1. bei der ORT (Spanien) und am 12./13.1. bei der PCUd'I (Italien). Alle drei Parteien schickten Vertreter zur „Lissabonner Konferenz", und in diesem Zusammenhang stand höchstwahrscheinlich auch Semlers Trip. Schon der in der „Roten Fahne" für die einzelnen Berichte zur Verfügung gestellte Platz zeigt feine Abstufungen: 14 Zeilen zum Semler-Besuch in Rom, 24 Zeilen für die ORT und 45 Zeilen für die „PCP/ML". Auch die Formulierungen sind sorgfältig abgestuft: Die Gespräche mit der PCUd'I waren *„herzlich und im Geiste des gemeinsamen Kampfes"*; die Gespräche mit der ORT waren *„herzlich und fanden in f r e u n d s c h a f t l i c h e r und kämpferischer Atmosphäre statt"*; und bei der „PCP/ML" war es ein *„Klima der b r ü d e r l i c h e n Freundschaft und Solidarität"* - allerdings schien es an „Herzlichkeit" gefehlt zu haben.

Hieraus läßt sich zweifelsfrei ablesen, daß die „PCP/ML" d i e j e n i g e westeuropäische „ML"-Partei ist, die der „KPD" immer noch am nächsten steht, trotz der angeblichen internen Meinungsverschiedenheiten. Nur mit der „PCP/ML" unterzeichnete Semler ein gemeinsames Pressekommunique zu den Gesprächen. In diesem Kommunique heißt es u.a. : **„Unsere beiden Parteien . . . bekräftigen, daß es w i c h t i g ist, eine Konferenz in Lissabon gegen die sozialimperialistische Bedrohung abzuhalten"** („Rote Fahne" Nr. 3/1978).

Das Gespräch mit dem Leitungsmitglied der „KPD" hat bei uns folgenden Eindruck hinterlassen: Die „KPD" hat wahrscheinlich tatsächlich in gewissem Grad Differenzen zum Ablauf der „Lissabonner Konferenz" und zur „PCP/ML". Zu diesen Differenzen nimmt sie öffentlich nicht Stellung, um sich Hintertürchen für eine Bündnispolitik nach rechts offen zu halten. Andererseits neigen zumindest manche „KPD"-Führer dazu, diese Differenzen im p r i v a t e n Gespräch sogar zu übertreiben und sich irgendwelche Dinge hinzuzuschwindeln, um einer Auseinandersetzung über ihre Bündnispolitik an den F a k t e n auszuweichen. Schlußfolgerung: Eine Organisation, die ein durch und durch unehrliches, faules Spiel betreibt!

Ein Angebot an die KPD

Ein Angebot an die KPD

Im AK 137 (4.9.78, S. 42) machten wir der „KPD" ein Angebot: „ ... *Wir sind im Übrigen selbstverständlich b r e n n e n d daran interessiert, daß die Haltung der ‚KPD' zur Lissabonner Konferenz möglichst b r e i t in der demokratischen Öffentlichkeit bekannt wird. Dafür würden wir auch gern den AK zur Verfügung stellen!"* (Die sogenannte Lissabonner Konferenz war ein internationales Treffen von „ML"-Organisationen und rechtsbürgerlichen Politikern, darunter Vertreter der CDU und der Regierungsparteien Frankreichs, Spaniens und Italiens.)

Wir möchten nunmehr dieses Angebot an die „KPD" präzisieren: Wir garantieren der „KPD" eine Seite im Arbeiterkampf für eine konkrete (!) Stellungnahme zur Lissabonner Konferenz. Insbesondere sind wir dabei an der Beantwortung folgender Fragen interessiert:

Hat die „KPD" sich für das Zustandekommen der Lissabonner Konferenz eingesetzt? Wenn ja: wie und warum? Mit welchem Ziel ist die „KPD" nach Lissabon gefahren? Wie schätzt sie nachträglich die Ergebnisse ein? Wie schätzt die „KPD" die anderen Teilnehmer der Konferenz ein, besonders die aus der BRD

In welcher Weise will die „KPD" diesen „positiven Ansatz, unterschiedliche Kräfte an einen Tisch zu bringen" (laut „Rote Fahne") zukünftig fortsetzen? Was bezweckt die „KPD" generell mit solchen Kontakten? Geht es um politische Überzeugungsarbeit unter diesen rechtsbürgerlichen Kräften? Wenn ja, in welchem Sinne? Geht es um bündnispolitische Ansätze im Sinne der „antihegemonistischen Einheitsfront"? Welche Kräfte der Lissabonner Konferenz hält die „KPD" im Sinne einer solchen „antihegemonistischen Einheitsfront" für gewinnbar und wie könnte das konkret aussehen?

Warum hat die „KPD" in ihrem Zentralorgan nicht die Namen und die politischen Standorte der bürgerlichen Teilnehmer veröffentlicht? Warum hat die "KPD" nicht eventuelle Gründe für die vorzeitige Abreise von Willi Jasper aus Lissabon in der „Roten Fahne" erläutert? Warum hat die „KPD" nicht in der „Roten Fahne" ihre Widersprüche zu Teilen der Konferenz-Resolutionen dargestellt, falls es solche Widersprüche gibt?

Soweit unsere Fragestellung und unser Angebot an die „KPD". Wir haben inzwischen dieses Angebot und diese Fragen der „KPD" brieflich übermittelt.

Ein weiterer diplomatischer Erfolg der „MLD"

Nach ihrer gleichberechtigten Teilnahme an der berüchtigten „Lissabonner Konferenz" (Ende Mai) konnte die Provokateurstruppe „MLD" („Marxisten-Leninisten-Deutschlands") jetzt einen weiteren wichtigen diplomatischen Erfolg verbuchen, der sie ihrem Ziel – internationale Anerkennung in der vaterländischen „ML"-scene – wieder ein Stück näher gebracht hat: In ihrer Zeitung „Die Neue Welt" vom 2.10.78 konnte sie ein Schreiben von Osvaldo Pesce veröffentlichen; Pesce ist Generalsekretär der italienischen PCUd'I (zu der die „KPD" enge Kontakte unterhält), er war Mitglied des Präsidiums der „Lissabonner Konferenz". Der Wortlaut seines Schreibens:

„An das Zentralkomitee der Marxisten-Leninisten-Deutschlands. – Liebe Genossen, Ich danke Euch für die Grußadresse, die ihr zu unserem 3. Kongreß gesendet habt, und ich wünsche Euch Erfolge bei der revolutionären Arbeit, besonders für die Einheit der Marxisten-Leninisten.

Die Einheit der Marxisten-Leninisten in der Partei, die Arbeiterklasse zu einigen, das muß verwirklicht werden, um der komplexen Situation in Europa zu begegnen.

Die PCUd'I ist sehr interessiert an einem Kampf zur Demaskierung des Übereinkommens Brandt-Breschnew, die Deutschland aus der NATO heraushaben wollen. Dieser Kampf ist lebenswichtig für die Zukunft Europas, um zu verhindern, daß der Sozialimperialismus sich im Tausch mit Deutschland seine fortgeschrittene Technik aneignet. - Revolutionäre Grüße ...".

Die außerordentliche Bedeutung dieses kleinen Briefs für die „MLD" ergibt sich aus folgendem: Die „MLD" hat, bisher vergeblich, große Anstrengungen unternommen, um von der „KPD"-Spitze als Gesprächspartner akzeptiert zu werden. Die „KPD" hat dies sehr schroff abgelehnt und wiederholt erklärt, daß für sie Gespräche mit der „MLD" nicht in Frage kommen.

Gleichzeitig versucht die „MLD" seit längerem, sich bei traditionellen ausländischen Kontakt-Organisationen der „KPD" ins Geschäft zu bringen, insbesondere bei der PCUd'I (was jetzt von Erfolg gekrönt war) und bei der portugiesischen „PCP/ML".

Es ist bisher unklar, welch seltsamen Umständen die „MLD" überhaupt die Einladung nach Lissabon als gleichberechtigter Teilnehmer jener obskuren „Konferenz" verdankt. Einiges spricht dafür, daß dabei die „PCP/ML" eine Rolle gespielt hat. Mit dem Brief von Pesce hat die „MLD" nun, zum zweitenmal, einen Beleg, daß sie in Teilen der vaterländischen „ML"-scene durchaus als Gesprächspartner akzeptiert wird. Die „KPD" wird es zukünftig schwerer haben, ihrerseits Kontakte zur „MLD" von vornherein abzulehnen.

Besonders wertvoll ist für die „MLD" dabei der Hinweis von O.Pesce auf die „Einheit der deutschen Marxisten-Leninisten", für die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 54

er der „MLD" Erfolg wünscht. Das ist eine unmißverständliche Unterstützung für die „MLD" bei ihrem hartnäckigen Werben um Gesprächskontakte mit der „KPD" und eine ebenso klare Absage an die Haltung der „KPD"-Spitze in dieser Frage.

Der politische Hintergrund der Sache: Die „MLD" vertritt eine scharf rechte Variante vaterländischer „ML"-Politik. So propagiert sie F.J. Strauß als „starken Mann" und patriotischen Staatsmann, tritt für eine bundesweite Ausdehnung der CSU ein, hat mehrfach schon zur Wahl der CDU und CSU aufgerufen, unterhält Kontakte zur rechtsradikalen SDU (eine Abspaltung von der SPD) und verbündete sich zeitweise sogar mit der faschistischen Tübinger HTS, der seinerseits mit der kriminellen Hoffmann-Bande in enger Verbindung steht. Die „MLD" tritt offen für das Bündnis mit den USA ein, hat das „Friedensabkommen" von Camp David zwischen Israel und Ägypten begrüßt usw. usf..

Von dieser ultra-rechten Position aus wirft die „MLD" der „KPD" beharrlich mangelnde politische Konsequenz vor, schimpft über die Bündnispolitik der „KPD" mit „pro-sozialimperialistischen Kräften" (Anti-AKW-Bewegung, Wahl-Initiativen) und versucht auf diese Weise, die „KPD" immer weiter nach rechts zu treiben. Sie kann sich dabei vor allem auf das Beispiel der portugiesischen „PCP/ML" stützen, deren ganze Politik in der Tat viel mehr der „MLD" ähnelt als der „KPD". Sie kann sich überdies auch auf die „strategischen" Auffassungen der chinesischen Führung stützen, deren sogenannte „antihegemonistische Einheitsfront" ausdrücklich auch reaktionäre und militant antikommunistische Kräfte einzubeziehen versucht.

Wenn es der „MLD" tatsächlich gelingt, in den Kreis der vaterländischen „ML"-Organisationen einzudringen, womöglich gar nach Peking eingeladen zu werden und schließlich auch von der „KPD" als Gesprächspartner akzeptiert zu werden, so dürfte die jetzige wacklige Position der „KPD"-Spitze noch unhaltbarer werden; in der „KPD" würden sich dann noch erheblich stärker und unvermeidlich auch offen zwei Pole herausbilden: Auf der eine Seite diejenigen, denen die jetzige Politik schon allzuweit nach rechts geht; auf der anderen Seite diejenigen, die ein noch konsequenteres Bündnis mit Imperialismus und Reaktion gegen den sozialimperialistischen Hauptfeind anstreben.



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Wie kommunistisch sind die Studenten?

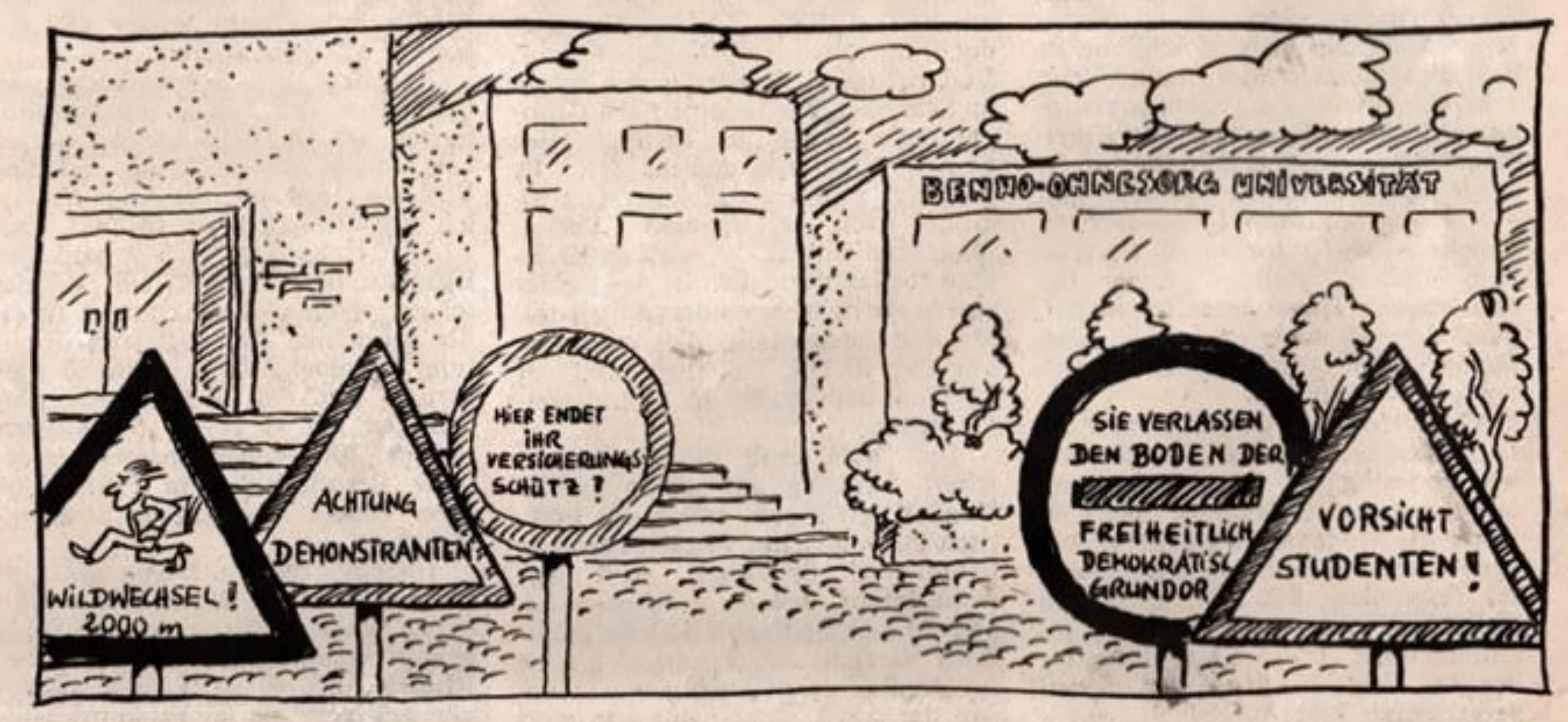
"Wie demokratisch sind unsere Studenten?" Diese Frage stellte sich die "FAZ" und beauftragte das Allensbacher Institut mit einer Umfrage. 500 Studenten aus 33 Hochschulen wurden ausgesucht, um dieser Frage näher zu kommen. Da allgemein bekannt ist, daß solcherlei Umfragen mehr der Meinungsmache als einer tatsächlichen wirtschaftlichen Untersuchung dienen, verzichten wir an dieser Stelle darauf, die gesamte Untersuchung zu analysieren (hierzu ausführlicher in der nächsten SOLIDARITÄT). Beschränken wollen wir uns auf den Teil der Umfrage, der so eindeutige Aussagen ergeben hat, daß er als wahr angenommen werden kann und aus dem von der bürgerlichen Presse auch die weitestgehenden Schlüsse gezogen werden.

Danach gaben 61 % aller Studenten an, sie hielten den *„Kommunismus von der Idee her... für gut"*; nur 27 % lehnen ihn auch von der Idee her ab. 27 % stimmen der These „voll und ganz zu", daß das Grundgesetz *„immer mehr im reaktionären und autoritären Sinn verfälscht"* wird; 34% stimmen hier teilweise zu; nur 36% stimmen nicht zu. "Voll und ganz" stimmen 21% der These: *"Regierung und Parlament vertreten nicht die Interessen des Volkes"* zu; 44% stimmen hier noch teilweise zu und nur 32% stimmen hier nicht zu.

Dagegen steht die Aussage von 78%, daß sich das parlamentarische System bewährt habe und sie es nicht verändern wollen;. nur 9% wollen es nach dieser Umfrage verändern.

Die einzige Schlußfolgerung, die ein "vernünftiger" Mensch aus dieser Widersprüchlichkeit ziehen kann, ist, daß die Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen zwar sehr groß ist, aber von einem Bruch mit dem System noch lange nicht gesprochen werden kann.

Nicht so die „FAZ". Für sie kann diese Widersprüchlichkeit nur das Ergebnis „linker Indoktrination" und "Meinungsmache" sein: *"In einem Klima linker Intoleranz, daß heute schon in den Oberklassen der Gymnasien beginnt, beim Tutor an der Universität wiederauflebt und das Studium oft genug bis zur Prüfung begleitet, steht der Student unausweichlich unter Meinungs- und Anpassungsdruck."* Man möchte am Verstand dieser Leute zweifeln, aber es soll sich zeigen, daß diese Verdrehung der Tatsachen System hat. Denn gleich geht es weiter: *"Die Umfrage offenbart die Tatsache, daß die deutschen Kultusminister – ob SPD oder CDU – mit ihrer Gruppenuniversität schwere Schuld auf sich geladen haben.... Die Studentenrevolution ging einst von Amerika aus.... dort aber ist sie längst vergessen. Nur hierzulande wirkt sie fort und fort, hauptsächlich dank des Eifers, mit dem der Staat den Marsch der Linken durch die Institutionen prämiert hat: mit Pfründen und Macht, mit Gremien und Posten, in denen sich der Geist von 1968 ständig fortpflanzt."* Im gleichen Sinne assistiert die "Welt". Für den befangenen Leser überraschend, wenn man die sonstige Hetze der Springerpresse gegen die Studentenschaft kennt, malt sie erstmal ein "positives" Bild und fragt:„ist es nicht wichtiger, daß die Zustimmung zu diesem System ungebrochen ist?", um dann gegen die Sozialdemokratie zu Felde zu ziehen: *"Heinemann engagierte sich ...für die Wiederzulassung der KPD-Nachfolgepartei...Brandt...attackierte den 'primitiven Antikommunismus'.... Die Volksfront wurde in der Praxis geduldet und gefördert...Neuerdings engagiert sich die SPD für kommunistische Lehrer, die sie partout in den Staatsdienst bringen will."*



Das Fazit für beide großbürgerlichen Zeitungen: Schluß mit den Integrationsversuchen, Schluß mit der "weichen Welle" – es muß noch härter durchgegriffen werden. Vor allem soll der antikommunistische Kurs noch weiter ausgebaut werden. Die "Welt" gibt auch schon gleich einen "Tip": *"Wen wundert es, nach jahrelanger Revolutions- und Sympathisantenkampagne in den Medien, daß noch 25% der Studenten... 'Gewalt gegen Sachen' für zulässig halten?"*

Da diese Darstellung die Tatsachen vollständig auf den Kopf stellen, kann man nur noch von einer systematischen Verdummung sprechen. Insofern ist auch diese Umfrage allein ein Vehikel, um durch Stimmungsmache eine neue Welle der Verschärfung der Hochschulgesetze und eine Verschärfung der ideologischen Kampagne gegen den Kommunismus vorzubereiten. Es geht darum, auch die letzten Reste der Reformideologie, die als Integrationsversuch gegenüber der Jugend- und Studentenbewegung in den 60ger Jahren ausgekocht wurde, zu beseitigen.

Denn auf die naheliegenste Begründung für die Widersprüchlichkeit dieser Umfrage kommen diese Bourgeoisschreiberlinge natürlich nicht. Daß die zunehmende politische Unterdrückung, die betrogenen Hoffnungen der 60ger Jahre, die Reglementierung des Studiums usw. die Unzufriedenheit der Studenten mit dem System nicht aussschalten konnte, ist eigentlich logisch. Mehr sagt diese Umfrage nicht aus, denn in diesen Punkten deckt sie sich mit Ergebnissen aus früheren Jahren..

So erfreulich die Umfrageergebnisse in Teilbereichen sind, so haben wir keinen Grund, uns davon Sand in die Augen streuen zu lassen. Erfreulich ist, daß der Versuch der Bourgeoisie, eine Tendenzwende herbeizuführen, gescheitert ist. Selbst die "FAZ" muß zugeben, daß die CDU-Parole von der "schweigenden Mehrheit" reine Zweckpropaganda ist. Andererseits zeigt sich aber, daß die Zustimmung zum Kommunismus als Idee bei weitem kein Bruch mit dem System ist. Nur 9 % gaben an, auch das System ändern zu wollen. In diesem Bereich hat es seit den 60ger Jahren eher eine Zurückentwicklung gegeben. Auch wenn die Tendenzwende nicht eingetreten ist, so kommt man nicht an der Tatsache vorbei, daß die Integration ins bürgerliche Parteienspektrum immer noch funktioniert. Die Zustimmung zum Kommunismus als Idee ist so wohl eher auch als Anlehnung an die alte bürgerliche Parole von "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" zu verstehen, die jedoch im krassen Gegensatz zur Realität in den kapitalistischen Staaten steht.

Die Bereitschaft vieler Studenten, bei den Hochschulwahlen Sozialisten, Kommunisten (und alles was sich dafür hält) zu wählen, in höherem Maße als dies die Zustimmung zum System ausdrückt, kann am ehesten mit den Wahlen auf Betriebsebene verglichen werden. Auch hier erzielen Kommunisten weitaus bessere Ergebnisse als bei allgemeinen Wahlen. Kommunisten gelten hier einfach als die konsequenteren Interessenvertreter, die das nötige Maß an "Unversöhnlichkeit" besitzen, ohne das selbst im kleinsten Bereich nichts zu erreichen ist. Jedoch drückt die Umfrage auch aus, daß der hysterisch erzeugte Antikommunismus innerhalb der Studentenschaft weniger Boden hat als insgesamt in der Gesellschaft. Dies verbessert natürlich unsere Möglichkeiten. Aber daraus zu schlußfolgern, daß Studenten kommunistischen Ideen mehr aufgeschlossen sind als andere Teile der Bevölkerung, ist ein Trugschluß, denn dazu gehört eben mehr als nur eine "gerechte Gesellschaft" zu wollen, dazu gehört ein höheres Maß an Bruch mit dem System. Das ist unsere Aufgabe.

SSB/Hamburg

Appell für Jaroslav Sabata (CSSR)

Ludvig Kavin, führendes Mitglied der tschechoslowakischen KP während des Prager Frühlings, hat einen Appell für den kürzlich verhafteten CSSR-Oppositionellen Jaroslaw Sabata veröffentlicht. Den folgenden Text entnahmen wir der italienischen sozialistischen Tageszeitung „il manifesto", vom 8.10.

„Offener Brief an die Organisationen, Institutionen und Persönlichkeiten der politischen Welt.

Aus der CSSR wird gemeldet, daß Dr. Jaroslaw Sabata, Unterzeichner der Charta 77, verhaftet wurde. Der 50jährige, aber trotz 5 Jahren ununterbrochener Einsperrung immer noch energievolle Sabata ist erneut eingekerkert.

Sabata ist eine Persönlichkeit, die große Fähigkeit bewiesen hat, die Bestrebungen der verschiedenen Gruppen zu einen, die in der CSSR von heute für die Bürgerechte kämpfen; eine Persönlichkeit, die einen erheblichen Kredit unter den Bürgern der unterschiedlichsten Positionen besitzt...

Ich kenne Sabata persönlich seit 1962, als ich Student an der Universität war, wo er unterrichtete. Ich bin überzeugt von der Notwendigkeit, sich um die Freilassung von Sabata zu bemühen – im Interesse aller, die für die Verwirklichung der Menschenrechte und für eine freie Gesellschaft arbeiten und eintreten, nicht nur in der CSSR, sondern in ganz Europa.

So, wie heute die europäische Linke eine breite Kampagne für die Freilassung Bahros führt, so setze ich mich dafür ein, eine Kampagne für die Freiheit von Sabata zu führen... Wien, 6.10.78."

Bremens Hochschullehrer — „mangelnder Realitätssinn"?

Das hanseatische Oberlandesgericht hat nun endgültig beschlossen, **kein Hauptverfahren gegen die 16 Bremer Hochschullehrer**, die im Juli '77 die Dokumentation über den „Buback-Nachruf" mitunterzeichnet hatten, zu eröffnen. *„Der Straftatbestand der Verunglimpfung des Staates sei nicht schon dann verwirklicht, wenn ablehnende und scharfe Kritik am Staat geübt und selbst verfassungsfeindliche Ziele und Programme propagiert werden. Einige Formulierungen sind nach Ansicht des Gerichts ‚taktlose und zynische Entgleisungen', sie überschritten jedoch nicht die Grenze, an der Äußerung als sehr verletzend und damit strafbar zu werten sei".* („FR", 5.10.).

Mit diesem Urteil wurde die Beschwerde der Bremer Staatsanwaltschaft gegen den vorher gefällten Beschluß des Landgerichts, welches sich ebenfalls schon gegen die Einleitung eines Hauptverfahrens ausgesprochen hatte, abgelehnt.

Fast könnte man auf den Gedanken kommen, unser Rechtsstaat funktioniere eben doch noch, wenigstens manchmal. Vorher sollte man sich allerdings die Urteilsbegründung des Landgerichts noch einmal etwas genauer ansehen: Zwar sei *„der objektive Tatbestand der böswilligen Verächtlichmachung der Bundesrepublik und ihrer Länder erfüllt worden"* die Hochschullehrer seien allerdings *„nicht hinreichend verdächtig, vorsätzlich eine Straftat begangen zu haben".* („FAZ", 11.9.). Denn: **„Mangelnder Realitätssinn und die Unfähigkeit, komplizierte gesamtgesellschaftliche Verhältnisse zutreffend zu erfassen und zu analysieren, wird den Bremer Hochschullehrern unter anderem wegen der Behauptung vom angeblichen Ersticken der Ansätze sozialistischer Praxis bescheinigt."** *Diese Behauptung sei offenkundig ... falsch, wie die linken Studentendemonstrationen erkennen ließen. Die Professoren zeigten, daß Ausbildung und Intellekt allein keine Gewähr für die Fähigkeit zur objektiven Beurteilung eines Sachverhalts böten".* („FAZ"). Mit anderen Worten - wer auf den irrigen Gedanken kommt, in der BRD könne keine sozialistische Praxis geübt werden, der muß wohl nicht ganz richtig im Kopf sein. Kritiker der bestehenden Verhältnisse werden hier schlichtweg als v e r r ü c k t bezeichnet, eine Methode aus der Zeit der Naziherrschaft findet wieder Eingang in die bundesdeutsche Justiz.

SSB/HH

Rote Zellen in der Kirche

Eine „erdrückende Linksdrift" der meisten evangelischen Studentengemeinden meint der RCDS, Studentenverein der CDU, feststellen zu können. Um diese erschreckende Erkenntnis der Öffentlichkeit bekanntzumachen, legte er vor kurzem eine „Untersuchung" über die Entwicklung dieser Gruppen in den letzten Jahren vor und kommt zu dem Schluß, *„die Beschäftigung mit dem Marxismus sei vom Stadium der kritischen Auseinandersetzung in das der Identifikation geraten".* („FR", 4. 10.). Und schlimmer noch - die ESG wirke *„heute mehrheitlich unter dem Deckmantel der christlichen Studentengemeinde als ‚Rote Zelle Kirche' für die Erben der Studentenrevolution"*, sie sei *„in ihrer Mehrzahl zu Schaltstellen für extremistische Kräfte geworden".* („FR").

Diesem Treiben muß natürlich ein Ende gesetzt werden! So fordert denn der RCDS die Kirche auf, *„einen Trennungsstrich zu ziehen, was zunächst hieße, die eigenen Grundpositionen klar zu machen, dann aber auch vor kirchlichen Ordnungsmitteln nicht zurückzuschrecken, falls die ESG nicht ihren Kurs korrigiere".*

Anscheinend ist die evangelische Kirche in den Augen des RCDS noch zu nachsichtig mit ihren „marxistischen Unterwanderern" umgegangen. Alles mögliche kann man der Kirche vorwerfen, aber dies gerade nicht!

So bemerkt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" wohlwollend, daß die niedersächsische Landeskirche schon im letzten Jahr die ESG in Hannover geschlossen und an deren Stelle einen ganz neuen Stamm von Pfarrern und Mitarbeitern gesetzt habe.

In Tübingen ist der eher konservativ als links zu bezeichnende Theologe Käsemann von seinem Amt zurückgetreten, weil die Kirche der dortigen ESG sämtliche Gelder gestrichen hat. Erst im Juli dieses Jahres bestellte die Kirchenleitung der Nordelbischen Kirche ein Polizeiaufgebot, um die ESG in Hamburg zu schließen. 40 Besetzer wurden vorübergehend verhaftet.

Und diese Maßnahmen reichen dem „Ring Christlich Demokratischer Studenten" immer noch nicht aus? Vielleicht sollten diese „christlichen Demokraten" mal näher ausführen, was sie noch weiter unter „kirchlichen Ordnungsmitteln" verstehen.

SSB/HH

Unsinn von Sinn Hamburger Wissenschaftssenator auf betrügerischen Pfaden

Hamburg: Mit einem „freundlichen Schreiben" begrüßt der neue Wissenschaftssenator Hansjörg Sinn (parteilos) die Studenten zum Semesterbeginn. Es sei ihm bekannt, *„daß nicht an allen Stellen die wünschenswerten Studienbedingungen herrschen". Aber „ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie die Hochschulleitungen und auch mich unterstützten, verlorengegangenes Vertrauen bei den gesetzgebenden Körperschaften wiederzugewinnen; zwischenzeitlich bitte ich Sie auch um Geduld."*

Nach diesen einleitenden Worten macht er denn der Hamburger Studentenschaft einige recht unsinnige Vorschläge, wobei ihm zwei Fragen ganz besonders am Herzen liegen - die Regelstudienzeit und das politische Mandat.

„Eine Einengung von Freiheiten findet nicht statt"

Natürlich, Sinn lehnt *„eine Regelstudienzeit mit Rechtsfolgen wie Exmatrikulation u.ä. entschieden ab."* Aber leider, leider ist er *„bis zum Erfolg der aus dieser Position resultierenden Bemühungen verpflichtet, die bestehenden Regelungen des Hochschulrahmengesetzes und des Hamburger Hochschulgesetzes zu beachten."* Allerdings ganz so schlimm ist das nun auch wieder nicht, denn schließlich sind *„ die rahmenrechtlichen Bestimmungen über die Regeldienstzeit ... durch den Landesgesetzgeber so ausgestaltet worden, daß eine Einengung bisheriger Freiheiten praktisch nicht stattfindet".* Nach einem „fairen Studium" dieser Bestimmungen könne jeder feststellen, *„daß der Vorwurf, Sie sollten diszipliniert werden, nicht aufrecht erhalten werden kann".*

Gut - studieren wir fairerweise das Landeshochschulgesetz. Und wir müssen feststellen, daß hier bestimmte Fristen gesetzt werden, innerhalb derer die Studenten ihr Studium beendet haben müssen. Wir müssen weiter feststellen, daß die festgelegte Studienzeit (meist 8 Semester) im Durchschnitt 2 - 3 Semester unter der Zeit liegt, die Studenten in den vergangenen Jahren benötigt haben, um alle Prüfungsvoraussetzungen zu erfüllen. Eindeutig verfügt das Gesetz, wer die vorgeschriebenen Fristen nicht einhält, wird zwangsexmatrikuliert. Aber wer wollte daraus schon eine „Einengung bisheriger Freiheiten" ableiten? Das wäre tatsächlich unfair.

Trotzdem: die Hamburger Studenten können frohen Mutes sein,

denn „die Chance' diese Regelstu- sächlich unfair. Trotzdem: die Hamburger Studenten können frohen Mutes sein,

denn *„die Chance, diese Regelstudienzeit abzuschaffen, steigt".* Und zwar *„in dem Maße, wie es uns gelingt, darzutun, daß wir auch ohne Zwang geordnet, ökonomisch, mit Fleiß und Verantwortung vor der Gesellschaft studieren..."*

Aha, hier liegt der Hund begraben! „Freiwillig" sollen die Studenten das tun, was heute per Gesetz erzwungen werden soll. Nach dem Motto: Wo Selbstzensur herrscht, ist Zensur nicht mehr nötig. Das läßt den freiheitlich-demokratischen Anstrich unserer Gesellschaft nicht so verwittert aussehen und verleiht mit der Zeit noch das Gefühl, man könne tatsächlich noch selbständig und frei entscheiden.

Geld für die „K-Gruppen?"

Aber betrachten wir doch die Vorschläge des Herrn Senators zur Frage des politischen Mandats.

„Als mündige Bürger wollen wir in der Lage sein, auch unter uns selbst vernünftige Lösungen für Konflikte zu finden, bei denen die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt werden.... Ich als Senator möchte die Freiheit der Meinungsäußerung für alle Beteiligten erhalten und dafür sorgen, daß die gerichtliche Austragung der Konflikte nur ein letztes Mittel bleibt".

„Letztes Mittel" - ein Hinweis darauf, daß auch der uns wohlgesonnene Herr Sinn von juristischen Maßnahmen nicht absehen wird, sollten sich die Studenten doch nicht so „mündig" und „vernünftig" zeigen, wie er erwartet.

Eine „vernünftige Lösung" beinhaltet vor allem, daß *„wir alle ... Gesetz und geltendes Recht beachten".* Und dieses geltende Recht besagt bekanntermaßen ausdrücklich, *„daß ein allgemeinpolitisches Mandat der Verfaßten Studentenschaft nicht besteht"*

Um aus dieser verzwickten Lage herauszukommen, hat sich Sinn einen wahrhaft originellen Vorschlag einfallen lassen:

„Ich halte es daher für nicht zu beanstanden, wenn die Studentenschaft entsprechend der Pluralität politischer Auffassungen und Meinungen politische Bildung und staatsbürgerliches Verantwortungsbewußtsein auch durch Zuweisung an die politischen Studentengruppen, die sich an den Wahlen zu dem Studentenparlament beteiligen, entsprechend deren durch die Wahl festgestellten Stärkeverhältnisse fördert. Als Ausfluß der politischen und staatsbürgerlichen Bildungsarbeit wird es dann unter Sicherung der Pluralität zu politischer Meinungsäusserung einzelner oder freiwilliger Gruppierungen kommen, die die Freiheiten des Grundgesetzes voll ausschöpfen mögen, ohne die einer Zwangskörperschaft gebotenen Einschränkungen zu verletzen." Ein Teil des AStA-Haushaltes soll also auf politische Hochschulorganisationen verteilt werden. Laut „Welt", 7.10., soll der Vorstand der CDU-Bürgerschaftsfraktion diesem Vorschlag schon zugestimmt haben. Es ist kaum zu fassen – die CDU stimmt einer Finanzierung von „Extremisten" zu. Senator Sinn will angeblich in Kauf nehmen, daß auch „K-Gruppen Geld erhalten" („FR", 12.10.). Da muß doch irgendwo ein Pferdefuß sein. Und richtig, dieser findet sich schon im Schreiben des Senators: Die Gruppierungen mögen „die Freiheiten des Grundgesetzes voll ausschöpfen". Es läßt sich absehen, daß einer Organisation nach der anderen „Verfassungsfeindlichkeit" nachgewiesen wird (bekanntermaßen ist das ja hier und heute nicht besonders schwierig), bis sich herausstellt, daß eigentlich nur der RCDS, die Jusos und der LHV auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

Und dafür soll die Studentenschaft freiwillig auf das politische Mandat verzichten; soll damit praktisch ihr politisches Vertretungsorgan liquidieren? Spekuliert wird hier wohl darauf, daß die Studenten, haben sie sich erstmal auf einen derartigen Verzicht eingelassen, sich auch mit der Zeit daran gewöhnen werden, daß der AStA nicht mehr sein wird als Initiator von Sportveranstaltungen. Gerechnet wird damit, daß es immer noch leichter ist, einzelnen Organisationen das Geld wieder zu entziehen, als das gewählte Vertretungsorgan der Studentenschaft politisch zu liquidieren.

„Lassen Sie uns anfangen, gemeinsam!"

„Lassen Sie uns anfangen, gemeinsam!"

Sinns Schlußworte lassen die Funktion seiner freundlichen Begrüßung sehr deutlich werden.

„Progressivität äußert sich nicht in der Verkündung idealtypischer Zustände, sondern in den kleinen konkreten Schritten zur Verbesserung des Bestehenden. Lassen Sie uns weitermachen, zumindest anfangen, gemeinsam!"

Man ist bemüht, die *„junge Generation für die zweite deutsche Republik zu gewinnen"*, wie es Westberlins Wissenschaftssenator mal formuliert hat. Die Ergebnisse der Hamburger Bürgerschaftswahl haben gezeigt, daß gerade ein großer Teil der jungen Generation die Hoffnung aufgegeben hat, gemeinsam mit der SPD für demokratische Interessen kämpfen zu können, daß sich hier immer mehr die Auffassung durchsetzt, Kampf für demokratische Interessen bedeute gleichzeitig auch Kampf gegen alle etablierten Parteien. Diesen Teil der Bevölkerung versuchen die SPD und ihr nahestehende Kräfte nun zurückzugewinnen. Ähnlich wie Klose durch seinen Vorschlag zur „Liberalisierung des Radikalenerlasses" versucht Sinn den Eindruck von Zugeständnissen an die demokratische Bewegung zu erwecken. Sieht man sich die vorhandenen Vorschläge allerdings mal etwas genauer an, so stellt sich heraus, daß es sich ausnahmslos um S c h e i n zugeständnisse handelt, die in keinster Weise auf demokratische Forderungen eingehen. Ganz im Gegenteil: Hinter diesen „Zugeständnissen" verbirgt sich nichts anderes als die Absicht, die alten Ziele auf anderem Wege erreichen zu wollen, in diesem Fall die Durchsetzung einer Regelstudienzeit und die Abschaffung des politischen Mandats der Verfaßten Studentenschaft.

Nein, Herr Sinn, auf derartigen Unsinn werden die Hamburger Studenten sicherlich nicht hereinfallen!

SSB/Hamburg

Berufsschüler gegen Kurssystem:

Weiter geht's



Sitzstreik vor der Schulbehörde

Hamburg: Nach dem dreitägigem Schulstreik der G 10 und G 16 gegen die Einführung des Kurssystems an den gewerblich-technischen Berufsschulen (siehe letzter AK) gehen die Aktionen weiter:

Nachdem die Schulbehörde ein Ultimatum der Schülervollversammlungen der G 10/16 unbeantwortet ließ, zogen im Anschluß erneuter Vollversammlungen der beiden Schulen am Freitag (ausgerechnet dem 13.) – einen Tag nach Ablauf des Ultimatums – erneut 600 Berufsschüler während der Schulzeit in einer spontanen Demonstration Richtung Schulbehörde. Ausgehend wiederum von den Kolleginnen und Kollegen der G 10/G 16 schlossen sich ca. 200 Schüler anderer betroffener Berufsschulen in Form stärkerer Delegationen diesen Streikaktionen an.

Diesem erneuten Höhepunkt am Ende des zweiten Blocks waren zahlreiche Schülerratssitzungen und Schülervollversammlungen der Gewerbeschulen 1, 5, 9, 10, 11 und 16 vorausgegangen, die jeweils ein eindeutiges Votum gegen das Kurssystem ergaben.

Behördenvertreter abgeblitzt

Nach der "kalten Dusche" vor drei Wochen wollte die Behörde sich nicht erneut überraschen lassen. Für die ersten zwei Blockwochen schickte die Behörde ihre Spitzenkader auf die Reise – hatten die Direktoren offenbar allzu stümperhaft auf die

die ersten zwei Blockwochen schickte die Behörde ihre Spitzenkader auf die Reise – hatten die Direktoren offenbar allzu stümperhaft auf die

neue Situation reagiert. Die ansonsten ach so viel beschäftigten Oberschulräte Brüggemann, Sell und Heidorn (die jeweiligen Verantwortlichen der verschiedenen Berufsschulen) ließen kaum eine Gelegenheit verstreichen, sich – teilweise sogar in Doppelbesetzung! – den Schülern endlich einmal höchstpersönlich vorzustellen. So tauchten sie auf – auf den Gesamtschülerratssitzungen der G 10 und G 16, auf den Vollversammlungen der G 5 und G 9 – kurz, überall, wo sich etwas regte. Sie kamen überall zu Wort, auch wenn sie stereotyp das gleiche Argumentationsmuster wiederholten (s. auch letzter AK). Das Ergebnis der jeweiligen Versammlung war allerdings immer dasselbe: bis auf wenige Stimmenthaltungen gegen das Kurssystem. Aus Scheiße läßt sich nun mal auch von einem Oberschulrat keine Torte backen.

Auch im zweiten Block hat die Behörde die Zuspitzung der direkten Konfrontation mit den Schülern, etwa durch Verbote und Disziplinierungen, vermieden. Lediglich an der G 5 wollte Direktor Wolters eine Schülervollversammlung verbieten. Pausenversammlungen, Delegationen im Rektorzimmer und Unterschriftensammlungen machten ihn dann allerdings weich.

Ein Ende der Konfrontation mit der Schulbehörde ist nicht abzusehen. – Es wird sich zeigen, ob die Schulbehörde weiter an ihrer kompromißlosen und arroganten Haltung gegenüber den Forderungen der Schüler festhalten kann.



„Grolle komm' runter ..."

"Freitag morgen war letzter Blocktag. Fast den ganzen Block hatten wir damit zugebracht, uns unsere Meinung zum Kurssystem zu bilden.

Es hatte Pausenversammlungen gegeben, Resolutionen waren verfaßt worden, die Anwesenheit von Oberschulräten war zur Selbstverständlichkeit geworden....

Für diese Vollversammlung hatten wir den Schulsenator Grolle eingeladen. Doch auch heute wiederholte sich, was sich schon am Donnerstag abgespielt hatte. Der Schulsenator war für uns nicht zu sprechen. Er hatte es nicht einmal für nötig befunden, uns sein Nichterscheinen mitzuteilen! Das war zuviel!

Uns war nicht bekannt, daß es auch nur eine Schülerratssitzung oder Vollversammlung gegeben hatte, auf der sich nicht fast einstimmig gegen das Kurssystem ausgesprochen worden war.

Wenn Grolle nicht zu uns kommt, besuchen wir ihn! Der Vorschlag zündete sofort!

600 Kollegen der G 10/16 machten sich per S-Bahn auf den vom vorherigen Block getesteten Weg zur G 5. Dort kamen wir gerade richtig zur großen Pause. Kurze gemeinsame Pausenversammlung im Innenhof und unter der Aufforderung: 'Mitmarschieren, solidarisieren!' weiter zur G 11 und G 1.

Der Demonstrationszug war inzwischen auf 800 - 900 Lehrlinge angewachsen. Auf dem langen Weg zur G 9 informierten wir per Lautsprecherwagen die Bevölkerung. Als wir in der G 9 ankamen, war es halb ein Uhr, der Unterricht war in vollem Gange. Wir beschlossen, in die Klassen zu gehen und alle aufzufordern, sich uns anzuschließen.

Dabei stellten sich einige Lehrer an, als wollten wir ihnen die Groschen klaun. Türen wurden vor der Nase zugeschlagen, Leute rausgeschmissen, der Schulleiter verwies uns des Gebäudes, es hatten sich aber zum Teil ganze Klassen angeschlossen!

Auf gings zur Schulbehörde: 'Grolle heißt er, uns bescheißt er!', 'Grolle komm runter, sonst machen wir Dich munter!', 'Weg mit dem Kurssystem!' und dann noch der scharfe Schlachtenbummler-Singsang: 'Ach tun mir die Augen weh', wenn ich diesen Grolle seh' ....

In der Schulbehörde angekommen, bot sich uns folgendes Bild: Der Eingang war mit Latten verbarrikadiert, dahinter und in der Empfangsbude wimmelte es von Bullen. Es dauerte eine ganze Zeit, bis sich die Tür öffnete, so daß wir eine dreiköpfige Delegation zu Grolle schicken konnten. Grolle sollte runterkommen. Wir wollten eine Stellungnahme von ihm, er ist für

Eingang war mit Latten verbarrikadiert, dahinter und in der Empfangsbude wimmelte es von Bullen. Es dauerte eine ganze Zeit, bis sich die Tür öffnete, so daß wir eine dreiköpfige Delegation zu Grolle schicken konnten. Grolle sollte runterkommen. Wir wollten eine Stellungnahme von ihm, er ist für

das Kurssystem verantwortlich.

Nach 'ner halben Stunde kam die Delegation zurück – Grolle war angeblich nicht da! (??) Wir hatten die ganze Zeit über weiterdiskutiert, die Bevölkerung informiert und Parolen gerufen. Die Stimmung war unheimlich gut. Die Erfahrung, ein berechtigtes Anliegen oder auch nur Fragen zu haben, von den Verantwortlichen aber total übergangen zu werden, diese Erfahrung hatte sich festgesetzt.

Wir beschlossen dann noch ein Telegramm an den DGB. Wir forderten ihn auf, nur auf Grundlage der von uns erhobenen Forderungen mit der Schulbehörde zu verhandeln. Darüberhinaus beschlossenen wir ein Treffen aller Berufsschulen für die nächste Woche."

Weg mit dem Kurssystem!

Resolutionen an den DGB

Unangenehmes ist vom DGB zu berichten. Nachdem er im April dieses Jahres in der Deputation der Einführung des Kurssystems zugestimmt hat, müssen die Streikschüler nach wie vor auf eine Stellungnahme warten. Sein momentanes Taktieren nach der Devise "mein Name ist Hase, ich weiß von nichts" sollte nicht unbeantwortet bleiben:

Resolution der I.Berufsschulkonferenz vom 28.9.

Auf einer Berufsschulkonferenz vom 28.9. trafen sich 42 Berufschüler und Vertreter aus 12 Berufsschulen, um gemeinsame Schritte gegen das Kurssystem zu diskutieren. Mit Bedauern haben wir festgestellt, daß der DGB Positionen für ein Kurssystem bezogen, und an dessen Einführung mitgewirkt hat.

Wir fordern den DGB und seine Gremien und Einzelgewerkschaften auf, eine klare Stellung gegen das Kurssystem zu beziehen, unseren Kampf und unsere Forderungen in den Betrieben zu unterstützen, und jedem Betroffenen uneingeschränkten Rechtsschutz zu gewähren. (einstimmig)

Resolution der II. Berufsschulkonferenz vom 5.10.

Heute haben sich das zweite Mal Berufschüler und Schülervertreter verschiedener Hamburger Berufsschulen getroffen, um über unser weiteres Vorgehen im Kampf gegen das Kurssystem zu beraten.

Allein schon an der Tatsache, daß wir heute nicht im Gewerschaftshaus tagen können, wird deutlich, daß die Auseinandersetzung zwischen Lehrlingen und Schulbehörde vom DGB bisher offiziell nicht öffentlich unterstützt wurde. Wir sehen es als eine Selbstverständlichkeit an, daß gerade in Zeiten besonders zugespitzter Auseinandersetzung das Gewerkschaftshaus ein Haus der offenen Tür für die aktiven Kollegen ist.

Es müßte an sich das ureigenste Interesse des DGB's sein, gerade jungen Kollegen die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses klarzumachen. Das gilt gerade dann, wenn Lehrlinge sich gegen einschneidende Verschlechterung der Ausbildung wenden.

Wir fordern den DGB-HH auf, uns unverzüglich Räumlichkeiten ohne zeitliche Einschränkungen zur Verfügung zu stellen! Das gleiche gilt für die finanzielle Unterstützung!

II. Berufsschulkonferenz, bei 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen